



Fokus Balkan

Planspiel zur Erweiterung der Europäischen Union

Die Landeszentrale für politische Bildung

- ist die zentrale staatliche Einrichtung für die politische Bildung in Baden-Württemberg;
- ist überparteilich und nicht wertneutral, sondern wirbt für die freiheitliche demokratische Grundordnung des Grundgesetzes;
- wendet sich mit ihren Angeboten an alle Menschen im Land, besonders an Lehrende und Lernende;
- möchte für Politik interessieren, für Demokratie werben und zur Teilhabe ermuntern;
- veranstaltet im Jahr über tausend Seminare und Vorträge, Tagungen und Workshops, Bildungsreisen und Exkursionen, Aktionen, Ausstellungen und Wettbewerbe;
- veröffentlicht Broschüren, Zeitschriften, Bücher sowie Lernmedien und -spiele und vertreibt sie in ihrem Webshop www.lpb-bw.de/shop;
- unterhält ein breites, aktuelles Internetangebot (www.lpb-bw.de), das jährlich über vier Millionen Nutzer*innen hat;
- betreut den Schülerwettbewerb des Landtags von Baden-Württemberg zur Förderung der politischen Bildung, das Freiwillige Ökologische Jahr sowie die Gedenkstättenarbeit;
- hat ihren Hauptsitz in Stuttgart, Außenstellen in Freiburg und Heidelberg und unterhält das Tagungszentrum „Haus auf der Alb“ in Bad Urach.

Neugierig geworden?

Bestellen Sie unseren Newsletter
www.lpb-bw.de/newsletter

oder werden Sie Premium-Mitglied.
Anmeldung unter:
www.lpb-bw.de/veranstaltungen

lpb

Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

Impressum

„Fokus Balkan“

Planspiel zur Erweiterung der Europäischen Union

2. überarbeitete Auflage, 2020

Herausgegeben von der Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg

Lautenschlagerstraße 20, 70173 Stuttgart

Telefon 07 11/16 40 99-0, Fax -77

E-Mail: lpb@lpb-bw.de

Internet: www.lpb-bw.de

Idee und Autoren der ersten Auflage

Holger-Michael Arndt, CIVIC – Institut für internationale Bildung

Markus W. Behne, CIVIC – Institut für internationale Bildung

Dr. Stefan Rappenglück, Hochschule München

Autorinnen und Autoren der aktuellen Überarbeitung

Holger-Michael Arndt, CIVIC – Institut für internationale Bildung

Leon Becher, CIVIC – Institut für internationale Bildung

Désirée Biehl, CIVIC – Institut für internationale Bildung

Isabel Hohmann, CIVIC – Institut für internationale Bildung

Goce Peroski, CIVIC – Institut für internationale Bildung

Lina Werder, CIVIC – Institut für internationale Bildung

Redaktion

Holger-Michael Arndt, CIVIC – Institut für internationale Bildung

Leon Becher, CIVIC – Institut für internationale Bildung

Isabel Hohmann, CIVIC – Institut für internationale Bildung

Redaktionsassistentz

Michael Gungowski, CIVIC – Institut für internationale Bildung

Layout/Satz

Leon Becher, CIVIC – Institut für internationale Bildung

Isabel Hohmann, CIVIC – Institut für internationale Bildung

Umschlagfoto: LpB

Redaktionsschluss:

September 2020

ISBN: 978-3-945414-51-4

Inhalt

Inhalt.....	1
Szenario	6
Chronologie der europäischen Integration – Ausgewählte Ereignisse	9
Kopenhagener Kriterien	14
Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA).....	15
Tabelle: CPI, Pressefreiheit und HDI (Deutsch).....	16
Der Jugoslawienkonflikt 1990 – 2001.....	17
Friedensabkommen von Dayton	18
Factsheet: Das Türkei-Abkommen.....	20
Factsheet: Bosnien-Herzegowina	21
Die Europäische Kommission.....	22
Beispiele für die Arbeitsweise und Aufgaben der Europäischen Kommission	24
Rede der Kommissionspräsidentin/des Kommissionspräsidenten.....	26
Mediengruppe	28
Das Europäische Parlament.....	32
Die EVP-Fraktion.....	34
Die Abgeordnete/der Abgeordnete der EVP im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Luxemburg (CSV)	36
Die Abgeordnete/der Abgeordnete der EVP im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Kroatien (HDZ).....	38
Die Abgeordnete/der Abgeordnete der EVP im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Italien (Forza Italia).....	40
Die Abgeordnete/der Abgeordnete der EVP im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Deutschland (CDU)	42
Die Abgeordnete/der Abgeordnete der EVP im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Frankreich (LR).....	45
Die Abgeordnete/der Abgeordnete der EVP im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Bulgarien (GERB).....	48
Die Abgeordnete/der Abgeordnete der EVP im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Finnland (Kansallinen Kokoomus, Kok)	50
Die S&D-Fraktion	52
Die Abgeordnete/der Abgeordnete der S&D im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Schweden (SAP).....	54
Die Abgeordnete/der Abgeordnete der S&D im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Deutschland (SPD)	56
Die Abgeordnete/der Abgeordnete der S&D im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Spanien (PSOE)	59
Die Abgeordnete/der Abgeordnete der S&D im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Malta (Partit Laburista).....	61

Die Abgeordnete/der Abgeordnete der S&D im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Polen (wisona)	63
Die Abgeordnete/der Abgeordnete der S&D im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Litauen (Lietuvos socialdemokratų partija, LSDP)	65
Die Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (Renew Europe).....	67
Die Abgeordnete/der Abgeordnete der Renew im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus den Niederlanden (VVD).....	69
Die Abgeordnete/der Abgeordnete der Renew im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Frankreich (En Marche)	71
Die Abgeordnete/der Abgeordnete der Renew im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Deutschland (FDP)	73
Die Abgeordnete/der Abgeordnete der Renew im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Rumänien (niunea Salvați România, USR)	75
Die Abgeordnete/der Abgeordnete der Renew Europe im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Slowenien (LMS).....	77
Die Fraktion Identität und Demokratie (ID).....	79
Die Abgeordnete/der Abgeordnete der ID im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Italien (LEGA)	80
Die Abgeordnete/der Abgeordnete der ID im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Frankreich (RN).....	82
Die Abgeordnete/der Abgeordnete der ID im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Estland (EKRE)	84
Die Abgeordnete/der Abgeordnete der ID im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Österreich (FPÖ).....	86
Die Abgeordnete/der Abgeordnete der ID im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Tschechien (Svoboda a přímá demokracie, SPD).....	88
Die Abgeordnete/der Abgeordnete der EFA im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Belgien (Ecolo)	92
Die Abgeordnete/der Abgeordnete der EFA im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Luxemburg (Déi Gréng).....	94
Die Abgeordnete/der Abgeordnete der EFA im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Österreich (Die Grünen)	96
Die Abgeordnete/der Abgeordnete der EFA im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Dänemark (Socialistisk Folkeparti, SF)	99
Die Abgeordnete/der Abgeordnete der EFA im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Frankreich (Europe Écologie-Les Verts, EELV)	101
Die Fraktion Europäische Konservative und Reformier (EKR)	103
Die Abgeordnete/der Abgeordnete der EKR im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Tschechien (ODS).....	105
Die Abgeordnete/der Abgeordnete der EKR im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Lettland (VL-TB/LNNK).....	107

Die Abgeordnete/der Abgeordnete der EKR im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus den Niederlanden (SGP)	109
Die Abgeordnete/der Abgeordnete der EKR im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus der Slowakei (SaS).....	111
Die Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL).....	113
Die Abgeordnete/der Abgeordnete der GUE/NGL im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Portugal (Bloco).....	115
Die Abgeordnete/der Abgeordnete der GUE/NGL im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Griechenland (Syriza).....	117
Die Abgeordnete/der Abgeordnete der GUE/NGL im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus der Tschechischen Republik (KSČM).....	120
Die Abgeordnete/der Abgeordnete der GUE/NGL im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Zypern (Anorthotiko Komma Ergazomenou Laou, AKEL)	122
Die/der fraktionslose Abgeordnete im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Deutschland (Die Partei)	124
Die/der fraktionslose Abgeordnete im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Griechenland (KKE)	126
Die/der fraktionslose Abgeordnete im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Ungarn (Jobbik)	128
Der Rat.....	130
Steckbrief: Belgien	132
Außenminister/in aus Belgien	133
Steckbrief: Bulgarien	136
Außenminister/in aus Bulgarien	137
Steckbrief: Dänemark	140
Außenminister/in aus Dänemark.....	141
Steckbrief: Deutschland.....	144
Außenminister/in aus Deutschland	145
Steckbrief: Estland	149
Außenminister/in aus Estland	150
Steckbrief: Finnland	153
Außenminister/in aus Finnland	154
Steckbrief: Frankreich.....	158
Außenminister/in Frankreich.....	159
Steckbrief: Griechenland	163
Außenminister/in aus Griechenland.....	164
Steckbrief: Irland	167
Außenminister/in aus Irland	168
Steckbrief: Italien.....	171

Außenminister/in aus Italien	172
Steckbrief: Kroatien	176
Außenminister/in aus Kroatien	177
Steckbrief: Lettland	181
Außenminister/in aus Lettland	182
Steckbrief: Litauen	186
Außenminister/in aus Litauen	187
Steckbrief: Luxemburg	191
Außenminister/in aus Luxemburg	192
Steckbrief: Malta	195
Außenminister/in aus Malta	196
Steckbrief: Niederlanden	199
Außenminister/in aus den Niederlanden	200
Steckbrief: Österreich	203
Außenminister/in aus Österreich	204
Steckbrief: Polen	208
Außenminister/in aus Polen	209
Steckbrief: Portugal	212
Außenminister/in aus Portugal	213
Steckbrief: Rumänien	216
Außenminister/in aus Rumänien	217
Steckbrief: Schweden	221
Außenminister/in aus Schweden	222
Steckbrief: Slowakei	226
Außenminister/in aus der Slowakei	227
Steckbrief: Slowenien	230
Außenminister/in aus Slowenien	231
Steckbrief: Spanien	235
Außenminister/in aus Spanien	236
Steckbrief: Tschechische Republik	240
Außenminister/in aus der Tschechischen Republik	241
Steckbrief: Ungarn	244
Außenminister/in aus Ungarn	245
Steckbrief: Zypern	248
Außenminister/in aus Zypern	249
Steckbrief: Beitrittswilliges Land Albanien	252
Beitrittswilliges Land Albanien	253

Steckbrief: Beitrittswilliges Land Bosnien und Herzegowina.....	258
Beitrittswilliges Land Bosnien und Herzegowina.....	259
Steckbrief: Beitrittswilliges Land Kosovo.....	264
Beitrittswilliges Land Kosovo.....	265
Steckbrief: Beitrittswilliges Land Montenegro.....	270
Beitrittswilliges Land Montenegro.....	271
Steckbrief: Beitrittswilliges Land Nord-Mazedonien.....	275
Beitrittswilliges Land Nord-Mazedonien.....	276
Steckbrief: Beitrittswilliges Land Serbien.....	280
Beitrittswilliges Land Serbien.....	281
Steckbrief: Beitrittswilliges Land Türkei.....	285
Beitrittswilliges Land Türkei.....	286
Beitrittsgesuch.....	292
Aufnahmevertrag.....	293

Szenario

Das nachfolgende Szenario dient dazu, die Ausgangssituation und die Problemfelder zu skizzieren, die den Rahmen der Erweiterung der Europäischen Union bestimmen. Es beschreibt das Umfeld, in dem sich die Akteure bewegen, wenn es darum geht, Kriterien, Fristen und Übergangsregelungen für die Aufnahme weiterer Staaten in die EU festzulegen und damit gemeinsam zu einer Entscheidung über die zukünftige Gestaltung des „Hauses Europa“ zu kommen.

1. Die reale Situation

Seit ihren Anfängen ist die europäische Integration ein offener Prozess, der im Laufe der Zeit immer mehr Länder einbezogen hat. Seit ihrer Gründung im Jahr 1951 hat die Europäische Gemeinschaft sieben Erweiterungsrounden durchlaufen. Die letzte Erweiterung der Europäischen Union im Juli 2013 um Kroatien ist von ganz besonderer Bedeutung, da mit ihr die Erweiterung der EU um Staaten des westlichen Balkans fortgesetzt wird und als ein Signal für die ganze Region verstanden werden kann, dass trotz unterschiedlichster Krisen in der Europäischen Union am Grundsatz der Erweiterung festgehalten wird. Bereits mit den historischen Beitritten von Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, der Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern im Jahr 2004 und von Bulgarien und Rumänien im Jahr 2007 konnte der ehemalige „Eiserne Vorhang“, der Europa in Ost und West geteilt hatte, endgültig durchbrochen werden. Das europäische Haus umfasst nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs nunmehr 27 vollwertige Mitglieder. Insgesamt leben mehr als 440 Millionen Menschen in der Europäischen Union.

2. Das Szenario

Unser Szenario konzentriert sich auf eine Auswahl aus sieben weiteren beitragswilligen Ländern: Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nord-Mazedonien, Serbien und die Türkei. In der ersten Phase nach den Erweiterungen von 2004 und 2007 haben alte und neue Mitgliedstaaten erste Erfahrungen mit den Chancen und Herausforderungen der Zusammenarbeit in der großen Europäischen Union gesammelt. Zusammen sind sie nun nach der Aufnahme von Kroatien im Jahr 2013 erneut mit der Entscheidung über die Aufnahme weiterer Mitglieder in konfrontiert, denn alle verbleibenden sechs Staaten des westlichen Balkans, die sogenannten WB6, und die Türkei haben angekündigt, sobald wie möglich der Europäischen Union beitreten zu wollen. Die Institutionen der Europäischen Union mit ihren 27 Mitgliedstaaten sind nun gefordert, auf diese historische Situation zu reagieren und in einem konfliktreichen Umfeld die notwendigen Entscheidungen für die nächste Erweiterungsrounde zu treffen. Soll die Europäische Union weitere Mitglieder aufnehmen? Wenn ja, unter welchen Bedingungen? Und wann?

Vor dem Hintergrund dieser schwierigen Entscheidungen treffen heute die Europäische Kommission, der Ministerrat, die Abgeordneten des Europäischen Parlaments und die Vertreterinnen und Vertreter der beitragswilligen Länder zusammen, um die Modalitäten einer möglichen nächsten Erweiterungsrounde zu diskutieren. Sie alle wollen zu einer gemeinsamen Entscheidung über die Zukunft Europas kommen. Die Europäische Kommission, die schon lange auf eine Fortsetzung des Erweiterungsprozesses drängt, steht einer Aufnahme von Beitrittsverhandlungen grundsätzlich positiv gegenüber. Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments werden sich in ihren nächsten Sitzungen mit den Kandidatenländern beschäftigen. Zu welchem Ergebnis sie und die 27 Außenministerinnen und Außenminister auf ihrem anstehenden Ratstreffen kommen, ist noch völlig offen.

Folgende Problemkomplexe beherrschen die politische Landschaft zur Zeit der Beitrittsverhandlungen:

1. In einem sehr allgemeinen Sinn dreht sich die Diskussion um die Frage, **wo die endgültigen Grenzen der EU liegen** und ob es sinnvoll ist, die Union weiter auszudehnen. In diesem Zusammenhang werden auch mögliche Alternativen zur Erweiterung diskutiert. Besonders im Falle der Türkei wird diese Alternativlösung oft vorgebracht, da immer wieder argumentiert wird, dass die Türkei geographisch nicht zu Europa

gehöre und sich kulturell zu sehr von der EU unterscheide, um ein Vollmitglied zu werden. Diesem Argument wird von anderer Seite entgegengehalten, dass die Europäische Union keine kulturelle oder religiöse Vereinigung sei, sondern eine Wertegemeinschaft, die gerade von ihrer Vielfalt lebe. Auch ist die Türkei bereits seit 1949 Mitglied des Europarats, einem europäischen Gremium, das parallel zu Europäischen Union besteht. Die jüngeren negativen politischen Entwicklungen in der Türkei werden mit Sorge gesehen und verstärken die Diskussion innerhalb der Europäischen Union, ob und inwieweit die Türkei die erforderlichen Kriterien erfüllen kann und eine Mitgliedschaft daher überhaupt möglich erscheint.

2. Weiteres Konfliktpotenzial zeigt sich bei einem Blick auf die **Finanzierung einer zukünftigen Erweiterung**. Noch besteht ein großes Wohlstandsgefälle zwischen den alten und insbesondere den 2007 und 2013 neu hinzugekommenen Mitgliedern Bulgarien, Rumänien und Kroatien, das die EU durch milliardenschwere Hilfszahlungen zu beheben versucht. Einige Mitgliedstaaten fürchten, dass sie noch bestehende finanzielle Privilegien verlieren könnten, sollte es zu einer erneuten Erweiterung kommen. Insgesamt wäre sehr viel mehr Geld nötig, um sowohl den alten als auch den neuen, ärmeren Mitgliedstaaten eine angemessene Unterstützung zu garantieren. Das trifft jedoch auf den Widerstand derjenigen Mitgliedstaaten, die besonders viel zum Europäischen Haushalt beitragen und die zudem die Last der zukünftigen finanziellen Belastungen der Europäischen Union im Nachgang zur Corona-Pandemie werden tragen müssen.
3. Diskussionen gibt es weiterhin bezüglich der möglichen **Auswirkungen der Erweiterung auf die Wirtschaft und die Arbeitsmärkte in den jetzigen Mitgliedstaaten**. Viele der betroffenen EU-Länder fürchten, dass Firmen ihre Produktion in die potenziellen neuen Mitgliedstaaten auslagern könnten, weil dort Löhne und Produktionskosten niedriger sind und dass umgekehrt, im Rahmen der Personenfreizügigkeit, billige Arbeitskräfte aus diesen Staaten zum Arbeiten in die alten Mitgliedstaaten kommen werden. Das Thema Personenfreizügigkeit ist in der Europäischen Union eine zentrale Voraussetzung für die Teilnahme am europäischen Binnenmarkt. Es wird jedoch immer wieder von einzelnen Staaten in Frage gestellt, um ihren Arbeitsmarkt innerhalb der EU abgrenzen zu können. Nicht zuletzt in der britischen Debatte um den Austritt aus der EU spielte die Diskussion um die Notwendigkeit und den Fortbestand der Personenfreizügigkeit eine wichtige Rolle.
4. Die Diskussion um eine Erweiterung der EU muss aber auch immer im weiteren internationalen Kontext gesehen werden. Insbesondere zwei internationale Konflikte haben Auswirkungen auf die Beitrittsverhandlungen, da sie Mitgliedstaaten und/oder Beitrittskandidaten betreffen. Zunächst spielt der **Zypernkonflikt** eine elementare Rolle in den Verhandlungen mit der Türkei. Seit 1974 ist die Insel faktisch in zwei Teile geteilt: in den türkisch-zypriotischen Norden, der nur von der Türkei als Staat anerkannt ist, und in die griechisch-zypriotische Republik Zypern im Süden, die seit 2004 Mitglied der EU ist, jedoch von der Türkei nicht anerkannt wird. Ein UN-Referendum über die Wiedervereinigung der Insel ist im April 2004 an der Ablehnung der griechisch-zypriotischen Bevölkerung im Süden der Insel gescheitert. Erneute Versuche einer Wiedervereinigung wurden zur Jahreswende 2016/2017 bislang erfolglos unternommen.
5. Ein weiterer Konflikt, der sich bis heute auf die Beitrittsverhandlungen auswirkt, ist der **Bürgerkrieg der neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts auf dem Balkan**. Diese gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen, die auf das Auseinanderbrechen der Republik Jugoslawien folgten, brachten fürchterliche ethnische Säuberungen und die Vertreibung hunderttausender Menschen mit sich und haben die Region für lange Zeit destabilisiert. Ein weiterer Beitritt von damals beteiligten Staaten in die Europäische Union könnte eine Vorbildfunktion für die Bürgerinnen und Bürger in diesen Staaten haben und könnte als weiterer wichtiger Schritt zu einer dauerhaften Befriedung der Gesellschaften auf dem Balkan gesehen werden.

6. Die **Anerkennung Kosovos** als unabhängigen Staat im Jahr 2008 hat Unruhe in die Europäische Union gebracht. Fünf Staaten der EU, die selbst Separationstendenzen innerhalb ihrer Grenzen kennen, haben die Unabhängigkeit Kosovos bislang noch nicht anerkannt: Das sind Griechenland, Rumänien, die Slowakei, Spanien und Zypern. Die Aufnahme eines Staates, der nicht von allen Mitgliedern der EU anerkannt wird, ist jedoch nicht denkbar. Die EU ist deshalb gefordert, eine gemeinsame Position zum Kosovo zu finden. Darüber hinaus sind die Beziehungen zwischen Serbien und dem Kosovo äußerst gespannt. Serbien sieht den Kosovo noch immer als Teil seines Staatsgebiets.
7. Die gestiegene Relevanz der **Flüchtlingspolitik** hängt vor allem mit dem **Bürgerkrieg in Syrien** zusammen. Seit 2011 herrscht in Syrien Bürgerkrieg zwischen dem von Russland gestützten Assad-Regime und verschiedenen Rebellen. Während die USA und Deutschland die kurdischen Rebellen der YPG im Norden Syriens im Kampf gegen den aufkommenden Islamischen Staat (IS) unterstützten, ist die Türkei eher an einer Vertreibung der Kurden aus dem Norden interessiert, die mit kurdischen Terroranschlägen im Inland in Verbindung gebracht werden. Das militärische Vorgehen der Türkei im Norden Syriens, mit dem vorgeschobenen Ziel eine Sicherheitszone zu errichten, wird international kritisiert, da es die humanitäre Notlage der Syrer eher verschlechtert als verbessert und eine weitere Eskalation droht.

Die Flüchtlingskrise mit ihrem Höhepunkt im Herbst 2015 nagt noch immer an der europäischen Solidarität. Bis heute gibt es keinen Verteilungsschlüssel oder einheitliche Asylbedingungen zwischen den Mitgliedstaaten. Die Länder an den Grenzen der EU und insbesondere an den Grenzen des Schengen-Raums (Personenfreizügigkeit, keine Grenzkontrollen) sind besonders betroffen und an einer Lösung interessiert. Das Türkei-Abkommen von 2016 hat den europäischen Ländern zwar einige Last abgenommen, doch zu welchem Preis? Die Türkei verlangt nun mehr Geld und Solidarität mit ihrem Vorgehen in Syrien und drohte bereits die 'Tore nach Europa' aufzumachen. Auch das Beitritts-gesuch der Türkei war Teil des Abkommens, dessen Fortbestehen noch unklar ist. Erweiterungen auf dem Westbalkan zur Schließung der geografischen Lücken haben auch Auswirkungen auf den Verlauf der EU-Außengrenze und damit auf Grenzkontrollen und Flüchtlingsrouten.

8. Schließlich ist eine Diskussion über die Erweiterung auch immer eine Diskussion über die **Europäische Union und ihre generelle „Aufnahmefähigkeit“**. Je mehr Mitglieder an der gemeinsamen Entscheidungsfindung in den Institutionen beteiligt sind – insbesondere in Fällen, in denen Einstimmigkeit notwendig ist –, desto komplizierter und schwerfälliger werden diese Prozeduren. Daher gingen bisherige Erweiterungen meistens mit einer Reform der Institutionen und Entscheidungsprozesse der EU einher. Unterschiedliche Ansichten herrschen allerdings hinsichtlich der Frage, wie die EU-Institutionen am besten an eine größere Anzahl von Mitgliedern angepasst werden können.

Die Institutionen und Entscheidungsmechanismen der EU bieten einen Rahmen, in dem all diese verschiedenen Interessen ausbalanciert und zu einem Kompromiss gebracht werden können. Schließlich geht es darum, zu einer Einigung über die zukünftige geographische und organisatorische Gestalt der Europäischen Union zu kommen, die für alle Seiten von Vorteil ist. Die Zukunft Europas liegt jetzt in Ihren Händen. Viel Glück für die Verhandlungen!

Chronologie der europäischen Integration – Ausgewählte Ereignisse

9. Mai 1950	Vorschlag Robert Schumanns zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)
18. April 1951	Vertragsunterzeichnung zur Gründung der EGKS (Belgien, BRD, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande > „Die Sechs“)
27. Mai 1952	„Die Sechs“ unterzeichnen den Vertrag zur Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG); dieser scheidet jedoch 1954 in der französischen Nationalversammlung
1. Januar 1958	Inkrafttreten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EAG)
8. April 1965	Vertrag über die Fusion der drei Europäischen Gemeinschaften EGKS, EWG und EAG (tritt am 01. Juli 1967 in Kraft)
1. Juli 1968	Verwirklichung der Zollunion, Einführung eines gemeinsamen Außenzolls
8. Oktober 1970	Werner-Plan zur stufenweisen Einführung einer Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) wird Rat und Kommission vorgelegt
22. Januar 1972	EG unterzeichnet Beitrittsverträge mit Dänemark, Großbritannien, Irland und Norwegen (Norwegen lehnt im September in einem Referendum den Beitritt ab); Erweiterung tritt am 01. Januar 1973 in Kraft
21. März 1972	Einführung der „Währungsschlange“: Wechselkurse der Währungen der EG-Mitglieder dürfen nur noch um 2,5 Prozent voneinander abweichen
19./20. Oktober 1972	Staats- und Regierungschefs beschließen in Paris den Ausbau der EG zur „Europäischen Union“ sowie einen Zeitplan für die WWU
9./10. Dezember 1974	Staats- und Regierungschefs tagen von nun an als „Europäischer Rat“
1. Juli 1977	Vollendung des Zollabbaus zwischen den neun EG-Mitgliedstaaten
6./7. Juli 1978	Europäischer Rat beschließt die Schaffung des Europäischen Währungssystems (EWS) und einer europäischen Währungseinheit
7.-10. Juni 1979	Erste Direktwahlen zum Europäischen Parlament
1. Januar 1981	Griechenland wird zehntes Mitglied der EG
14. Juni 1985	Die Kommission legt das Weißbuch zur Vollendung des Binnenmarktes vor

28./29. Juni 1985	Europäischer Rat beschließt Regierungskonferenz zur Änderung der Römischen Verträge
2./3. Dezember 1985	Mit der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) beschließt der Europäische Rat die Reform des institutionellen Systems, die Erweiterung der Gemeinschaftskompetenzen und die Schaffung eines rechtlichen Rahmens für die außenpolitische Zusammenarbeit
1. Januar 1986	Spanien und Portugal treten der EG bei, diese hat nun zwölf Mitglieder
14. April 1987	Türkei stellt Beitrittsantrag
26./27. Juni 1989	Europäischer Rat beschließt Regierungskonferenz zum Delors-Plan (Drei-Stufen-Plan zur Errichtung der WWU)
1. Juli 1990	Erste Stufe der WWU tritt in Kraft
9./10. Dezember 1991	Europäischer Rat einigt sich in Maastricht auf den Vertrag über die Europäische Union (EU)
1. Januar 1993	Verwirklichung des Binnenmarktes
1. November 1993	Vertrag von Maastricht (Vertrag über die Europäische Union/EUV) tritt in Kraft
1. Januar 1994	Zweite Stufe der WWU tritt in Kraft
1. Januar 1995	Finnland, Österreich und Schweden treten der EU bei, diese hat nun 15 Mitglieder
26. März 1995	Schengener Abkommen tritt in Kraft (Wegfall der Personenkontrollen zwischen Deutschland, Benelux, Frankreich, Spanien, Portugal)
15./16. Dezember 1995	Europäischer Rat legt den Namen „Euro“ für die künftige europäische Währung fest
29. März 1996	Eröffnung der Regierungskonferenz zur Reform der EU in Turin
16./17. Juni 1996	Abschluss der Regierungskonferenz mit dem Vertrag von Amsterdam
30. März 1998	Mit Slowenien, Polen, Ungarn, Tschechien, Estland und Zypern („Luxemburg-Gruppe“) werden Beitrittsverhandlungen aufgenommen
2. Mai 1998	Europäischer Rat legt Teilnehmer der Währungsunion fest

1. Januar 1999	WWU startet mit Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Österreich, Portugal und Spanien
24.-26. März 1999	Europäischer Rat verabschiedet „Agenda 2000“ (Festlegung des Finanzrahmens 2000-2006)
1. Mai 1999	Vertrag von Amsterdam tritt in Kraft
3./4. Juni 1999	Europäischer Rat wählt Javier Solana zum Hohen Vertreter der EU für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)
15./16. Oktober 1999	Europäischer Rat beschließt im finnischen Tampere den Aufbau eines EU-weiten Rechtsraumes sowie die Erarbeitung einer Grundrechtecharta durch ein Gremium
15. Januar 2000	Mit Bulgarien, Lettland, Litauen, Malta, Rumänien und der Slowakei („Helsinki-Gruppe“) werden Beitrittsverhandlungen aufgenommen
14. Februar 2000	Eröffnung der Regierungskonferenz 2000 zur institutionellen Reform der EU
7. Dezember 2000	Auf dem Europäischen Rat von Nizza wird die Charta der Grundrechte der EU feierlich proklamiert
7.-11. Dezember 2000	Europäischer Rat verabschiedet den Vertrag von Nizza zur Vorbereitung der EU auf zwölf neue Mitgliedstaaten, für 2004 wird eine neue Regierungskonferenz angesetzt
1. Januar 2001	Griechenland wird Mitglied der Eurozone, diese umfasst nun 12 Mitglieder
26. Februar 2001	Vertrag von Nizza wird unterzeichnet
7. Juni 2001	Iren lehnen in einem Referendum den Vertrag von Nizza ab
15./16. Juni 2001	Europäischer Rat beschließt eine Strategie für nachhaltige Entwicklung
25. Juli 2001	Kommission legt ihr Weißbuch „Europäisches Regieren“ vor
21. September 2001	Sondertagung des Europäischen Rates zu den Terroranschlägen des 11. September
14./15. Dezember 2001	Europäischer Rat von Laeken nimmt die „Erklärung zur Zukunft der EU“ an und beschließt die Einberufung eines Konvents zur Vorbereitung einer umfassenden EU-Reform
1. Januar 2002	In den Mitgliedstaaten der Eurozone wird das erste Euro-Bargeld ausgegeben

28. Februar 2002	Erste Sitzung des Konvents findet in Brüssel statt
15./16. März 2002	Europäischer Rat von Barcelona beschließt Verstärkung der Maßnahmen zur Schaffung einer wissensbasierten, wettbewerbsfähigen Wirtschaft
31. Mai 2002	Die EU ratifiziert das Kyoto-Protokoll
23. Juli 2002	Der EGKS-Vertrag läuft nach fünfzig Jahren aus
19. Oktober 2002	Iren billigen in einem zweiten Referendum den Vertrag von Nizza
28. Oktober 2002	Konvent legt Vorentwurf des Verfassungsvertrages vor
19. März 2003	Europäisches Parlament verabschiedet mit Mehrheit einen Bericht, der grünes Licht für den Beitritt von Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, der Slowakei, Slowenien, der Tschechischen Republik, Ungarn und Zypern im Jahr 2004 gibt
16. April 2003	Feierliche Unterzeichnung der Beitrittsverträge mit diesen zehn Ländern im Rahmen der informellen Tagung des Europäischen Rates in Athen
18. Juli 2003	Konvent legt abschließenden Verfassungstext vor
4. Oktober 2003	Beginn der Regierungskonferenz zum Konvents Entwurf
26. März 2004	Einigung der Staats- und Regierungschefs über den Text der Europäischen Verfassung
1. Mai 2004	Erweiterung der Europäischen Union um 10 neue Staaten
12./13. Dezember 2004	Beschluss zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei
29. Mai 2005	Die Verfassung wird in Frankreich per Referendum abgelehnt
3. Oktober 2005	Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei
1. Januar 2007	Erweiterung der EU um Bulgarien und Rumänien
1. April 2009	Kroatien und Albanien werden NATO-Mitglied.

1. Dezember 2009	Der Vertrag von Lissabon tritt in Kraft
1. März 2012	Serbien erhält den Beitrittskandidatenstatus und die Verhandlungen beginnen.
20. Februar 2014	Aufstand in der Ukraine und Besetzung des Majdan in Kiew
1. November 2014	Die neue Kommission mit dem Präsidenten Jean-Claude Juncker an der Spitze nimmt ihre Arbeit auf.
1. Dezember 2014	Der ehemalige polnische Premierminister, Donald Tusk, wird Präsident des Europäischen Rats
1. Januar 2015	Litauen führt als 19. Staat den EURO als Währung ein.
15. Februar 2016	Bosnien-Herzegowina reicht seinen Beitrittsantrag ein.
24. Juni 2016	Die Briten stimmen in einem Referendum für einen Austritt aus der EU.
5. Juni 2017	Montenegro wird NATO-Mitglied
12. Februar 2019	Das Prespa-Abkommen tritt in Kraft und damit die Änderung des Verfassungsnamens der Republik Mazedonien
Dezember 2019	Die neue EU-Kommission unter der Präsidentin Ursula von der Leyen nimmt ihre Arbeit auf.
1. Februar 2020	Das Vereinigte Königreich verlässt die Europäische Union
25. März 2020	Beschluss zur Eröffnung der Beitrittsgespräche für Nord-Mazedonien und Albanien
27. März 2020	Nord-Mazedonien wird NATO Mitglied
24. Juni 2020	Der Präsident der Republik Kosovo Hashim Thaci wird durch den Sonderankläger des Kosova Kriegsverbrechertribunals in Den Haag angeklagt (Vorwurf: Mord, Folter und Verfolgung).

Kopenhagener Kriterien

Für einen Beitritt zur Europäischen Union haben die Staats- und Regierungschefs der EU 1993 bei ihrem Treffen in Kopenhagen drei Voraussetzungen formuliert. Diese so genannten „Kopenhagener Kriterien“ müssen alle Staaten erfüllen, die der EU beitreten wollen:

- Das „politische Kriterium“: Institutionelle Stabilität, demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, Wahrung der Menschenrechte sowie Achtung und Schutz von Minderheiten.
- Das „wirtschaftliche Kriterium“: Eine funktionsfähige Marktwirtschaft und die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck innerhalb des EU-Binnenmarktes standzuhalten.
- Das „Acquis-Kriterium“: Die Fähigkeit, sich die aus einer EU-Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen und Ziele zu eigen zu machen, das heißt: Übernahme des gesamten gemeinschaftlichen Rechts und des „gemeinschaftlichen Besitzstandes“ (Acquis communautaire).

Die Bedingungen für die Beitritte werden grundsätzlich in Abkommen festgelegt. Diese Beitrittsabkommen werden zwischen der Union und den Beitrittskandidaten kapitelweise ausgehandelt. Derzeit sind dies 35 Kapitel, die alle Rechtsbereiche umfassen. Bestandteil der Abkommen sind meist Übergangsregelungen, um den Beitritt eines Landes für beide Seiten verträglich zu gestalten. Diese Verhandlungen dauern normalerweise mehrere Jahre.

Die EU-Kommission legt jährlich so genannte Fortschrittsberichte vor. Darin wird der Stand der Verhandlungen und die Entwicklung des Beitrittskandidaten in Bezug auf die Anpassung an die EU-Anforderungen beschrieben.

Das Europäische Parlament muss zunächst den Beitrittsabkommen mit der absoluten Mehrheit seiner Mitglieder zustimmen. Danach muss der Rat einstimmig seine Zustimmung geben. Die Unterzeichnung der Abkommen obliegt dann den Staats- und Regierungschefs der EU und der Beitrittsländer. Jedes Beitrittsabkommen muss als völkerrechtlicher Vertrag von den EU-Mitgliedstaaten und den Beitrittsländern gemäß den jeweiligen verfassungsrechtlichen Vorschriften ratifiziert werden. Mit der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden ist das Beitrittsverfahren abgeschlossen, und die Abkommen treten in Kraft. Die Beitrittsländer werden dann zu Mitgliedstaaten.

Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA)

Die vertraglichen Beziehungen im Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess (SAP) zwischen der EU und den beitrittswilligen Staaten des westlichen Balkans werden in Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) festgehalten. Durch ein SAA werden die rechtlichen und wirtschaftlichen Grundlagen eines EU-Beitrittskandidaten den EU-Standards angeglichen. Besonders im Bereich des Handels verbessert sich durch zunehmend wegfallende Zölle und durch Handels- und Transportverträge die Situation des Beitrittskandidaten. In der Summe kann das zu höheren ausländischen Investitionen führen. Ferner haben Beitrittskandidaten Zugang zu einer Vielzahl von EU-Fonds, aus denen erhebliche Mittel für die Entwicklung von Landwirtschaft, Bildungs- und Gesundheitswesen, Wissenschaft oder auch Kultur und Kunst beantragt werden können.

Die EU kann sich durch das SAA vergewissern, dass Rückschritte wirtschaftlicher oder politischer Art im beitrittswilligen Land vermieden werden. Ziel des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens ist ein Vertragsverhältnis, welches sowohl für die EU als auch den beitrittswilligen Staat bindend ist. Das Vertragsverhältnis spiegelt die Beitrittsperspektive eines Landes wider. Die dafür erforderlichen Maßnahmen werden von der EU finanziell unterstützt.

Inzwischen ist mit allen Ländern des westlichen Balkans ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen unterzeichnet worden und in Kraft getreten: Nord-Mazedonien (2004), Albanien (2009), Montenegro (2010), Serbien (2013), Bosnien-Herzegowina (2015) und Kosovo (2016). Einen Sonderstatus nimmt das Abkommen mit dem Kosovo ein. Hierbei handelt es sich um ein reines EU-Abkommen, welches von den Mitgliedstaaten nicht ratifiziert werden muss (fünf Mitgliedstaaten erkennen den Kosovo nicht als unabhängigen Staat an).

Tabelle: CPI, Pressefreiheit und HDI (Deutsch)

EU-Mitgliedstaat/Beitritts-williger Staat	Corruption Perception Index (2019)	Pressefreiheit (2019)	Human Development Index (2019)
Belgien	17	12	17
Bulgarien	74	111	52
Dänemark	1	3	11
Deutschland	9	11	4
Estland	18	14	30
Finnland	3	2	12
Frankreich	23	34	26
Griechenland	60	65	32
Irland	18	13	3
Italien	51	41	29
Kroatien	63	59	46
Lettland	44	22	39
Litauen	35	28	34
Luxemburg	9	17	21
Malta	50	81	28
Niederlande	8	5	10
Österreich	12	18	20
Polen	41	62	32
Portugal	30	10	40
Rumänien	70	48	52
Schweden	4	4	8
Slowakei	59	33	36
Slowenien	35	32	24
Spanien	30	29	25
Tschechische Republik	44	40	26
Ungarn	70	89	43
Zypern	41	27	31
<i>Albanien</i>	106	84	69
<i>Bosnien und Herzegowina</i>	101	58	75
<i>Kosovo</i>	101	70	k.A.
<i>Nord-Mazedonien</i>	106	92	82
<i>Montenegro</i>	66	105	52
<i>Serbien</i>	91	93	63
<i>Türkei</i>	91	154	59

Der Jugoslawienkonflikt 1990 – 2001

Der Jugoslawienkrieg ist nicht zu verwechseln mit den Balkankriegen 1912-1913. Insgesamt ist es aber sehr schwierig die Geschichte des Jugoslawienkonflikts deutlich von seiner Vorgeschichte zu trennen.

Ausgangslage: Das kommunistische Jugoslawien (bestehend seit 1943 als Nachfolgestaat des Königsreichs) besteht kurz vor seinem Zerfall aus den Teilrepubliken Kroatien, Slowenien, Mazedonien, Serbien, Bosnien-Herzegowina und Montenegro. Die einzelnen Bevölkerungsgruppen leben gemischt in den verschiedenen Regionen des Vielvölkerstaats. Mit dem Tod des langjährigen Staatschef Josep Tito im Jahr 1980 gerät die politische Stabilität ins Wanken. Die Umbrüche in Osteuropa Ende der 1980er Jahre sind auch auf dem Balkan zu spüren. Hinzu kommen wirtschaftliche Probleme. Verschiedene Interessen unter den Teilrepubliken führen zu ersten Unabhängigkeitserklärungen seitens Kroatiens, Mazedoniens und Sloweniens im Jahr 1991.

Dabei bilden sich zwei Lager: Die nach Unabhängigkeit strebenden Teilrepubliken sowie die in Minderheiten verteilten Serben, die noch den Einfluss auf die wichtigsten Militärzweige innehatten.

Zeitleiste der wichtigsten Ereignisse:

- Unabhängigkeitserklärung Kroatiens, Mazedoniens und Sloweniens 1991
- 10-Tage-Krieg in Slowenien (1991),
- Unabhängigkeit von Bosnien-Herzegowina (1992)
- den Kroatienkrieg (1991–1995),
- den Bosnienkrieg (1992–1995), Massaker von Srebrenica (Juli 1995)
- den kroatisch-bosnischen Krieg (1992–1994) im Rahmen des Bosnienkriegs,
- den Kosovokrieg (1998–1999)
- albanischer Aufstand in Mazedonien (2001)



Auswirkungen: Schätzungen zufolge forderten die verschiedenen Kriegshandlungen etwa 140.000 Opfer. Als Folge der ethnischen Säuberungen gelten bis heute noch Menschen als vermisst, was neben den strategischen Vergewaltigungen zu einem unbeschreiblichen Trauma der Bevölkerung führte. Im Verlauf des Jugoslawienkriegs entstehen 6 anerkannte Nachfolgestaaten: Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Montenegro, Nord-Mazedonien, Serbien und Slowenien. Der Kosovo ist nicht von allen Ländern völkerrechtlich anerkannt.

Aufgrund der begangenen Kriegsverbrechen wurde 1994 der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) eingerichtet, um die Verbrechen aufzuklären. Die Arbeit wurde 2017 eingestellt.

Friedensabkommen von Dayton

Der Dayton-Vertrag (auch Dayton-Friedensabkommen genannt) beendete 1995 nach dreieinhalb Jahren den Krieg in Bosnien und Herzegowina und Kroatien. Der Vertrag wurde unter Vermittlung der USA mit Beteiligung der Europäischen Union und unter der Leitung des damaligen US-Präsidenten Bill Clinton am 21. November 1995 in Dayton, Ohio, paraphiert und am 14. Dezember 1995 in Paris unterzeichnet. Die Unterzeichner waren der serbische Präsident Slobodan Milošević, der kroatische Präsident Franjo Tuđman und der bosnisch-herzegowinische Präsident Alija Izetbegović.

Vorgeschichte und Verhandlungen

Die Initiative für die Verhandlungen zur Beilegung des Krieges in Bosnien ging von den USA aus. Medienberichte von den grausamen Kämpfen auf dem Balkan hatten einen erheblichen öffentlichen Druck ausgelöst, der sich darin niederschlug, dass die Regierung Bill Clinton gegenüber den Konfliktparteien massiven diplomatischen Zwang ausübte, Verhandlungen zu beginnen.

Die Verhandlungen wurden am 1. November 1995 aufgenommen und fanden unter den Bedingungen strenger Klausur statt. Die amerikanische Seite zwang die drei Präsidenten zu ununterbrochenen dreiwöchigen Verhandlungen, während derer der Kontakt zur Außenwelt weitgehend unterbunden war. Vor allem ging es in dieser Zeit um die zukünftige Grenzziehung in Bosnien.

Am 10. November 1995 unterzeichneten Vertreterinnen und Vertreter der Republik Bosnien-Herzegowina und der bosnisch-kroatischen Föderation das Abkommen von Dayton über die Implementierung der Föderation Bosnien-Herzegowina mit einer Übereinkunft über die Übergangsverwaltung für die Stadt Mostar.

Am 12. November 1995 unterzeichneten Kroaten und bosnische Serben der Republik Serbische Krajina ein Grundsatzabkommen über die Region Ostslawonien, die Baranja und West-Sirmium, das für die weiteren Verhandlungen zum Friedensabkommen von großer Bedeutung war.

Ergebnis des Abkommens

Am 21. November 1995 konnte die Paraphierung des Vertrages erfolgreich abgeschlossen werden. Einen Tag später (22. November 1995) wurden durch zwei Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen das Waffenembargo und die Aussetzung der Wirtschaftssanktionen gegen Jugoslawien angekündigt. Die Umsetzung erfolgte allerdings erst im Juni bzw. Oktober 1996. Am 8. und 9. Dezember 1995 kam es im Anschluss an die Verhandlungen zum Dayton-Abkommen in London, Großbritannien, zu einer Implementierungskonferenz unter der Leitung des Hohen Repräsentanten für den Wiederaufbau Carl Bildt aus Schweden. Am 14. Dezember 1995 wurde dann das Friedensabkommen von Dayton in Paris (Frankreich) formell unterzeichnet und trat sofort in Kraft.

Die wichtigsten Inhalte des Dayton-Vertrages

- Bosnien und Herzegowina, das sich 1992 für unabhängig von Jugoslawien erklärt hat, bleibt als souveräner und ungeteilter Staat in den international anerkannten Grenzen bestehen.
- Sarajevo bleibt Hauptstadt von Bosnien und Herzegowina.
- Bosnien und Herzegowina wird von Kroatien und von der Bundesrepublik Jugoslawien anerkannt.

- Bosnien und Herzegowina, so der neue Name, setzt sich aus zwei Teilrepubliken zusammen: der Republika Srpska (Serbische Republik) mit 49 Prozent und der (bosniakisch-kroatischen) Föderation von Bosnien und Herzegowina mit 51 Prozent des Territoriums.

- Über die Zugehörigkeit des Brčko-Distrikts zu einer der beiden Teilrepubliken soll erst später entschieden werden. In der Zwischenzeit ist diese Entscheidung dahingehend gefallen, dass Brčko ein Kondominium (Herrschaft mehrere Staaten über ein Gebiet) zwischen beiden Teilrepubliken ist, tatsächlich untersteht der Distrikt jedoch der Zentralregierung bei lokaler Selbstverwaltung.

Das Abkommen verlangt die völlige Bewegungsfreiheit der Bewohnerinnen und Bewohner und gewährt den Flüchtlingen und Vertriebenen das Recht auf Rückkehr in ihre ursprünglichen Wohnorte. Die neue Verfassung sieht Demokratie und Marktwirtschaft vor und setzt fünf gesamtstaatliche Institutionen ein: das Zwei-Kammer-Parlament, das Präsidium, den Ministerrat, das Verfassungsgericht und die Zentralbank. Die Staatsebene erhält nur wenige Kompetenzen: Außen- und Außenhandelspolitik, Zoll- und Geldpolitik, Einwanderungsfragen sowie weniger bedeutende Bereiche wie die Kontrolle des Luftverkehrs. Die Macht der Teilrepubliken umfasst alle Bereiche, die die Verfassung nicht den Zentralinstitutionen zuordnet. Die Zuständigkeit für die in Dayton noch den Teilstaaten überlassene Verteidigungspolitik ist seit 2005 schrittweise auf den Gesamtstaat übergegangen.

Im militärischen Teil des Friedensabkommens (Annex 1 A) vereinbarten die Konfliktparteien, einander keine Gewalt mehr anzudrohen oder gegeneinander anzuwenden. Heute überwacht und sichert dies eine europäische Friedenstruppe (EUFOR). Sie übernahm diese Aufgabe von der der NATO unterstehenden Schutztruppe (erst ab Dezember 1995 IFOR im Rahmen der Operation Joint Endeavour und als Ersatz für die UNPROFOR, später SFOR). Außerdem wurde nach Annex 11 die Errichtung einer internationalen Polizeitruppe (IPTF) mit einer Sollstärke von 1.700 Mann vereinbart.

Factsheet: Das Türkei-Abkommen

Bereits im März 2016 einigte sich die EU mit der Türkei auf ein Abkommen im Rahmen der Flüchtlingspolitik. Ziel der Vereinbarung ist es, Schleppern das Geschäft zu zerstören und die illegale Migration nach Europa zu bremsen. Die Türkei erklärt sich bereit, alle illegal Eingewanderten, die von der Türkei, über das Mittelmeer, nach Griechenland kommen, zurückzunehmen. Für Personen aus Syrien gilt eine Sonderregel. Für jeden syrischen Flüchtling, den die Türkei zurücknimmt, muss die EU im Gegenzug einen Flüchtling legal aus einem Flüchtlingscamp aus der Türkei aufnehmen.

Im Gegenzug zahlt die EU insgesamt sechs Milliarden Euro Hilfgelder, die der Versorgung und Unterbringung der Flüchtlinge zugutekommt. **Außerdem verspricht die EU der Türkei im Zuge dieses Abkommens Fortschritte bei den EU-Beitrittsgesprächen**, der Visafreiheit ihrer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger für Reisen nach Europa und den Ausbau der gemeinsamen Zollunion. Zusätzlich will man gemeinsame Anstrengungen zur Verbesserung der humanitären Lage in Syrien unternehmen.

Das Abkommen hat erfolgreich dazu geführt, dass die meisten Syrer in der Türkei bleiben und dadurch weniger Flüchtlinge auf die griechischen Inseln übersetzen. Die mit Griechenland vereinbarte Rückführung von ankommenden Syrern in die Türkei findet allerdings kaum statt, sodass das Abkommen die Wirkung verliert und sich die humanitäre Lage auf den griechischen Inseln weiter verschlechtert hat.

Ende 2019 äußert die Türkei den Vorwurf, die EU sei im Zahlungsrückstand und würde die Versprechen bezüglich der Visumfreiheit, der Ausweitung der Zollunion und den Beitrittsverhandlungen nicht einhalten. Zudem fordert die Türkei Unterstützung der EU bei der Einrichtung einer Sicherheitszone in Nordsyrien zur Unterbringung syrischer Flüchtlinge. Die Türkei drohte damit die Tore zu Europa zu öffnen und brachte sogar Flüchtlinge an die griechische Grenze.

Bei der Frage der Beitrittsverhandlungen gibt es tatsächlich keine Fortschritte, allerdings ist dies von der Erfüllung der Kriterien seitens der Türkei und nicht vom politischen Willen der EU abhängig. Entgegen der Vorwürfe hat die EU die Hilfgelder gemäß der Vereinbarung an Hilfsorganisationen und Projekte gezahlt oder bereits eingeplant. Man ist daran interessiert, das Abkommen aufrecht zu erhalten, da die Türkei bisher 3,6 Millionen syrische Flüchtlinge im Land erfolgreich unterbringt, so viele wie kein anderes Land. Doch, ob man im Gegenzug dazu bereit ist, der Türkei weitere und diesmal auch direkte Zahlungen zur Verfügung zu stellen oder sie sogar bei dem umstrittenen Vorgehen in Nordsyrien zu unterstützen, wird noch ausgehandelt. Bislang waren Gespräche erfolglos.

<https://www.tagesschau.de/ausland/eu-tuerkei-abkommen-105.html>

<https://www.tagesschau.de/faktenfinder/eu-tuerkei-fluechtlingsabkommen-109.html>

Factsheet: Bosnien-Herzegowina

Geschichte:

Zwei historische Regionen: Bosnien und die Herzegowina

1878: osmanische Provinzen Bosnien, Herzegowina und Sandschak von Novi Pazar werden unter österreich-ungarische Verwaltung gestellt

1908: Bosnische Annexionskrise durch Aneignung durch Österreich-Ungarn

1914: Ermordung des österreichischen Thronfolgers in Sarajevo □ Erster Weltkrieg

Nach dem ersten Weltkrieg: Land wurde Bestandteil des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen

15.10.1991: Austritt aus dem Staatsverband Jugoslawien; seitdem unabhängig

17.04.1992: internationale Anerkennung des Landes

Danach: drei Jahre Krieg zwischen serbischen, kroatischen und bosnisch-muslimischen Einheiten um Vormachtstellung im Staat

Kriegsverbrechen: Massaker von Srebrenica wurde durch UN-Gerichte als Völkermord klassifiziert

Juli 1995: Tötung von ca. 8000 Bosniaken durch Serben

Gilt als schwerstes Kriegsverbrechen in Europa seit Ende des Zweiten Weltkriegs

Bosnien-Herzegowina leidet bis heute unter den Folgen des Krieges und unter Auseinandersetzungen zwischen Volks- und Religionsgruppen

Die Europäische Kommission



Die Europäische Kommission ist die ausführende Gewalt (Exekutive) innerhalb der Europäischen Union. Sie ist dem Wohl der Union als Ganzes verpflichtet, muss die Ziele der Europäischen Union verfolgen und ist nur dem Europäischen Parlament gegenüber verantwortlich.

In Artikel 3 des Vertrags von Lissabon sind die Ziele der Europäischen Union beschrieben.

(1) Ziel der Union ist es, den Frieden, ihre Werte und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern.

(2) Die Union bietet ihren Bürgerinnen und Bürgern einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ohne Binnengrenzen, in dem - in Verbindung mit geeigneten Maßnahmen in Bezug auf die Kontrollen an den Außengrenzen, das Asyl, die Einwanderung sowie die Verhütung und Bekämpfung der Kriminalität - der freie Personenverkehr gewährleistet ist.

(3) Die Union errichtet einen Binnenmarkt. Sie wirkt auf die nachhaltige Entwicklung Europas auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums und von Preisstabilität, eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt sowie ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität hin. Sie fördert den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt.

Sie bekämpft soziale Ausgrenzung und Diskriminierungen und fördert soziale Gerechtigkeit und sozialen Schutz, die Gleichstellung von Frauen und Männern, die Solidarität zwischen den Generationen und den Schutz der Rechte des Kindes.

Sie fördert den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten.

Sie wahrt den Reichtum ihrer kulturellen und sprachlichen Vielfalt und sorgt für den Schutz und die Entwicklung des kulturellen Erbes Europas.

(4) Die Union errichtet eine Wirtschafts- und Währungsunion, deren Währung der Euro ist.

(5) In ihren Beziehungen zur übrigen Welt, schützt und fördert die Union ihre Werte und Interessen und trägt zum Schutz ihrer Bürgerinnen und Bürger bei. Sie leistet einen Beitrag zu Frieden, Sicherheit, globaler und nachhaltiger Entwicklung, Solidarität und gegenseitiger Achtung unter den Völkern, zu freiem und gerechtem Handel, zur Beseitigung der Armut und zum Schutz der Menschenrechte, insbesondere der Rechte des Kindes, sowie zur strikten Einhaltung und Weiterentwicklung des Völkerrechts, insbesondere zur Wahrung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen.

(6) Die Union verfolgt ihre Ziele mit geeigneten Mitteln entsprechend den Zuständigkeiten, die ihr in den Verträgen übertragen sind.

Die Europäische Kommission hat im Wesentlichen vier Aufgaben:

1. **Sie macht dem Parlament und dem Rat Vorschläge für neue Rechtsvorschriften.**
2. **Sie setzt die EU-Politik um und verwaltet den Haushalt.**
3. **Sie sorgt (gemeinsam mit dem Gerichtshof) für die Einhaltung des europäischen Rechts.**
4. **Sie vertritt die Europäische Union auf internationaler Ebene, zum Beispiel beim Aushandeln von Übereinkommen zwischen der EU und anderen Ländern.**

Die Kommission besitzt durch das Initiativrecht eine besondere Schlüsselrolle innerhalb der Institutionen der Europäischen Union. Als Initiativrecht bezeichnet man das Recht von (staatlichen) Organen, der gesetzgebenden Gewalt (Legislative) – in direkten Demokratien das Recht jeder Bürgerin und jedes Bürgers – einen Gesetzentwurf zur Abstimmung vorzulegen. Bei der Rechtsetzung der Europäischen Union hat die EU-Kommission in fast allen Aufgabenbereichen das alleinige Initiativrecht.

Bei der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) übernehmen im Allgemeinen der Europäische Rat und der Rat der Europäischen Union (Ministerrat) die Initiative, die Kommission ist jedoch an den Arbeiten beteiligt und kann selbst Vorschläge unterbreiten. Gemeinsam mit dem Rat ist die Kommission für gemeinsame Maßnahmen im Rahmen der Außen-, Sicherheits-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik verantwortlich. Kommission und Rat arbeiten zu diesem Zweck zusammen und stellen jeweils in ihrem Zuständigkeitsbereich die Durchführung der betreffenden Politiken sicher.

Die Fäden der Entscheidungsprozesse laufen aber immer wieder in der Kommission zusammen. Die letzte Entscheidung darüber, ob ein Vorschlag der Kommission umgesetzt wird oder nicht, liegt oft beim Rat der Europäischen Union. Im Rahmen der Gesetzgebung beschließen Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union gemeinsam über die Initiativen der Kommission. Die Kommission hat die Aufgabe, zwischen den unterschiedlichen Positionen im Rat oder zwischen dem Rat und dem Parlament zu vermitteln.

Beispiele für die Arbeitsweise und Aufgaben der Europäischen Kommission

Als Beispiel soll an dieser Stelle die Annahme dienen, dass die Kommission Bedarf für europäische Rechtsvorschriften gegen die Verschmutzung der Flüsse in Europa sieht. Die Generaldirektion Umwelt arbeitet nun auf der Grundlage von umfassenden Gesprächen mit europäischen Unternehmen und Landwirten, mit Umweltministerien in den Mitgliedstaaten und Umweltschutzorganisationen einen Vorschlag aus. Der Entwurf wird dann mit den anderen Kommissionsdienststellen erörtert sowie vom Juristischen Dienst und dem Generalsekretariat geprüft. Sobald der fertige Vorschlag vorliegt, wird er auf die Tagesordnung der nächsten Kommissionssitzung gesetzt. Stimmen ihm mindestens 15 der 28 Kommissionsmitglieder zu, ist er von der Kommission angenommen und hat die uneingeschränkte Unterstützung des gesamten Kollegiums. Der Vorgang wird dann an das Europäische Parlament und an den Rat der Europäischen Union als Initiative zur Gesetzgebung in diesem Bereich weitergeleitet.

Die Europäische Kommission besitzt auch die Kompetenz zur Durchführung von Verhandlungen. So schließt die Kommission für die Union beispielsweise Handelsverträge mit Drittstaaten ab oder führt Verhandlungen über Handelsabkommen, z.B. beim CETA-Abkommen mit Kanada.

In einigen speziellen Politikfeldern, wie z.B. der Agrarpolitik und der Wettbewerbspolitik, in denen ausschließlich die Europäische Union zuständig ist, fallen der Kommission exekutive Aufgaben zu. Damit ist sie für die Ausführung der Politik der Europäischen Union verantwortlich.

Die Kommission hat auch zu überprüfen, ob das von Rat und Europäischen Parlament beschlossene Recht eingehalten und richtig angewendet wird. Sie wird deswegen auch als Hüterin der Verträge bezeichnet. So kann sie beispielsweise bei dem Verdacht, dass Mitgliedstaaten gegen das Recht der Europäischen Union verstoßen, vor dem Europäischen Gerichtshof Anklage erheben.

Der Kommission stehen zur Erreichung ihrer Ziele unterschiedliche Instrumente zur Verfügung. So legt die Kommission unter anderem Strategiepapiere vor, gibt Empfehlungen und Mitteilungen an den Rat, schließt internationale Abkommen und koordiniert humanitäre Hilfe.

Gegenwärtig besteht die Europäische Kommission aus dem Präsidenten der Kommission und 27 weiteren Kommissarinnen und Kommissaren. Jede/r Kommissar/in vertritt spezielle Politikfelder. Die Entscheidungen werden mit absoluter Mehrheit (mindestens 15 anwesende Mitglieder stimmen zu) gemeinsam getroffen. Die Kommission muss sich zu Beginn ihrer Amtsperiode der Zustimmung durch das Europäische Parlament stellen. Ihre Amtszeit beträgt fünf Jahre.

Im Politikfeld der Erweiterung der Europäischen Union spielt die Kommission eine ganz besondere Rolle. Der Kommissar für Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen ist für den Vorbereitungsprozess und die Beitrittsverhandlungen zuständig und trägt die Verantwortung für alle bilateralen Beziehungen mit den Ländern, die einen Beitrittsantrag gestellt haben. Obwohl es naheliegen würde, ist die Hohe Vertreterin für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die zugleich als Vizepräsidentin Mitglied der Kommission ist, nicht mit der Kompetenz hierfür ausgestattet worden.

Art. 49 EUV (Aufnahme weiterer Mitglieder): „Jeder europäische Staat [...] kann beantragen, Mitglied der Union zu werden. Das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente werden über diesen Antrag unterrichtet. Der antragstellende Staat richtet seinen Antrag an den Rat; dieser beschließt einstimmig nach Anhörung der Kommission und nach Zustimmung des Europäischen Parlaments, das mit der Mehrheit seiner Mitglieder beschließt. Die vom Europäischen Rat vereinbarten Kriterien werden berücksichtigt.“

Im Interesse der gesamten Union setzt sich die Kommissarin/der Kommissar für das Gelingen der Erweiterung ein. Daher ist es für ihn empfehlenswert, sowohl mit den Vertretern der Beitrittskandidaten als auch mit den europäischen Institutionen gute Kontakte zu pflegen. Mit den einen, um sie in ihrem Integrationsprozess in die Union so gut wie möglich unterstützen zu können, mit den anderen, um integrationsfördernde Lösungen einbringen und für diese in aller Überzeugung werben zu können.

Um dieses Ziel zu erreichen, stehen dem Kommissar und Mitglied der Kommission einige Mittel zur Verfügung:

- **Sie sind eine Expertin/ ein Experte bei informellen Verhandlungen mit den Ministerinnen und Ministern sowie den Parlamentariern.**
- **Sie versuchen, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse in Ihrem Sinne zu unterstützen.**
- **Um die Unterstützung der Bevölkerung zu erhalten, starten Sie eine große Pressekampagne.**
- **Sie bitten die beteiligten Verhandlungspartnerinnen und -partner immer wieder um konstruktive Zusammenarbeit.**
- **Sie unterbreiten dem Rat und dem Parlament selbst Vorschläge, die trotz der unterschiedlichen Interessen in den jeweiligen Ländern oder Fraktionen eine Zustimmung finden können.**



Die Europäische Kommission

„Sehr geehrte Ministerinnen und Minister,

Sehr geehrte Abgeordnete,

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, Sie heute zu dieser feierlichen Stunde hier in Brüssel begrüßen zu dürfen. Wir alle sehen der Konferenz und den anstehenden Verhandlungen mit großen Erwartungen entgegen.

In den Jahren 2004 und 2007 sind der Europäischen Union zwölf mittel- und osteuropäische Staaten erfolgreich beigetreten. 2013 konnte der Beitritt von Kroatien, einem weiteren Staat des ehemaligen Jugoslawiens erfolgen. Nun stehen weitere Gespräche mit sechs Staaten des westlichen Balkans und der Türkei an.

Heute liegt es an Ihnen, meine Damen und Herren, die Annäherung, die im Lauf der Jahre so weit vorangeschritten ist, zu vollenden. Dass die Erweiterung kommen muss, ist uns allen bewusst. Es ist Ihre Aufgabe zu entscheiden, wann dem Europäischen Haus wie viele neue Wohnungen hinzugefügt werden. Sicher wird sich dies in Etappen vollziehen, und einige Länder werden früher beitreten können als andere.

Vor mehr als 60 Jahren war es die Vision der Gründungsväter, eine Europäische Gemeinschaft des Friedens, der Stabilität und des Wohlstands zu errichten. Dieses europäische Ideal ist für unsere Bürgerinnen und Bürger von Bedeutung – heute wie damals. Wir können uns also nicht auf dem bereits Erreichten ausruhen.

Mit militärischer Gewalt ausgetragene Konflikte haben in den letzten Jahren Krieg, Vertreibung und unermessliches Leid über die Menschen im ehemaligen Jugoslawien gebracht. Wir, die Länder der EU, wollen diese schrecklichen Erfahrungen gemeinsam überwinden und uns mit den Ländern des westlichen Balkans und der Türkei zu einer immer enger werdenden demokratischen Wertegemeinschaft zusammenschließen.

Ich denke, wir sollten unseren direkten Nachbarn die Chance einer Teilhabe am europäischen Projekt nicht verwehren. Denn noch immer gibt es Unsicherheit, wirtschaftliche Probleme und Armut in Europa. Wir dürfen die Augen auch nicht vor einem zunehmenden Nationalismus und mangelndem Respekt vor den Rechten nationaler Minderheiten verschließen. In einer vernetzten Welt im Zeitalter der Globalisierung sind die Probleme nicht mehr nur vor der eigenen Haustür zu klären. Sie erfordern Zusammenarbeit – auch eine europäische Zusammenarbeit!

Es ist eine unablässige Aufgabe für uns, im Europäischen Haus weiter für Einigkeit zu sorgen und es auszubauen. Diese Aufgabe liegt jetzt in Ihren Händen! Sie entscheiden, welche Länder zu welchem Zeitpunkt der Europäischen Union beitreten können und werden!

Die Europäische Union wird durch eine Erweiterung in Richtung Südosten reicher und vielfältiger an kulturellen und regionalen Identitäten. Der historische Prozess der Erweiterung birgt die einmalige Chance, eine „neue Architektur“ für Gesamteuropa zu schaffen, in der Frieden und Sicherheit zu einer Partnerschaft der Kulturen führen können und in der dem „Kampf der Kulturen“ eine entschiedene Absage erteilt wird.

Wir alle spüren derzeit den Gegenwind. Er ist kälter geworden. Überall werden die Skeptiker lauter, die gegen Europa und gegen die Erweiterung sprechen und dabei auf Unwissen, Ängste und Vorurteile setzen. Risiken und Probleme dürfen nicht verschwiegen, sondern müssen thematisiert und gelöst werden. Aber es bleibt dabei: Das größte Risiko für die Zukunft Europas in Frieden und Sicherheit wäre es, wenn wir die historische Chance zur weiteren Einigung unseres Kontinents verstreichen ließen, weil uns auf den letzten Metern der Mut verlässt.

Deshalb bitte ich Sie um eine konstruktive Zusammenarbeit mit der Kommission und appelliere an beide Seiten – an die EU, aber auch an die beitrittswilligen Länder – die vor uns liegende Zeit energisch zu nutzen, das Tempo zu halten und neue Kräfte zu mobilisieren, damit das gemeinsam gesetzte Ziel erreicht werden kann.

Ich darf Sie nun bitten, mit Ihren Beratungen in den Gremien zu beginnen und wünsche Ihnen viel Erfolg in den Verhandlungen! Meine Damen und Herren, vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

Mediengruppe

Sie vertreten die Medien in der Europäischen Union. Ihre Aufgabe ist es, die Bürgerinnen und Bürger in der EU über die aktuellen Vorgänge der EU-Politik in Brüssel zu informieren. Grundsätzlich arbeiten Sie in beide Richtungen: Sie informieren die Öffentlichkeit – die Leserinnen und Leser ihres Mediums – über aktuelle und relevante Ereignisse. Aber auch die Politikerinnen und Politiker erfahren durch Ihre Berichte, was die Öffentlichkeit denkt. Sie veröffentlichen schnell und aktuell, versuchen also jederzeit einen guten Überblick zu behalten.

Die Presse ist frei. Sie dürfen über alles berichten, was Sie für Ihre Leserschaft als wichtig und notwendig erachten. Sie können von außen nicht gezwungen oder beauftragt werden, etwas Bestimmtes zu schreiben. Aber: Es muss auch niemand mit Ihnen reden, der es nicht möchte. Und Sie sind natürlich unbestechlich!

Als Journalistinnen und Journalisten haben Sie eine besondere Stellung: Sie haben Zugang zu den Sitzungen und Akteuren der EU-Politik, die die Bevölkerung erstmal nicht hat – diese sitzt zu Hause weit weg in seinem EU-Land und möchte mehr über die EU-Politik wissen. Daher arbeiten Sie im Auftrag, als **Anwalt stellvertretend für ihre Leserinnen und Leser**: Überlegen Sie sich grundsätzlich: Welche Fragen würden die Leserinnen und Leser an die Politiker haben? Was würden sie gut finden, was kritisieren? Welche Informationen brauchen sie, um die Vorgänge zu verstehen und sich grundsätzlich eine eigene Meinung zu bilden?

Nicht zuletzt schreiben Sie auch für die Politikerinnen und Politiker vor Ort: Diese gehören zu den ersten Leserinnen und Leser ihrer Texte. Denn die Ratsmitglieder bekommen oft kaum mit, was im Parlament diskutiert wird – und umgekehrt.

Zur Arbeitsweise:

Versuchen Sie dabei, ein **möglichst differenziertes Bild** zu zeichnen: Was sind die Positionen der Ministerinnen und Minister aus den Mitgliedstaaten? Wie denken die Parlamentarierinnen und Parlamentarier in ihren Fraktionen darüber? Was hat die Kommission vor – und warum? Welche Expertenmeinungen gibt es?

Fragen Sie **höflich, aber beharrlich**. Bleiben Sie **sachlich und fair**: Wenn Sie eine Seite oder Meinung hören, hören Sie auch die andere an. **Kritisieren** Sie dort, wo Sie es für notwendig halten. Orientieren Sie sich aber immer an der sachlichen, fairen Auseinandersetzung.

Versuchen Sie, wenn Sie mehrere in der Redaktion sind, Arbeitsteilung zu machen: Viele Sitzungen finden parallel statt, daher teilen Sie sich am besten auf und tauschen auch einmal untereinander die Institutionen.

Die **Grundvoraussetzung** für gute journalistische Arbeit ist aber, dass Sie immer wissen, worum es geht. Während alle anderen ihre spezifische Position zu dem Thema kennen müssen, müssen Sie vor allem über die Grundzusammenhänge des Themas **Bescheid wissen**: Worum geht es bei den Verhandlungen? Was ist das Ausgangsproblem? Welche Teilaspekte versucht die Kommission in ihrem Vorschlag zu regeln? Wer sitzt in Rat und Parlament, welche Interessen werden dort vertreten? Nur wenn Sie verstanden haben, worum es geht, können Sie die richtigen Fragen stellen! Bevor Sie also anfangen, die ersten Schlagzeilen zu formulieren, bereiten Sie sich inhaltlich auf das Thema vor: Lesen Sie das **Szenario** und fragen Sie die Spielleiter/innen, wenn Sie etwas nicht verstanden haben. Bitten Sie die Kommission, sie auch bei ihrer vorbereitenden Arbeit begleiten zu dürfen. Lesen Sie auch die sonstigen Informationen, die Ihnen ausgehändigt werden, sorgfältig durch.

Wie man am besten die Texte schreibt:

- **Schreiben Sie ehrlich auf, was ist**, was Sie beobachten und hören. Oder auch was Sie z.B. im Internet recherchieren. Wenn Sie wörtlich **zitieren**: nennen Sie den Namen derjenigen / desjenigen, die / der es gesagt hat. Bitte zitieren Sie genau und legen Sie anderen nichts in den Mund. Nennen Sie grundsätzlich

die Quelle, seien es (beweisbare) Fakten, z.B. aus dem Internet oder Meinungen (z.B. ein Politiker). **Gerüchte gehören nicht hierher.**

- **Trennen Sie immer Meinung und Sache.** Sachberichte sind die „News“, was auf Fakten basiert und gerade passiert. Ein Kommentar / Meinungsstück dagegen sollte in der Überschrift deutlich den Zusatz „Kommentar“ stehen haben. Schreiben Sie dann auch auf jeden Fall Ihren Namen dazu (z.B. „**Die Kommission hat einen riskanten Plan** ein Kommentar von Rainer Richtig“ usw.).
- Im Kommentar können Sie auch Ihre persönliche **Kritik an Entscheidungen** oder **Äußerungen** von Beteiligten aufschreiben – argumentieren Sie nachvollziehbar, **fair und sachlich**. (Also nicht andere bloßstellen durch Fotos, „kreative“ Zitate, beleidigen oder verleumden, d.h. Unwahrheiten verbreiten. Auch für Journalisten gelten die üblichen Gesetze.)
- Jemand, der in der Presse erwähnt wird, hat das **Recht auf (eigene) Gegendarstellung!** Egal, ob sie / er damit Recht oder Unrecht hat, Sie müssen ihre / seinen Text dann **auf Verlangen** veröffentlichen.
- Schreiben Sie eher kurze, dafür mehr und schnelle Nachrichten. Als Tipp: Beantworten Sie einfach die W-Fragen:

Eine **Nachricht** besteht aus

- einem eingängigen Titel (Stellen Sie sich vor, Sie rufen Freunden das Wichtigste der News kurz zu = Schlagzeile)
- den beantworteten W-Fragen:
 - **Wer hat Was Wann und Wo** gesagt/getan?
 - **Warum?** (ggf.) **Welche Quelle** sagt das (wenn nicht Sie es sind)?
- **Pressemitteilungen** bzw. Wunschtexzte von Politikern oder Interviewangebote kann man annehmen. Schreiben Sie aber darüber, wenn Sie einen Text unbearbeitet veröffentlichen z.B. „*Herr Schultze von der XY-Partei hat uns folgende Presseinfo geschickt: 'Text...'*“.
- Befragen Sie die Politikerinnen und Politiker und Kommissarinnen und Kommissare. Sie können aber auch die **Sicht von außen** hereinholen: Lehrerinnen und Lehrer (also **Wissenschaftler/innen und Experten/innen**) haben tiefes Hintergrundwissen und können die Debatten im EP oder Rat einschätzen. Andere Schüler/innen (also das **Volk „auf der Straße“**) können manchmal schnell für eine kleine **Umfrage** (5-7 Antworten) befragt werden – zu einer einfachen Frage, die allen gleichgestellt wird.

Welche Fragen könnte man stellen?

An dieser Stelle finden Sie ein paar **Anregungen** zum journalistischen **Einstieg** in das Planspiel oder kreative Durststrecken im Verlauf des Seminars. Sie sind herzlich eingeladen und aufgefordert zusätzlich oder alternativ eigene Fragen zu entwickeln.

Mögliche allgemeine Fragen und Recherchen:

- Wer ist im Europäischen Parlament / Rat zur Präsidentin / zum Präsidenten gewählt worden? Berichten Sie über folgende Aspekte:
 - War die Wahl eindeutig oder gab es Kontroversen?

- Wird die Präsidentin / der Präsident von einer breiten Mehrheit getragen oder hat sich eine knappe Mehrheit durchgesetzt?
- Repräsentiert sie / er eine Extremposition oder stammt sie / er eher aus der politischen Mitte?
- Wie ist Ihr Eindruck: ist sie / er eher eine Vermittlerin / ein Vermittler oder wird sie / er versuchen vor allem die eigene Position durchzusetzen?
- Versuchen Sie herauszufinden, wer im Europäischen Parlament und im Rat besonders daran interessiert ist, dass möglichst viele Dinge auf der EU-Ebene geregelt werden. Warum ist dies so?
- Versuchen Sie herauszufinden, wer im Europäischen Parlament und im Rat besonders daran interessiert ist, dass möglichst wenige Dinge auf der EU-Ebene geregelt werden. Warum ist dies so?
- Neben den Fakten ist die Öffentlichkeit auch an Stimmungen und Atmosphären interessiert:
 - Wie ist das Arbeitsklima im Kollegium: wird hier kollegial zusammengearbeitet oder versucht man um jeden Preis die eigenen Positionen durchzudrücken?
 - Geht man respektvoll miteinander um, lässt man sich ausreden?
 - Wie geht man mit Extrempositionen um, wird argumentiert oder ignoriert?
 - Gibt es Fraktionen / Länder, die andere dominieren? Führt das für Frust bei genau diesen anderen?
 - Stechen einzelne Personen heraus? Positiv oder negativ?
- Wie stark greift die Kommission in die Verhandlungen ein? Spielt die Einschätzung / Position der Kommission eine Rolle?
- Wie kommen die Verhandlungen voran: verrennt man sich in Detailfragen oder gehen die Verhandlungen angemessenem Tempo voran?

Mögliche Fragen und Recherchen zum Thema Erweiterung der EU:

- Halten Sie es für sinnvoll, die EU zu erweitern?
- Wie kann die EU von einer strengen Anwendung der Kriterien von Kopenhagen profitieren?
- Wir genug gegen Korruption und das organisierte Verbrechen getan?
- Welche Länder/ Fraktionen sind eher erweiterungsfreundlich? Welche Länder/ Fraktionen setzen für welches Land/welche Länder ein? Warum ist dies so?

Mögliche Fragen für eine Umfrage:

- Die EU hat zu viel Kompetenzen / zu wenig Kompetenzen / gerade richtig viel Kompetenzen. Welcher Aussage stimmen Sie zu?
- Die EU sollte sich mehr um die Erweiterung kümmern / weniger um die Erweiterung kümmern / kümmert sich genau richtig um die Erweiterung. Welcher Aussage stimmen Sie zu?

- Stimmen Sie einer Erweiterung zu, auch wenn dadurch Sie in Ihrem Lebensstandard eingeschränkt?

Wie werden die Texte / die News am besten veröffentlicht? Welche Formate gibt es im Planspiel?

Die in Ihrem Planspiel infrage kommenden Methoden sind stark abhängig von den örtlichen Gegebenheiten und den Möglichkeiten, die die Spielleitung vor Ort hat, halten Sie deshalb zunächst mit ihr Rücksprache, was hier und heute überhaupt möglich ist.

Zum einen werden die **News** in geeigneter Weise in dem Planspiel „öffentlich“ gemacht. Da gibt es verschiedene gute Methoden. Zum anderen gibt es bei ausreichender Zeit die Möglichkeit einer **Talkshow** im Planspiel.

Hilfreich ist, dass die Aufgaben im Team vorher verteilt werden: Ein Journalist moderiert und bereitet Fragen vor, ein anderer lädt die Talkgäste ein, bereitet die „Bühne“ vor und platziert die Gäste, der dritte schreibt zu der Talkshow und den Diskussions-Antworten der Gäste einen neuen Bericht für die Zeitung, ein vierter macht Fotos usw.

Weitere Hinweise zur Talkshow:

- Die Moderation begrüßt das Publikum und die Gäste, stellt alle Gäste namentlich und mit Funktion vor und achtet in der Diskussion darauf, dass alle zu Wort kommen. Er stellt die erste, aktuell wichtigste Frage (z.B.: *„Herr Kommissionspräsident: Ihr Vorschlag wird vor allem im Europaparlament kontrovers diskutiert. Es gibt viele Änderungen beim Land (...). Ärgert Sie das nicht?“*)
- Dann kann sie zum Beispiel das Wort an einen anderen Politiker weitergeben: *„Herr Meyer aus der EVP-Fraktion: Stimmen Sie dem Kommissionspräsidenten zu?“*
- Sie kann auch am Anfang oder am Ende der Talkshow alle Gäste um ein Mini-Statement zu einer Frage bitten: z.B. *„Was würden Sie ändern, wenn Sie alleine entscheiden könnten? – Am besten fangen wir bei Ihnen an, Frau XXX!“*
- Gut ist es darauf zu achten, dass die Talkgäste auch untereinander diskutieren. Der Moderator sollte, wenn ein Gast etwas gesagt haben, evtl. die / den „Gegenspieler/in“ in die nächste Frage mit einbeziehen: *„Sehen Sie das genauso?“* Oder *„Sie, Herr XXX, haben in den Sitzungen eine ganz andere Position vertreten – warum sind Sie mit dem Vorschlag vom (...) unzufrieden?“*
- Die Moderation kann auch ab und zu die Perspektive der EU-Bürger/innen anmahnen: *„Wie würden Sie ihren Wähler/innen (oder den Menschen in Ihrem Heimatland) das Ergebnis erklären – glauben Sie, dass diese zufrieden sein werden?“*

Genau wie für die Auswahl der Fragen, gilt auch für die Auswahl der Methoden: Dies sind nur Beispiele für Ihre Arbeit als Vertreterin und Vertreter der Medien.

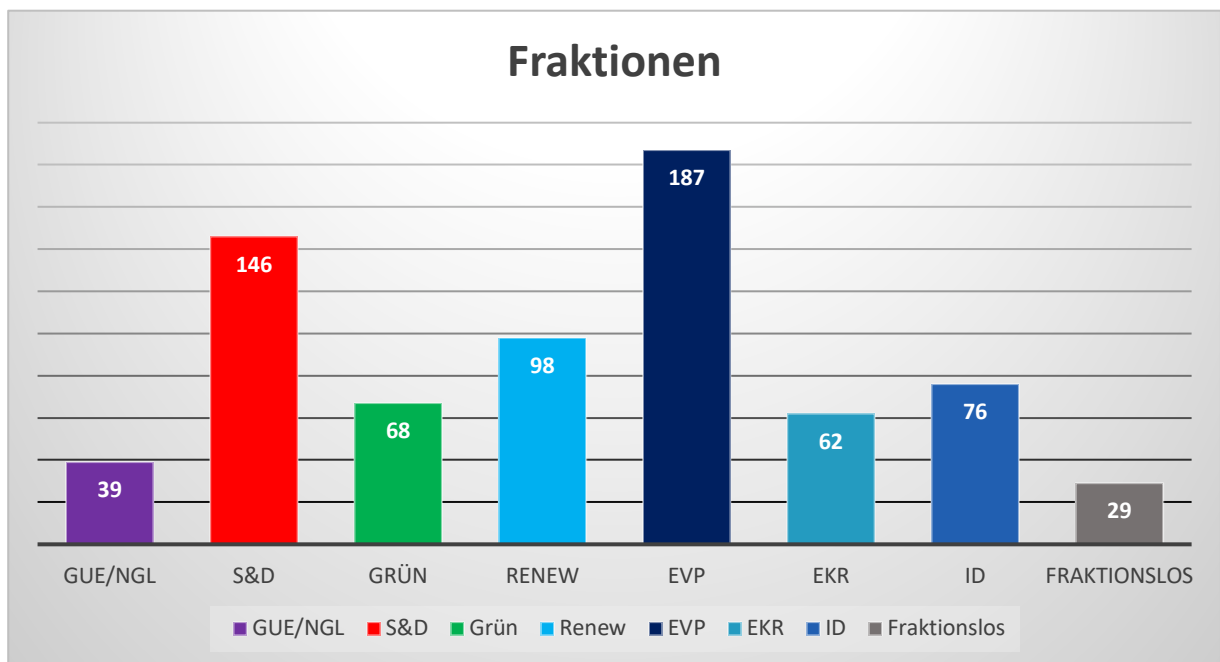
Das Europäische Parlament



Das Europäische Parlament ist die einzige direkt von den Bürgerinnen und Bürgern gewählte Institution in der Europäischen Union. Die Wahlen finden alle fünf Jahre statt, zuletzt im Frühsommer 2019. Im Europäischen Parlament sitzen derzeit 705 Abgeordnete.

Diese kommen aber nicht nach ihren Herkunftsländern, den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union, zusammen, sondern haben sich in verschiedenen politischen Gruppen, den so genannten Fraktionen, organisiert.

Die Abgeordneten sind entweder ein Mitglied der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP), der Fraktion der progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament (S&D), der Fraktion „DIE GRÜNEN/Free Europäische Allianz“ im Europäischen Parlament (Greens/EFA), der Fraktion der liberalen und zentristischen Parteien für Europa (Renew Europe), der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten (EKR), der Konföderation der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL), oder ein Mitglied der Fraktion Identität und Demokratie (ID). Darüber hinaus gibt es Abgeordnete, die keiner Fraktion angehören. Die Zuteilung von Abgeordneten zu Fraktionen ist auch nach einer Parlamentswahl stetig in Bewegung. Es gibt keine Verpflichtung für eine Legislaturperiode bei der gewählten Fraktion oder Partei zu bleiben. Eine Abgeordnete bzw. ein Abgeordneter verliert dadurch nicht ihren bzw. seinen Platz im Parlament. Die angegebenen Mitgliederzahlen sind vom 28. Mai 2020.



Es ist klar, dass die Abgeordneten im Europäischen Parlament (MdEP) die politischen Ideen ihrer Fraktion vertreten und versuchen, ihre politischen Positionen in Entscheidungen des EP durchzusetzen.

Über die Grenzen der EU hinaus, haben alle Fraktionen mittlerweile Beziehungen zu Parteien ihrer politischen Ausrichtung in den Ländern geknüpft, die der EU beitreten möchten, und diese in ihre Strukturen auf europäischer Ebene eingebunden.

In nahezu allen Politikfeldern ist das EP neben dem Rat bei der Entscheidungsfindung (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren) gleichberechtigt. Bei der Erweiterung der EU ist die Zustimmung des Europäischen Parlaments am Ende des Verfahrens erforderlich. Deswegen darf der Rat der Europäischen Union das

Europäische Parlament im Entscheidungsprozess nicht außer Acht lassen, sondern muss immer seine Position mit bedenken.

Die Entscheidungsfindung in der Europäischen Union ist also zwischen dem Europäischen Parlament, der Europäischen Kommission und dem Rat der Europäischen Union exakt aufgeteilt.

Die Abgeordneten im EP haben zum Thema Erweiterung keine einheitliche Meinung. Die Kontroverse „Vertiefung oder Erweiterung der EU“ verläuft quer durch alle Fraktionen des Europäischen Parlaments.

Art. 49 EUV (Aufnahme weiterer Mitglieder): „Jeder europäische Staat [...] kann beantragen, Mitglied der Union zu werden. Das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente werden über diesen Antrag unterrichtet. Der antragstellende Staat richtet seinen Antrag an den Rat; dieser beschließt einstimmig nach Anhörung der Kommission und nach Zustimmung des Europäischen Parlaments, das mit der Mehrheit seiner Mitglieder beschließt. Die vom Europäischen Rat vereinbarten Kriterien werden berücksichtigt.“

Die Abgeordneten im EP berücksichtigen Sie bei Ihrer Arbeit, aber auch Stimmungen und Tendenzen im eigenen Land. Sie fühlen sich neben Ihrer Parteizugehörigkeit selbstverständlich an Ihre Wahlversprechen und die damit verbundenen Interessen der Wählerinnen und Wähler gebunden.

Weil die Entscheidungen in der EU vom Parlament und dem Rat der Union gefällt werden, ist es für die Mitglieder des Europäischen Parlaments unvermeidlich, Kompromisse mit den anderen Fraktionen einzugehen, um Druck auf den Rat der Union ausüben zu können. Deswegen ist es empfehlenswert, die Zeit zwischen Sitzungen und Diskussionen im Parlament für Verhandlungen mit anderen Kolleginnen und Kollegen zu nutzen, um eine akzeptable Position zu finden. Damit die eigene Position im EP mehrheitsfähig wird, benötigen Sie die Unterstützung anderer Fraktionen.

Um Mehrheiten im Europäischen Parlament erlangen zu können, ist deswegen oft eine Übereinkunft der großen Parteien im EP notwendig. Jede Entscheidung, jeder politische Kommentar und jede politische Handlung kann Auswirkungen auf Ihre Wählerinnen und Wähler haben und die Wiederwahl beeinträchtigen. Ebenso ist ein enger Kontakt zu den Medien für die Abgeordneten sehr wichtig.

Die Europäische Volkspartei ist der Zusammenschluss von Parteien, die sich christlich-demokratischen Grundwerten und Traditionen verpflichtet fühlen. Mit derzeit 187 Abgeordneten (Stand 27.05.2020) ist sie in der Legislaturperiode 2019-2024 die größte Fraktion im Europäischen Parlament. Die EVP-Fraktion will grundlegende Werte verwirklichen, die auf der unveräußerlichen und unantastbaren Würde der Menschen beruhen: Freiheit, Chancengleichheit, soziale Gerechtigkeit und aktive Solidarität.

Die Freiheit des Menschen begründet das Recht und die Pflicht eines jeden, die volle Verantwortung für seine Handlungen und Entscheidungen zu tragen, sowie eine Mitverantwortung gegenüber seinem Nächsten und der Schöpfung zu übernehmen. In diesem Sinne versteht sich die EVP als eine politische Partei der Werte. Die EVP tritt für eine vereinte und handlungsfähige Europäische Union ein, um die Stabilität des Kontinents zu fördern und zur Stärkung Europas in der Welt beizutragen. Die Europäische Union soll durch ihre Bürgerinnen und Bürger weiterentwickelt werden.

Die EVP-Fraktion kämpft für ein starkes Europa. Das Ziel ist eine wettbewerbsfähigere, integrative und nachhaltige soziale Marktwirtschaft in einem Europa, das so bürgernah wie möglich ist. Aus der Überzeugung heraus, dass mehr Europa die Antwort ist, ist die Fraktion entschlossen, die für die Verwirklichung dieses Ziels erforderlichen Maßnahmen zu fördern. Die EU muss darüber hinaus offen für europäische Staaten bleiben, die am gemeinsamen Haus Europa weiterbauen möchten, denn nur die Erweiterung überwindet die Teilung Europas. Voraussetzung ist, dass neue Beitrittsländer sich zur Einhaltung der in der Union geltenden Werte verpflichten und diese im Rahmen einer parlamentarischen und pluralistischen Demokratie praktizieren. Sie müssen sich an den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft orientieren und bereit sein, an allen vereinbarten Projekten teilzunehmen.

Allen Staaten des westlichen Balkans soll die Aufnahme in die EU angeboten werden. Das große bisherige Engagement der EU auf dem Balkan muss konsequent und zielgerichtet mit der Annäherung dieser Länder an die EU fortgesetzt werden. Dies war und ist aus Sicht der Fraktion nach den schrecklichen Auseinandersetzungen im ehemaligen Jugoslawien ein wichtiger Motor für die dort notwendigen Veränderungen. Ein einfacher Blick auf die Landkarte zeigt: Diese Region liegt mitten in der EU, ihre Stabilität ist somit entscheidend für die Stabilität Europas. Entscheidend ist, dass den mittel-, ost- und südosteuropäischen Staaten die Perspektive einer schrittweisen Integration in die Europäische Union gegeben wird, damit in diesen Ländern die Strukturen für eine demokratische Gesellschaft und ein modernes Staatswesen gestärkt werden. Die Unterstützung für Mittel-, Ost- und Südosteuropa muss sich besonders auf die Entwicklung einer ökologisch orientierten sozialen Marktwirtschaft richten.

Die Aufnahme der Türkei ist, aufgrund von Menschenrechtsfragen, in der Fraktion immer wieder umstritten. Es gibt jedoch auch Stimmen, die sagen, dass die Türkei – weil sie ein muslimisch geprägtes Land ist – aus religiösen und kulturellen Gründen keinen Platz in der Europäischen Union habe. Außerdem hat eine völlig überhastet eingeleitete Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aus Sicht der EVP erheblich zu einer allgemeinen Verunsicherung und Orientierungslosigkeit der europäischen Öffentlichkeit gegenüber der zukünftigen EU-Erweiterungsstrategie beigetragen. Daraus allerdings den Schluss zu ziehen, dass keine weiteren Aufnahmen mehr zugelassen werden können, wäre fatal. Es müssen vielmehr die Instrumente geschaffen werden, die eine Aufnahmefähigkeit der EU wiederherstellen. Ohne institutionelle Reformen scheint die Aufnahme neuer Staaten nur sehr schwer möglich zu sein.

Die EU-Mitgliedschaft darf aber aus der Sicht der Fraktion nicht das einzige verfügbare Mittel sein, um anderen europäischen Ländern nahezu legen, dass sie im eigenen Interesse Reformen durchführen sollten. Es bedarf alternativer Möglichkeiten, wie die Europäische Union in ihrem Umkreis einen Raum des Friedens, der Stabilität, der Demokratie und des Wohlstands schaffen kann um diejenigen Nachbarn, die enge Beziehungen zur Union

wünschen, fest in die politische Sphäre der EU einzubinden. Dabei könnte die Europäische Nachbarschaftspolitik, die die Europäische Union für den südlichen Mittelmeerraum und die strategische Partnerschaft mit Russland entwickelt hat, weiter ausgebaut und verstärkt werden. Die EVP-Fraktion verweist dabei deutlich auf die grundlegende Bedeutung der Werte der EU: demokratische Verfahren, gute Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit, Meinungsfreiheit, Recht der Bürgerinnen und Bürger auf Information und Durchführung unabhängiger Wahlen.

Ihre Aufgabe als Mitglied der EVP Fraktion:

Ihre Fraktion ist die stärkste Kraft im Europäischen Parlament. So haben Sie einen großen Einfluss auf alle Diskussionen im Plenum. Dennoch besitzen Sie nicht die Mehrheit. Sie brauchen die Unterstützung anderer politischer Gruppen. So liegt es an Ihnen, den richtigen Mittelweg zu finden. Denn einerseits müssen Sie einen Kompromiss suchen – was zur Aufgabe Ihres politischen Profils führen könnte –, andererseits kann das Festhalten an den eigenen Positionen zu einer Schmälerung des Einflusses des EP führen, wenn Sie sich mit Ihren Kolleginnen und Kollegen nicht einigen können.

In jeder Fraktion gibt es spezielle Expertinnen und Experten für bestimmte Politikbereiche. Sie gehören dem „Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten“ an und arbeiten hauptsächlich an Fragen der zukünftigen Gestaltung einer sich wandelnden und erweiternden Europäischen Union. Es liegt an Ihnen, die Chancen und Risiken einer erneuten EU-Erweiterung um südosteuropäische Staaten kritisch zu beleuchten. Ihre Aufgabe ist es, sich mit den anderen Mitgliedern der EVP über eine gemeinsame Position gegenüber der Erweiterungsfrage zu verständigen.

Weiterhin werden Sie sich auf die Suche nach Verbündeten in den anderen Fraktionen begeben, mögliche Koalitionen finden und die Thematik im Parlament kontrovers diskutieren, um den politischen Gegner von der eigenen politischen Auffassung zu überzeugen. Aber denken Sie immer daran: Es ist nutzlos, nur zu reden, ohne zuzuhören. Um die Arbeit des EP effektiv zu gestalten, müssen Sie an einem Kompromiss arbeiten, damit Sie auch solchen Vorschlägen des Rates der Union erfolgreich entgegenzutreten können, die möglicherweise nicht auf der Linie des EP liegen.



1. Zu Ihrer Rolle

Die **Chrëschtlech Sozial Vollekspartei** (deutsch *Christlich Soziale Volkspartei*, französisch *Parti populaire chrétien-social*), kurz CSV oder PCS wurde bereits im Winter 1944 in Luxemburg, kurz nach der Befreiung von der deutschen Besatzung, gegründet. War die CSV lange die dominierende Partei in Luxemburg, so hat sie bei den nationalen Wahlen in den letzten Jahren spürbar an Einfluss verloren. Insbesondere liberale und grüne Kräfte profitieren vom nachlassenden Interesse der Bürgerinnen und Bürger an der konservativen, christdemokratischen CSV.

Seit jeher ist Luxemburgs Politik von zwei Anliegen geprägt: Sicherheit und die Integration in einen wirtschaftlichen Großraum. Schon vor der Gründung der EGKS (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl) 1952, schloss sich Luxemburg im Jahr 1948 mit Belgien und den Niederlanden in der BENELUX-Wirtschaftsunion zusammen. Diese Zusammenarbeit wurde über die Zeit immer stärker intensiviert. Seit Januar 2012 ist ein neuer BENELUX-Vertrag in Kraft getreten, der die Kooperation der drei Länder über den Bereich Wirtschaft hinaus ausweitet. Luxemburg hat seit den Anfängen des europäischen Integrationsprozesses eine sehr europazentrierte Politik betrieben.

Als Kleinstaat ist Luxemburg an einem sicheren und stabilen Umfeld interessiert, deshalb wird die europäische Integration hier als Instrument der Friedenssicherung bewertet. In der multilateralen Zusammenarbeit sieht das Land außerdem die beste Möglichkeit zur Wahrung seiner Unabhängigkeit und des Gewichts seiner Stimme in der Welt. Das Land hat stark von der Entwicklung der Europäischen Union, besonders auch von den in Luxemburg ansässigen europäischen Institutionen, profitiert. Es nimmt traditionell eine starke Vermittlerfunktion im europäischen Einigungsprozess wahr.

Die nationalen Verluste der pro-europäischen CSV machen sich auch auf europäischer Ebene bemerkbar. Bei den Europawahlen 2019 ist sie mit 21,1 Prozent zwar noch zweitstärkste Kraft, hat aber gegenüber den Europawahlen von 2014 erhebliche Verluste gemacht. Die CSV stellt nun nur noch zwei Abgeordnete in der EVP-Fraktion.

Einen Schwerpunkt der Partei stellt die Wirtschaftspolitik dar. Um die weitere wirtschaftliche Entwicklung abzusichern, gilt es, die Standortvorteile Luxemburgs weiterhin zu erhalten. Dazu möchte die Partei konsequent in Bildung, Forschung und Innovation investieren, da die luxemburgische Wirtschaft hauptsächlich auf den Export konzentriert ist.

Im Zuge der Finanzkrise wird aus Sicht der Partei deutlich, dass die kleine, offene luxemburgische Wirtschaft sehr stark von auswärtigen Entscheidungsträgern abhängig ist. Daher sei es wichtig, dass der Staat hierbei ausgleichende und ruhige Rahmenbedingungen vorgibt. Er soll sich stärker als Entscheidungs- und Führungsinstanz sehen. Die CSV möchte hierbei die Arbeit der einzelnen Ministerien stark miteinander vernetzen und verbinden, einzelne Themenbereiche sollen gemeinsam im Gesamtzusammenhang bearbeitet werden.

Ein großes Augenmerk möchte die Partei außerdem auf die Energieversorgung legen; diese soll im Hinblick auf den Klimaschutz ökologisch ausgerichtet werden. Weiterhin sollen die Bereiche Handwerk, Handel und Transport, die als äußerst wichtige Bestandteile der Privatwirtschaft angesehen werden, gefördert werden. Der Medien- und Technologiesektor sowie auch die Tourismuswirtschaft sollen ebenso gefördert werden.

Luxemburg hat der EU einen großen Anteil seines wirtschaftlichen Erfolgs zu verdanken. Die EU ist aus der Sicht der CSV die beste Antwort auf die Globalisierung. Sie stellt für die Bürgerinnen und Bürger einen Hort der Stabilität dar, der Ersparnisse, Arbeitsplätze und Wachstumschancen sichert.

2. Ihre Partei und die europäische Erweiterung

Im Parteiprogramm wird unterstrichen, dass die CSV die Europapartei Luxemburgs ist und nur gemeinsam mit allen anderen EU-Mitgliedstaaten Luxemburg seine Stärke und die gemeinsame Währung absichern kann. So kann auf Augenhöhe mit den USA und Russland verhandelt werden.

Für die CSV ist es dabei selbstverständlich, dass der europäische Kontinent weiter geeint werden muss. Daher begrüßen Sie ausdrücklich weitere Erweiterungen der Europäischen Union insbesondere um Länder des **Westbalkan**. Fragen der Rechtsstaatlichkeit, Pressefreiheit und der Rechte von Minderheiten müssen jedoch in den betreffenden Staaten ganz besonders geachtet und unterstützt werden. Auf die Einhaltung der Kopenhagener Kriterien legen Sie einen besonders großen Wert.

In Anbetracht dessen sind sie gegen einen Beitritt der **Türkei**. Das Land ist von der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien noch zu weit entfernt. Außerdem hat die CSV Bedenken wegen zu hohen kulturellen Differenzen, einer Verschiebung des Machtgleichgewichts und dem Verlust von Handlungsfähigkeit in der EU. Als kleines Land mit wenig Einwohnern muss Luxemburg darauf achten, dass es seinen bisherigen Einfluss nicht verliert.

3. Taktik

Als Vertreterin/Vertreter der CSV haben Sie im EP ein sehr starkes Gewicht. Sie stammen zwar aus einem kleinen Land, dennoch misst man Ihrer Stimme viel Gewicht bei. Sie sind aber wie alle anderen für die Durchsetzung Ihrer Anliegen in Erweiterungsfragen von der Zustimmung anderer Fraktionen abhängig. Versuchen Sie, auch auf konservative Regierungen im Europäischen Rat Einfluss zu nehmen, die Ihre Anliegen möglicherweise teilen.

In Bezug auf einen möglichen Beitritt der **Türkei** sind Ihre Vorstellungen sehr klar. Die Türkei kann momentan nicht Vollmitglied der EU werden. Auch wenn ein Reformprozess im Gange ist, bleibt das Land von europäischen Standards noch zu weit entfernt (Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Religions- und Pressefreiheit). Prinzipiell ist die Vollmitgliedschaft der Türkei sogar ausgeschlossen, da sie kultur- und mentalitätsgeschichtlich nicht zu Europa gehört. Nach der Erweiterung und dem Anwachsen der EU auf fast 30 Mitgliedstaaten, wäre der Türkeibeitritt nicht zu verkraften. Die EU würde keine Handlungsfähigkeit mehr besitzen und wäre auch wirtschaftlich mit dem Beitritt überfordert.

Alle anderen Beitrittsgesuche von Staaten des Balkans werden von Ihnen grundsätzlich begrüßt. Einem Beitritt von **Montenegro** und **Nord-Mazedonien** stehen Sie grundsätzlich positiv gegenüber. Sie stellen aber klar: Nicht die Geschwindigkeit, sondern die Qualität der Reformen in den beitrittswilligen Staaten ist ausschlaggebend für den Zeitpunkt des Beitritts. Als Vorbedingung weiterer EU-Beitritte gilt für Sie der Abschluss der unionsinternen Reformen der Institutionen, der Finanzierung, der Agrarpolitik und der Strukturfonds.

Die beitrittswilligen Staaten müssen ihre Wirtschaftsstrukturen liberalisiert und eine gewisse Wettbewerbsfähigkeit für die große Dynamik des europäischen Binnenmarktes erreicht haben.

Sie setzen sich für ein starkes und handlungsfähiges Europa ein, welches nicht als Gegenentwurf zu den USA zu sehen ist, sondern gemeinsam mit den USA internationale Herausforderungen angeht.

1. Zu Ihrer Rolle

Die HDZ wurde bereits am 17. Juni 1989 bei einem geheimen Treffen als nationale Sammlungsbewegung Kroatiens im noch damals bestehenden Jugoslawien gegründet und gab sich eine zentralistische Struktur. Die HDZ erlangte 1990 bei der ersten freien Mehrparteienwahl für das Parlament in Kroatien die absolute Mehrheit. Sie trieb die Unabhängigkeit Kroatiens vom jugoslawischen Staatsverband im Jahre 1991 deutlich voran.

Kroatien ist nach seinem Beitritt 2013 das jüngste Mitglied der EU. Das südosteuropäische Land mit einer langen Küste am Adriatischen Meer grenzt im Nordwesten an Slowenien, im Norden an Ungarn, im Nordosten an Serbien, im Osten an Bosnien und Herzegowina und im Südosten an Montenegro. Mit ca. 4,07 Millionen Einwohnern gehört Kroatien zu den kleineren Mitgliedstaaten. Primäres Ziel der Außenpolitik Kroatiens war die schnellstmögliche Integration in die EU und NATO. Von beidem versprach sich Kroatien wirtschaftliche und sicherheitspolitische Vorteile. Bereits 2009 wurde Kroatien in die NATO aufgenommen. Nach langen Verhandlungen stimmte der Europäische Rat einer Aufnahme Kroatiens im Jahr 2013 in die EU zu. Bis zuletzt war der Umgang mit mutmaßlichen Kriegsverbrechern und die Lösung von Grenzstreitigkeiten mit dem Nachbarland Slowenien äußerst schwierig.

Von 2000 bis 2003 unterzog sich die Partei zahlreichen Reformen und brachte sich von einem nationalistischen und rechtspopulistischen, auf einen proeuropäischen, christlich-demokratischen Kurs. Außerdem wurden korrupte Parteimitglieder ausgeschlossen. Die Partei ging gestärkt aus diesen Reformen hervor und erlangte wieder größere Zustimmung unter der Bevölkerung.

Hauptziel der Partei ist die Schaffung neuer Arbeitsplätze; dies soll durch eine unternehmerfreundliche Wirtschaftspolitik erfolgen. Durch die Mitgliedschaft in der EU erhofft man sich weitere Finanzspritzen. Bürokratische Hindernisse sollen in allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung verringert werden und diese soll in der Hinsicht verbessert werden, dass sie den Erfordernissen und Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger, aber auch den Unternehmen entgegenkommt.

Die rechtliche Sicherheit ist der HDZ für die Bürgerinnen und Bürger Kroatiens ebenfalls sehr wichtig. Hierbei stellt die HDZ die Bereiche Bildung, gesundheitliche und soziale Versorgung, als auch ein gerechtes Steuersystem in den Vordergrund.

Die Partei ist stolz auf ihre Erfolge in der Vergangenheit im Bereich der Korruptionsprävention; die Korruption stellt für die Partei ein Verbrechen und eine große Ungerechtigkeit dar, da sie die Menschenrechte, die Wirtschaft und die Gesellschaft an sich bedroht.

Die HDZ hat, aus ihrer Sicht, Kroatien die Vollmitgliedschaft in der EU gesichert. Damit wird ein strategisches Ziel erreicht, das seit der Unabhängigkeit Kroatiens verfolgt wurde. Dabei hat die HDZ Kroatien durch einen Großteil der Verhandlungen geführt und ist stolz auf deren erfolgreichen Abschluss.

2. Ihre Partei und die Europäische Erweiterung

Die HDZ möchte, dass sich Kroatien als Stabilitätsfaktor für die Region Südosteuropa stark macht und den Ländern der Region eine euroatlantische Perspektive eröffnet und dabei alle offenen Fragen mit den Nachbarländern langfristig löst.

Es ist erklärtes Ziel, die weitere europäische Integration der Westbalkanländer voranzutreiben. Insbesondere bezieht sich das auf die Heranführung von **Albanien** und **Nord-Mazedonien**. Aber auch die Verhandlungen mit

Serbien und **Bosnien-Herzegowina** stehen auf der Agenda, aber die Beziehungen zu dem einstigen Kriegsfeind Serbien und dem Nachbarland Bosnien-Herzegowina sind nicht gerade von gegenseitigem Vertrauen geprägt.

Mit Serbien streitet man immer noch über offene Fragen aus dem Bürgerkrieg. In der Beziehung zu Bosnien-Herzegowina ist vor allem der Status der dort lebenden Kroaten für Sie ein Stein des Anstoßes. Die Kroatische Demokratische Gemeinschaft (HDZ), sieht sich als Schutzpatron der bosnisch-herzegowinischen Kroaten und wirft der jetzigen Regierung in Sarajevo vor, sie zu benachteiligen.

Gegenüber Ihrem Nachbarland **Montenegro** sind sie sehr aufgeschlossen eingestellt. Grundsätzlich betonen Sie, dass die Basis für die weitere Entwicklung der Erweiterung die Kriterien von Kopenhagen ist, die selbstverständlich erfüllt werden müssen.

Kroatien hat den **Kosovo** anerkannt und fordert dieses ebenso von Serbien und den anderen Staaten der EU, die die Anerkennung des Kosovo noch nicht erfüllt haben.

3. Taktik

Als Vertreterin/Vertreter der HDZ müssen Sie im EP noch um ein starkes Gewicht kämpfen. Sie sind jedoch für die Durchsetzung Ihrer Anliegen in Erweiterungsfragen von der Zustimmung anderer Parteien in Ihrer Fraktion abhängig. Versuchen Sie, auch auf konservative Regierungen im Rat Einfluss zu nehmen, die Ihre Anliegen im Bereich der Erweiterungspolitik möglicherweise teilen.

In Bezug auf einen möglichen Türkeibeitritt sind Ihre Vorstellungen sehr klar. Auch die Türkei kann Vollmitglied der EU werden. Wenn ein Reformprozess im Gange ist, bleibt das Land von europäischen Standards dauerhaft nicht entfernt (Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Religions- und Pressefreiheit). Allerdings haben Sie aufgrund der aktuellen Lage in der Türkei große Zweifel daran, dass sie bald EU-Mitglied werden kann.

Alle Beitrittsgesuche von Staaten des Balkans werden von Ihnen grundsätzlich und äußerst positiv begrüßt. Einem Beitritt von Montenegro und Nord-Mazedonien stehen Sie grundsätzlich positiv gegenüber. Sie stellen aber auch als Neumitglied in der EU klar: Nicht die Geschwindigkeit, sondern die Qualität der Reformen in den beitriftswilligen Staaten ist ausschlaggebend für den Zeitpunkt des Beitritts. Als eine Vorbedingung weiterer EU-Beitritte gilt für Sie der Abschluss der unionsinternen Reformen der Institutionen, der Finanzierung, der Agrarpolitik und der Strukturfonds für nunmehr 27 Staaten.

Zudem müssen die beitriftswilligen Staaten ihre Wirtschaftsstrukturen liberalisiert und eine gewisse Wettbewerbsfähigkeit für die große Dynamik des europäischen Binnenmarktes erreicht haben.



1. Zu Ihrer Rolle

Die parlamentarische Republik Italien liegt zu großem Teil auf der vom Mittelmeer umgebenen Apenninenhalbinsel in Südeuropa. Im Norden grenzt Italien an Frankreich, die Schweiz, Österreich und Slowenien. Im Osten ist Italien durch das Adriatische Meer von Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Albanien und Griechenland getrennt. Mit ca. 60,4 Millionen Einwohnern gehört Italien neben Deutschland und Frankreich zu den drei größten Mitgliedstaaten der EU.

Von Anfang an war Italien von der Idee einer Europäischen Gemeinschaft sehr überzeugt und betrieb eine deutlich auf Europa ausgerichtete Politik. Auch heute noch ist Italien einer der integrationsfreundlichsten Mitgliedstaaten der EU.

Aufgrund seiner geographischen Lage ist die Mittelmeerpolitik für Italien von großer Bedeutung. Deswegen unterstützte es auch die südliche Erweiterung der EU, obwohl Italien zu diesen fünf Ländern in Konkurrenz um den südlichen Agrarmarkt steht.

Die Erweiterung der EU in den Jahren 2004, 2007 und 2013, denen Italien grundsätzlich positiv gegenüberstand, wurde vor allem unter finanziellen und sicherheitspolitischen Gesichtspunkten kritisch betrachtet. Italien befürchtete durch den Beitritt dieser Staaten finanzielle Einbußen und eine Verringerung seines Einflusses in der EU.

Die Partei Forza Italia („Vorwärts Italien“) befürwortete trotz der obengenannten Vorbehalte die Erweiterungen. Forza Italia wurde 1994 im Umfeld der Auflösung der „Democrazia Cristiana“ als neue politische Bewegung von Silvio Berlusconi gegründet und setzte sich hauptsächlich für ein liberaleres und weniger zentralistisches Italien ein.

Mit ihrem zum Teil populistischen Einsatz für ein patriotisches Italien, das gleichzeitig offen für Gemeinschaft und Solidarität in Europa ist, wurde sie sofort sowohl in das italienische als auch in das Europäische Parlament gewählt. Von 2009 bis 2013 nannte sich die Partei wegen interner Machtkämpfe in „Il popolo della Liberta“ („Das Volk der Freiheit“) um. Nunmehr hat sie ihren alten Namen wieder angenommen.

2. Ihre Partei und die nächste Erweiterung

Die Forza Italia unterstützte alle Maßnahmen der Europäischen Union, die auf eine Vertiefung der Gemeinschaft abzielten. Deswegen wurden auch alle bisherigen Erweiterungen als eine positive Entwicklung bewertet. Auch der geplanten Erweiterung steht die Forza Italia positiv gegenüber, dabei werden jedoch sowohl die politischen Vorteile als auch die eventuellen wirtschaftlichen Nachteile bedacht. Die Demokratisierung und Stabilisierung des westlichen Balkans ist für Italien zwar ein wichtiges Ziel, das jedoch nicht zu Lasten der europäischen Mittelmeerpolitik verwirklicht werden darf.

Gerade in Bezug auf die Flüchtlinge, die seit vielen Jahren bereits über das Mittelmeer nach Italien fliehen, hat Italien eine große finanzielle Last zu tragen und vermisst die Unterstützung anderer Staaten der EU.

Hinsichtlich einer Aufnahme der Türkei in die EU äußert sich die Forza Italia eher positiv, womit sie sich vom Standpunkt der EVP (Europäischen Volkspartei) abgrenzt, der sie im Europäischen Parlament angehört.

3. Taktik

Sie verfolgen das Ziel der Erweiterung der Europäischen Union, um so den eigentlichen Geist der Römischen Verträge – die Schaffung einer großen Europäischen Gemeinschaft – verwirklichen zu können. Natürlich müssen die Beitrittsländer politische und wirtschaftliche Bedingungen erfüllen, bevor der Beitritt zur Union möglich ist. Bei ihren Reformbemühungen sollte die EU die beitriftswilligen Länder aber großzügig unterstützen, ohne die Hilfe für die strukturschwachen Gebiete der jetzigen Mitgliedstaaten und vor allem Italiens zu kürzen.

Bei aller Zustimmung zur Erweiterung ist Ihnen allerdings wichtig, dass durch die Südosterweiterung die Nachbarschaftspolitik in der Mittelmeerregion nicht vernachlässigt wird. Ihnen ist sehr an einer engen Kooperation mit diesen Nachbarländern z.B. im nördlichen Afrika gelegen, um so Probleme, wie die illegale Immigration nach Europa und die Bekämpfung des islamistischen Fundamentalismus und Terrorismus, zu lösen. Von beiden Problemen sind Sie aufgrund Ihrer geographischen Lage ganz besonders betroffen. Diese Staaten haben keine Beitrittsperspektive, aber auch sie müssen von der EU gute Angebote zur Zusammenarbeit erhalten.

Sie sind sich bewusst, dass Ihre Stimme als Angehörige/r der stärksten Fraktion im Europäischen Parlament Gewicht hat. Versuchen Sie deshalb, innerhalb Ihrer Fraktion zu einer Einigung über die wichtigsten Positionen der Erweiterungspolitik zu kommen. Stellen Sie in den Beratungen die Notwendigkeit einer raschen Erweiterung, auch hinsichtlich der Türkei, dar. In Ihren Augen schafft die Aufnahme der Türkei in die EU eine noch größere Zone der Stabilität und der Demokratie, von der im Endeffekt alle Seiten profitieren werden. Ohne dies offen auszusprechen, sind Sie außerdem der Meinung, dass ein Beitritt der Türkei die Position und Interessenvertretung der südlichen Mitgliedstaaten innerhalb der EU stärken würde.

Eine besonders starke Bindung unterhält Italien – nicht zuletzt aus historischen Gründen – zu Albanien. Im Rahmen des Engagements für den Balkan nimmt daher aus italienischer Perspektive besonders Albanien eine wichtige Rolle ein.

1. Zu Ihrer Rolle

Die Christlich Demokratische Partei (CDU) wurde am 26. Juni 1945 von Konrad Adenauer gegründet, der 1949 zum ersten Bundeskanzler gewählt wurde. Deutschland war eines der Gründungsmitglieder der Europäischen Gemeinschaften in den 1950er Jahren. Mit ca. 83 Millionen Einwohnern ist Deutschland der größte Mitgliedstaat der EU und durch die sehr gute Wirtschaftsleistung auch einer der größten Nettozahler.

Die europäische Erweiterung um die Länder des Balkans und der Türkei werden aus deutscher Sicht grundsätzlich bejaht, wenngleich insbesondere der Beitritt der Türkei kontrovers diskutiert wird. Die Bewerberstaaten müssen über stabile Institutionen verfügen, die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit garantieren, Korruption und organisierte Kriminalität bekämpfen und Menschenrechte wahren sowie den Schutz von Minderheiten gewährleisten. Zudem müssen diese eine funktionierende Marktwirtschaft besitzen, aber auch die Werte der EU achten und in der Lage sein, die Verpflichtungen, die mit einer EU-Mitgliedschaft einhergehen, zu übernehmen und zu erfüllen.

Die CDU ist eine christlich-demokratische und liberal-konservative Partei, die sich selbst als die Volkspartei der Mitte bezeichnet. Zusammen mit der bayerischen Schwesterpartei Christlich-Soziale Union (CSU) spricht man auch von den Unionsparteien oder kurz der Union. Gemeinsam sind die Unionsparteien länger in Regierungsverantwortung als jede andere deutsche Partei seit 1949. Die CDU stellte seit 1949 vier Bundeskanzler (Adenauer, Erhard, Kiesinger und Kohl) und stellt aktuell mit Angela Merkel die Bundeskanzlerin.

Während der deutschen Teilung strebte die CDU die Wiedervereinigung an und setzte sich für die europäische Integration ein. Nach den furchtbaren Erfahrungen zweier Weltkriege ist die EU für die CDU mehr als nur eine Werte- und Wirtschaftsgemeinschaft, vielmehr ist sie ein Zeichen der Einheit Europas und ein Versprechen für Freiheit und Sicherheit, Frieden und Wohlstand. Die CDU tritt für ein christliches Menschenbild ein und für eine von Ludwig Erhard geprägte Soziale Marktwirtschaft.

Die CDU stellt auch nach den Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019 die größte Gruppe von Abgeordneten innerhalb der Fraktion der EVP im Europäischen Parlament dar und verfügt demnach über den wohl größten Einfluss auf die Parlamentspolitik. Mehrheiten im Europäischen Parlament entstehen meist durch die Zusammenarbeit der EVP mit der Fraktion der S&D.

2. Ihre Partei und die Europäische Erweiterung

Die CDU ist traditionell einer der stärksten Befürworter und Unterstützer der europäischen Integration und hat diese immer aktiv vorangetrieben. Die CDU versteht sich selbst als „die“ Europapartei. Begründet wird dieser Anspruch mit der Europapolitik von Konrad Adenauer und nachfolgenden Kanzlern der Partei, sowie einer Tradition, die programmatisch auf einen europäischen Bundesstaat und auf die Vereinigung des christlichen Abendlandes abzielte.

Die zurückliegenden Erweiterungen von 2004, 2007 und Kroatien 2013, hat die CDU unterstützt und mit vorangetrieben. Die zentrale Aufgabe der europäischen Erweiterungspolitik besteht aus Sicht der CDU nun darin, das bisher Erreichte zu stabilisieren und eine Europäische Union mit 27 Mitgliedstaaten handlungsfähig zu machen. Daher strebt die CDU eine Phase der Konsolidierung an, um die Identität und die Institutionen der Europäischen Union zu festigen. Die in den jetzigen Kandidatenländern begonnenen Reformen sollen unumkehrbar gemacht werden. Die Staaten des westlichen Balkans haben und behalten eine Perspektive auf

Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Jedoch können neue Staaten nur aufgenommen werden, wenn die Aufnahmefähigkeit der EU gewährleistet ist und die Bewerbungsländer alle Kriterien erfüllen.

Jedes Beitrittsland verdient dabei eine individuelle Beurteilung seiner Beitrittsreife. Allerdings sehen Sie nicht, dass eine Erweiterung der EU noch in der aktuellen Legislaturperiode des EP (bis 2024) erfolgen kann. Dafür haben beide, die EU und die beitrittswilligen Staaten, noch zu viele „Hausaufgaben“ zu erledigen. Als Vorbedingung weiterer EU-Beitritte gilt für Sie allerdings der Abschluss der unionsinternen Reformen der Institutionen, der Finanzierung, der Agrarpolitik und der Strukturfonds.

Die CDU steht im Verdacht, im Falle des EU-Beitritts der **Türkei** ein doppeltes Spiel zu spielen. Im Wahl-Manifest der Partei steht eindeutig, dass die CDU den Beitritt ablehnt:

„Eine Vollmitgliedschaft der Türkei lehnen wir aber ab, weil sie die Voraussetzungen für einen EU-Beitritt nicht erfüllt. Angesichts der Größe des Landes und seiner Wirtschaftsstruktur wäre zudem die Europäische Union überfordert.“

Gerade im Bereich der Menschenrechte muss die Türkei noch erhebliche Anstrengungen unternehmen, um den europäischen Standard zu erreichen. Unter Recep Tayyip Erdoğan ist die Achtung der Menschenrechte in der Türkei in den letzten Jahren deutlich rückläufig, teilweise zum Erliegen gekommen. Die Unabhängigkeit der türkischen Gerichte ist fraglich. Ebenso ist die Pressefreiheit nur noch sehr eingeschränkt vorhanden. Daher wird eine privilegierte Partnerschaft, jedoch keine Mitgliedschaft mit der EU für die richtige Lösung gehalten.

Auf europäischer Ebene zeigen die Vertreter der Partei jedoch auch Sympathien für den Beitritt der Türkei. In vielen globalen Fragen, wie zum Beispiel im Bereich der Flüchtlingspolitik gibt es eine enge Zusammenarbeit. Auch ist die Türkei ein Verbündeter Deutschlands in der NATO. So ergibt sich die paradoxe Situation, dass die CDU gleichzeitig für und gegen einen EU-Beitritt der Türkei ist. Welche Position langfristig Bestand haben wird, ist dabei schwer zu vorherzusagen. In den EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ist die Position der CDU daher unklar.

Alle anderen Beitrittsgesuche von Staaten des Balkans werden von Ihnen grundsätzlich begrüßt. Einem Beitritt von **Nord-Mazedonien, Montenegro** und **Serbien** stehen Sie grundsätzlich positiv gegenüber. Die politische und wirtschaftliche Unterstützung Europas für den Westbalkan ist bereits vielfältig und man möchte die Zusammenarbeit vor allem im Bereich von Migration und Terrorismusbekämpfung intensivieren. Die beitrittswilligen Staaten müssen ihre Wirtschaftsstrukturen liberalisiert und eine gewisse Wettbewerbsfähigkeit für die große Dynamik des europäischen Binnenmarktes erreicht haben. Außerdem erwarten Sie, dass sich die beitrittswilligen Länder den europäischen Werten wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und gutnachbarschaftlicher Beziehungen verpflichten.

3. Taktik

Als Vertreterin/Vertreter der CDU haben Sie im EP ein sehr starkes Gewicht. Sie sind jedoch für die Durchsetzung Ihrer Anliegen in Erweiterungsfragen auf eine Mehrheit angewiesen. Versuchen Sie in Ihrer Fraktion eine einheitliche Position zu finden und suchen Sie sich Verbündete aus anderen Fraktionen. Versuchen Sie, auch auf konservative Regierungen im Europäischen Rat Einfluss zu nehmen, die Ihre Anliegen möglicherweise teilen.

In Bezug auf einen möglichen Türkei Beitritt sind Ihre Vorstellungen eher unklar. Die Türkei kann momentan nicht Vollmitglied der EU werden. Auch wenn ein Reformprozess im Gange ist, bleibt das Land von europäischen Standards noch zu weit entfernt (Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Religions- und Pressefreiheit). Prinzipiell ist die Vollmitgliedschaft der Türkei sogar ausgeschlossen, da sie kultur- und mentalitätsgeschichtlich nicht zu Europa gehört. Dennoch unterstützen Sie den Prozess der weiteren Annäherung.

Nach der Erweiterung und dem Anwachsen der EU auf vielleicht mehr als 30 Mitgliedstaaten wäre der Türkeibeitritt allein aufgrund der Größe des Staates wohl kaum zu verkraften. Die EU könnte keine Handlungsfähigkeit mehr besitzen und wäre wohl auch finanziell mit dem Beitritt überfordert. Der Bedarf an Hilfen für strukturschwache Regionen in der Türkei wäre wohl zu hoch.

In Bezug auf den generell befürworteten Beitritt von Staaten des Balkans, stellen Sie deutlich klar: Nicht die Geschwindigkeit, sondern die Qualität der Reformen in den beitrittswilligen Staaten ist ausschlaggebend für den Zeitpunkt des Beitritts.

Sie setzen sich für ein starkes und handlungsfähiges Europa ein.

1. Zu Ihrer Rolle

Ihre Partei ist 2002 aus einem Zusammenschluss verschiedener konservativer, europafreundlicher Parteien aus dem Mitte-rechts-Spektrum hervorgegangen. Zuvor hatte es bereits mehrere Versuche gegeben die Parteien des Mitte-rechts-Spektrums zur Erlangung einer Mehrheit für das Präsidentenamt zusammenzubringen. Die Partei trug bis Mai 2015 den Namen UMP (Union pour un mouvement populaire). Der neue Name „Les Républicains“ erinnert an den der konservativen US-Partei „The Republican Party“.

Von 2002 bis 2012 stellte sie mit Jaques Chirac und Nicolas Sarkozy zwei französische Staatspräsidenten. Bei der letzten Präsidentschaftswahl im Jahr 2017 ist die Partei LR als klarer Verlierer hervorgegangen. Der Wahlsieger und neue Staatspräsident Emmanuel Macron ernannte überraschenderweise den Politiker der Les Républicains Édouard Philippe zum Premierminister, um eine breitere Basis anzusprechen. Philippe und die Kabinettsmitglieder der LR wurden daraufhin aus der Partei ausgeschlossen, weil man Ihnen Unterstützung von Macron und seiner Partei vorwarf. Seitdem versuchen sich Les Républicains in Frankreich als Partei neu zu etablieren.

Frankreich war bereits Gründungsmitglied der Europäischen Gemeinschaften in den 1950er Jahren. Es gründete zusammen mit 11 weiteren Staaten Westeuropas 1993 die Europäische Union. Frankreich hatte bis in die 1960er Jahre hinein eines der größten Kolonialreiche der Geschichte. Diese Geschichte wirkt in der Bevölkerungsstruktur wie im nationalen Selbstverständnis nach.

Das Zusammenwachsen Europas am Anfang des 21. Jahrhunderts wird als unabdingbar für die Modernisierung Frankreichs und für eine gemeinsame Unabhängigkeit auf internationaler Ebene angesehen. Es herrscht die Überzeugung vor, dass die Größe der französischen Nation nur in einem vereinten und unabhängigen Europa, das nach dem Muster einer Föderation der Nationalstaaten aufgebaut ist und die Verschiedenheit seiner einzelnen Mitglieder achtet, erhalten werden kann. Insgesamt betreibt die Partei trotzdem eine eher proeuropäische Politik, die eine angemessene Rolle Frankreichs in einem vereinigten Europa anstrebt. Frankreich betrachtet den Erweiterungsprozess als ein Symbol für das Ende der Teilung Europas. Die Durchsetzung der Werte des Friedens, der Demokratie und der Solidarität, die seit der Gründung der Gemeinschaft im Zentrum des europäischen Aufbaus stehen, ist ein wichtiger Bestandteil französischer Politik. Die Erweiterung der Europäischen Union ist eine Folge der geographischen und geschichtlichen Logik des Kontinents und gleichzeitig eine historische Herausforderung.

Der Einfluss der Partei auf die Parlamentspolitik der EU wurde allerdings geschwächt, denn auch bei der Europawahl 2019 musste Les Républicains im Vergleich zu 2014 schwere Verluste hinnehmen. Statt 16 Abgeordneten stellt sie nur noch 7 Abgeordnete in der EVP Fraktion.

2. Ihre Partei und die Europäische Erweiterung

Ebenso wie ein großer Teil der französischen Bevölkerung haben auch die Les Républicains die letzten Erweiterungsrunden der Union als Ende der Teilung Europas und als Durchsetzung der Werte des Friedens, der Demokratie und der Solidarität begrüßt und unterstützt. Die Erweiterungen der Jahre 2004, 2007 und 2013 betrachtete sie somit als Bestandteil der geographischen und geschichtlichen Logik des Kontinents und gleichzeitig als eine historische Herausforderung. Neben der historischen und politischen Symbolkraft unterstreicht die Partei auch heute noch die positiven wirtschaftlichen Auswirkungen auf Beschäftigung und

Wachstum in Europa. Aber sie macht auch darauf aufmerksam, dass Frankreich seine wirtschaftliche Attraktivität steigern muss, wenn es im neuen Europa nicht zurückfallen will.

Die Mitglieder der Les Républicains sind der Meinung, dass die jetzige EU ihre natürlichen Grenzen so gut wie erreicht hat. Das Thema Erweiterung spielt daher für Sie keine übergeordnete Rolle. Das Hauptaugenmerk der Partei liegt jetzt darauf, den Charakter der EU als politische, wertebasierte und handlungsfähige Gemeinschaft zu erhalten und weiter zu stärken.

Hierzu ist es absolut notwendig, dass die Union ihre eigenen Grenzen klar definiert. Anderenfalls würde eine unendlich weiterwachsende EU zu einer bloßen Freihandelszone verkommen, eine Entwicklung, die dem französischen Verständnis einer politischen und vor allem sozialen Union diametral gegenübersteht. Folglich fordern die Abgeordneten, die endgültigen Grenzen der Europäischen Union so festzusetzen, dass eine gemeinsame Politik insbesondere in den Bereichen der Verteidigung, der Außenpolitik und der sozialen Sicherung verwirklicht werden kann. Bei diesem Prozess der Selbstdefinition ist nach Ansicht der Partei auch das gemeinsame historische und kulturelle Erbe der Länder ein entscheidender Faktor für eine funktionierende Gemeinschaft.

In Anbetracht dieser Überlegungen befürworten die Les Républicains dennoch den Beitritt von Balkanstaaten, sobald letztere die notwendigen Reformschritte vollzogen haben. Um die Handlungsfähigkeit und den besonderen Charakter der EU zu erhalten, muss von diesen Ländern jedoch die vollständige Übernahme aller Regeln der EU gefordert werden, bevor ein Beitritt erfolgen kann.

Über diese Grenzen hinaus, ist für die Les Républicains keine Erweiterung mehr denkbar. Anderenfalls wäre die EU nicht mehr die EU, sondern eine bloße Addition verschiedenster Interessen, ein demographisch unausgewogenes Gebilde und ein Wirtschaftsraum ohne gemeinsamen Willen und ohne jeden internationalen Einfluss. Um dies zu verhindern, plädieren die Les Républicains für ein Ende des Erweiterungsprozesses nach der Aufnahme der oben genannten Länder. Ein Beitritt der Türkei kommt demnach für Les Républicains nicht infrage und soll verhindert werden.

Selbstverständlich bedeutet dies nicht, dass Europa sich hinter undurchlässigen Grenzen gegenüber dem Rest der Welt abschotten soll. Für die Länder, die dann nicht zur EU gehören, möchte die Partei Programme für intensive Partnerschaften und Kooperationen entwickeln.

3. Taktik

Als Abgeordnete/Abgeordneter der Les Républicains ist es, im Sinne der obigen Argumentation, Ihr Hauptanliegen, einen Beitritt der Türkei zur EU zu verhindern. Stützen Sie sich auf den obigen Gedankengang und machen Sie deutlich, dass es Ihnen nicht um eine Entscheidung gegen die Türkei, sondern für die EU und für die besondere Idee Europas geht. Sie würdigen das Land als Freund und große Nation, die beachtliche Fortschritte in Richtung Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gemacht hat. Um diesen Prozess weiter zu unterstützen und die beiderseitige Kooperation auszubauen, schlagen Sie vor, die Türkei über eine privilegierte Partnerschaft eng an die EU zu binden.

Eine Vollmitgliedschaft hingegen würde die Handlungsfähigkeit und den immanenten Charakter der Europäischen Union elementar schwächen. Weder eine wirkliche politische und soziale Union noch eine internationale Emanzipation von den USA wären in einer derart vielstimmigen Gemeinschaft zu verwirklichen. Argumentieren Sie, dass es hier nicht um eine Frage der Religion geht, sondern um die Frage des Erhalts der politischen EU in ihrer Originalität und Finalität.

Für Sie würde ein Beitritt der Türkei eine Flucht vor der notwendigen geographischen Definition Europas bedeuten. Denn ist die Türkei einmal aufgenommen, ließen sich keine tragfähigen Argumente gegen einen

Beitritt von Ländern, wie der Ukraine, Moldawien, Belarus oder auch den Maghreb-Staaten finden, was den Weg in eine sich ewig erweiternde EU ohne feste Grenzen bedeuten würde.

Auch gegenüber der Türkei vertreten Sie, dass ein klares „Nein“ fairer ist als ein nicht ernst gemeintes „vielleicht irgendwann“. Außerdem weisen Sie auf die weitgehend skeptische Haltung der europäischen und besonders der französischen Bevölkerung bezüglich eines Türkeibeitritts hin und warnen davor, mit den Ängsten und Unsicherheiten der Bevölkerung zu spielen.

Versuchen Sie, innerhalb Ihrer Fraktion Unterstützung für Ihre Position zu finden, die deutsche Schwesterpartei CDU/CSU könnte hier ein erster Ansprechpartner sein. Betonen Sie daher ausdrücklich, dass Sie mit der Türkei eine enge privilegierte Partnerschaft anstreben, die eine intensive Zusammenarbeit und eine gute Nachbarschaft außerhalb der Vollmitgliedschaft ermöglichen soll. Diese Idee ist auch von der CDU/CSU immer wieder geäußert worden.

Der Mitgliedschaft von Staaten des Westbalkans stehen sie ebenso eher kritisch gegenüber. Mit dem Beitritt von Kroatien konnten Sie sich in der Vergangenheit noch anfreunden, schon um nicht gänzlich als Blockierer in Verruf zu kommen. Aber auch hier mahnten Sie zur Zurückhaltung und verwiesen auf strikte Einhaltung der Kopenhagener Kriterien.

Die Abgeordnete/der Abgeordnete der EVP im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Bulgarien (GERB)



1. Zu Ihrer Rolle

Das Initialwort GERB setzt sich im Bulgarischen aus den Anfangsbuchstaben von Graschdani za Ewropejsko Raswitiye na Balgaria/Graždani za Ewropejsko Razwitiye na Bălgarija/Bürger für eine europäische Entwicklung Bulgariens (bulg. „Граждани за европейско развитие на България“) zusammen. Zugleich hat das Wort „gerb“ die Bedeutung Wappen. GERB ist eine Partei, die an die christlich-demokratischen Prinzipien glaubt. Die Wurzeln der Partei liegen im Christentum, in der Familie und den traditionellen Werten, die aus der Sicht der GERB sehr wichtig in der unsicheren Welt von heute sind.

Bulgarien ist eine Republik in Südosteuropa und seit 2007 Mitglied der Europäischen Union sowie bereits seit 2004 Mitglied der NATO. Direkte Nachbarländer sind Rumänien, Serbien, Nord-Mazedonien, Griechenland und die Türkei. Das Land ist eine parlamentarische Republik und hat ca. 7 Millionen Einwohner. Seit dem Umsturz 1989 hat Bulgarien im Rahmen eines Demokratisierungsprozess eine parlamentarische Demokratie eingeführt. Darüber hinaus hat sich Bulgarien zu einem Rechtsstaat mit Gewaltenteilung entwickelt. Trotz erfolgter Reformen hat das bulgarische Justizsystem noch immer erhebliche Schwächen. Darüber hinaus stellt der hohe Grad an Korruption noch immer ein großes Problem dar, auch wenn deren Bekämpfung inzwischen politische Priorität hat.

Bereits kurz nach ihrer Gründung wurde GERB die führende politische Kraft in Bulgarien. Im Mai 2007 gewann sie die Wahlen für das Europäische Parlament. Die Partei ist seit 2007 Mitglied der Fraktion der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament.

Obwohl es sich um eine junge Partei handelt, geht sie davon aus, dass sie das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger gewinnen konnte, um ein besseres und europäisches Bulgarien aufzubauen. Dieses neue, bessere Bulgarien soll für alle Menschen im Land gelten, unabhängig ihrer Rasse, der ethnischen Abstammung, des Geschlechts oder des Alters. GERB versucht mit seinen Zielen in dieser unsicheren Welt für alle Bulgarinnen und Bulgaren Stabilität und den Glauben an eine positive Zukunft zurückzubringen. Dies soll insbesondere durch eine liberale Demokratie erreicht werden, die auf den Grundlagen der Freiheit, der Verantwortung, des Fortschritts, der Solidarität und der Gerechtigkeit fußt. Parallel dazu stehen die christlichen Werte als Grundlage der Traditionen.

GERB ist froh über die Tatsache, dass Bulgarien mit seinem spezifischen historischen Hintergrund und seiner Kultur ein Mitgliedsland der EU geworden ist. Ihre Partei möchte an einem positiven Image Bulgariens in der EU arbeiten, allerdings müsse sich auch die Eigenwahrnehmung der Bulgarinnen und Bulgaren in diesem Zusammenhang ändern. Die Mitgliedschaft Bulgariens in der EU stelle eine einzigartige historische Chance dar, daher arbeitet die Partei unentwegt an dem weiteren Integrationsprozess des Landes.

Wichtig ist dabei jedoch, dass Korruption und organisierte Kriminalität im Land bekämpft werden und die Bürgerinnen und Bürger wieder den Glauben an die staatlichen Institutionen erhalten. Die Partei möchte aus diesem Grund ein effektives System für die Verteilung der Fördermittel der EU einrichten, um weiteren Schaden, der durch das bisherige korrupte Staatswesen entstand, zu vermeiden. Die Partei will daher einen Dialog mit den bulgarischen Bürgerinnen und Bürgern führen, um diese in die politischen Entscheidungsprozesse einzubinden.

2. Ihre Partei und die europäische Erweiterung

Die EU steht aus der Sicht der GERB vor großen Herausforderungen, wie z.B. der Finanzkrise, der globalen Welterwärmung, der Arbeitslosigkeit, Migration und der demografischen Entwicklung, deren Lösung weder schnell noch leicht ablaufen wird – doch jede Krise stellt nach Meinung der Partei auch eine Chance dar!

Bulgarien soll Ihrer Ansicht nach eine aktive Rolle in der Realisierung der politischen Vision für den westlichen Balkan und der "Ost-Partnerschaft" mit einem Schwerpunkt auf die Schwarzmeerregion spielen. Daher soll Bulgarien die EU-Beitrittsperspektive der Länder des **westlichen Balkans** mit konkreten Initiativen unterstützen.

Bulgarien soll aber ganz klar auf seine eigenen nationalen Interessen achten und vor allem auch die Rechte der Bulgarinnen und Bulgaren in den Ländern der Region wahren. Sie kritisieren **Nord-Mazedonien** insbesondere dahingehend, dass die mazedonische Regierung versuchen würde, sich bulgarische Geschichte anzueignen. Dieses Verhalten trage nicht positiv dazu bei, dass sich GERB kooperativ beim weiteren Integrationsprozess in die EU zeigt. Sie gehen vielmehr davon aus, dass es sich bei dem Staat Nord-Mazedonien um eine Konstruktion der Neuzeit handele und der heutige mazedonische Staat ursprünglich ein Teil des historischen Bulgariens sei, wobei dieser Sachverhalt in Nord-Mazedonien häufig übersehen würde. Menschen, die diesen Sachverhalt formulieren, würden – so nehmen Sie es wahr – in Nord-Mazedonien benachteiligt werden. Ferner muss der Status der in den Nachbarländern lebenden Bulgarinnen und Bulgaren aus der Sicht der Partei geklärt werden.

Gegen einen Beitritt der **Türkei** haben Sie wenig einzuwenden. Eigentlich wäre das sogar hilfreich, um der Region ein größeres Stimmgewicht in der EU zu verschaffen

3. Taktik

Sie verfolgen das Ziel der Erweiterung der Europäischen Union. Natürlich müssen die Beitrittsländer politische und wirtschaftliche Bedingungen erfüllen, bevor der Beitritt zur Union möglich ist. Bei ihren Reformbemühungen sollte die EU die beitriftswilligen Länder aber großzügig unterstützen, ohne die Hilfe für die strukturschwachen Gebiete der jetzigen Mitgliedstaaten und vor allem Bulgariens zu kürzen.

Ihnen ist sehr an einer engen Kooperation mit diesen Nachbarländern gelegen, um so auch Probleme, wie die illegale Immigration nach Europa und die Bekämpfung des islamistischen Fundamentalismus und Terrorismus zu lösen. Von beiden Problemen sind Sie aufgrund Ihrer geographischen Lage ganz besonders betroffen.

Sie sind sich bewusst, dass Ihre Stimme als Angehörige/r der stärksten Fraktion im Europäischen Parlament Gewicht hat. Versuchen Sie deshalb, innerhalb Ihrer Fraktion zu einer Einigung über die wichtigsten Positionen der Erweiterungspolitik zu kommen. Stellen Sie in den Beratungen die Notwendigkeit einer raschen Erweiterung dar.

In Ihren Augen schafft die Aufnahme der Türkei in die EU nicht zwingend eine größere Zone der Stabilität und der Demokratie. Ohne dies offen auszusprechen sind Sie aber der Meinung, dass ein Beitritt der Türkei die Position und Interessenvertretung der südöstlichen Mitgliedstaaten innerhalb der EU stärken würde.

Eine besonders starke Bindung unterhält Bulgarien – nicht zuletzt aus historischen Gründen – zu Nord-Mazedonien. Im Rahmen des Engagements für den Balkan nimmt daher aus bulgarischer Perspektive besonders Nord-Mazedonien eine wichtige Rolle ein. Sie sehen sich als Nachbar, der enge historische Verbindungen zu Nord-Mazedonien unterhält. Die Geschichte Bulgariens und Nord-Mazedoniens hat in Bereichen der slawischen Sprache und Kultur einen gemeinsamen Ursprung. Aus Ihrer Sicht ist dieses aber der Ursprung ausschließlich der bulgarischen Kultur, aus dem sich erst später auch das heutige Nord-Mazedonien entwickelt habe, dass nun versucht das „bulgarische kulturelle Erbe“ zu leugnen. Dass Griechenland ebenso das kulturelle Erbe Nord-Mazedoniens in der Region für sich beansprucht, ignorieren Sie.

Die Abgeordnete/der Abgeordnete der EVP im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Finnland (Kansallinen Kokoomus, Kok)

1. Zu Ihrer Rolle

Finnland liegt in Nordeuropa und grenzt im Nordwesten an Schweden, im Norden an Norwegen und im Osten an Russland. Mit seinen ca. 5,5 Mio. Einwohnerinnen und Einwohnern und einer Bevölkerungsdichte von rund 18,2 (2018) Einwohner pro Quadratkilometer ist es eines der am dünnsten besiedelten Länder Europas. Zudem ist es seit 1995 Mitglied der EU und seit 1999 Mitglied der Eurozone. 69 Prozent des Landes sind Waldgebiete, 10 Prozent besteht aus Wasser und 8 Prozent werden landwirtschaftlich genutzt.

Einige Software-Unternehmen und bekannte Persönlichkeiten aus eben dieser Branche haben einen Bezug zu Finnland. So sind unter anderem die Erfinder von LINUX und SSH Finnen. Des Weiteren kommt ein weitverbreitetes Softwareframework namens Qt aus Finnland. Das größte Unternehmen Finnlands ist der Elektronikkonzern Nokia.

Seit 1955 konnte Finnland Erfahrungen bei der Durchführung gemeinsamer Politik über seine eigenen Staatsgrenzen hinweg sammeln. Denn zusammen mit den vier anderen nordeuropäischen Staaten (Dänemark, Island, Norwegen und Schweden) bildet es im Rahmen des „Nordischen Rates“ seitdem einen Großraum, indem beispielsweise der Arbeitsmarkt und die Sozialversicherung gemeinsam geregelt werden.

Die Erweiterung der EU in den Jahren 2004, 2007 und 2013, denen Finnland grundsätzlich positiv gegenüberstand, wurde vor allem unter finanziellen und sicherheitspolitischen Gesichtspunkten kritisch betrachtet. Finnland befürchtete durch den Beitritt dieser Staaten finanzielle Einbußen und eine Verringerung seines Einflusses in der EU.

Ihre Partei Kansallinen Kokoomus (*dt.: Nationale Sammlungspartei*) befürwortete trotz der oben genannten Vorbehalte die Erweiterungen. Kansallinen Kokoomus wurde 1918 von Monarchisten gegründet. Ursprünglich eine Partei der konservativen Werte, wuchs mit dem Strukturwandel in Finnland der Einfluss (wirtschafts-)liberaler Ideen. Die Sammlungspartei setzt sich heute für die freie Marktwirtschaft, die Europäische Union und individuelle Wahlfreiheiten ein.

Mit ihrem Einsatz für ein patriotisches Finnland, das gleichzeitig offen für Gemeinschaft und Solidarität in Europa ist, wurde sie sofort sowohl in das finnische als auch in das Europäische Parlament gewählt. Die Kansallinen Kokoomus halten nach der Wahl 2019 17 Prozent der Stimmen im finnischen Reichstag und stellen 3 Abgeordnete im Europäischen Parlament.

2. Ihre Partei und die nächste Erweiterung

Kansallinen Kokoomus unterstützte alle Maßnahmen der Europäischen Union, die auf eine Vertiefung der Gemeinschaft abzielten. Deswegen wurden auch alle bisherigen Erweiterungen als eine positive Entwicklung bewertet. Auch der geplanten Erweiterung steht die Partei positiv gegenüber, dabei werden jedoch sowohl die politischen Vorteile als auch die eventuellen wirtschaftlichen Nachteile bedacht. Im Parteiprogramm der Kansallinen Kokoomus wird deutlich gemacht, dass die Rechtsstaatlichkeit die Bedingung eine EU-Finanzierung sein sollte. Außerdem sollten nur Länder, die sozial, wirtschaftlich und rechtlich bereit sind, in die EU aufgenommen werden.

Eine Erweiterung ermöglicht unter diesen Bedingungen eine Stärkung der finnischen und europäischen Wirtschaft und Außenpolitik.

3. Taktik

Sie verfolgen das Ziel der Erweiterung der Europäischen Union, um so den eigentlichen Geist der Römischen Verträge – die Schaffung einer großen Europäischen Gemeinschaft in den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts – verwirklichen zu können. Natürlich müssen die Beitrittsländer politische und wirtschaftliche Bedingungen erfüllen, bevor der Beitritt zur Union möglich ist. Bei ihren Reformbemühungen sollte die EU die beitragswilligen Länder aber großzügig unterstützen, solange diese Unterstützungen an reststaatliche Bedingungen gebunden sind.

Bei aller Zustimmung zur Erweiterung ist Ihnen allerdings wichtig, dass durch die Südosterweiterung die politische Bedeutung Finnlands nicht darunter leidet. Sie sehen in der Europäischen Union nicht nur einen lukrativen Binnenmarkt, sondern auch die Möglichkeit gemeinsam effiziente Klima- und Sicherheitspolitik zu fördern, da diese Herausforderungen länderübergreifende Effekte auslösen. Daher muss sichergestellt werden, dass sich die Beitrittskandidaten diesen Problemen aufgeschlossen stellen wollen.

Sie unterstützen Länder des **Westbalkans** oder die **Türkei** nur, wenn sie langfristig zu einer Stärkung der europäischen Wirtschaft und Außenpolitik beitragen. Grundvoraussetzung dafür ist die Einhaltung der Kopenhagener Kriterien.

Sie sind sich bewusst, dass Ihre Stimme als Angehörige/r der stärksten Fraktion im Europäischen Parlament Gewicht hat. Versuchen Sie deshalb, innerhalb Ihrer Fraktion zu einer Einigung über die wichtigsten Positionen der Erweiterungspolitik zu kommen. Stellen Sie in den Beratungen die Notwendigkeit einer raschen Erweiterung dar, wobei diese nicht um jeden Preis geschehen sollte.

Die S&D-Fraktion



Die Progressive Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament (S&D) ist die zweitgrößte Fraktion im Europäischen Parlament mit insgesamt 146 Europaabgeordneten (Stand: 27.05.2020). Traditionell hat die Fraktion ihre Wurzeln im Kampf der Arbeiter für bessere Arbeitsbedingungen und für eine gerechtere Wohlstandsverteilung. Die Abgeordneten engagieren sich besonders für die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Verteidigung und Erweiterung der Menschen- und Bürgerrechte, die Förderung des Friedens und der Zusammenarbeit in einem grenzenlosen Europa und den Schutz des Verbrauchers.

Die S&D ist für einen Ausbau der Europäischen Union, der die Demokratie stärkt, zugleich aber die kulturelle Vielfalt der Völker bewahrt. Soziale Fragen müssen stärker diskutiert werden. Aber auch aktuelle Fragen wie, zum Beispiel die Bewältigung von Folgen einer globalisierten Wirtschaft, aber auch die Bekämpfung von Terrorismus und Armut, können nur gemeinsam gelöst werden. Die Rolle des Parlaments – als der einzigen, wirklich von der Bevölkerung gewählten demokratischen Institution der EU – muss zudem weiter gestärkt werden.

Die Erweiterung der Europäischen Union sieht sie als historische Chance zur endgültigen Beseitigung der Teilung Europas, zur Ausdehnung der geographischen Grenzen und zur Förderung von Demokratie und Stabilität auf dem gesamten Kontinent. Die S&D setzt sich für gleichzeitige Verhandlungen mit allen Beitrittskandidaten ein, auch wenn mancher früher als der andere beitreten kann. Ausschlaggebend für den Beitritt ist für die S&D die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien der Europäischen Union, sie spricht sich aber auch für Flexibilität durch Übergangsregelungen aus.

Hinsichtlich der Türkei betont die S&D eine prinzipielle Offenheit der Union und die grundsätzliche Möglichkeit eines Beitritts, der eigentlich schon seit dem ersten Assoziationsabkommen von 1963 vorgesehen ist. Bevor die Beitrittsverhandlungen allerdings beginnen können, fordert sie von der Türkei die Einhaltung der oft eingeforderten „politischen Kriterien“ für einen Beitritt: die Schaffung einer soliden Demokratie, die Errichtung eines Rechtsstaates, die volle Einhaltung der Menschen- und Minderheitenrechte und die Entwicklung von guten nachbarschaftlichen Beziehungen gemäß den Prinzipien des internationalen Rechts und der internationalen Verträge.

Die Fraktion sieht die Notwendigkeit einer gründlichen Durchführung von politischen und wirtschaftlichen Reformen auf dem westlichen Balkan. Die Länder des westlichen Balkans müssen weiterhin an der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien arbeiten, in denen die Existenz einer funktionierenden Marktwirtschaft, die ökonomische Stabilisierung, die Achtung der Minderheitenrechte und auch die Nachbarschaftskooperation vorausgesetzt wird. Der Beitritt Kroatiens im Jahr 2013 sendet aus Sicht der Fraktion ein gutes Signal an die anderen westlichen Balkanländer hinsichtlich ihrer eigenen Beitrittsaussichten, sobald sie die notwendigen Bedingungen erfüllen.

Ihre Aufgabe als Mitglied der S&D Fraktion:

Ihre Fraktion ist gegenwärtig die zweitstärkste Kraft im Europäischen Parlament. So haben Sie einen großen Einfluss auf alle Diskussionen im Plenum. Dennoch besitzen Sie nicht die Mehrheit. Sie brauchen die Unterstützung anderer politischer Gruppen, wobei Sie sich bewusst sein müssen, dass besonders die Europäische Volkspartei eine wichtige Rolle im EP spielt und Ihre Initiativen im Zweifelsfall auch blockieren kann, indem sie kleinere „Koalitionspartner“ findet.

So liegt es an Ihnen, den richtigen Mittelweg zu finden. Denn einerseits müssen Sie einen Kompromiss suchen – was zur Aufgabe Ihres politischen Profils führen könnte –, andererseits kann das Festhalten an den eigenen Positionen zu einer Schmälerung des Einflusses des EP führen, wenn Sie sich mit Ihren Kollegen nicht einigen können.

In jeder Fraktion gibt es spezielle Experten für bestimmte Politikbereiche. Sie gehören dem „Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten“ an und arbeiten hauptsächlich an Fragen der zukünftigen Gestaltung einer sich wandelnden und erweiternden Europäischen Union. Es liegt an Ihnen, die Chancen und Risiken einer erneuten EU-Erweiterung um südosteuropäische Staaten kritisch zu beleuchten. Ihre Aufgabe ist es, sich mit den anderen Mitgliedern der S&D über eine gemeinsame Position gegenüber der Erweiterungsfrage zu verständigen.

Weiterhin werden Sie sich auf die Suche nach Verbündeten in den anderen Fraktionen begeben, mögliche Koalitionen finden und die Thematik im Parlament kontrovers diskutieren, um den politischen Gegner von der eigenen politischen Auffassung zu überzeugen. Aber denken Sie immer daran: Es ist nutzlos, nur zu reden, ohne zuzuhören. Um die Arbeit des EP effektiv zu gestalten, müssen Sie an einem Kompromiss arbeiten, damit Sie auch solchen Vorschlägen des Rates der Union erfolgreich entgegenzutreten können, die möglicherweise nicht auf der Linie des EP liegen.



1. Zu Ihrer Rolle

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei ist die älteste Partei Schwedens, sie wurde im Jahr 1889 gegründet. Nach ihrer ersten Regierungsbeteiligung 1917 war sie fast 70 Jahre lang Regierungspartei. Zu Beginn war die Partei stark von der deutschen Sozialdemokratie beeinflusst. Laut eigener Aussage hat die Arbeit der Sozialdemokraten dazu geführt, dass Schweden eine Demokratie und eine der weltweit führenden Wohlfahrtsnationen geworden ist. Seit über hundert Jahren steht Ihre Partei für Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Demokratie in Schweden und im Rest der Welt. Im 20. Jahrhundert dominierte die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SAP) die politische Landschaft. 1920 kam sie unter Karl Hjalmar Branting erstmals an die Regierung. Die Sozialdemokraten stellten dann über weite Strecken den Regierungschef, nämlich von 1932 bis 1976, von 1982 bis 1991 und von 1994 bis 2006, sowie ab 2014. Seit 2014 sitzt der Parteivorsitzende Stefan Löfven als Ministerpräsident der schwedischen Regierung vor. Seit Januar 2019 bilden die Sozialdemokraten und die Grünen eine Minderheitsregierung unter Führung von Stefan Löfven. Unter den 23 Ministern sind 12 Frauen. Die Sozialdemokraten stellen 18 Minister, die Grünen fünf.

Die SAP ist eine europafreundliche Partei. Die Europäische Union ist ein Projekt für Frieden und Freiheit - auf zwischenstaatlicher Basis. Schweden hat vom Binnenmarkt, den Handelsabkommen und der Freizügigkeit profitiert - dies hat zu mehr Arbeitsplätzen und einem stärkeren Wachstum geführt. Durch die schwedische Mitgliedschaft wurde zur Entwicklung eines gleichberechtigten und grüneren Europas beigetragen. Die SAP hat für Ihre Europa-Politik klare Ziele formuliert: mehr Beschäftigung in Europa, ein soziales Europa in dem jeder Bürger, jede Bürgerin Wachstum und Entwicklung genießen kann, weniger Handelshemmnisse für einen freien Waren- und Dienstleistungsverkehr, die Digitalisierung vorantreiben und mit einer ehrgeizigen Klima- und Umweltpolitik eine Führungsrolle in der Welt übernehmen. Außerdem setzen Sie sich für eine gemeinsame, verantwortungsvolle und solidarische Flüchtlings- und Migrationspolitik in der EU ein.

Seit dem frühen 19. Jahrhundert hat sich Schweden im Wesentlichen von den Entwicklungen auf dem europäischen Festland ferngehalten. Durch seine lange „Neutralitätspolitik“ und die damit verbundene politische Isolation, erfuhr das Land eine über zweihundert Jahre andauernde Friedenszeit, die auch dazu beitrug, dass eine Einbindung Schwedens in die Europäische Gemeinschaft als eigentlich nicht notwendig, teilweise auch kritisch angesehen wurde. Am 1. Januar 1995 trat Schweden dennoch der Europäischen Union bei.

Trotz gewisser Bedenken hat Schweden den gesamten letzten Erweiterungsprozess unterstützt und steht auch jetzt einer Fortsetzung dieser Erweiterungspolitik aufgeschlossen gegenüber. Das Hauptargument ist hier, dass die Anziehungskraft der EU einen beeindruckenden demokratischen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt in den Kandidatenländern herbeiführt. Dies wiederum wirkt sich positiv auf die Sicherheitslage Schwedens und ganz Europas aus.

2. Ihre Partei und die Europäische Erweiterung

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei ist bei aller Befürwortung des Erweiterungsprozesses ein Verfechter der sehr strengen Anwendung der Kopenhagener Kriterien als Bedingung für einen Beitritt. Sie sollen der Maßstab dafür sein, ob ein Land beitriffähig ist oder nicht. Für Schweden ist in diesem Zusammenhang die Wahrung von Sozial- und Umweltstandards in den Beitrittsstaaten von großer Bedeutung. Schweden gehört in den meisten Kategorien eines funktionierenden Staats zur weltweiten Spitze, sei es in erneuerbaren Energien, Geschlechtergleichheit, Minderheitenrechten, Recyclingrate, Korruptionsindex oder bezahlter Elternzeit. Allerdings ist die schwedische Gesellschaft gespalten in der Frage der Integration. Zuletzt äußerten in einer Umfrage im vergangenen Jahr 50 Prozent der Schweden, dass sie glaubten, das Land entwickle sich in die falsche Richtung. Die Frage

einer gerechten Verteilung von Geflüchteten könnte auch im Erweiterungsprozess eine spannende Frage sein, vor allem mit der Türkei.

Noch vor dem Putschversuch im Juli 2016 gab es in der **Türkei** eine negative Entwicklung in Bezug auf die Achtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit. Die Entwicklungen im Ausnahmezustand mit umfangreichen Suspendierungen, Entlassungen und Verhaftungen - nicht zuletzt von politischen Oppositionellen, gewählten Beamten und Journalisten - waren äußerst besorgniserregend. Freie Medien und eine lebhafte Opposition sind die Voraussetzungen für eine pluralistische demokratische Gesellschaft. Der EU-Beitrittsprozess der Türkei, der auf klaren Kriterien und Werten basiert, bildet für Ihre Partei die Grundlage für die Beziehungen der EU zur Türkei.

Die Zusammenarbeit mit der Türkei ist daher mit Forderungen nach Rechtsstaatlichkeit und Reformen verbunden, Grundfreiheiten und -rechte müssen gewährt werden. Ihre Partei unterstützt daher keinen schnellen Beitritt ohne genügend Zeit die Forderungen klar umzusetzen.

Darüber hinaus liegt Schweden aus historischen und geographischen Gründen viel an einer engen, wenn gleich auch nicht unkritischen Partnerschaft mit Russland. Die Regierung versprach sich von der Aufnahme mittel- und osteuropäischer Staaten gleichzeitig einen Impuls für die EU-Russland-Beziehungen. Dieser Impuls ist leider ausgeblieben. Sie müssen in Ihrer Erweiterungspolitik berücksichtigen, dass Russland das Bestreben einer Annäherung weiterer ehemaliger Sowjet-Republiken an die EU sehr argwöhnisch verfolgt, auch wenn Sie einen Beitritt der **Balkanstaaten** nach Einhaltung der Kopenhagener Kriterien begrüßen würden.

3. Taktik

Als Vertreterin/Vertreter der sozialdemokratischen Regierungspartei unterstützen Sie im Allgemeinen die Aufnahme weiterer Mitglieder in die EU. Auch mit Blick auf die Sorgen der EU-kritischen Bevölkerung Schwedens, knüpfen Sie Ihre Zustimmung jedoch an bestimmte Bedingungen. Oberstes Gebot ist für Sie dabei, dass die Beitrittskandidaten die Kopenhagener Kriterien erfüllen und besonders die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards garantieren. Ebenso muss für Sie garantiert sein, dass Transparenz und demokratische Legitimation des europäischen Entscheidungsgefüges nach der Erweiterung erhalten und weiter gestärkt werden. Schließlich verlangen Sie im Kreise der gegenwärtigen Mitgliedstaaten, die Kosten für die Erweiterung vertraglich zu begrenzen und die kostenintensive europäische Agrarpolitik vor der Aufnahme neuer, stark landwirtschaftlich geprägter Länder zu reformieren und für Marktkräfte zu öffnen.

Auch mit Blick auf den Balkan sehen Sie einen deutlichen Zusammenhang zwischen europäischer Perspektive und einer Beschleunigung des Stabilisierungs- und Reformprozesses. Sie plädieren dafür, parallel zu den Aktivitäten zur Stabilisierung der Region auch deren Integration in westliche Strukturen vorzubereiten. Dies muss nicht zwingend durch einen Beitritt zur EU geschehen, sondern kann auch die Form von speziellen Partnerschaften annehmen.

An die Türkei legen Sie die gleichen Maßstäbe an, wie an die anderen Kandidaten: Wenn das Land die Kriterien erfüllt und den Reformprozess konsequent vorantreibt, befürworten Sie die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen. Allerdings machen Sie gegenüber der Türkei deutlich, dass vor einem tatsächlichen Beitritt noch viele Probleme zu bewältigen sind, wie Menschenrechtsfragen wie Meinungs- und Pressefreiheit und die Rechte der Frauen, die Abschaffung der Folter und die Situation der Kurden



1. Zu Ihrer Rolle

Deutschland ist eines der sechs Gründungsmitglieder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und hat seit den Anfängen der europäischen Einigung eine sehr integrationsfreundliche Politik betrieben.

Dies liegt historisch auch darin begründet, dass die europäische Integration Deutschland kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges die Möglichkeit bot, nicht nur seine langjährige Feindschaft mit Frankreich zu überwinden und in ein Vertrauensverhältnis umzuwandeln, sondern darüber hinaus durch die Teilhabe an der supranationalen Entscheidungsfindung eine Teilsouveränität und eine gewisse internationale Anerkennung und Handlungsfähigkeit wiederzugewinnen. Ein geeintes und handlungsfähiges Europa gilt folglich als elementares deutsches Interesse, die Zusammenarbeit mit Frankreich im Rahmen des „deutsch-französischen Motors“ hat erste Priorität. Die erneute Aufnahme ost- und südeuropäischer Staaten unterstützt Deutschland aus verschiedenen Gründen. So hat es zum Beispiel ein massives sicherheitspolitisches Interesse an einer wirtschaftlichen und politischen Stabilisierung dieser Staaten. Bei verschiedenen Anlässen hat Deutschland außerdem immer wieder auf die historisch-moralische Pflicht hingewiesen, den osteuropäischen Staaten die Einbindung in die EU zu ermöglichen, um die unnatürliche Spaltung Europas zu überwinden. Zugleich ist Deutschland allerdings auch am stärksten mit den sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen konfrontiert, die sich aus einer erneuten Erweiterung ergeben, wie z.B. der Ost-West-Migration und der Einwanderung von so genannten „Billiglohn-Arbeitskräften“.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) ist die mitgliederstärkste Partei in Deutschland (ca. 420.000 Mitglieder). Mit dem 1863 gegründeten Vorläufer (Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein) und dem seit 1890 bestehenden heutigen Namen der Partei, gilt diese außerdem als älteste noch bestehende Partei Deutschlands. Nach dem Zweiten Weltkrieg konnte sie sich neben der CDU/CSU als Volkspartei etablieren. Kernkompetenzen werden der Partei im Bereich der Sozialpolitik sowie der Bildungspolitik zugesprochen.

Die SPD stellte drei Bundeskanzler: Willy Brandt (1969-1974), Helmut Schmidt (1974-1982) und Gerhard Schröder (1998-2005). Der SPD-Kanzlerkandidat der Bundestagswahl 2017, Martin Schulz, war von 2012 bis 2017 Präsident des Europäischen Parlaments. Die SPD ist aktuell trotz einer Niederlage und herber Verluste in einer Fortsetzung der Großen Koalition mit der CDU/CSU in der Regierung. Auch bei der Europawahl 2019 musste die SPD Verluste hinnehmen, statt 27 stellt sie nur noch 16 Abgeordnete im EP.

Auf EU-Ebene spricht sich die SPD dafür aus, die europäische Integration voranzutreiben und nationale Souveränitäten an die EU abzugeben, damit die EU auch weiterhin Herausforderungen, wie dem Klimawandel, globalen Finanzkrisen oder der Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft gerecht werden kann. Die SPD fordert die Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Außen- und Verteidigungspolitik, in der mögliche Mehrheitsentscheidungen die Handlungsfähigkeit gewährleisten. Außerdem will man Europa so verändern, dass soziale Rechte überall gestärkt und Wohlstand fair verteilt wird.

2. Ihre Partei und die europäische Erweiterung

Die SPD hat schon immer versucht die Stabilität auf dem Balkan zu stärken und die europäische Integration voranzutreiben. Während Bundeskanzler Schröders (SPD) Regierungszeit fand der NATO-Einsatz im Kosovo statt. Außerdem wurde unter der SPD 2002 der Euro eingeführt und es kam 2004 zur Aufnahme vieler osteuropäischer Länder in die EU.

Die bisherigen Erweiterungen sieht die SPD trotz einiger Vorbehalte im Bereich der Arbeitnehmerfreizügigkeit als beiderseitigen Gewinn und betont insbesondere die Ausdehnung von Frieden, Sicherheit und Stabilität, den Kampf gegen organisierte Kriminalität, den Schutz vor illegaler Zuwanderung sowie die wirtschaftlichen Vorteile eines erweiterten Binnenmarktes. Sie betrachten die Erweiterung als Chance für die Wirtschaft, neue Absatzmärkte zu erschließen und damit neue Arbeitsplätze zu schaffen. Langfristig überwiegen die Gewinnerwartungen über die mittelfristig notwendigen Mehrbelastungen.

Bezüglich der Balkanregion ist ein langfristig angelegtes politisches und wirtschaftliches Konzept, um der Region eine Perspektive für Frieden, Freiheit und Wohlstand zu geben, erforderlich. Ein richtiger Ansatz ist der von der EU entwickelte Stabilitätspakt für den Balkan. Dieser Stabilitätspakt ist fortzuentwickeln und kann in einen Beitritt in die Europäische Union münden.

Die SPD unterstützt die Aufnahme von Staaten, welche die Kopenhagener Kriterien zu 100 Prozent erfüllen. Insbesondere **Nord-Mazedonien** und **Albanien** haben die größten Fortschritte erzielt und sind den von der EU gestellten Bedingungen am nächsten gekommen, womit ihnen der Beitritt in die EU gewährt werden sollte und von der SPD ausdrücklich begrüßt wird. Eine größere EU, die zugleich handlungsfähiger, souveräner und demokratischer ist, schafft auch mehr Sicherheit für ihre Bevölkerung. Es soll mehr in die regionale Zusammenarbeit investiert und die Jugend des Westbalkans als Botschafter von Frieden und Versöhnung gewonnen werden.

Die Beitritte Nord-Mazedoniens und Albanien in die Europäische Union hätten positive Ausstrahlungseffekte auf die weiteren beitrittswilligen Staaten und wären ein Signal an alle Europaskeptiker, dass harte Arbeit sich auszahlt und soziale, politische sowie wirtschaftliche Vorteile für die EU und die neuen Mitgliedstaaten mit sich bringt.

In der Türkeifrage werden eine zukünftige Beitrittsperspektive und die Aufnahme von Verhandlungen befürwortet und als historische Chance für den gesamten Kontinent betrachtet. Die SPD unterstreicht sowohl die unterstützende Wirkung einer Beitrittsoption auf die beachtlichen Reformanstrengungen der **Türkei** auf der einen, als auch die geostrategischen und wirtschaftlichen Vorteile für die EU und Deutschland auf der anderen Seite. Zudem verzeichnet die Wirtschaft der Türkei eine positive Entwicklung. Sie wächst seit vielen Jahren sehr stark. Auch das Problem der Inflation konnte in den letzten Jahren abgemildert werden.

Historisch gesehen ist die SPD schon länger für einen Beitritt der Türkei, während die CDU, die eine privilegierte Partnerschaft bevorzugt, eher dagegen war und ist. Die befürwortende Position der SPD hat sich in den letzten Jahren allerdings etwas abgeschwächt, da die Türkei vor allem bei den Menschenrechten und der Rechtsstaatlichkeit negative Entwicklungen gemacht hat. Langfristig sieht man die Türkei dennoch weiterhin in der EU.

Die Türkei ist in Ihren Augen historisch in Europa verankert und gehört damit zu den europäischen Staaten. Religion und Kultur zählen nicht als Argumente gegen einen Türkeibeitritt, da die EU eine Wertegemeinschaft und keine Religionsgemeinschaft ist, die gerade von ihrer vertraglich gesicherten kulturellen Vielfalt lebt.

3. Taktik

Sie als deutsche Abgeordnete/deutscher Abgeordneter der SPD im Europäischen Parlament haben immer auf das Ende des Ost-West-Konflikts gehofft, damit endlich auch die (süd-)osteuropäischen Staaten Mitglieder der lange nur westeuropäisch geprägten EU sein können.

Sie verhehlen nicht, dass Sie Deutschland gerne als Führungsmacht in Europa sehen würden, die sich besonders für den Umweltschutz, soziale Standards und Verbraucherschutz engagiert. In diesem Zusammenhang verweisen Sie energisch auf die hohe finanzielle Belastung, die Deutschland durch EU-Hilfen an strukturschwache EU-Mitgliedstaaten bisher entstanden ist. Einige Ihrer Wählerinnen und Wähler befürchten bei einer erneuten Erweite-

rung der EU – gerade mit Blick auf die Türkei – noch stärkere finanzielle Verpflichtungen durch dann fällige Transferleistungen, außerdem sieht man die Gefahr zunehmender Kriminalität und die Infragestellung des bisherigen europäischen Agrarmarktsystems. Bei vielen Wählerinnen und Wählern ist die Angst vor Billiglohnkonkurrenz auf dem Arbeitsmarkt weiterhin groß. Sie können diese Bedenken nicht komplett ignorieren, daher plädieren Sie, wie schon bei der ersten Osterweiterung, in sensiblen Bereichen, wie der Arbeitnehmerfreizügigkeit, für die Festschreibung von Übergangsfristen.

Auch bezüglich der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei befürworten Sie Verhandlungen, sobald die Türkei die politischen Kriterien von Kopenhagen erfüllt, wobei Ihnen durchaus bewusst ist, dass in den Bereichen Religionsfreiheit, Minderheitenschutz und Rechtsstaat noch viel Arbeit zu leisten ist. Sie drängen die Türkei, die Defizite möglichst schnell zu beheben. Ist dies garantiert, überwiegen für Sie die Vorteile eines zukünftigen Beitritts: Der Reformprozess in der Türkei wird unterstützt und gestärkt, die Ausweitung des Binnenmarktes bringt für alle Seiten wirtschaftliche Vorteile, das außenpolitische Gewicht der erweiterten EU steigt und das Mitgliedsland Türkei kann als Brücke zur islamischen Welt fungieren.

Vergessen Sie aber nicht, dass in Ihrer Wählerschaft gemischte Gefühle gerade mit Blick auf mögliche Migrationsbewegungen nach einem Türkeibeitritt vorherrschen und dass die Türkeifrage in der politischen Landschaft Europas heiß umstritten ist. Treten Sie also nicht zu offensiv auf, um nicht frühzeitig isoliert zu werden, und fordern Sie Übergangsfristen für Freizügigkeit und Arbeitsmarkt im Sinne Ihrer Wählerinnen und Wähler.

Weisen Sie bei Widerstand immer darauf hin, dass niemand die Türkei morgen in die EU aufnehmen will, sondern dass es sich um einen Prozess handelt, der sich mindestens über ein Jahrzehnt hinziehen wird. Aus diesem Grund lassen sich heute auch Argumente bezüglich der unzureichenden Handlungsfähigkeit einer erweiterten EU nicht sachgerecht begründen.

1. Zu Ihrer Rolle

Die spanischen Sozialdemokraten (Partido Socialista Obrero Español) setzen sich auf europäischer Ebene für ein soziales, gerechtes, nachhaltiges und progressives Europa ein. Sie befürworten ein solidarisches und sicheres Europa, als auch ein Europa, welches die Bürgerrechte für jeden EU-Bürger garantiert. Gleichzeitig soll ihrer Ansicht nach, der Binnenmarkt auch dazu dienen, die Verbraucher und die Mobilität der Arbeitskräfte zu schützen. Auch für die Gleichberechtigung von Männern und Frauen in der Arbeitswelt sowie in der Politik macht sich die PSOE stark.

Die Partei wurde am 2. Mai 1879 als Partido Socialista del Trabajo (Sozialistische Arbeitspartei) von Pablo Iglesias Posse gegründet und 1888 in Partido Socialista Obrero Español umbenannt. 1920 spaltete sich die Kommunistische Partei Spaniens (PCE) vom PSOE ab. Während der Franco-Diktatur war die Partei verboten und agierte im Inland aus dem Untergrund. Die eigentlichen Aktivitäten der Partei verlagerten sich jedoch ins Exil. Mit einem programmatischen Richtungswechsel 1979 hin zur politischen Mitte wurde die Partei mehrheitsfähig und etablierte sich als erfolgreiche Volkspartei in Spanien.

Spanien ist 1986 der Europäischen Gemeinschaft beigetreten. Seitdem hat das Land einen großen wirtschaftlichen Aufschwung vollzogen. Trotz eines kritischen, weltwirtschaftlichen Umfelds verzeichnete die Wirtschaft relativ hohe Wachstumsraten. Seit 1994 ist die Arbeitslosigkeit faktisch halbiert worden, nunmehr steigt diese wieder. Insbesondere junge Menschen sind von Arbeitslosigkeit betroffen. Es gibt zwar noch wirtschaftlich unterentwickelte Regionen, aber Spanien ist dank seines relativ niedrigen Lohnniveaus zu einem bedeutenden Produktionsstandort Europas geworden. Das Interesse der spanischen Bevölkerung an der EU ist in der Breite jedoch eher gering.

Seit dem Beitritt Spaniens zur Europäischen Union haben jedoch viele Spanierinnen und Spanier verantwortungsvolle Positionen und eine wichtige Aktivität in den Institutionen eingenommen.

Mit der erst abgeschlossenen Aufnahme zwölf mittel- und osteuropäischer Staaten sowie Kroatiens und den damit einhergehenden Kürzungen einiger Zuwendungen an Spanien sieht sich das Land vor einer neuen Herausforderung: dem Kampf um die Verteilung der EU-Fördergelder. Spanien sieht vor allem die Gefahr, dass durch eine erneute Erweiterung der EU nicht mehr so viele finanzielle Transferleistungen nach Spanien fließen werden wie bisher, weil eine größere Anzahl „ärmerer“ Länder um die Gelder konkurrieren würden. Außerdem befürchtet Spanien, bei einem Beitritt weiterer Länder den bisherigen Kostenvorteil in der Produktion zu verlieren, weil in den potenziell neuen Mitgliedstaaten noch billiger produziert werden kann.

2. Ihre Partei und die Europäische Erweiterung

Die PSOE ist grundsätzlich für eine Erweiterung, solange weiterhin ein solidarisches und sicheres Europa gewährleistet ist. Skeptisch ist die Partei, was den zukünftigen EU-Haushalt betrifft. Sie befürchten, dass durch die Aufnahme neuer, ärmerer Staaten in die EU die Subventionszahlungen für Spanien gekürzt werden.

Bezüglich der Balkanregion ist ein langfristig angelegtes politisches und wirtschaftliches Konzept, um der Region eine Perspektive für Frieden, Freiheit und Wohlstand zu geben, erforderlich. Ein richtiger Ansatz ist der von der EU entwickelte Stabilitätspakt für den Balkan. Dieser Stabilitätspakt ist fortzuentwickeln und kann in einen Beitritt in die Europäische Union münden.

Klar ist, dass alle Staaten, die Mitglied der EU werden möchten, die Kopenhagener Kriterien erfüllen müssen.

In der Türkeifrage werden eine zukünftige Beitrittsperspektive und die Aufnahme von Verhandlungen befürwortet und als historische Chance für den gesamten Kontinent betrachtet. Gleichzeitig sieht die PSOE es positiv, wenn ein weiterer Mittelmeeranrainer der EU beitreten würde, da dadurch der Mittelmeerraum gestärkt werden würde.

3. Taktik

Sie als spanische Abgeordnete/spanischer Abgeordneter der PSOE im Europäischen Parlament setzen sich generell für eine Erweiterung der EU ein. Dies darf aber nicht zu Lasten des spanischen Staates fallen. Somit muss aus Ihrer Sicht der EU-Haushalt erhöht werden, damit bisherige Subventionszahlungsempfänger, wie ihr Land, nicht deutlich weniger Gelder bekommen als zum jetzigen Zeitpunkt. Für die Mehrkosten sollen die wohlhabenden EU-Staaten aufkommen.

Ein weiterer Punkt für Sie ist, dass der wirtschaftliche und soziale Zusammenhalt innerhalb der „alten“ EU nicht gefährdet werden darf. Das bedeutet, dass gerade in dem für Spanien so wichtigen Agrarsektor keine Nachteile entstehen dürfen. Eine Möglichkeit, um Nachteile zumindest kurzfristig zu verhindern, wäre es für lange Übergangsfristen zu plädieren, bevor neue Mitglieder voll der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) beitreten können.

Auch bezüglich der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei befürworten Sie Verhandlungen, sobald die Türkei die politischen Kriterien von Kopenhagen erfüllt. Wobei Ihnen durchaus bewusst ist, dass in den Bereichen Religionsfreiheit, Minderheitenschutz und Rechtsstaat noch viel Arbeit zu leisten ist. Sie drängen die Türkei, die Defizite möglichst schnell zu beheben. Ist dies garantiert, überwiegen für Sie die Vorteile eines zukünftigen Beitritts: Der Reformprozess in der Türkei wird unterstützt und gestärkt, die Ausweitung des Binnenmarktes bringt für alle Seiten wirtschaftliche Vorteile, das außenpolitische Gewicht der erweiterten EU steigt und ein Mitgliedsland Türkei kann als Brücke zur islamischen Welt fungieren.

Die Türkei ist in Ihren Augen historisch in Europa verankert und gehört damit zu den europäischen Staaten. Religion und Kultur zählen nicht als Argumente gegen einen Türkeibeitritt, da die EU eine Wertegemeinschaft und keine Religionsgemeinschaft ist, die gerade von ihrer vertraglich gesicherten kulturellen Vielfalt lebt.

Vergessen Sie aber nicht, dass in Ihrer Wählerschaft gemischte Gefühle gerade mit Blick auf mögliche Migrationsbewegungen nach einem Türkeibeitritt vorherrschen und dass die Türkeifrage in der politischen Landschaft Europas heiß umstritten ist. Treten Sie also nicht zu offensiv auf, um nicht frühzeitig isoliert zu werden, und fordern Sie Übergangsfristen für Freizügigkeit und Arbeitsmarkt im Sinne Ihrer Wähler.

Weisen Sie bei Widerstand immer darauf hin, dass niemand die Türkei morgen in die EU aufnehmen will, sondern dass es sich um einen Prozess handelt, der sich mindestens über ein Jahrzehnt hinziehen wird. Aus diesem Grund lassen sich auch Argumente bezüglich der unzureichenden Handlungsfähigkeit einer erweiterten EU heute nicht sachgerecht begründen.

1. Zu Ihrer Rolle

Die sozialdemokratische Partit Laburista, auf Englisch Malta Labour Party (MLP) wurde 1921 gegründet, feiert also bald ihr 100-jähriges Bestehen. Neben der konservativen Nationalist Party ist sie die zweite große Volkspartei in Malta, die das politische Geschehen dominiert. Beide stellten bisher abwechselnd die Mehrheit im maltesischen Parlament und damit die Regierung des Landes. Im Jahr 1969 spaltete sich die kommunistische Fraktion der MLP ab und gründete die Kommunistische Partei Maltas.

Auf europäischer Ebene gehört die Partei der Sozialdemokratischen Partei Europas an und stellt seit der Europawahl 2019 vier der sechs maltesischen Abgeordneten im Europaparlament. In der Außenpolitik vertritt die MLP einen Kurs der außenpolitischen Neutralität und ist der EU gegenüber skeptisch eingestellt.

Der kleine Inselstaat im Mittelmeer hat stürmische Zeiten hinter sich. 2017 wurde die Journalistin Daphne Caruana Galizia, die Korruption in der Politik aufgedeckt hatte, durch eine Autobombe ermordet. Zuvor hatte sie mit Hilfe der Panama Papers die illegalen Machenschaften eines Ministers sowie des Stabschefs von Premierminister Joseph Muscat öffentlich gemacht und damit das politische Establishment aufgerüttelt. Das Land, das lange als einer der aufstrebenden Staaten innerhalb der EU gesehen wurde, hat ein großes Korruptionsproblem. Das liegt möglicherweise an seiner veralteten Parteienlandschaft. Die sozialdemokratische Partit Laburista stellt aktuell den Premierminister. Die andere große Partei, die konservative Partit Nazzjonalista, führte das Land 2004 in die EU. Diese beiden Parteien sind seit der Unabhängigkeit 1964 von Großbritannien die einzigen Parteien im maltesischen Parlament und haben sich seitdem nur wenig verändert.

Hinsichtlich des Beitritts zur Europäischen Union herrschte in Malta lange kein übergreifender politischer Konsens. 1990 stellte Malta unter der Regierung der Nationalistischen Partei seinen Antrag auf Aufnahme in die EU, den die 1996 gewählte Regierung der Partit Laburista wieder aussetzte. Nach erneutem Regierungswechsel 1998 erneuerte Malta seinen Beitrittsantrag. Von diesem Zeitpunkt an war der Beitritt zur EU das wichtigste außenpolitische Ziel Maltas. Im Referendum vom 8. März 2003 sprachen sich 53,6 Prozent der Bevölkerung für einen EU-Beitritt aus. 2004 tritt Malta der EU bei.

Malta ist für Erweiterungen der EU, solange ein Kandidatenland die Beitrittskriterien erfüllt. Allen Kandidatenländer sollte die Chance gegeben werden wie Malta, durch eine Aufnahme zu wachsen und sich zu entwickeln. Allerdings bangt Malta als kleinster Mitgliedstaat um den Einfluss in den Institutionen der EU, sollten mehr Länder hinzukommen. Eine erneute Erweiterung muss ohne die Schwächung der bisherigen Staaten, auch finanziell, vonstattengehen.

2. Ihre Partei und die Europäische Erweiterung

Die Partit Laburista stand einer Integration des eigenen Landes in die EU sehr kritisch gegenüber. Zwar befürwortet die Partei seit jeher eine verstärkte politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU, wie im Rahmen des Assoziierungsabkommens und in Form einer Freihandelszone, trotzdem lehnte sie eine Mitgliedschaft in der EU aus verschiedenen anderen Gründen ab.

Die Partit Laburista war der Meinung, dass eine politische Union große Verpflichtungen und Lasten für Malta beinhaltet. Zudem befürchtete sie negative Wirtschaftsfolgen für Malta, die nach Ansicht der Partei zu einer Armutsvergrößerung und zu einer Verstärkung des sozialen Ungleichgewichts hätten führen können. Seit dem EU-Beitritt Maltas hat sich die Partei jedoch einem Wandel unterzogen und vertritt mittlerweile eine weitgehend pro-europäische, wenn auch nicht unkritische Linie.

Im Europäischen Parlament gehört Partit Laburista der Fraktion der S&D an. Obwohl die Fraktion eine erneute Erweiterung der EU befürwortet, vertritt Partit Laburista in diesem Punkt eine etwas andere Auffassung. Auch wenn sich die traditionell skeptische Position der Partit Laburista zum Thema EU gewandelt hat und sie der EU nun deutlich positiver gegenübersteht, zeigt die Partei bei der geplanten Erweiterung eher Zurückhaltung. Sie ist zwar kein vehementer Gegner dieser Erweiterung, aber dennoch eher skeptisch.

3. Taktik

Trotz Ihrer Mitgliedschaft in der Fraktion der S&D stimmen Sie einer erneuten Erweiterung der EU nicht bedingungslos zu, viel eher sind Sie skeptisch in Hinblick auf die Aufnahme neuer Mitglieder, unabhängig von der geographischen Lage und Größe der Staaten.

Ihre größte Befürchtung ist, dass die wirtschaftlichen und vor allem sozialen Errungenschaften in der EU durch die Aufnahme weiterer wirtschaftlich ärmerer Mitglieder gefährdet werden könnten. Größere soziale Ungleichheiten und eine steigende Armutsgefahr könnten die Folgen sein.

Äußern Sie diese Position aber vorsichtig und diplomatisch, da die Fraktion S&D anderer Meinung ist und die Aufnahme befürwortet. Sie sind sich der Tatsache bewusst, dass Sie eine kleine Partei im Europäischen Parlament sind und Ihre Einflussmöglichkeiten aufgrund der geringen Anzahl von Sitzen begrenzt sind. Suchen Sie daher Verbündete für Ihre Position, aber seien Sie gleichzeitig offen für Kompromisse.

Insbesondere auch aufgrund Ihrer geographischen Lage sprechen Sie sich außerdem dafür aus, dass die Europäische Union ihre Bestrebungen auf den Raum des nördlichen Afrikas ausweiten sollte. Malta kann eine Brückenfunktion über den gesamten Mittelmeerraum übernehmen.

1. Zu Ihrer Rolle

Ihr Land ist gemeinsam mit neun anderen Staaten am 1. Mai 2004 der Europäischen Union beigetreten. Während die polnische Bevölkerung dem EU-Beitritt ihres Landes im Mai 2004 noch mehrheitlich eher skeptisch und abwertend begegnete, hat sich inzwischen die Erkenntnis durchgesetzt, dass Polen von der EU-Mitgliedschaft im Großen und Ganzen profitiert. Dies gilt insbesondere für die Exportwirtschaft.

Polen präsentiert sich als selbstbewusster Mitgliedstaat, der sich für den Erhalt seines Einflusses innerhalb der EU-Institutionen einsetzt. In der alltäglichen inhaltlichen Arbeit der EU engagiert sich Polen besonders für einen Ausbau der Nachbarschaftspolitik und in der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Polen steht einer Fortsetzung der Erweiterung insgesamt äußerst positiv gegenüber und unterstützt die beitriftswilligen Staaten aktiv in ihren Bemühungen um Aufnahme.

Eine Fortsetzung des Erweiterungsprozesses liegt im polnischen Interesse, da das Land intensive Wirtschaftsbeziehungen nach Ost- und Südosteuropa pflegt und sich daher wirtschaftliche Vorteile von einer Aufnahme dieser Länder in die EU erhofft. Außerdem verspricht man sich eine Verbesserung der Sicherheit und Stabilität. Ein wachsender Einfluss Russlands auf dem Balkan wird von Polen als Bedrohung wahrgenommen.

In Polen gab es in den letzten Jahren für linke Ideen kaum Platz. Die Szene beherrschten die nationalautoritäre PiS-Partei und die wirtschaftsliberale, aber konservative Bürgerplattform von Donald Tusk. Das Gegenkonzept Ihrer neuen Partei **Wiosna** (deutsch: Frühling) lautet: Kultur für alle, ohne finanzielle, materielle Barrieren. Theater und Kinos sollten weniger kommerziellen Zwängen ausgesetzt sein und staatlich stärker gefördert werden. Freier Eintritt für Museen, wenigstens an einigen Tagen. Sie wollen den Einfluss der Kirche auf den Staat zurückdrängen und finden damit auch unter gläubigen Katholiken Gehör. Gründer der Partei ist Robert Biedroń, bis vor kurzem noch Bürgermeister der Ostseestadt Słupsk, zudem Atheist und offen homosexuell.

Am 3. Februar 2019 gründete sich die Wiosna in Warschau. Grundgedanken der Partei sind die Themengebiete Frauenrechte, Gleichberechtigung, Rechte von Menschen mit Behinderung, Bildung, Öffentlicher Nahverkehr, ein besseres Gesundheitssystem und Rechtsstaatlichkeit. Gefordert wird eine Grundrente, eine Erhöhung des Mindestlohnes, höhere Löhne für Lehrerinnen und Lehrer, freier Zugang zum Internet im gesamten Land und eine Erhöhung des Kindergeldes. Außerdem betonte der Vorsitzende Robert Biedroń die Wichtigkeit des Umweltschutzes, besonders die Reduzierung der Luftverschmutzung.

In der Außenpolitik spricht sich die Partei für ein Gleichgewicht in den Beziehungen zu den europäischen Partnern und den Vereinigten Staaten aus. Sie gilt als europafreundlich und bestärkt die Einhaltung aller europäischen Richtlinien.

Bei den Europawahlen 2019 konnte Ihre Partei als dritte Kraft in Polen ins Europaparlament einziehen. Insgesamt kam man auf 6 Prozent, wobei die Partei überwiegend junge, städtische Wählerinnen und Wähler für sich gewann. Die Wiosna stellt 3 der 51 polnischen Abgeordneten in der Fraktion S&D.

2. Ihre Partei und die europäische Erweiterung

Die Wiosna sieht die Erweiterung der EU als Chance zu einer Überwindung der Spaltung Europas, des Nationalismus und der Trennung zwischen einem reichen und einem armen Europa, wenn sie unter voller Beachtung der Demokratie, der Menschenrechte und der sozialen Grundrechte erfolgt. Die Erweiterung darf nicht für nationa-

listische Polemik missbraucht werden! Sie kann gelingen, wenn sie ein soziales Projekt ist, und wenn sie auf einem ökologischen Fundament steht. Ihrer Ansicht nach gründet sich die Einheit Europas nicht auf Kriterien wie Religion und ethnische Herkunft, sondern einzig und allein auf Demokratie und Wahrung der Menschenrechte.

Die Wiosna ist bei aller Befürwortung des Erweiterungsprozesses ein Verfechter der sehr strengen Anwendung der Kopenhagener Kriterien als Bedingung für einen Beitritt. Sie sollen der Maßstab dafür sein, ob ein Land beitriffähig ist oder nicht. Für Sie ist in diesem Zusammenhang die Wahrung von Sozial- und Umweltstandards in den Beitrittsstaaten von großer Bedeutung. Gerade weil Polen sich beim Thema Rechtsstaatlichkeit in einer Abwärtsspirale befindet, müssen politische Transparenz und demokratische Werte Grundsatz jeder Erweiterung sein.

3. Taktik

Als Vertreterin/Vertreter der Wiosna unterstützen Sie im Allgemeinen die Aufnahme weiterer Mitglieder in die EU. Auch mit Blick auf die Sorgen der inzwischen EU-kritischen Bevölkerung Polens, knüpfen Sie Ihre Zustimmung jedoch an bestimmte Bedingungen. Oberstes Gebot ist für Sie dabei, dass die Beitrittskandidaten die Kopenhagener Kriterien erfüllen und besonders die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards garantieren. Ebenso muss für Sie garantiert sein, dass Transparenz und demokratische Legitimation des europäischen Entscheidungsgefüges nach der Erweiterung erhalten und weiter gestärkt werden. Schließlich verlangen Sie im Kreise der gegenwärtigen Mitgliedstaaten, die Kosten für die Erweiterung vertraglich zu begrenzen.

Die Fortsetzung des Erweiterungsprozesses der Europäischen Union wird als elementar wichtig angesehen, sowohl für die beitriffwilligen Staaten, als auch für die EU selbst. Für Erstere bedeutet die Aussicht auf einen EU-Beitritt eine hohe Motivation, den Prozess der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Reformen fortzusetzen. Aus eigener Erfahrung wissen Sie, wie wichtig der Anreiz einer EU-Mitgliedschaft für die Modernisierung und Demokratisierung des politischen Systems in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion ist. Die EU hat ihrerseits nicht nur die Verantwortung, diese positiven Entwicklungen weiter zu unterstützen, sondern sie zieht in den Augen Ihrer Partei aus einer Fortsetzung der Erweiterung auch zahlreiche eigene Vorteile. Die Stabilisierung und Demokratisierung der gesamten Region liegt im ureigenen Interesse der EU, die es sich zum Ziel gesetzt hat, den gesamten Kontinent zu einem Raum des Friedens und der Demokratie zu machen.

Die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der **Türkei** knüpfen Sie an die Einhaltung von Religionsfreiheit, Minderheitenschutz und der Achtung des Rechtsstaats. In diesen Punkten steht die Türkei noch vor viel Arbeit. Sie drängen die Türkei, die Defizite möglichst schnell zu beheben. Religion und Kultur zählen nicht als Argumente gegen einen Türkeibeitritt, da die EU eine Wertegemeinschaft und keine Religionsgemeinschaft ist, die gerade von ihrer vertraglich gesicherten kulturellen Vielfalt lebt. Vergessen Sie aber nicht, dass in Ihrer Wählerschaft gemischte Gefühle gerade mit Blick auf mögliche Migrationsbewegungen nach einem Türkeibeitritt vorherrschen und dass die Türkeifrage in der politischen Landschaft Europas heiß umstritten ist. Treten Sie also nicht zu offensiv auf, um nicht frühzeitig isoliert zu werden.

Für alle anderen beitriffwilligen Länder aus dem **Westbalkan** plädieren Sie für eine schnelle Aufnahme. Kritikerinnen und Kritikern halten Sie vehement entgegen, dass es immer das Ziel der europäischen Einigung war, den gesamten Kontinent in das Projekt einzubinden. Mit Blick auf Ihre eigene noch junge Erfahrung mit dem Beitrittsprozess und den damit verbundenen Reformfolgen ist es für Sie selbstverständlich, dass andere Länder die gleiche Chance erhalten sollen, diese Entwicklung zu durchlaufen. Eine Abschottung der EU gegenüber beitriffwilligen Staaten würde Ihrer Meinung nach zu einem erheblichen Rückschlag für die Reformbemühungen in diesen Ländern führen, was wiederum eine destabilisierende Wirkung für die Region bedeuten würde.

Die Abgeordnete/der Abgeordnete der S&D im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Litauen (Lietuvos socialdemokratų partija, LSDP)



1. Zu Ihrer Rolle

Die parlamentarische Demokratie Litauen wurde bereits 1918 gegründet, erlangte jedoch erst 1990 nach 50 Jahren Fremdherrschaft wieder seine Unabhängigkeit. Die Mehrheit der Bevölkerung sieht in der Mitgliedschaft des Landes in EU und NATO die einzige wirkliche Garantie für den Erhalt der Unabhängigkeit. Litauen grenzt an Polen, Lettland, Belarus und die russische Enklave Königsberg. 25 Kilometer nördlich von Vilnius, in dem Dorf Bernotai, liegt den Kartografen zufolge, der geographische Mittelpunkt des europäischen Kontinents. Während des Zweiten Weltkrieges wurden Estland, Lettland und Litauen kurz nacheinander zunächst von der Sowjetunion besetzt und annektiert, 1941 durch die deutsche Wehrmacht erobert, um 1944 erneut an die Sowjetunion zu fallen. Während der deutschen Besetzung wurden massenhaft Jüdinnen und Juden ermordet, unter sowjetischer Herrschaft wurden große Bevölkerungsteile nach Sibirien deportiert oder flohen nach Westen. In allen drei Staaten, am stärksten jedoch in Litauen, leisteten noch bis in die 1950er Jahre die sogenannten Waldbrüder bewaffneten Widerstand gegen die sowjetische Besatzung. Bis heute ist die Erinnerung an den Anschluss an die Sowjetunion in den drei Ländern sehr lebendig und prägt die Beziehungen zum großen Nachbarn Russland.

Die sozialdemokratische Partei LSDP aus Litauen, entstand 2001 durch die Fusion der LDDP (*dt. Demokratische Arbeitspartei Litauens*) mit der kleineren LSDP (*dt. Litauische Sozialdemokratische Partei*). Litauen hatte sich zuvor als ehemalige Sowjetrepublik 1991 unabhängig erklärt. Daraufhin folgte 1992 die Verfassungen, welche Litauen als eine parlamentarische Republik konstituierte. Im Jahre 2004 ist Litauen mit neun anderen Mittel- und Osteuropäischen Staaten der Europäischen Union beigetreten. Die LSDP fordert radikale Veränderungen in Europa. Vor allem faire soziale Bedingungen und eine nachhaltige Lebensweise für die jetzigen und kommenden Generationen werden von der LSDP unter Prioritäten genannt. Daher wünscht man sich einen solidarischen Pakt innerhalb Europas, der diese Ziele möglich machen kann. Die LSDP ist wie die anderen Parteien in der S&D Fraktion ein Befürworter der Europäischen Union und einer gemeinsamen europäischen Politik. Die LSDP stellt nach den Europawahlen 2019 2 von 146 Abgeordnete innerhalb der S&D Fraktion.

2. Ihre Partei und die Europäische Erweiterung

Die LSDP ist bei aller Befürwortung des Erweiterungsprozesses ein Verfechter für den Beitritt neuer Mitgliedstaaten. Dabei sollten natürlich die Kopenhagener Kriterien beachtet werden. Sie sollen der Maßstab dafür sein, ob ein Land beitriffähig ist oder nicht. Für Litauen ist in diesem Zusammenhang die Wahrung von Sozial- und Umweltstandards in den Beitrittsstaaten von großer Bedeutung. Die LSDP möchte außenpolitisch höhere Bedeutung für Litauen erlangen und strebt daher eine enge Zusammenarbeit mit anderen Staaten an, solange deren Politik sich mit den sozialen und ökologischen Zielen der LSDP decken.

Der Grundgedanke dieser Politik der Offenheit gegenüber beitriffwilligen Staaten stützt sich auf die Überzeugung, dass die demokratische Transformation dieser Länder die Grundlage für Stabilität und Erfolg in Europa ist, jetzt und in der Zukunft. Für Litauen überwiegen die Vorteile auch künftiger Erweiterungen für beide Seiten deutlich: Für die Bewerberländer bedeuten sie eine Hinwendung zu Sicherheit, Stabilität und Wachstum nach einer Zeit der Konflikte und der Unfreiheit. Für die EU bringen Erweiterungen eine Vervielfachung des EU-Handels, ein beschleunigtes Wirtschaftswachstum und die Fortsetzung einer historisch und kulturell bestehenden Einheit Europas. Die LSDP weist dabei deutlich darauf hin, dass jede Erweiterung bisher nicht nur ein Plus an regionaler Stabilität und bei der Stärkung des Einflusses als globaler Akteur gebracht hat, sondern auch ein Katalysator für institutionellen Fortschritt innerhalb der EU war. In diesem Sinne plädiert die litauische LSDP dafür, sich keinem Beitritts-gesuch von vornherein zu verschließen, sondern immer offen zu sein für zukünftige Entwicklungen.

3. Taktik

Als Vertreterin/Vertreter der Lietuvos socialdemokratų partija (LSDP) unterstützen Sie im Allgemeinen die Aufnahme weiterer Mitglieder in die EU. Oberstes Gebot ist für Sie dabei, dass die Beitrittskandidaten die Kopenhagener Kriterien erfüllen und besonders die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards garantieren. Ebenso muss für Sie garantiert sein, dass Transparenz und demokratische Legitimation des europäischen Entscheidungsgefüges nach der Erweiterung erhalten und weiter gestärkt werden. Schließlich verlangen Sie im Kreise der gegenwärtigen Mitgliedstaaten, die Kosten für die Erweiterung vertraglich zu begrenzen und die kostenintensive europäische Agrarpolitik vor der Aufnahme neuer, stark landwirtschaftlich geprägter Länder zu reformieren und für Marktkräfte zu öffnen.

Auch mit Blick auf den **Westbalkan** sehen Sie einen deutlichen Zusammenhang zwischen europäischer Perspektive und einer Beschleunigung des Stabilisierungs- und Reformprozesses. Sie plädieren dafür, parallel zu den Aktivitäten zur Stabilisierung der Region auch deren Integration in westliche Strukturen vorzubereiten. Dies muss nicht zwingend durch einen Beitritt zur EU geschehen, sondern kann auch die Form von speziellen Partnerschaften annehmen.

Für die beitriftswilligen Länder aus dem **Westbalkan** plädieren Sie für eine schnelle Aufnahme. Kritikerinnen und Kritikern halten Sie vehement entgegen, dass es immer das Ziel der europäischen Einigung war, den gesamten Kontinent in das Projekt einzubinden. Mit Blick auf Ihre eigene noch junge Erfahrung mit dem Beitrittsprozess und den damit verbundenen Reformfolgen ist es für Sie selbstverständlich, dass andere Länder die gleiche Chance erhalten sollen, diese Entwicklung zu durchlaufen. Eine Abschottung der EU gegenüber beitriftswilligen Staaten würde Ihrer Meinung nach zu einem erheblichen Rückschlag für die Reformbemühungen in diesen Ländern führen, was wiederum eine destabilisierende Wirkung für die Region bedeuten würde.

Die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der **Türkei** knüpfen Sie an die Einhaltung von Religionsfreiheit, Minderheitenschutz und der Achtung des Rechtsstaats. In diesen Punkten steht die Türkei noch vor viel Arbeit. Sie drängen die Türkei, die Defizite möglichst schnell zu beheben. Religion und Kultur zählen nicht als Argumente gegen einen Türkeibeitritt, da die EU eine Wertegemeinschaft und keine Religionsgemeinschaft ist, die gerade von ihrer vertraglich gesicherten kulturellen Vielfalt lebt.

Die Renew-Europe Fraktion ist ein Zusammenschluss von liberalen und zentristischen Parteien. Sie ist die Nachfolgerin der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (Renew Europe). Die liberale Fraktion hat ihre Wurzeln in der liberalen Tradition der Aufklärung und sieht sich als politische Kraft des ökonomischen Liberalismus im Europäischen Parlament. Insgesamt umfasst die Renew-Fraktion 98 Mitglieder und ist somit drittstärkste Gruppe des Parlaments (Stand: 27.05.2020).

Die Erweiterung der Europäischen Union wird von den Liberalen als eine moralische Verpflichtung und als politische Notwendigkeit unterstützt, gleichzeitig aber auch als eine ökonomische Notwendigkeit gesehen. So fordern sie, dass alle beitrittswilligen Staaten am Beitrittsprozess beteiligt werden, von denen die fest definierten Kopenhagener Kriterien erfüllt werden.

Auf eine Initiative der Parteien der Renew-Fraktion geht eine Reform des Beitrittsprozesses zurück. Eine entscheidende Veränderung ist, dass die bisher 35 Verhandlungskapitel in sechs Themenbereiche, sogenannte Cluster, etwa zu Wettbewerbsfähigkeit oder Menschenrechten, zusammengefasst werden. Die Verhandlungen sollen jeweils zu den gesamten Bereichen geführt werden. So soll mehr Dynamik in die Verhandlungen kommen.

Lässt der Reformeifer eines Beitrittskandidaten nach oder entwickelt sich ein Beitrittskandidat gar in die entgegengesetzte Richtung, soll es die Möglichkeit geben, die Verhandlungen zu verlangsamen, auszusetzen oder ganz abubrechen. Auch EU-Fördermittel und andere Formen der Unterstützung könnten gekürzt werden. Um in der Bevölkerung der Beitrittskandidaten eine höhere Akzeptanz zu schaffen, sollen nur die positiven Auswirkungen von Reformen stärker herausgestrichen werden. Dazu könnte eine schrittweise Beteiligung der Beitrittskandidaten an einzelnen EU-Politikbereichen oder EU-Programmen gehören. Generell sollen die Mitgliedstaaten an der Überprüfung der Beitrittskandidaten stärker beteiligt werden. So sollten die Kommission und Vertreter der 27 Mitglieder künftig gemeinsam in die Beitrittsländer reisen, um die Ergebnisse von Reformen zu überprüfen.

Für alle westlichen Balkanländer fordert die Renew-Fraktion eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union, um so einen Rückfall dieser Länder in Gewalt und Chaos zu verhindern. Die Renew-Fraktion setzt sich daher für eine gemeinsame Strategie der Union zur Unterstützung der regionalen Kooperation der südosteuropäischen Staaten untereinander ein, um so die Stabilität vor Ort auszubauen, eine demokratische und marktorientierte Entwicklung zu stärken und langfristig eine Beitrittsperspektive zu eröffnen. Dabei setzt sie unter anderem auf eine effizientere finanzielle Hilfe und die Errichtung pluralistischer Medien. Der demokratische Reformprozess in der Türkei soll unterstützt werden, indem dem Land die Mitgliedschaft in der EU in Aussicht gestellt wird.

Ihre Aufgabe als Mitglied der Renew-Fraktion:

Zur Verfolgung Ihrer Interessen benötigen Sie die Unterstützung anderer politischer Gruppen, wobei Sie sich bewusst sein müssen, dass besonders die Europäische Volkspartei (EVP) und die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas (S&D) wichtige Rollen im EP spielen und Ihre Initiativen im Zweifelsfall auch blockieren können, wenn sie andere, kleinere „Koalitionspartner“ finden.

So liegt es an Ihnen, den richtigen Mittelweg zu finden. Denn einerseits müssen Sie einen Kompromiss suchen – was zur Aufgabe Ihres politischen Profils führen kann –, andererseits kann das Festhalten an den eigenen Positionen zu einer Schmälerung des Einflusses des EP führen, wenn Sie sich mit Ihren Kollegen nicht einigen können.

In jeder Fraktion gibt es spezielle Experten für bestimmte Politikbereiche. Sie gehören dem „Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten“ an. Sie arbeiten hauptsächlich an Fragen der zukünftigen Gestaltung einer sich wandelnden und erweiternden Europäischen Union. Es liegt an Ihnen, die Chancen und Risiken der Erweiterung zu

verstehen und gegeneinander abzuwägen. Ihre Aufgabe ist es, sich mit den anderen Mitgliedern ihrer Fraktion über eine gemeinsame Position gegenüber der Erweiterungsfrage zu verständigen. Weiterhin werden Sie sich auf die Suche nach Verbündeten in den anderen Fraktionen begeben, mögliche Koalitionen finden und die Thematik im Parlament kontrovers diskutieren, um den politischen Gegner von der eigenen politischen Auffassung zu überzeugen. Aber denken Sie immer daran: Es ist nutzlos, nur zu reden, ohne zuzuhören. Um die Arbeit des EP effektiv zu gestalten, müssen Sie an einem Kompromiss arbeiten, damit Sie auch solchen Vorschlägen des Rates der Union erfolgreich entgegentreten können, die möglicherweise nicht auf der Linie des EP liegen.



1. Zu Ihrer Rolle

Die Volkspartij voor Vrijheid en Democratie (deutsch: Volkspartei für Freiheit und Demokratie) ist eine niederländische konservativ-liberale Partei. In den Niederlanden ist sie seit 2010 (Stand: 30.05.2020) die stärkste Partei und stellt den Ministerpräsidenten. Die VVD ist im Bereich der Wirtschaftspolitik als marktliberal und innenpolitisch als nationalliberal bis konservativ anzusehen. Die Partei ist ein Vertreter des klassischen Liberalismus und betont die Verantwortung des einzelnen Menschen. Demnach sieht sie den Ausbau des Sozialstaates als kritisch an.

In der Europapolitik fordert die VVD die Reform der Landwirtschaft und die Orientierung am Markt und am Wettbewerb. Sie macht sich stark für ein Europa der Regionen und der Deregulierung. Die Zentrale in Brüssel sollte nur über das entscheiden, was nicht auf nationaler oder regionaler Ebene entschieden werden kann, z.B. eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.

Die Niederlande gehört zu den sechs Gründungsmitgliedern der Europäischen Gemeinschaft und hat immer eine sehr integrationsfreundliche Politik betrieben. Die Niederlande pflegt ihrer geographischen Lage und ihrer Größe wegen, eine intensive Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten und hat somit ein großes Interesse an einem funktionsfähigen Binnenmarkt, denn 75 Prozent der Exportprodukte werden in diesem Markt ausgeführt.

Die Niederlande unterstützt eine erneute Erweiterung der EU um eine begrenzte Anzahl von Staaten unter bestimmten Bedingungen. Prinzipiell wird die Aufnahme neuer Mitglieder befürwortet, weil dadurch ein Stabilitätswachstum in Europa gewonnen wird und gleichzeitig wirtschaftliche Vorteile besonders für die exportorientierten niederländischen Unternehmen entstehen. Allerdings sprechen sich die Niederlande aus mehreren Gründen für ein langsames Tempo der nächsten Erweiterungsschritte aus.

Aktuelle Probleme des Landes mit der Integration von Einwanderern und den daraus resultierenden Ängsten und ausländerkritischen Tendenzen in der niederländischen Gesellschaft müssen von der Regierung ernst genommen werden. Um die Ängste nicht weiter zu schüren, fährt die Regierung den Kurs, neue Beitritte nur nach Festlegung von bestimmten Sicherheitsklauseln und Übergangsfristen, insbesondere im Bereich der Personenfreizügigkeit, zu befürworten. Das bedeutet, dass es für eine Übergangsfrist von mehreren Jahren für die Menschen aus den beitriftwilligen Ländern nicht möglich ist eine dauerhafte Aufenthalts- oder Arbeitserlaubnis in einem Mitgliedsstaat zu bekommen.

Eine weitere Maßnahme zum Schutz einer handlungsfähigen EU besteht in der strikten Anwendung der aufgestellten politischen wie wirtschaftlichen Kriterien auf die einzelnen Beitrittskandidaten. So soll garantiert werden, dass durch die Erweiterung weder der Binnenmarkt noch andere europäische Politikbereiche (wie z.B. der Umweltschutz) verwässert werden. Die neuen Länder müssen diese Politikbereiche unterstützen und mit fördern, nicht untergraben.

2. Ihre Partei und die Europäische Erweiterung

Sie sprechen sich, wie die Niederländer in einer großen Mehrheit, deutlich für die Integration weiterer Beitrittskandidaten aus, bedeutet die Erweiterung doch eine Ausweitung der europäischen Idee und der Sicherheit. Sie erhoffen sich von einer erneuten Erweiterung außerdem die Stärkung ihrer Handelsbeziehungen zu den jungen Staaten auf dem Balkan. Es ist jedoch sicherzustellen, dass eine Erweiterung nicht zu einer neuen Teilung Europas führt. Zudem darf die Ausweitung nicht zum Verlust an Effizienz und Entscheidungsvermögen in der EU führen.

Die derzeitigen EU-Politiken mit ihren hohen Standards (z.B. Umweltschutz, Binnenmarkt) dürfen nicht verwässert werden.

Die Partei betont die Notwendigkeit der strikten Anwendung der Kopenhagener Kriterien und die individuelle Prüfung ihrer Einhaltung in den einzelnen Kandidatenländern, insbesondere im Hinblick auf das Funktionieren der freien Marktwirtschaft und des Rechtsstaats. Hier sind die Probleme der **Türkei** besonders offensichtlich.

Die VVD muss, wie alle Parteien, die in letzter Zeit stark gestiegene Europaskepsis der niederländischen Bevölkerung berücksichtigen, die sich mit zahlreichen Ängsten bezüglich der Erweiterung verbindet. Die Niederländer fürchten zunehmend, in einer immer größer werdenden EU unterzugehen und an Einfluss zu verlieren. Dabei spielt auch die Angst vor massiven Einwanderungsströmen und einer „Überfremdung“ der Gesellschaft eine Rolle.

Die niederländischen Liberalen treten stark für das Selbstbestimmungsrecht der Völker ein und begrüßen deshalb die Unabhängigkeit **Kosovos**.

3. Taktik

Sie sind für eine erneute Erweiterung der Europäischen Union, da diese Ihrer Meinung nach mittel- und langfristig nur Vorteile sowohl für die Mitgliedstaaten als auch für die Beitrittskandidaten bringt und das europäische Modell von Stabilität und Frieden weiter ausdehnen wird. Als Vorbedingung gilt für Sie die abgeschlossene Reform der europäischen Institutionen, der gemeinsamen Agrarpolitik sowie der Strukturprogramme.

Die vorangegangenen Erweiterungen haben gezeigt, dass noch nicht alle Staaten bereit für eine Mitgliedschaft waren. Deshalb pochen Sie auf die strikte Anwendung der Kopenhagener Kriterien bei der Prüfung der Beitritts-gesuche.

Ihrer Meinung nach müssen die beitrittswilligen Länder den gemeinschaftlichen Besitzstand übernehmen, weshalb ihnen eine lange Übergangszeit eingeräumt werden muss. Auch in den Fragen der Zuwanderung müssen lange Übergangsfristen festgelegt werden. Sie plädieren daher für gewisse Beschränkungen im Bereich der Freizügigkeit, bis die Migrationstendenzen nachlassen, um eine mögliche anfängliche Massenzuwanderung zu verhindern. Die Kontrollen an den Grenzen zu den neuen Mitgliedstaaten müssen für die erste Zeit beibehalten werden.

Erst wenn sichergestellt ist, dass es nicht zu übermäßigen Migrationsströmungen kommt und dass in den neuen Mitgliedstaaten die Mechanismen zur Bekämpfung organisierter Kriminalität und illegaler Zuwanderung funktionieren, können diese Kontrollen wegfallen. Mit diesen Maßnahmen wollen Sie auch Ihre kritischen Landsleute beruhigen und für eine erneute Erweiterung gewinnen.

Was die Türkei angeht, sind Sie klar der Meinung, dass eine Mitgliedschaft in der EU derzeit nicht zur Debatte steht. Die Aushöhlung des Rechtsstaates und auch die bisher ungelöste Zypernfrage nehmen allen Gesprächen darüber jeden Sinn.

1. Zu Ihrer Rolle

Frankreich war bereits Gründungsmitglied der Europäischen Gemeinschaften in den 1950-er Jahren. Es gründete zusammen mit 11 weiteren Staaten Westeuropas 1993 die Europäische Union. Frankreich hat auch den Euro als eines der ersten Länder eingeführt. Frankreich hatte bis in die 1960-er Jahre hinein eines der größten Kolonialreiche der Geschichte. Diese Geschichte wirkt in der Bevölkerungsstruktur wie im nationalen Selbstverständnis nach. Zusammen mit Deutschland hat Frankreich als bevölkerungsreiches und wirtschaftlich stärkeres Land ein großes Gewicht in Europa.

Frankreich betrachtet den Erweiterungsprozess als ein Symbol für das Ende der Teilung Europas. Die Durchsetzung der Werte des Friedens, der Demokratie und der Solidarität, die seit der Gründung der Gemeinschaft im Zentrum des europäischen Aufbaus stehen, ist ein wichtiger Bestandteil französischer Politik. Die Erweiterung der Europäischen Union ist eine Folge der geographischen und geschichtlichen Logik des Kontinents und gleichzeitig eine historische Herausforderung.

Der grundsätzlich erweiterungsfreundliche Kurs der französischen politischen Elite muss bei konkreten Entscheidungen der Regierung jedoch auch mit den ihm entgegenstehenden Einflussfaktoren abgewogen werden. Einer dieser Faktoren ist die Tatsache, dass die Position der Regierung in weiten Teilen der Bevölkerung nicht mitgetragen wird. Das „Nein“ der Französinen und Franzosen zur Europäischen Verfassung war zum großen Teil auch motiviert durch die Angst vor sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen.

„La République En Marche!“ ist eine liberale Partei Frankreichs, die im Vorfeld der erfolgreichen Kandidatur Emmanuel Macrons bei den Präsidentschaftswahlen 2017, als Bewegung 2016 gegründet wurde. Macron sieht seine Partei als Bewegung an, wodurch Mitglieder gleichzeitig in anderen republikanischen Parteien aktiv sein können. Zudem ist es im Unterschied zu anderen Parteien nicht notwendig, einen Mitgliedsbeitrag zu zahlen; eine Online-Registrierung reicht aus. LaREM ist als liberal und europäisch-integrationistisch einzuordnen. Die Partei sprach sich beispielsweise vor der Präsidentschaftswahl 2017 für die Gleichstellung von Männern und Frauen in der Arbeitswelt, für weitreichende Privatisierungen im öffentlichen Sektor sowie für Steuersenkungen aus. Ziel ist die Überwindung der Spaltung der politischen Landschaft Frankreichs in Rechts und Links.

Auf europäischer Ebene spricht sich die Partei für mehr Investitionen in den ökologischen Wandel, den Aufbau einer einheitlichen europäischen Asylpolitik sowie die Sicherung des Schengenraums aus. Des Weiteren ist die LaREM an einer tiefgreifenden europäischen Integration interessiert, welche auch eine europäische Armee beinhalten soll. Die Forderung Macrons, die EU weiter zu vertiefen und damit erfolgreich in die Zukunft zu bringen, findet zwar Zustimmung, aber nur wenige konkrete Resultate. Die LaREM stellt nach den Europawahlen 2019 mit 12 Abgeordneten die größte Gruppe in der Renew-Fraktion. Allerdings schaffte es die rechtspopulistische Partei ‚Rassemblement National‘ von Marine Le Pan mit 23,3 Prozent, einem knappen Vorsprung von 0,9 Prozentpunkten, den ersten Platz zu ergattern, wohingegen Macrons LaREM mit 22,4 Prozent auf den zweiten Platz kam.

2. Ihre Partei und die europäische Erweiterung

Im Hinblick auf die europäische Erweiterung sieht die Partei den Beitrittsprozess als reformbedürftig an. Nach Ansicht von Macrons Partei soll der Beitrittsprozess straffer gestaltet und die Mitgliedstaaten mehr Einfluss bekommen. So soll gewährleistet werden, dass sich die Geschwindigkeit des Beitrittsprozesses an den tatsächlichen Fortschritten des beitriftswilligen Landes orientiert und bei Rückschritten oder Stagnation dies besser von Seiten

der EU sanktioniert werden kann. Bei allem Reformwillen ist aber wichtig zu betonen, dass die Kopenhagener Kriterien bestehen bleiben sollen.

Im Hinblick auf die beitrittswilligen Länder bedeutet das, dass LaREM einer Europäischen Erweiterung erst zustimmt, sobald das Beitrittsverfahren reformiert wird. Zuvor lehnt die Partei eine EU-Erweiterung aus zuvor benannten Gründen ab. Mit dieser Forderung hatte Frankreich den Beitrittsprozess Ende 2019 im Rat sogar blockiert. Die Reformvorschläge wurden nun jedoch von der Kommission ausgearbeitet und werden von anderen Ländern und Parteien insgesamt positiv gewertet, solange sich der Beitrittsprozess nicht verzögert.

3. Taktik

Sie sind für eine erneute Erweiterung der Europäischen Union, da diese Ihrer Meinung nach mittel- und langfristig nur Vorteile sowohl für die Mitgliedstaaten als auch für die Beitrittskandidaten bringt und das europäische Modell von Stabilität und Frieden weiter ausdehnen wird. Als Vorbedingung fordern Sie die Reform des Beitrittsverfahrens.

Die vorangegangenen Erweiterungen haben gezeigt, dass noch nicht alle Staaten bereit für eine Mitgliedschaft waren. Deshalb pochen Sie auf die strikte Anwendung der Kopenhagener Kriterien bei der Prüfung der Beitrittsanträge.

Ihrer Meinung nach müssen die beitrittswilligen Länder den gemeinschaftlichen Besitzstand übernehmen, weshalb ihnen eine lange Übergangszeit eingeräumt werden muss. Auch in den Fragen der Zuwanderung müssen lange Übergangsfristen festgelegt werden. Sie plädieren daher für gewisse Beschränkungen im Bereich der Freizügigkeit, bis die Migrationstendenzen nachlassen, um eine mögliche anfängliche Massenzuwanderung zu verhindern. Die Kontrollen an den Grenzen zu den neuen Mitgliedstaaten müssen für die erste Zeit beibehalten werden.

1. Zu Ihrer Rolle

Die Freie Demokratische Partei ist eine liberale Partei in Deutschland, die im politischen Spektrum im Bereich Mitte bis Mitte-rechts verortet wird. Der Grundgedanke der Partei ist der Liberalismus, womit die Freiheit des Einzelnen im Vordergrund steht. Weiterhin liegt ein Schwerpunkt der Partei auf einer liberalen Wirtschaftspolitik.

Deutschland ist eines der sechs Gründungsmitglieder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und hat seit den Anfängen der europäischen Einigung eine sehr integrationsfreundliche Politik betrieben.

Die erneute Aufnahme südosteuropäischer Staaten unterstützt Deutschland aus verschiedenen Gründen. So hat es zum Beispiel ein massives sicherheitspolitisches Interesse an einer wirtschaftlichen und politischen Stabilisierung dieser Staaten. Zugleich ist Deutschland allerdings auch am stärksten mit den sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen konfrontiert, die sich aus einer erneuten Erweiterung ergeben, wie z.B. der Ost-West-Migration und der Einwanderung von so genannten „Billiglohn-Arbeitskräften“. Die europäische Erweiterung um die Länder des Balkans und der Türkei werden aus deutscher Sicht grundsätzlich bejaht, wenngleich insbesondere der Beitritt der Türkei kontrovers diskutiert wird. Die Bewerberstaaten müssen über stabile Institutionen verfügen, die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit garantieren, Korruption und organisierte Kriminalität bekämpfen und Menschenrechte wahren sowie den Schutz von Minderheiten gewährleisten. Zudem müssen diese eine funktionierende Marktwirtschaft besitzen, aber auch die Werte der EU achten und in der Lage sein, die Verpflichtungen, die mit einer EU-Mitgliedschaft einhergehen, zu übernehmen und zu erfüllen.

Die FDP war seit 1949 mehrmals als kleinerer Koalitionspartner jeweils neben CDU/CSU oder SPD, an der Regierung beteiligt. Nachdem sie nach ihrer Gründung 1948 durchgehend im Bundestag vertreten war, scheiterte Sie bei der Bundestagswahl 2013 an der 5-Prozent-Hürde und schied erstmals aus dem Bundestag aus. Mit einem neuen Präsidium unter dem Vorsitzenden Christian Lindner, schaffte die FDP 2017 mit 10,7 Prozent der Stimmen den Wiedereinzug. Nach langen Koalitionsverhandlungen mit CDU/CSU und den Grünen entschied man sich gegen eine Regierungsbeteiligung und für die Opposition.

Die FDP sieht sich selbst als „die Europapartei“ an. Sie setzt sich für eine integrierte Europäische Union ein. Demnach misst die FDP einer Vertiefung der Europäischen Union eine höhere Wichtigkeit bei als einer EU-Erweiterung. Besondere Schwerpunkte ihrer Europapolitik legt die FDP auf individuelle Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, soziale Marktwirtschaft und freien Handel. Damit Europa weiterhin ein wirtschaftliches Erfolgsmodell bleibt, setzt die Partei auf Leistungsorientierung, hohe Bildungsstandards und offene Märkte.

Die EU muss ihre Wettbewerbsfähigkeit im globalen Umfeld wieder neu erobern. Dazu soll der Binnenmarkt vollendet, der freie Wettbewerb gestärkt und marktwirtschaftliche Prinzipien mehr in den Vordergrund gerückt werden. Hierbei sieht die FDP eine wichtige Rolle bei den europäischen Institutionen. Auch in der Außenpolitik befürwortet die Partei eine europäische Lösung und plädiert für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die ihren Namen verdient.

2. Ihre Partei und die Europäische Erweiterung

Die FDP hat bereits die erste und zweite Osterweiterung aktiv vorangetrieben und setzt sich nun für die Vollendung der Integration der neuen Mitgliedstaaten ein, damit die Erweiterung auf keinen Fall auf Kosten einer weiteren Vertiefung geht. Sie pocht auf die strikte Einhaltung der Kopenhagener Kriterien, so dass ein Beitritt weiterer Länder erst nach der vollen Erfüllung dieser Kriterien erfolgen kann. Dann jedoch wird die Ausdehnung des

Binnenmarktes und die weitere Verbreitung von Stabilität und liberalen Prinzipien als äußerst positive Faktoren gesehen.

Bezüglich der **Türkei** setzt sich die FDP dafür ein, die Beziehungen auf eine neue Basis zu stellen. Gerade die Entwicklungen der letzten Jahre in Bezug auf Menschenrechte, Meinungs- und Pressefreiheit haben gezeigt, dass die Türkei zu keiner Annäherung an die Standards der EU in der Lage ist. Wie sich in mittlerer und ferner Zukunft die gegenseitigen Beziehungen der EU und der Türkei entwickeln können, bleibt deshalb offen. Dies gilt umso mehr, da die EU selbst und ihre institutionelle Struktur derzeit nicht auf einen Türkeibeitritt vorbereitet sind. Eine Vollmitgliedschaft steht für die FDP derzeit nicht zur Debatte und wird daher auch abgelehnt.

Mit Blick auf den Balkan befürwortet die FDP die Eröffnung einer mittel- bis langfristigen europäischen Perspektive als Voraussetzung für eine dauerhafte Befriedung und Stabilisierung Südosteuropas. **Montenegro** und **Nord-Mazedonien** stehen dabei besonders im Vordergrund der Bemühungen, da diese beiden Staaten ein enormes Reformtempo an den Tag legen und sich bei der Erreichung europäischer Standards große Mühe geben. Die Realisierung dieser Perspektive hängt jedoch von den Reformanstrengungen der betroffenen Länder ab, die damit in einem gewissen Maße das Tempo selbst vorgeben. Letztendlich hängt ein individueller Beitritt an der Erfüllung der genannten Kriterien, von der einige Staaten aus Sicht der FDP noch sehr weit entfernt sind.

Grundsätzlich setzt sich die Partei für eine umfassende und kohärente Nachbarschaftspolitik der EU ein. Sie möchte dem Eindruck einer „Festung Europa“ entgegenwirken und will durch die Schaffung eines Raumes gemeinsamer Werte auf der Basis freien Handels, wirtschaftlicher Integration und kultureller Beziehungen den Frieden, die Sicherheit und die Stabilität auf die Nachbarschaft der erweiterten Union ausdehnen.

3. Taktik

Sie stehen einer Erweiterung der EU grundsätzlich offen gegenüber, wobei Sie auf die Einhaltung bestimmter Grundsätze bedacht sind, allen voran die strikte Bewertung der Beitrittskandidaten anhand der Kopenhagener Kriterien, insbesondere der freien Marktwirtschaft und der Rechtsstaatlichkeit.

Als Befürworter der ersten Osterweiterungsrunde ist es Ihnen zunächst wichtig, dass die Integration der neuen Mitgliedstaaten schnell vollendet wird und, dass erneute Erweiterungsrunden nicht auf Kosten einer Fortführung der europäischen Integration gehen.

Bezüglich der Türkei versuchen Sie, die Nennung einer konkreten Beitrittsoption zu vermeiden und verweisen auf die weiter bestehenden Defizite des Landes in Bezug auf Menschenrechte, Rechte von Minderheiten und den Rechtsstaat. Als weiteres Argument führen Sie die unzureichende institutionelle und inhaltliche Vorbereitung der EU selbst auf die Aufnahme der Türkei an. Als Zukunftsoption können Sie die Möglichkeit eines Volkentscheids über den Beitritt der Türkei ins Gespräch bringen. Für Ihre Position bezüglich der Türkei sollten Sie Koalitionspartner - besonders in den Reihen der EVP - suchen, um im Parlament eine Mehrheit zu erlangen.

Mit Blick auf den Balkan verschließen Sie sich einer mittel- bis langfristigen Beitrittsperspektive nicht, da Sie in dieser Perspektive ein Mittel der politischen und sozialen Stabilisierung dieser Länder und ganz Europas sehen. Allerdings bestehen Sie auch hier auf der strikten Einhaltung der Beitrittskriterien und auf der Einzelfallprüfung der jeweiligen Kandidaten und lehnen eine überstürzte Aufnahme aus rein politischen Gründen ab. Stattdessen forcieren Sie zunächst einen Ausbau der bestehenden Nachbarschaftskonzepte als Angebot für Stabilität und eine Zusammenarbeit zwischen der EU und der Region, die letztendlich in einen EU-Beitritt münden können. Versuchen Sie, diese Position bei anderen Fraktionen und Abgeordneten populär zu machen.

Für die Länder Montenegro und Nord-Mazedonien fühlen Sie sich dagegen ein Stück weit in der Verantwortung, hier eine rasche Heranführung an die EU – vielleicht sogar einen Beitritt – zu ermöglichen.

Die Abgeordnete/der Abgeordnete der Renew im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Rumänien (niunea Salvați România, USR)



1. Zu Ihrer Rolle

Rumänien liegt am südosteuropäischen Rand der EU, mit östlicher Küste am Schwarzen Meer. Im Süden grenzt das Land an Bulgarien, im Westen an Serbien und Ungarn, sowie im Norden an die Ukraine und die Republik Moldau. Seit 2007 ist Rumänien Mitglied der EU und ist mit seinen ca. 19,9 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern das Land mit der siebtgrößten Bevölkerung.

Bis November 1989 wurde Rumänien vom kommunistischen Diktator Nicolae Ceaușescu regiert. Durch einen Volksaufstand wurde dieser gestürzt. Die ersten freien Wahlen zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung fanden im Mai 1990 statt, im Dezember 1991 wurde mit einer demokratischen Verfassung der Übergang vom sozialistischen Einparteiensystem hin zu einem relativ stabilen Mehrparteiensystem geschafft.

Rumänien hat sich mit seinem Reformprozess seit 1989 den westeuropäischen Staaten angenähert, sodass es 2004 der NATO und anschließend auch der EU beigetreten ist. Die rumänische Präsidentin/Der rumänische Präsident besitzt, ähnlich wie das Staatsoberhaupt Frankreichs, erheblichen Einfluss auf wesentliche Politikbereiche, insbesondere auf die Außenpolitik des Landes.

Rumänien hat eine stabilisierende Wirkung auf dem Balkan und stand der NATO im Kosovo-Konflikt zur Seite. Zu seinen Nachbarstaaten unterhält Rumänien gute Beziehungen, was sich in vielen von Rumänien unterstützten Kooperationsabkommen äußert, wie beispielsweise dem „Stabilitätspakt für Südosteuropa“. Außerdem bemüht es sich intensiv um den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wiederaufbau der Region, die durch die Balkankriege der Neunzigerjahre stark in Mitleidenschaft gezogen wurde.

Wegen der geostrategischen Position Rumäniens an der östlichen Grenze der EU mit Zugang zum Schwarzen Meer, spielt Ihr Land eine wichtige Rolle für die NATO als Pufferzone zu Russland, aber auch als schneller Zugang zum Mittleren Osten. Rumänien sieht sich Manipulationsversuchen seitens Russlands ausgesetzt, welches die Region destabilisiert. Ihr Land will sich deshalb in Zukunft stärker in eine europäische Verteidigungspolitik einbringen.

Rumänien ist wie Kroatien und Bulgarien noch kein Staat des Schengen-Raums, es gibt also Grenzkontrollen zwischen Ungarn und Rumänien.

Ihre Partei, die USR ist eine liberale Partei, welche einen starken Fokus auf die Wirtschaft und Korruptionsbekämpfung legt. Der USR ist es wichtig nicht in ein politisch linkes Spektrum sortiert zu werden. Sie möchte eher als eine progressive Kraft aus dem mittel-rechts Spektrum gelten. Die USR teilt auf vielen Ebenen die ideologischen Ansichten der Partei La République en Marche (LREM), welche ebenfalls Mitglied der Renew Europe Fraktion ist. Bei der Parlamentswahl 2016 wurde die USR mit 8,9 Prozent der Stimmen drittstärkste Kraft, weit hinter der PNL und PSD. Bei den Europawahlen 2019 konnte sich die USR 4 der 98 Plätze der Renew Europe Fraktion sichern. Damit belegt die USR 4 der 32 rumänischen Sitze im Europäischen Parlament. Die USR trat bei dieser Wahl mit einer gemeinsamen Liste mit der PLUS Partei von Dacian Cioloș an.

2. Ihre Partei und die europäische Erweiterung

Die USR steht bei Erweiterungen der EU für eine Politik der offenen Tür für Staaten mit ausreichendem Engagement und der Fähigkeit, die Kopenhagener Kriterien zu erfüllen. Mit der Erfüllung der Kriterien zeigen die Länder, dass Sie die Rolle eines Mitgliedstaates der EU übernehmen können. Neben dem Erreichen der europäischen

Standards, ist es wichtig, die Unterstützung der eigenen Bevölkerung für einen Beitritt zu haben. Erst wenn alle aktiv zugestimmt haben: die europäischen Institutionen, die Regierungen der Mitgliedstaaten und die Regierung des Beitrittskandidaten, kann ein neuer Mitgliedstaat aufgenommen werden. Der Erweiterungsprozess ist so organisiert, dass er für beide Parteien, die EU und den beitrittswilligen Ländern von Vorteil ist. Die Erweiterungsperspektive wirkt als ein Anreiz für Reformen, sichert aber auch ab, dass alle notwendigen Angleichungen vollzogen werden. Rumänien weiß selbst noch sehr genau, wie der Beitrittsprozess verläuft und hat noch immer mit Reformen zu kämpfen. Sie schauen besonders darauf, dass kein Land zu früh beitrifft, da man Ihnen und Bulgarien den Vorwurf macht, Sie wären nicht beitriftsreif gewesen.

Eines der Hauptprogramm Punkte der USR ist die Bekämpfung der Korruption. Auch in Rumänien ist die Korruption ein großes Problem. Daher wissen Sie um die Problematik und die Herausforderung, welche die Korruptionsbekämpfung mit sich bringt, bescheid. Ein großes Anliegen Ihrer Partei ist es, dass die beitriftswilligen Länder neben der Erfüllung der Kopenhagenern Kriterien auch die Bereitschaft zeigen, energisch gegen Korruption vorzugehen, da diese dem Wirtschaftswachstum des Landes im Wege steht.

3. Taktik

Sie sind für eine erneute Erweiterung der Europäischen Union, da diese Ihrer Meinung nach mittel- bis langfristig sowohl nur Vorteile für die Mitgliedstaaten als auch für die Beitrittskandidaten bringt und das europäische Modell von Stabilität und Frieden weiter ausdehnen wird.

Die vorangegangenen Erweiterungen haben gezeigt, dass noch nicht alle Staaten bereit für eine Mitgliedschaft waren. Deshalb pochen Sie auf die strikte Anwendung der Kopenhagener Kriterien bei der Prüfung der Beitritts-gesuche. Der Fokus dabei sollte Ihrer Meinung darauf liegen, dass die **Westbalkanstaaten** eine Rechtstaatlichkeit in ihren Ländern zu gewährleisten, welche auf einem europäischen Niveau verträglich ist. Deshalb sollte ihnen eine lange Übergangszeit eingeräumt werden. Außerdem ist Ihnen die Korruptionsbekämpfung ein großes Anliegen. Daher fordern Sie von den Beitrittskandidaten ein klares Vorgehen gegen Korruption in deren Ländern und sind für konkrete Vorschläge offen.

Im Hinblick auf die **Türkei** sollte ebenfalls ganz genau hingeschaut werden. Aktuell entfernt sich die Türkei unter Recep Tayyip Erdoğan immer mehr von demokratischen Grundwerten. Unter diesen Umständen kann es keine Beitrittsgespräche geben. Erst wenn Probleme in Rechtstaatlichkeitsfragen behoben werden und Beitrittsbemühungen seitens der Türkei erkennbar sind, können Gespräche und Verhandlungen geführt werden. Pochen Sie in diesem Punkt auf die demokratischen Grundwerte und Normen der EU, welche für Sie nicht verhandelbar sind!

1. Zu Ihrer Rolle

Die LMS (Liste Marjan Šarec) wurde 2014 von dem Namensgebenden Marjan Šarec gegründet. Šarec ist seit 2010 politisch aktiv und bekleidete bis 2014 ein Bürgermeisteramt, damals noch unter der linksliberal verorteten Partei Pozitivna Slovenija. Bei der Bürgermeisterwahl 2014 kandidierte Marjan Šarec dann bereits unter seiner Liste, der LMS. Der zuvor als Schauspieler tätige Politiker konnte auch diese Wahl für sich entscheiden. In den Wahlen 2018 schaffte die LMS den Einzug in die Staatsversammlung (Državni zbor), wo sie mit 13% die zweitstärkste Kraft, innerhalb eines sehr fragmentierten Parlaments, wurde. Am 17.08.2018 wurde Marjan Šarec dann zum Premierminister gewählt. In den Europawahlen 2019 konnte die LMS sich 2 von 8 slowenischen Mandaten sichern und stellt nun 2 von 98 Abgeordneten der Renew Europe Fraktion im Europäischen Parlament.

Am 27. Januar 2020 verkündete Ministerpräsident Marjan Šarec seinen Rücktritt und machte damit den Weg für die Bildung einer neuen Koalitionsregierung frei. Diese Regierung steht unter der Führung des bisherigen Oppositionsführers und ehemaligen Ministerpräsidenten Janez Janša (von der konservativen SDS). Damit hat Slowenien eine konservativ geführte Regierung, deren alter und zugleich neuer Ministerpräsident eine kollegiale Freundschaft zum rechtspopulistischen Ministerpräsidenten Ungarns pflegt.

Die LMS warb nicht zuletzt mit einem Slogan, dass die Zeit für einen Generationenwechsel in der Politik, gekommen ist. Auch wenn der im originalen in slowenischer Sprache geschriebene Slogan von der Formulierung her von der deutschen Übersetzung abweichen könnte, so kann man jedoch eine Abgrenzung zum Konservatismus und eine Zuwendung zu jüngeren Wählern erkennen. Die LMS versteht sich als liberale Partei, was auch ihre Fraktionszugehörigkeit zur Renew Europe Fraktion erklärt.

Marjan Šarec und die LMS setzen sich in ihrem Land für einen Bürokratieabbau in vielen Bereichen, wie zum Beispiel der Justiz oder Verwaltung, ein. Zudem wird eine Verbesserung des Gesundheits- und Rentensystem gefordert. Auch der Klimawandel soll durch verschiedene Maßnahmen, wie z.B. dem Ausbau von Kernkraftwerken, bekämpft werden. Die Partei tritt für die Legalisierung von Cannabis, sowie Abtreibungsrechte und einer Politik der Toleranz gegenüber Homosexuellen ein. Nicht zuletzt wird die Partei, auch durch die kritische Haltung zur Privatisierungen von systemrelevanten Infrastrukturen und Unternehmen, in ein linkes Spektrum verordnet.

Die Ausrichtung Sloweniens nach Westeuropa wurde seit der Unabhängigkeit im Jahr 1991 von allen maßgeblichen gesellschaftlichen Gruppierungen im Land unterstützt. Slowenien war bereits früh Mitglied verschiedener internationaler Organisationen, beispielsweise der UNO, dem Europarat, der Weltbank, der Alpen-Adria-Arbeitsgemeinschaft und der Zentraleuropäischen Initiative (einem Zusammenschluss verschiedener mitteleuropäischer Staaten). Ebenso ist Slowenien Mitglied der NATO.

2. Ihre Partei und die Europäische Erweiterung

Die LMS spricht sich deutlich für die Integration weiterer Beitrittskandidaten aus, bedeutet die Erweiterung doch eine Ausweitung der europäischen Idee und der Sicherheit. Sie pocht auf die strikte Einhaltung der Kopenhagener Kriterien, sodass ein Beitritt weiterer Länder erst nach der vollen Erfüllung dieser Kriterien erfolgen kann. Dann jedoch wird die Ausdehnung des Binnenmarktes und die weitere Verbreitung von Stabilität und liberalen Prinzipien als äußerst positive Faktoren gesehen.

Mit Blick auf den Westbalkan befürwortet die LMS die Eröffnung einer mittel- bis langfristigen europäischen Perspektive als Voraussetzung für eine dauerhafte Befriedung und Stabilisierung Südosteuropas. **Montenegro** und **Nord-Mazedonien** stehen dabei besonders im Vordergrund der Bemühungen, da diese beiden Staaten ein enormes Reformtempo an den Tag legen und sich bei der Erreichung europäischer Standards große Mühe geben.

Die Realisierung dieser Perspektive hängt jedoch von den Reformanstrengungen der betroffenen Länder ab, die damit in einem gewissen Maße das Tempo selbst vorgeben. Letztendlich hängt ein individueller Beitritt an der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien, von der einige Staaten aus Sicht der LMS noch entfernt sind, ab.

Grundsätzlich setzt sich die Partei für eine umfassende und kohärente Nachbarschaftspolitik der EU ein. Sie möchte dem Eindruck einer „Festung Europa“ entgegenwirken und will durch die Schaffung eines Raumes gemeinsamer Werte auf der Basis freien Handels, wirtschaftlicher Integration und kultureller Beziehungen den Frieden, die Sicherheit und die Stabilität auf die Nachbarschaft der erweiterten Union ausdehnen. Bei vielen Gelegenheiten hat sich Marjan Šarec offen gegen Isolationspolitik ausgesprochen und forderte bei der Generaldebatte der vierundsiebzigsten Sitzung der Vereinten Nationen, dass Europa nicht zurück in die Vergangenheit gleiten sollte.

3. Taktik

Sie sind für eine erneute Erweiterung der Europäischen Union, da diese Ihrer Meinung nach mittel- und langfristig nur Vorteile sowohl für die Mitgliedstaaten als auch für die Beitrittskandidaten bringt und das europäische Modell von Stabilität und Frieden weiter ausdehnen wird.

Die vorangegangenen Erweiterungen haben gezeigt, dass noch nicht alle Staaten bereit für eine Mitgliedschaft waren. Deshalb pochen Sie auf die strikte Anwendung der Kopenhagener Kriterien bei der Prüfung der Beitritts-gesuche. Ihrer Meinung nach müssen die beitriftswilligen Länder auch den gemeinschaftlichen Besitzstand übernehmen, weshalb ihnen eine lange Übergangszeit eingeräumt werden muss.

Auch in den Fragen der Zuwanderung müssen lange Übergangsfristen festgelegt werden. Sie plädieren daher für gewisse Beschränkungen im Bereich der Freizügigkeit, bis die Migrationstendenzen nachlassen, um eine mögliche anfängliche Massenzuwanderung zu verhindern. Erst wenn sichergestellt ist, dass es nicht zu übermäßigen Migrationsströmungen kommt und dass in den neuen Mitgliedstaaten die Mechanismen zur Bekämpfung organisierter Kriminalität und illegaler Zuwanderung funktionieren, können diese Kontrollen wegfallen. Mit diesen Maßnahmen wollen Sie auch Ihre kritischen Landsleute beruhigen und für eine erneute Erweiterung gewinnen.

Für die **Westbalkanstaaten** setzen Sie sich verstärkt ein, insbesondere für **Montenegro** und **Nord-Mazedonien**. Was die **Türkei** angeht, sind Sie klar der Meinung, dass eine Mitgliedschaft in der EU derzeit nicht zur Debatte steht. Die Aushöhlung des Rechtsstaates und auch die bisher ungelöste Zypernfrage nehmen allen Gesprächen darüber jeden Sinn.

Die Fraktion Identität und Demokratie (ID)



Identität und Demokratie (ID) wurde 2019 gegründet (die Vorgängerfraktion war die ENF) und ist eine Fraktion im Europäischen Parlament. Im politischen Spektrum ist sie weit rechts einzuordnen. Lange Zeit gab es nicht ausreichend genug Abgeordnete, um eine politisch weit rechtsstehende Fraktion im EP zu gründen. Im Jahr 2015 gab es erstmals genug Mitglieder für die Gründung einer Fraktion. *(Anmerkung: 25 MdEP sind notwendig für die Bildung einer Fraktion.)* Seit der Wahl zum EP im Jahr 2019 hat die Fraktion 76 Mitglieder (Stand: 27.05.2020) und ist damit die viertgrößte Fraktion. Im Vorfeld der Wahl hatten die Mitglieder der Fraktion die Hoffnung geäußert, mindestens 200 Mandate erreichen zu können.

Obwohl die Mitglieder der Fraktion mehreren nationalen Parteien angehören, ist ihr oberstes Ziel, die EU als Zusammenschluss mit eigenen Kompetenzen aufzulösen. Die Interessen der Mitglieder fokussieren sich in erster Linie um die eigene Nation, anstatt um gemeinsame Interessen aller Länder der EU. Die Fraktion will die Union an „Haupt und Gliedern reformieren“. Geht es nach der ID-Fraktion, sollte ein Großteil der politischen Macht der EU zurück an die Mitgliedstaaten gehen und „die Brüsseler Bürokraten“ sollten sich so wenig wie möglich einmischen. Zudem solle der Kontinent zur „Festung“ ausgebaut werden. Es müsse einen „machtvollen Schutz der Außengrenzen“ geben. Man sei sich außerdem einig, dass eine „Islamisierung“ drohe und diese innerhalb und außerhalb der EU bekämpft werden müsse.

Im Rahmen des Gründungstreffens der Fraktion wurde das Ziel einer „nationalistischen Internationalen“ formuliert. Man wolle der „Stachel im Fleisch der Eurokraten“ sein. Den Abgeordneten schwebt ein Europa der Vaterländer vor, in dem nationale, regionale und kulturelle Eigenheiten geachtet und verteidigt werden. Die Nationalstaaten dürften nicht den Interessen einer EU geopfert werden. Die Fraktion warnt vor einer „Erweiterungs-Orgie“ auf dem Balkan und will verhindern, dass weitere Milliarden in den Westbalkan „gepumpt“ werden. Die Nationalstaaten Europas haben dringendere und existenziellere Prioritäten als die Fragen, was mit dem Balkan geschehen soll. Die Fraktion definiert dabei die Staaten des Westbalkan als Hochrisiko-Länder. Die EU sei kein Samariterklub, der Krisenländer sanieren muss. Der sofortige Stopp aller Beitrittsverhandlungen für die Problemstaaten vom Balkan ist die dringende Aufforderung der ID-Fraktion.

Ihre Aufgabe als Mitglied der Fraktion:

Zur Verfolgung Ihrer Interessen benötigen Sie die Unterstützung anderer politischer Gruppen, wobei Sie bedenken sollten, dass besonders die Europäische Volkspartei und die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas eine wichtige Rolle im EP spielen und Ihre Initiativen im Zweifelsfall auch blockieren können, indem sie kleinere „Koalitionspartner“ finden.

So liegt es an Ihnen, den richtigen Mittelweg zu finden. Denn einerseits müssen Sie einen Kompromiss suchen – das kann jedoch zur teilweisen Aufgabe Ihres politischen Profils führen –, andererseits kann das Festhalten an den eigenen Positionen zu einer Schmälerung des Einflusses des EP führen, wenn Sie sich mit Ihren Kolleginnen und Kollegen nicht einigen können.

In jeder Fraktion gibt es spezielle Expertinnen und Experten für bestimmte Politikbereiche. Sie gehören dem „Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten“ an. Sie arbeiten hauptsächlich an Fragen der zukünftigen Gestaltung einer sich wandelnden und erweiternden Europäischen Union. Es liegt an Ihnen, die Chancen und Risiken der Erweiterung zu verstehen und gegeneinander abzuwägen. Ihre Aufgabe ist es, sich mit den anderen Mitgliedern Ihrer Fraktion über eine gemeinsame Position gegenüber der Erweiterungsfrage zu verständigen.

Die Abgeordnete/der Abgeordnete der ID im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Italien (LEGA)



1. Zu Ihrer Rolle

Die Lega (bis 2018 noch Lega Nord und mit vollem Namen *Lega Nord per l'indipendenza della Padania*, übersetzt: Liga Nord für die Unabhängigkeit Padaniens) ist eine nationalistische, rechtspopulistische Partei Italiens. Die Lega gründete sich zunächst als separatistische Partei des Nordens, der in Italien traditionell wirtschaftlich stärker ist. Die Hardliner der Partei sehen Norditalien u.a. kulturell überlegen und streben eine Abspaltung des Nordens vom Rest Italiens an. Die Partei ist gegen föderalistische Strukturen Ihres Landes und die Förderung des strukturell schwächer aufgestellten Südens.

Ab der Flüchtlingskrise 2015 änderte die Partei ihre regionalistischen Ansprüche und dehnte sich politisch langsam auf ganz Italien aus. Neben einer strikten Anti-Haltung gegenüber Migration aus Afrika oder islamischen Ländern, steht die Partei gesellschaftlich-ethischen Grundfragen sehr konservativ gegenüber. Die Antimigrationspropaganda zahlte sich aus: die Partei konnte bei den nationalen Parlamentswahlen ihr bislang bestes Wahlergebnis in Italien einfahren.

Italien ist grundsätzlich immer wieder geprägt von häufigen Regierungswechseln aufgrund von instabilen Machtverhältnissen im Parlament aufgrund von wechselnden Mehrheiten. Nach einer Reihe von Kabinettswechseln ging nach den Wahlen 2018 eine Koalitionsregierung der linkspopulistischen Partei Movimento 5 Stelle sowie der Lega Nord unter dem parteilosen Ministerpräsidenten Giuseppe Conte hervor, die am 1. Juni 2018 ihre Regierungsgeschäfte antrat. Auch hier kam es wieder zu politischen Turbulenzen, nachdem die Lega Nord aus der Koalition ausschied, weil der Parteivorsitzende und Innenminister Matteo Salvini auf bessere Ergebnisse bei Neuwahlen spekuliert hatte. Conte konnte sein Kabinett im September 2019 jedoch umbilden. Er führt die italienische Politik damit wieder in die Mitte und agiert sehr viel aufgeschlossener gegenüber der EU.

Als Gründungsmitglied der Europäischen Union, des Europarats sowie der NATO verfolgt Italien traditionell eine multilateral ausgerichtete Politik. Zu den Schwerpunkten der Außenpolitik zählen unter anderem die Mittelmeerregion, der Westliche Balkan und der Nahe Osten. Unter den großen Staaten der Europäischen Union galt Italien lange Zeit als das am meisten europabegeisterte Land. Italien hatte seit Beginn der europäischen Einigung alle Maßnahmen unterstützt, die auf eine Vertiefung der Gemeinschaft abzielten. Deswegen wurden auch alle bisherigen Erweiterungen als positive Entwicklungen für die Europäische Union bewertet.

Die Lega stellt einen Gegenpol zu dieser positiven italienischen Einschätzung der EU dar. Die Partei steht der EU insofern kritisch gegenüber, als dass sie die Übertragung von Kompetenzen auf EU-Institutionen und einen daraus möglichen „europäischen Superstaat“ ablehnt. Die Lega strebt eher ein Europa der Regionen an, was eine Unabhängigkeit des Nordens wahrscheinlicher machen würde. Ein weiteres zentrales Thema ist die Austeritätspolitik im Nachgang der Finanzkrise. Diese Haltung verstärkte sich weiter mit der Übernahme des Parteivorsitzes durch Matteo Salvini.

Die Partei stellt seit 1989 Abgeordnete im Europäischen Parlament und verzeichnete bei der Wahl 2019 ihren bisher größten Wahlerfolg auf EU-Ebene. Mit ca. 34 Prozent wird sie stärkste Kraft in Italien und stellt mit 28 Abgeordneten die größte Gruppe in der ID-Fraktion.

2. Ihre Partei und die Europäische Erweiterung

Die Lega sieht sich als Stimme der Völker auf europäischer Ebene. Das heißt, sie vertritt lokale Autonomie und Identität, ein Europa der Regionen. Insgesamt steht die Lega aber einer weiteren Erweiterung sehr kritisch gegenüber. Vor allem, wenn die betreffenden Länder wirtschaftlich schwach sind und die kulturelle Identität von

den christlichen Werten abweicht. Daher lehnt die Lega einen Beitritt der **Türkei** strikt ab. Die Türkei wurde lange als strategischer Partner im Umgang mit Flüchtlingen und Migration insbesondere von Italien – wo viele Flüchtlinge ankamen – hervorgehoben. Die derzeitige Ausnutzung der Flüchtlinge in der Türkei als Druckmittel auf die EU, wird allerdings scharf verurteilt.

Aus Ihrer Sicht hat die Europäische Union die Beitritte aus den Jahren 2004, 2007 und 2013 wirtschaftlich noch nicht verkraftet.

Sie sehen eine große Gefahr für die Sicherheit im Land, wenn **Staaten des westlichen Balkans** beitreten, denn Kriminelle könnten so viel leichter ihr Unwesen treiben. Gerade wegen seiner geografischen Lage im Mittelmeer hätte eine Aufnahme der westlichen Balkanstaaten, als quasi östliche Nachbarn Italiens und teilweise Adriaanrainer, besondere Konsequenzen für Italien. Zu viele Menschen aus den neuen Mitgliedstaaten könnten versucht sein, ihren Wohnsitz nach Italien zu verlegen, um dort Bürgerinnen und Bürgern Italiens die Arbeitsplätze wegzunehmen oder mit ihren Kindern Plätze in Kindergärten oder Schulen belegen. Sie sind sowieso der Meinung, dass die Staaten weit davon entfernt sind, die Standards der Kriterien von Kopenhagen zu erfüllen.

3. Taktik

Als italienische/r Abgeordnete/r der Lega in der Fraktion Identität und Demokratie setzen Sie sich im EP gegen eine Erweiterung der EU ein.

Bei den zu behandelnden Themen im Ausschuss unterstreichen Sie stets Ihren Unabhängigkeitswillen und Ihre Abneigung gegen zu viel politische Macht bei den EU-Institutionen. Ein Beitritt christlich geprägter Balkanstaaten könnten Sie dulden. Ein Beitritt der Türkei kommt für Sie jedoch nicht in Frage.

Betonen Sie, dass Sie bereits jetzt Probleme mit Flüchtlingen haben, die von der EU unzureichend angegangen werden. Sie sind nicht bereit in Zukunft noch mehr ‚Flüchtlinge‘ aus neu aufgenommenen Mitgliedstaaten aufzunehmen, geschweige denn die finanziellen Mittel, die Italien erhält, mit anderen zu teilen.

Ihre Positionen vertreten Sie sehr offensiv und suchen Verbündete in anderen rechtspopulistischen Parteien, wie dem Rassemblement National aus Frankreich, der Alternative für Deutschland oder der Freiheitlichen Partei Österreichs.

1. Zu Ihrer Rolle

Frankreich gehört zu den Mitbegründern der europäischen Integration, wobei die Überwindung der langjährigen Feindschaft zum Nachbarn Deutschland und der Aufbau einer Vertrauensbeziehung zwischen den beiden Ländern immer zu den treibenden Kräften des europäischen Einigungsprozesses gehört haben. Frankreich betrachtet den Erweiterungsprozess als ein Symbol für das Ende der Teilung Europas. Die Durchsetzung der Werte des Friedens, der Demokratie und der Solidarität, die seit der Gründung der Gemeinschaft im Zentrum des europäischen Aufbaus stehen, ist ein wichtiger Bestandteil französischer Politik. Die Erweiterung der Europäischen Union ist eine Folge der geographischen und geschichtlichen Logik des Kontinents und gleichzeitig eine historische Herausforderung.

Das Rassemblement National (RN, deutsch: Nationale Sammlungsbewegung; bis Juni 2018: Front National, FN, deutsch: Nationale Front) ist eine weit am rechten Rand des politischen Spektrums angesiedelte Partei in Frankreich. Sie bedient sich einer rechtspopulistischen Stilistik und deutlich rechtsextremer Argumentationen. Die Partei definiert sich selbst als weder rechts noch links. Sie sieht sich als patriotisch und nationalistisch im Sinne eines Kampfes für ein von der EU unabhängiges Frankreich.

Im Vordergrund der Sammlungsbewegung *Rassemblement National* besteht der Erhalt der französischen Identität, Tradition und Souveränität. Ein zentrales Ziel der RN ist die *préférence nationale*, die nationalistisch organisierte Bevorzugung der Franzosen, gemäß dem Motto *Les Français d'abord* („Franzosen zuerst“). So sollen französische Staatsbürger bei der Arbeitsplatzsuche und bei Sozialleistungen gegenüber Nichtfranzosen (insbesondere gegenüber EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern) bessergestellt werden. Klassenwidersprüche sollen durch nationalsoziale (!) Lösungen überwunden werden.

Den anderen Parteien wirft das RN vor, dass sie durch die Einwanderung die französische nationale Marktwirtschaft zerstören und damit verantwortlich für die Arbeitslosigkeit seien. Eine der wichtigsten Forderungen der RN ist die Beschränkung der Einwanderung nach Frankreich, insbesondere der aus nichteuropäischen Ländern. Besonders die Einwanderung aus islamischen Ländern wird kritisch gesehen: Das RN warnt vor einer „Islamisierung“ des Landes. Illegale Einwanderer, in Frankreich als *sans-papiers* („ohne Papiere“) bezeichnet, sollen ausgewiesen werden. Die nachträgliche Legalisierung der *sans-papiers* soll ebenso verboten werden wie Organisationen, die sich für deren Legalisierung oder deren Bleiberecht einsetzen.

Das Asylrecht soll drastisch verschärft werden, um die Zahl der Asylbewerber und Asylberechtigten zu senken. Die Familienzusammenführung soll abgeschafft werden. Für den Bau weiterer Moscheen sollen strenge Regeln gelten, etwa keine (auch indirekte) Finanzierung durch den französischen Staat und keine Finanzierung aus dem Ausland. Die Europäische Union soll zu einem „Europa der Nationen“ umgestaltet werden, dass jedem Nationalstaat die Beibehaltung seiner nationalen Souveränität erlaubt. Das RN fordert einen sofortigen Austritt aus dem Schengener Abkommen oder eine Neuverhandlung, die Frankreich die Kontrolle seiner Staatsgrenzen ermöglicht. Das RN fordert außerdem den Austritt aus der Euro-Zone und den Austritt aus der NATO.

Ein Austritt aus der Europäischen Union wird nicht mehr angestrebt. Vielmehr möchte man mit den anderen Mitgliedern der ID-Fraktion die Europäischen Union nationalsozial umgestalten.

Nach der Parlamentswahl im Juni 2017 ist die Sammlungsbewegung mit acht Sitzen in der französischen Nationalversammlung vertreten.

2. Ihre Partei und die Europäische Erweiterung

Ihre Partei spricht sich eindeutig gegen den Beitritt neuer Staaten in die Europäische Union aus. Die Europäische Union hat aus Ihrer Sicht noch nicht die Beitritte aus den Jahren 2004, 2007 und 2013 wirtschaftlich verkraftet. Zu viel französisches Geld, das besser im Land eingesetzt werden könnte, fließt noch in die bedürftigen Staaten in den Osten.

Sie sehen eine große Gefahr für die Sicherheit im Land, wenn Staaten des westlichen Balkans beitreten, denn Kriminelle könnten so viel leichter in Frankreich ihr Unwesen treiben. Auch zu viele Menschen aus den neuen Mitgliedstaaten könnten versucht sein, Ihren Wohnsitz nach Frankreich zu verlegen, um dort Bürgerinnen und Bürgern Frankreichs die Arbeitsplätze wegzunehmen oder mit ihren Kindern Plätze in Kindergärten oder Schulen belegen. Ohnehin besteht die Gefahr, die neuen Einwanderinnen und Einwanderer sich auf Kosten der französischen Sozialkassen ein schönes Leben in Frankreich bereiten, ohne dass sie arbeiten gehen.

Sie sind sowieso der Meinung, dass die Staaten weit davon entfernt sind, die Standards der Kriterien von Kopenhagen zu erfüllen.

Einen Beitritt eines muslimischen Staates lehnen Sie kategorisch ab, dabei nennen sie die **Türkei** noch nicht einmal beim Namen.

3. Taktik

Sie sitzen als Vertreterin/Vertreter des RN in der Fraktion „Identität und Demokratie“. Sie brauchen die Unterstützung anderer politischer Gruppen, um Ihre Positionen als Positionen des Parlaments einbringen zu können. Versuchen Sie deshalb, die Unterstützung der anderen Parteien aus der Fraktion „Identität und Demokratie“ für Ihre Anliegen zu gewinnen.

Bei den zu behandelnden Themen im Ausschuss unterstreichen Sie stets Ihren nationalen Willen und Ihre Abneigung gegen die EU-Institutionen: Frankreich zuerst. Sie arbeiten intensiv daran aufzudecken, dass die beitriftswilligen Staaten weit davon entfernt sind, die Kriterien von Kopenhagen zu erfüllen.

Sie sprechen sich sehr deutlich und offen gegen einen Beitritt neuer Staaten zur EU aus, da diese Ihrer Überzeugung nach schon groß genug ist und die Handlungsfähigkeit der EU sprengen würde. Zudem würden sich durch einen möglichen Beitritt der Staaten des westlichen Balkans die Prioritäten zugunsten der südosteuropäischen Region verlagern.

Zuerst muss man sich um die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung kümmern und den Wohlstand der einfachen Menschen sichern.

Für Sie stehen außerdem Sicherheitsaspekte im Vordergrund, die durch eine Mitgliedschaft neuer Staaten in der EU gefährdet werden können. Jede weitere Vertiefung und Ausdehnung der Europäischen Union, die mit einem Beitritt weiterer Staaten verbunden sein könnte, lehnen Sie deutlich ab.

1. Zu Ihrer Rolle

Die EKRE entstand als Nachfolgepartei der Estnischen Volkunion (Eestimaa Rahvaliid). Mit ihrem politischen Niedergang ging die Volkunion, die seit 2011 nicht mehr im Parlament (Riigikogu) vertreten war, im März 2012 in der Estnischen Konservativen Volkspartei auf. Der Partei schloss sich die 2006 gegründete rechtskonservative Eesti Rahvuslik Liikumine (Estnische Nationale Bewegung) an. Beide Parteien bilden die EKRE.

Die unabhängige Republik Estland entstand nach dem Ersten Weltkrieg im Jahr 1918 und wurde von der internationalen Staatengemeinschaft von 1920, trotz Besetzungen durch die Sowjetunion (1940-1941, 1944-1991) und das nationalsozialistische Deutschland (1941-1944), kontinuierlich als Staat anerkannt. Als nördlichster der drei baltischen Staaten grenzt es im Süden an Lettland und im Osten an Russland. Mit einer Einwohnerzahl von ca. 1,3 Mio. Menschen zählt Estland zu den kleineren Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

Traditionell ist Estland eng mit der Kooperation der nordischen Länder im Ostseeraum verflochten und hat diese regionale Fokussierung auch mit in die EU gebracht. Im Rat der baltischen Staaten ist Estland seit längerem aktiv in die Zusammenarbeit dieser Ländergruppe eingebunden. Einen besonderen Schwerpunkt legt das Land in diesem Zusammenhang auf eine verstärkte Kooperation der EU mit dem Nachbarn Russland. Das Verhältnis der beiden Staaten ist aufgrund der sowjetischen Besetzung des Baltikums nicht immer einfach. Konflikte gibt es besonders bei andauernden Grenzverhandlungen und in der Frage über den Status russischer Militärpensionäre in Estland.

Nachdem die EKRE bei der Europawahl 2014 lediglich 4 Prozent der Stimmen erringen konnte, gelang ihr bei der Parlamentswahl im folgenden Jahr mit 8,1 Prozent der Einzug in das estnische Parlament. Mit 7 von 101 Abgeordneten stellt sie die kleinste der sechs Fraktionen im Parlament. Bei der darauffolgenden Parlamentswahl im März 2019 konnte die Partei ihr Wahlergebnis auf 17,8 Prozent steigern und ist dadurch nun mit 19 der 101 Sitze vertreten. Die EKRE wurde daraufhin erstmals an der Regierung beteiligt und auch die Europawahl 2019 konnte die Partei erfolgreich abschließen und einen Sitz in Brüssel erringen. Im EU-Parlament schloss sie sich der Fraktion Identität und Demokratie an.

Die EKRE erregt Aufsehen für Ihre nationalistische bis rechtsradikale Tendenzen. Parteivorsitzender der EKRE ist der estnische Historiker und ehemalige Botschafter in Moskau, Mart Helme, der 2005 nach nationalistischen Äußerungen aus der Estnischen Volkunion ausgeschlossen worden war. Stellvertretender Vorsitzender ist sein Sohn Martin Helme, einer der schärfsten EU-Kritiker Estlands und Verfechter einer rassistisch motivierten Politik. Die EKRE hat außerdem Verbindungen zu Gruppen, die als Neo-Nazis oder Neo-Faschisten bezeichnet werden können, z. B. die „Soldaten Odins“, die bei Veranstaltungen der Partei als Sicherheitskräfte auftreten.

Seit dem Frühjahr sitzt die rechtsradikale EKRE-Partei in der estnischen Regierung. Zusammen mit der linksliberalen Zentrumspartei und der konservativen Vaterlandspartei bildet man die Regierungskoalition. Seit dem Antritt der estnischen Drei-Parteien-Koalition Ende April vergeht kaum eine Woche, in der EKRE-Chef und Innenminister Helme oder andere Rechtsaußen-Politiker keine Skandale provozieren: „Estland soll estnisch sein“, lautet ein Leitspruch des Vater-Sohn Gespanns. „Rassistisch ist in Europa nur, dass eingeborene Menschen von Ausländern ersetzt werden.“ Sie provozieren durch die Schaffung von Feindbildern: Migrantinnen und Migranten, die Europäische Union und die NATO. Laut Helmes Sohn Martin, der als Finanzminister amtiert, ist das genau so gewollt: "Wir kontrollieren die Agenda mit Provokation, Eskalation und Improvisation", sagte er vor Kurzem.

Auch ihre Distanz zur liberalen Presselandschaft macht EKRE immer wieder deutlich. Martin Helme würde kritische Journalisten des öffentlichen Fernsehens gerne bestrafen. Sie sollten nicht mehr vor der Kamera erscheinen, schrieb er in einem Brief.

Aufsehen erregte die rechtsgerichtete Partei auch in der Außenpolitik. Vor der Europawahl empfing sie Marine Le Pen in Tallinn, die Vorsitzende der französischen Rechtspopulistinnen und Rechtspopulisten vom „Rassemblement Nationale“. Und das obwohl die beiden eigentlich viel trennt. Die EKRE hat klar gemacht, dass sie natürlich weiterhin unterschiedlicher Meinung sind in Bezug auf Russland. Die Partei verurteilt die Annexion der Krim, anders als Le Pen. Aber schließlich hätten sie einen gemeinsamen Feind: die Idee einer stärker integrierten Europäischen Union.

2. Ihre Partei und die europäische Erweiterung

Ihre Partei spricht sich eindeutig gegen den Beitritt neuer Staaten in die Europäischen Union aus. Zu viel Geld, das besser im eigenen Land eingesetzt werden könnte, fließt noch in die bedürftigen Staaten der EU und vor allem in die bürokratischen und zu mächtigen nicht gewählten Institutionen, wie der EU-Kommission und dem Europäischen Rat. Für Sie stehen außerdem Sicherheitsaspekte im Vordergrund, die durch eine Mitgliedschaft neuer Staaten in der EU gefährdet werden können. Jede weitere Vertiefung und Ausdehnung der Europäischen Union, die mit einem Beitritt weiterer Staaten verbunden sein könnte, lehnen Sie deutlich ab.

Sie sehen eine große Gefahr für die Sicherheit im Land, wenn Staaten des westlichen Balkans beitreten, denn Kriminelle könnten so viel leichter in Estland ihr Unwesen treiben. Ohnehin besteht die Gefahr, dass die neuen Einwanderinnen und Einwanderer sich auf Kosten der estnischen Sozialkassen ein schönes Leben bereiten, ohne dass sie arbeiten gehen. Für Sie steht im Vordergrund estnisches Geld in Estland zu behalten und nicht die Armenhäuser Europas mitzufinanzieren. Sie sind sowieso der Meinung, dass die Staaten weit davon entfernt sind, die Standards der Kriterien von Kopenhagen zu erfüllen.

Einen Beitritt eines muslimischen Staates lehnen Sie kategorisch ab, dabei nennen Sie die Türkei noch nicht einmal beim Namen.

3. Taktik

Sie sitzen als Vertreterin/Vertreter der EKRE in der Fraktion „Identität und Demokratie“. Sie brauchen die Unterstützung anderer politischer Gruppen, um Ihre Positionen als Positionen des Parlaments einbringen zu können. Versuchen Sie deshalb, die Unterstützung der anderen Parteien aus der Fraktion „Identität und Demokratie“ oder aus anderen rechtskonservativen Fraktionen für Ihre Anliegen zu gewinnen.

Sie sprechen sich sehr deutlich und offen gegen einen Beitritt neuer Staaten zur EU aus, da diese Ihrer Überzeugung nach schon groß genug ist und die Handlungsfähigkeit der EU sprengen würde. Zuerst muss man sich um die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung kümmern und den Wohlstand der einfachen Menschen sichern.

Bei den zu behandelnden Themen im Ausschuss unterstreichen Sie stets Ihren nationalen Willen und Ihre Abneigung gegen die EU-Institutionen: Estland zuerst. Sie arbeiten intensiv daran aufzudecken, dass die beitrittswilligen Staaten weit davon entfernt sind, die Kriterien von Kopenhagen zu erfüllen.

Außerdem sprechen Sie sich für die Stärkung des EU-Parlaments im Erweiterungsprozess aus, da diese Institution als einzige gewählt ist. Sie positionieren sich klar gegen die undemokratischen Bürokratinnen und Bürokraten in der EU-Kommission.

1. Zu Ihrer Rolle

In der Republik Österreich leben auf fast 84 000 Quadratkilometern rund 8,8 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Damit ist Österreich nach der Bevölkerungsgröße auf Platz 14 der EU-Mitgliedstaaten. Nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation 1990 trat Österreich zusammen mit zwei weiteren Staaten 1995 der Europäischen Union bei. Auch den Euro hat es als eines der ersten Länder eingeführt. Die Republik Österreich besteht aus neun Bundesländern, die mit eigenen Landtagen selbst Gesetze erlassen und über den Bundesrat an der Gesetzgebung der Republik beteiligt sind.

Sie gehören der Partei „Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)“ an. Diese hat bei den letzten Europawahlen erneut mit ihren politischen Ansichten in Österreich punkten können. Ihre Partei hat 3 von 76 Sitzen der ID-Fraktion inne. Nach einer vorgezogenen Neuwahl 2019 konnte sich die FPÖ nur 16,2 Prozent der Stimmen sichern. Damit verlor die Partei bis zu ca. 10 Prozentpunkte im Vergleich zu den zuvor durchgeführten Wahlen. Die Neuwahlen wurden aufgrund der so genannten „Ibiza Affäre“ und der daraus resultierenden Selbstauflösung des Nationalrates, herbeigeführt. Die „Ibiza Affäre“ bezieht sich auf Videomaterial, worauf Gespräche zwischen Heinz-Christian Strache (FPÖ), Johann Gudenus (FPÖ) und einer angeblichen Nichte eines russischen Oligarchen zu sehen sind. Beide Politiker zeigten in den Aufnahmen die Bereitschaft zur Korruption und der Umgehung von Gesetzen zur Parteifinanzierung. Daraufhin wurden Strache und Gudenus von dem derzeitigen Bundespräsident Alexander van der Bellen ihrer Ämter enthoben. Heinz-Christian Strache war vor der Neuwahl Vizekanzler und die FPÖ Regierungspartei.

Die Partei zeichnet sich durch eine ausgeprägt skeptische Haltung gegenüber der EU aus und stellt nationale Anliegen klar vor alle europäischen Angelegenheiten. Deshalb plädiert die Partei ebenso für eine Rückverlagerung von Kompetenzen von der europäischen Ebene auf die Ebene der Mitgliedstaaten. Eine noch weiter vertiefte Kooperation auf europäischer Ebene wird daher nicht gewünscht.

Dementsprechend sind Sie auch kritisch gegenüber den Plänen der EU-Kommission. Sie möchten nicht, dass Brüssel immer mehr Macht bekommt. Da ist in den letzten Jahren einiges schiefgelaufen, finden Sie. Am liebsten würden Sie in vielen Bereichen das Rad zurückdrehen, zumindest aber muss man verhindern, dass die Österreicherinnen und Österreicher noch weniger selbst entscheiden können.

2. Ihre Partei und die Europäische Erweiterung

Die FPÖ gilt heute als EU-skeptisch und tritt für Europa ein, in dem der Einfluss der europäischen Organe auf die Mitgliedstaaten stark reduziert ist. Sie sind grundsätzlich aber gegen einen Austritt Österreichs aus der EU.

Die FPÖ sieht sich als Stimme der Völker auf europäischer Ebene. Das heißt, sie vertritt lokale Autonomie und Identität, ein Europa der Regionen. Insgesamt steht die FPÖ aber einer weiteren Erweiterung sehr kritisch gegenüber. Vor allem, wenn die betreffenden Länder wirtschaftlich schwach sind und die kulturelle Identität von den christlichen Werten abweicht. Daher lehnt die FPÖ einen Beitritt der **Türkei** strikt ab.

Falls die EU die Türkei als Mitglied aufnimmt oder die Union in Zukunft keine Reformen bzgl. mehr Eigenständigkeit der einzelnen Staaten anstrebt, soll eine Volksabstimmung über die Haltung Österreichs zur EU entscheiden. Man tritt für eine gemeinsame europäische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik ein, die im Einklang mit der österreichischen Neutralität steht. Sie sind für Volksabstimmungen bei Vertragsänderungen und ein größeres Selbstbestimmungsrecht der einzelnen Mitgliedsstaaten. In diesem Zusammenhang wird eine „künstliche Gleichschaltung der vielfältigen europäischen Sprachen und Kulturen durch erzwungenen Multikulturalismus, Globalisierung und Massenzuwanderung“ abgelehnt.

Auf europäischer Ebene befürworten Sie einen Partnerschaftsvertrag mit der Türkei und lehnen ihren Beitritt in die Europäische Union ab. Die FPÖ vertritt die Auffassung, dass die Türkei weder kulturell noch geographisch einen Teil Europas darstelle und nicht in der Lage sei, die Kopenhagener Kriterien zu erfüllen.

Eine neuerliche Erweiterungswelle am **Westbalkan** würde die EU wirtschaftlich und politisch klar überfordern, unterentwickelte Volkswirtschaften, fehlende Rechtssicherheit und teilweise mafiöse Strukturen innerhalb des Staatswesens sind nur einige der Probleme des Westbalkans. Der Reformwille dieser Staaten war in vergangener Zeit zwar erkennbar, aber die Ergebnisse sind noch nicht in ausreichendem Ausmaß für eine EU-Vollmitgliedschaft vorhanden. Der zeitliche Horizont einer Mitgliedschaft 2025 ist aus momentaner Sicht wohl bei weitem zu optimistisch.

Sie sehen eine große Gefahr für die Sicherheit im Land, wenn Staaten des westlichen Balkans beitreten, denn Kriminelle könnten so viel leichter ihr Unwesen treiben. Gerade wegen seiner geografischen Nähe sieht sich die FPÖ verpflichtet, sich gegen die verfrühte Erweiterung auszusprechen. Zu viele Menschen aus den neuen Mitgliedstaaten könnten versucht sein, ihren Wohnsitz nach Österreich zu verlegen, um dort Bürgerinnen und Bürgern Österreichs die Arbeitsplätze wegzunehmen oder mit ihren Kindern Plätze in Kindergärten oder Schulen belegen. Sie sind sowieso der Meinung, dass die Staaten weit davon entfernt sind, die Standards der Kriterien von Kopenhagen zu erfüllen.

3. Taktik

Als österreichische/r Abgeordnete/r der FPÖ in der Fraktion Identität und Demokratie setzen Sie sich im EP allgemein gegen eine Erweiterung der EU ein.

Bei den zu behandelnden Themen im Ausschuss unterstreichen Sie stets Ihren Unabhängigkeitswillen und Ihre Abneigung gegen zu viel politische Macht bei den EU-Institutionen. Ein Beitritt christlich geprägter **Westbalkanstaaten** könnten Sie dulden, sofern Sie einen wirtschaftlichen Nutzen darin erblicken. Ein Beitritt der **Türkei** kommt für Sie jedoch nicht in Frage.

Betonen Sie, dass Sie bereits jetzt Probleme mit Flüchtlingen haben, die von der EU unzureichend angegangen werden. Sie sind nicht bereit in Zukunft noch mehr ‚Flüchtlinge‘ aus neu aufgenommen Mitgliedstaaten aufzunehmen, geschweige denn, unkontrolliert, korrupte Staaten mit EU-Finanzmitteln zu unterstützen.

Ihre Positionen vertreten Sie sehr offensiv und suchen Verbündete in anderen rechtspopulistischen Parteien, wie dem Rassemblement National aus Frankreich, der Alternative für Deutschland, der Freiheit und direkte Demokratie aus Tschechien oder der Lega aus Italien.

Die Abgeordnete/der Abgeordnete der ID im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Tschechien (Svoboda a přímá demokracie, SPD)



1. Zu Ihrer Rolle

Die Svoboda a přímá demokracie ist eine nationalistische, rechtspopulistische Partei Tschechiens. Die SPD gründete sich 2015 als Nachfolgepartei der Úsvit přímé demokracie (Usvit). Die Partei Svoboda a přímá demokracie (Deutsch: Freiheit und direkte Demokratie) zeigte in den Regionalwahlen 2016, dass sie in den verschiedenen Regionen von 4 bis 7 Prozentpunkte bekommen konnten. Ein wichtiger Fokus der SPD ist die Stärkung der nationalen Souveränität des tschechischen Staates. Auf Ihrer Homepage wurde 2020 in Bezug auf die Europäische Union folgendes geäußert: „Wir wollen keine Provinz der EU sein, wir wollen eine souveräne Tschechische Republik entwickeln und verteidigen. Wir werden ein Referendum über jede Übertragung der staatlichen Souveränität an die EU-Institutionen und ein Referendum über den Austritt aus der EU fordern. Wir wollen Europa als freien Markt für Waren, Dienstleistungen und Arbeitskräfte. Ein Europa kooperierender freier und souveräner Nationalstaaten.“ Diese Einstellung spiegelt sich auch in der Politik der SPD in Bezug auf die Erweiterung der EU wider.

Neben einer strikten Anti-Haltung gegenüber Migration aus Afrika oder islamischen Ländern, steht die Partei gesellschaftlich-ethischen Grundfragen sehr konservativ gegenüber. Die Antimigrationspropaganda zahlte sich aus: die Partei konnte bei den nationalen Parlamentswahlen 2017 in Tschechien +3,76 Prozentpunkte, im Vergleich zu den Wahlen 2013, dazu gewinnen. Damit konnte die SPD viert stärkste Partei in Tschechien werden, wobei sie nur knapp hinter dem Platz 2 und 3 platziert ist. Die Antimigrationspropaganda hat sich stark auf die Flüchtlingskrise gestützt, welche in den Jahren 2015/2016 zunehmend, durch eine stark ansteigende Flüchtlingszahl, zu einer Herausforderung für die Europäischen Länder wurde. Die Antimigrationspolitik stützt sich dabei auf die Priorität der eigenen Bürgerinnen und Bürger und fokussiert sich auf die negativen Effekte, welche mit einer Migration auftreten können.

Die Tschechische Republik ist erst 1993 entstanden, als der slowakische Landesteil sich einvernehmlich aus der alten Tschechoslowakei herauslöste. Die Bürgerinnen und Bürger des alten gemeinsamen Staates hatten die kommunistische Diktatur 1989 friedlich beendet. Beide neuen Länder strebten anschließend gemeinsam in die Europäische Union und wurden schließlich 2004 Mitglieder. Die anfängliche „Europaeuphorie“, als der Beitritt feststand, wurde jedoch durch das deutliche Erstarken europaskeptischer Kräfte im Land gedämpft. Das „Ja“ der Tschechen im Referendum über den Beitritt zur Europäischen Union, fiel dann auch nicht so eindeutig aus, wie erhofft. Während die Slowakei bereits 2009 den Euro einführt, hat Tschechien bisher die eigene Währung Krone behalten.

Neben Polen, Ungarn und der Slowakei hat sich auch ein Großteil der tschechischen Bevölkerung klar gegen die Aufnahme von Kriegsflüchtlings u.a. aus Syrien positioniert und spricht sich damit eindeutig gegen Einwanderung, Integration und Vielfalt aus. Auch in den Medien ist die EU-feindliche Haltung nicht untergegangen.

Bei der Europawahl 2019 konnte die SPD sich zwei Mandate im Europäischen Parlament sichern.

2. Ihre Partei und die Europäische Erweiterung

Die SPD sieht sich als Stimme der Völker auf europäischer Ebene. Das heißt, sie vertritt lokale Autonomie und Identität, ein Europa der Regionen. Insgesamt steht die SPD aber einer weiteren Erweiterung sehr kritisch gegenüber. Vor allem, wenn die betreffenden Länder wirtschaftlich schwach sind und die kulturelle Identität von den christlichen Werten abweicht. Daher lehnt die SPD einen Beitritt der **Türkei** strikt ab. Die derzeitige Ausnutzung der Flüchtlinge in der Türkei als Druckmittel auf die EU, wird allerdings scharf verurteilt.

Aus Ihrer Sicht hat die Europäische Union die Beitritte aus den Jahren 2004, 2007 und 2013 wirtschaftlich noch nicht verkraftet.

Sie sehen eine große Gefahr für die Sicherheit im Land, wenn **Staaten des westlichen Balkans** beitreten, denn Kriminelle könnten so viel leichter ihr Unwesen treiben. Gerade wegen seiner geografischen Nähe zu den Beitrittskandidaten ist dieses Thema von wichtiger Bedeutung für die tschechische Bevölkerung. Zu viele Menschen aus den neuen Mitgliedstaaten könnten versucht sein, ihren Wohnsitz nach Tschechien zu verlegen, um dort Bürgerinnen und Bürgern Tschechiens die Arbeitsplätze wegzunehmen oder mit ihren Kindern Plätze in Kindergärten oder Schulen belegen. Sie sind sowieso der Meinung, dass die Staaten weit davon entfernt sind, die Standards der Kriterien von Kopenhagen zu erfüllen.

3. Taktik

Als tschechische/r Abgeordnete/r der SPD in der Fraktion Identität und Demokratie setzen Sie sich im EP gegen eine Erweiterung der EU ein.

Bei den zu behandelnden Themen im Ausschuss unterstreichen Sie stets Ihren Unabhängigkeitswillen und Ihre Abneigung gegen zu viel politische Macht bei den EU-Institutionen. Ein Beitritt christlich geprägter **Westbalkanstaaten** könnten Sie dulden. Ein Beitritt der **Türkei** kommt für Sie jedoch nicht in Frage.

Betonen Sie, dass Sie bereits jetzt Probleme mit Flüchtlingen haben, die von der EU unzureichend angegangen werden. Sie sind nicht bereit in Zukunft noch mehr ‚Flüchtlinge‘ aus neu aufgenommenen Mitgliedstaaten aufzunehmen, geschweige denn die finanziellen Mittel, die Tschechien erhält, mit anderen zu teilen.

Ihre Positionen vertreten Sie sehr offensiv und suchen Verbündete in anderen rechtspopulistischen Parteien, wie dem Rassemblement National aus Frankreich, der Alternative für Deutschland, der Freiheitlichen Partei Österreichs oder der Lega aus Italien.

Die Fraktion Die Grünen/Europäische Freie Allianz (EFA)



Die Fraktion Die Grünen/Europäische Freie Allianz im Europäischen Parlament (Grüne/EFA) ist eine Fraktion im Europäischen Parlament. Sie wird im Wesentlichen von zwei grünen europäischen Zusammenschlüssen getragen, der Europäischen Grünen Partei (EGP) und der regionalistischen Europäischen Freien Allianz (EFA). Nach der Europawahl 2019 hat die Fraktion 68 Mitglieder (Stand 27.05.2020) und ist damit nur die fünfgrößte Fraktion.

Die Fraktion Die Grünen/EFA betrachtet sich als ökologische Kraft im Europäischen Parlament. Einig sind sich die europäischen Grünen darüber, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt der Regionen Europas zu stärken, das europäische Sozialmodell nach ökologischen Maßstäben weiterentwickeln und zukunftsfähiges, nachhaltiges Wirtschaften verbindlich festzuschreiben zu wollen. Die Grünen sind der Meinung, dass die Europäische Union den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit zu einseitig auf Wirtschaftsinteressen legt. Ihrer Ansicht nach müssen Menschenrechte, Demokratie und Klimaschutz zunehmend die Leitmotive der Europäischen Union sein. Deswegen haben sich die Grünen innerhalb der EU für eine klare Stärkung der Mitwirkungsmöglichkeiten des Europäischen Parlaments bei allen Entscheidungen ausgesprochen.

Ihrer Ansicht nach sollte die EU allen europäischen Staaten offenstehen, in denen die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler beitreten möchte, um nicht neue Grenzen in Europa zu ziehen, die einen dauerhaften Frieden unmöglich machen würden. Jeder Beitrittsantrag sollte gleichbehandelt werden, ohne auf die Größe, die strategische Bedeutung oder etwa die ökonomische Situation des jeweiligen Landes zu achten. Um Schockeffekte auf die lokale ökonomische Situation zu vermeiden, sollten auf Wunsch begrenzte Übergangsfristen eingeräumt werden, um die Märkte der Kandidatenländer einseitig zu schützen. Die Union sollte die Beitrittsländer großzügig unterstützen. Diese Gelder sollten auch dazu genutzt werden, die ökologischen Standards in den Kandidatenländern zu heben. Die Verbesserung der Umweltstandards ist eine der Hauptforderungen der Grünen im Rahmen der Beitrittsverhandlungen mit den Kandidaten.

Die Grünen haben versucht, für die anstehenden Herausforderungen konkrete Handlungsoptionen zu entwickeln.

- Die Erweiterung ist als die wirkungsvollste Politik der Konfliktverhütung zu betrachten, die jemals von der EU entwickelt und umgesetzt wurde.
- Für die Länder Mittel- und Osteuropas stellt die Perspektive einer EU-Mitgliedschaft den Ansporn dar, umfangreiche Reformen durchzuführen, die ohne diese Perspektive nicht eingeleitet worden wären. Sowohl für die alten als auch für die neuen Mitgliedstaaten wirkt sich die Erweiterung überwiegend vorteilhaft aus.
- Für die Grünen stellen die 1993 in Kopenhagen niedergelegten Kriterien die entscheidenden Maßstäbe für die Reife der Kandidaten für den Beitritt zur EU dar. Diese Kriterien sind nicht verhandelbar. Die Pflicht zur Erfüllung aller politischen Beitrittskriterien endet nicht mit dem Beitritt, sondern muss darüber hinaus gewährleistet werden.
- Ohne die endgültigen Grenzen für die Europäische Union festzulegen, erkennen die Grünen an, dass die Integrationsfähigkeit der Union im kommenden Jahrzehnt mit den Verhandlungen und dem möglichen Beitritt der Türkei und den Ländern des westlichen Balkans an ihre Grenzen stoßen wird. Die Integration dieser Länder bedeutet für die EU eine große Herausforderung.

Ihre Aufgabe als Mitglied der Fraktion:

Sie sind Mitglied dieser Fraktion. Sie brauchen die Unterstützung anderer politischer Gruppen, um diese Positionen als Positionen des Parlaments in den Erweiterungsprozess einbringen zu können. Es ist äußerst wichtig für

Sie, sich zu vergegenwärtigen, dass besonders die Europäische Volkspartei starken Einfluss im EP ausübt und Ihre Initiativen im Zweifelsfall blockieren kann, indem sie „Koalitionspartner“ findet. So liegt es an Ihnen, den richtigen Mittelweg zu finden, um Ihre Positionen durchzusetzen. Denn einerseits müssen Sie einen Kompromiss suchen – das kann jedoch zur Aufgabe Ihres politischen Profils führen –, andererseits kann das Festhalten an eigenen Positionen zu einer Schmälerung des Einflusses des EP führen, wenn Sie sich mit Ihren Kolleginnen und Kollegen nicht einigen können.

In jeder Fraktion gibt es spezielle Expertinnen und Experten für bestimmte Politikbereiche. Sie gehören dem „Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten“ an. Sie arbeiten hauptsächlich an Fragen der zukünftigen Gestaltung einer sich wandelnden und erweiternden Europäischen Union. Es liegt an Ihnen, die Chancen und Risiken einer baldigen zweiten Erweiterung der EU, um südosteuropäische Staaten kritisch zu beleuchten.

Es ist Ihre Aufgabe, sich mit den anderen Mitgliedern der Fraktion über eine gemeinsame Position in der Erweiterungsfrage zu verständigen. Weiterhin werden Sie sich als Abgeordnete/Abgeordneter auf die Suche nach Verbündeten in anderen Fraktionen begeben, mögliche Koalitionen finden und die Thematik im Parlament kontrovers diskutieren, um den politischen Gegner von der eigenen politischen Auffassung zu überzeugen. Eines ist immer zu berücksichtigen: Es ist nutzlos, nur zu reden, ohne zuzuhören. Um die Arbeit des EP effektiv zu gestalten, müssen Sie an einem Kompromiss arbeiten, damit Sie auch solchen Vorschlägen des Rates der Union erfolgreich entgegentreten können, die möglicherweise nicht auf der Linie des EP liegen.

1. Zu Ihrer Rolle

ECOLO (Ecologistes Confédérés pour l'Organisation de Luttes Originales, dt. Ökologen) wurde im März 1980 gegründet und war eine der ersten grünen Parteien, die im Jahr 1981 in ein nationales Parlament einzogen. Die Partei macht eine linksorientierte Politik aufbauend auf ökologischen Grundsätzen.

In der Parteienlandschaft Belgiens gibt es keine nationalen Parteien, da die jeweiligen Parteifamilien in den drei Regionen Belgiens (Flandern, Wallonien und Brüssel) eigenständig organisiert sind und durchaus zu einzelnen Politikthemen zum Teil unterschiedliche Positionen vertreten. Jede Parteifamilie hat eine Partei im flämischen und wallonischen Landesteil, in der Hauptstadt Brüssel sind alle Parteien vertreten.

Das Königreich Belgien ist eines der sechs Gründungsmitglieder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und hat von Beginn an dem Aufbau eines geeinten Europas höchste Priorität beigemessen.

ECOLO, die grüne Partei des französischsprachigen Teils Belgiens, befürwortet den europäischen Einigungsprozess grundsätzlich und setzt sich besonders für die Stärkung sozialer und ökologischer Prinzipien und Projekte ein. Europa soll eine führende Kraft im Umweltschutz und bei der Durchsetzung der sozialen Gerechtigkeit werden. Hierbei betont die Partei insbesondere das Prinzip der ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeit und fordert eine auf lange Sicht ausgerichtete europäische Politik. Chancengleichheit für alle Bevölkerungsgruppen und die Integration von Minderheiten in die Gesellschaft gehören ebenfalls zu den Hauptanliegen der Grünen.

In das Europäische Parlament entsendete ECOLO in der Vergangenheit zwischen einem und drei Abgeordneten. Bei den Europawahlen 2019 stellt sie mit 7,6 Prozent insgesamt zwei Abgeordnete. Die flämische Schwesterpartei Groen! ist mit einem Sitz ebenfalls vertreten, ihr Ergebnis lag nur knapp hinter der ECOLO.

2. Ihre Partei und die Europäische Erweiterung

Grundsätzlich befürwortet Ihre Partei die Europäische Erweiterung, wenn sie sich an den Kopenhagener Kriterien orientiert. Allerdings müssen auch die nationalen Regierungen nach Ansicht der ECOLO ihre Verantwortung hinsichtlich aktueller und kommender Erweiterungen ernst nehmen: eine konsequente, vor allen Dingen finanzielle und solidarische Begleitung muss eingehalten werden, um eine bessere Integration neuer und zukünftiger Mitglieder zu erreichen und ein Ungleichgewicht innerhalb der Europäischen Union zu verhindern.

In diesem Sinne halten Sie die aktuelle Tendenz, den Beitrag der nationalen Regierungen zu verringern, für unsinnig. Deshalb betrachten sie einen erhöhten und mit eigenen Mitteln gespeisten, europäischen Haushalt als unerlässlich für das gute Funktionieren der EU und für die Realisierung ihrer Ziele.

ECOLO spricht sich, wie die anderen grünen Parteien, auf europäischer Ebene für die Integration aller **Balkanländer** in die Europäische Union aus, sofern diese die Kriterien, die auch für alle anderen ehemaligen und zukünftigen Kandidatenländer galten bzw. gelten (insbesondere die Übereinstimmung mit den Menschenrechten und der Rechtsstaatlichkeit), respektieren.

Die ECOLO begrüßte deutlich die bisherigen Reformschritte in der **Türkei** und befürworteten die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen. Die Türkei soll nach den gleichen Beitrittskriterien beurteilt werden, wie alle anderen Kandidaten auch. Allerdings verlangt ECOLO von der türkischen Regierung die vollständige Erfüllung der Kopenhagener Kriterien, insbesondere im Bereich der Menschenrechte und des Minderheitenschutzes.

3. Taktik

Sie als Abgeordnete/Abgeordneter von ECOLO im EP haben trotz einer weitgehenden Unterstützung des Fraktionsprogramms der europäischen Grünen hinsichtlich der Erweiterung Bedenken gegenüber einer zu schnellen Aufnahme von neuen Mitgliedern, weil diese den Integrationsstand der Gemeinschaft der nunmehr 27 Staaten Ihrer Meinung nach unweigerlich absenken würde.

Zugleich mahnen Sie an, dass auch die belgische Bevölkerung Zeit braucht, um eine Erweiterung als notwendig anzusehen, zu unterstützen und die langfristigen Vorteile zu erkennen. Ein übereiltes Handeln könnte auch rechte Gruppierungen, nicht nur in Belgien, stärken. Sie bevorzugen eine großzügige Unterstützung politischer, wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Reformen, die zu einer schrittweisen Annahme des gemeinsamen Besitzstands der EU durch die Beitrittskandidaten führen können.

Die Frage nach der institutionellen Handlungsfähigkeit der EU und den damit verbundenen Reformen ist für Sie ebenfalls von Bedeutung. Sie fordern hierbei einen Ausbau der sozialen und ökologischen Prinzipien der EU.

Aber nicht nur die EU hat eine Verantwortung gegenüber potenziellen neuen Mitgliedstaaten. Auch diese haben eine Verantwortung gegenüber der EU: die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien, insbesondere was den Rechtsstaat angeht, hat unbedingte Priorität!

Letztendlich machen Sie darauf aufmerksam, dass eine Erweiterung der EU – insbesondere um die Türkei – einer großen finanziellen Anstrengung aller Mitgliedstaaten bedarf. Eine Erweiterung ohne eine gesicherte Finanzierung kann keinesfalls geschehen.



1. Zu Ihrer Rolle

Die Partei Déi Gréng (deutsch Die Grünen, französisch Les Verts) ist die grüne Partei in Luxemburg. Sie wurde am 23. Juni 1983, dem luxemburgischen Nationalfeiertag, gegründet.

Das 1867 anerkannte Großherzogtum Luxemburg ist ein Binnenstaat in Mitteleuropa und bildet zusammen mit Belgien und den Niederlanden die Beneluxstaaten. Es zählt zu den kleinsten Flächenstaaten weltweit und ist nach dem Inselstaat Malta das zweitkleinste Land der EU. Im Osten grenzt das Land an Deutschland, im Süden an Frankreich und im Westen sowie Norden an Belgien. Seit 1984 gelten in der parlamentarisch-konstitutionellen Monarchie drei Amtssprachen: Französisch, Deutsch und Luxemburgisch. Außerdem befinden sich der Europäische Gerichtshof und der Europäische Rechnungshof in Luxemburg.

Bereits 1994 wurde Déi Gréng viertstärkste Kraft im luxemburgischen Abgeordnetenhaus, befand sich jedoch bis 2013 in der Opposition. Im Dezember 2013 gelangt die Partei durch die Bildung einer Dreierkoalition mit Liberalen und Sozialdemokraten erstmals in die Regierung. Bei den letzten Europawahlen 2019 wurde Déi Gréng drittstärkste Kraft in Luxemburg und hat mit 18,9 Prozent ihr bislang bestes konstant zweistelliges Ergebnis erzielt. Damit stellt die Partei weiterhin einen der 6 luxemburgischen Abgeordneten. Im Europäischen Parlament gehört die Partei der Fraktion Die Grünen/Europäische Freie Allianz (EFA) an.

Aus der Perspektive der luxemburgischen Grünen befinden sich Ihr Land und die Europäische Union in einer großen Umbruchphase: Globalisierung, Klima- und Energieproblematik sowie Verteilungsgerechtigkeit sind große Herausforderungen, die die Menschheit zu bewältigen hat. Luxemburg verfügt jedoch aus Ihrer Sicht über gute Ausgangsbedingungen, diese Herausforderungen zu meistern, wenn es die aktuellen, strukturellen Defizite erkennt und in den kommenden Jahren umfassende Reformen einleitet. Dennoch sehen sie auch kritische Aspekte, die Sie verändern wolle.

Das wirtschaftliche Wachstum Luxemburgs ist aus der Sicht der Grünen in gefährlich hohem Maße abhängig von einem einzigen Wirtschaftssektor, und zwar dem Finanzsektor. Um die Abhängigkeit von einem Wirtschaftssektor zu verringern, möchten die Grünen, unter Einbeziehung des Finanz- und Dienstleistungssektors zur Erschließung der Zukunftsmärkte in den Bereichen der Energie- und Umwelteffizienztechniken, des Gesundheitssektors und der Kommunikationstechnologien, ein Konzept vorlegen.

Die Grünen möchten gezielt daran arbeiten, die Klima-, Energie- und Umweltkrise zu überwinden; dazu möchten sie einen Rahmen schaffen, der effizient und unbürokratisch den notwendigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel begleitet. Grüne Politik in Luxemburg stellt außerdem Friedens- und Sicherheitspolitik in den Vordergrund und zielt dabei auf den Schutz der Menschenrechte, auf internationale Gerechtigkeit und Solidarität, Nachhaltigkeit, Gewaltfreiheit und die Stärkung des internationalen Rechts ab.

Ziel der Grünen ist es, die EU zu einer sozialen, ökologischen und demokratischen Staatengemeinschaft zu machen, die ihre Rolle in den internationalen Beziehungen wahrnehmen kann.

2. Ihre Partei und die Europäische Erweiterung

Die Grünen aus Luxemburg engagieren sich bei ihrer Europapolitik in erster Linie für das europäische Gemeinwohl; sie berücksichtigen aber bei wichtigen Themen auch die besonderen Interessen Luxemburgs. Die Grünen sehen dabei die Erweiterung der EU als wichtige Chance zu einer Überwindung der Spaltung Europas, des Nationalismus und der Trennung zwischen einem reichen und einem armen Europa, wenn sie unter voller Beachtung

der Demokratie, der Menschenrechte und der sozialen Grundrechte erfolgt. Die Erweiterung darf nicht für nationalistische Polemik missbraucht werden! Sie kann gelingen, wenn sie ein soziales Projekt ist, und wenn sie auf einem ökologischen Fundament steht.

Die Grünen aus Luxemburg fordern darüber hinaus eine Gesamtstrategie zur Heranführung Südosteuropas zur EU, die für alle Staaten einen gleichen und klaren Zugang zu EU-Fördermitteln gewährleistet - unabhängig davon, ob sie bereits Kandidatenstatus haben oder noch nicht. Des Weiteren wird Visafreiheit für alle Bewohnerinnen und Bewohner des Westbalkans gefordert.

Da schon die letzte Osterweiterung von den Grünen befürwortet wurde, standen sie auch der Erweiterung um Kroatien positiv gegenüber. Mit allen Ländern des **Westbalkan** pflegt Luxemburg enge Beziehungen. Die Grüne Partei sieht in der Erweiterung eine historische Chance, um die Spaltung Europas zu überwinden, weshalb sich die Partei aktiv für einen raschen Beitritt der Bewerberkandidaten zur EU und gegen starre Übergangsfristen einsetzt.

Die Grünen sprechen sich klar für Verhandlungen mit der **Türkei** aus. An dieser Haltung hat sich nichts geändert, auch wenn die Lage in der Türkei genau und kritisch beobachtet wird.

Nach Ansicht der Grünen gründet sich die Einheit Europas nicht auf Kriterien wie Religion und ethnische Herkunft, sondern einzig und allein auf Demokratie und Wahrung der Menschenrechte. Aus diesem Grund sehen die Grünen die volle Durchsetzung der Menschenrechte und der Demokratie als unabdingbare Voraussetzungen eines Beitritts zur EU an.

3. Taktik

Sie gehören zu den deutlichen Erweiterungsbefürwortern der EU. Der Beitritt Kroatiens war für Sie selbstverständlich, da Sie mit diesem Land schon lange gute Beziehungen, gerade in wirtschaftlicher Hinsicht, pflegen. Aus eben diesen Gründen setzen Sie sich verstärkt für **Montenegro** und **Nord-Mazedonien** ein.

Sie engagieren sich für ein großes Europa, das deutlich über die Grenzen der bisherigen EU hinausgeht. Deshalb plädieren Sie auch für einen Beitritt der **Türkei**, weil Sie der Ansicht sind, dass die EU sich nicht auf Kriterien wie eine gemeinsame Religion, Sprache oder einen gemeinsamen ethnischen und kulturellen Hintergrund gründet, sondern auf Werte wie Demokratie und die Einhaltung der Menschenrechte.

Die Wahrung dieser Werte ist für Sie die Voraussetzung für einen Beitritt. Erst wenn die Kandidatenstaaten, vor allem die Türkei, diese Voraussetzung ausdrücklich und unzweifelhaft erfüllen, können Sie einer Erweiterung der EU, die Sie grundsätzlich befürworten, zustimmen.

Weitere Ziele sind für Sie die Demokratisierung der EU und die Umweltpolitik. Deshalb fordern Sie eine am Ziel der Nachhaltigkeit ausgerichtete Struktur- und Reformpolitik. Legen Sie besonderen Wert darauf, dass die Beitrittskandidaten ihre nuklearen Anlagen verbessern müssen. Richten Sie zusätzlich eine Kontaktstelle ein, um die Interessen der Beitrittsländer im Europäischen Parlament zur Geltung zu bringen. Im Zuge der Verhandlungen soll den Beitrittskandidaten umfangreiche Hilfestellung – vor allem im Naturschutz (Stichwort: Reaktorschutz) – gewährt werden.

Als „Gegenleistung“ erwarten Sie aber eine klare Beachtung der Menschenrechte und die Sicherung des Minderheitenschutzes in den beitriftswilligen Ländern. Nehmen Sie auch zu anderen Parteien, die einer Erweiterung positiv gegenüberstehen, Kontakt auf und versuchen Sie, gemeinsame Positionen und Strategien zu entwickeln.

1. Zu Ihrer Rolle

Aufgrund des Staatsvertrags von 1955, der zur Neutralität verpflichtete, stand Österreich einer Mitgliedschaft in der EU lange Zeit skeptisch gegenüber. Nach einem Umschwenken des politischen Kurses erfolgte 1995 aber doch der Beitritt, der von einer Mehrheit der österreichischen Bevölkerung befürwortet wurde. Seit dem Beginn seiner Mitgliedschaft signalisiert Österreich, dass es zum harten Kern der Europäischen Union gehören will. Mittlerweile hat sich das Land zu einem aktiven Mitglied innerhalb der EU entwickelt und sich immer wieder als Sprecher der kleinen EU-Staaten profiliert. Österreich ist ein mitteleuropäischer Binnenstaat, der im Norden an Deutschland und die Tschechische Republik, im Osten an die Slowakei und Ungarn, im Süden an Slowenien und Italien sowie im Westen an die Schweiz und Lichtenstein grenzt.

Das Land hat die Erweiterungsrunde von 2004 unterstützt, da diese sich besonders in wirtschaftlicher Hinsicht positiv für Österreich ausgewirkt hat. Österreichs Handel mit den mittel- und osteuropäischen Staaten wächst kontinuierlich. Ebenso wie in Deutschland gab es innerhalb der Bevölkerung Bedenken wegen eines befürchteten Anstiegs der Arbeitsimmigration. Durch längere Übergangsfristen im Bereich der Freizügigkeit wurde auf diese Ängste eingegangen. Mit Blick auf eventuelle weitere Beitrittsgesuche fordert Österreich mit Nachdruck eine EU-interne Debatte über die endgültigen Grenzen der Gemeinschaft. Die Regierung besteht darauf, dass diese Grenzen klar definiert werden müssen, um einer unendlich fortlaufenden Erweiterung entgegen zu treten. Andernfalls würde eine immer weiterwachsende EU ihre Identität, ihre Handlungsfähigkeit und insbesondere die Unterstützung ihrer Bürgerinnen und Bürger verlieren und schließlich durch Überdehnung scheitern. So muss die Aufnahmefähigkeit von Seiten der EU und die finanzielle Gleichbehandlung aller Mitgliedstaaten als Voraussetzung für einen Beitritt künftiger Mitgliedstaaten in die Verhandlungen einbezogen werden.

Die Grüne Partei Österreichs (Die Grünen – Die Grüne Alternative) geht auf verschiedene gesellschaftliche Veränderungen in den 1970er Jahren zurück. Bürgerinitiativen, die sich gegen lokale Großprojekte formierten, sowie die Massenbewegungen gegen Kernenergie legten den Grundstein für die Gründung einer grünen Partei in Österreich. Nachdem die ersten, miteinander konkurrierenden grünen Parteien, die Alternative Liste Österreichs (ALÖ) und die Vereinigten Grünen Österreichs (VGÖ), 1983 am Einzug ins Parlament gescheitert waren, gelang 1986 mit einer gemeinsamen Wahlliste der Einzug in den österreichischen Nationalrat. Ein Jahr später gründete sich aus diesem Verbund die Parlamentsfraktion der Grünen Alternative (GA), die seit 1993 die offizielle Bezeichnung Die Grünen – Die Grüne Alternative (GRÜNE) führt. Mit Ausnahme der Nationalratswahlen von 1995 konnten die Grünen ihren Stimmenanteil bei Nationalratswahlen konstant steigern und wurden 2006 mit 11,05 Prozent erstmals drittstärkste Partei im österreichischen Nationalrat. Nach massiven Stimmenverlusten bei der Nationalratswahl in Österreich 2017 schieden die Grünen aus dem Nationalrat aus. Die Grünen sind damit nach der Landtagswahl in Salzburg 2018 auf Bundesebene nur mehr mit zwei Bundesräten im Österreichischen Parlament vertreten.

Nach der Ibiza-Affäre, einem Video-Skandal um an der Regierung beteiligte Politiker der europakritischen FPÖ, wurde die bisherige Mitte-Rechts-Koalition im Mai 2019 aufgekündigt. Der amtierende Bundeskanzler Sebastian Kurz von der ÖVP konnte bei Neuwahlen wieder überzeugen und bildet nun gemeinsam mit den Grünen eine neue Regierungskoalition. Auslöser der Affäre war die Veröffentlichung eines Videos, in dem unter anderem Heinz-Christian Strache, bis dahin Vizekanzler in der Bundesregierung und Bundesparteiobermann der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), zu sehen ist. Die im Juli 2017, wenige Monate vor der Nationalratswahl, heimlich gedrehten Aufnahmen dokumentieren ein Treffen des Politikers mit einer angeblichen Nichte eines russischen Oligarchen in einer Villa auf der spanischen Insel Ibiza. Dabei zeigte er seine Bereitschaft zur Korruption, Umgehung der Gesetze zur Parteienfinanzierung sowie zur verdeckten Übernahme der Kontrolle über parteiunabhängige Medien.

Die Grüne Partei Österreichs lehnte einen Beitritt Österreichs zur EU lange Zeit ab, da sie die Neutralität des Landes für wichtiger hielt als eine Mitgliedschaft. Seit einiger Zeit hat sich diese Position gewandelt und die Grüne Partei setzt sich sehr für eine europäische Politik und die EU ein.

2. Ihre Partei und die Europäische Erweiterung

Die Grünen sehen die Erweiterung der EU als Chance zu einer Überwindung der Spaltung Europas, des Nationalismus und der Trennung zwischen einem reichen und einem armen Europa, wenn sie unter voller Beachtung der Demokratie, der Menschenrechte und der sozialen Grundrechte erfolgt. Die Erweiterung darf nicht für nationalistische Polemik missbraucht werden! Sie kann gelingen, wenn sie ein soziales Projekt ist, und wenn sie auf einem ökologischen Fundament steht. Nach Ansicht der Grünen gründet sich die Einheit Europas nicht auf Kriterien, wie Religion und ethnische Herkunft, sondern einzig und allein auf Demokratie und Wahrung der Menschenrechte. Aus diesem Grund sehen die Grünen die volle Durchsetzung der Menschenrechte und der Demokratie als unabdingbare Voraussetzungen eines Beitritts zur EU an. Ziel der Grünen ist es, die EU zu einer sozialen, ökologischen und demokratischen Staatengemeinschaft zu machen, die ihre Rolle in den internationalen Beziehungen wahrnehmen kann.

Die Grünen fordern darüber hinaus eine Gesamtstrategie zur Heranführung Südosteuropas zur EU, die für alle Staaten einen gleichen und klaren Zugang zu EU-Fördermitteln gewährleistet - unabhängig davon, ob sie bereits Kandidatenstatus haben oder noch nicht. Des Weiteren wird Visafreiheit für alle Bewohnerinnen und Bewohner des Westbalkans gefordert. Da schon die letzte Osterweiterung von den Grünen befürwortet wurde, standen sie auch der Erweiterung um **Kroatien** positiv gegenüber. Mit diesem Land pflegt Österreich ebenso wie mit anderen Ländern des westlichen Balkans aufgrund seiner geographischen Lage enge Beziehungen. Bis 1918 war Kroatien Teil der österreichisch-ungarischen Monarchie. Die Grünen waren die einzige Partei im Nationalrat, die sich vor dem Europäischen Rat am 16./17. Dezember 2004, klar für Verhandlungen mit der **Türkei** ausgesprochen hat. An dieser Haltung hat sich bis heute nichts geändert, auch wenn die aktuelle Lage in der Türkei genau beobachtet wird.

Die EU darf den Balkanstaaten nicht die Tür vor der Nase zuschlagen. Die Grünen müssen sich mit Nachdruck dafür einsetzen, die Beitrittsgespräche auf die Tagesordnung des nächsten EU-Gipfels zu bringen. Die EU-Staats- und Regierungschefs müssen würdigen, dass **Nord-Mazedonien** mit der friedlichen Lösung im Namensstreit mit Griechenland viel aufs Spiel gesetzt und auch **Albanien** erhebliche Reformen durchgeführt hat. Die Bedingungen für die Aufnahme von Gesprächen wurden erfüllt. Andernfalls riskiert die EU, den europäischen Traum in der Region zu verlieren und den West-Balkan in eine Grauzone Europas zu verwandeln. Ein abwehrendes Verhalten untergrabe die Glaubwürdigkeit der Union, gäbe ein schlechtes Beispiel für andere Beitrittskandidaten, wie **Bosnien-Herzegowina** und **Kosovo**, die jetzt in ihren Anstrengungen nachlassen könnten. Außerdem wachse die Gefahr, dass andere Staaten mit starken Interessen auf dem Balkan - gemeint sind Russland, China und die Türkei - ihren Einfluss ausbauen könnten.

3. Taktik

Sie gehören zu den klaren Erweiterungsbefürwortern der EU. Der Beitritt Kroatiens war für Sie selbstverständlich, da Sie mit diesem Land schon lange gute Beziehungen, gerade in wirtschaftlicher Hinsicht, pflegen. Aus eben diesen Gründen setzen Sie sich verstärkt für Montenegro und Nord-Mazedonien ein.

Sie engagieren sich für ein großes Europa, das deutlich über die Grenzen der bisherigen EU hinausgeht. Deshalb plädieren Sie auch für einen Beitritt der Türkei, weil Sie der Ansicht sind, dass die EU sich nicht auf Kriterien, wie eine gemeinsame Religion, Sprache oder einen gemeinsamen ethnischen und kulturellen Hintergrund gründet, sondern auf Werte, wie Demokratie und die Einhaltung der Menschenrechte. Die Wahrung dieser Werte ist für Sie die Voraussetzung für einen Beitritt. Erst wenn die Kandidatenstaaten, vor allem die Türkei, diese Voraussetzung erfüllen, können Sie einer Erweiterung der EU, die Sie grundsätzlich befürworten, zustimmen.

Weitere Ziele sind für Sie die Demokratisierung der EU und die Umweltpolitik. Deshalb fordern Sie eine am Ziel der Nachhaltigkeit ausgerichtete Struktur- und Reformpolitik. Legen Sie besonderen Wert darauf, dass die Beitrittskandidaten ihre nuklearen Anlagen verbessern müssen. Richten Sie zusätzlich eine Kontaktstelle ein, um die Interessen der Beitrittsländer im Europäischen Parlament zur Geltung zu bringen.

Im Zuge der Verhandlungen soll den Beitrittskandidaten umfangreiche Hilfestellung – vor allem im Naturschutz (Stichwort: Reaktorschutz) – gewährt werden.

Als „Gegenleistung“ erwarten Sie aber eine klare Beachtung der Menschenrechte und die Sicherung des Minderheitenschutzes in den beitrittswilligen Ländern. Nehmen Sie auch zu anderen Parteien, die einer Erweiterung positiv gegenüberstehen, Kontakt auf und versuchen Sie, gemeinsame Positionen und Strategien zu entwickeln.



1. Zu Ihrer Rolle

Die Partei Socialistisk Folkeparti (SF) ist eine linksgrüne Partei aus Dänemark. Sie wurde bereits 1959, durch eine Abspaltung der kommunistischen Partei Dänemarks, gegründet.

Das Königreich Dänemark befindet sich im Norden Europas und ist NATO-Gründungsmitglied, sowie seit 1973 Mitglied der Europäischen Union. Die einzige Landesgrenze hat Dänemark zu Deutschland. In Dänemark leben 5,8 Mio. Menschen. Das Königreich ist zudem ein interkontinentaler Staat, da ein Teil des Königreichs (Grönland) sich in Nordamerika befindet. Jedoch wird Grönland, wie auch die Färöer-Inseln (*ebenfalls dänisches Hoheitsgebiet*), autonom verwaltet und ist kein Mitglied der Europäischen Union.

In den Wahlen 2019 zum Folketing (deutsch etwa „Volksversammlung“) in Dänemark konnte die SF sich 15 der 179 Sitze im dänischen Parlament sichern. Die SF konnte mit ihrem Fokus auf den ökologischen Themen in den Europawahlen 2019 einige Wähler überzeugen. Sie konnten nach den Wahlen 2 von 14 Mandate aus Dänemark für sich sichern, welche nun mit anderen 67 Abgeordneten zusammen in der Fraktion Die Grünen/EFA aktiv sind.

Aus der Perspektive der Dänischen Grünen befinden sich Ihr Land und die Europäische Union in einer großen Umbruchphase: Globalisierung, Klima- und Energieproblematik sowie Verteilungsgerechtigkeit sind große Herausforderungen, die die Menschheit zu bewältigen hat. Dänemark verfügt jedoch aus Ihrer Sicht über gute Ausgangsbedingungen, diese Herausforderungen zu meistern, wenn es die aktuellen, strukturellen Defizite erkennt und in den kommenden Jahren umfassende Reformen einleitet. Dennoch sehen Sie auch kritische Aspekte, die Sie verändern wollen.

Die SF möchten gezielt daran arbeiten, die Klima-, Energie- und Umweltkrise zu überwinden; dazu möchten sie einen Rahmen schaffen, der effizient und unbürokratisch den notwendigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel begleitet. Grüne Politik in Dänemark stellt außerdem Friedens- und Sicherheitspolitik in den Vordergrund und zielt dabei auf den Schutz der Menschenrechte, auf internationale Gerechtigkeit und Solidarität, Nachhaltigkeit, Gewaltfreiheit und die Stärkung des internationalen Rechts ab.

Ziel der SF ist es, die EU zu einer sozialen, ökologischen und demokratischen Staatengemeinschaft zu machen, die ihre Rolle in den internationalen Beziehungen wahrnehmen kann.

2. Ihre Partei und die Europäische Erweiterung

Die SF aus Dänemark engagieren sich bei ihrer Europapolitik in erster Linie für das europäische Gemeinwohl; sie berücksichtigen aber bei wichtigen Themen auch die besonderen Interessen Dänemarks. Die Grünen sehen dabei die Erweiterung der EU als wichtige Chance zu einer Überwindung der Spaltung Europas, des Nationalismus und der Trennung zwischen einem reichen und einem armen Europa, wenn sie unter voller Beachtung der Demokratie, der Menschenrechte und der sozialen Grundrechte erfolgt. Die Erweiterung darf nicht für nationalistische Polemik missbraucht werden! Sie kann gelingen, wenn sie ein soziales Projekt ist, und wenn sie auf einem ökologischen Fundament steht.

Auf der Website der SF wurde folgendes geäußert: „In der SF sind wir von Solidarität und Gemeinschaft getrieben. Gemeinsam können wir mehr und besser als individuell. Daher glauben wir auch, dass die Lösungen für die großen Herausforderungen der Welt in Gemeinschaften und gemeinsamen Lösungen liegen - nicht darin, sich selbst, als Land oder als Mensch zu isolieren.“

Da schon die letzte Osterweiterung von den Grünen befürwortet wurde, standen sie auch der Erweiterung um Kroatien positiv gegenüber. Die SF Partei sieht in der Erweiterung eine historische Chance, um die Spaltung Europas zu überwinden, weshalb sich die Partei aktiv für einen raschen Beitritt der Bewerberkandidaten zur EU und gegen starre Übergangsfristen einsetzt.

Sie sprechen sich auch klar für Verhandlungen mit der **Türkei** aus. An dieser Haltung hat sich nichts geändert, auch wenn die Lage in der Türkei genau und kritisch beobachtet wird.

Nach Ansicht der SF gründet sich die Einheit Europas nicht auf Kriterien wie Religion und ethnische Herkunft, sondern einzig und allein auf Demokratie und Wahrung der Menschenrechte. Aus diesem Grund sehen die Grünen die volle Durchsetzung der Menschenrechte und der Demokratie als unabdingbare Voraussetzungen eines Beitritts zur EU an.

3. Taktik

Sie gehören zu den deutlichen Erweiterungsbefürwortern der EU. Sie engagieren sich für ein großes Europa, das deutlich über die Grenzen der bisherigen EU hinausgeht. Deshalb plädieren Sie auch für einen Beitritt der **Türkei**, weil Sie der Ansicht sind, dass die EU sich nicht auf Kriterien wie eine gemeinsame Religion, Sprache oder einen gemeinsamen ethnischen und kulturellen Hintergrund gründet, sondern auf Werte wie Demokratie und die Einhaltung der Menschenrechte.

Die Wahrung dieser Werte ist für Sie die Voraussetzung für einen Beitritt. Erst wenn die Kandidatenstaaten, vor allem die Türkei, diese Voraussetzung ausdrücklich und unzweifelhaft erfüllen, können Sie einer Erweiterung der EU, die Sie grundsätzlich befürworten, zustimmen.

Sie unterstützen die **Staaten des Westbalkans** auf ihrem Weg in die Europäische Union. Sie machen aber deutlich, dass eine Erweiterung an die Einhaltung der Kopenhagener Kriterien gebunden ist. Diese Kriterien sind für Sie nicht verhandelbar.

Weitere Ziele sind für Sie die Demokratisierung der EU und die Umweltpolitik. Deshalb fordern Sie eine am Ziel der Nachhaltigkeit ausgerichtete Struktur- und Reformpolitik. Eines der Ziele in der Zukunft ist es einen Umweltvertrag zu verabschieden und den grünen Protektionismus zu fördern, um die Ökologie zur Priorität Europas zu machen, um schrittweise die vollständige Dekarbonisierung der EU-Wirtschaft zu erreichen. Die Dekarbonisierung steht für einen Umbau der Wirtschaft in Bezug auf die Einsparung von Kohlenstoff oder sogar der Errichtung einer kompletten kohlenstofffreien Wirtschaft. Dabei wird oft der Fokus auf die Energiewirtschaft gelegt.

Als „Gegenleistung“ erwarten Sie aber eine klare Beachtung der Menschenrechte und die Sicherung des Minderheitenschutzes in den beitriftswilligen Ländern. Nehmen Sie auch zu anderen Parteien, die einer Erweiterung positiv gegenüberstehen, Kontakt auf und versuchen Sie, gemeinsame Positionen und Strategien zu entwickeln.

Die Abgeordnete/der Abgeordnete der EFA im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Frankreich (Europe Écologie-Les Verts, EELV)



1. Zu Ihrer Rolle

Die Partei Europe Écologie-Les Verts (EELV) ist die grüne Partei Frankreichs. Sie wurde am 13. November 2010, durch eine Fusion der Partei Les Verts und dem Wahlbündnis Europe Europe Écologie, gegründet.

Frankreich gehört zu den Mitbegründern der europäischen Integration, wobei die Überwindung der langjährigen Feindschaft zum Nachbarn Deutschland und der Aufbau einer Vertrauensbeziehung zwischen den beiden Ländern immer zu den treibenden Kräften des europäischen Einigungsprozesses gehört haben. Frankreich betrachtet den Erweiterungsprozess als ein Symbol für das Ende der Teilung Europas. Die Durchsetzung der Werte des Friedens, der Demokratie und der Solidarität, die seit der Gründung der Gemeinschaft im Zentrum des europäischen Aufbaus stehen, ist ein wichtiger Bestandteil französischer Politik. Die Erweiterung der Europäischen Union ist eine Folge der geographischen und geschichtlichen Logik des Kontinents und gleichzeitig eine historische Herausforderung.

In den Wahlen 2017 zur Nationalversammlung in Frankreich konnte die EELV lediglich 1 von 577 Sitzen sichern. Im Gegensatz dazu konnte EELV mit ihrem Fokus auf den ökologischen Themen in den Europawahlen 2019 einige Wählerinnen und Wähler überzeugen. Sie konnte sich nach den Wahlen 9 von zunächst 79 Mandaten der Grünen/EFA im Europäischen Parlament sichern.

Aus der Perspektive der französischen Grünen befinden sich Ihr Land und die Europäische Union in einer großen Umbruchphase: Globalisierung, Klima- und Energieproblematik sowie Verteilungsgerechtigkeit sind große Herausforderungen, die die Menschheit zu bewältigen haben. Frankreich verfügt jedoch aus Ihrer Sicht über gute Ausgangsbedingungen, diese Herausforderungen zu meistern, wenn es die aktuellen strukturellen Defizite erkennt und in den kommenden Jahren umfassende Reformen einleitet. Dennoch sehen Sie auch kritische Aspekte, die Sie verändern wollen.

Die EELV möchten gezielt daran arbeiten, die Klima-, Energie- und Umweltkrise zu überwinden; dazu möchten sie einen Rahmen schaffen, der effizient und unbürokratisch den notwendigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel begleitet. Grüne Politik in Frankreich stellt außerdem Friedens- und Sicherheitspolitik in den Vordergrund und zielt dabei auf den Schutz der Menschenrechte, auf internationale Gerechtigkeit und Solidarität, Nachhaltigkeit, Gewaltfreiheit und die Stärkung des internationalen Rechts ab.

Ziel der EELV ist es, die EU zu einer sozialen, ökologischen und demokratischen Staatengemeinschaft zu machen, die ihre Rolle in den Internationalen Beziehungen wahrnehmen kann.

2. Ihre Partei und die Europäische Erweiterung

Die EELV aus Frankreich engagieren sich bei ihrer Europapolitik in erster Linie für das europäische Gemeinwohl; sie berücksichtigen aber bei wichtigen Themen auch die besonderen Interessen Frankreichs. Die Grünen sehen dabei die Erweiterung der EU als wichtige Chance zu einer Überwindung der Spaltung Europas, des Nationalismus und der Trennung zwischen einem reichen und einem armen Europa, wenn sie unter voller Beachtung der Demokratie, der Menschenrechte und der sozialen Grundrechte erfolgt. Die Erweiterung darf nicht für nationalistische Polemik missbraucht werden! Sie kann gelingen, wenn sie ein soziales Projekt ist, und wenn sie auf einem ökologischen Fundament steht.

Die EELV aus Frankreich fordern darüber hinaus eine Gesamtstrategie zur Heranführung Südosteuropas zur EU, die für alle Staaten einen gleichen und klaren Zugang zu EU-Fördermitteln gewährleistet - unabhängig davon, ob sie bereits Kandidatenstatus haben oder noch nicht. Des Weiteren wird Visafreiheit für alle Bewohnerinnen und Bewohner des Westbalkans gefordert.

Da schon die Osterweiterung von den Grünen befürwortet wurde, standen sie auch der Erweiterung um Kroatien positiv gegenüber. Die EELV Partei sieht in der Erweiterung eine historische Chance, um die Spaltung Europas zu überwinden, weshalb sich die Partei aktiv für einen raschen Beitritt der Bewerberkandidaten zur EU und gegen starre Übergangsfristen einsetzt.

Die Grünen sprechen sich klar für Verhandlungen mit der **Türkei** aus. An dieser Haltung hat sich nichts geändert, auch wenn die Lage in der Türkei genau und kritisch beobachtet wird.

Nach Ansicht der EELV gründet sich die Einheit Europas nicht auf Kriterien wie Religion und ethnische Herkunft, sondern einzig und allein auf Demokratie und Wahrung der Menschenrechte. Aus diesem Grund sehen die Grünen die volle Durchsetzung der Menschenrechte und der Demokratie als unabdingbare Voraussetzungen eines Beitritts zur EU an.

3. Taktik

Sie gehören zu den deutlichen Erweiterungsbefürwortern der EU. Der Beitritt Kroatiens war für Sie selbstverständlich, da Sie mit diesem Land schon lange gute Beziehungen, gerade in wirtschaftlicher Hinsicht, pflegen. Auch zu **Montenegro** und **Nord-Mazedonien** unterhalten Sie gute Beziehungen. Deswegen setzen Sie sich verstärkt für diese beiden Länder ein. Bei den anderen vier **Westbalkanstaaten** schauen Sie zwar genau hin, sind grundsätzlich aber auch positiv gestimmt, was eine Erweiterung angeht.

Sie engagieren sich für ein großes Europa, das deutlich über die Grenzen der bisherigen EU hinausgeht. Deshalb plädieren Sie auch für einen Beitritt der **Türkei**, weil Sie der Ansicht sind, dass die EU sich nicht auf Kriterien wie eine gemeinsame Religion, Sprache oder einen gemeinsamen ethnischen und kulturellen Hintergrund gründet, sondern auf Werte wie Demokratie und die Einhaltung der Menschenrechte.

Die Wahrung dieser Werte ist für Sie die Voraussetzung für einen Beitritt. Erst wenn die Kandidatenstaaten, vor allem die Türkei, diese Voraussetzung ausdrücklich und unzweifelhaft erfüllen, können Sie einer Erweiterung der EU, die Sie grundsätzlich befürworten, zustimmen.

Weitere Ziele sind für Sie die Demokratisierung der EU und die Umweltpolitik. Deshalb fordern Sie eine am Ziel der Nachhaltigkeit ausgerichtete Struktur- und Reformpolitik. Eines der Ziele in der Zukunft ist es einen Umweltvertrag zu verabschieden und den grünen Protektionismus zu fördern, um die Ökologie zur Priorität Europas zu machen, um schrittweise die vollständige Dekarbonisierung der EU-Wirtschaft zu erreichen. Die Dekarbonisierung steht für einen Umbau der Wirtschaft in Bezug auf die Einsparung von Kohlenstoff oder sogar der Errichtung einer kompletten kohlenstofffreien Wirtschaft. Dabei wird oft der Fokus auf die Energiewirtschaft gelegt.

Als „Gegenleistung“ erwarten Sie aber eine klare Beachtung der Menschenrechte und die Sicherung des Minderheitenschutzes in den beitriftswilligen Ländern. Nehmen Sie auch zu anderen Parteien, die einer Erweiterung positiv gegenüberstehen, Kontakt auf und versuchen Sie, gemeinsame Positionen und Strategien zu entwickeln.

Die Fraktion Europäische Konservative und Reformier (EKR)



Die Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformier (EKR) ist eine 2009 gegründete stark (national)-konservative und deutlich europakritische, in Teilen sogar rechtspopulistische Fraktion im Europäischen Parlament. Mit insgesamt 62 Europaabgeordneten aus 15 Ländern (Stand: 27.05.2020) ist sie nach den Wahlen 2019 nur noch die sechstgrößte der sieben Fraktionen des Parlaments. Die größte Partei der Fraktion ist die polnische „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS). Die EKR wurde am 22. Juni 2009 nach der Europawahl im Jahr 2009 gegründet. Ein Großteil ihrer Mitglieder gehörte der christdemokratisch-konservativen Fraktion EVP an. Die britische Conservative Party, die tschechische ODS, die polnische PiS und die lettische TB/LNNK waren Gründungsmitglieder.

Die Fraktion wünscht sich ein Europa, das hauptsächlich ökonomische und technische Fragen im Hinblick auf die großen Herausforderungen der Globalisierung beantwortet. Programmatisch betont die Fraktion den Ausbau der inneren Sicherheit durch Verschärfung von Strafgesetzen in den Mitgliedstaaten (bis hin zu Forderungen nach der Wiedereinführung der Todesstrafe – diese Forderung ist jedoch mit dem geltenden EU-Recht nicht vereinbar!). Auch eine von der EKR-Fraktion geforderte Politik, die Rechte von Schwulen und Lesben aberkennt, wird von der Mehrheit im Europäischen Parlament sehr deutlich abgelehnt.

Unter dem Motto „Nein zu den Vereinigten Staaten von Europa: Ja zu einem Europa der vereinigten Staaten“ soll auch die Position der Nationalstaaten innerhalb der Europäischen Union und deren Souveränität und Unterschiedlichkeit gewahrt bleiben. Kulturen, Sprachen und die nationalen Identitäten sollen stärker geschützt werden. Nach Ansicht der EKR-Fraktion muss ein Großteil der politischen Macht bei den Mitgliedstaaten verbleiben, und die EU soll sich hier möglichst nicht einmischen. Die EKR befürwortet die Vision des ehemaligen französischen Präsidenten de Gaulle von einem „vereinten Europa vom Ural bis zum Kaukasus“ ohne auf nationale Selbstständigkeit zu verzichten. Die konkrete Erweiterung der EU ist aber nicht ihr eigentliches Thema, auch wenn sie vage die Union als offen für Länder betrachtet, die vollständig den wirtschaftlichen Bedingungen in der Union entsprechen können.

Angesichts der immer wiederkehrenden Krisen auf dem Balkan fordert die Fraktion auch eine starke gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Mitgliedstaaten der EU, die mit den notwendigen Mitteln versehen ist und der Instrumente zur Verfügung stehen, um Krisen aktiv zu lösen und Europa zu einem ernst zu nehmenden Akteur auf Weltebene zu machen. In der Innen- und Rechtspolitik lehnt die Fraktion eine Vereinheitlichung der Vorschriften unter dem Dach der Europäischen Union ab und setzt auch hier auf nationale Unterschiedlichkeit.

Ihre Aufgabe als Mitglied der Fraktion:

Zur Verfolgung Ihrer Interessen benötigen Sie die Unterstützung anderer politischer Gruppen, wobei Sie bedenken sollten, dass besonders die Europäische Volkspartei und die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas eine wichtige Rolle im EP spielen und Ihre Initiativen im Zweifelsfall auch blockieren können, indem sie kleinere „Koalitionspartner“ finden.

So liegt es an Ihnen, den richtigen Mittelweg zu finden. Denn einerseits müssen Sie einen Kompromiss suchen – das kann jedoch zur Aufgabe Ihres politischen Profils führen –, andererseits kann das Festhalten an den eigenen Positionen zu einer Schmälerung des Einflusses des EP führen, wenn Sie sich mit Ihren Kollegen nicht einigen können.

In jeder Fraktion gibt es spezielle Experten für bestimmte Politikbereiche. Sie gehören dem „Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten“ an. Sie arbeiten hauptsächlich an Fragen der zukünftigen Gestaltung einer sich wandelnden und erweiternden Europäischen Union. Es liegt an Ihnen, die Chancen und Risiken der Erweiterung zu verstehen und gegeneinander abzuwägen. Ihre Aufgabe ist es, sich mit den anderen Mitgliedern Ihrer Fraktion über eine gemeinsame Position gegenüber der Erweiterungsfrage zu verständigen. Weiterhin werden Sie sich

auf die Suche nach Verbündeten in den anderen Fraktionen begeben, mögliche Koalitionen finden und die Thematik im Parlament kontrovers diskutieren, um den politischen Gegner von der eigenen politischen Auffassung zu überzeugen.

Denken Sie dabei daran: Es ist nutzlos, nur zu reden, ohne zuzuhören. Um die Arbeit des EP effektiv zu gestalten, müssen Sie an einem Kompromiss arbeiten, damit Sie auch solchen Vorschlägen des Rates der Union erfolgreich entgegenreten können, die möglicherweise nicht auf der Linie des EP liegen.



1. Zu Ihrer Rolle

Die als konservative und wirtschaftsliberal einzustufende Občanská demokratická strana (ODS, bürgerliche demokratische Partei) wurde 1991 gegründet. Seit der Unabhängigkeit Tschechiens war die ODS zusammen mit der sozialdemokratischen Partei Tschechiens eine der beiden dominierenden Parteien und stellte mehrmals den Ministerpräsidenten. Nach Verlusten bei den Parlamentswahlen 2013, wird die ODS 2017 wieder zweitstärkste Kraft, allerdings mit großem Abstand zur ANO Partei, die mit Andrej Babiš den Ministerpräsidenten stellt.

Die Tschechische Republik ist erst 1993 entstanden, als der slowakische Landesteil sich einvernehmlich aus der alten Tschechoslowakei herauslöste. Die Bürgerinnen und Bürger des alten gemeinsamen Staates hatten die kommunistische Diktatur 1989 friedlich beendet. Beide neuen Länder strebten anschließend gemeinsam in die Europäische Union und wurden schließlich 2004 Mitglieder. Die anfängliche „Europaeuphorie“, als der Beitritt feststand, wurde jedoch durch das deutliche Erstarken europaskeptischer Kräfte im Land gedämpft. Das „Ja“ der Tschechen im Referendum über den Beitritt zur Europäischen Union, fiel dann auch nicht so eindeutig aus, wie erhofft. Während die Slowakei bereits 2009 den Euro einführt, hat Tschechien bisher die eigene Währung Krone behalten.

Seit der Wahl 2017 rückte Tschechien noch weiter nach rechts. Populisten, Europaskeptiker und fremdenfeindliche Politiker haben starken Aufwind bekommen. Der eindeutige Wahlsieg des mehrfachen Milliardärs Andrej Babiš, der mit seiner ANO-Partei rund 30 Prozent der Stimmen gewann, ist allein schon alarmierend genug. Babiš ist Populist. Seitdem der Unternehmer Mitte des Jahrzehnts die politische Bühne betrat, hat er seine Positionen und die seiner ideologiefreien Partei nach Wind und Wählerstimmen ausgerichtet: von pro-EU zu EU-Skepsis, von Zustimmung zu Einwanderung ins Gegenteil und um Arbeitskräfte ringende Tschechien zu Ablehnung, vom Euro-Befürworter zum Euro-Gegner. Nur noch 29 Prozent der Bevölkerung hält die EU für eine gute Sache.

Neben Polen, Ungarn und der Slowakei hat sich auch ein Großteil der tschechischen Bevölkerung klar gegen die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen positioniert und spricht sich damit eindeutig gegen Einwanderung, Integration und Vielfalt aus. Auch in den Medien ist die EU-feindliche Haltung nicht untergegangen.

Die Haltung der ODS gegenüber der EU war durchgehend eher skeptisch, bestenfalls neutral, obwohl sie selbst in ihrer Regierungszeit in der Tschechischen Republik den Beitritt zur Europäischen Union betrieben hat. Einem Zusammenwachsen der europäischen Wirtschaftssysteme steht die ODS allerdings sehr offen gegenüber. Bei der Europawahl 2019 trat man an unter dem Motto „Wir sind das Herz von Europa und wollen gehört werden“. Man will die EU reformieren in Richtung von weniger Bürokratie und mehr Flexibilität. Durch Stärkungen der EU-Außengrenze, soll die Offenhaltung der inneren Grenzen für den freien Handel sichergestellt werden.

Die ODS hat die Fraktion EKR im Jahre 2009 mitgegründet, nachdem man mit seiner in Teilen EU-kritischen Haltung und eher nationalen, liberalen und säkularen Prägung die Zusammenarbeit mit der Fraktion der Europäischen Volkspartei überdachte. Bei den Europawahlen 2019 konnte die ODS ihr vorheriges Ergebnis verdoppeln und stellt nun 4 Abgeordnete im EP.

2. Ihre Partei und die Europäische Erweiterung

Die ODS schätzt die EU vor allem für ihre wirtschaftliche Integration und sieht die Erweiterung des Binnenmarktes grundsätzlich positiv. Allerdings hat die Partei auch auf problematische oder sogar negative Seiten der europäischen Integration aufmerksam gemacht: zu viel Bürokratie, zu viel Regulation, zu viele Kompetenzen in Brüssel

und die drohende Beschränkung von tschechischen Nationalinteressen. Die von der Regierung ausgehandelten Beitrittsbedingungen hat die ODS stark kritisiert und die Position der neuen Mitgliedstaaten allgemein als unvorteilhaft betrachtet. Diskussionen und Bemühungen um eine Vertiefung der europäischen Integration, hielt die ODS meistens für unpassend.

In Bezug auf die Erweiterung der EU um die **Türkei** und **Staaten des Balkans** ist die Meinung der ODS der offiziellen außenpolitischen Haltung der Tschechischen Republik sehr ähnlich. Die Kopenhagener Kriterien sind für Tschechien essenziell. Eine Beitrittsoption soll nur denjenigen Ländern eröffnet werden, die unmissverständlich die Kopenhagener Kriterien erfüllen. Auch ihrer Ansicht nach soll der Erweiterungsprozess auf der Grundlage der Kopenhagener Kriterien fortgesetzt werden.

Innerhalb der Partei existiert eine offene Unterstützung für die nächste EU-Erweiterung, die aber gründlich vorbereitet werden muss und keinesfalls negativen Einfluss auf den jetzigen Stand der wirtschaftlichen Integration haben darf. Ein ökonomisch instabiler oder stark rückständiger Beitrittskandidat hat bei Ihnen keinerlei Chance auf die EU-Mitgliedschaft, solange er seine ökonomische Lage nicht stabilisiert und das Wirtschaftswachstum vorantreibt. Die Aufnahme eines solchen Landes in die Gemeinschaft könnte das erreichte Wirtschaftsniveau der jetzigen EU bedrohen.

3. Taktik

Als tschechische Abgeordnete/tschechischer Abgeordneter der Partei ODS stehen Sie dem europäischen Integrationsprozess nicht gerade enthusiastisch gegenüber. Sie schätzen zwar einerseits die Vorteile der Integration, vor allem die Liberalisierung des Außenhandels und die Beschleunigung des Warenverkehrs auf dem Binnenmarkt, andererseits bemühen Sie sich aber nur schwach um eine weitere Vertiefung der Integration. Tendenzen zur Föderalisierung der EU und zur Verschiebung von weiteren Kompetenzen auf das europäische Niveau lehnen Sie wiederholt und eindeutig ab. Sie verweisen dabei auf das in Verträgen verankerte Subsidiaritätsprinzip und auf die nationale Souveränität und Vielfalt der Mitgliedstaaten.

Sie unterstützten in der Vergangenheit die Erweiterungsrounden der EU im Allgemeinen, wobei es zunächst (nur) um Kroatien ging. Sie bestehen bei der Fortführung des Erweiterungsprozesses aber vehement auf einer präzisen Vorbereitungsphase, die konsequent von der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien ausgeht. Die politische und ökonomische Bereitschaft jedes Kandidaten zur Erfüllung dieser Kriterien ist für Sie entscheidend, um den Beitrittsanträgen zustimmen zu können.

Im Falle einer Erweiterung warnen Sie außerdem vor einer finanziellen Überforderung der EU. Sie argumentieren insbesondere damit, dass die Subventionen der Strukturfonds für die Wirtschaftsankurbelung der mittlerweile zwölf neuen Mitgliedstaaten (einschließlich Tschechiens) schon jetzt nicht ausreichend sind. Sie wollen ihre finanzielle Unterstützung nicht einbüßen. Deswegen und auch wegen der fehlenden Konkurrenzfähigkeit im Landwirtschaftssektor, setzen Sie sich stark für eine schnelle und radikale Reform der gemeinsamen Agrarpolitik und für die Verschiebung eines großen Teils der Finanzmittel in die regionale Strukturhilfe ein.

Die Abgeordnete/der Abgeordnete der EKR im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Lettland (VL-TB/LNNK)



1. Zu Ihrer Rolle

Lettland ist der mittlere der drei baltischen Staaten (Estland und Litauen) in Osteuropa. Lettland grenzt an die Ostsee, im Norden an Estland, im Süden an Litauen sowie im Osten an die Nicht-EU-Staaten Weißrussland und Russland. Mit ca. 1,9 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern ist Lettland einer der kleineren EU-Staaten. Die Mitgliedschaften in der EU und in der NATO haben für die lettische Außenpolitik eine große Bedeutung. Lettland erklärte im Jahr 1989 seine Unabhängigkeit von der Sowjetunion und gab sich 1991 eine eigene Verfassung. Im selben Jahr erkannte die Sowjetunion auch formell die Unabhängigkeit Lettlands an. Die lettischen Beziehungen zu Russland bleiben durch die gemeinsame kommunistische Vergangenheit angespannt. Seit Beginn der Unabhängigkeit verfolgt das Land konsequent eine pro-westliche und marktwirtschaftliche Politik. Die Bevölkerung von Lettland stimmte im September 2003 mit 67 Prozent für einen EU-Beitritt, allerdings gab es große regionale Differenzen – in Valmiera befürworteten 87 Prozent einen Beitritt, während er im russischgeprägten Daugavpils von 67 Prozent der Bevölkerung abgelehnt wurde. Am 1. Mai 2004 trat Lettland im Zuge der Osterweiterung der EU bei und nahm im gleichen Jahr erstmals an den Wahlen zum Europäischen Parlament teil. Lettland entsendet nun neun Abgeordnete in das Europäische Parlament. Ebenfalls im Jahr 2004 trat Lettland zusammen mit weiteren Ländern der NATO bei.

Nacionālā apvienība „Visu Latvijai!” – „Tēvzemei un Brīvībai/LNNK” (deutsch Nationale Vereinigung „Alles für Lettland“ – „Für Vaterland und Freiheit/Lettische Nationale Unabhängigkeitsbewegung“; kurz Nacionālā apvienība, NA oder VL-TB/LNNK) ist eine politische Partei in Lettland, die sich am 23. Juli 2011 aus zwei Vorgängerparteien bildete. Die Wurzeln der Partei liegen in der lettischen Unabhängigkeitsbewegung aus den 80er Jahren. Bereits 2010 waren die rechtsextreme Partei Visu Latvijai! („Alles für Lettland!“) und die gemäßigtere, nationalkonservative Tēvzemei un Brīvībai/LNNK („Für Vaterland und Freiheit“) in einem Wahlbündnis zu den lettischen Parlamentswahlen angetreten.

In der nationalen Innenpolitik ist das weit rechtsstehende Parteienbündnis mittlerweile keine dominierende politische Kraft mehr, dennoch stellt sie aktuell 12 der 100 nationalen Parlamentsabgeordneten. Die Partei ist besonders daran interessiert, die lettische Sprache und Kultur an zukünftige Generationen weiterzugeben und die Folgen der sowjetischen Besatzung zu beseitigen. Dabei hat sich die Allianz innenpolitisch immer wieder mit feindlichen Initiativen insbesondere gegenüber der großen russischen und auch der polnischen Minderheiten hervorgetan. So strebte die Partei mit dem Referendum „Für ein lettisches Lettland“ eine Verhinderung des Zugriffs von Minderheitenrechten für Russinnen und Russen, Ukrainerinnen und Ukrainern sowie Polinnen und Polen an. Ebenso fordert die Partei die Rückgabe der nach dem Zweiten Weltkrieg abgetrennten Gebiete, die Teile Russlands wurden. Mit Steuer-, Finanz- und Energiepolitik ist die lettische Wirtschaft ein weiterer Themenschwerpunkt.

Gleichzeitig tritt die Partei für eine finanzielle Stärkung wirtschaftlich schwächerer Familien ein und plädiert für einen stärkeren Fokus auf Themen der Umweltpolitik. Die Partei erkennt – im Gegensatz zu vielen rechten und rechtspopulistischen europäischen Parteien – die Tatsache des menschenverursachten Klimawandels an und fordert dazu auf, politische Konsequenzen zu ziehen.

Seit 2009 gehören Mitglieder von Vorläuferparteien des Europäischen Parlaments den Europäischen Konservativen und Reformisten (EKR) an. Bei den letzten Europawahlen hat VL-TB/LNNK dennoch erneut mit ihren politischen Ansichten in Lettland gut bei den Wählerinnen und Wählern punkten können. Zwei der acht lettischen Abgeordneten im Europaparlament werden weiterhin von diesem Wahlbündnis gestellt.

Die Partei zeichnet sich durch eine ausgeprägt skeptische Haltung gegenüber der EU aus und stellt nationale Anliegen vor alle europäischen Angelegenheiten. Deshalb plädiert die Partei für eine Rückverlagerung von Kompetenzen von der europäischen Ebene auf die Ebene der Mitgliedstaaten. Eine vertiefte Kooperation auf europäischer Ebene wird daher nicht gewünscht. Bei der Zielformulierung einer sicheren Zukunft des lettischen Staates spricht man zwar von der Familie der europäischen Länder, aber nicht von der Europäischen Union. In Ihrem aktuellen Wahlprogramm „Programm mit 4000 Zeichen“ finden sich die Begriffe „Europa“ und „Europäische Union“ schon gar nicht mehr wieder.

Während sich die VL-TB/LNNK selbst als „nationalkonservativ“ bezeichnet, wird sie von Kritikerinnen und Kritikern als „rechtspopulistisch bis rechtsradikal“ beschrieben, die insbesondere Sympathien für den Nationalsozialismus der 30er und 40er Jahre des letzten Jahrhunderts nicht vollkommen und glaubhaft leugnet.

2. Ihre Partei und die Europäische Erweiterung

Grundsätzlich verschließt sich die Partei nicht vor einer vorsichtigen, langsamen Erweiterung um weitere europäische Staaten. Gerade mit den **Staaten des Balkans** verbindet sie eine ähnliche Geschichte auf dem Weg zur Unabhängigkeit. Allerdings sieht die Partei große Probleme bei einem Beitritt der **Türkei**. Eine Aufnahme sei aus kulturellen Gründen nicht zu befürworten. Mit Blick auf die Größe der Türkei droht zudem Handlungsunfähigkeit der EU im Falle eines Beitritts.

Als kleiner Mitgliedstaat wollen Sie nicht, dass Ihrem Land noch weniger Bedeutung zukommt. Die Abgabe von Kompetenzen auf die Ebene der EU sehen sie bereits problematisch, dann wollen Sie nicht noch das Risiko erhöhen, von der Türkei und den anderen großen Staaten in der EU fremdbestimmt zu werden.

3. Taktik

Sie sitzen als Vertreterin/Vertreter der VL-TB/LNNK in der Fraktion der EKR für ein Europa der Nationen. Sie brauchen die Unterstützung anderer politischer Gruppen, um Ihre Positionen als Positionen des Parlaments einbringen zu können. Versuchen Sie deshalb, die Unterstützung der stark vertretenen Europäischen Volkspartei für Ihre Anliegen zu gewinnen.

Bei den zu behandelnden Themen im Ausschuss unterstreichen Sie stets Ihren Unabhängigkeitswillen und Ihre Abneigung gegen zu viel politische Macht bei den EU-Institutionen. Für diese Anliegen finden Sie mögliche Unterstützung bei anderen, Vertreterinnen und Vertretern konservativer Parteien. Auch bei den konservativen Abgeordneten der anderen baltischen Staaten dürften Sie Zuspruch erhalten.

Sie sprechen sich sehr offen gegen einen Beitritt der Türkei aus, da diese Ihrer Überzeugung nach schon groß genug ist und ein Beitritt der Türkei die Handlungsfähigkeit der EU sprengen würde. Zudem würden sich durch einen möglichen Beitritt der Türkei die Prioritäten zugunsten der südosteuropäischen Region verlagern.

Einen Beitritt der Balkanstaaten und möglicher weiterer Kandidaten aus der Region möchten Sie dagegen aufgrund der gemeinsamen Erfahrung einer kommunistischen Herrschaft nicht verhindern. Trotzdem treten Sie nicht als Fürsprecher dieser Staaten auf.

Für Sie stehen in erster Linie Sicherheitsaspekte im Vordergrund, die durch eine Mitgliedschaft in der EU gewährleistet werden können. Jede weitere politische und institutionelle Vertiefung der Europäischen Union, die mit einem Beitritt weiterer Staaten verbunden sein könnte, lehnen Sie deutlich ab.

1. Zu Ihrer Rolle

Die **Staatkundig Gereformeerde Partij** (SGP) ist eine kleine, stark evangelisch-reformiert geprägte Partei aus den Niederlanden (*staatkundig* ist ein alter niederländischer Begriff für „politisch“). Sie wurde 1918 in der südwestlichen Region Zeeland gegründet und ist damit die älteste noch aktive Partei der Niederlande. Diese radikal konservative und christliche Partei ist seit 1922 durchgehend im Parlament der Niederlande vertreten, aber seit 1994 nur mit jeweils zwei Abgeordneten. Sie erreicht in einigen Regionen der Niederlande bis heute sehr gute Wahlergebnisse.

Die Niederlande waren bereits Gründungsmitglied der Europäischen Gemeinschaften in den 1950er Jahren. Nach dem Ende der Ost-West-Teilung des Kontinents gründete es zusammen mit 11 weiteren Staaten Westeuropas die Europäische Union. Die Niederlande sind ein Zentralstaat mit Provinzen, die zum Teil kulturelle Eigenrechte besitzen.

Im Europäischen Parlament ist die SGP seit 2009 mit einem Abgeordneten vertreten. Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament tritt sie zusammen mit der ChristenUnie (CU, deutsch: Christen-Union) an, welche allerdings nicht mehr, wie die SGP zur Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformen, sondern zur Europäischen Volkspartei gehört. Die SGP ist eher euroskeptisch einzuordnen, auch wenn man mit der Europäischen Union die Möglichkeit verbindet, Frieden, Gerechtigkeit und Wohlstand in Europa zu gestalten.

Die Partei sieht ihre Grundlagen in der Bibel. Sie ist eine der wenigen nicht-islamischen Gruppierungen im heutigen Europa, die einen „Staat Gottes“ anstreben. Zu ihrem Programm gehört es, „alle Abgötterei und falsche Religion abzuwehren und auszurotten“. Um den Tag des Herrn zu ehren, will sie erreichen, dass Läden und Vergnügungstätten am Sonntag geschlossen sein müssen, damit niemand die Sonntagsruhe bricht.

Frauen durften bis 2007 weder aktive Mitglieder der SGP sein noch in ihrem Namen Abgeordnetensitze oder Verwaltungsposten bekleiden. Im Jahr 2005 sprach das Landgericht in Den Haag ein Urteil, demzufolge der niederländische Staat der SGP darum keine Subventionen mehr zahlen durfte. Innerhalb der Partei entstand dadurch eine erneute Diskussion über die Frauenmitgliedschaft. Schon in den neunziger Jahren wollte eine knappe Mehrheit Frauen als vollwertige Mitglieder zulassen, die benötigte Zweidrittelmehrheit für einen solchen Beschluss konnte jedoch nicht erreicht werden. Im März 2007 sprachen sich bei einer Generalversammlung der Partei drei Viertel der Mitglieder für eine Änderung der Parteisatzung aus, um so die Frauenmitgliedschaft zu ermöglichen. Gleichzeitig wurde den Fundamentalisten in der Partei versprochen, dass Frauen auch künftig keine Abgeordnetensitze innehaben dürfen.

Ein weiteres wichtiges Thema für die SGP ist die Abwehr staatlichen Einflusses auf die Familien. Dies wird besonders in Bezug auf die Impfpflicht deutlich. In den Niederlanden besteht keine Impfpflicht. Während die meisten Eltern sich selbst und ihre Kinder impfen lassen, lehnen etliche Anhänger auch der SGP dies, als Eingriff in die göttliche Fügung, ab. Zuletzt kam es 1978 in einigen Dörfern der Niederlande zu über 100 Polio-Fällen. Alle Betroffenen waren aus religiösen Gründen nicht geimpft worden („Gott bringt über mich, was er für mich entschieden hat“).

2. Ihre Partei und die europäische Erweiterung

Auch wenn man die Niederlande weiterhin in der Europäischen Union sieht, ist man nicht zufrieden damit, wie gemeinsame Regeln aufgestellt und durchgesetzt werden. Die Vielfalt und Individualität der Mitgliedstaaten wer-

den bei den Regelungen bereits jetzt kaum berücksichtigt und man würde sich bei der Aufnahme weiterer Staaten vermutlich noch weiter von den Vorstellungen ihrer Partei entfernen. Man ist außerdem nicht bereit Vorteile der Mitgliedschaft mit anderen zu teilen, wenn eigene Privilegien dadurch gefährdet werden.

Die Europäische Union ist für ihre Partei darüber hinaus eine Gemeinschaft, in der gemeinsame Werte geformt und durchgesetzt werden. Die SGP tritt vehement für eine Verankerung christlicher Werte in der Europäischen Union ein und fordert, dass diese auch schon bei der Entscheidung über einen Kandidatenstatus berücksichtigt werden. Dabei setzt sich die Partei über den Grundsatz der Religionsfreiheit in der Europäischen Union lautstark hinweg.

In Bezug auf die erneute Erweiterung der EU sieht die Partei also deutliche Probleme. Man sieht sich in der Situation die christliche Kultur und die Traditionen der Niederlande verteidigen zu müssen. Der Beitritt der muslimisch geprägten Türkei ist für Sie nicht möglich. Auch die Aufnahme der Balkanstaaten mit einer auch nur teilweise muslimischen Bevölkerung wird aus kulturellen Gründen und aufgrund einer drohenden Handlungsunfähigkeit der EU kritisch gesehen.

3. Taktik

Sie sitzen als Vertreterin/Vertreter der SGP in der Fraktion der EKR. Sie brauchen die Unterstützung anderer politischer Gruppen, um Ihre Positionen als Positionen des Parlaments einbringen zu können. Versuchen Sie deshalb, die Unterstützung der stark vertretenen Europäischen Volkspartei, die sich ebenso für christliche Werte einsetzt, für Ihre Anliegen zu gewinnen.

Bei den zu behandelnden Themen im Ausschuss unterstreichen Sie stets Ihren Unabhängigkeitswillen und Ihre Abneigung gegen zu viel politische Macht bei den EU-Institutionen. Für diese Anliegen finden Sie mögliche Unterstützung bei anderen, insbesondere deutschen, Vertreterinnen und Vertretern konservativer Parteien. Auch bei den konservativen Abgeordneten der anderen Staaten dürften Sie Zuspruch erhalten.

Sie sprechen sich sehr offen gegen einen Beitritt der Türkei zur EU aus, da Ihrer Überzeugung nach die EU schon groß genug ist und ein Beitritt der Türkei die Handlungsfähigkeit der EU sprengen würde. Die aus Ihrer Sicht alltäglich stattfindende Verfolgung von Christinnen und Christen in der Türkei ist dabei ein weiterer Ausschlussgrund für Sie.

Einen Beitritt christlich geprägter Balkanstaaten und möglicher weiterer Kandidaten aus der Region möchten Sie dagegen nicht grundsätzlich verhindern. Trotzdem treten Sie nicht als Fürsprecher dieser Staaten auf, solange diese sich nicht eindeutig zum christlichen Fundament bekennen und deutlich machen, dass das Christentum der Wegweiser für ihre politische Ausrichtung ist.

Die Abgeordnete/der Abgeordnete der EKR im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus der Slowakei (SaS)



1. Zu Ihrer Rolle

Die als EU kritische und wirtschaftsliberal einzustufende Sloboda a Solidarita (SaS) wurde am 28.02.2009 gegründet. Die Partei war von 2010 bis 2012 erstmals an einer Regierung beteiligt. Nach den Parlamentswahlen 2020 konnte sich die SaS 13 der 150 Sitze sichern und ist damit die drittgrößte Partei im slowakischen Parlament. Zuvor, im Jahr 2014, hatte die Partei eine kurze Zugehörigkeit zur ALDE-Fraktion, bevor sie diese im gleichen Jahr wieder verließ und nun Teil der EKR-Fraktion ist.

Zusammen mit dem nordwestlichen Nachbarn Tschechien war die Slowakei seit dem 11. Jahrhundert ein Teil des österreichisch-ungarischen Reiches. Erst nach dem Ersten Weltkrieg erhielt die Tschechoslowakei die Unabhängigkeit von Österreich-Ungarn. Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges geriet sie in den Einflussbereich der Sowjetunion und wurde Teil des Ostblocks. Nach deren Zusammenbruch verstärkten sich die bestehenden Spannungen zwischen Tschechen und Slowaken. Aus der friedlichen Trennung gingen 1993 die beiden unabhängigen Republiken Tschechien und Slowakei hervor.

Nachdem der Beitritt zur Europäischen Union in einem Referendum von 92,46 Prozent der teilnehmenden Slowaken befürwortet wurde, trat die Slowakei schließlich am 1. Mai 2004 der EU bei. Darüber hinaus ist die Slowakei am 29. März 2004 der NATO beigetreten und verfügt seit 2005 über eine Berufsarmee.

Die Innenpolitik wurde in den letzten Jahren insbesondere von der Ermordung des slowakischen Journalisten Ján Kuciak geprägt. Der Mörder muss nun für 23 Jahre ins Gefängnis. Zu diesem Urteil kam im Frühjahr 2020 der Spezialstrafgerichtshof Pezinok nahe der Hauptstadt Bratislava. "Kaltblütigkeit und Heimtücke" hätten das Handeln des 37 Jahre alten Täters bestimmt, begründete Richterin Ružena Šábová den Spruch des Gerichts. "Die Opfer hatten keine Chance, sich zu wehren." Im Februar 2018 waren der 27-jährige Investigativjournalist Ján Kuciak und seine gleichaltrige Verlobte in ihrem Haus erschossen worden. Kuciak hatte über illegale Geschäfte des Unternehmers Marian Kočner geschrieben, sowie über dessen Verbindungen zur damaligen Regierungspartei Smer-SD. Deren Vorsitzender, der damalige Premier Robert Fico, soll zudem Verbindungen zur italienischen Mafia haben. Auch darüber schrieb Kuciak. Kočner hatte Kuciak bedroht und ist angeklagt, den Mord in Auftrag gegeben zu haben. Trotz einer stark belastenden Indizienkette wurde Marian Kočner aus Mangel an Beweisen am 3.9.2020 freigesprochen. Für viele Slowaken und Europäer ist dieses Urteil sehr kontrovers und lässt Zweifel an der Unabhängigkeit und Effizienz der Rechtstaatlichkeit in der Slowakei offen.

Neben Polen, Ungarn und Tschechien hat sich auch ein Großteil der slowakischen Bevölkerung klar gegen die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen positioniert und spricht sich damit eindeutig gegen Einwanderung, Integration und Vielfalt aus. Auch in den Medien ist die EU-feindliche Haltung nicht untergegangen.

Die Haltung der SAS gegenüber der EU war durchgehend eher skeptisch, bestenfalls neutral. Einem Zusammenwachsen der europäischen Wirtschaftssysteme steht die SAS allerdings sehr offen gegenüber. Bei der Europawahl 2019 konnte die SAS 2 von 14 der slowakischen Mandate im Europäischen Parlament erringen. Ziel ist es, die EU reformieren, sodass es weniger Bürokratie und mehr Flexibilität gibt. Durch Stärkungen der EU-Außengrenze, soll die Offenhaltung der inneren Grenzen für den freien Handel sichergestellt werden.

Die SAS wurde 2009 gegründet und wird von Politikwissenschaftlern als liberal, libertär und neoliberal bezeichnet, außerdem wird ihr ein weicher EU-Skeptizismus attestiert.

2. Ihre Partei und die Europäische Erweiterung

Die SAS schätzt die EU vor allem für ihre wirtschaftliche Integration und sieht die Erweiterung des Binnenmarktes grundsätzlich positiv. Allerdings hat die Partei auch auf problematische oder sogar negative Seiten der europäischen Integration aufmerksam gemacht: zu viel Bürokratie, zu viel Regulation, zu viele Kompetenzen in Brüssel und die drohende Beschränkung von tschechischen Nationalinteressen. Die von der Regierung ausgehandelten Beitrittsbedingungen hat die SAS stark kritisiert und die Position der neuen Mitgliedstaaten allgemein als unvorteilhaft betrachtet. Diskussionen und Bemühungen um eine Vertiefung der europäischen Integration, hielt die SAS meistens für unpassend.

Innerhalb der Partei existiert eine offene Unterstützung für die nächste EU-Erweiterung, die aber gründlich vorbereitet werden muss und keinesfalls negativen Einfluss auf den jetzigen Stand der wirtschaftlichen Integration haben darf. Ein ökonomisch instabiler oder stark rückständiger Beitrittskandidat hat bei Ihnen keinerlei Chance auf die EU-Mitgliedschaft, solange er seine ökonomische Lage nicht stabilisiert und das Wirtschaftswachstum vorantreibt. Die Aufnahme eines solchen Landes in die Gemeinschaft könnte das erreichte Wirtschaftsniveau der jetzigen EU bedrohen.

3. Taktik

Als slowakische Abgeordnete/slowakischer Abgeordneter der Partei SAS stehen Sie dem europäischen Integrationsprozess nicht gerade enthusiastisch gegenüber. Sie schätzen zwar einerseits die Vorteile der Integration, vor allem die Liberalisierung des Außenhandels und die Beschleunigung des Warenverkehrs auf dem Binnenmarkt, andererseits bemühen Sie sich aber nur schwach um eine weitere Vertiefung der Integration. Tendenzen zur Föderalisierung der EU und zur Verschiebung von weiteren Kompetenzen auf das europäische Niveau lehnen Sie wiederholt und eindeutig ab. Sie verweisen dabei auf das in Verträgen verankerte Subsidiaritätsprinzip und auf die nationale Souveränität und Vielfalt der Mitgliedstaaten.

Im Falle einer Erweiterung warnen Sie außerdem vor einer finanziellen Überforderung der EU. Sie argumentieren insbesondere damit, dass die Subventionen der Strukturfonds für die Wirtschaftsankurbelung der mittlerweile zwölf neuen Mitgliedstaaten schon jetzt nicht ausreichend sind. Sie wollen ihre finanzielle Unterstützung nicht einbüßen. Deswegen und auch wegen der fehlenden Konkurrenzfähigkeit im Landwirtschaftssektor, setzen Sie sich stark für eine schnelle und radikale Reform der gemeinsamen Agrarpolitik und für die Verschiebung eines großen Teils der Finanzmittel in die regionale Strukturhilfe ein.

Sie unterstützten in der Vergangenheit die Erweiterungsrunden der EU im Allgemeinen, wobei es zunächst (nur) um Kroatien ging. Sie bestehen bei der Fortführung des Erweiterungsprozesses aber vehement auf einer präzisen Vorbereitungsphase, die konsequent von der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien ausgeht. Die politische und ökonomische Bereitschaft jedes Kandidaten zur Erfüllung dieser Kriterien ist für Sie entscheidend, um den Beitrittsgesuchen zustimmen zu können. Dies gilt für die **Staaten des Westbalkans** als auch für die **Türkei**.

Die Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne ist eine sozialistische und kommunistische politische Gruppierung im Europäischen Parlament. Sie wurde 1989 von den französischen, griechischen, spanischen und portugiesischen kommunistischen Parteien gegründet. Mit jeder Erweiterung der Europäischen Union traten Parteien der neuen Mitgliedstaaten dieser locker verbundenen Gruppe bei, die sich selbst als Forum für die oft sehr variierenden Ansichten ihrer konstituierenden, nationalen Parteien sieht. Gegenwärtig ist die Fraktion GUE/NGL die kleinste der sieben Fraktionen im Europäischen Parlament und hat 39 Mitglieder (Stand 27.05.2020).

Die Fraktion bekennt sich zum Konföderalismus und beschreibt damit das Ziel, die Vielfalt der Identitäten und Meinungen unserer Mitglieder zu respektieren und zu bewahren. Die Abgeordneten lassen sich von der Vision eines sozial gerechten, friedlichen und nachhaltigen europäischen Integrationsprozesses leiten, der auf internationaler Solidarität beruht. Europa kann aus der Sicht der GUE/NGL einen großen Beitrag zur Verbesserung der Lebensbedingungen vieler Menschen leisten - dies erfordert natürlich einen gewissen politischen Willen. Die wichtigsten Politiken der Europäischen Union und ihrer Länder haben diese Vision bisher nicht wiedergespiegelt. Diese Politik basiert zu häufig auf einer radikal marktorientierten Wettbewerbslogik sowohl innerhalb der EU als auch gegenüber Drittländern.

Die Abgeordneten möchten für mehr und bessere Arbeitsplätze und Bildungschancen, für soziale Sicherheit und soziale Solidarität, für einen respektvollen Umgang mit unserer Erde und ihren Ressourcen, für kulturellen Austausch und Vielfalt, für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und für eine konsequente und starke Friedenspolitik kämpfen. Diese Politikbereiche müssen aus unserer Sicht die endgültigen Ziele des europäischen Integrationsprozesses darstellen.

Die Europäische Union muss ein Projekt ihrer Bevölkerung werden und kann kein Projekt der Eliten bleiben. Die Fraktion fordert gleiche Rechte für Frauen und Männer, Bürgerrechte und Freiheiten sowie die Durchsetzung der Menschenrechte. Antifaschismus und Antirassismus sind ebenfalls ein wichtiger Bestandteil der Tradition der linken Bewegungen in Europa. Die Tatsache, dass der GUE/NGL auch äußerst europafeindliche Parteien angehören, die die EU als kapitalistisches und imperialistisches Machtkonstrukt ansehen, zeigt ganz deutlich, wie vielfältig und teilweise widersprüchlich die Ansichten innerhalb dieses Parteibündnisses sind.

Die Fraktion setzt sich dennoch in der Summe deutlich für neue Beitritte zur Europäischen Union ein. Instabilität, exzessive Machtkonzentration, ökonomisch begründete Migration und Rassismus können nur durch eine weitere Demokratisierung der Europäischen Union bekämpft werden. Sie widersetzen sich der gegenwärtigen auf Europa ausgerichteten Politik der EU, die Sie als Grund für die anhaltende Ungleichheit ansehen. Sie wollen die europäische Stabilitäts- und Wohlstandszone verbreitern, entweder durch Aufnahme neuer Mitgliedstaaten oder durch die Einrichtung von privilegierten Partnerschaften mit den Nachbarstaaten der Europäischen Union.

Ihre Aufgabe als Mitglied der Fraktion:

Um Ihre eigenen Interessen durchzusetzen, benötigen Sie die Unterstützung der anderen Parteien. Beachten Sie, dass besonders die zwei größten politischen Gruppierungen, die Europäische Volkspartei (EVP) und die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas (S&D), eine wichtige Rolle im Parlament spielen und Ihre Initiativen im Zweifelsfall auch blockieren können, weil Sie als kleiner Verhandlungspartner angesehen werden.

So liegt es an Ihnen, den richtigen Mittelweg zu finden. Denn einerseits müssen Sie einen Kompromiss suchen, der allerdings zur Aufgabe Ihres politischen Profils führen kann, andererseits kann das Festhalten an den eigenen Positionen zu einer Schmälerung des Einflusses des Europäischen Parlaments führen, wenn Sie sich mit Ihren Kollegen nicht einigen können.

In jeder Partei gibt es spezielle Experten für bestimmte Politikfelder. Sie gehören dem „Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten“ an. Sie arbeiten hauptsächlich an Fragen der zukünftigen Gestaltung einer sich wandelnden und erweiternden Europäischen Union. Es liegt an Ihnen, die Chancen und Risiken einer Erweiterung der EU kritisch zu beleuchten.

Ihre Aufgabe ist es, sich mit den anderen Mitgliedern der GUE/NGL über eine gemeinsame Position gegenüber der Erweiterungsfrage zu verständigen. Weiter werden Sie sich auf die Suche nach Verbündeten in den anderen Fraktionen begeben, mögliche Koalitionen finden und die Thematik im Parlament kontrovers diskutieren, um den politischen Gegner von der eigenen politischen Auffassung zu überzeugen. Aber denken Sie immer daran: Es ist nutzlos, nur zu reden, ohne zuzuhören. Um die Arbeit des EP effektiv zu gestalten, müssen Sie an einem Kompromiss arbeiten, damit Sie auch solchen Vorschlägen des Rates der Union erfolgreich entgegentreten können, die möglicherweise nicht auf der Linie des EP liegen.



1. Zu Ihrer Rolle

Portugal ist einer der ältesten europäischen Nationalstaaten und seit 1986 Mitglied der EU. Auf der Iberischen Halbinsel gelegen, grenzt das südeuropäische Land an Spanien und den Atlantischen Ozean. Mit ca. 10 Millionen Einwohnern ist Portugal eines der mittelgroßen Länder der EU.

Schon 1977 stellte Portugal seinen Antrag auf Mitgliedschaft in der EU. Dass das Land tatsächlich erst 1986 beitreten konnte, lag daran, dass die Aufnahme Portugals mit dem Beitritt Spaniens verknüpft war und die Verhandlungen zwischen der EU und Spanien länger dauerten als vorgesehen. Portugal sieht den Erweiterungsprozess als eine Voraussetzung für europaweite Stabilität und Fortschritt an, versteht sich jedoch nicht als Motor der Erweiterung. Die Frage nach einer Zusammenarbeit mit allen Mittelmeerstaaten – insbesondere mit denen in Nordafrika – ist für Portugal von ebenso großer Bedeutung. Da die EU jedoch auch für Portugal einmal der Schlüssel zu wirtschaftlicher und politischer Stabilität war, spricht das Land jetzt den neuen Demokratien auf dem Balkan grundsätzlich die gleichen Rechte zu. Aus der Erfahrung heraus, dass der eigene Beitritt in die EU an den Beitritt Spaniens gebunden war und dies zu unangenehmen Verzögerungen führte, spricht sich Portugal für einen flexiblen Beitritt der aktuellen Kandidaten aus, abhängig von ihren jeweiligen Fortschritten, so dass niemand auf eventuelle „Nachzügler“ warten muss.

Der Bloco de Esquerda (BE) bildete sich um die Jahrtausendwende aus vier Organisationen: der marxistisch-leninistischen UDP, der trotzkistischen Partei PSR, der sozialistischen Gruppierung Política XXI und der ebenfalls trotzkistischen FER-Ruptura.

Der BE steht der Globalisierung und der Europäischen Union äußerst kritisch und distanziert gegenüber. Die Gruppierung setzt sich für eine gerechtere Gesellschaft ein und steht dem Demokratischen Sozialismus nahe. Der Bloco de Esquerda bezeichnet sich sowohl als Partei (como partido) sowie als Bewegung (como movimento). Rechtlich gesehen ist der Bloco de Esquerda eine Partei, dennoch bestehen Teile der vier Organisationen, die sich zur Gründung des Linksblockes entschieden haben, weiterhin unabhängig voneinander.

Seit der Gründung 1999 haben sich der BE viele vorher unabhängige Linke angeschlossen. Seit der Europawahl 2004 ist die Partei im Europäischen Parlament vertreten. Bei den letzten Parlamentswahlen im Jahr 2019 konnte der Bloco de Esquerda seine Mandatszahl auf 19 von 230 Sitzen erhöhen. Traditionell hohe Wahlergebnisse fährt der Linksblock in den Städten Lissabon und in den Bezirken Faro.

Bei den Europawahlen im Mai 2019 wurde der Bloco de Esquerda mit mehr als 325 Tausend Stimmen zur drittstärksten politischen Kraft in Portugal.

Auf dem vierten Parteitag des BE stimmten die über 600 Delegierten mit großer Mehrheit für eine Vollmitgliedschaft in der Europäischen Linken, bei der sie bis dahin Beobachterstatus besaß. Der BE möchte eine aktivere Rolle bei der Entwicklung einer alternativen europäischen Linkspartei einnehmen. Der Europäischen Antikapitalistischen Linken (EAL) gehört der BE ebenfalls an.

2. Ihre Partei und die Europäische Erweiterung

Die BE sieht sich nicht als eine Partei mit einer speziellen Ausrichtung auf die Europäische Union. Internationale Fragen sind ihr in einem größeren Kontext wichtig und diskutiert diese immer mit einem besonderen Blick auf Lateinamerika und den gesamten Mittelmeerraum. Natürlich lassen sich die Fragen, wie z.B. der sozialen Gerechtigkeit und der Aufnahme von Flüchtlingen nur europäisch beantworten – das weiß auch die Partei.

Sie stehen einer Erweiterung insgesamt zwar skeptisch, aber nicht völlig ablehnend gegenüber. Für Sie ist es wichtig, dass es im Zuge einer Erweiterung zu keiner Absenkung der sozialen Standards in der EU kommt und die finanzielle Unterstützung Portugals durch die EU nicht reduziert wird. Auch muss verhindert werden, dass Arbeitsplätze in die neuen Mitgliedstaaten abwandern, da dort die Produktion oft günstiger ist. Oft wegen abgesenkter Standards für die Beschäftigten.

Die Kopenhagen Kriterien sind für Sie unbedingt im Bereich der Rechtstaatlichkeit einzuhalten, damit die um ihre Rechte kämpfende Arbeiterklasse in ihrem Kampf nicht behindert wird.

3. Taktik

Als portugiesische Abgeordnete/portugiesischer Abgeordneter der BE in der Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordischen Grünen Linken, setzen Sie sich im EP zwar zurückhaltend für den EU-Beitritt der Länder Südosteuropas aktiv ein, aber nur unter bestimmten Bedingungen. Jede Erweiterung kann nur auf der Grundlage der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien erfolgen, und jeder eventuelle Beitrittskandidat muss auf die Mitgliedschaft politisch und ökonomisch präzise vorbereitet sein. Vor allem die ökonomische Bereitschaft und Stabilität der Kandidaten ist für Ihre Unterstützung wichtig.

Politische Kriterien verfolgen Sie ganz besonders. Politische Teilhabe und die Einhaltung der Menschenrechte werden aus Ihrer Perspektive noch immer nicht überall eingehalten.

In den Beitrittskandidatenländern, wie der Türkei und den Staaten des westlichen Balkans sind die Fragen nach der Stellung und den Rechten der jeweiligen Minderheiten (z.B. Kurden, Serben, Albaner) und der Freiheit der politischen Opposition Ihrer Ansicht nach noch zu klären.

Im EP kritisiert die BE offen und vehement die allgemeine Schwächung der sozialen Standards und vor allem den derzeitigen gültigen Vertrag von Lissabon, der die Stellung der größeren Mitgliedstaaten begünstigt.

Auch lehnen Sie eine Umverteilung der EU-Gelder zu Gunsten der neuen Mitgliedstaaten deutlich ab. Zunächst müssen die Mitgliedstaaten durch die Finanzen der EU abgesichert werden bevor ein Staat, der von außen kommt, auf das Geld der EU zugreifen kann. Sie bestehen darauf, dass die nationale Identität und die Gleichberechtigung der einzelnen Länder der EU unter keinen Umständen berührt werden darf.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter Portugals brauchen weiterhin eine starke Stimme in Europa.

Die Abgeordnete/der Abgeordnete der GUE/NGL im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Griechenland (Syriza)



1. Zu Ihrer Rolle

Synaspismos Rizospastikis Aristeras (SYRIZA; griechisch Συνασπισμός Ριζοσπαστικής Αριστεράς, ΣΥΡΙΖΑ, übersetzt „Koalition der radikalen Linken“) ist eine linke griechische Partei mit deutlich sozialistischer Ausrichtung. Das Motto der Partei lautet: „Vereint und links machen wir das Unmögliche möglich!“

SYRIZA war ab 2004 zunächst ein Wahlbündnis, das aus der postkommunistischen und neulinken Partei Synaspismos sowie zehn kleineren, kommunistischen Gruppen bestand. Mit Wahlergebnissen zwischen 3 und 5 Prozent der Stimmen war sie bis 2012 viertstärkste Kraft im griechischen Parlament. Angesichts zunehmender Popularität wurde das Bündnis im Mai 2012 mit Blick auf die Wahlen im darauffolgenden Juni in eine einzige Partei umgewandelt. Bei dieser Wahl wurde sie zweitstärkste Kraft und damit stärker als die sozialdemokratische Partei. 2015 wurde sie stärkste politische Kraft vor der konservativen Partei.

Nach dem Wahlsieg im Januar 2015 stellte SYRIZA mit Parteichef Tsipras erstmals den Ministerpräsidenten Griechenlands und bildete eine Koalitionsregierung mit der rechtspopulistischen Partei Anexartiti Ellines (unabhängige Griechen). Bereits bei der Europawahl 2014 wurde SYRIZA mit 26,6 Prozent die stärkste Kraft vor den zu dem Zeitpunkt regierenden Konservativen. Bei der Europawahl 2019 lag Syriza mit 23,8 Prozent wieder dahinter. Syriza stellt sechs Abgeordnete.

Die Partei hat grundlegende Wahlversprechen in fast allen Bereichen der griechischen Politik gegeben. Zentral sind die Versprechen in der Innen- und Finanzpolitik, sowie der Arbeits- und Sozialpolitik. In der Sozialpolitik setzt sich SYRIZA vor allem für sozial Benachteiligte in der Gesellschaft ein.

Kernpunkte der Partei sind unter anderem:

- Die Bestandsaufnahme der öffentlichen Verschuldung und Neuverhandlung der fälligen Zinsen sowie Aussetzung von Zahlungen, bis sich die Wirtschaft wiederbelebt hat sowie Wachstum und Beschäftigung zurückgekehrt sind.
- Die Europäische Union auf die Rolle der Europäischen Zentralbank zu ändern, so dass sie Staaten und Programme für öffentliche Investitionen finanziert.
- Die Anhebung der Einkommensteuer auf 75 Prozent für alle Einkommen über 500 000 Euro.
- Die Verstaatlichung der Banken, zudem will sie auch ehemals öffentliche Dienstleistungs- und Versorgungsunternehmen (Eisenbahnen, Flughäfen, Post, Wasser), die privatisiert wurden, wieder in öffentliche Hand geben.
- Anhebung der Steuern für große Unternehmen auf den europäischen Durchschnitt.
- Einführung einer Finanztransaktionssteuer und einer Sondersteuer auf Luxusgüter.
- Verbot von spekulativen Finanzprodukten der Banken.
- Maßnahmen zur Bekämpfung des Bankgeheimnisses und der Kapitalflucht ins Ausland.
- Drastische Kürzung der Militärausgaben.

Die SYRIZA kann als EU-kritisch oder zumindest skeptisch bezeichnet werden. Man begrüßt zwar die partnerschaftliche Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten bei ganz Europa betreffenden Themen und die dadurch gegebene finanzielle Unterstützung, allerdings sieht man einen europäischen Eingriff in die nationalen Angelegenheiten sehr kritisch.

2. Ihre Partei und die Europäische Erweiterung

In Bezug auf eine eventuelle zukünftige EU-Erweiterung ist die Syriza jedoch besonders mit Blick auf die **Türkei** und die **Staaten des westlichen Balkans** eher positiv eingestellt. Die Vertreterinnen und Vertreter der Partei sind bereit, diese Erweiterung auch aktiv zu fördern, da sie mit den Zielen ihrer Partei korrespondiert: Unterstützung der Politik in Europa, die auf den Prinzipien der Partnerschaft, Zusammenarbeit und der gegenseitigen Koordination zwischen den einzelnen Staaten basiert. Eine gut vorbereitete EU-Erweiterung kann ein Schritt auf dem richtigen Weg zu einem sicheren, friedlichen und prosperierenden europäischen Kontinent sein – wirtschaftliche Gründe spielen für Sie hierbei nur eine untergeordnete Rolle – weder als Argument dafür, noch dagegen.

Politische Kriterien verfolgen Sie sorgfältig, speziell im Fall der **Türkei**, da dort die Menschenrechte – trotz Verbesserungen – immer noch nicht hundertprozentig eingehalten werden. Außerdem geht einem Beitritt der Türkei aus Ihrer Sicht eine Einigung in der Zypernfrage voraus.

In der Frage des Beitritts von **Nord-Mazedonien** ist Ihre Partei eher zurückhaltend. Für Sie spielen auch die Fragen von möglichen Gebietsansprüchen eine wichtige Rolle, wenngleich es in Ihrer Partei einen großen Teil von Fürsprechern für Nord-Mazedonien gibt. Gerne wollen diese einen Erfolg in dieser Frage erreichen und einen Kompromiss mit Nord-Mazedonien erreichen.

Die letzte staatliche Zahl zur Verbreitung der mazedonischen Sprache veröffentlichte Griechenland nach der Volkszählung 1951, die 41.017 „slawophone“ Griechen auswies. Aufgrund der starken, nicht mit der Europäischen Menschenrechtskonvention in Vereinbarung stehenden Repressionen gegen den Gebrauch der mazedonischen Sprache in der Öffentlichkeit, gilt diese Zahl jedoch als viel zu niedrig. Realistisch ist bis heute von der zehnfachen Zahl an Sprecherinnen und Sprechern auszugehen.

Die slawischstämmigen Bewohnerinnen und Bewohner dieser Region hätten sich selbst in den vergangenen Jahrhunderten wohl auch in Teilen als Bulgarinnen und Bulgaren bezeichnet. Dies habe sich nach Ansicht Griechenlands erst mit der Verordnung Titos geändert, der der südlichsten Region Jugoslawiens, der ehemaligen Vardar-Banschaft, den offiziellen Namen „Vardar-Mazedonien“ verlieh. Damit hätten bulgarische Gebietsansprüche auf Südjugoslawien abgewehrt und zugleich jugoslawische Gebietsansprüche gegen Nordgriechenland gestützt werden sollen. Die Sprache der slawischen Bevölkerungsmehrheit, wesentliche Grundlage eines Volkes, welche dem Bulgarischen äußerst nahestehe, sei in Mazedonisch umbenannt worden. Es habe außerdem eine groß angelegte Geschichtsfälschung nach kommunistischem Muster begonnen. Die verfälschte Geschichte sei in den Schulen unterrichtet worden, mit der Folge, dass die heutigen slawischstämmigen Bewohner ein falsches Bild von ihrer Geschichte hätten.

3. Taktik

Als griechische Abgeordnete/griechischer Abgeordneter der Syriza in der Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordischen Grünen Linken setzen Sie sich im EP zwar aktiv für den EU-Beitritt der Länder Südosteuropas ein, aber nur unter bestimmten Bedingungen.

Jede Erweiterung kann nur auf der Grundlage der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien erfolgen, und jeder eventuelle Beitrittskandidat muss auf die Mitgliedschaft politisch und ökonomisch präzise vorbereitet sein. Vor allem die Stabilität der Kandidaten ist für Ihre Unterstützung wichtig.

Bei der Türkei sehen sie vor allem bei den Menschenrechten noch Verbesserungsbedarf und fordern die Anerkennung der Souveränität Zyperns.

In Bezug auf Nord-Mazedonien äußern Sie sich eher vorsichtig. Zeigen sie sich zu Kompromissen bereit, wenn die Kriterien erfüllt werden, und ihre Fraktion eine Aufnahme befürwortet.

Im EP kritisiert die Syriza offen und vehement die allgemeine Schwächung der sozialen Standards und die Stellung der größeren Mitgliedstaaten, die bei der Abstimmung im Europäischen Parlament begünstigt ist. Sie bestehen darauf, dass die nationale Identität und die Gleichberechtigung der einzelnen Länder der EU unter keinen Umständen berührt werden darf.

Ihre Positionen vertreten Sie sehr offensiv. Sie sehen sich als junge Partei, die durchaus auch ungewohnte Wege gehen darf und will.

Die Abgeordnete/der Abgeordnete der GUE/NGL im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus der Tschechischen Republik (KSČM)



1. Zu Ihrer Rolle

Die Tschechische Republik ist seit dem 1. Mai 2004 Mitglied der Europäischen Union. Zusammen mit ihr sind der EU zu diesem Datum neun weitere mittel- und osteuropäische Länder beigetreten. Damit wurde die größte und wohl schwierigste Erweiterung der EG/EU vollendet – die EU der 15 vergrößerte sich um zehn neue Mitgliedstaaten.

Mit dem EU-Beitritt wurde eines der wichtigsten Anliegen der tschechischen Außenpolitik seit dem Wechsel des Regimes Ende der Achtzigerjahre erfüllt. Das Ziel der tschechischen mitte-links-orientierten Regierung ist jetzt eine aktive und konstruktive Beteiligung an der alltäglichen Arbeit der europäischen Integration, wobei das tschechische Nationalinteresse immer gewahrt bleiben soll.

Die deutlich linksorientierte Komunistická strana Čech a Moravy (KSČM, Kommunistische Partei Böhmens und Mährens) ist seit März 1990 die Nachfolgeorganisation der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei. Diese regierte in der ehemaligen sozialistischen Tschechoslowakei über 40 Jahre lang uneingeschränkt.

Die KSČM verfügt bis heute über eine stabile Anzahl an Stammwählern, vor allem in der älteren Generation. Nach einigen schwächeren Jahren Anfang der Neunziger gewinnt die KSČM neuerdings wieder an Zulauf und ist nun die drittstärkste Partei im tschechischen Parlament. Die tschechische Öffentlichkeit war von der Regierungspolitik, die zunächst rechts- und später linksorientiert war, stark enttäuscht, so dass die Wahlbeteiligung deutlich sank. Das trug – zusammen mit der stabilen Anzahl an kommunistischen Stammwählern – dazu bei, dass die oppositionelle KSČM mehr Unterstützung erhielt. Die Abgeordneten reihen sich in die konföderale Fraktion der Vereinigten europäischen Linken/Nordischen Grünen Linken ein.

Grundsätzlich fordert die Partei: Ein Europa, das Verantwortung für den Frieden in der Welt wahrnimmt: keine Aufstellung europäischer Truppen, Einrichtung eines Amtes für Abrüstung und Rüstungsexportkontrolle. Ein Europa, in dem Vollbeschäftigung und sozialer Zusammenhalt Vorrang hat: mehr Investitionen, Bewahrung und Verankerung des Sozialstaatsprinzips, statt Festlegung auf eine neoliberale Wirtschaftsordnung, Einführung eines europäischen Mindestlohns und Harmonisierung der Steuern, statt Sozial- und Steuerdumping in einzelnen Staaten. Ein demokratischeres Europa: mehr Rechte für das Europäische Parlament, mehr direkte Demokratie, Durchsetzung des Prinzips der Gewaltenteilung auf europäischer Ebene, Garantie des Streikrechts. Ein Europa, das sich konsequent zur Bekämpfung von Nationalismus, Antisemitismus, Rassismus und für Weltoffenheit, Toleranz und Demokratie bekennt.

2. Ihre Partei und die Europäische Erweiterung

Die Haltung der KSČM gegenüber der EU war in den vergangenen 25 Jahren jedoch zurückhaltend. Heute lehnen die Kommunisten den Integrationsprozess zwar nicht grundsätzlich ab, seine gegenwärtige Form und Orientierung ist für sie aber nicht akzeptabel. Dies wurde auch beim nationalen Referendum zum tschechischen EU-Beitritt deutlich – die KSČM hat damals ihren Wählern eine klare Ablehnung empfohlen. Neben den schlecht ausgehandelten Beitrittsbedingungen für Tschechien, werden von den oppositionellen Kommunisten vorrangig das übertriebene und unfaire „EU-Diktat aus Brüssel“ sowie die wachsende Bürokratie und die für Bürger und Bürgerinnen unübersichtliche und einschränkende kommunale Legislative kritisiert.

In Bezug auf eine eventuelle zukünftige EU-Erweiterung wäre die KSČM jedoch besonders mit Blick auf die **Türkei** und die Staaten des westlichen Balkans jedoch sehr positiv eingestellt. Die Kommunisten sind bereit, diese Erweiterung auch aktiv zu fördern, da sie mit den Zielen ihrer Partei korrespondiert: Unterstützung der Politik in Europa, die auf den Prinzipien der Partnerschaft, Zusammenarbeit und der gegenseitigen Koordinierung zwischen den einzelnen Staaten basiert. Eine gut vorbereitete EU-Erweiterung kann ein Schritt auf dem richtigen Weg zu einem sicheren, friedlichen und prosperierenden europäischen Kontinent sein.

3. Taktik:

Als tschechische Abgeordnete/tschechischer Abgeordneter der KSČM in der Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordischen Grünen Linken, setzen Sie sich im EP zwar für den EU-Beitritt der Länder Südosteuropas aktiv ein, aber nur unter bestimmten Bedingungen. Jede Erweiterung kann nur auf der Grundlage der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien erfolgen, und jeder eventuelle Beitrittskandidat muss auf die Mitgliedschaft politisch und ökonomisch präzise vorbereitet sein. Vor allem die ökonomische Bereitschaft und Stabilität der Kandidaten ist für Ihre Unterstützung wichtig.

Politische Kriterien verfolgen Sie sorgfältig, speziell im Fall der Türkei, da dort die Menschenrechte – trotz Verbesserungen – immer noch nicht eingehalten werden.

In den Beitrittskandidatenländern, wie der Türkei und den Staaten des westlichen Balkans sind die Fragen nach der Stellung und den Rechten der jeweiligen Minderheiten (z.B. Kurden, Serben, Albaner) Ihrer Ansicht nach noch zu klären.

Im EP kritisiert die KSČM offen und vehement die allgemeine Schwächung der sozialen Standards und vor allem den Vertrag über die Verfassung für Europa, der die Stellung der größeren Mitgliedstaaten begünstigt. Sie bestehen darauf, dass die nationale Identität und die Gleichberechtigung der einzelnen Länder der EU unter keinen Umständen berührt werden darf.

Die Abgeordnete/der Abgeordnete der GUE/NGL im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Zypern (Anorthotiko Komma Ergazomenou Laou, AKEL)



1. Zu Ihrer Rolle

Die AKEL (*Fortschrittspartei der arbeitenden Bevölkerung Zyperns*) ist eine der beiden großen Parteien in Zypern und unterstützt ein unabhängiges, entmilitarisiertes und bündnisfreies Zypern sowie eine föderale Lösung des internen Aspekts des Zypernproblems. Sie legt besonderen Wert auf eine Annäherung an die türkischen Zyprioten. Durch eine föderale Struktur könnte ein vereintes Zypern geschaffen werden, in welchem die türkischen und griechischen Zyprioten einen gewissen Grad an Autonomie behalten können. Sie unterstützt den Beitritt zur Europäischen Union mit gewissen Vorbehalten. Die AKEL, die den Annan-Plan 2004 zunächst unterstützte, lehnte ihn schließlich ab, weil der UN-Sicherheitsrat keine Garantien für die Sicherheit nach der Wiedervereinigung gab. Von 2008 bis 2013 stellte die AKEL mit Dimitris Christofias den Staatspräsidenten. Seit 2013 befindet sich die Partei nun in der Opposition.

Die AKEL ist präsent im Kampf für ein Europa der Völker und nicht der Monopole; für ein Europa des Friedens und nicht der Militarisierung; für ein Europa der Demokratie und der Rechenschaftspflicht gegenüber dem souveränen Volk und nicht gegenüber dem Großkapital, den Oligarchien und der unkontrollierten Macht der Technokraten in Brüssel.

In jüngster Zeit hat eine Umkehrung der pro-europäischen Trends stattgefunden. Seit dem Auftreten von Spannungen zwischen Russland und dem Westen sind die kleineren politischen Parteien, die sich offener gegenüber besseren Beziehungen zur NATO gezeigt hatten, nun zu einer weitaus pro-russischeren Position zurückgekehrt. Die AKEL selbst unterhält nun enge Beziehungen zu Russland. Dieser Schritt ist weitgehend von ihrer Wahrnehmung geprägt, dass Russland Zypern vor weiterem internationalen Druck auf das "nationale Problem" schützen wird. Diese Unterstützung Moskaus könnte auch teilweise die Distanzierung Zyperns von der EU in bestimmten Fragen, wie z.B. dem Kosovo, erklären. Darüber hinaus hat der Mangel an substantiellen Fortschritten bei den Belgrad-Pristina-Gesprächen den Eindruck erweckt, dass es kein wirkliches politisches Engagement für eine Verhandlungslösung für die "Statusfrage" des Kosovo gibt.

Seit der Parlamentswahl 2016 stellt die Partei AKEL 16 der 56 Parlamentssitze. Nach den Europawahlen 2019 stellt die AKEL mit 2 von 6 Sitzen, ein Drittel der Abgeordneten aus Zypern im Europäischen Parlament.

2. Ihre Partei und die Europäische Erweiterung

Auf politischer Ebene hat Zypern den EU-Erweiterungsprozess stets unterstützt und ihn als ein Mittel zur Erreichung des Ziels der europäischen Integration bei gleichzeitiger Gewährleistung von Stabilität und Frieden auf dem europäischen Kontinent angesehen. Das zyprische Außenministerium vertritt die Auffassung, dass der Erweiterungsprozess nicht mit dem Beitritt Kroatiens endet und auch nicht enden sollte. Es sieht den EU-Beitritt Kroatiens als ein mögliches Modell für die übrigen Länder der Region und als einen möglichen Auslöser, um die Reformprozesse in diesen Ländern zu beschleunigen.

Während der zyprischen EU-Ratspräsidentschaft 2012 konnte Zypern zeigen, dass seine Außenpolitik nicht monothematisch ist. In diesem Zeitraum, am 18. Dezember 2012, fand in Brüssel das zweite Treffen der Beitrittskonferenz mit **Montenegro** auf Ministerienebene statt, um das erste Verhandlungskapitel über Wissenschaft und Forschung zu eröffnen und vorläufig abzuschließen. Auch der Diskurs über die Nichtanerkennung des **Kosovo** hat sich etwas weiterentwickelt. Im Vergleich zum Jahr 2011.

3. Taktik

Als zyprische Abgeordnete/zyprischer Abgeordneter der AKEL in der Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordischen Grünen Linken setzen Sie sich im EP zwar aktiv für den EU-Beitritt der Länder Südosteuropas ein, aber nur unter bestimmten Bedingungen.

Jede Erweiterung kann nur auf der Grundlage der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien erfolgen, und jeder eventuelle Beitrittskandidat muss auf die Mitgliedschaft politisch und ökonomisch präzise vorbereitet sein. Vor allem die Stabilität der Kandidaten ist für Ihre Unterstützung wichtig.

Bei der **Türkei** sehen sie vor allem bei den Menschenrechten noch Verbesserungsbedarf und fordern die Anerkennung der Souveränität Zyperns.

In Bezug auf **Nord-Mazedonien** äußern Sie sich eher vorsichtig. Zeigen sie sich zu Kompromissen bereit, wenn die Kriterien erfüllt werden, und ihre Fraktion eine Aufnahme befürwortet. Gleiches gilt für alle anderen **Westbalkanstaaten**.

Im EP kritisiert die AKEL offen und vehement die allgemeine Schwächung der sozialen Standards und die Stellung der größeren Mitgliedstaaten, die bei der Abstimmung im Europäischen Parlament begünstigt ist. Sie bestehen darauf, dass die nationale Identität und die Gleichberechtigung der einzelnen Länder der EU unter keinen Umständen berührt werden darf.

Ihre Positionen vertreten Sie sehr offensiv. Sie sehen sich als eine Partei welche sich nicht nur für die Interessen der Zyprioten einsetzt, sondern sich auch mit Problematiken auseinandersetzt, dessen Lösung für ganz Europa profitabel wäre.

1. Zu Ihrer Rolle

Die Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative (Kurzbezeichnung: Die PARTEI) ist eine deutsche Partei, welche als Satire-Partei bezeichnet wird. Die PARTEI wurde 2004 von Redakteuren des Satire-Magazins „Titanic“ gegründet. Im Europa-Parlament ist sie durch ihren Vorsitzenden Martin Sonneborn sowie Nico Semsrott vertreten.

Die PARTEI formuliert für sich folgenden Grundsatz: „Wir, die Mitglieder der PARTEI, stellen den Menschen in den Mittelpunkt unserer Politik.“ Sie nennt als Ziel die Verwirklichung einer „wirklich menschlichen, das heißt friedlichen und gerechten Gesellschaft“. Daran schließen sich drei einleitende Abschnitte zu den Grundwerten Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit an, wonach das Ziel sei:

- „ein Gemeinwesen, in dem sich jeder seinen Bedürfnissen und Fähigkeiten gemäß entwickeln kann und sich seiner Verantwortung für die Gesellschaft bewusst ist“,
- „eine Gesellschaft, in der individuelle Leistung ohne Ansehen der Person gefördert und belohnt wird“ sowie
- „ein Gemeinwesen, das seine Mitglieder in Krisensituationen nicht alleinlässt und das auf dem Weg in die Zukunft niemanden zurücklässt“.

Martin Sonneborn: „In der Politik wird heutzutage geäußert, was Stimmen bringt, und das werden wir auch tun. Ich finde es schließlich besser, wenn wir die Stimmen bekommen als irgendwelche Rechtsradikale.“ Die PARTEI sei auch bereit, mit beliebigen Partnern eine Koalition einzugehen, um eine Mehrheit zu erlangen, außer mit der FDP, denn sie wollen nicht mit Spaßparteien zusammenarbeiten.

Der Vorsitzende der Partei, Martin Sonneborn, klagte gegen die in Deutschland gültige Drei-Prozenthürde bei EU-Wahlen und bekam recht. Durch die Abschaffung jeder Prozenthürde, beförderten 2014 0,6 Prozent der Wähler in Deutschland den ehemaligen Chefredakteur des Satiremagazins Titanic schließlich als Abgeordneten ins Europaparlament. Seit der Europawahl 2019 sind zwei Abgeordnete aus der PARTEI im EU-Parlament vertreten. Bei dieser Europawahl erreichte Die PARTEI den bisher größten Erfolg seit ihrem Bestehen. Sie erreichte 2,4 Prozent der Stimmen und errang damit zwei Sitze im Europäischen Parlament. Martin Sonneborn bleibt nach wie vor fraktionslos. Sein Kollege Nico Semsrott hat sich der Fraktion der Grünen angeschlossen, da die Angehörigkeit zu einer Fraktion einige Vorteile, wie längere Redezeit mit sich bringt.

Die deutsche Position zur Europäischen Erweiterung ist für Die Partei nicht weiter relevant. Dennoch steht auch für Die PARTEI der Schutz von Menschenrechten und Rechtsstaat im Mittelpunkt ihrer Politik.

2. Ihre Partei und die Europäische Erweiterung

Es ist schwer eine klare Linie Ihrer Partei zu politischen Themen zu formulieren. In Ihren Parteiprogrammen sind unter anderem folgende Forderungen und Grundsätze veröffentlicht:

„Bekanntnis zu Europa: Trotz aller Probleme: Europa ist und bleibt für uns jener unveräußerliche Erdteil, der vor einiger Zeit aus dem Urkontinent Pangäa hervorging und sich über das westliche Fünftel der eurasischen Landmasse erstreckt. Seine tektonische Struktur ist mächtig genug, um Jean-Claude Junckers (*Anmerkung: Vormaliger Präsident der EU-Kommission*) Mini-Bar ein stabiles Fundament zu geben. Die Ergebnisse der Kontinentaldrift sind für uns nicht verhandelbar bzw. nur gegen Geld.“

Zur Europäischen Erweiterung ist zu sagen, dass ein weiterer Zusammenschluss den meisten Menschen nicht zu verkaufen ist, solange die EU nicht sozialer, friedlicher und umweltfreundlicher wird. Die PARTEI möchte im Moment auf Konsolidierung setzen. Eine Erweiterung wird derzeit ausgeschlossen. Martin Sonneborn: „Ich arbeite seit Jahren an einer Verkleinerung der EU, habe mit den Briten einen ersten Erfolg zu verzeichnen und will jetzt illiberalen Demokratien wie Polen, Österreich, Ungarn und korrupten Ländern wie Bulgarien und Rumänien die Tür zeigen. Dann kommen Irland und Luxemburg dran, Länder, in denen Konzerne wie Amazon oder Apple einen Steuersatz von unter einem Prozent haben. Das ist irre.“

3. Taktik

Als Vertreterin/Vertreter der PARTEI unterstützen Sie im Allgemeinen den Schutz von Menschenrechten und Rechtsstaat in der EU und auch über die EU hinaus. Allerdings ist eine mögliche Europäische Erweiterung kein Kernthema Ihrer Partei.

Nutzen Sie Ihren Wert als Spaßpartei, so dass Ihre Aussagen und Positionen nie eindeutig von Ihren Kolleginnen und Kollegen identifiziert werden können. Vor allem fortlaufende verbale Attacken und Spitzen gegen alle Vertreterinnen und Vertreter rechter Parteien, sowie im Besonderen der deutschen FDP gehören zu Ihrem Umgangston im EU-Parlament. Dabei unterlassen Sie Pöbeleien, sondern nutzen höfliche, aber ironische Formulierungen.

Sollten die Grünen oder die S&D Vorschläge zur Europäischen Erweiterung machen, die Ihnen als Kompromiss logisch erscheinen könnten, ist es hier möglich Koalitionen einzugehen. Andere Verbündete sind für Sie ausgeschlossen. Die CDU/CSU bezeichnen Sie als „Letztwähler-Partei“ und der FDP sagen Sie eine Anbiederung an rechtspopulistische Politik nach.

Den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan bezeichnen sie als „den Irren vom Bosphorus“ und entgegen seiner Drohung aufgenommene Geflüchtete in die EU durchzulassen, die Ansage als Gegenwert 3 Millionen Türken sowie 3 Millionen Rentner aus Deutschland in die Türkei zu schicken.

Ihr Anliegen im EU-Parlament ist es vor allem auf Demokratiedefizite von europäischen Institutionen und Ihrer Ansicht nach, zu hohe Gehälter von EU-Beamten aufmerksam zu machen. Hinterfragen Sie daher Abstimmungen vor allem mit der EU-Kommission, ohne sich dabei Vorwürfen rechter Parteien anzuschließen.



1. Zu Ihrer Rolle

Die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) wurde 1918 gegründet und baute von Anfang an auf die Loyalität der traditionell kleinen Arbeiterklasse. Die KKE ist die älteste Partei Griechenlands und zugleich eine der radikalsten kommunistischen Parteien Europas in der Nachfolge von Marx und Lenin. Sie gab sich bereits früh ein starres ideologisches Programm und eine feste Organisationsstruktur. Ihr Hauptziel ist der revolutionäre Sturz der griechischen Gesellschaft durch eine Beseitigung des Kapitalismus und eine Einführung des Sozialismus und des Kommunismus. Den Kern der KKE bilden Arbeiter, Angestellte, Akademiker und Studenten.

Die KKE stellt seit 1981 Mitglieder im Parlament. Bis zum Ende der Legislaturperiode im Jahr 2014 war die KKE Mitglied der Fraktion der GUE/NGL. Aus dieser Fraktion ist die Partei nach den Wahlen ausgetreten und hat sich keiner Fraktion mehr angeschlossen, da sie nirgends ihre Ziele ausreichend verfolgt sah. Nun mehr gehören die Abgeordneten der Partei im Europäischen Parlament zu der Gruppe der Fraktionslosen. Bei den Europawahlen 2019 war die KKE mit etwas mehr als 5 Prozent viertstärkste Partei in Griechenland und stellt zwei Abgeordnete.

Griechenland hat seit 1974, nach einer kurzen Periode der Herrschaft einer rechtsgerichteten Militärdiktatur (Obristendiktatur), wieder eine demokratische Verfassungsordnung und ist 1981 der EG beigetreten. 2002 ist Griechenland dann der Wirtschafts- und Währungsunion (Eurozone) beigetreten.

Der überraschende Wahlsieg der „Partei der radikalen Linken“ (SYRIZA) unter der Führung von Alexis Tsipras Ende Januar 2015 war ein Zeichen der Unzufriedenheit der griechischen Bevölkerung mit der bisherigen politischen Elite des Landes, die auf Druck seitens der Europäischen Organe zum Teil drastische und – insbesondere für ärmere Bevölkerungsgruppen – schmerzhaft finanzielle Einschnitte beschlossen hatte, dabei aber reichere Schichten der Gesellschaft zumeist von den Reformen ausgenommen hatte bzw. diese nicht betroffen waren. Die KKE, die eine noch linkere Position als SYRIZA vertritt, lag bei den letzten beiden Parlamentswahlen 2015 und 2016 zwischen 5 und 6 Prozent.

Griechenland ist durch seine geographische Lage das einzige EU-Mitgliedsland mit gemeinsamen Grenzen und Beziehungen zum europäisch-türkischen und arabischen Mittelmeerraum sowie zu den südosteuropäischen Staaten. Damit ist es sowohl von der Frage der Erweiterung um südosteuropäische Staaten und die Türkei als auch von der zukünftigen europäischen Mittelmeerpolitik direkt betroffen.

2. Ihre Partei und die Europäische Erweiterung

Die KKE war gegen den Beitritt Griechenlands zur Europäischen Union. Als einzige Partei Griechenlands hat die KKE auch gegen den Maastrichter Vertrag und die Osterweiterung der EU gestimmt. Die Europäische Union wird von der KKE als eine europäische Kapitalunion betrachtet, die sich unter der Leitung von drei bis vier Großmächten befindet, an deren Spitze Deutschland steht. Damit steht die EU den sozialistischen und kommunistischen Zielen der KKE elementar entgegen.

Daher steht die KKE auch allen weiteren geplanten Erweiterungen der EU ablehnend gegenüber. Zum Wohle der Arbeiterklasse in den Kandidatenländern will sie die, als imperialistisch erachtete Ausdehnung der kapitalistischen EU, auf jeden Fall verhindern.

Die Zypernfrage deuten Sie als einen Fall türkischer Invasion und Besetzung innerhalb eines souveränen und unabhängigen Staates. Aus diesem Grund vertreten Sie die Meinung, dass die Besetzung des Nordens Zyperns durch internationales Recht und Resolutionen der Vereinten Nationen und nicht im Rahmen der Außenpolitik

der EU gelöst werden sollte. Ein Beitritt der **Türkei** als Lockmittel für eine Klärung des Konflikts kommt für sie nicht in Frage.

Das Engagement der Europäischen Union für den **Kosovo** als Staat halten Sie ebenfalls für bedenklich, da es eine Resolution der Vereinten Nationen gibt, die den Sonderstatus des Kosovo beschreibt und die auch von der EU als bindend angesehen werden muss.

Hinsichtlich des Konflikts (Namensstreit) zwischen der mazedonischen und griechischen Regierung nehmen Sie eine vermittelnde, eher sogar promazedonische Position ein. Das jugoslawische „Mazedonien“ hat im griechischen Bürgerkrieg von 1947-1949 die später unterlegenen griechischen Kommunisten im Kampf gegen die königstreuen Griechen stark unterstützt. Diese historische Tatsache ist bis heute unvergessen. Dennoch möchten Sie, **Nord-Mazedonien** vor einem Beitritt in die EU „bewahren“ und sprechen sich deshalb gegen eine Aufnahme aus.

3. Taktik

Als Abgeordnete/Abgeordneter einer europafeindlichen Partei sind Sie strikt gegen jede mögliche Erweiterung der Europäischen Union. Sie lehnen die imperialistischen Eingriffe und eine mögliche Ausdehnung der EU auf den Balkan und den Mittelmeerraum kategorisch ab.

Sie sind grundsätzlich ein Gegner eines starken Europas mit großen Entscheidungsbefugnissen. Stattdessen fordern Sie eine Rückverlagerung europäischer Kompetenzen auf die nationale Ebene.

Nur weil sie gegen die EU und eine generelle Erweiterung sind, lassen sie es sich nicht nehmen an der Diskussion über eine Aufnahme der Balkanstaaten und der Türkei teilzunehmen. Nutzen Sie jede Möglichkeit, um ihre Argumente und Ansichten einzubringen. Suchen Sie vor allem den Austausch mit Parlamentariern anderer radikaler Gruppierungen. Es ist schon schlimm genug, dass sie wenig Chancen haben sich gegen die Großmächte der Kapitalunion durchzusetzen, dann wollen sie wenigstens laut sein.

Die/der fraktionslose Abgeordnete im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Ungarn (Jobbik)



1. Zu Ihrer Rolle

Die ‚Bewegung für ein besseres Ungarn‘ (ungarisch: Jobbik Magyarorszáért Mozgalom), bekannt als *Jobbik* ist eine konservative ungarische Partei, die aus einer antikommunistischen Studentenbewegung entstanden ist. Jobbik hat dadurch auch radikale, nationalistische bis rechtsextreme Wurzeln, definiert sich aber seit 2014 als Volkspartei und gibt sich grundsätzlich gemäßigter, um in bürgerlich-konservativen Kreisen wählbar zu sein. Nach den ungarischen Parlamentswahlen im Jahr 2018 ging sie als zweitstärkste Kraft hinter der Partei FIDESZ-KDNP vom ungarischen Präsidenten Viktor Orbán hervor.

Zusammen mit seinen Nachbarländern ist Ungarn 2004 der Europäischen Union beigetreten. Mit den Nachbarn Polen, Tschechien und Slowakei versucht Ungarn außerdem recht erfolgreich eine mitteleuropäische Interessengruppe innerhalb der EU zu bilden. Ungarn hat durch seine geographische Lage – das Land hat Außengrenzen zu zwei der möglichen neuen Beitrittskandidaten (Serbien und Montenegro) – ein besonderes Interesse an der neuen Erweiterungsrunde. Ungarn hatte sich auch stets mit Nachdruck für den EU-Beitritt von Rumänien und Bulgarien eingesetzt. Grundsätzlich verspricht sich Ungarn von der möglichst raschen und engen Anbindung seiner Nachbarn an die EU eine anhaltende Stabilisierung der gesamten Region und damit Sicherheit an den eigenen Grenzen. Diese Stabilitäts- und Sicherheitsinteressen des Landes und das Bedürfnis, die teilweise historisch belasteten Beziehungen zu den Nachbarstaaten zu verbessern, sind ein elementarer Beweggrund der ungarischen Erweiterungspolitik.

In Bezug zur EU war die Partei erst sehr europakritisch, kann sich mittlerweile aber eine Vertiefung der Europäischen Union vorstellen, dies geschah durch eine Neubewertung der Europäischen Union während des Brexits. Sie treten dafür ein, dass Ungarn Teil der Eurozone wird, da dies wirtschaftliche Vorteile mit sich bringen würde. Jobbik setzt sich für eine gerechte Europäische Union ein, die auf dem Grundsatz der Solidarität beruht. Gleichzeitig möchte die Partei eine gemeinsame Migrationspolitik auf den Weg bringen.

Ungarn war vor allem im Jahr 2015 ein Ersteinreiseland für Flüchtlinge auf der sogenannten Balkan-Route. Obwohl die meisten Bürgerkriegsflüchtlinge bereits in Griechenland waren, sind sie in großer Zahl weitergezogen und haben in Ungarn die EU betreten. In Ungarn waren viele dieser Flüchtlinge aber nur vorübergehend, da sie weiter wollten nach Österreich, Deutschland oder Schweden.

Von 2009 bis 2016 war Jobbik als Gründungsmitglied zusammen mit anderen ultranationalistischen rechten Parteien, wie dem Front National aus Frankreich, Teil der Allianz der Europäischen nationalen Bewegungen (AENM). Jobbik hat sich jedoch mit seiner Neubewertung der EU daraus zurückgezogen. Beobachter stellen fest, dass Jobbik sich um ein seriöseres und weniger konfrontatives öffentliches Auftreten bemüht unter gleichzeitiger Beibehaltung ihrer radikal rechten Programmatik. Die fehlende Fraktionszugehörigkeit ist dadurch zu erklären, dass ihre Partei weiterhin als rechtsextrem und antisemitisch gesehen wird. Seit ihrer Mäßigung sehen sie sich konservativen Parteien verbunden, die die Europäische Integration vorantreiben. Bei der Europawahl 2019 hat Jobbik mit nur halb so vielen Stimmen, wie bei den Europawahlen 2009 zwei Mandate verloren und stellt seitdem nur noch einen Abgeordneten.

2. Ihre Partei und die Europäische Erweiterung

Als ungarische Partei sieht sich Jobbik verpflichtet, den Beitrittsprozess der unmittelbar angrenzenden Balkan-Länder voranzutreiben. Die Europäische Integration bleibt das primäre Ziel. Ungarn würde durch den Beitritt der Balkan-Länder seine EU-Außengrenze verlieren, wodurch weniger Konflikte rund um das Thema Grenzschutz

aufkommen würden. Dies ist auch im Interesse von Jobbik. Somit unterstützt Jobbik alle Beitrittskandidaten des Balkans. Jedoch ist die Unterstützung seitens der Partei an die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien gebunden.

Dem Beitritt der Türkei steht Jobbik kritisch gegenüber, auch aufgrund der muslimisch geprägten Kultur. Nach Auffassung der Partei kann die Europäische Union es sich zudem wirtschaftlich nicht erlauben, die Türkei aufzunehmen.

3. Taktik

Als Vertreterin / Vertreter der Partei Jobbik setzen Sie sich für den Beitritt der Balkan-Staaten ein, da dadurch Ungarn endlich kein Land mit EU-Außengrenze mehr ist. Jedoch beharren Sie auf die Kopenhagener Kriterien, da die Erweiterung nicht zu Lasten der bisherigen EU-Mitgliedstaaten durchgeführt werden soll.

Da Sie keiner Fraktion angehören, sollten Sie nur den Gesetzestexten zustimmen, die im Einklang mit einer Europäischen Vertiefung stehen. Suchen Sie bei eigenen Vorschlägen innerhalb des Parlaments nach Verbündeten. Hier eignen sich Parteien, die sich ebenfalls offen für die Europäische Integration zeigen und sich auch als konservativ definieren. So ist ein gewisser Konsens zwischen Ihrer Partei und möglichen Verbündeten schon einmal gegeben.

Setzen Sie sich im Beitrittsverfahren verstärkt für die Balkan-Staaten ein. Diese Länder gehören aufgrund der kulturellen Ähnlichkeiten zu Europa. Anders sehen Sie dies bei der Türkei: Die Türkei darf unter keinen Umständen Mitglied der Europäischen Union werden und Sie tun alles, um dies zu verhindern. Denn ein Beitritt der Türkei würde Ihrer Meinung nach nur Lasten und Nachteile für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union mit sich bringen.

Der Rat



Der Rat ist neben dem Europäischen Parlament das wichtigste Organ bei der Entscheidungsfindung in der Europäischen Union.

Die Entscheidungsfindung in der Europäischen Union ist zwischen den gemeinschaftlichen europäischen Institutionen (Europäisches Parlament und Europäische Kommission) und den Regierungen der Mitgliedstaaten aufgeteilt. Die Regierungen der Mitgliedstaaten kommen im Rat zusammen.

Der Rat besteht aus den jeweiligen (Fach-)Ministern/innen der Mitgliedstaaten und wirkt als Legislative (rechtsetzende Gewalt) und Exekutive (ausführende Gewalt). Aus diesem Grund wird der Rat auch häufig Ministerrat genannt.

Je nach angewandtem Entscheidungsverfahren hat das Europäische Parlament mehr oder weniger Mitbestimmungsrechte. Bei der Erweiterung der EU ist die Zustimmung des Europäischen Parlaments zwingend erforderlich.

Deswegen kann der Rat das Europäische Parlament im Entscheidungsprozess keinesfalls außer Acht lassen; er muss immer die Position des Europäischen Parlaments mit bedenken.

Neben den (Fach-)Ministern/Ministerinnen, treffen sich vier Mal im Jahr auch die europäischen Staats- und Regierungschefs zu einem sogenannten Gipfel. Dieses Gremium heißt dann Europäischer Rat und wird aufgrund des ähnlichen Namens häufig mit dem Rat der (Fach-)Minister verwechselt.

Die Sitzungen des Rats finden einmal oder manchmal auch mehrmals im Monat in Brüssel statt. Je nach Politikfeld setzt sich der Rat dazu in mittlerweile insgesamt zehn unterschiedlichen Formationen zusammen (z.B. Rat der Umweltminister*innen, Rat der Agrarminister*innen, Rat der Wirtschafts- und Finanzminister*innen). Eine Ausnahme bilden, gemäß dem derzeit gültigen Vertrag über die Zusammenarbeit in der EU (Vertrag von Lissabon), die Außenministerinnen und Außenminister.

1. Der Rat in seinen unterschiedlichen Formationen hat sechs zentrale Aufgaben
2. Er verabschiedet zusammen mit dem Europäischen Parlament europäische Rechtsvorschriften (Gesetze der Europäischen Union).
3. Er schließt internationale Übereinkünfte zwischen der EU und anderen Staaten (sog. Drittländern) oder internationalen Organisationen. Diese Übereinkünfte können sich auf große Bereiche, wie Handel, Zusammenarbeit und Entwicklung beziehen oder spezifische Themen betreffen, wie Textilwaren, Fischerei, Wissenschaft und Technologie, Verkehr usw.
4. Er sorgt für die Abstimmung der Grundzüge der Wirtschaftspolitik in den Mitgliedstaaten. Die EU-Staaten haben sich für eine allgemeine Wirtschaftspolitik ausgesprochen, die auf einer guten Abstimmung ihrer nationalen Wirtschaftspolitik beruht.
5. Gemeinsam mit dem Europäischen Parlament genehmigt er jährlich den Haushaltsplan der EU auf Vorschlag der Europäischen Kommission.

6. Auf der Grundlage der vom Europäischen Rat (Staats- und Regierungschefs) festgelegten allgemeinen Leitlinien entwickelt der Rat die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Die EU-Mitgliedstaaten arbeiten an der Entwicklung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Allerdings behalten dabei die einzelnen Regierungen die Kontrolle über ihre Außenpolitik, Sicherheit und Verteidigung.
7. Er koordiniert die Zusammenarbeit der nationalen Gerichte und Polizeikräfte in Strafsachen und den Bereich Freiheit, Sicherheit und Recht. Die Bürger*innen der Europäischen Union können in jedem beliebigen EU-Land leben und arbeiten. Daher müssen sie auch in der gesamten Europäischen Union gleichberechtigten Zugang zur Zivilgerichtsbarkeit haben.

Gemäß dem Vertrag von Lissabon ist der Rat als Institution der Europäischen Union dazu verpflichtet, die Interessen der EU als Ganzes zu vertreten. Dennoch ist es nicht verwunderlich, dass die Ministerinnen und Minister der Mitgliedstaaten die anstehenden Themen bzw. Entscheidungen auch aus ihrer nationalen Perspektive bewerten. Die Staaten haben zahlreiche nationale Interessen, wobei europäische Integration und Erweiterung nur zwei von vielen Zielen sind. Bei Fragen zur Erweiterung der EU muss im Rat weiterhin eine einstimmige Entscheidung herbeigeführt werden.

Art. 49 EUV (Aufnahme weiterer Mitglieder): „Jeder europäische Staat [...] kann beantragen, Mitglied der Union zu werden. Das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente werden über diesen Antrag unterrichtet. Der antragstellende Staat richtet seinen Antrag an den Rat; dieser beschließt einstimmig nach Anhörung der Kommission und nach Zustimmung des Europäischen Parlaments, das mit der Mehrheit seiner Mitglieder beschließt. Die vom Europäischen Rat vereinbarten Kriterien werden berücksichtigt.“

Für die Ministerin oder den Minister eines Mitgliedstaats bedeutet das, dass sie sich mit Ihren Kollegen so lange auseinandersetzen müssen, bis Einstimmigkeit erreicht ist. Bei Abstimmungen im Rat über die Erweiterung der Europäischen Union ist also jede Stimme entscheidend.

Steckbrief: Belgien



Belgien (Belge/Belgique)

Hauptstadt:	Brüssel (1,198 Mio. Einwohner)
Staatsform:	parlamentarische Monarchie, föderaler Staat mit Zweikammersystem
Fläche:	30 528 km ²
Einwohner:	11,372 Millionen
Einwohner/km²:	373
BIP/Einwohner (2017):	41 790 US-\$
Wachstumsrate (2017):	1,7 Prozent
Arbeitslosenquote (2017):	7,1 Prozent
Amtssprachen:	Niederländisch, Französisch, Deutsch
Religionen:	72 Prozent Katholiken, 8 Prozent Muslime, 1 Prozent Protestanten, 0,4 Prozent Juden; 16 Prozent religionslos
Ethnische Gruppen:	59 Prozent Flamen, 40 Prozent Wallonen, 1 Prozent Deutschsprachige Gemeinschaft
Beitritt zur EG/EU:	Gründungsmitglied
Pressefreiheit (2019):	12. Platz weltweit
CPI/Korruptionsindex (2019):	17. Platz weltweit
Human Developm. Index (2019):	17. Platz weltweit
Staatsoberhaupt:	König Philippe
Regierungschef:	Charles Michel
Weitere Informationen:	www.diplomatie.be

Quelle u.a.: Der Neue Fischer Weltalmanach 2019



1. Zu Ihrer Rolle

Sie sind Außenminister/in aus Belgien. Die Ministerinnen oder Minister aus den Mitgliedstaaten müssen die Interessen Ihres Landes bedenken, während sie auf der Suche nach einer gemeinsamen Position im Rat sind. Sie müssen eine Strategie finden, um Ihre Positionen umsetzen zu können, ohne die Regeln der Diplomatie zu verletzen. Daher ist es sehr empfehlenswert, Kontakte zu anderen Ministerkolleginnen und Ministerkollegen oder Abgeordneten aus dem Europäischen Parlament zu knüpfen, um deren Position herauszufinden und so die Chancen zu erhöhen, Verbündete für die eigenen Ziele zu gewinnen.

2. Belgien im Überblick

Das Königreich Belgien ist eines der sechs Gründungsmitglieder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und hat von Beginn an dem Aufbau eines geeinten Europas höchste Priorität beigemessen. Belgien grenzt an die Niederlande, Frankreich, Deutschland sowie Luxemburg und zählt rund 11,5 Mio. Einwohner (2018).

Gerade als mittelgroßes Land sieht Belgien seine elementaren Interessen und seinen internationalen Einfluss am besten in einer starken, supranational organisierten Union gesichert. Diese Einsicht hat sich im Laufe der Einigungsgeschichte immer wieder durch eine äußerst konstruktive und integrationsfreundliche Haltung des Landes geäußert. Belgien sieht hierin nicht zuletzt auch einen Schutz gegen einen zu starken Einfluss der großen EU-Mitgliedstaaten und eine Voraussetzung dafür, dass ein Europa mit mehr als 27 Mitgliedstaaten auf Dauer handlungsfähig bleiben kann.

a. **Aktuelle außenpolitische Lage**

Entscheidend für die belgische Position ist die Stärkung der Kompetenzen der Europäischen Union. So soll endlich sowohl eine gemeinsame Außenpolitik auf den Weg gebracht werden, die eine autonome europäische Verteidigung ermöglicht, als auch eine gemeinsame Rechts- und Einwanderungspolitik geschaffen werden. Die Einbeziehung der Union in die Felder Umwelt, Soziales und Steuern sowie eine Angleichung der Wirtschaftspolitiken zur Unterstützung der Wirtschafts- und Währungsunion sollen intensiviert werden. Gerade im Bereich der gemeinsamen Sozialpolitik mahnt Belgien erheblichen Handlungsbedarf an. Hier muss eine Angleichung erreicht werden, die in den alten wie in den neuen Mitgliedstaaten einen modernen Sozialstaat ermöglicht und sichert.

b. **Aktuelle innenpolitische Lage**

Belgien ist innenpolitisch durch seine föderale Struktur und den Sprachkonflikt zwischen den beiden dominierenden Bevölkerungsgruppen, den Flamen (niederländisch) und den Wallonen (französisch) geprägt. Das politische System des Königreichs Belgien ist eine konstitutionelle parlamentarische Erbmonarchie, wobei der König als Staatsoberhaupt nur repräsentative Aufgaben wahrnimmt und der Staat demokratisch organisiert ist.

c. **Wirtschaftliche Lage**

Die belgische Wirtschaft ist stark auf den Export von Gütern ausgerichtet. Die wichtigsten Handelspartner sind die Nachbarländer Deutschland, Frankreich und die Niederlande. Die erwerbstätige Bevölkerung ist zu ca. 80 Prozent im Dienstleistungssektor beschäftigt. Deutlich weniger Menschen arbeiten in der Industrie (ca. 19 Prozent) oder in der Landwirtschaft (ca. 1 Prozent). Die Arbeitslosenquote im Jahr 2020 liegt bei 5,3 Prozent, deutlich unter dem EU-Durchschnitt.

3. Europäische Erweiterung: Ja oder nein?

Belgien hat bereits die letzten Erweiterungen der Europäischen Union seit 2004 um insgesamt dreizehn neue Mitgliedstaaten aktiv unterstützt und unterstreicht auch jetzt die allseitigen Vorteile einer erneuten Erweiterungsrunde. Ihr Land sieht in der fortschreitenden Erweiterung ein Erfolgsmerkmal des europäischen Modells eines auf einem gemeinsamen Wertefundament basierenden, politischen Zusammenschlusses, der seinen Bürgerinnen und Bürgern Freiheit, Demokratie und Wohlstand bringt.

Der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess, der im Jahr 2001 anlässlich des ersten EU-Balkan-Gipfels begann, hat die politischen, juristischen und finanziellen Instrumente geschaffen, um die Balkanländer in ihren europäischen Integrationsbemühungen zu unterstützen. Die seit 2001 erzielten Fortschritte der Balkanländer im Bereich der politischen und ökonomischen Reformen sind aus Ihrer Sicht bemerkenswert. Aber auch diese Fortschritte sind noch brüchig, wenn man die aktuelle, konfliktreiche Situation in der Region betrachtet.

Die Anziehungskraft dieser Idee und die Tatsache, dass sich die EU immer als offene Gemeinschaft verstanden hat, tragen aus Belgiens Sicht dazu bei, Frieden, Stabilität und europäische Werte auf dem gesamten Kontinent zu verankern. In diesem Sinne unterstützt die belgische Regierung eine Beitrittsperspektive für die Balkanländer, wodurch die Stabilität in der gesamten Region gesichert werden soll.

Seinen erweiterungsfreundlichen Kurs verbindet Belgien jedoch mit klaren Forderungen an alle beitrittswilligen Länder: Nur nach der eindeutigen und unmissverständlichen Erfüllung der Kopenhagener Kriterien und der Vorgaben der Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen kann ein Beitritt erfolgen. Eine Erweiterung darf die Erregenschaften der EU in den verschiedenen Politikfeldern weder in Frage stellen, noch schwächen. Daher müssen alle Kandidatenländer den gemeinschaftlichen Besitzstand (*acquis communautaire*) übernehmen.

Belgiens größtes Anliegen ist, dass die angestrebte Erweiterung eine gleichzeitig gewünschte föderale Vertiefung nicht behindert. Das Land fordert daher im Vorfeld der Erweiterung eine Stärkung der supranationalen Institutionen (wie Kommission und Europäisches Parlament) und eine effizientere Entscheidungsfindung.

Als allgemein gültige Vorteile einer erneuten Erweiterungsrunde können Sie folgende Punkte anführen: Das steigende internationale Gewicht der EU in der Weltpolitik, die Steigerung der Lebensqualität und des Wohlstandes in Gesamteuropa, die wirtschaftlichen Vorteile eines größeren Binnenmarktes für alle Beteiligten, die Ausweitung des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts und die damit einhergehende innere Sicherheit. Ängste aus der Bevölkerung bezüglich billiger Lohnkonkurrenz aus den potenziellen neuen Mitgliedstaaten und der damit verbundenen Gefahr für heimische Arbeitsplätze nehmen Sie ernst. Argumentieren Sie mit der Erfahrung der vorherigen Erweiterungen, bei denen sich diese Ängste bereits als unbegründet herausgestellt haben.

4. Besondere Beziehungen und Positionen zu den beitrittswilligen Ländern

Belgien will die EU als eine wertebasierte und interkulturelle Gemeinschaft verstanden wissen und nicht als einen geschlossenen, christlichen Kreis. Für den angestrebten Dialog zwischen den Kulturen und für die sicherheitspolitische Stabilisierung des Kontinents wäre die Mitgliedschaft der **Türkei** von Vorteil. Allerdings ist die Türkei noch zu weit von europäischen Standards entfernt und hat sich in den letzten Jahren sogar noch weiter von europäischen Werten entfernt. Belgien sieht die Türkei weiterhin als wichtigen Partner insbesondere im Kampf gegen Terrorismus und in der Migrationspolitik. Ihre beiden Länder verbindet zudem, dass eine große Gruppe von Menschen türkischer Herkunft in Belgien lebt.

Auf dem Weg zur europäischen und euro-atlantischen Integration erwartet Ihr Land von **Bosnien und Herzegowina** noch weitere Reformen, insbesondere der Verfassung und im Bereich der Justiz.

Bei Erfüllung aller Bedingungen sieht man einen baldigen Beginn von Beitrittsgesprächen mit **Albanien**. Es gibt eine albanische Gemeinde in Belgien, deren Asylanträge manchmal Probleme bereiten, aber die Zusammenarbeit läuft gut. Ebenso gibt es gute Beziehungen zu **Nord-Mazedonien, Montenegro und Serbien**. Ihr Land erwartet von diesen Ländern insbesondere die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte.

Belgien war 2008 eines der ersten Länder, welches die Unabhängigkeit des **Kosovo** anerkannt hat. Ihr Land ermutigt Serbien und Kosovo ihre Beziehungen mit einem gemeinsamen Vertrag zu normalisieren. Im Prinzip unterstützen Sie den Beitritt des Kosovo, sehen jedoch auch die fehlende Anerkennung von einigen Mitgliedstaaten als Hindernis.

5. Kopenhagener Kriterien

Ihre Forderung an die potenziellen neuen Mitgliedstaaten ist, die gestellten Kriterien zu erfüllen und sich dem jetzigen EU-Standard anzupassen. Da es bei der Erweiterung jedoch zu keinem Abbau der bisherigen gemeinschaftlichen Politik kommen soll, wollen Sie zusätzlich Übergangsvereinbarungen treffen (z.B. bei der Reform der Agrarpolitik und der Strukturpolitik).

6. Taktik

Als Vertreterin/Vertreter Belgiens sind sie von einem funktionierenden Europa abhängig. Wenn es zu einer Erweiterung kommt, muss deshalb gewährleistet sein, dass die Institutionen weiterhin bzw. besser funktionieren. Sie legen großen Wert darauf, dass die kleinen Länder nicht unterrepräsentiert sind.

Achten Sie auf die Einhaltung der Kopenhagener Kriterien und unterstützen Sie alle Länder, die Anstrengungen unternehmen, um die Kriterien zu erfüllen oder schon enorme Fortschritte zu verzeichnen haben.

Versuchen Sie, Ihre Bereitschaft zur Integration als Verhandlungsmasse einzusetzen und dafür eine Stärkung Ihrer Position in der EU und einen Ausbau der supranationalen Handlungsmöglichkeiten zu erreichen. Da Sie sich für ein Gleichgewicht der europäischen Institutionen und für eine Stärkung des Parlaments einsetzen, scheuen Sie sich nicht, sich mit Parlamentariern auszutauschen und Ihre Ideen einzubringen.

Um Ihre Interessen durchzusetzen, stehen den Mitgliedern des Rats einige Mittel zur Verfügung:

- Sie nutzen insbesondere informelle Verhandlungen mit anderen Kollegen, weil Sie persönlich besonders gut überzeugen können.
- Sie versuchen, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse zu beeinflussen.
- Um die Unterstützung Ihrer Bevölkerung zu erhalten, starten Sie eine große Pressekampagne.
- Sie drohen, die Vorschläge der anderen Länder zu blockieren.
- Sie suchen so genannte „Paket-Lösungen“ (Sie machen in einem Bereich Zugeständnisse, um an anderer Stelle Ihre Interessen durchzusetzen), weil innerhalb der EU der Konsens wichtig ist!

Bedenken Sie: Nur mit einer gemeinsamen Entscheidung können die Mitglieder des Rats Europa auch in Ihrem eigenen Interesse voranbringen!



Bulgarien (Bǎlgarija)

Hauptstadt:	Sofia (1,238 Mio. Einwohner)
Staatsform:	Republik mit parlamentarischer Regierungsform
Fläche:	111 002 km ²
Einwohner:	7,076 Millionen
Einwohner/km²:	64
BIP/Einwohner (2017):	7 760 US-\$
Wachstumsrate (2017):	3,6 Prozent
Arbeitslosenquote (2017):	6,2 Prozent
Amtssprache:	Bulgarisch
Religionen:	76 Prozent Orthodoxe, 12 Prozent religionslos oder keine Ang., 10 Prozent Muslime, 1 Prozent Protestanten; Minderheiten von Katholiken und Juden
Ethnische Gruppen:	85 Prozent Bulgaren, 9 Prozent Türken, 5 Prozent Roma; Sonstige (Russen, Armenier, Aromunen, Griechen), Ausländeranteil (2016): 1,1 Prozent
Beitritt zur EU:	2007
Pressefreiheit (2019):	111. Platz weltweit
CPI/Korruptionsindex (2019):	74. Platz weltweit
Human Developm. Index (2019):	52. Platz weltweit
Staatspräsident:	Rumen Radew
Regierungschef:	Bojko Borissov
Weitere Informationen:	http://www.mfa.bg/embassies/germany/setlang/II

Quelle u.a.: Der Neue Fischer Weltalmanach 2019



1. Zu Ihrer Rolle

Sie sind Außenminister/in aus Bulgarien. Die Ministerinnen oder Minister aus den Mitgliedstaaten müssen die Interessen Ihres Landes bedenken, während sie auf der Suche nach einer gemeinsamen Position im Rat sind. Sie müssen eine Strategie finden, um Ihre Positionen umsetzen zu können, ohne die Regeln der Diplomatie zu verletzen. Daher ist es sehr empfehlenswert, Kontakte zu anderen Ministerkolleginnen und Ministerkollegen oder Abgeordneten aus dem Europäischen Parlament zu knüpfen, um deren Position herauszufinden und so die Chancen zu erhöhen, Verbündete für die eigenen Ziele zu gewinnen.

2. Bulgarien im Überblick

Bulgarien ist eine Republik in Südosteuropa und seit 2007 Mitglied der Europäischen Union sowie bereits seit 2004 Mitglied der NATO. Direkte Nachbarländer sind Rumänien, Serbien, Nord-Mazedonien, Griechenland und die Türkei. Das Land ist eine parlamentarische Republik und hat ca. 7 Millionen Einwohner.

a. **Aktuelle außenpolitische Lage**

Außenpolitisch hat Bulgarien in letzter Zeit bedeutende Schritte unternommen, um die regionale Zusammenarbeit zu intensivieren. In der eigenen Region Südosteuropas tritt Bulgarien für einen friedlichen nachbarschaftlichen Interessensausgleich und eine verbesserte wirtschaftliche Zusammenarbeit auf allen Gebieten ein. Das Land betreibt eine aktive Außenpolitik und versteht sich als ein Stabilitätsanker in der Region. Von 2002 bis 2003 war es „nichtständiges Mitglied“ im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Im Jahr 2004 hatte Bulgarien den Vorsitz in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) inne und beteiligte sich an internationalen Friedensmissionen in Kosovo, Bosnien-Herzegowina, Afghanistan und Äthiopien/Eritrea.

Im Kosovo-Konflikt nahm die bulgarische Regierung von Anfang an eine deutlich prowestliche Haltung ein. Bulgarien unterstützte die NATO-Luftschläge gegen Jugoslawien und erteilte Überfluggenehmigungen für NATO-Flugzeuge. Mit dem Beitritt zur NATO im März 2004, hatte Bulgarien das erste große außenpolitische Ziel erreicht. Außerdem hat es, wie insgesamt 21 weitere Mitgliedstaaten der Europäischen Union, im Jahr 2008 die Unabhängigkeit Kosovos anerkannt, womit es seinen ohnehin nicht besonders guten Beziehungen zu Serbien weiter geschadet hat.

Die zunehmende internationale Aktivität des Landes wird allgemein als Zeichen der Etablierung Bulgariens im internationalen System und der damit verbundenen Übernahme von Verantwortung gesehen. Auch innerhalb Bulgariens sieht man durchaus, dass die größten Fortschritte in den Jahren der Heranführung an die EU und unmittelbar vor dem Beitritt gemacht wurden. Seit der Aufnahme in die EU gab es allerdings wenig konkrete Anstrengungen, europäische Standards zu erreichen. Beispielsweise kann Bulgarien im Bereich der Umweltpolitik noch nicht bei allen EU-Standards mithalten.

b. **Aktuelle innenpolitische Lage**

Seit dem Umsturz 1989 hat Bulgarien im Rahmen eines Demokratisierungsprozess eine parlamentarische Demokratie mit einem Einkammersystem eingeführt. Darüber hinaus hat sich Bulgarien zu einem Rechtsstaat mit Gewaltenteilung entwickelt. Trotz erfolgter Reformen hat das bulgarische Justizsystem noch immer erhebliche Schwächen. Darüber hinaus stellt der hohe Grad an Korruption noch immer ein großes Problem dar, auch wenn deren Bekämpfung inzwischen politische Priorität hat.

Die bulgarische Gesellschaft kennt keine ausgeprägten, ethnisch begründeten Konflikte. Auch die beiden großen Religionsgemeinschaften – die Orthodoxe Kirche und der Islam – gehen in toleranter Weise miteinander um. Die

Minderheit der Roma ist allerdings noch unzureichend in die Gesellschaft integriert. Mehrheitlich leben die Roma in schwierigen wirtschaftlich-sozialen Verhältnissen. Mit dem neuen Aktionsprogramm für die gleichberechtigte Integration der Roma in die bulgarische Gesellschaft macht die Eingliederung der Minderheit aber inzwischen Fortschritte. Dennoch sieht die EU hier weiteren Handlungsbedarf.

Die Bulgaren bekommen die reale Kriminalität im Alltag jedoch immer noch heftig zu spüren. Von Vertrauen der bulgarischen Gesellschaft in Polizei und Justiz kann keine Rede sein. Bereits nach dem ersten Quartal der EU-Mitgliedschaft war klar: Der Strukturwandel, der eigentlich noch über die Erfüllung der EU-Vorgaben hinausgehen sollte, ist nicht in Gang gekommen, denn eine klare Trennung von Exekutive, Legislative und Judikative, die für diesen Wandel notwendig wäre, ist bis heute nicht möglich.

c. Wirtschaftliche Lage

Bulgarien besitzt inzwischen eine funktionierende Marktwirtschaft. Die zunehmende Privatisierung, der Abbau staatlicher Subventionen und die Konsolidierung der Staatsfinanzen haben erheblich zu diesem Erfolg beigetragen. Im Energiebereich stellt jedoch die Abhängigkeit Bulgariens von der Kernenergie, die mehr als 40 Prozent der Stromerzeugung des Landes ausmacht, immer noch ein großes Problem dar. Durch Bulgarien führen wichtige Transitstrecken im Verkehr und für den Transport von Energieträgern.

Angesichts der wirtschaftlichen Transformationsleistungen und der erreichten Stabilität hat sich Bulgarien zu einem interessanten Wirtschaftsstandort für Auslandsinvestitionen entwickelt. Hinzu kommt das einfache und attraktive Steuersystem, das viele Anleger anzieht. Die bulgarische Wirtschaft hat sich, seit dem Beitritt des Landes in die EU im Jahr 2007, gut entwickelt. Nach Schätzungen der Europäischen Union sind die Investitionen um 400 Millionen Euro gestiegen. Die Kaufkraft der Bevölkerung nimmt zu und der Staatshaushalt, der einst kurz vor dem Bankrott stand, verzeichnet einen Überschuss.

Allerdings profitieren von den positiven wirtschaftlichen Entwicklungen nur bestimmte soziale Gruppen, etwa die Städter, die Jüngeren und die gut Ausgebildeten. Alte Menschen und die Landbevölkerung leben weiterhin in Armut. Die desolante soziale Lage vieler Menschen ist ein Grund für die Radikalisierung und Kriminalisierung der bulgarischen Gesellschaft. So werden zum Beispiel mehr als 10.000 bulgarische Frauen jährlich Opfer organisierter Frauenhändler – wobei die Dunkelziffer vermutlich noch weitaus höher ist.

3. Europäische Erweiterung: Ja oder nein?

Bulgarien ist gegenüber einer Erweiterung sehr positiv eingestellt. Verweisen Sie auf die große Unterstützung der Bevölkerung für eine weitere Integration von Balkanstaaten in die EU. Unterstreichen Sie die langjährigen tiefen Beziehungen Ihres Landes zum Balkan und betonen Sie, dass die südosteuropäischen Staaten aus der politischen Union nicht ausgeschlossen bleiben dürfen. Aus sicherheitspolitischer Sicht verweisen Sie auf die positive Strahlkraft, die ein florierendes und stabiles Bulgarien für die kriegsgebeutelte Region des Balkans hat.

4. Besondere Beziehungen und Positionen zu den Beitrittswilligen Ländern

Bulgarien ist aufgrund der historischen Nähe und kultureller Gemeinsamkeiten an einem möglichst schnellen Beitritt **Nord-Mazedoniens** interessiert. Jedoch gibt es Punkte, die Bulgarien als Bedingung für den Beginn von Beitrittsverhandlungen anführt: Sie verbitten sich jedwedes Engagement der Regierung von Nord-Mazedonien im Hinblick auf die mazedonische Minderheit in Bulgarien, da sie die ethnischen Mazedonier zumindest bis 1945 als Teil des bulgarischen Volkes ansehen, das im späteren Verlauf eine eigene Entwicklung genommen hat. Des Weiteren soll die mazedonische Sprache in den offiziellen Dokumenten der EU nicht als solches benannt werden, sondern lediglich als „Amtssprache der Republik Nord-Mazedonien“ bezeichnet werden. Bulgarien betrachtet die mazedonische Sprache als eine regional normierte Form des Bulgarischen. Gleichzeitig werfen Sie Nord-Mazedonien vor, die Gespräche der Geschichtskommission unilateral unterbrochen zu haben. Stellen Sie klar, dass

Sie weiterhin an einem Beitritt Nord-Mazedoniens interessiert sind, jedoch nur wenn Ihre Forderungen erfüllt werden.

An **Albanien** stellen Sie die Forderung, dass das Land die Anerkennung der bulgarischen Minderheit vorantreiben und dazu die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen soll. Den Fortschritt der Beitrittsverhandlungen machen Sie von der Erfüllung der zuvor benannten Punkte abhängig.

In der Frage eines Beitritts der **Türkei** betonen Sie die guten Beziehungen zu ihrem Nachbarstaat, die Ihre christlichen und muslimischen Bevölkerungsteile pflegen. Dies können Sie als ein Beispiel für ein gutes Zusammenleben auch mit der Türkei anführen. Sie beharren aber gegenüber der türkischen Delegation auf einer gründlichen und nachhaltigen Durchsetzung der geplanten Reformen.

5. Kopenhagener Kriterien

Als Bulgarien der EU beiträt, erfüllte es zwar die Kopenhagener Kriterien der Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenrechte – jedoch noch nicht vollständig. Als letzte Maßnahme sind im Beitrittsvertrag Schutzklauseln vorgesehen: Sollten Reformen in den Problembereichen ausbleiben, droht die Kürzung von EU-Geldern. Auch Transparency International kritisierte, bei der Korruptionsbekämpfung bleibe der gewünschte Fortschritt Bulgariens aus.

Da Bulgarien Schwierigkeiten hat, die Kriterien einzuhalten, haben Sie Verständnis für potenzielle Beitrittskandidaten. Sie wollen aber auch, dass die gleichen Kriterien wie in Bulgarien angewendet werden.

6. Taktik

Betonen Sie als Delegierte/Delegierter Ihres Landes, dass sich Bulgarien der europäischen Wertegemeinschaft (Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Pluralismus, freie Marktwirtschaft und Menschenrechte) stark verbunden fühlt.

Ihr Land ist aus wirtschaftlichen Gründen an einer raschen und nachhaltigen Entspannung auf dem Balkan interessiert. Betonen Sie die Bereitschaft Bulgariens, im Rahmen des Stabilitätspaktes für den Wiederaufbau des Balkans auch künftig eine stabilisierende Rolle für Südosteuropa zu übernehmen. Machen Sie aber auch klar, dass die ultimative Stabilisierungsmaßnahme ein Beitritt der Balkan-Länder in die EU ist. Ihr erstes Ziel ist dabei die Aufnahme Nord-Mazedoniens in die EU, und das so schnell wie möglich!

Um Ihre Interessen durchzusetzen, stehen den Mitgliedern des Rats einige Mittel zur Verfügung:

- Sie nutzen insbesondere informelle Verhandlungen mit anderen Kollegen, weil Sie persönlich besonders gut überzeugen können.
- Sie versuchen, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse zu beeinflussen.
- Um die Unterstützung Ihrer Bevölkerung zu erhalten, starten Sie eine große Pressekampagne.
- Sie drohen, die Vorschläge der anderen Länder zu blockieren.
- Sie suchen so genannte „Paket-Lösungen“ (Sie machen in einem Bereich Zugeständnisse, um an anderer Stelle Ihre Interessen durchzusetzen), weil innerhalb der EU der Konsens wichtig ist!

Bedenken Sie: Nur mit einer gemeinsamen Entscheidung können die Mitglieder des Rats Europa auch in Ihrem eigenen Interesse voranbringen!

Steckbrief: Dänemark



Dänemark (Danmark)

Hauptstadt:	Kopenhagen (1,309 Mio. Einwohner)
Staatsform:	parlamentarische Monarchie
Fläche:	42 925 km ²
Einwohner:	5,770 Millionen
Einwohner/km²:	134
BIP/Einwohner (2017):	55 220 US-\$
Wachstumsrate (2017):	2,2 Prozent
Arbeitslosenquote (2017):	5,7 Prozent
Amtssprache:	Dänisch
Religionen:	77 Prozent Lutheraner, 5 Prozent Muslime; Minderheiten von Katholiken, anderen Protestanten u.a.
Ethnischen Gruppen:	Ausländeranteil (2017): 8,4 Prozent
Beitritt zur EG/EU:	1973
Pressefreiheit (2019):	3. Platz weltweit
CPI/Korruptionsindex (2019):	1. Platz weltweit
Human Developm. Index (2019):	11. Platz weltweit
Staatsoberhaupt:	Königin Margarethe II.
Regierungschef:	Mette Frederiksen
Weitere Informationen:	www.daenemark.org

Quelle u.a.: Der Neue Fischer Weltalmanach 2019



1. Zu Ihrer Rolle

Sie sind Außenminister/in aus Dänemark. Die Ministerinnen oder Minister aus den Mitgliedstaaten müssen die Interessen Ihres Landes bedenken, während sie auf der Suche nach einer gemeinsamen Position im Rat sind. Sie müssen eine Strategie finden, um Ihre Positionen umsetzen zu können, ohne die Regeln der Diplomatie zu verletzen. Daher ist es sehr empfehlenswert, Kontakte zu anderen Ministerkolleginnen und Ministerkollegen oder Abgeordneten aus dem Europäischen Parlament zu knüpfen, um deren Position herauszufinden und so die Chancen zu erhöhen, Verbündete für die eigenen Ziele zu gewinnen.

2. Dänemark im Überblick

Das Königreich Dänemark befindet sich im Norden Europas und ist NATO-Gründungsmitglied, sowie seit 1973 Mitglied der Europäischen Union. Die einzige Landesgrenze hat Dänemark zu Deutschland. In Dänemark leben 5,8 Mio. Menschen. Das Königreich ist zudem ein interkontinentaler Staat, da ein Teil des Königreichs (Grönland) sich in Nordamerika befindet. Jedoch wird Grönland, wie auch die Färöer-Inseln (*ebenfalls dänisches Hoheitsgebiet*), autonom verwaltet und ist kein Mitglied der Europäischen Union.

a. **Aktuelle außenpolitische Lage**

Dänemark gilt als einer der EU-Mitgliedstaaten, der die gemeinsam geschlossenen Regelungen am schnellsten und loyalsten umsetzt. Die gut informierte Bevölkerung gilt aber als kritisch. Das zeigte sich, als im Jahre 1992 die Ratifizierung des Maastrichter Vertrages in einem Referendum nicht anerkannt wurde, wodurch sich das Inkrafttreten des Vertrages um ein Jahr verzögerte. Nach der Vornahme von Nachbesserungen, wurde dem Vertrag 1993 doch noch zugestimmt. Auch heute befürchten viele Dänen immer noch eine zu starke Machtkonzentration in der EU.

Die dänische Regierung fühlte sich nach der Aufnahme Finnlands und Schwedens 1995 in ihrem Anliegen bestärkt, die Themen „Umweltschutz“, „Transparenz“, „Subsidiarität“ und „Demokratie“ in den Vordergrund der europapolitischen Diskussion zu rücken. Mit einer Abstimmung über die Einführung des Euro versuchte die Regierung die Bevölkerung zu überzeugen, dass der Beitritt zum Euroland den dänischen Wohlfahrtsstaat und die Beschäftigung im Zeitalter der Globalisierung schützen könnte. Nach einem ‚Nein‘ der Bevölkerung zur Einführung der europäischen Währung, ist die Einführung des Euro zunächst nicht in Sicht.

Mit seiner umfassenden entwicklungspolitischen Zusammenarbeit gehört Dänemark quantitativ und qualitativ zu den führenden Ländern. Darüber hinaus hat Dänemark ein besonders starkes Profil in humanitärer Hilfe und internationaler Umwelt- und Klimapolitik.

b. **Aktuelle innenpolitische Lage**

Dänemark ist eine parlamentarische Erbmonarchie, wobei die Königin als Staatsoberhaupt zwar formell die Exekutive ist, jedoch in der Praxis die exekutiven Aufgaben vom Kabinett wahrgenommen werden. Die Königin übernimmt größtenteils repräsentative Aufgaben.

Die Dänen sind Vorreiter in der Energiepolitik. Sie streben an, bis 2050 die komplette Energieversorgung (Strom, Wärme und Verkehr) vollständig auf erneuerbare Energien umzustellen. Um dies zu erreichen, intensiviert Dänemark den Ausbau der Windenergie sowie der Elektrifizierung des Wärme- und Transportsektors.

In Dänemark regiert seit Juni 2019 eine sozialdemokratische Regierung unter der Führung von Regierungschefin Mette Frederiksen. Ihre Regierung zeichnet sich durch eine harte Migrationspolitik aus: So wurden die Bedingungen für Asylsuchende verschärft. Frederiksen befürwortet bei Fachkräftemangel die gezielte Einwanderung aus

EU-Mitgliedstaaten. Die Regierung versprach nach Amtsantritt die Einwanderung zu reduzieren und Sozialleistungen sollen Einwanderer erst erhalten können, wenn sie durch Arbeit etwas beisteuern. Des Weiteren soll der Familiennachzug erschwert werden und die Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern konsequent umgesetzt werden.

c. Wirtschaftliche Lage

Dänemark schneidet im internationalen Vergleich sehr gut ab und wird als wohlhabend angesehen. Die Beschäftigungsquote ist die höchste in der EU und der Lebensstandard der Dänen liegt in der weltweiten Spitzengruppe. Trotz einer hohen Steuer- und Abgabenquote ist Dänemark wettbewerbsfähig und kann es sich erlauben 38 Prozent der 2,3 Millionen Dänen mit Vollzeitstelle im Öffentlichen Dienst zu beschäftigen. Im Bereich der Wirtschaftspolitik praktiziert Dänemark das Arbeitsmarktmodell der sog. Flexicurity, welches geringen Kündigungsschutz mit einem hohen Niveau sozialer Absicherung und einer aktiven Arbeitsmarktpolitik verbindet.

3. Europäische Erweiterung: Ja oder nein?

Dänemark versteht sich selbst als einen der größten Verfechter der ersten Osterweiterungsrunde. Das Land sieht es als außenpolitische Priorität an, ein friedliches und vereintes Europa als Garant für Stabilität und Wohlstand zu schaffen. Aufgrund der geographischen Nähe und der bestehenden bilateralen Beziehungen setzte sich das Königreich insbesondere für eine schnelle Aufnahme der drei baltischen Staaten ein. Die Verhandlungen mit den zehn neuen Mitgliedstaaten wurden im Jahr 2002 unter dänischer EU-Präsidentschaft zu einem Abschluss gebracht. Das ist Ihnen noch in guter Erinnerung.

Auch mit Blick auf die nächste Erweiterungsrunde zählt Dänemark zu den aufgeschlossenen Mitgliedstaaten, ohne dabei jedoch alle Beitrittsgesuche blind zu befürworten. Aufgrund der skeptischen Grundhaltung der dänischen Bevölkerung, muss die Regierung immer prüfen, in welchem Maße der nächste Erweiterungsprozess die nationalen Interessen Dänemarks wahren bzw. fördern kann. In diesem Zusammenhang spielen die Errungenschaften im Sozialbereich und beim Umweltschutz, auf die die dänische Bevölkerung sehr stolz ist, eine große Rolle. Die Erweiterung der Europäischen Union um neue Mitgliedstaaten aus Mittel-, Ost- und Südeuropa, ist für Dänemark somit an die Bedingung von klaren Richtlinien für Umweltschutz und Sozialstandards geknüpft.

Bei aller Betonung der Notwendigkeit einer EU-Erweiterung behalten Sie jedoch im Auge, dass der europäische Integrationsprozess gewisse Grenzen der Belastbarkeit hat und nicht überstrapaziert werden darf. Auch die skeptische Grundhaltung Ihrer Bevölkerung zu Hause muss Ihnen jederzeit bewusst sein. Setzen Sie sich deshalb dafür ein, dass die notwendige Erweiterung vorsichtig und schrittweise erfolgt. Beitrittswillige Länder sollten vor der Aufnahme auf jeden Fall wirtschaftliche Kriterien erfüllen, um den Binnenmarkt der Union nicht zu belasten. Auch westeuropäische Umwelt- und Menschenrechtsstandards sollten vor dem Beitritt eingehalten werden.

4. Besondere Beziehungen und Positionen zu den beitrittswilligen Ländern

Bezüglich der **Türkei** stehen Sie einem Verhandlungsbeginn aufgeschlossen gegenüber. Dabei ist Ihnen wichtig, dass die EU keine Religions-, sondern eine Wertegemeinschaft ist, deren Fundamente Verschiedenheit und Toleranz sind. Absolute Priorität hat allerdings die Achtung der Menschenrechte. Die dänische Regierung begrüßt zudem außerordentlich die Bemühungen der Türkei um eine Normalisierung in der Zypernfrage. Die Türkei hatte in den letzten Jahren eine mögliche Wiedervereinigung, die vorerst in einer Volksabstimmung am ‚Nein‘ der griechischen Zyprioten scheiterte, nicht mehr blockiert.

Kosovo wird auf seinem Weg zu einem funktionierenden Staat ausdrücklich von der dänischen Regierung unterstützt. Die Bedenken der fünf Mitgliedstaaten, die den Kosovo noch nicht anerkannt haben, kann sie dabei nicht teilen. Vielmehr sieht sie die innenpolitischen Schwierigkeiten dieser Länder als ausschlaggebend für ihre Haltung an, da diese selbst Unabhängigkeitsbestrebungen der in ihren Ländern lebenden Minderheiten befürchten.

Sie werfen insbesondere bei den Staaten **Albanien, Kosovo und Montenegro** einen kritischen Blick auf die bestehende organisierte Kriminalität.

Ihr Land hat keine besondere Bindung zu einem der anderen Beitrittskandidaten. Achten Sie daher auf die Einhaltung der Kopenhagener Kriterien und unterstützen Sie alle Länder, die Anstrengungen unternehmen, um die Kriterien zu erfüllen oder schon enorme Fortschritte zu verzeichnen haben.

5. Kopenhagener Kriterien

Dänemark ist daran gelegen, dass die Europäische Union erweitert wird. Jedoch nicht um jeden Preis. Sie setzen sich dafür ein, dass die Kopenhagener Kriterien eingehalten werden und ausschlaggebend bei der Prüfung eines EU-Beitritts der beitrittswilligen Staaten bleiben. Achten Sie besonders auf die Angleichung von Umweltschutz- und Sozialstandards, da dies Ihrer Bevölkerung sehr wichtig ist.

6. Taktik

Als Vertreterin/Vertreter Dänemarks unterstützen Sie generell die Aufnahme weiterer Länder in die EU. Hierbei kommt Ihnen zugute, dass der historische Abschluss der Verhandlungen mit den letzten zehn Beitrittsländern 2004 unter Ihrer Präsidentschaft erfolgte. In Ihrer Argumentation unterstreichen Sie – auch mit Blick auf Ihre skeptische Bevölkerung – die allseitigen Vorteile für die Beitrittsländer, die EU und nicht zuletzt für Dänemark selbst. Die durch die Erweiterung zu erreichende friedliche Demokratisierung bedeutet einen großen Vorteil für die Sicherheit und die Stabilität des gesamten Kontinents.

Es ist Ihnen ein besonderes Anliegen, zu unterstreichen, dass Sicherheit heute mehr als nur reine Kriegsvermeidung bedeutet. Die Bekämpfung von Terrorismus und internationaler Kriminalität sowie ein effektiver Umweltschutz sind ebenso wichtige Faktoren einer umfassenden Sicherheit. Sie argumentieren, dass Sicherheit in diesem Sinne eine transnationale Aufgabe ist, die ganz Europa betrifft und daher einer gemeinsamen Lösung im Rahmen einer erweiterten EU bedarf. Schließlich unterstreichen Sie, dass ein größerer Binnenmarkt auch neue wirtschaftliche Vorteile für Handel und Investitionen mit sich bringt und so auch der dänischen Wirtschaft zugutekommt. Von allen Staaten, die an einem Beitritt interessiert sind, fordern Sie verstärkte Aktivitäten der Bekämpfung von organisierter Kriminalität.

Schließlich sollten Sie nicht vergessen, dass Sie als großer Beitragszahler innerhalb der EU auch die mit neuen Beitritten verbundenen finanziellen Mehrbelastungen fürchten.

Um Ihre Interessen durchzusetzen, stehen den Mitgliedern des Rats einige Mittel zur Verfügung:

- Sie nutzen insbesondere informelle Verhandlungen mit anderen Kollegen, weil Sie persönlich besonders gut überzeugen können.
- Sie versuchen, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse zu beeinflussen.
- Um die Unterstützung Ihrer Bevölkerung zu erhalten, starten Sie eine große Pressekampagne.
- Sie drohen, die Vorschläge der anderen Länder zu blockieren.
- Sie suchen so genannte „Paket-Lösungen“ (Sie machen in einem Bereich Zugeständnisse, um an anderer Stelle Ihre Interessen durchzusetzen), weil innerhalb der EU der Konsens wichtig ist!

Bedenken Sie: Nur mit einer gemeinsamen Entscheidung können die Mitglieder des Rats Europa auch in Ihrem eigenen Interesse voranbringen!

Steckbrief: Deutschland



Deutschland

Hauptstadt:	Berlin (3,575 Mio. Einwohner)
Staatsform:	Republik, Bundesstaat
Fläche:	357 578 km ²
Einwohner:	82,695 Millionen
Einwohner/km²:	231
BIP/Einwohner (2017):	43 490 US-\$
Wachstumsrate (2017):	1,9 Prozent
Arbeitslosenquote (2017):	6,1 Prozent
Amtssprache:	Deutsch
Religionen:	28,5 Prozent Römisch-Katholische Kirche, 26,5 Prozent Evangelische Kirche, 4,9 Prozent Muslime, 3,9 Prozent Sonstige, 36,2 Prozent konfessionslos
Ethnischen Gruppen:	Deutsche 80 219 695, Ausländeranteil (2017): 11,2 Prozent; Minderheiten mit Sonderrechten: Sorben (Wenden) in Brandenburg und Sachsen (60 000), Dänen in Südschleswig (50 000), Sinti und Roma (70 000), Friesen in Nordfriesland und Helgoland (10 000), Friesen im Saterland (2 000)
Beitritt zur EG/EU:	Gründungsmitglied
Pressefreiheit (2019):	11. Platz weltweit
CPI/Korruptionsindex (2019):	9. Platz weltweit
Human Developm. Index (2019):	4. Platz weltweit
Staatsoberhaupt:	Frank-Walter Steinmeier
Regierungschefin:	Dr. Angela Merkel
Weitere Informationen:	www.bundesregierung.de

Quelle u.a.: Der Neue Fischer Weltalmanach 2019



1. Zu Ihrer Rolle

Sie sind Außenminister/in aus Deutschland. Die Ministerinnen oder Minister aus den Mitgliedstaaten müssen die Interessen Ihres Landes bedenken, während sie auf der Suche nach einer gemeinsamen Position im Rat sind. Sie müssen eine Strategie finden, um Ihre Positionen umsetzen zu können, ohne die Regeln der Diplomatie zu verletzen. Daher ist es sehr empfehlenswert, Kontakte zu anderen Ministerkolleginnen und Ministerkollegen oder Abgeordneten aus dem Europäischen Parlament zu knüpfen, um deren Position herauszufinden und so die Chancen zu erhöhen, Verbündete für die eigenen Ziele zu gewinnen.

2. Deutschland im Überblick

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Bundesstaat mit 16 Bundesländern in Mitteleuropa. Deutschland hat ca. 83 Mio. Einwohner und grenzt an neun Nachbarländer (Niederlande, Belgien, Luxemburg, Frankreich, Schweiz, Österreich, Tschechien, Polen und Dänemark). Die Bundesrepublik Deutschland ist eines der sechs Gründungsmitglieder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und hat seit den Anfängen der europäischen Einigung eine sehr integrationsfreundliche Politik betrieben.

a. **Aktuelle außenpolitische Lage**

Die Europapolitik ist für Deutschland außenpolitisch von hoher Bedeutung. Die Zusammenarbeit mit Frankreich hat erste Priorität. Deutschland befürwortet eine Vertiefung der Union und eine Erweiterung aus mehreren Gründen sehr stark. Die europäische Einigung sichert Frieden und Freiheit in Europa. Bei unterschiedlichen Anlässen hat Deutschland immer wieder auf die historisch-moralische Pflicht hingewiesen, auch den südosteuropäischen Staaten die Einbindung in die EU zu ermöglichen. Nach der Osterweiterung des Jahres 2004 hat sich das politische und geographische Zentrum Europas zugunsten Deutschlands verlagert. Deutschland liegt in der Mitte der Europäischen Union. Durch die Erweiterung der Union erhofft sich die Bundesrepublik eine größere internationale Geltung. Gerade exportorientierte Staaten wie Deutschland, haben durch den Wegfall von Handelshindernissen im EU-Binnenmarkt profitiert. In einer globalisierten Welt wird nur ein geeintes Europa mit einer gemeinsamen Währung auf den Weltmärkten bestehen können. Neben der Erweiterung ist Deutschland bemüht, auch die zukünftige Vertiefung der Europäischen Union voranzutreiben. Der deutschen Regierung ist es bewusst, dass bei globalen Fragen, wie der Migrations- und Asylpolitik, der Sicherheits- und Umweltpolitik, nur europäische Lösungen Wirkung entfalten können.

b. **Aktuelle innenpolitische Lage**

Deutschland ist eine stabile parlamentarische Demokratie. Die Bundesregierung wird aus meist zwei Parteien gebildet. Aktuell sitzt Angela Merkel als Bundeskanzlerin einer Großen Koalition aus SPD und CDU vor. Deutschland ist eine stabile Demokratie, geprägt durch Wohlstand und Sicherheit. Dennoch werden auch in Deutschland europakritische Stimmen lauter, wenn auch noch weit weg von einer Regierungsbeteiligung. Durch den gestiegenen Flüchtlingsstrom nach Europa ab 2015 und damit vermehrte Asylanträge in Deutschland, wächst in einem Teil der Bevölkerung, vor allem aber in der medialen Öffentlichkeit, eine Angst vor verfehlter Integration. Dies ist für Sie auch ein Thema in den Verhandlungen.

c. **Wirtschaftliche Lage**

Nach dem BIP ist Deutschland die größte Volkswirtschaft Europas und die viertgrößte Volkswirtschaft weltweit. Deutschland gilt als Exportnation, wobei gerade die Automobil-, Nutzfahrzeug-, Maschinenbau-, Chemie und Elektrotechnische Industrie als international am konkurrenzfähigsten angesehen werden. Als Exportnation pro-

fiert Deutschland immens vom europäischen Binnenmarkt. Daher unterstützt Deutschland auch in der Vergangenheit alle Maßnahmen zum vereinfachten Handel. Dies werden Sie auch in den Verhandlungen tun. Export ist für Sie grundlegend.

3. Europäische Erweiterung: Ja oder nein?

Die deutsche Regierung befürwortet die nächste Stufe der Erweiterung der Europäischen Union um die Länder des Balkans und der Türkei. In Bezug auf den Balkan spielt Deutschland eine wesentliche Rolle bei der Friedenserhaltung nach den blutigen Bürgerkriegen der Neunziger Jahre. Deutschland ist einer der Initiatoren und Unterstützer des Stabilitätspaktes für Südosteuropa. Auch die wirtschaftliche Kooperation mit diesen Ländern ist weit vorangeschritten.

Grundsätzlich vertritt die Bundesregierung die Auffassung, dass alle Länder des westlichen Balkans eine „Beitrittsperspektive“ haben. Allein schon durch die Aussicht auf eine Mitgliedschaft nehmen Wohlstand und soziale Sicherheit in Südosteuropa zu. Zugleich fordert die Bundesregierung mehr Anstrengungen aller Staaten für Wettbewerbsfähigkeit, Rechtssicherheit und eine gute Infrastruktur. Je stärker ein Land sich auf EU-Standards zubewegt, desto größer sei das Vertrauen von Investoren. Kroatien und Slowenien, zwei ehemalige Republiken Jugoslawiens, sind bereits Mitglieder der EU und dienen Deutschland als positive Beispiele, dass Anstrengungen auch von Erfolg gekrönt sein und Beitritte auch gelingen können.

Aus der deutschen Wirtschaft sind Warnungen an die EU zu hören, die Balkan-Länder in Beitrittsverhandlungen nicht hinzuhalten. Der positive Einfluss der EU darf nicht durch Halbherzigkeit und einem Zögern der Politik aufs Spiel gesetzt werden.

Deutschland betont, dass es durch die europäische Erweiterung zu einer stärkeren Verbindung der Beitrittsländer untereinander und dadurch zu einer Beseitigung von Konflikten zwischen ihnen kommen kann.

4. Besondere Beziehungen und Positionen zu den beitragswilligen Ländern

Die deutsch-albanischen Beziehungen sind eng und partnerschaftlich. Deutschland ist nach albanischen Angaben der größte bilaterale Geber von Entwicklungshilfe und genießt als Förderer des albanischen Reformprozesses hohes Ansehen. Es liegt im deutschen Interesse, durch Unterstützung des demokratischen Transformationsprozesses zu stabilen Verhältnissen in Albanien und in der Region beizutragen. Deutschland unterstützte **Albanien** im Rahmen des Stabilitätspaktes für Südosteuropa und begrüßte den Beitritt zur NATO. Dennoch sehen Sie insbesondere die albanischen Bemühungen im Rahmen der Bekämpfung von internationaler (Drogen-)Kriminalität als nicht ausreichend an.

Deutschland ist einer der wichtigsten außenpolitischen Partner von **Bosnien-Herzegowina**. Seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen Mitte 1994 haben sich die bilateralen Beziehungen stetig positiv entwickelt. Deutschland war an den Friedensbemühungen vor und nach Abschluss des Dayton-Abkommens intensiv beteiligt.

Die Beziehungen zwischen beiden Staaten sind vielfältig und gut. Nachdem Deutschland 1998/1999 hunderttausende Flüchtlinge aus dem Kosovo aufgenommen hatte und sich auch am Wiederaufbau beteiligt hat, zählt Deutschland zu den ersten Ländern, die die Republik **Kosovo** nach der Unabhängigkeitserklärung im Februar 2008 völkerrechtlich anerkannt haben. 21 Staaten der EU haben dies ebenfalls getan. Lediglich Spanien, Griechenland, Zypern, Rumänien und die Slowakei erkennen die Republik Kosovo noch nicht als souveränen Staat an. Deutschland hat sich zum Ziel gesetzt, die Mitgliedstaaten, die die Souveränität des Landes bisher noch nicht anerkannt haben, davon zu überzeugen, ihre Haltung in dieser Frage zu ändern, damit die EU gemeinsam auf die Republik Kosovo zugehen kann. Gleichzeitig zeigt sich Deutschland kompromisslos in seiner Haltung, dass Serbien

und Kosovo als zwei souveräne Staaten gleichbehandelt werden müssen und verfolgt das Ziel, Serbien und Kosovo zeitgleich eine Perspektive für den Weg in die EU anzubieten.

Für **Nord-Mazedonien** ist Deutschland der wichtigste politische und wirtschaftliche bilaterale Partner innerhalb der EU. Die frühe und konsequente Unterstützung des Landes nach dessen Unabhängigkeitserklärung, die Rolle Deutschlands als führender Kooperationspartner, sowie enge menschliche Bindungen durch mehr als 100.000 in Deutschland lebende mazedonische Staatsangehörige sind die zentralen Anknüpfungspunkte. Außerdem ist Deutschland traditionell einer der wichtigsten Handelspartner Nord-Mazedoniens.

Im Vordergrund der deutschen und europäischen Politik gegenüber **Montenegro** (ähnlich wie bei Serbien) steht die Unterstützung für den politischen und wirtschaftlichen Reformkurs zur weiteren Stabilisierung des Landes. Dem mit einem erheblichen Anteil an deutschen Mitteln finanzierten „Stabilitätspakt für Südosteuropa“, kam in der jüngeren Vergangenheit in der Kooperation eine wichtige Rolle zu. Darüber hinaus engagiert sich Deutschland mit einer Vielzahl von Projekten in der bilateralen Zusammenarbeit und im Rahmen der EU.

Deutschland unterhält gute Kontakte zu **Serbien** und unterstützt Serbien auf seinem Weg in die Europäische Union. Mit einer Vielzahl von Projekten unterstützt Deutschland das Land. Die Projekte zielen seitdem vor allem auf die Unterstützung der Reformbemühungen demokratischer Kräfte und konzentrieren sich auf die Bereiche Rechts- und Verwaltungsreform, Demokratisierung und Reform von Polizei und Armee sowie Medienreform. Ein weiterer Schwerpunkt der Projektzusammenarbeit ist der Bereich Minderheiten- und Menschenrechtsfragen. Weiterhin fordert Deutschland von Serbien die Anerkennung der Unabhängigkeit des Staates Kosovo.

Deutschland und die **Türkei** verbinden außerordentlich vielfältige und teilweise schwierige Beziehungen. Die fast drei Millionen in Deutschland lebenden Menschen türkischer Herkunft, von denen etwas mehr als die Hälfte die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, sind ein bedeutender Faktor in der bilateralen Beziehung. Deutschland ist seit Jahren der wichtigste Handelspartner und ausländische Investor der Türkei. Durch die Integration der Türkei in die Europäische Union, erhofft sich Deutschland eine Stabilisierung der Verhältnisse im Nahen Osten und größere Einflussmöglichkeiten auf Länder der arabischen Welt, auf deren Kooperation Europa im internationalen Kampf gegen fundamentalistisch-terroristische Tendenzen angewiesen ist. Innenpolitisch ist das Thema jedoch weiterhin äußerst umstritten, insbesondere in Reaktion auf türkische Einmischungen in deutsche Angelegenheiten und die harten Maßnahmen der türkischen Regierung nach dem Putschversuch 2016, bei denen auch deutsche Staatsbürger, wie der deutsch-türkische Journalist Deniz Yücel in türkischer Untersuchungshaft saßen. Zurzeit sieht man die Verhandlungen mit der Türkei wieder als einen Prozess mit offenem Ende, insbesondere da man im Rahmen des Flüchtlingsabkommens von 2016 auf die Türkei angewiesen ist, gleichzeitig aber auch keine haltbaren Zugeständnisse machen möchte.

5. Kopenhagener Kriterien

Sie sprechen sich für die Gewährung weiterer Erweiterungsschritte aus. Sie sehen den Balkan als integralen Bestandteil der EU an, verweisen aber auf die Pflicht dieser Staaten, mit der internationalen Gemeinschaft zusammenzuarbeiten. Die Kopenhagener Kriterien sehen Sie als Grundlage für jeden Beitrittsprozess an und sie stellen Ihrer Meinung nach, den Gradmesser für die beitragswilligen Länder dar.

Die Beitrittskandidaten müssen stabile Institutionen verfügen, die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit garantieren, Korruption und organisierte Kriminalität bekämpfen und Menschenrechte wahren sowie den Schutz von Minderheiten gewährleisten. Zudem müssen diese eine funktionierende Marktwirtschaft besitzen, aber auch die Werte der EU achten und in der Lage sein, die Verpflichtungen, die mit einer EU-Mitgliedschaft einhergehen, zu übernehmen und zu erfüllen.

6. Taktik

Sie verhehlen nicht, dass Sie Deutschland als Führungsmacht in Europa sehen, die sich besonders in Fragen des Umweltschutzes, der sozialen Standards und des Verbraucherschutzes engagiert. Deutschland ist durch die letzten Erweiterungsrounden weiter ins Zentrum der EU gerückt und hat ein erhebliches Gewicht in der Union. Sie befürworten darum auch die nächsten Erweiterungsschritte der EU. Der Balkan und die Türkei liegen Ihnen beide am Herzen.

Sie müssen aber immer auch berücksichtigen, welche Auswirkungen Ihre Entscheidungen auf Ihre wichtigsten Partner in der Europäischen Union haben, wobei insbesondere Frankreich, aber auch die anderen wichtigen, westeuropäischen Länder und nun auch Polen im Mittelpunkt Ihres diplomatischen Interesses stehen. Machen Sie deutlich, dass das Engagement Deutschlands für weitere Integrations- und Erweiterungsschritte der EU nicht nationalistischen Motiven entspringt, sondern dem Vorteil aller dienen soll.

Zugleich müssen Sie auf die positive Stimmungslage der bundesdeutschen Wählerschaft Rücksicht nehmen. Viele Bürgerinnen und Bürger hingegen fürchten, dass bei einer Aufnahme weiterer Staaten durch den damit verbundenen freien Arbeitsmarkt und durch Migration von billigeren Arbeitskräften aus Ost- und Südosteuropa, die Arbeitslosigkeit in Deutschland steigen wird. Die bundesdeutsche Bevölkerung befürwortet deswegen eher eine langfristig angelegte Integration in die Europäische Union mit langen Übergangsfristen im Bereich der Freizügigkeit von Personen.

Sie machen dennoch deutlich, dass Deutschland ein glühender Verfechter weiterer Vertiefungsschritte ist. Eine weitere Vertiefung der Integration ist für Sie eine Voraussetzung für das Gelingen der geplanten Erweiterungen.

Um Ihre Interessen durchzusetzen, stehen den Mitgliedern des Rats einige Mittel zur Verfügung:

- Sie nutzen insbesondere informelle Verhandlungen mit anderen Kollegen, weil Sie persönlich besonders gut überzeugen können.
- Sie versuchen, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse zu beeinflussen.
- Um die Unterstützung Ihrer Bevölkerung zu erhalten, starten Sie eine große Pressekampagne.
- Sie drohen, die Vorschläge der anderen Länder zu blockieren.
- Sie suchen so genannte „Paket-Lösungen“ (Sie machen in einem Bereich Zugeständnisse, um an anderer Stelle Ihre Interessen durchzusetzen), weil innerhalb der EU der Konsens wichtig ist!

Bedenken Sie: Nur mit einer gemeinsamen Entscheidung können die Mitglieder des Rats Europa auch in Ihrem eigenen Interesse voranbringen!

Steckbrief: Estland



Estland (Eesti)

Hauptstadt:	Tallinn (430 805 Einwohner)
Staatsform:	parlamentarische Demokratie
Fläche:	45 227 km ²
Einwohner:	1,315 Millionen
Einwohner/km²:	29
BIP/Einwohner (2017):	18 190 US-\$
Wachstumsrate (2017):	4,9 Prozent
Arbeitslosenquote (2017):	5,8 Prozent
Amtssprache:	Estnisch
Religion:	54 Prozent religionslos oder Atheisten; 10 Prozent Lutheraner, 16 Prozent Orthodoxe; Minderheiten von Katholiken, Muslimen, Juden
Ethnische Gruppen:	70 Prozent ethnische Esten, 25 Prozent Russen, 2 Prozent Ukrainer, 1 Prozent Weißrussen, 0,6 Prozent Finnen, Ausländeranteil (2017): 14,9 Prozent (v.a. Russen)
Beitritt zur EU:	2004
Pressefreiheit (2019):	14. Platz weltweit
CPI/Korruptionsindex (2019):	18. Platz weltweit
Human Developm. Index (2019):	30. Platz weltweit
Staatsoberhaupt:	Kersti Kaljulaid
Regierungschef:	Jüri Ratas
Weitere Informationen:	www.estemb.de

Quelle u.a.: Der Neue Fischer Weltalmanach 2019



1. Zu Ihrer Rolle

Sie sind Außenminister/in aus Estland. Die Ministerinnen oder Minister aus den Mitgliedstaaten müssen die Interessen Ihres Landes bedenken, während sie auf der Suche nach einer gemeinsamen Position im Rat sind. Sie müssen eine Strategie finden, um Ihre Positionen umsetzen zu können, ohne die Regeln der Diplomatie zu verletzen. Daher ist es sehr empfehlenswert, Kontakte zu anderen Ministerkolleginnen und Ministerkollegen oder Abgeordneten aus dem Europäischen Parlament zu knüpfen, um deren Position herauszufinden und so die Chancen zu erhöhen, Verbündete für die eigenen Ziele zu gewinnen.

2. Estland im Überblick

Die unabhängige Republik Estland entstand nach dem Ersten Weltkrieg im Jahr 1918 und wurde von der internationalen Staatengemeinschaft von 1920, trotz Besetzungen durch die Sowjetunion (1940-1941, 1944-1991) und das nationalsozialistische Deutschland (1941-1944), kontinuierlich als Staat anerkannt. Als nördlichster der drei baltischen Staaten grenzt es im Süden an Lettland und im Osten an Russland. Mit einer Einwohnerzahl von ca. 1,3 Mio. Menschen zählt Estland zu den kleineren Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

a. **Aktuelle außenpolitische Lage**

Estland hat sich seit Beginn der 1990-er Jahre stets um eine außenpolitische Verankerung des Landes bemüht. Dies zeigt sich in Mitgliedschaften bei der EU, NATO, OSZE, WTO oder dem Europarat. Auch in der Region spielt die Nachbarschaftspolitik eine entscheidende Rolle. Dabei vorneweg: Immer der stete Kurs nach Westen, die wichtigsten Bündnispartner sind heute USA, Deutschland, Großbritannien und Frankreich. Trotz Spannungen versucht man weiterhin eine Normalisierung der Beziehungen zu Russland.

Generell verfolgt das Land einige Punkte der europäischen Agenda mit besonderem Nachdruck. So liegt Estland viel an einer Stärkung der Rolle der EU als internationalem Akteur und an einem Ausbau der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Außerdem sind dem Land die Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit durch eine weitere Liberalisierung des Binnenmarktes wichtige Anliegen.

b. **Aktuelle innenpolitische Lage**

Mit der 1991 wiedererlangten Unabhängigkeit und nationalstaatlicher Souveränität und nach mehreren freien Parlamentswahlen haben sich die parlamentarisch-demokratischen Strukturen weiter konsolidiert. In Estland besteht seit jeher ein pro-marktwirtschaftlicher Konsens, der breiter ist als in den meisten anderen osteuropäischen Staaten. Mit dem Abschluss der Beitrittsverhandlungen zur EU im Jahr 2002 verwirklichte Estland eine oberste außenpolitische Priorität, die über Jahre hinweg die Außen- und Innenpolitik des Landes bestimmt hatte. Nachdem sich die estnische Bevölkerung in einem Referendum mit 67 Prozent Zustimmung für eine Aufnahme in die EU ausgesprochen hatte, trat Estland am 1. Mai 2004 der Gemeinschaft bei.

c. **Wirtschaftliche Lage**

War Estland bis zu seiner „erneuten“ Unabhängigkeit 1991 hauptsächlich ein Lieferant für Textilien, Lebensmitteln und Elektrotechnik für die Sowjetunion, zog der wirtschaftliche Erfolg nach Beitritt zur EU schnell nach. Starke Wirtschaftspartner waren und bleiben Schweden sowie Finnland, aber auch zu Deutschland und Russland pflegt man auf dem Gebiet der fossilen Brennstoffe weiterhin eine gute Beziehung.

Nach Einbußen durch die Wirtschaftskrise 2009 erholte sich die Marktwirtschaft wieder, was vor allem die niedrige Arbeitslosenquote (ca. 4,7 Prozent, 2019) sowie die ansteigende Wachstumsrate widerspiegeln. Neben den

„alten“ Produkten, wie Textilien, Lebensmittel, Maschinenbau und Landwirtschaft, ist Estland heute Vorreiter in der Digitalisierung. Fast 100 Prozent des Landes sind mit kostenfreiem Internet abgedeckt, alle Schulen sind längst online, die Verwaltung weitestgehend digital.

3. Europäische Erweiterung: Ja oder nein?

Estland hält die Erweiterung für eines der wichtigsten Politikfelder der Europäischen Union. Die bisher erfolgten Erweiterungen haben maßgeblich dazu beigetragen, Frieden, Stabilität und Wohlstand in Europa zu erhöhen.

Aus estnischer Sicht kann dies durch die Fortsetzung des Beitrittsprozesses weiterhin intensiviert werden. Der Beitrittsprozess Estlands zur EU und sein Beitritt im Jahr 2004 sind dafür ein eindrucksvolles Beispiel. Estland ist der Auffassung, dass die Mitgliedstaaten sich vor negativer Rhetorik im Zusammenhang mit der Erweiterung hüten und stattdessen dafür einstehen sollten, dass die positiven Seiten der letzten Erweiterung deutlich zum Ausdruck gebracht werden.

Estland ist der Ansicht, dass die EU sowohl bei ihren früheren Entscheidungen hinsichtlich der Erweiterung, als auch bei dem auf dem Gipfel der EU und des Westbalkans in Thessaloniki im Jahr 2003 den Staaten des Westbalkans in Aussicht gestellten EU-Beitritt bleiben muss.

4. Besondere Beziehungen und historische Bindungen

Traditionell ist Estland eng mit der Kooperation der nordischen Länder im Ostseeraum verflochten und hat diese regionale Fokussierung auch mit in die EU gebracht. Im Rat der baltischen Staaten ist Estland seit längerem aktiv in die Zusammenarbeit dieser Ländergruppe eingebunden. Einen besonderen Schwerpunkt legt das Land in diesem Zusammenhang auf eine verstärkte Kooperation der EU mit dem Nachbarn Russland. Das Verhältnis der beiden Staaten ist aufgrund der sowjetischen Besetzung des Baltikums nicht immer einfach. Konflikte gibt es besonders bei andauernden Grenzverhandlungen und in der Frage über den Status russischer Militärpensionäre in Estland.

Eine grundsätzlich positive und gesprächsbereite Haltung vertritt die estnische Regierung bezüglich der **Türkei**. Die Aufnahme von Verhandlungen wird befürwortet, da sich Estland von der Beitrittsperspektive die Unterstützung des Reformprozesses in der Türkei verspricht.

Estland gehört zu den Staaten, die die Unabhängigkeit **Kosovos** von Serbien anerkannt haben und beteiligt sich zudem seit 1999 an der friedenserhaltenden Operation der NATO im Kosovo.

5. Kopenhagener Kriterien

Die EU-Beitrittskriterien (Kopenhagener Kriterien) sind klar definiert und müssen von allen Beitrittskandidaten erfüllt werden. Estland vertritt die Meinung, dass die EU-Erweiterung fortgeführt und jeder Beitrittskandidat bei der Erfüllung dieser Kriterien nach seinen eigenen Leistungen bewertet werden sollte. Als ein vor kurzem in die EU integrierter Staat ist Estland bereit, seine Erfahrungen mit den Beitrittskandidaten auszutauschen.

6. Taktik

Als Vertreterin/Vertreter Estlands befürworten Sie im Grunde eine erneute Erweiterung der EU in Richtung Balkan und Türkei. Für Sie ist es wichtig, dass Europa seinen Wiedervereinigungsprozess, der mit dem Fall des Eisernen Vorhangs begann, konsequent nach Süden fortsetzt, damit dauerhaft Stabilität und Wohlstand in der gesamten Region garantiert sind.

Allerdings sind Sie keinesfalls für bedingungslose oder übereilte Beitritte der neuen Kandidaten. Setzen Sie sich für eine strikte Anwendung der Kopenhagener Kriterien ein und argumentieren Sie, dass für die neuen Beitrittskandidaten ganz klar die gleichen Bedingungen gelten müssen, wie für die zuvor neu aufgenommenen dreizehn Mitgliedstaaten seit 2004.

Sind diese Bedingungen erfüllt, unterstützen Sie insbesondere einen Beitritt Montenegros und Nord-Mazedoniens in naher Zukunft. Sie fordern allerdings von den Regierungen eine konsequentere Bekämpfung der Korruption.

Auch der Türkei sagen Sie Ihre Unterstützung für einen Beginn der Beitrittsverhandlungen zu. Gegenüber skeptischen EU-Mitgliedstaaten argumentieren Sie, dass die Türkei bereits erstaunliche Reformschritte vollbracht hat und eine reale Beitrittsperspektive diesen Modernisierungsprozess beschleunigen kann.

Insgesamt plädieren Sie für einen langsamen Beitrittsprozess, da sich so die finanziellen Folgen auch für Ihr Land abmildern lassen.

Um Einfluss nehmen zu können, müssen Sie sich taktische Unterstützung für Ihre Positionen bei anderen Mitgliedstaaten suchen. Traditionell haben die drei baltischen Staaten oft konvergierende Interessen und stimmen ihr Vorgehen miteinander ab.

Um Ihre Interessen durchzusetzen, stehen den Mitgliedern des Rats einige Mittel zur Verfügung:

- Sie nutzen insbesondere informelle Verhandlungen mit anderen Kollegen, weil Sie persönlich besonders gut überzeugen können.
- Sie versuchen, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse zu beeinflussen.
- Um die Unterstützung Ihrer Bevölkerung zu erhalten, starten Sie eine große Pressekampagne.
- Sie drohen, die Vorschläge der anderen Länder zu blockieren.
- Sie suchen so genannte „Paket-Lösungen“ (Sie machen in einem Bereich Zugeständnisse, um an anderer Stelle Ihre Interessen durchzusetzen), weil innerhalb der EU der Konsens wichtig ist!

Bedenken Sie: Nur mit einer gemeinsamen Entscheidung können die Mitglieder des Rats Europa auch in Ihrem eigenen Interesse voranbringen!



Finnland (Suomi)

Hauptstadt:	Helsinki (635 181 Einwohner)
Staatsform:	Republik, Einheitsstaat
Fläche:	338 435 km ²
Einwohner:	5,511 Millionen
Einwohner/km²:	16
BIP/Einwohner (2017):	44 580 US-\$
Wachstumsrate (2017):	2,6 Prozent
Arbeitslosenrate (2017):	8,6 Prozent
Amtssprachen:	Finnisch, Schwedisch
Religionen:	73 Prozent Lutheraner, 2 Prozent Orthodoxe u.a., 1 Prozent Sonstige, 24 Prozent religionslos
Ethnische Gruppen:	90 Prozent Finnen, 5 Prozent Finnland-Schweden, 5 Prozent Sonstige u.a.; ca. 1800 Sámi (Samen), 800 Finnland-Tataren, Ausländeranteil (2017): 4,4 Prozent
Beitritt zur EG/EU:	1995
Pressefreiheit (2019):	2. Platz weltweit
CPI/Korruptionsindex (2019):	3. Platz weltweit
Human Developm. Index (2019):	12. Platz weltweit
Staatspräsident:	Sauli Väinämö Niinistö
Regierungschefin:	Sanna Mirella Marin
Weitere Informationen:	www.finnland.de

Quelle u.a.: Der Neue Fischer Weltalmanach 2019



1. Zu Ihrer Rolle

Sie sind Außenminister/in aus Finnland. Die Ministerinnen oder Minister aus den Mitgliedstaaten müssen die Interessen Ihres Landes bedenken, während sie auf der Suche nach einer gemeinsamen Position im Rat sind. Sie müssen eine Strategie finden, um Ihre Positionen umsetzen zu können, ohne die Regeln der Diplomatie zu verletzen. Daher ist es sehr empfehlenswert, Kontakte zu anderen Ministerkolleginnen und Ministerkollegen oder Abgeordneten aus dem Europäischen Parlament zu knüpfen, um deren Position herauszufinden und so die Chancen zu erhöhen, Verbündete für die eigenen Ziele zu gewinnen.

2. Finnland im Überblick

Finnland liegt in Nordeuropa und grenzt im Nordwesten an Schweden, im Norden an Norwegen und im Osten an Russland. Mit seinen ca. 5,5 Mio. Einwohnern und einer Bevölkerungsdichte von rund 18,2 (2018) Einwohner pro Quadratkilometer ist es eines der am dünnsten besiedelten Länder Europas. Zudem ist es seit 1995 Mitglied der EU und seit 1999 Mitglied der Eurozone.

Das Land ist führend bei der Herstellung von Mikroelektronik und Mobiltelefonen. Einige Software-Unternehmen und bekannte Persönlichkeiten aus eben dieser Branche haben einen Bezug zu Finnland. So sind unter anderem die Erfinder von LINUX und SSH Finnen. Des Weiteren kommt ein weitverbreitetes Softwareframework namens Qt aus Finnland.

Eines der größten Unternehmen Finnlands ist der Elektronikkonzern Nokia. 69 Prozent des Landes sind Waldgebiete, 10 Prozent besteht aus Wasser und 8 Prozent werden landwirtschaftlich genutzt.

a. **Aktuelle außenpolitische Lage**

Seit 1955 konnte Finnland Erfahrungen bei der Durchführung gemeinsamer Politik über seine eigenen Staatsgrenzen hinweg sammeln. Denn zusammen mit den vier anderen nordeuropäischen Staaten (Dänemark, Island, Norwegen und Schweden) bildet es im Rahmen des „Nordischen Rates“ seitdem einen Großraum, indem beispielsweise der Arbeitsmarkt und die Sozialversicherung gemeinsam geregelt werden.

Lange Zeit neutral, hat Finnland durch den Beitritt zum NATO-Programm „Partnerschaft des Friedens“ 1994 entsprechende Bindungen zur NATO aufgenommen, ohne dem Bündnis selbst beizutreten. 1995 folgte aber der Beitritt zur EU, der in erster Linie durch die Solidarität und die gemeinsame Sicherheit, die die Union zu bieten hat, motiviert war. Finnland setzt sich in der Europäischen Union dafür ein, Wohlstand und Sicherheit in Europa möglichst wirksam zu gewährleisten. Finnland hat sich 1999 als einziges nordisches Land der dritten Stufe der Währungs- und Wirtschaftsunion (WWU) angeschlossen und den Euro im Jahr 2002 eingeführt. Obwohl das Land auch weiterhin an seiner militärischen Bündnisfreiheit festhält, befürwortet es mit Nachdruck eine Stärkung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und des Krisenmanagements der EU.

Außenpolitische Schwerpunkte sind somit die Förderung von internationaler Stabilität, Frieden, Demokratie, Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Sozialwesen.

b. **Aktuelle innenpolitische Lage**

Nachdem das Land erst 600 Jahre von den Schweden, dann 108 Jahre vom russischen Zaren beherrscht wurde, erlangte es 1917 seine Unabhängigkeit. Finnland ist im Gegensatz zu den anderen skandinavischen Staaten Dänemark, Norwegen und Schweden keine konstitutionelle Monarchie, sondern eine parlamentarische Demokratie

mit einem gewählten Präsidenten an der Spitze. Er verfügt im Vergleich zu anderen EU-Staaten vor allem in außen- und sicherheitspolitischen Fragen über umfassende Kompetenzen.

Die finnische Demokratie ist mitunter Vorreiter bei der Gleichberechtigung. Selbst das Frauenwahlrecht wurde in Finnland bereits 1906 als erstes Land Europas eingeführt. Mit 63,6 Prozent (2019) stellt die Regierung Finnlands die zweitgrößte Ministerinnenquote weltweit dar. Sanna Marin ist mit 34 Jahren Finnlands jüngste Regierungschefin, somit sind nun alle Parteivorsitzende der Regierungskoalition (SoziRenew Europemokraten, Linke Allianz, Zentrumspartei, Grüne Liga und Schwedische Volkspartei) Frauen.

Doch nicht nur im Bereich der politischen Partizipation von Frauen, sondern auch was deren Repräsentation auf dem Arbeitsmarkt angeht, ist das Land führend. Der Anteil weiblicher Erwerbsträger liegt in Finnland bei 48 Prozent, von denen 35 Prozent in leitenden Positionen tätig sind.

c. Wirtschaftliche Lage

Finnland liegt mit seiner Arbeitslosenquote um 6,6 Prozent (2020) knapp unterhalb der durchschnittlichen Arbeitslosenquote innerhalb der Europäischen Union. Die Wirtschaftssektoren des Landes sind vor allem Forstwirtschaft und die damit verbundene Papierproduktion sowie Maschinenbau im Bereich Schiffsbau.

Die Dienstleistungsbranche und die Industrie nehmen Schlüsselpositionen in Finnland ein. Der größte Teil mit ca. 59 Prozent (2018) ist im Dienstleistungssektor tätig. Die Industrie beschäftigt rund 24,7 Prozent (2018) aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, 2,4 Prozent (2018) der Werk tätigen arbeiten in der Landwirtschaft. Wetterbedingt kann die Landwirtschaft nur im Süden des Landes betrieben werden. Zunehmende Bedeutung kommt dem Fremdenverkehr zu, da immer mehr Individualtouristen die unberührte Natur genießen wollen.

Vor allem der Privatkonsum gilt als Motor des Wachstums. Aber auch die hohen Exportüberschüsse sichern den finnischen Wohlstand. Deutschland ist dabei der wichtigste Handelspartner Finnlands, gefolgt von Schweden und Russland.

Außerdem stellt der demographische Wandel neben weiteren EU-Ländern auch Finnland unter Schwierigkeiten. Im Jahr 2050 soll der Anteil der Bürger*innen im arbeitsfähigen Alter zwischen 15 und 64 bei 58 Prozent liegen, was einen Arbeitskräfterückgang von 200.000 Menschen bedeutet und somit die wachsenden Staatsausgaben nicht decken würde. Diese und weitere Gegebenheiten gilt es zu bedenken.

3. Europäische Erweiterung: Ja oder nein?

Aufgrund seiner engen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den baltischen und anderen osteuropäischen Staaten war Finnland ein aktiver Unterstützer der ersten Osterweiterung. Mit dem Vollzug dieser Erweiterung am 1. Mai 2004 wurde somit ein wichtiges finnisches Ziel erfüllt. Besonders positiv bewertet das Land die Tatsache, dass mit dem Beitritt der baltischen Staaten die „Nordische Dimension“ der EU deutlich gestärkt wurde, denn danach hat sich die Zahl der nordischen Mitgliedstaaten verdreifacht.

Mit Blick auf die noch außerhalb der EU stehenden Staaten, wendet sich das Land auch zukünftig gegen eine Beschränkung der EU auf die europäischen Märkte und fördert stattdessen alle Maßnahmen zur Öffnung der Weltmärkte. Außerdem unterstützt Finnland eine erneute Erweiterung der Union, wird diese doch als elementarer Garant der Stabilität und Sicherheit ganz Europas und insbesondere Finnlands angesehen. Auch in wirtschaftlicher Hinsicht wird eine Einbeziehung weiterer Länder in den Binnenmarkt als großer Vorteil gewertet. Die Erweiterung sei nicht nur ein Mittel zur Stärkung von Demokratie und Stabilität, sondern auch eine strategische Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung.

Allerdings kann eine solche notwendige Erweiterung aus finnischer Sicht nicht um jeden Preis geschehen und darf auf keinen Fall die Entscheidungsfähigkeit und Effizienz der europäischen Institutionen gefährden. Außerdem dürfe die Aufnahme neuer Mitglieder die Transparenz und Handlungsfähigkeit der EU-Mitgliedstaaten nicht negativ beeinflussen.

Die Stimmung in der finnischen Bevölkerung bezüglich einer erneuten Erweiterung der EU ist zwar insgesamt noch positiv, die Regierung muss jedoch auch auf Sorgen hinsichtlich einer verstärkten Einwanderung aus den neuen Ländern im Rahmen der Arbeitnehmerfreizügigkeit und auf die starken wirtschaftlichen Einbrüche durch die Wirtschafts- und Finanzkrise Rücksicht nehmen.

4. Besondere Beziehungen und Positionen zu den beitrittswilligen Ländern

Generell befürworten Sie eine EU-Erweiterung um den Westbalkan und die Türkei. Sie setzen sich gegen die Einführung zusätzlicher Aufnahmekriterien der beitrittswilligen Länder ein, dennoch ist es unabdingbar, dass die bestehenden Kriterien von den Beitrittskandidaten erfüllt werden. Die Möglichkeit der EU-Mitgliedschaft muss stets gegeben sein, wenn beitrittswillige Länder die Kriterien erfüllt haben. Dies gilt aus Ihrer Sicht für **Nord-Mazedonien** und **Albanien**, bei denen lediglich das Datum für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen fehle. Bezüglich der **Türkei** sehen Sie ebenfalls einen potenziellen Beitrittskandidaten, allerdings betonen Sie hier, dass dort zunächst die demokratische und rechtsstaatliche Ordnung ausreichend umgesetzt werden muss, bevor es zu weiteren Verhandlungen kommen kann.

Weiterhin höchste Priorität hat für Finnland die regionale Kooperation im gesamten Ostseeraum, auch über die Grenzen der EU hinaus. Insbesondere das gute Verhältnis zum Nachbarn Russland ist der finnischen Regierung ein elementares Anliegen, nicht nur, weil die beiden Volkswirtschaften eng verknüpft sind und Finnland auf russische Energieimporte angewiesen ist, sondern auch aufgrund geographischer und historischer Gegebenheiten. So war Finnland der erste westliche Staat, der mit Russland schon 1992 einen Vertrag über den Ausbau der Beziehungen abschloss. Durch das Ende des Ost-West-Konflikts wird Finnland immer mehr zu einer westöstlichen Drehscheibe für den Handel zwischen Europäischer Union, Russland und Osteuropa. Seit dem Ausbruch des Ukraine-Konflikts 2014 steht die Politik gegenüber Russland besonders im Fokus der finnischen Außenpolitik. Die Entwicklungen in der Ukraine werden mit großer Aufmerksamkeit und Besorgnis beobachtet.

5. Kopenhagener Kriterien

Finnland sieht die konsequente Einhaltung der Kopenhagener Kriterien als unabdingbar. Dabei stehen vor allem Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit besonders im Vordergrund. Dafür steht die EU und in diesen Punkten sollte auf keinen Fall nachgegeben werden.

6. Taktik

Aus geographischen, politischen und wirtschaftlichen Gründen setzen Sie sich für die Aufnahme weiterer Länder in die EU ein. Allerdings knüpfen Sie Ihre Zustimmung an bestimmte Bedingungen, die sich sowohl an die jetzige EU als auch an die Beitrittskandidaten richten.

In EU-Kreisen pochen Sie zunächst darauf, vor weiteren Beitritten das Institutionengefüge so weit zu reformieren, dass die Aufnahme neuer Mitglieder nicht die Transparenz und Handlungsfähigkeit der großen EU negativ beeinflusst. Ein weiteres Anliegen ist Ihnen der Ausbau der nordischen Dimension europäischer Politik, besonders in finanzieller Hinsicht. Versuchen Sie, von Ihren EU-Partnern die Zusage zu bekommen, dass finanzielle Mittel für diesen Politikbereich ausgebaut oder zumindest nicht gekürzt werden. Argumentieren Sie, dass diese regionale Kooperation und insbesondere ein enges Verhältnis zu Russland von strategischer und sicherheitsrelevanter Bedeutung für Europa sind.

Zum Schutz des heimischen Arbeitsmarktes und zur Beruhigung Ihrer Bevölkerung setzen Sie sich außerdem verstärkt für eine Übergangsfrist im Bereich der Arbeitnehmerfreizügigkeit ein. Beachten Sie darüber hinaus, dass gerade Ihr Land bereits von der Wirtschafts- und Finanzkrise in den Jahren 2008 und 2009 besonders stark getroffen wurde. Kein anderes Industrieland der EU hat so starke Einbußen hinnehmen müssen. Wichtig ist für Sie, dass die Europäische Union in der Frage der Erweiterung nicht zu schnell handelt und die wirtschaftliche Konsolidierung der Mitgliedstaaten nicht aus den Augen verliert.

Sie machen deutlich, dass Sie enge Beziehungen zwischen der EU und dem westlichen Balkan als elementar für die weitere Entwicklung in der Region ansehen. Ihrer Ansicht nach werden in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren wahrscheinlich alle Länder des westlichen Balkans der EU beigetreten sein oder ihren Beitritt verhandeln.

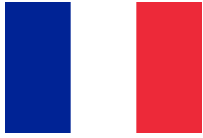
Bezüglich der Türkei befürworten Sie zwar die Aufnahme von Verhandlungen, sobald diese die Anforderungen an die Rechtsstaatlichkeit, wie von der Kommission gefordert, zufriedenstellend umgesetzt hat. Sie sehen die Türkei allerdings noch weit entfernt von einer tatsächlichen Beitrittsreife.

Um Ihre Interessen durchzusetzen, stehen den Mitgliedern des Rats einige Mittel zur Verfügung:

- Sie nutzen insbesondere informelle Verhandlungen mit anderen Kollegen, weil Sie persönlich besonders gut überzeugen können.
- Sie versuchen, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse zu beeinflussen.
- Um die Unterstützung Ihrer Bevölkerung zu erhalten, starten Sie eine große Pressekampagne.
- Sie drohen, die Vorschläge der anderen Länder zu blockieren.
- Sie suchen so genannte „Paket-Lösungen“ (Sie machen in einem Bereich Zugeständnisse, um an anderer Stelle Ihre Interessen durchzusetzen), weil innerhalb der EU der Konsens wichtig ist!

Bedenken Sie: Nur mit einer gemeinsamen Entscheidung können die Mitglieder des Rats Europa auch in Ihrem eigenen Interesse voranbringen!

Steckbrief: Frankreich



Frankreich (France)

Hauptstadt:	Paris (2,226 Mio. Einwohner)
Staatsform:	parlamentarische Präsidentialdemokratie mit zwei Kammern
Fläche:	543 965 km ²
Einwohner:	67,119 Millionen
Einwohner/km²:	123
BIP/Einwohner (2017):	37 970 US-\$
Wachstumsrate (2017):	1,2 Prozent
Arbeitslosenquote 2017:	10,1 Prozent
Amtssprache:	Französisch
Religion:	61 Prozent Katholiken, 7 Prozent Muslime, 4 Prozent Protestanten, 1 Prozent Juden, 25 Prozent religionslos
Ethnische Gruppen:	Ausländeranteil (2017): 6,2 Prozent
Beitritt zur EG/EU:	Gründungsmitglied
Pressefreiheit (2019):	34. Platz weltweit
CPI/Korruptionsindex (2019):	23. Platz weltweit
Human Developm. Index (2019):	26. Platz weltweit
Staatsoberhaupt:	Emmanuel Macron
Regierungschef:	Édouard Philippe
Weitere Informationen:	http://www.ambafrance-de.org/

Quelle u.a.: Der Neue Fischer Weltalmanach 2019



1. Zu Ihrer Rolle

Sie sind Außenminister/in aus Frankreich. Die Ministerinnen oder Minister aus den Mitgliedstaaten müssen die Interessen Ihres Landes bedenken, während sie auf der Suche nach einer gemeinsamen Position im Rat sind. Sie müssen eine Strategie finden, um Ihre Positionen umsetzen zu können, ohne die Regeln der Diplomatie zu verletzen. Daher ist es sehr empfehlenswert, Kontakte zu anderen Ministerkolleginnen und Ministerkollegen oder Abgeordneten aus dem Europäischen Parlament zu knüpfen, um deren Position herauszufinden und so die Chancen zu erhöhen, Verbündete für die eigenen Ziele zu gewinnen.

2. Frankreich im Überblick

Frankreich gehört zu den Mitbegründern der europäischen Integration, wobei die Überwindung der langjährigen Feindschaft zum Nachbarn Deutschland und der Aufbau einer Vertrauensbeziehung zwischen den beiden Ländern immer zu den treibenden Kräften des europäischen Einigungsprozesses gehört haben. Von der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl im Jahre 1952 bis heute, gehen fast alle entscheidenden Integrationschritte auf eine Einigkeit des deutsch-französischen Motors zurück. So hat Frankreich die Entwicklung der EU immer aktiv vorangetrieben, war aber stets darauf bedacht, das entstehende Institutionengebilde nach seinen Vorstellungen zu prägen. Zu den Grundlagen der Außenpolitik Frankreichs gehört die Idee eines starken, international handlungsfähigen und unabhängigen Europas, das in einer multipolaren Welt eines von mehreren ausbalancierten Machtzentren und damit auch ein Gegengewicht zu den USA bilden soll.

a. **Aktuelle außenpolitische Lage**

Frankreich ist und sieht sich als eine treibende Kraft der europäischen Einigung, durch seine politischen Vorstellungen vom Zusammenwachsen Europas und die immer engeren Beziehungen zu seinen Partnern, in erster Linie zu Deutschland. Sein europäisches Ideal gründet in einer langen Geschichte und kam nach dem Zweiten Weltkrieg zum Ausdruck, als Robert Schuman 1950 mit seiner historischen Erklärung im Uhrensaal des Außenministeriums am Quai d'Orsay die Einigung Europas einläutete.

Bei seiner Europapolitik setzt Frankreich in erster Linie auf die integrative Kraft, die Einheitlichkeit und den Zusammenhalt des europäischen Projekts, damit Europa gestärkt und als politischer Akteur gefestigt wird. Es möchte seine eigenen Werte und Ambitionen auch auf europäischer Ebene zur Geltung bringen, um ein solidarisches, schützendes, machtvoll und souveränes Europa zu schaffen.

b. **Aktuelle innenpolitische Lage**

Frankreich ist durch seine aktuelle Verfassung der fünften Republik ein semi-präsidentielles System ohne föderalistische Strukturen gekennzeichnet. In den vergangenen Jahren hatte das Land vor allem innenpolitisch mit Terrorismusbekämpfung zu tun. Vor allem auch prägend ist die strikte Trennung von Religion und Staat.

c. **Wirtschaftliche Lage**

Die französische Wirtschaft in Bezug auf ihr BIP ist die fünfgrößte der Welt. Dabei stützt sich die Wirtschaft vor allem auf vier Sektoren: Banken, Landwirtschaft, Tourismus und Industrie. Vor allem im Bereich Landwirtschaft ist Frankreich maßgeblich von der EU und Investitionen abhängig. Frankreich liegt mit einer Arbeitslosenquote um 8 Prozent ebenfalls im Mittelfeld der im Vergleich stehenden EU-Mitgliedstaaten.

3. Europäische Erweiterung: Ja oder nein?

Frankreich betrachtet den Erweiterungsprozess als ein Symbol für das Ende der Teilung Europas. Die Durchsetzung der Werte des Friedens, der Demokratie und der Solidarität, die seit der Gründung der Gemeinschaft im Zentrum des europäischen Aufbaus stehen, ist ein wichtiger Bestandteil französischer Politik. Die Erweiterung der Europäischen Union ist eine Folge der geographischen und geschichtlichen Logik des Kontinents und gleichzeitig eine historische Herausforderung.

Der grundsätzlich erweiterungsfreundliche Kurs der französischen politischen Elite muss bei konkreten Entscheidungen der Regierung jedoch auch mit den ihm entgegenstehenden Einflussfaktoren abgewogen werden. Einer dieser Faktoren ist die Tatsache, dass die Position der Regierung in weiten Teilen der Bevölkerung nicht mitgetragen wird. Das „Nein“ der Französinen und Franzosen zur Europäischen Verfassung war zum großen Teil auch motiviert durch die Angst vor sozialen und arbeitsmarktbezogenen Konsequenzen der schnell aufeinander folgenden Erweiterungen sowie durch eine klare Ablehnung eines Türkeibeitritts. Die Vorbehalte gegenüber einem Beitritt der Türkei stützen sich auf religiöse und geographische Fragen und auf Befürchtungen hinsichtlich der Einwanderung. Die Frage ist, wie lange die französische Regierung noch eine Position vertreten kann, die im Gegensatz zur Stimmung in der französischen Bevölkerung steht. Ein erstes Entgegenkommen besteht in der Zusicherung, dass in Frankreich per Referendum über einen tatsächlichen Beitritt der Türkei abgestimmt wird.

Dennoch ist Frankreichs vorbehaltlose Unterstützung für erneute Erweiterungsrunden erschwert, da die Sorge um einen Verlust des eigenen Einflusses in einer erweiterten EU zunimmt. Hierbei spielen folgende Überlegungen eine Rolle.

- Durch den Beitritt von weiteren osteuropäischen Staaten wird sich der Binnenmarkt geographisch zugunsten Deutschlands verschieben.
- Die Konzentration auf den Beitritt von weiteren osteuropäischen Staaten könnte zur Vernachlässigung des akuten Gefahrenherdes Mittelmeer bzw. Nordafrika führen. Gerade hier hat Frankreich aber, traditionell bedingt, sehr enge Bindungen und sieht einen wesentlich stärkeren Handlungsbedarf.
- Eine Aufnahme weiterer südosteuropäischer Staaten ist ohne Reform der Agrarpolitik nicht möglich. Damit sind aber erhebliche Einbußen für Landwirte verbunden, die eine starke Opposition der französischen Agrarlobby hervorrufen würden. Frankreich sträubt sich daher vehement gegen den Abbau der Agrarsubventionen für die alten Mitglieder.

Bei allem Einsatz für ein geeintes Europa ist Frankreich auch stets am Erhalt einer gewissen Führungsrolle in Europa, an einem angemessenen Einfluss im europäischen Entscheidungsgefüge sowie an der Übertragung französischer Strukturmerkmale auf die europäische Ebene interessiert. So soll insbesondere die kulturelle und sprachliche Diversität in Europa erhalten bleiben und der französischen Sprache ein angemessener Platz in der europäischen Verständigung eingeräumt werden. Auch der Erhalt und die Ausbreitung des französischen Sozial- und Gesellschaftsmodells, das ein hohes Maß an staatlicher sozialer Sicherung für die gesamte Bevölkerung garantiert, ist Frankreich ein großes Anliegen. Ein sehr wichtiges Ziel der Europapolitik der französischen Regierung ist die Förderung von Wachstum und Beschäftigung. Dabei nimmt die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in der EU einen besonderen Platz ein.

4. Besondere Beziehungen und Positionen zu den beitrittswilligen Ländern

Frankreich und **Bosnien-Herzegowina** haben seit vielen Jahren gute gemeinsame Erfahrungen in der Zusammenarbeit gesammelt. Der Service ‚de coopération et d’action culturelle‘ (Kultur- und Kooperationsabteilung), der unmittelbar nach Beendigung des Krieges in Sarajevo eingerichtet wurde, verfolgt eine Politik, bei der die Unterstützung Bosnien-Herzegowinas auf institutioneller Ebene im Vordergrund steht. Bereits 2002 wurde anlässlich

des Besuchs von Außenminister de Villepin ein französisch-bosnisches Kultur-, Wissenschafts- und Technikabkommen unterzeichnet. In einem Land, in dem das Klima noch immer von interethnischen Konflikten geprägt wird, war diese Aktion entschieden zukunftsorientiert und richtete sich somit vor allem an die bosnische Jugend (junges Publikum und junge Kulturschaffende).

Auch im Bereich des Französischunterrichts an Schulen in Bosnien-Herzegowina, im Hochschul- und Forschungsbereich, im medizinischen Bereich, der Justiz und im kulturellen Bereich gibt es vielfältige Formen der Zusammenarbeit. Frankreich ist sehr daran gelegen, diese Aktivitäten in Zukunft weiter auszubauen.

Zwischen **Nord-Mazedonien** und Frankreich bestehen ebenso intensive Verbindungen. Vor mehr als 20 Jahren unterzeichneten beide Länder ein Abkommen über kulturelle, wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit. Die finanziellen Mittel, die dafür bereitgestellt werden, sind in erster Linie für die Stärkung des Rechtsstaates, die Ausbildung mazedonischer Führungskräfte und die Förderung der französischen Sprache bestimmt.

Seit jeher unterhält Frankreich gute Kontakte zu **Serbien** und unterstützt das Land auf seinem Weg in die Europäische Union. Dennoch darf diese Nähe nicht darüber hinwegtäuschen, dass Frankreich zusammen mit Deutschland als erste Staaten der Europäischen Union die Unabhängigkeit der Republik Kosovo von Serbien im Februar 2008 anerkannt hat. Mittlerweile haben insgesamt 23 Staaten der EU den Kosovo als souveränen Staat anerkannt.

Zusammen mit Deutschland setzt sich die französische Regierung weiterhin auch für einen EU-Beitritt der **Türkei** ein, allerdings gegen den Willen eines großen Teils der französischen Bevölkerung. Die Regierung führt hier sicherheitspolitische, wie kulturelle Gründe an. Zum einen ist die Türkei von strategischem Interesse für das Verhältnis zur islamischen Welt und für die Stabilisierung der gesamten Region, zum anderen darf die EU sich nicht als „christlichen Klub“ verstehen, sondern sollte sich vielmehr als Wertegemeinschaft auf der Basis der kulturellen Vielfalt und Toleranz begreifen.

5. Kopenhagener Kriterien

Für Frankreich ist die Einhaltung der Kopenhagener Kriterien obligatorisch. Vor allem Demokratie und Rechtsstaat sowie die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft in den beitriftswilligen Ländern sind Ihnen besonders wichtig. Auf diese Punkte müssen Sie beharren, um keinen weiteren Widerstand in Ihrer Bevölkerung zu riskieren.

6. Taktik

Sie setzen sich insgesamt für eine weitere Integration ein, was Ihrer historischen Rolle entspricht. Dennoch hegen Sie gewisse Befürchtungen bezüglich des möglichen Verlustes Ihrer Vormachtrolle im Integrationsprozess. Sie unterstützen also nach außen eine zügige Integration, versuchen aber trotzdem, möglichst viel für Frankreich herauszuschlagen und dafür zu sorgen, dass Deutschland dabei einen Großteil der Kosten übernimmt.

Dennoch versuchen Sie gemeinsam mit Deutschland eine gute Startposition für die Staaten des westlichen Balkans zu schaffen.

Betonen Sie bei der Erweiterungsfrage, dass prinzipiell für alle Staaten eine Aufnahme möglich ist, wenn am Ende der Verhandlungen sämtliche Kriterien ohne Kompromisse erfüllt werden.

Mit Blick auf Ihre erweiterungskritische Bevölkerung sollten Sie Argumente für die Aufnahme neuer Mitglieder in die EU gut abwägen und auf die Ängste Ihrer Wähler eingehen. Weisen Sie z.B. darauf hin, dass sich gerade die Verhandlungen mit der Türkei, im Interesse aller, über einen sehr langen Zeitraum erstrecken müssen, bis das Land tatsächlich beitriftsfähig ist. Machen Sie mit Rücksicht auf Ihre Bevölkerung deutlich, dass die Türkei, die der EU beitreten wird, nicht die Türkei von heute sein kann.

Als Nettoempfänger in der Agrarpolitik der Union sind Sie darüber hinaus besonders an Übergangsfristen im Agrarbereich interessiert und wenden sich gegen eine sofortige Eingliederung der neuen Staaten in das Finanzsystem der EU. Sie wissen um den starken Einfluss der Agrarlobby Ihres Landes und wollen nach Möglichkeit eine Konfrontation mit dieser Interessensgruppe vermeiden. Sie versuchen daher, schnelle Einschnitte in das Finanzsystem für die alten Mitgliedstaaten abzuwenden. Weil Sie wissen, dass sich Deutschland besonders im Bereich der Arbeitnehmerfreizügigkeit für Übergangsfristen einsetzt, haben Sie hier die Möglichkeit, eine Paketlösung zu schnüren.

Behalten Sie jederzeit im Auge, dass die französische Öffentlichkeit einer schnellen und vielleicht überhasteten Erweiterung der Europäischen Union sehr kritisch gegenübersteht.

Sie stehen vor der schwierigen Aufgabe, einerseits den Beitrittsprozess voranzutreiben, gleichzeitig jedoch den Eindruck zu vermeiden, zu deutliche Zusagen und Versprechungen, insbesondere an die Türkei, zu machen.

Um Ihre Interessen durchzusetzen, stehen den Mitgliedern des Rats einige Mittel zur Verfügung:

- Sie nutzen insbesondere informelle Verhandlungen mit anderen Kollegen, weil Sie persönlich besonders gut überzeugen können.
- Sie versuchen, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse zu beeinflussen.
- Um die Unterstützung Ihrer Bevölkerung zu erhalten, starten Sie eine große Pressekampagne.
- Sie drohen, die Vorschläge der anderen Länder zu blockieren.
- Sie suchen so genannte „Paket-Lösungen“ (Sie machen in einem Bereich Zugeständnisse, um an anderer Stelle Ihre Interessen durchzusetzen), weil innerhalb der EU der Konsens wichtig ist!

Bedenken Sie: Nur mit einer gemeinsamen Entscheidung können die Mitglieder des Rats Europa auch in Ihrem eigenen Interesse voranbringen!

Steckbrief: Griechenland



Griechenland (Ελλάδα) (Hellas)

Hauptstadt:	Athen (3,168 Mio. Einwohner)
Staatsform:	parlamentarische Demokratie, Einkammersystem
Fläche:	131 957 km ²
Einwohner:	10,760 Millionen
Einwohner/km²:	82
BIP/Einwohner (2017):	18 090 US-\$
Wachstumsrate (2017):	1,4 Prozent
Arbeitslosenquote (2017):	21,5 Prozent
Amtssprache:	Griechisch
Religion:	95 Prozent Orthodoxe; Minderheiten von Muslimen, Protestanten, Katholiken, Juden, u.a.
Ethnische Gruppen:	offiziell 100 Prozent Griechen; Minderheiten von Mazedoniern, Aromunen, Türken, Pomaken (slawischsprachige Muslime), Roma, Armenier, Ausländeranteil (2017): 7,5 Prozent
Beitritt zur EG/EU:	1981
Pressefreiheit (2019):	65. Platz weltweit
CPI/Korruptionsindex (2019):	60. Platz weltweit
Human Developm. Index (2019):	32. Platz weltweit
Staatsoberhaupt:	Katerina Sakellaropoulou
Regierungschef:	Kyriakos Mitsotakis
Weitere Informationen:	www.griechische-botschaft.de

Quelle u.a.: Der Neue Fischer Weltalmanach 2019



1. Zu Ihrer Rolle

Sie sind Außenminister/in aus Griechenland. Die Ministerinnen oder Minister aus den Mitgliedstaaten müssen die Interessen Ihres Landes bedenken, während sie auf der Suche nach einer gemeinsamen Position im Rat sind. Sie müssen eine Strategie finden, um Ihre Positionen umsetzen zu können, ohne die Regeln der Diplomatie zu verletzen. Daher ist es sehr empfehlenswert, Kontakte zu anderen Ministerkolleginnen und Ministerkollegen oder Abgeordneten aus dem Europäischen Parlament zu knüpfen, um deren Position herauszufinden und so die Chancen zu erhöhen, Verbündete für die eigenen Ziele zu gewinnen.

2. Griechenland im Überblick

Griechenland hat seit 1974, nach einer kurzen Periode der Herrschaft einer rechtsgerichteten Militärdiktatur (Obristendiktatur), wieder eine demokratische Verfassungsordnung und ist 1981 der EG beigetreten. 2002 ist Griechenland dann der Wirtschafts- und Währungsunion (Eurozone) beigetreten.

a. **Aktuelle außenpolitische Lage**

Neben Italien ist Griechenland eines der EU-Länder, welches am meisten von irregulärer Migration betroffen ist. Daher sind wichtige Themen in der Außenpolitik Migration, die Beziehungen zur Türkei sowie die Stabilität im östlichen Mittelmeerraum.

b. **Aktuelle innenpolitische Lage**

Auch wenn Griechenlands politisches System die Trennung zwischen Staat und Kirche vorsieht, ist die Bevölkerung Griechenlands sehr stark durch die weit verbreitete und einflussreiche orthodoxe Kirche geprägt.

Ein Zeichen der Unzufriedenheit mit der derzeitigen Situation Griechenlands, war der überraschende Ausgang der griechischen Parlamentswahlen im Januar 2015. Der überraschende Wahlsieg der „Partei der radikalen Linken“ (SYRIZA) unter der Führung von Alexis Tsipras Ende Januar 2015 ist ein Zeichen der Unzufriedenheit der griechischen Bevölkerung mit der bisherigen politischen Elite des Landes, die auf Druck seitens der Europäischen Organe zum Teil drastische und – insbesondere für ärmere Bevölkerungsgruppen – schmerzhaft finanzielle Einschnitte beschlossen hatte, dabei aber reichere Schichten der Gesellschaft zumeist von den Reformen ausgenommen hatte bzw. diese nicht betroffen waren. In einer Koalition mit der rechtsgerichteten Partei „Unabhängige Griechen“ (ANEL) versuchte die vormalige griechische Regierung die mit der EU vertraglich zugesicherten Sparauflagen zu lockern, um die notwendigen Reformen sozial ausgewogener und über einen deutlich längeren Zeitraum gestalten zu können. Weite Teile der EU-Mitgliedstaaten bezweifelten jedoch den Erfolg dieser Absichten und vermuteten, dass diese griechische Regierung sich so lediglich ihrer Verpflichtung zum Sparen und Schuldenabbau entziehen will. Langsame wirtschaftspolitische Erfolge scheinen jedoch der aktuellen griechischen Politik und der Unterstützung durch die Mitgliedstaaten der Europäischen Union recht zu geben.

c. **Wirtschaftliche Lage**

Als relativ armes Land hat Griechenland sehr stark von der Aufnahme in die EU profitiert, sind ihm doch viele finanzielle Leistungen aus den Strukturfonds (regionale Förderung für die Infrastruktur sowie Ausbildung und Qualifizierung von verschiedenen Bevölkerungs- und Berufsgruppen) zugeflossen.

Der nationale Haushalt Griechenlands hat strukturell ein krisenhaft hohes, jährliches Defizit (Nettoneuverschuldung) aufgewiesen. Es hat also mittel- und langfristig deutlich mehr ausgegeben als eingenommen. Die dauerhafte griechische Finanzkrise ist eine Haushalts- und Staatsschuldenkrise Griechenlands, die spätestens seit 2010

auch in der breiten Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Diese Krise entwickelte sich bereits seit vielen Jahren, war aber bis 2009 von verschiedenen griechischen Regierungen mit falschen Darstellungen und Meldungen über Griechenlands Wirtschaftsdaten verschleiert worden. Die Auswirkungen treffen außer Griechenland selbst, vor allem die Euro-Zone der EU.

Noch immer sind Korruption, Schattenwirtschaft (Schwarzarbeit) und eine weitverzweigte Klientelpolitik, welche die Ausgaben des Staates massiv beeinflussen und so zu einem hohen Maß an Ineffizienz führen, große Probleme der griechischen Wirtschafts- und Finanzpolitik.

3. Europäische Erweiterung: Ja oder nein?

Griechenland ist durch seine geographische Lage das einzige EU-Mitgliedsland mit gemeinsamen Grenzen und Beziehungen zum europäisch-türkischen und arabischen Mittelmeerraum sowie zu den südosteuropäischen Staaten. Damit ist es sowohl von der Frage der Erweiterung um südosteuropäische Staaten und die Türkei als auch von der zukünftigen europäischen Mittelmeerpolitik direkt betroffen. Griechenland sieht eine gute Perspektive für die Balkanstaaten, da sie sich dadurch ein höheres Maß an Stabilität in ihrer Nachbarschaft versprechen.

4. Besondere Beziehungen und Positionen zu den beitrittswilligen Ländern

Das Verhältnis Griechenlands zu seinen unmittelbaren Nachbarn war in der Geschichte stets sehr konfliktgeladen. Ende der Neunziger Jahre haben sich die Verhältnisse jedoch entspannt und freundschaftlicher entwickelt. Griechenland würde einen Beitritt der Türkei in die EU unterstützen, sollte das Land alle Voraussetzungen erfüllt haben.

Nach jahrelangem Streit um den Namen Mazedoniens ist die derzeitige griechische Regierung aber an guten nachbarschaftlichen Beziehungen interessiert und bereit, den jungen Staat politisch und wirtschaftlich zu unterstützen. Seit nunmehr als zwanzig Jahren fanden deshalb Gespräche zur Annäherung in der Frage der Namensgebung mit Hilfe eines UN-Mediators statt. Das Ergebnis der Verhandlungen war die Namensänderung zu „**Republik Nord-Mazedonien**“ Anfang 2019, die beidseitig akzeptiert wurde.

Offen bleibt nach wie vor auch, welche Lösung für die Insel Zypern gefunden werden kann, die seit 1974 in einen griechischen und einen türkischen Teil gespalten ist. Die Regierungen der beiden Staaten hatten sich für eine Lösung im Rahmen des Einigungsplanes von Kofi Annan ausgesprochen, die jedoch am Referendum der griechischen Zypriern im Jahr 2004 scheiterte. Nur der griechische Teil Zyperns ist heute Mitglied der EU. Dennoch lehnen die Griechinnen und Griechen einen Beitritt der **Türkei** zur EU nicht grundsätzlich ab, weil sie sich davon, wie ihnen ihre eigene Geschichte zeigt, eine Stabilisierung der Beziehungen erhoffen. Auch könnten mit einem Beitritt die umstrittenen Hoheitsrechte in der Ägäis und der Konflikt auf Zypern gelöst werden. Allerdings betrachtet Griechenland die Anerkennung des griechischen Teils Zyperns durch die Türkei als elementare Bedingung für den Beginn von Beitrittsverhandlungen.

Griechenland gehört zu den fünf Staaten der Europäischen Union, die die Republik **Kosovo** nicht als unabhängig anerkennen (ebenso wie Spanien, Zypern, Rumänien und die Slowakei). Ein Grund dafür ist, dass Minderheiten, die in Griechenland leben, keine eigenen und aus griechischer Sicht höchst unbegründeten Unabhängigkeitswünsche entwickeln sollen.

5. Kopenhagener Kriterien

Für Sie ist vor allem die Sicherung der Beziehungen zwischen Balkanstaaten und der Staaten auf dem Balkan zur EU von Bedeutung. Sie können Kriterien zur wirtschaftlichen Lage der beitrittswilligen Länder hintenanstellen, da auch Griechenland aktuell unter einer schwachen Wirtschaft leidet. Demokratie und Rechtsstaat sind für Sie

aber grundlegend, da auch Griechenland vor seinem Beitritt zur EU durch eine Militärdiktatur regiert wurde. Allerdings sehen Sie hier eine Möglichkeit die beitrittswilligen Länder auf diesem Wege stark zu unterstützen, denn auch Griechenland hat durch die Unterstützung der EU nun eine stabile Demokratie.

6. Taktik

Als Vertreterin/Vertreter Griechenlands haben Sie traditionell gute Beziehungen zu den anderen südeuropäischen Staaten wie Italien, Spanien und Portugal, die ähnliche Interessen vertreten wie Sie. Auch zu den großen Staaten, insbesondere zu Deutschland, unterhält Ihr Land sehr tiefgehende und freundschaftliche Beziehungen.

Durch die Wirtschafts- und Finanzkrise gelten Sie innerhalb der Mitgliedstaaten der EU als eher geschwächt. Dies lassen Sie sich aber durch Ihr selbstbewusstes Auftreten nicht anmerken.

Denken Sie daran, dass Beitrittsentscheidungen im Rat einstimmig getroffen werden müssen. Versuchen Sie deshalb, offensiv für Ihre Anliegen zu werben. Betonen Sie bei den Beitrittsverhandlungen die positiven Potenziale, die ein Beitritt der Antragsstaaten haben dürfte. Zeigen Sie auf, dass sich in den letzten Jahren bereits sehr gute Entwicklungen abgezeichnet haben und dass die Balkanregion durch die Aufnahme des Landes Kroatien in die EU, die Schrecken des Bürgerkrieges und der Armut überwinden konnte.

Für die Stabilität der Region ist auch eine demokratische Türkei unermesslich wichtig. Deshalb sprechen Sie sich für die Aufnahme der Türkei in die EU aus. Allerdings fordern Sie als Bedingung für Ihre Zustimmung, dass die Türkei den griechischen Teil Zyperns als Staat anerkennt. Für die Aufnahme müssen Ihrer Ansicht nach, faire und gleiche Maßstäbe gelten, die bei fehlender Umsetzung von Reformen auch Kritik nicht auslassen (beispielsweise in den Bereichen Medienfreiheit, Rechtsstaatlichkeit und Respektierung der Menschenrechte). Diese Anliegen sind nicht nur im Interesse Griechenlands, sondern der gesamten EU.

Auch in wirtschaftlicher Hinsicht wären die nächsten Schritte der Erweiterung sehr lukrativ. Allerdings dürften Strukturmaßnahmen für die Entwicklung ländlicher Regionen der jetzigen EU-Staaten nicht gekürzt werden, da sie zu wirtschaftlichen Problemen führen könnten. Aus diesem Grund fordern Sie längere Übergangsfristen.

Eine Erweiterung bedarf auch einer Vertiefung, damit die Entscheidungsfindung in der EU auch mit mehr Mitgliedern noch funktionieren kann. Deshalb plädieren Sie für eine Stärkung der Kompetenzen der EU-Institutionen, wie Parlament und Kommission.

Um Ihre Interessen durchzusetzen, stehen den Mitgliedern des Rats einige Mittel zur Verfügung:

- Sie nutzen insbesondere informelle Verhandlungen mit anderen Kollegen, weil Sie persönlich besonders gut überzeugen können.
- Sie versuchen, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse zu beeinflussen.
- Um die Unterstützung Ihrer Bevölkerung zu erhalten, starten Sie eine große Pressekampagne.
- Sie drohen, die Vorschläge der anderen Länder zu blockieren.
- Sie suchen so genannte „Paket-Lösungen“ (Sie machen in einem Bereich Zugeständnisse, um an anderer Stelle Ihre Interessen durchzusetzen), weil innerhalb der EU der Konsens wichtig ist!

Bedenken Sie: Nur mit einer gemeinsamen Entscheidung können die Mitglieder des Rats Europa auch in Ihrem eigenen Interesse voranbringen!

Steckbrief: Irland



Irland (Ireland) (Éire)

Hauptstadt:	Dublin (553 165 Einwohner)
Staatsform:	parlamentarisch-demokratische Republik
Fläche:	69 797 km ²
Einwohner:	4,814 Millionen
Einwohner/km²:	69
BIP/Einwohner (2017):	55 290 US-\$
Wachstumsrate (2017):	7,8 Prozent
Arbeitslosenquote (2017):	6,7 Prozent
Amtssprachen:	Irisch, Englisch
Religion:	78 Prozent Katholiken, 3 Prozent Anglikaner (Church of Ireland), 1 Prozent Muslime, 1 Prozent Orthodoxe, 10 Prozent religionslos, 7 Prozent ohne Angabe
Ethnische Gruppen:	Ausländeranteil 2017: 18,8 Prozent
Beitritt zur EG/EU:	1973
Pressefreiheit (2019):	13. Platz weltweit
CPI/Korruptionsindex (2019):	18. Platz weltweit
Human Developm. Index (2019):	3. Platz weltweit
Staatsoberhaupt:	Michael Daniel Higgins
Regierungschef:	Leo Varadkar
Weitere Informationen:	www.embassyofireland.de

Quelle u.a.: Der Neue Fischer Weltalmanach 2019



1. Zu Ihrer Rolle

Sie sind Außenminister/in aus Irland. Die Ministerinnen oder Minister aus den Mitgliedstaaten müssen die Interessen Ihres Landes bedenken, während sie auf der Suche nach einer gemeinsamen Position im Rat sind. Sie müssen eine Strategie finden, um Ihre Positionen umsetzen zu können, ohne die Regeln der Diplomatie zu verletzen. Daher ist es sehr empfehlenswert, Kontakte zu anderen Ministerkolleginnen und Ministerkollegen oder Abgeordneten aus dem Europäischen Parlament zu knüpfen, um deren Position herauszufinden und so die Chancen zu erhöhen, Verbündete für die eigenen Ziele zu gewinnen.

2. Irland im Überblick

Irland ist ein Inselstaat in Westeuropa. Aber nicht allein auf der irischen Insel gelegen, hat Irland im Norden eine Landesgrenze mit Nordirland und damit dem Vereinigten Königreich. Irland ist seit 1973 Mitglied in der Europäischen Union. Mit ca. 4,9 Mio. Einwohnern ist Irland einer der kleineren Mitgliedstaaten. Die Amtssprache ist irisch und englisch.

a. **Aktuelle außenpolitische Lage**

Irlands Außenpolitik ist davon geprägt, dass sie der Erweiterung der Europäischen Union positiv gegenübersteht. Weitere kennzeichnende Elemente der irischen Außenpolitik sind Abrüstung, wirtschaftliche Zusammenarbeit, Menschenrechte und die Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen. Irland ist kein Mitgliedsland in der NATO, weil es politisch neutral bleiben und Konflikte friedlich lösen möchte. Irland akzeptiert die allgemein anerkannten Prinzipien des Völkerrechts in seinen Beziehungen zu anderen Ländern, die zu seinen Kernprinzipien in der Gestaltung der Außenpolitik gehören.

Durch die Mitgliedschaft in der EU konnten Fortschritte im Nordirland-Friedensprozess erreicht werden. Der Austritt des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland hatte zu einer Beunruhigung bei der irischen Regierung geführt. Irland hatte sich wiederholt gegen einen Austritt des Vereinigten Königreichs ausgesprochen. Dies wird Folgen für Irland haben (sowohl im wirtschaftlichen als auch im politischen Bereich).

b. **Aktuelle innenpolitische Lage**

Irland hat im Vergleich zu anderen westeuropäischen Staaten einen Anteil von 22 Prozent an relativer Armut, was zu großen sozialen Unterschieden führt. Die irische Regierung versucht weiterhin, den großen wirtschaftlichen Unterschied zwischen den beiden großen Zentren – Dublin und Cork – sowie den Midlands bzw. den Counties an der Westküste aufzuheben, was ein schwieriges Unterfangen darstellt.

Die letzten Parlamentswahlen in Irland am 08. Februar 2020 führten zu einer Überraschung:

Als stärkste Kräfte gingen die linksgerichtete Sinn Féin (SF) unter Parteichefin Mary Lou McDonald hervor mit 24,5 Prozent, während die konservative Fianna Fáil (FF) unter dem Vorsitzenden Michaél Martin mit 22,2 Prozent die zweitstärkste Kraft wurden. Die Fine Gael (FG) unter Premierminister Leo Varadkar konnte sich nur noch als drittstärkste Kraft mit 20,9 Prozent behaupten. Der unterwartete Wahlerfolg der Sinn Féin wird von vielen Beobachterinnen und Beobachtern als historischer Umbruch bewertet. Irland wird traditionellerweise von den Parteien Fianna Fáil und Fine Gael regiert, die sich entweder gegenseitig ablösen oder gemeinsam in einer Koalition regierten. Bisher konnte noch keine neue Regierung gebildet werden, Leo Varadkar ist geschäftsführend im Amt.

Im Mai 2015 führte Irland als erstes Land überhaupt auf der Welt auf der Grundlage eines durchgeführten Referendums die gleichgeschlechtliche Ehe ein.

c. **Wirtschaftliche Lage**

Bis in die 1990er Jahre war Irland ein wirtschaftlich wenig entwickeltes Land. Insbesondere aus den USA kam es zu Investitionen. Im Jahr 2007 wurde Irland sehr stark von der Finanzkrise getroffen. Die Arbeitslosenquote stieg im letzten Jahrzehnt als Folge der Finanzkrise und Rezession stark an, im Jahr 2010 lag sie bei über 13 Prozent und 2012 sogar bei 14,7 Prozent. In den darauffolgenden Jahren konnte die Quote aber verringert werden und betrug im Juni 2018 nur noch 5,1 Prozent, womit sie unter den EU-Durchschnitt sank. In den letzten Jahren kamen viele Menschen insbesondere aus Osteuropa (Polen, Litauen) nach Irland, um dort zu arbeiten.

Die irische Wirtschaft bleibt weiterhin geprägt von einem Stadt-Land-Gefälle. Der Großteil der Arbeitsplätze ist nur in den städtischen Zentren zu finden, während in den ruralen Gebieten kaum neue Arbeitsplätze entstehen. Dies bleibt eine große Herausforderung der irischen Wirtschaft, die es zu meistern gilt. Nichtsdestotrotz haben Steuervergünstigungen und niedrige Lohnkosten dazu geführt, dass es zu vielen Neugründungen kam, vor allem im Bereich des Maschinenbaus, der Pharmaindustrie und der Elektronikbranche, was die Beschäftigungsquote steigerte.

3. Europäische Erweiterung: Ja oder nein?

Irland hat die bisherigen Erweiterungen der Europäischen Union uneingeschränkt befürwortet. Im Rahmen seiner Ratspräsidentschaft hat Irland die Erweiterung der Europäischen Union für die beitragswilligen Staaten Türkei, Montenegro, Serbien und Nord-Mazedonien sogar aktiv vorangetrieben.

Aus der Sicht Irlands verstärkt die Erweiterung der EU die Sicherheit und Stabilität innerhalb der EU und kommt allen Bürgerinnen und Bürgern der EU entgegen. Zudem führe der Beitritt neuer Staaten zu wirtschaftlichem Fortschritt und der Bildung neuer Arbeitsplätze, sowohl in alten als auch in neuen Mitgliedstaaten. Nur erhebliche Zuwanderung, besonders aus den neuen EU-Mitgliedstaaten, konnte in den vergangenen Jahren die Nachfrage der irischen Wirtschaft nach Arbeitskräften befriedigen. Außerdem profitieren Menschen in den neuen Mitgliedstaaten von der Politik der EU, die die Umwelt schütze, gegen Kriminalität vorgehe sowie versucht, gegen Drogen und illegale Einwanderung vorzugehen.

Der Beitritt neuer Mitgliedstaaten führt zudem zu einer Erweiterung der kulturellen Diversität der EU und bringt neue Ideen sowie ein vertieftes Verständnis anderer Kulturen mit sich. Darüber hinaus wird die Rolle der EU durch eine Erweiterung international weiter gestärkt und verbessert.

4. Besondere Beziehungen und Positionen zu den beitragswilligen Ländern

Irland steht der Aufnahme von Verhandlungen zwischen der EU und der **Türkei** auf der Basis der Kopenhagener Kriterien aufgeschlossen gegenüber und unterstützt ebenso die Stabilisierung und langfristige Befriedung des Balkans. Insgesamt befürwortet das Land somit die fortschreitende Erweiterung als Beitrag zu einer Stabilisierung und Demokratisierung des gesamten Kontinents. Allerdings ist diese Zustimmung an bestimmte Voraussetzungen bezüglich des Erhalts des irischen Einflusses im europäischen Entscheidungsgefüge gebunden.

Auch die Beteiligung Irlands an der EU-Mission in **Bosnien-Herzegowina** sowie der Nato-Mission im **Kosovo** verweisen auf die Befürwortung einer Erweiterung der Union um den Westbalkan. Allerdings darf der Beitritt wirtschaftlich schwächerer Länder keine Kürzung der eigenen EU-Subventionen zur Folge haben, weswegen das Land ausdrücklich auf die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien besteht. Dabei betont Irland insbesondere die Wahrung der Menschenrechte und den Schutz von Minderheiten, welche im Hinblick auf den Krieg im ehemaligen Jugoslawien nicht gewährleistet waren und teilweise bis heute nicht sind. Aber auch eine funktionierende und wettbewerbsfähige Marktwirtschaft ist von besonderer Bedeutung und muss vor dem Beitritt garantiert sein.

5. Kopenhagener Kriterien

Menschenrechtspolitik nimmt seit jeher einen wichtigen Platz in der irischen Politik ein, deshalb schauen Sie bei der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien besonders auf die Erfüllung der Menschenrechte. Irland respektiert und fördert die Menschenrechte national wie international. Die in der irischen Verfassung verankerten Menschenrechte sind in fünf Teile gegliedert: persönliche Rechte, Familie, Bildung, Privateigentum und Religion. Eine lebendige Zivilgesellschaft sowie starke Institutionen sorgen für ihre Wahrung und Durchsetzung. Die irische Menschenrechtskommission hat weitreichende Befugnisse, um sowohl die in der Verfassung als auch die in internationalen Abkommen verankerten Menschenrechte zu verteidigen. Diese Grundsätze sollte auch jeder Staat, der in die EU beitreten will, teilen.

6. Taktik

Ihr primäres Ziel ist die Stärkung der irischen Position innerhalb der EU. Sie sind zwar einer der kleinsten Staaten der Gemeinschaft, haben aber trotzdem erheblichen Einfluss auf EU-Entscheidungen. In einer erweiterten Union möchten Sie diesen Einfluss nicht verlieren. Deshalb versuchen Sie, gemeinsam mit anderen kleinen Staaten Ihre Ziele zu erreichen. Die irische Bevölkerung befürchtet auch diesmal negative Auswirkungen auf die irische Agrar- und Handelspolitik, wie bereits bei der Aufnahme von Rumänien und Bulgarien im Jahr 2007. Irland möchte auf jeden Fall eine Aufstockung der EU-Haushaltsmittel erreichen, um eine Kürzung der eigenen EU-Subventionen nach dem Beitritt wirtschaftlich schwächerer Länder zu verhindern.

Sie sind davon überzeugt, dass eine Erweiterung der Union um den Westbalkan nicht nur moralische Verpflichtungen gegenüber den ärmeren Ländern Südosteuropas mit sich bringt, sondern auch im Interesse Irlands und der gesamten Union ist und langfristig positive Auswirkung zeigen wird. Eine Erweiterung kann und darf dabei aber nicht als Vorwand dienen, um das bestehende Gleichgewicht oder gemeinsame Politikbereiche – wie beispielsweise die gemeinsame Agrarpolitik – zu gefährden. Irland kann auch weiterhin auf Förderung seitens der EU nicht verzichten.

Um die Bedenken in der Bevölkerung gegen eine Erweiterung nicht zu verstärken und die Angst vor einem Anstieg der Einwanderung nicht zu schüren, sprechen Sie sich für mehrere Erweiterungsetappen inklusive längerer Übergangsfristen für bestimmte Bereiche, wie z.B. Arbeitnehmerfreizügigkeit, aus. Sie können auch für die Aufstockung des EU-Haushaltes plädieren, um weniger entwickelten neuen Mitgliedstaaten entgegen zu kommen, ohne eine Kürzung der bisherigen Hilfen für Irland im Agrarbereich hinnehmen zu müssen.

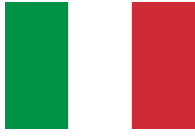
Um Ihrer erweiterungsfreundlichen Haltung Ausdruck zu verleihen, können Sie den beitrittswilligen Staaten auch Ihre praktische Unterstützung bei der Heranführung an die EU anbieten.

Um Ihre Interessen durchzusetzen, stehen den Mitgliedern des Rats einige Mittel zur Verfügung:

- Sie nutzen insbesondere informelle Verhandlungen mit anderen Kollegen, weil Sie persönlich besonders gut überzeugen können.
- Sie versuchen, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse zu beeinflussen.
- Um die Unterstützung Ihrer Bevölkerung zu erhalten, starten Sie eine große Pressekampagne.
- Sie drohen, die Vorschläge der anderen Länder zu blockieren.
- Sie suchen so genannte „Paket-Lösungen“ (Sie machen in einem Bereich Zugeständnisse, um an anderer Stelle Ihre Interessen durchzusetzen), weil innerhalb der EU der Konsens wichtig ist!

Bedenken Sie: Nur mit einer gemeinsamen Entscheidung können die Mitglieder des Rats Europa auch in Ihrem eigenen Interesse voranbringen!

Steckbrief: Italien



Italien (Italia)

Hauptstadt:	Rom (2,873 Mio. Einwohner)
Staatsform:	Republik, parlamentarische Demokratie mit Zweikammersystem
Fläche:	302 073 km ²
Einwohner:	60,511 Millionen
Einwohner/km²:	200
BIP/Einwohner (2017):	31 020 US-\$
Wachstumsrate (2017):	1,5 Prozent
Arbeitslosenquote (2017):	11,2 Prozent
Amtssprachen:	Italienisch, Deutsch (regional), Französisch (regional), Slowenisch (regional)
Religionen:	89 Prozent Katholiken, 2 Prozent Muslime, 2 Prozent Orthodoxe, 1 Prozent Protestanten
Ethnische Gruppen:	Ausländeranteil (2016): 8,3 Prozent
Beitritt zur EG/EU:	Gründungsmitglied
Pressefreiheit (2019):	41. Platz weltweit
CPI/ Korruptionsindex (2019):	51. Platz weltweit
Human Developm. Index (2019):	29. Platz weltweit
Staatsoberhaupt:	Sergio Mattarella
Regierungschef:	Giuseppe Conte
Weitere Informationen:	http://www.ambberlino.esteri.it/Ambasciata_Berlino

Quelle u.a.: Der Neue Fischer Weltalmanach 2019



1. Zu Ihrer Rolle

Sie sind Außenminister/in aus Italien. Die Ministerinnen oder Minister aus den Mitgliedstaaten müssen die Interessen Ihres Landes bedenken, während sie auf der Suche nach einer gemeinsamen Position im Rat sind. Sie müssen eine Strategie finden, um Ihre Positionen umsetzen zu können, ohne die Regeln der Diplomatie zu verletzen. Daher ist es sehr empfehlenswert, Kontakte zu anderen Ministerkolleginnen und Ministerkollegen oder Abgeordneten aus dem Europäischen Parlament zu knüpfen, um deren Position herauszufinden und so die Chancen zu erhöhen, Verbündete für die eigenen Ziele zu gewinnen.

2. Italien im Überblick

Die parlamentarische Republik Italien liegt zu großem Teil auf der vom Mittelmeer umgebenen Apenninhalbinsel in Südeuropa. Im Norden grenzt Italien an Frankreich, die Schweiz, Österreich und Slowenien. Im Osten ist Italien durch das Adriatische Meer von Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Albanien und Griechenland getrennt. Mit ca. 60,4 Millionen Einwohnern gehört Italien neben Deutschland und Frankreich zu den drei größten Mitgliedstaaten der EU.

a. **Aktuelle außenpolitische Lage**

Als Gründungsmitglied der Europäischen Union, des Europarats sowie der NATO verfolgt Italien traditionell eine multilateral ausgerichtete Politik. Zu den Schwerpunkten der Außenpolitik zählen unter anderem die Mittelmeerregion, der Westliche Balkan und der Nahe Osten. Aufgrund seiner zentralen Lage versteht sich Italien zudem als Brücke zwischen Europa und den südlichen Mittelmeeranrainern, insbesondere zu Libyen, Ägypten und Tunesien.

Von den Politikbereichen der EU liegen Italien historisch drei besonders am Herzen. Aufgrund seiner geographischen Lage ist das Land ein aktiver Verfechter der Europäischen Mittelmeerpolitik, die sich im Rahmen des sog. Barcelona-Prozesses für den Aufbau einer intensiven Partnerschaft mit den weiteren Mittelmeeranrainern einsetzt. Eng verbunden mit Italiens Engagement für diese Nachbarschaftsbeziehungen ist das Bemühen des Landes, auf europäischer Ebene zu einer gemeinsamen Asylpolitik und einer gesamteuropäischen Lösung für die Problematik der stark angestiegenen illegalen Immigranten aus Nordafrika zu kommen. Der italienische Staat sieht sich hier schon länger überfordert. Man verfolgt nun einen sehr strengen Kurs und weist Flüchtlinge ab, die über das Mittelmeer aus Krisenregionen versuchen, ins Land und in andere Mittelmeeranrainer zu kommen. Italien verteidigt diesen Kurs und pocht auf mehr Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten der EU, um hier zu gemeinschaftlichen und nachhaltigen Lösungen zu kommen.

b. **Aktuelle innenpolitische Lage**

Italien ist grundsätzlich immer wieder geprägt von häufigen Regierungswechseln aufgrund von instabilen Machtverhältnissen im Parlament aufgrund von wechselnden Mehrheiten. Nach einer Reihe von Kabinettswechseln ging nach den Wahlen 2018 eine Koalitionsregierung der Parteien *Movimento 5 Stelle* sowie der *Lega Nord* unter dem parteilosen Ministerpräsidenten Giuseppe Conte hervor, die am 01. Juni 2018 ihre Regierungsgeschäfte antrat. Auch hier kam es wieder zu politischen Turbulenzen, nachdem die *Lega Nord* aus der Koalition ausschied und Conte sein Kabinett im September 2019 umbilden musste. Damit führte er die italienische Politik wieder in Mitte und agiert sehr viel aufgeschlossener gegenüber der EU.

c. Wirtschaftliche Lage

Charakteristisch für die wirtschaftliche Situation Italiens ist die wirtschaftliche Zweiteilung des Landes. Einerseits gibt es den stark industrialisierten Norden Italiens sowie den unterentwickelten Süden. Hierzu gehören im Norden die großen Wirtschaftszentren Mailand, Turin und Genua, die das *triangolo industriale* bilden (industrielles Dreieck). Der gesamte oberitalienische Raum verfügt über einen gut entwickelten Dienstleistungssektor und gehört zu den wirtschaftlich stärksten Gebieten Europas.

Italien ist der etwa viertgrößte Hersteller von Maschinenbauerzeugnissen, noch vor Frankreich und Großbritannien, mit einem Weltmarktanteil von 7,5 Prozent. Rom ist Sitz sämtlicher Verwaltungen, vieler Großunternehmen und Organisationen sowie das Herz der italienischen Filmindustrie.

Der Süden des Landes stellt eine der strukturschwächsten Regionen Westeuropas dar. Die Folgen daraus sind sehr hohe Arbeitslosenquoten (über 13 Prozent), die für die Jugend Extreme annimmt – die Jugendarbeitslosigkeit übersteigt teilweise die 40 Prozent-Marke. Weitere Probleme im Süden sind die hohe Kriminalitätsrate, organisiertes Verbrechen, die besonders in den Regionen Kampanien, Kalabrien und Sizilien Kontrolle über viele Wirtschaftszweige ausüben.

Italien wird insbesondere in der seit 2009 schwelenden Eurokrise immer wieder wegen zu hoher Staatsverschuldung kritisiert.

3. Europäische Erweiterung: Ja oder nein?

Unter den großen Staaten der Europäischen Union galt Italien lange Zeit als das am meisten europabegeisterte Land. Italien hatte seit Beginn der europäischen Einigung alle Maßnahmen unterstützt, die auf eine Vertiefung der Gemeinschaft abzielten. Deswegen wurden auch alle bisherigen Erweiterungen als positive Entwicklungen für die Europäische Union bewertet. Diese positive Grundeinstellung hat sich Italien auch angesichts der anstehenden Erweiterungsrounden bewahrt. Bei den diversen institutionellen Reformbemühungen der EU vertrat Italien bislang grundsätzlich eine sehr integrationsfreundliche Position und sprach sich für eine Stärkung der supranationalen Elemente im Gefüge der Institutionen (Kommission, Europäisches Parlament und Rat) aus.

Allerdings ist man in letzter Zeit zunehmend besorgt, dass die Aufnahme neuer Mitglieder einige der elementaren Interessen des eigenen Landes beeinträchtigen könnte. Wie schon bei der ersten Osterweiterung besteht die Sorge, dass die mit der Erweiterung einhergehenden geographischen Akzentverschiebungen zur politischen und ökonomischen Vernachlässigung der Mittelmeerregion führen könnten. Aufgrund seiner geographischen Lage ist Italien ganz besonders den Unsicherheiten ausgesetzt, die von den nordafrikanischen Nachbarstaaten ausgehen: dem zunehmenden internationalen Terrorismus, dem islamischen Fundamentalismus und der illegalen Immigration über den Seeweg.

In der Erweiterungsdiskussion rücken auch immer stärker finanzielle Aspekte ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Italien, das harte Einschnitte hinnehmen musste, um die Euro-Kriterien zu erfüllen, fürchtet die erhöhten Kosten, die mit der Erweiterung auf das Land zukommen könnten. Darum setzt es sich dafür ein, dass die Erweiterung finanziell nicht zu seinen Lasten gehen darf.

Auch die italienischen Unternehmen fürchten den auf sie zukommenden Wettbewerb und bangen um ihren Anteil an den europäischen Strukturhilfen. Aufgrund der Interessensfokussierung auf den Mittelmeerraum hat das Land auch die Süderweiterung der EU (Aufnahme Griechenlands, Spaniens und Portugals) unterstützt, obwohl es in diesen drei Ländern auch Konkurrenten für den südlichen Agrarmarkt sieht.

In wichtigen Politikbereichen, wie insbesondere der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, müssen qualitative Fortschritte gemacht werden, um ein effektives Handeln der EU auf der Weltbühne zu garantieren.

4. Besondere Beziehungen und Positionen zu den beitrittswilligen Ländern

Gerade wegen seiner Konzentration auf den Mittelmeerraum liegt Italien aber der Beitritt einiger Länder auch besonders am Herzen. Dies gilt vor allem für die Aufnahme der westlichen Balkanstaaten, insbesondere für Montenegro als quasi östlichen Nachbarn Italiens und Adriaanrainer. Auch zu **Albanien** bestehen enge historische Beziehungen, da unter anderem das Territorium des heutigen Albaniens im Zweiten Weltkrieg vom faschistischen italienischen Regime unter Mussolini besetzt wurde.

Selbstverständlich geht es der italienischen Regierung auch um eine Gesamtlösung für die Konflikte auf dem Balkan – die Flüchtlingsströme in Folge dieser Konflikte treffen Italien besonders intensiv – sowie um die Demokratisierung und Stabilisierung der Region.

Italien hat, nachdem Deutschland und Frankreich im Februar 2008 die Unabhängigkeit **Kosovos** anerkannt hatten, den Staat ebenso anerkannt. Gleichmaßen betont Italien aber auch seine Verbundenheit zu **Serbien**.

Italien hatte für eine volle Mitgliedschaft der **Türkei** als Ziel der Verhandlungen geworben. Auch wenn der Prozess jetzt schwer und langwierig ist, wäre eine Mitgliedschaft der Türkei auf lange Sicht strategisch und geopolitisch von Vorteil. Man könne gerade durch das Führen von Verhandlungen versuchen, die Entwicklungen in der Türkei positiv zu beeinflussen. Die Türkei ist ein sehr wichtiger Handelspartner für Italien. Die wirtschaftlichen Interessen und die freundschaftlichen Beziehungen werden dabei immer wieder offen hervorgehoben. Gleichzeitig zeigt sich Italien aber auch solidarisch mit Zypern und sieht die Rückschritte nach dem Putschversuch 2016, sowie das Vorgehen in Syrien kritisch.

Die Bedeutung der Türkei als strategischer Partner im Umgang mit Flüchtlingen und Migration wurde insbesondere von Italien – wo viele Flüchtlinge ankamen - hervorgehoben. Die derzeitige Ausnutzung der Flüchtlinge in der Türkei als Druckmittel auf die EU wird allerdings scharf verurteilt.

5. Kopenhagener Kriterien

Die italienische Regierung achtet im Rahmen der Erweiterungspolitik auf die Einhaltung der Kopenhagener Kriterien. Sie sollen der Maßstab dafür sein, ob ein Land beitriffähig ist oder nicht. Italien ist v.a. daran interessiert, dass die Bewerberstaaten konstruktiv zusammenarbeiten in der Frage der Flüchtlingspolitik und hier gemeinsame Lösungen gefunden werden können. Hier ist das zwischen der EU und der Türkei geschlossene Abkommen von zentraler Bedeutung. Sollte sich die Türkei dabei nicht konstruktiv zeigen, droht Italien damit, den Weg der Türkei in die Europäische Union zu blockieren.

6. Taktik

Sie unterstützen als Vertreterin/Vertreter Italiens im Allgemeinen eine erneute Erweiterung der EU um die beitriffähigen Staaten.

Allerdings hegen Sie einige Zweifel an der Realisierbarkeit und müssen die innenpolitischen und finanziellen Folgen bedenken. Insbesondere haben Sie hier Ihre eigene Bevölkerung im Auge.

Bevor Sie den Beitritten zustimmen, stellen Sie einige Forderungen:

- Die beitriffähigen Staaten müssen die Gemeinschaftsrechtsvorschriften übernehmen, erst dann ist eine Aufnahme möglich.
- Die gemeinsame Agrarpolitik muss an die Erfordernisse einer erweiterten Union angepasst werden, ohne dabei alte Subventionsempfänger überproportional zu benachteiligen.

- Die Mittelmeerregion darf nicht aus dem Blickfeld geraten. Sie verlangen ein deutliches Bekenntnis der EU zu einer aktiven Mittelmeerpolitik auch nach der Erweiterung.
- Eine Erweiterung ist ohne die entsprechenden finanziellen Zuwendungen unrealistisch, allerdings muss diese Mehrbelastung hauptsächlich von den finanzstarken Staaten getragen werden.

Als „Verhandlungsmasse“ bringen Sie die Forderung nach verstärkter Hilfe für den strukturschwachen Süden Italiens und nach geringen Kosten der Erweiterung für Ihr Land ein. Schließlich fordern Sie die Unterstützung von Frankreich und Deutschland, um mögliche finanzielle Belastungen abfedern zu können.

Sie können versuchen, in Spanien einen Partner für Ihre Anliegen zu finden. Übersehen Sie allerdings nicht, dass Spanien bzgl. der Republik Kosovo eine ganz andere Meinung vertritt als Italien. Unterstützen Sie den Beitrittsprozess von Montenegro und Albanien, der aber Ihrer Ansicht nach nicht zu Lasten anderer Beitrittskandidaten geschehen darf.

Um Ihrer erweiterungsfreundlichen Haltung Ausdruck zu verleihen, können Sie den beitrittswilligen Staaten auch Ihre praktische Unterstützung bei der Heranführung an die EU anbieten.

Um Ihre Interessen durchzusetzen, stehen den Mitgliedern des Rats einige Mittel zur Verfügung:

- Sie nutzen insbesondere informelle Verhandlungen mit anderen Kollegen, weil Sie persönlich besonders gut überzeugen können.
- Sie versuchen, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse zu beeinflussen.
- Um die Unterstützung Ihrer Bevölkerung zu erhalten, starten Sie eine große Pressekampagne.
- Sie drohen, die Vorschläge der anderen Länder zu blockieren.
- Sie suchen so genannte „Paket-Lösungen“ (Sie machen in einem Bereich Zugeständnisse, um an anderer Stelle Ihre Interessen durchzusetzen), weil innerhalb der EU der Konsens wichtig ist!

Bedenken Sie: Nur mit einer gemeinsamen Entscheidung können die Mitglieder des Rats Europa auch in Ihrem eigenen Interesse voranbringen!

Steckbrief: Kroatien



Kroatien (Hrvatska)

Hauptstadt:	Zagreb (688 163 Einwohner)
Staatsform:	Republik
Fläche:	56 594 km ²
Einwohner:	4,126 Millionen
Einwohner/km²:	73
BIP/Einwohner (2017):	12 430 US-\$
Wachstumsrate (2017):	2,8 Prozent
Arbeitslosenquote (2017):	11,1 Prozent
Währung:	Kuna
Amtssprache:	Kroatisch
Religion:	86 Prozent Katholiken, 4 Prozent Orthodoxe, 2 Prozent Muslime, 4 Prozent religionslos
Ethnischen Gruppen:	90,4 Prozent Kroaten, 4,4 Prozent Serben, 5,2 Prozent Sonstige (Bosnier u.a.), Ausländeranteil (2017): 1,1 Prozent
Beitritt zur EG/EU:	2013
Pressefreiheit (2019):	59. Platz weltweit
CPI/ Korruptionsindex (2019):	63. Platz weltweit
Human Developm. Index (2019):	46. Platz weltweit
Staatsoberhaupt:	Zoran Milanović
Regierungschef:	Andrej Plenković
Weitere Informationen:	http://de.mfa.hr

Quelle u.a.: Der Neue Fischer Weltalmanach 2019



1. Zu Ihrer Rolle

Sie sind Außenminister/in aus Kroatien. Die Ministerinnen oder Minister aus den Mitgliedstaaten müssen die Interessen Ihres Landes bedenken, während sie auf der Suche nach einer gemeinsamen Position im Rat sind. Sie müssen eine Strategie finden, um Ihre Positionen umsetzen zu können, ohne die Regeln der Diplomatie zu verletzen. Daher ist es sehr empfehlenswert, Kontakte zu anderen Ministerkolleginnen und Ministerkollegen oder Abgeordneten aus dem Europäischen Parlament zu knüpfen, um deren Position herauszufinden und so die Chancen zu erhöhen, Verbündete für die eigenen Ziele zu gewinnen.

2. Kroatien im Überblick

Kroatien ist nach seinem Beitritt 2013 das jüngste Mitglied der EU. Das südosteuropäische Land mit einer langen Küste am Adriatischen Meer grenzt im Nordwesten an Slowenien, im Norden an Ungarn, im Nordosten an Serbien, im Osten an Bosnien und Herzegowina und im Südosten an Montenegro. Mit ca. 4,07 Mio. Einwohnern gehört Kroatien zu den kleineren Mitgliedstaaten.

a. **Aktuelle außenpolitische Lage**

Primäres Ziel der Außenpolitik Kroatiens war die schnellstmögliche Integration in die EU und NATO. Von beidem versprach sich Kroatien wirtschaftliche und sicherheitspolitische Vorteile. Bereits 2009 wurde Kroatien in die NATO aufgenommen. Nach langen Verhandlungen stimmte der Europäische Rat einer Aufnahme Kroatiens im Jahr 2013 in die EU zu. Bis zuletzt war der Umgang mit mutmaßlichen Kriegsverbrechern und die Lösung von Grenzstreitigkeiten mit dem Nachbarland Slowenien äußerst schwierig.

b. **Aktuelle innenpolitische Lage**

Die Innenpolitik des Landes ist noch immer durch die Auswirkungen des Krieges der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts geprägt.

Seit 2000 hat Kroatien wesentliche Fortschritte gemacht, ist jedoch insbesondere im Bereich der Gerichtsbarkeit noch rückständig. Trotzdem hat sich in Kroatien eine demokratiefreundliche politische Kultur etabliert, die durch eine vielfältige Medien- und Parteienlandschaft, sowie durch den wirtschaftlichen Aufschwung gestützt wird.

Ein großes Problem stellte die Situation der 320.000 in Kroatien lebenden Flüchtlinge dar, von denen nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks 108.000 serbischer Zugehörigkeit sind. Die massiven Flüchtlingsströme gehörten ebenfalls zu den Folgen der kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen und den daraus resultierenden Vertreibungen. Ein großer Teil der Vertriebenen strebt eine Integration in die kroatische Gesellschaft an, da die Herkunftsgebiete der Flüchtlinge wirtschaftlich stark zerstört und immer noch vermint sind. Außerdem fürchten viele von ihnen Diskriminierungen im Falle einer Rückkehr.

Darüber hinaus leben in Kroatien zahlreiche Minderheiten (Serben, Slowenen, Italiener, Ungarn, Bosnier, Slowaken, Deutsche, Albaner, Roma), wobei die Serben mit 4,5 Prozent (vor dem Krieg: 12 Prozent) der Gesamtbevölkerung die größte Minderheit darstellen. Seit 2002 wurden die Rechte von Minderheiten in Kroatien verbessert.

Im Januar 2015 gewann Kolinda Grabar-Kitarović von der konservativen HDZ die Wahl zum Staatsoberhaupt und wurde am 15. Februar 2015 als erste Frau Präsidentin des Landes. Während ihrer Amtszeit gelang ihr die Annäherung zu Serbien, doch blieb sie in einigen Fragen, insbesondere zum Bürgerkrieg in den 1990er Jahren, unnachgiebig und versuchte kroatische nationale Interessen zu wahren. Bei der Präsidentschaftswahl schaffte es

Grabar-Kitarović zwar erneut in die Stichwahl, unterlag dort aber ihrem Konkurrenten von der sozialdemokratischen SDP Zoran Milanović, der am 18. Februar 2020 neuer Staatspräsident wurde.

c. **Wirtschaftliche Lage**

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Kroatiens betrug im Jahr 2016 45,8 Mrd. Euro. Das BIP pro Kopf im selben Jahr lag bei 10.992 Euro. Nach dem Ausbruch der Finanzkrise 2007 steckte das Land über Jahre in der Krise. Kroatien verlor bis 2014 ca. ein Sechstel seiner Wirtschaftskraft. Seit 2015 vergrößern sich die Anzeichen der wirtschaftlichen Erholung. Die Wirtschaft wuchs 2015 um 3 Prozent, dennoch hat Kroatien immer noch eine hohe Arbeitslosenquote von 16,3 Prozent. Die Jugendarbeitslosigkeit ist mit ca. 43 Prozent sehr hoch.

Die dominierenden Industriebetriebe sind Erdö Raffinerien, Eisen- und Stahlwerke, Schiffswerften, Chemieunternehmen und Produktionsstätten für Nahrungsmittel, Maschinen, Zement, Beton, Metallwaren und Textilien. Die ehemals bedeutsame Bergbauindustrie geht in den letzten Jahren immer mehr zurück. Viele Industriebetriebe in Kroatien wurden während des Bürgerkriegs in den 1990er Jahren zerstört oder beschädigt. Die Hälfte (ca. 53,16 Prozent) der Landesfläche wird landwirtschaftlich genutzt. 7,2 Prozent des Wirtschaftseinkommens wurden im Jahr 2007 durch die Landwirtschaft erwirtschaftet, wobei etwa 2,7 Prozent der Bevölkerung in diesem Bereich tätig waren.

3. **Europäische Erweiterung: Ja oder nein?**

Als neuestes Mitglied der Europäischen Union steht Kroatien der Erweiterung der EU sehr offen gegenüber. Hierbei unterstützt es insbesondere die Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens, zu dem es selbst bis 1991 gehört hatte und selbst nur allzu gut weiß, was es bedeutet, den Weg in die Europäische Union zu gehen. Für eine Erweiterung der Europäischen Union um Staaten des westlichen Balkans, tritt Kroatien offen und zielgerichtet ein. Sie bieten ihren Nachbarländern mittels Erfahrungsaustausch Unterstützung an, um diesen auf dem Weg in die Europäische Union zu helfen.

4. **Besondere Beziehungen und Positionen zu den beitrittswilligen Ländern**

Kroatien ist seit dem Jahr 1991 unabhängig. Davor war Kroatien lange Zeit ein Teil anderer Staaten. Kroatien war bis 1918 Teil des Königreichs Österreich-Ungarn. Nach dem Ersten Weltkrieg schloss es sich mit Serbien und Slowenien zu einem föderalen Staat zusammen, der 1929 zum „Königreich Jugoslawien“ erklärt wurde. Nach dem Zweiten Weltkrieg stand Jugoslawien unter der sozialistischen Herrschaft Josip Broz Titos, der die südslawische Staatengemeinschaft unter strenger Führung einete. Nach Titos Tod im Jahr 1980 und insbesondere nach dem Fall des Eisernen Vorhangs, wuchsen in ganz Jugoslawien Unabhängigkeitsbestrebungen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Nach einer langen Phase der ökonomischen Rezession kam es in den frühen Neunziger Jahren in den multiethnischen Gebieten des ehemaligen Jugoslawiens zu gewaltsamen Auseinandersetzungen.

In Kroatien begann der Krieg 1991, nachdem sich die Kroaten in einem Referendum mehrheitlich für die Unabhängigkeit entschieden hatten und es in den Gebieten der Krajina und Slawoniens zu Zusammenstößen zwischen Serben und Kroaten gekommen war. Kroatien erklärte sich, wie schon zuvor Slowenien, als unabhängig. Erst Anfang August 1995 konnte Kroatien durch eine Offensive die serbisch besetzten Gebiete zurückerobern, bis es schließlich im Dezember 1995 dem Abkommen von Dayton zustimmte, das den Bürgerkrieg auf dem Balkan beendete.

Nach dem Konflikt in den 1990er Jahren mit der jugoslawischen Bundesarmee und der serbischen Minderheit im eigenen Land, sind die Beziehungen zu **Serbien** immer noch angespannt. Immer noch sitzen die Wunden des teilweise mit äußerster Brutalität geführten Krieges sehr tief, so dass Kroatien einem Annäherungsprozess Ser-

biens nicht vorbehaltlos zustimmen wird. Für Kroatien wird es wichtig sein, dass Serbien seine Rolle im Bürgerkrieg der 1990er Jahre anerkennt und es hier zu einer gemeinsamen Befriedung kommt. Ansonsten könnte Kroatien seine Rolle als Mitgliedstaat in der EU nutzen und Serbien unter Druck setzen.

Ihr Land ist aus wirtschaftlichen Gründen an einer raschen und nachhaltigen Entspannung auf dem Balkan interessiert. Betonen Sie die Bereitschaft Kroatiens auch künftig eine stabilisierende Rolle für Südosteuropa zu übernehmen. Machen Sie aber auch klar, dass die ultimative Stabilisierungsmaßnahme ein Beitritt der Balkan-Länder in die EU ist. Ihr erstes Ziel ist dabei die Aufnahme von **Montenegro** und **Nord-Mazedonien** in die EU – und das so schnell wie möglich! Aufgrund der historischen Nähe und kultureller Gemeinsamkeiten sehen Sie hier eine ganz besondere Verantwortung Ihrerseits.

Kroatien ist in weiten Teilen ein sehr katholisch geprägtes Land. Das könnte zu Vorbehalten führen, was die Annäherung von Staaten angeht, die eine dominante muslimische Bevölkerung haben, wie dies z.B. in der **Türkei**, in **Albanien** und auch teilweise in **Bosnien- Herzegowina** der Fall ist.

Kroatien war 2008 mit Ungarn eines der ersten Nachbarländer Serbiens, das die Unabhängigkeit **Kosovos** anerkannt hat.

Man ist generell offen für eine Mitgliedschaft der **Türkei**, wenn diese alle Kriterien dafür erfüllt. Der Fokus der Erweiterung liegt für Kroatien jedoch eher auf den Nachbarländern im Westbalkan. Aus eigenen Erfahrungen hebt Kroatien hervor, dass es für den Erfolg von Beitrittsverhandlungen wichtig ist, die Bürger im Kandidatenland von der EU zu überzeugen und mitzunehmen. Dass die türkische Regierung teilweise selbst Stimmung gegen die EU macht, ist demnach also widersprüchlich und kontraproduktiv.

5. Kopenhagener Kriterien

Die kroatische Regierung befürwortet den Erweiterungsprozesses um die Staaten des westlichen Balkans und der Türkei, solange die Kopenhagener Kriterien eingehalten werden. Sie sollen der Maßstab dafür sein, ob ein Land beitriffähig ist oder nicht. Dabei achtet Kroatien insbesondere auf die Wahrung der Minderheitenrechte. Die Erfahrungen der kriegerischen Konflikte auf dem Balkan in den 1990er Jahren spielen hierbei eine wichtige Rolle. Verschiedene ethnische Gruppen bekämpften sich damals aufgrund von rassistischen Motiven. Kroatien möchte nicht, dass sich die Geschichte noch einmal wiederholt und nimmt diesen Aspekt ganz besonders in den Fokus.

6. Taktik

Betonen Sie als Delegierte/Delegierter Ihres Landes, dass sich Kroatien als neues Mitglied der EU der europäischen Wertegemeinschaft (Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Pluralismus, freie Marktwirtschaft und Menschenrechte) stark verbunden fühlt. Verweisen Sie auf die große Unterstützung der Bevölkerung für eine weitere Integration von Balkanstaaten in die EU. Unterstreichen Sie die langjährigen tiefen Beziehungen Ihres Landes zu den Staaten des westlichen Balkans und betonen Sie, dass die südosteuropäischen Staaten aus der politischen Union nicht ausgeschlossen bleiben dürfen.

Aus sicherheitspolitischer Sicht verweisen Sie auf die positive Strahlkraft, die ein florierendes und stabiles Kroatien für die kriegsgebeutelte Region des Balkans hat.

Betonen Sie die unbedingte Bereitschaft Ihres Landes zur Zusammenarbeit mit der Internationalen Gemeinschaft. Kroatien unterstützte die NATO während des Kosovo-Konfliktes bedingungslos, auch beim Stabilitätspakt für den Balkan will sich Kroatien als stabilisierender Faktor einbringen.

Halten Sie sich bei den weiteren Verhandlungen vor allem an Deutschland, Österreich und Italien. Zu diesen Staaten haben Sie traditionell gute Beziehungen. Auch mit den neuen Mitgliedstaaten Slowenien und Ungarn pflegen Sie gute Kontakte.

Das außenpolitische Verhältnis zu Serbien hat sich in den letzten Jahren deutlich entspannt, zwischenstaatliche Verträge wurden geschlossen. Versichern Sie Serbien Ihre Unterstützung, weisen Sie jedoch darauf hin, dass die Bereitschaft vorhanden sein muss, die Kopenhagener Kriterien ohne Einschränkungen einzuhalten. Sie werfen hier einen besonders kritischen Blick auf die Verhandlungen.

Um Ihrer erweiterungsfreundlichen Haltung Ausdruck zu verleihen, können Sie den beitragswilligen Staaten auch Ihre praktische Unterstützung bei der Heranführung an die EU anbieten.

Um Ihre Interessen durchzusetzen, stehen den Mitgliedern des Rats einige Mittel zur Verfügung:

- Sie nutzen insbesondere informelle Verhandlungen mit anderen Kollegen, weil Sie persönlich besonders gut überzeugen können.
- Sie versuchen, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse zu beeinflussen.
- Um die Unterstützung Ihrer Bevölkerung zu erhalten, starten Sie eine große Pressekampagne.
- Sie drohen, die Vorschläge der anderen Länder zu blockieren.
- Sie suchen so genannte „Paket-Lösungen“ (Sie machen in einem Bereich Zugeständnisse, um an anderer Stelle Ihre Interessen durchzusetzen), weil innerhalb der EU der Konsens wichtig ist!

Bedenken Sie: Nur mit einer gemeinsamen Entscheidung können die Mitglieder des Rats Europa auch in Ihrem eigenen Interesse voranbringen!



Lettland (Latvija)

Hauptstadt:	Riga (637 971 Einwohner)
Staatsform:	parlamentarische Demokratie
Fläche:	64 573 km ²
Einwohner:	1,941 Millionen
Einwohner/km²:	30
BIP/Einwohner (2017):	14 740 US-\$
Wachstumsrate (2017):	4,5 Prozent
Arbeitslosenquote (2017):	8,7 Prozent
Amtssprache:	Lettisch
Religionen:	23 Prozent Katholiken, 37 Prozent Lutheraner, 19 Prozent Orthodoxe; Minderheiten von Baptisten, Pfingstlern u.a.
Ethnische Gruppen:	62,1 Prozent Letten, 26,9 Prozent Russen, 3,3 Prozent Weißrussen, 2,2 Prozent Ukrainer, 2,2 Prozent Polen, 1,2 Prozent Litauer u.a., Ausländeranteil (2017): 14,3 Prozent (v.a. Russen)
Beitritt zur EG/EU:	2004
Pressefreiheit (2019):	22. Platz weltweit
CPI/Korruptionsindex (2019):	44. Platz weltweit
Human Developm. Index (2019):	39. Platz weltweit
Staatsoberhaupt:	Egils Levits
Regierungschef:	Arturs Krišjānis Kariņš
Weitere Informationen:	www.mfa.gov.lv/de/berlin

Quelle u.a.: Der Neue Fischer Weltalmanach 2019

1. Zu Ihrer Rolle

Sie sind Außenminister/in aus Lettland. Die Ministerinnen oder Minister aus den Mitgliedstaaten müssen die Interessen Ihres Landes bedenken, während sie auf der Suche nach einer gemeinsamen Position im Rat sind. Sie müssen eine Strategie finden, um Ihre Positionen umsetzen zu können, ohne die Regeln der Diplomatie zu verletzen. Daher ist es sehr empfehlenswert, Kontakte zu anderen Ministerkolleginnen und Ministerkollegen oder Abgeordneten aus dem Europäischen Parlament zu knüpfen, um deren Position herauszufinden und so die Chancen zu erhöhen, Verbündete für die eigenen Ziele zu gewinnen.

2. Lettland im Überblick

Lettland ist der mittlere der drei baltischen Staaten in Osteuropa. Lettland grenzt an die Ostsee, im Norden an Estland, im Süden an Litauen, sowie im Osten an die Nicht-EU-Staaten Weißrussland und Russland. Mit ca. 1,9 Mio. Einwohnern ist Lettland einer der kleineren EU-Staaten.

a. **Aktuelle außenpolitische Lage**

Die Mitgliedschaften in der EU und in der NATO haben für die lettische Außenpolitik eine große Bedeutung. Daneben liegen Schwerpunkte in der regionalen Zusammenarbeit. Seit den frühen 1990er Jahren ist Lettland aktiv in der trilateralen Zusammenarbeit mit seinen baltischen Nachbarn Estland und Litauen. Im weiteren regionalen Kontext beteiligt sich Lettland im Rahmen des Forums Nordic-Baltic Eight (NB-8), in dem die Regierungen von Dänemark, Estland, Finnland, Island, Litauen, Norwegen und Schweden miteinander kooperieren. Darüber hinaus sind die bilateralen Beziehungen zu Russland sehr wichtig, die aufgrund der Vergangenheit weiterhin belastet sind. Lettland erklärte im Jahr 1989 seine Unabhängigkeit von der Sowjetunion und gab sich 1991 eine eigene Verfassung. Im selben Jahr erkannte die Sowjetunion auch formell die Unabhängigkeit Lettlands an. Seit Beginn der Unabhängigkeit verfolgt das Land konsequent eine pro-westliche und marktwirtschaftliche Politik. Die Bevölkerung Lettlands stimmte im September 2003 mit 67 Prozent für einen EU-Beitritt, allerdings gab es große regionale Differenzen – in Valmiera befürworteten 87 Prozent einen Beitritt, während er im russisch geprägten Daugavpils von 67 Prozent der Bevölkerung abgelehnt wurde. Am 1. Mai 2004 trat Lettland der EU bei und nahm im gleichen Jahr erstmals an den Wahlen zum Europäischen Parlament teil. Lettland entsendet nun neun Abgeordnete in das Europäische Parlament. Ebenfalls im Jahr 2004 trat Lettland zusammen mit weiteren Ländern der NATO bei.

Die Außenpolitik Lettlands ist eindeutig westlich ausgerichtet. Das Land wurde im Jahr 2004 sowohl EU- als auch NATO-Mitgliedsland. Darüber hinaus ist es Mitglied im Europarat, der OECD (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa), beim Internationalen Währungsfonds etc. Es gehört auch dem Schengen-Raum an. Riga war zudem im Jahr 2006 Gastgeber des NATO-Gipfels. Seitdem wurde die jährlich stattfindende Riga-Konferenz zu einem führenden Forum der Außen- und Sicherheitspolitik Nordeuropas.

b. **Aktuelle innenpolitische Lage**

Die Sprachenpolitik Lettlands spielt in der innenpolitischen Debatte eine wichtige Rolle. Seit der Wiedererlangung der Unabhängigkeit Lettlands im Jahr 1989 verlor die russische Sprache den offiziellen Status im Land, worauf es zu massiven Protesten bei der russischsprachigen Bevölkerung kam. Dem Ansinnen des Staates, das Lettische als Hauptsprache im öffentlichen Raum zu etablieren, widersetzten sich viele russischsprachige Menschen im Land. Sie weigerten sich, Lettisch zu lernen oder es zu gebrauchen.

Nach mehrfachen Protesten und Forderungen, dass Russische als zweite Amtssprache anzuerkennen, beschloss das Parlament (Saeima) ein Referendum zu dieser Frage durchzuführen. Am 18. Februar 2012 lehnten 74,8 Prozent der Bevölkerung die Einführung des Russischen als zweite Amtssprache ab. Am 02. April 2018 unterzeichnete Präsident Raimonds Vejonis die zuvor von der Saeima beschlossenen Gesetze, die die allmähliche Einführung des Lettischen als alleinige Unterrichtssprache bis zu den Jahren 2021/2022 in allen Sekundarschulen Lettlands vorsehen.

Auch in Bezug auf die Einwanderungs-, Integrations- und Einbürgerungspolitik ist sich die Bevölkerung Lettlands uneinig. Teils sprechen sie sich für und teils gegen die Zuwanderung von Angehörigen der Nicht-EU-Staaten aus. Der Anteil, der sich gegen die Zuwanderung ausspricht, nimmt dabei seit der Flüchtlingskrise 2015 zu.

Von der lettischen Regierung wird die Rückwanderung von ausgewanderten Lettinnen und Letten angestrebt. Dabei sollen neue Gesetze und staatliche Unterstützungen helfen. Beispielsweise sollen die anfallenden Transportkosten bei der Rückkehr, die Sprachkurse zum Auffrischen oder Erlernen der einheimischen Sprache sowie der (Wieder-)Einstieg ins Schulsystem die Rückkehr attraktiv machen.

c. Wirtschaftliche Lage

Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise machte sich in Lettland Ende des Jahres 2007 bemerkbar. Die lettische Regierung reagierte mit hohen Kürzungen der staatlichen Ausgaben und erhielt aus dem Ausland finanzielle Hilfen in Höhe von einem Drittel des BIPs. In den darauffolgenden Jahren brach die Wirtschaft ein und die Arbeitslosenquote stieg zwischen 2007 und 2010 von 7 Prozent auf zwischenzeitlich bis zu 21 Prozent an. Dank einer positiven wirtschaftlichen Gesamtentwicklung sank diese bis zum Oktober 2017 auf 9,2 Prozent.

Ende 2016 verabschiedete das lettische Parlament mit großer Mehrheit ein einzigartiges Startup-Gesetz. Wenn ein Unternehmen die notwendigen Grundkriterien erfüllt, kann es deutliche Steuererleichterungen in Anspruch nehmen. Ein anerkanntes Startup-Unternehmen zahlt maximal 252 Euro Steuern pro Mitarbeiter; erst wenn das Gehalt 4050 Euro übersteigt, werden weitere Steuern fällig. Dieses Gesetz trat am 01. Januar 2017 in Kraft. In der Folge dieses Gesetzes gründeten sich viele Start-ups, die einen großen Teil zu einer wachsenden Wirtschaft beitragen und für Innovation im Land sorgen.

3. Europäische Erweiterung: Ja oder nein?

Lettland vertritt in Fragen der Erweiterung eine ähnliche Position wie die anderen beiden baltischen Staaten. Die Fortsetzung des Erweiterungsprozesses der Europäischen Union wird als elementar wichtig angesehen, sowohl für die beitrittswilligen Staaten als auch für die EU selbst. Für Erstere bedeutet die Aussicht auf einen EU-Beitritt eine hohe Motivation, den Prozess der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Reformen fortzusetzen. Aus eigener Erfahrung weiß die lettische Regierung, wie wichtig der Anreiz einer EU-Mitgliedschaft für die Modernisierung und Demokratisierung des politischen Systems in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion ist. Die EU hat ihrerseits nicht nur die Verantwortung, diese positiven Entwicklungen weiter zu unterstützen, sondern sie zieht in den Augen Lettlands aus einer Fortsetzung der Erweiterung auch zahlreiche eigene Vorteile. Die Stabilisierung und Demokratisierung der gesamten Region liegt im ureigenen Interesse der EU, die es sich zum Ziel gesetzt hat, den gesamten Kontinent zu einem Raum des Friedens und der Demokratie zu machen.

Weiterhin steigt mit der Aufnahme jedes neuen Mitgliedstaates das Gewicht der Europäischen Union als internationaler Akteur auf der Weltbühne. Gerade in Bezug auf die immer wichtiger werdenden Beziehungen nach Osten, können die neuen Mitglieder aufgrund ihrer historisch gewachsenen Verbindungen einen großen Beitrag leisten.

Kein anderes Land wurde so stark von der Wirtschafts- und Finanzkrise getroffen wie Lettland. Nur massivste finanzielle Kürzungen in allen Bereichen der Gesellschaft konnten einen Staatsbankrott verhindern. Achten Sie

mit aller Strenge darauf, dass eine Erweiterung keine finanziellen Mehrbelastungen für Ihren Staatshaushalt zur Folge hat.

4. Besondere Beziehungen und Positionen zu den beitrittswilligen Ländern

Lettland sieht sich als starken Anwalt der Staaten, die in die Europäische Union beitreten wollen. Lettland setzt sich für die Republik **Nord-Mazedonien** ein. Auch für die übrigen Bewerberstaaten – die Türkei eingeschlossen – sehen Sie eine Zukunft in der Europäischen Union.

Lettland unterstützt einen offenen politischen Dialog mit der **Türkei**, da dieser ein wichtiger Partner für Lettland ist, sowohl in der NATO als auch als EU-Beitrittskandidat. Man begrüßt die Zusammenarbeit der EU mit der Türkei im Bereich der Migration und sieht dies als gutes Beispiel für die gemeinsame Bewältigung von Herausforderungen. Die Türkei ist außerdem ein wichtiger Verbündeter für die Sicherheit Europas und den Kampf gegen Terrorismus. Allerdings muss die Türkei, wie alle anderen auch, die Kriterien erfüllen.

Aufgrund Ihrer geographischen Lage und Ihrer historischen Verbindungen sind für Sie – wie auch für die anderen baltischen Staaten – enge Kooperationsbeziehungen zwischen der EU und Russland von großer Bedeutung. Dennoch haben Sie sich, ebenso aus eigener historischer Erfahrung, für eine schnelle Anerkennung des von Serbien unabhängigen **Kosovo** eingesetzt und sehen diesen durchaus als ein zukünftiges Mitglied der Europäischen Union an.

5. Kopenhagener Kriterien

Die lettische Regierung setzt sich sehr streng dafür ein, dass die Kopenhagener Kriterien eingehalten werden, damit sich ein Bewerberstaat der Europäischen Union annähern kann. Sie sollen der Maßstab dafür sein, ob ein Land beitriffähig ist oder nicht. Die Menschenrechte sind Lettland dabei sehr wichtig. Zur Zeit der Sowjetunion mussten die Lettinnen und Letten sehr leidvoll erfahren, was es bedeutet, wenn Menschenrechte mit Füßen getreten werden. Aus diesem Grund wird Lettland insbesondere sehr genau die Einhaltung der Menschenrechte in der Türkei überprüfen. Sollte es hier zu keinen Verbesserungen kommen, ist eine weitere Annäherung der Türkei an die Europäische Union ausgeschlossen.

6. Taktik

Als Vertreterin/Vertreter Lettlands sind Sie ein großer Befürworter der Aufnahme neuer Mitgliedstaaten in die EU. Argumentieren Sie mit Blick auf die obigen Ausführungen mit dem Nutzen, den eine neue Erweiterungsrunde für beide Seiten – die Kandidatenländer wie auch die EU – mit sich bringen würde.

Kritikern halten Sie vehement entgegen, dass es immer das Ziel der europäischen Einigung war, den gesamten Kontinent in das Projekt einzubinden. Mit Blick auf Ihre eigene noch junge Erfahrung mit dem Beitrittsprozess und den damit verbundenen Reformfolgen ist es für Sie selbstverständlich, dass andere Länder die gleiche Chance erhalten sollen, diese Entwicklung zu durchlaufen. Eine Abschottung der EU gegenüber beitriffwilligen Staaten würde Ihrer Meinung nach zu einem erheblichen Rückschlag für die Reformbemühungen in diesen Ländern führen, was wiederum eine destabilisierende Wirkung für die Region bedeuten würde.

Natürlich fordern Sie in diesem Zusammenhang auch, dass den neuen Beitrittskandidaten die gleichen Pflichten auferlegt werden, die auch für Ihren Beitritt galten. Dies bedeutet in der Praxis, dass Sie auf eine strenge Einhaltung der Kopenhagener Kriterien pochen, bevor ein Beitritt erfolgen kann. Nur so kann in Ihren Augen der genannte beidseitige Nutzen einer Erweiterung garantiert werden, da anderenfalls der jetzige rechtliche Besitzstand der EU gefährdet wäre. Bei aller grundsätzlichen Unterstützung für den Erweiterungskurs wachen Sie also darüber, dass die Beitritte gut vorbereitet und nicht übereilt erfolgen.

Neben der Erweiterungspolitik halten Sie auch die Europäische Nachbarschaftspolitik für ein sehr wirksames Instrument zur Verbreitung von Stabilität und Frieden über die Grenzen der EU hinweg. Sie setzen sich deshalb dafür ein, diese Politik gegenüber den Nachbarländern zu verstärken. So kann die Nachbarschaftspolitik einerseits dazu dienen, beitriftswillige Länder näher an die EU heranzuführen und auf einen Beitritt vorzubereiten, andererseits bietet sie eine Möglichkeit, mit den Ländern, die nicht beitreten wollen, oder für die ein Beitritt derzeit nicht in Frage kommen, feste Kooperationsbeziehungen und Partnerschaften aufzubauen. Letzteres gilt insbesondere für Russland.

Vergessen Sie nicht, dass Sie als kleines Land immer auf Koalitionen mit anderen Mitgliedstaaten angewiesen sind, um Ihrer Position Gehör zu verschaffen. Setzen Sie sich zuerst mit den anderen baltischen Staaten in Verbindung, da diese meistens ähnliche Interessen haben wie Sie. Versuchen Sie zusammen auszuloten, welche der größeren Mitgliedstaaten Interesse an einer gemeinsamen Positionsvertretung haben könnten. Seien Sie bereit, auch Kompromisse einzugehen, da Sie als kleines Land sonst Gefahr laufen, isoliert zu werden.

Um Ihre Interessen durchzusetzen, stehen den Mitgliedern des Rats einige Mittel zur Verfügung:

- Sie nutzen insbesondere informelle Verhandlungen mit anderen Kollegen, weil Sie persönlich besonders gut überzeugen können.
- Sie versuchen, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse zu beeinflussen.
- Um die Unterstützung Ihrer Bevölkerung zu erhalten, starten Sie eine große Pressekampagne.
- Sie drohen, die Vorschläge der anderen Länder zu blockieren.
- Sie suchen so genannte „Paket-Lösungen“ (Sie machen in einem Bereich Zugeständnisse, um an anderer Stelle Ihre Interessen durchzusetzen), weil innerhalb der EU der Konsens wichtig ist!

Bedenken Sie: Nur mit einer gemeinsamen Entscheidung können die Mitglieder des Rats Europa auch in Ihrem eigenen Interesse voranbringen!

Steckbrief: Litauen



Litauen (Lietuva)

Hauptstadt:	Vilnius (536 692 Einwohner)
Staatsform:	parlamentarische Demokratie, ausgeprägte präsidentiale Elemente
Fläche:	65 286 km ²
Einwohner:	2,828 Millionen
Einwohner/km²:	43
BIP/Einwohner (2017):	15 200 US-\$
Wachstumsrate (2017):	3,8 Prozent
Arbeitslosenquote (2017):	7,1 Prozent
Amtssprache:	Litauisch
Religionen:	77 Prozent Katholiken, 4 Prozent Orthodoxe, Minderheiten von Protestanten und Muslimen, 6 Prozent religionslos
Ethnische Gruppen:	84,2 Prozent Litauer, 6,6 Prozent Polen, 5,8 Prozent Russen, 1,2 Prozent Weißrussen, 0,5 Prozent Ukrainer, Lipka-Tataren, Karäer u.a., Ausländeranteil (2017): 0,7 Prozent
Beitritt zur EU/EG:	2004
Pressefreiheit (2019):	28. Platz weltweit
CPI/Korruptionsindex (2019):	35. Platz weltweit
Human Developm. Index (2019):	34. Platz weltweit
Staatsoberhaupt:	Gitanas Nausėda
Regierungschef:	Saulius Skvernelis
Weitere Informationen:	www.botschaft-litauen.de

Quelle u.a.: Der Neue Fischer Weltalmanach 2019



1. Zu Ihrer Rolle

Sie sind Außenminister/in aus Litauen. Die Ministerinnen oder Minister aus den Mitgliedstaaten müssen die Interessen Ihres Landes bedenken, während sie auf der Suche nach einer gemeinsamen Position im Rat sind. Sie müssen eine Strategie finden, um Ihre Positionen umsetzen zu können, ohne die Regeln der Diplomatie zu verletzen. Daher ist es sehr empfehlenswert, Kontakte zu anderen Ministerkolleginnen und Ministerkollegen oder Abgeordneten aus dem Europäischen Parlament zu knüpfen, um deren Position herauszufinden und so die Chancen zu erhöhen, Verbündete für die eigenen Ziele zu gewinnen.

2. Litauen im Überblick

Die parlamentarische Demokratie Litauen wurde bereits 1918 gegründet, erlangte jedoch erst 1990 nach 50 Jahren Fremdherrschaft wieder seine Unabhängigkeit. Die Mehrheit der Bevölkerung sieht in der Mitgliedschaft des Landes in EU und NATO die einzige wirkliche Garantie für den Erhalt der Unabhängigkeit. Litauen grenzt an Polen, Lettland, Belarus und die russische Enklave Königsberg. 25 Kilometer nördlich von Vilnius, in dem Dorf Bernotai, liegt den Kartografen zufolge des geographischen Mittelpunktes des europäischen Kontinents. Während des Zweiten Weltkrieges wurden Estland, Lettland und Litauen kurz nacheinander zunächst von der Sowjetunion besetzt und annektiert, 1941 durch die deutsche Heeresgruppe Nord erobert, um 1944 erneut an die Sowjetunion zu fallen. Während der deutschen Besetzung wurden massenhaft Jüdinnen und Juden ermordet, unter sowjetischer Herrschaft wurden große Bevölkerungsteile nach Sibirien deportiert oder flohen nach Westen. In allen drei Staaten, am stärksten jedoch in Litauen, leisteten noch bis in die 1950er Jahre die sogenannten Waldbrüder bewaffneten Widerstand gegen die sowjetische Besatzung. Bis heute ist die Erinnerung an den Anschluss an die Sowjetunion in den drei Ländern sehr lebendig und prägt die Beziehungen zum großen Nachbarn Russland.

a. **Aktuelle außenpolitische Lage**

Die Integration des Landes in westliche Strukturen, d.h. der Beitritt zu EU und NATO, war lange die wichtigste außenpolitische Priorität und ist nun realisiert. Im Dezember 2002 unterzeichnete die litauische Regierung den EU-Beitrittsvertrag, der in einem Referendum im Mai 2003 mit 91 Prozent Ja-Stimmen von der litauischen Bevölkerung eindrücklich bestätigt wurde. Seit dem 1. Mai 2004 ist Litauen EU-Mitglied. Am 1. Januar 2015 wurde in Litauen mit großer Begeisterung der Euro eingeführt.

Das erste Jahr der Mitgliedschaft nutzte Litauen für die Etablierung und Festigung seiner Mitwirkung in den europäischen Institutionen. Inhaltlich legt das Land aufgrund seiner historischen und geographischen Verbindungen großen Wert auf den Ausbau der regionalen Kooperationen im Ostseeraum, insbesondere mit den zwei weiteren baltischen Staaten. Das Land sieht sich hier als geographisches Zentrum der interregionalen Zusammenarbeit. Die litauische Regierung setzt sich dafür ein, dass diesem Thema auch auf europäischer Ebene mehr Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Die teilweise belasteten Beziehungen zu Russland haben sich verbessert (unter anderem hat Litauen auch russischen Bürgern im Land die Staatsbürgerschaft eingeräumt), und Litauen ist daran gelegen, diese Kooperationsansätze auch auf europäischer Ebene im Rahmen der EU-Russland-Beziehungen zu intensivieren. In diesem Zusammenhang treibt Litauen auch eine Einigung bezüglich der Enklave Kaliningrad voran. Jedoch betrachtet das Land den Konflikt in der Ukraine mit großer Sorge. Man befürchtet aufgrund des russischen Vorgehens negative Auswirkungen für das eigene Land. Deshalb hat sich Litauen schon 2013 für ein Assoziierungsabkommen mit der Ukraine stark gemacht.

In der europäischen Außenpolitik setzt sich Litauen sehr deutlich für eine Stärkung der trans-atlantischen Beziehungen und für eine starke Rolle der NATO ein.

b. Aktuelle innenpolitische Lage

Die Demokratie in Litauen entwickelt sich seit dem Beitritt zur EU stetig voran. Zwar gibt es in Litauen viele Regierungswechsel, meist bedingt durch den Zusammenfall von Koalitionen, und die Parteien gelten unter großen Teilen der Bevölkerungen als korrupt. Allerdings haben die Staatsoberhäupter, die Präsidenten, sich den Ruf einer hohen Integrität und Zuverlässigkeit erarbeitet. Bürgerrechte werden weiterhin gestärkt, wodurch die Freiheit und der Freiraum der Menschen größer wird.

Zu den Schwerpunkten der litauischen Innenpolitik zählen die energiepolitische Unabhängigkeit, Armutsbekämpfung, Reformen im Sozialbereich, Förderung der Wirtschaft und Maßnahmen zur Verringerung der Emigration.

c. Wirtschaftliche Lage

In der seit 2009 andauernden Krise der Eurozone wird den südeuropäischen Ländern oft das Beispiel der drei baltischen Staaten vorgehalten. Tatsächlich hatten Estland, Lettland und Litauen weitaus tiefere Wachstumseinbrüche zu verzeichnen als etwa Griechenland oder Italien, erholten sich jedoch relativ schnell, während die Wirtschaft in vielen südeuropäischen Ländern bis heute weiter schrumpft.

Die Wirtschaft in Litauen befindet sich weiter im Aufschwung, dennoch verlassen viele junge Menschen das Land, um in anderen Ländern der EU zu studieren und zu arbeiten. Die Regierung fördert daher gezielt Programme zur Gründung junger Unternehmen und versucht aktiv, die gut ausgebildete Jugend nach Litauen zurückzuholen. Viele junge Menschen nehmen dieses Angebot an, denn in Litauen kann man relativ unbeobachtet vom Rest der Welt etwas aufbauen, das Geschäftsklima ist gut und die Infrastruktur professionell.

Insgesamt befindet sich die Jugendarbeitslosenquote mit 15,7 Prozent minimal unter dem EU-Durchschnitt.

3. Europäische Erweiterung: Ja oder nein?

Mit Litauen ist der Europäischen Union ein Land beigetreten, das ein großes Maß an Kenntnissen über die neuen Nachbarn der EU in Osteuropa hat und eine Vielzahl bilateraler Kontakte mit in die Gemeinschaft bringt. Vor diesem Hintergrund gehört das Land zu den vehementesten Verfechtern einer aktiven Erweiterungspolitik der EU, besonders in Richtung Osteuropa.

Der Grundgedanke dieser Politik der Offenheit gegenüber beitrittswilligen Staaten stützt sich auf der Überzeugung, dass die demokratische Transformation dieser Länder die Grundlage für Stabilität und Erfolg in Europa ist, jetzt und in der Zukunft. Für Litauen überwiegen die Vorteile auch künftiger Erweiterungen für beide Seiten deutlich: Für die Bewerberländer bedeuten sie eine Hinwendung zu Sicherheit, Stabilität und Wachstum nach einer Zeit der Konflikte und der Unfreiheit, für die EU bringen Erweiterungen eine Vervielfachung des EU-Handels, ein beschleunigtes Wirtschaftswachstum und die Fortsetzung einer historisch und kulturell bestehenden Einheit Europas. Litauen weist dabei deutlich darauf hin, dass jede Erweiterung bisher nicht nur ein Plus an regionaler Stabilität und bei der Stärkung des Einflusses als globaler Akteur gebracht hat, sondern auch ein Katalysator für institutionellen Fortschritt innerhalb der EU war. In diesem Sinne plädiert die litauische Regierung dafür, sich keinem Beitrittsgesuch von vornherein zu verschließen, sondern immer offen zu sein für zukünftige Entwicklungen.

Kaum ein anderes Land der EU geht so offen und vorurteilsfrei an weitere neue Erweiterungsrunden heran.

4. Besondere Beziehungen und Positionen zu den beitrittswilligen Ländern

Für **Montenegro** und **Nord-Mazedonien** steht für Sie ein Beitritt außer Frage.

Ähnlich sehen Sie es im Falle der **Türkei**, die Sie als wichtigen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Partner ansehen. Deshalb sollte Ihrer Meinung nach mit Beitrittsverhandlungen möglichst bald begonnen werden. Neben dem Stabilitätswachstum in der Region, würde sich mit einem Türkeibeitritt der Einfluss der EU im Mittleren Osten und im Kaukasus deutlich verstärken und die Gemeinschaft zu einer führenden multikulturellen und multireligiösen Kraft aufsteigen. Gegenüber der Türkei verlangen Sie in den Verhandlungen, die begonnenen Reformen konsequent weiter zu betreiben und ab sofort besser umzusetzen.

Die Anerkennung **Kosovos** war innenpolitisch über mehrere Monate umstritten, gleichwohl reichen Sie nun auch dem unabhängigen Kosovo die Hand. Ihre langfristigen Ziele gehen aber noch über die Runde der jetzigen Beitrittskandidaten hinaus. Sie sehen auf lange Sicht auch Weißrussland, Moldawien, die Ukraine und Georgien in der EU.

Innerhalb der EU ist Litauen trotz wiederholter Spannungen vor allem mit Polen eng verbunden.

5. Kopenhagener Kriterien

In Ihren Augen ist vor allem der Stabilitätsgedanke wichtig. Natürlich sehen Sie auch Schwierigkeiten in einer desolaten Wirtschaftslage, allerdings hat Ihre Wirtschaft dank des EU-Beitritts einen riesigen Sprung gemacht und das wünschen Sie sich natürlich auch für die beitrittswilligen Staaten.

6. Taktik

Als Vertreterin/Vertreter Litauens sind Sie einer der vehementesten und radikalsten Verfechter einer umfassenden Erweiterungspolitik. Im Sinne der obigen Argumentation unterstützen Sie nicht nur die Integrationspolitik der beitrittswilligen Staaten aktiv, sondern setzen sich auch innerhalb der EU für einen klaren Erweiterungskurs ein. Dabei weisen Sie darauf hin, dass es nur konsequent ist, Argumente wie Demokratisierung, Stabilität und wirtschaftlichen Aufschwung, die für den eigenen Beitritt vorgebracht wurden, nun auch für die neuen Beitrittskandidaten gelten zu lassen. Ihrer Meinung nach sollen die Türen offen für alle Nationen bleiben, die den Weg der Demokratie und der Marktwirtschaft gewählt haben. Von der EU verlangen Sie, dass an die möglichen Kandidaten ein klares Signal ausgesandt wird: Die strenge Verpflichtung auf diesem Weg wird zum Erfolg führen! Skeptikern innerhalb der EU halten Sie entgegen, dass die Gemeinschaft ohne Erweiterungsperspektive ihren Sinn und ihre Mission als *global player* verliert.

Diese Sichtweise äußern Sie jedoch nicht öffentlich, da Ihnen bewusst ist, dass Sie damit starken Widerstand innerhalb der EU hervorrufen würden. Sie setzen sich stattdessen zunächst aktiv für den Aufbau von Nachbarschaftsprogrammen mit diesen Ländern ein.

Grundsätzlich sind Sie für die Realisierung Ihrer Positionen auf Partner und Koalitionen angewiesen. Viele Mitgliedstaaten der EU stehen einer erneuten Erweiterung bei weitem nicht so positiv gegenüber wie Sie. Traditionell sprechen die drei baltischen Staaten oft mit einer Stimme. Auch in Polen könnten Sie Partner für Ihren Erweiterungskurs finden. Seien Sie aber bereit, auch Kompromisse einzugehen, da Sie sonst Gefahr laufen, isoliert zu werden.

Um Ihre Interessen durchzusetzen, stehen den Mitgliedern des Rats einige Mittel zur Verfügung:

- Sie nutzen insbesondere informelle Verhandlungen mit anderen Kollegen, weil Sie persönlich besonders gut überzeugen können.
- Sie versuchen, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse zu beeinflussen.
- Um die Unterstützung Ihrer Bevölkerung zu erhalten, starten Sie eine große Pressekampagne.
- Sie drohen, die Vorschläge der anderen Länder zu blockieren.
- Sie suchen so genannte „Paket-Lösungen“ (Sie machen in einem Bereich Zugeständnisse, um an anderer Stelle Ihre Interessen durchzusetzen), weil innerhalb der EU der Konsens wichtig ist!

Bedenken Sie: Nur mit einer gemeinsamen Entscheidung können die Mitglieder des Rats Europa auch in Ihrem eigenen Interesse voranbringen!

Steckbrief: Luxemburg



Luxemburg (Luxembourg)

Hauptstadt:	Luxemburg (116 323 Einwohner)
Staatsform:	Großherzogtum (parlamentarische Monarchie)
Fläche:	2 586 km ²
Einwohner:	599 000
Einwohner/km²:	232
BIP/Einwohner (2017):	70 260 US-\$
Wachstumsrate (2017):	2,3 Prozent
Arbeitslosenquote (2017):	5,6 Prozent
Amtssprachen:	Luxemburgisch, Deutsch, Französisch
Religionen:	70 Prozent Katholiken; 2 Prozent Protestanten; 2 Prozent Muslime; Minderheiten von Juden; 25 Prozent religionslos
Ethnischen Gruppen:	Luxemburger 512 353, Ausländeranteil (2017): 47,6 Prozent
Beitritt zur EG/EU:	Gründungsmitglied
Pressefreiheit (2019):	17. Platz weltweit
CPI/Korruptionsindex (2019):	9. Platz weltweit
Human Developm. Index (2019):	21. Platz weltweit
Staatsoberhaupt:	Großherzog Henri
Regierungschef:	Xavier Bettel
Weitere Informationen:	http://berlin.mae.lu/ge

Quelle u.a.: Der Neue Fischer Weltalmanach 2019



1. Zu Ihrer Rolle

Sie sind Außenminister/in aus Luxemburg. Die Ministerinnen oder Minister aus den Mitgliedstaaten müssen die Interessen Ihres Landes bedenken, während sie auf der Suche nach einer gemeinsamen Position im Rat sind. Sie müssen eine Strategie finden, um Ihre Positionen umsetzen zu können, ohne die Regeln der Diplomatie zu verletzen. Daher ist es sehr empfehlenswert, Kontakte zu anderen Ministerkolleginnen und Ministerkollegen oder Abgeordneten aus dem Europäischen Parlament zu knüpfen, um deren Position herauszufinden und so die Chancen zu erhöhen, Verbündete für die eigenen Ziele zu gewinnen.

2. Luxemburg im Überblick

Das 1867 anerkannte Großherzogtum Luxemburg ist ein Binnenstaat in Mitteleuropa und bildet zusammen mit Belgien und den Niederlanden die Beneluxstaaten. Es zählt zu den kleinsten Flächenstaaten weltweit und ist nach dem Inselstaat Malta das zweitkleinste Land der EU. Im Osten grenzt das Land an Deutschland, im Süden an Frankreich und im Westen sowie Norden an Belgien.

Seit 1984 gelten in der parlamentarisch-konstitutionellen Monarchie drei Amtssprachen: Französisch, Deutsch und Luxemburgisch. Außerdem befinden sich der Europäische Gerichtshof und der Europäische Rechnungshof in Luxemburg.

a. **Aktuelle außenpolitische Lage**

Seit jeher ist Luxemburgs Außenpolitik von zwei Anliegen geprägt: Sicherheit und die Integration in einen wirtschaftlichen Großraum. Schon vor der Gründung der EGKS (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl) 1952, schloss sich Luxemburg im Jahr 1948 mit Belgien und den Niederlanden in der BENELUX-Wirtschaftsunion zusammen. Diese Zusammenarbeit wurde über die Zeit immer stärker intensiviert. Seit Januar 2012 ist ein neuer BENELUX-Vertrag in Kraft getreten, der die Kooperation der drei Länder über den Bereich Wirtschaft hinaus ausweitet. Luxemburg hat seit den Anfängen des europäischen Integrationsprozesses eine sehr europazentrierte Politik betrieben.

Als Kleinstaat ist Luxemburg an einem sicheren und stabilen Umfeld interessiert, deshalb wird die europäische Integration hier als Instrument der Friedenssicherung verstanden. In der multilateralen Zusammenarbeit sieht das Land außerdem die beste Möglichkeit zur Wahrung seiner Unabhängigkeit und des Gewichts seiner Stimme in der Welt. Das Land hat stark von der Entwicklung der Europäischen Union, besonders auch von den in Luxemburg ansässigen europäischen Institutionen, profitiert. Es nimmt traditionell eine starke Vermittlerfunktion im europäischen Einigungsprozess wahr.

b. **Aktuelle innenpolitische Lage**

Luxemburg ist eine parlamentarische Monarchie in der Form einer konstitutionellen Monarchie. Staatsoberhaupt ist seit dem 7. Oktober 2000 Großherzog Henri. Er verfügt formal gemäß der Verfassung von 1868 über weitreichende exekutive und legislative Befugnisse. Er ernennt und entlässt die Regierung und vollzieht alle Gesetze. Er hat das Recht, das Parlament aufzulösen. Faktisch nimmt der Großherzog heute allerdings nahezu ausschließlich repräsentative Aufgaben wahr. Die politische Lage ist stabil.

Luxemburg hat mit 47,5 Prozent den höchsten Anteil an Ausländerinnen und Ausländern innerhalb der Europäischen Union. Die ausländische Bevölkerung ist jedoch sehr homogen, so dass Spannungen meistens ausbleiben und ein friedliches Miteinander die Regel ist.

c. Wirtschaftliche Lage

Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf ist in Luxemburg deutlich höher als in allen anderen Staaten der EU. Das durchschnittliche Einkommen ist zweieinhalbfach so hoch wie jenes eines durchschnittlichen Europäers. Dabei dominieren Fondsindustrie, Banken und Versicherungen das Wirtschaftsleben Luxemburgs. Luxemburg hat eine breit aufgestellte mittelständische Wirtschaft, die ein wichtiges volkswirtschaftliches Rückgrat ist. Der Lebensstandard und das Lohnniveau in Luxemburg sind hoch. Löhne und Renten sind an den Lebenshaltungskostenindex gekoppelt und werden in regelmäßigen Abständen angepasst.

3. Europäische Erweiterung: Ja oder nein?

Luxemburg hat ein klares Interesse daran, die Vertiefung der Europäischen Union fortzusetzen. Allerdings ist es als zweitkleinster Mitgliedstaat auch um die Situation der kleineren Staaten und ihre zukünftigen Einwirkungsmöglichkeiten besorgt. Luxemburg will weiterhin im Zentrum der Europäischen Union und ihrer Institutionen stehen und seine traditionelle Maklerrolle ausüben.

Luxemburg hat zwar ein gutes Verhältnis zu den meisten ost- und südosteuropäischen Staaten, insbesondere zu Rumänien, wo noch heute die Nachkommen luxemburgischer Auswanderer des 18. Jahrhunderts leben. Die nächste Erweiterung um weitere Staaten des westlichen Balkans betrifft das Land durch seine innereuropäische Lage jedoch eher indirekt. In erster Linie erhofft sich die luxemburgische Regierung von der Integration weiterer Staaten eine Stabilisierung der politischen Lage auf dem gesamten Kontinent. Daher unterstützt sie ein Fortfahren im Erweiterungszeitplan.

Wichtig ist der luxemburgischen Regierung, dass die Entscheidung über neue Beitritte allein auf der Grundlage einer individuellen und objektiven Beurteilung der Eigenleistungen der einzelnen Kandidatenländer und nicht in Form von politischen Blockentscheidungen gefällt wird.

Als Probleme einer erneuten Erweiterung werden hauptsächlich die damit verbundenen finanziellen Belastungen (Luxemburg ist Europas reichster Staat und damit Nettozahlerinnen und Nettozahler in die Kassen der Europäischen Union) und die Verringerung des Luxemburger Einflusses als kleiner Staat auf die Entscheidungen in einer sich erweiternden EU genannt. Diese beiden Punkte spielen für das Land eine große Rolle in den anstehenden Verhandlungen.

4. Besondere Beziehungen und Positionen zu den beitragswilligen Ländern

Für **Montenegro** und **Nord-Mazedonien** sehen Sie eine Beitrittsmöglichkeit in der Zukunft, allerdings setzen Sie sich dafür ein, dass die Überwachung der Reformfortschritte in der Praxis auch nach Unterzeichnung des Beitrittsvertrags bis zum tatsächlichen Beitritt beibehalten wird, um bei möglichen Versäumnissen sofort reagieren zu können.

Generell sehen Sie die Zukunft des Balkans auf lange Sicht innerhalb der EU. Speziell mit Blick auf die Staaten des westlichen Balkans betonen Sie jedoch, dass die Verantwortung für den Beginn von Beitrittsverhandlungen in den Hauptstädten vor Ort liegt.

Von der **Türkei** fordern Sie ausdrücklich und vehement die konsequente Implementierung der beschlossenen Reformen (insbesondere die Verankerung von Menschenrechten) und eine Unterstützung des Friedensprozesses und der Zusammenarbeit auf der geteilten Insel Zypern. Ist dies gegeben, befürworten Sie durchaus Beitrittsverhandlungen. Besonders wichtig ist Ihnen mit der Türkei ein Abkommen zur annähernden Lösung der Flüchtlingskrise für die EU. Als eins von wenigen Ländern beteiligen Sie sich an einer Verteilung von minderjährigen unbegleiteten Geflüchteten und nehmen selbst auch viele Kinder aus griechischen Lagern auf.

5. Kopenhagener Kriterien

Für Sie ist vor allem das wirtschaftliche Kriterium entscheidend. Unter keinen Umständen möchten Sie noch mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, um marode Wirtschaftssysteme zu renovieren. Eine gesicherte und wettbewerbsfähige Wirtschaft eines beitrittswilligen Staates ist für Sie daher entscheidend. Dies bedeutet jedoch nicht, dass Fragen der Rechtsstaatlichkeit vernachlässigt werden dürfen.

6. Taktik

Als Vertreterin/Vertreter Luxemburgs stehen Sie im Allgemeinen hinter einer Fortsetzung der europäischen Erweiterung, beharren jedoch auf der strikten Anwendung der Kopenhagener Kriterien auf die einzelnen Beitrittskandidaten, bevor eine Aufnahme erfolgen kann. Außerdem verlangen Sie Garantien dafür, dass der Einfluss kleiner Länder und die Gleichbehandlung aller Mitgliedstaaten in der erweiterten EU gesichert bleiben und keine Rückschritte in der Integration erfolgen. Unter diesen Voraussetzungen befürworten Sie die Erweiterung dann klar und deutlich. Stellen Sie außerdem klar, dass es auch für Ihr Land nicht mehr möglich ist, großzügige Summen bereit zu stellen, um damit die Probleme neuer Mitgliedstaaten zu beheben.

Neben der Erweiterung an sich, ist es Ihnen ein wichtiges Anliegen, dafür zu sorgen, dass Sie Ihre Interessen – in erster Linie die Wahrung des luxemburgischen Einflusses in der EU – durchsetzen können. Dies bedeutet, dass Luxemburg weiterhin ausreichend berücksichtigt werden muss. Versuchen Sie einen „package deal“ abzuschließen, indem Sie an anderer Stelle Zugeständnisse machen, für sich selbst aber auch Einfluss sichern.

Machen Sie aber deutlich darauf aufmerksam, dass Sie zwar geographisch klein, wirtschaftlich aber vor allem im Finanzwesen sehr einflussreich sind.

Um Ihre Interessen durchzusetzen, stehen den Mitgliedern des Rats einige Mittel zur Verfügung:

- Sie nutzen insbesondere informelle Verhandlungen mit anderen Kollegen, weil Sie persönlich besonders gut überzeugen können.
- Sie versuchen, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse zu beeinflussen.
- Um die Unterstützung Ihrer Bevölkerung zu erhalten, starten Sie eine große Pressekampagne.
- Sie drohen, die Vorschläge der anderen Länder zu blockieren.
- Sie suchen so genannte „Paket-Lösungen“ (Sie machen in einem Bereich Zugeständnisse, um an anderer Stelle Ihre Interessen durchzusetzen), weil innerhalb der EU der Konsens wichtig ist!

Bedenken Sie: Nur mit einer gemeinsamen Entscheidung können die Mitglieder des Rats Europa auch in Ihrem eigenen Interesse voranbringen!

Steckbrief: Malta



Malta (Malta)

Hauptstadt:	Valletta (5 656 Einwohner)
Staatsform:	Republik
Fläche:	315,6 km ²
Einwohner:	465 000
Einwohner/km²:	1 472
BIP/Einwohner (2017):	23 810 US-\$
Wachstumsrate (2017):	6,4 Prozent
Arbeitslosenquote (2017):	4,0 Prozent
Amtssprachen:	Maltesisch, Englisch
Religionen:	89 Prozent Katholiken, Minderheiten von Kopten, Orthodoxen, Protestanten, Muslimen und Juden, 5 Prozent religionslos
Ethnische Gruppen:	Malteser 417 432, Ausländeranteil (2017): 11,8 Prozent
Beitritt zur EG/EU:	2004
Pressefreiheit (2019):	81. Platz weltweit
CPI/Korruptionsindex (2019):	50. Platz weltweit
Human Developm. Index (2019):	28. Platz weltweit
Staatsoberhaupt:	George Vella
Regierungschef:	Robert Abela
Weitere Informationen:	http://foreignaffairs.gov.mt/en/Embassies/Me_Berlin/Pages/Me_Berlin.aspx

Quelle u.a.: Der Neue Fischer Weltalmanach 2019



1. Zu Ihrer Rolle

Sie sind Außenminister/in aus Malta. Die Ministerinnen oder Minister aus den Mitgliedstaaten müssen die Interessen Ihres Landes bedenken, während sie auf der Suche nach einer gemeinsamen Position im Rat sind. Sie müssen eine Strategie finden, um Ihre Positionen umsetzen zu können, ohne die Regeln der Diplomatie zu verletzen. Daher ist es sehr empfehlenswert, Kontakte zu anderen Ministerkolleginnen und Ministerkollegen oder Abgeordneten aus dem Europäischen Parlament zu knüpfen, um deren Position herauszufinden und so die Chancen zu erhöhen, Verbündete für die eigenen Ziele zu gewinnen.

2. Malta im Überblick

Die Insel Malta, die zusammen mit der dazugehörigen kleineren Nachbarinsel Gozo im Mittelmeer zwischen Sizilien und der afrikanischen Küste liegt, hat eine sehr wechselhafte Geschichte hinter sich. Aufgrund der strategisch günstigen Lage im Mittelmeer, wechselte die Insel im Laufe der Zeit mehrfach den Besitzer. Nach kurzer französischer Herrschaft wurde Malta 1814 freiwillig ein Teil von Großbritannien und erhielt im Jahr 1964 seine Unabhängigkeit.

a. **Aktuelle außenpolitische Lage**

Bezüglich des Beitritts zur Europäischen Union herrschte in Malta kein übergreifender politischer Konsens. 1990 stellte das Land unter der Regierung der nationalistischen Partei seinen Antrag auf Aufnahme in die EU, den die 1996 gewählte Regierung der Arbeiterpartei wieder aussetzte. Nach dem Regierungswechsel 1998 erneuerte Malta seinen Beitrittsantrag. Von diesem Zeitpunkt an war der Beitritt zur EU das wichtigste außenpolitische Ziel Maltas. Im Referendum vom 8. März 2003 sprachen sich jedoch nur 53,6 Prozent der Malteserinnen und Malteser für einen EU-Beitritt aus. Dem Trend des Referendums folgend und die EU-Annäherung begrüßend, wurde die nationalistische Partei 2003 wiedergewählt. Am 1. Mai 2004 trat Malta der EU bei und löste damit Luxemburg als kleinstes Land der Gemeinschaft ab.

Malta betreibt eine mediterran orientierte Außenpolitik und pflegt neben guten Beziehungen zu seiner ehemaligen Kolonialmacht Großbritannien enge Kontakte zu Italien, den USA und den nordafrikanischen Staaten, besonders zu Libyen. Durch seine geographische Lage ist Malta für die EU von strategischer Bedeutung und sieht sich als „Brücke über das Mittelmeer“, mit Hilfe derer wichtige Verbindungen zwischen der EU und den nordafrikanischen Staaten entstehen können.

b. **Aktuelle innenpolitische Lage**

Im Jahr 2017 wurde Malta durch eine innenpolitische Krise erschüttert. Die bekannteste Journalistin Daphne Caruana Galizia wurde durch eine Autobombe getötet, nachdem sie Korruptionsvorwürfe gegen die Regierung aufgedeckt hatte. Die Vermutung ist, dass der oder die Hintermänner des Mordes durch Galizias Recherchen unter Druck geraten sind und sich durch die Tat einer unangenehmen kritischen Stimme entledigen wollten. Die sozialdemokratische Regierung um Premierminister Joseph Muscat trug nach Ansicht von internationalen Beobachtern eine Mitschuld, weil sie die Kampagnen gegen Galizia nicht gestoppt, sondern befeuert hatte. Neueste Erkenntnisse knüpfen eine direkte Verbindung zwischen der Regierung und dem Auftragsmord. In der Folge traten eine lange Reihe an Ministern in Malta zurück und die Bevölkerung fordert durch Demonstrationen eine lückenlose Aufklärung der Ereignisse.

c. Wirtschaftliche Lage

Die Wirtschaft von Malta wird vor allem vom Tourismus dominiert. So werden 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts durch den Tourismus getragen. Jedes Jahr kommt ca. eine Millionen Touristen nach Malta. Die Zahl der Touristen hat sich seit dem Jahre 1965 fast verzehnfacht. Besonders die historischen Städte und die Felsenlandschaften beleben den Tourismus.

Aber auch die Landwirtschaft und die Fischerei sind auf Malta wichtige Wirtschaftszweige. Von der Gesamtfläche der maltesischen Inseln werden etwa vier Fünftel landwirtschaftlich, für Trockenfeld-, Bewässerungs- und Feldanbau, genutzt.

Die Insel ist bekannt für Briefkastenfirmen und Steuertricks, viele Glücksspielfirmen haben hier ihren Sitz. Die Hürden für Geschäfte aller Art sind niedrig. In Malta nennen sie das wirtschaftsfreundlich; Kritikerinnen und Kritiker hingegen nennen Malta eine der wichtigsten Steueroasen in Europa. Laut deutschen Medienberichten fließen 150 Milliarden Dollar in einem Jahr auf maltesische Konten, das ist 17-mal so viel wie das Bruttoinlandsprodukt des Landes. Und vieles davon stamme aus dubiosen Quellen. Auch die Europäische Kommission geht wegen des Vorwurfs der Geldwäsche gegen Malta vor und drängt auf Aufklärung.

3. Europäische Erweiterung: Ja oder nein?

Malta steht einer erneuten Erweiterung der EU im Allgemeinen aufgeschlossen gegenüber. In der Fortsetzung des Erweiterungskurses sieht das Land einen starken Anreiz für Beitrittswillige Länder, positive Reformen entschiedener voranzutreiben, um Teil des europäischen Projekts zu werden. Dieser Reformschub würde dem gesamten Kontinent zugutekommen, da so auf lange Sicht Stabilität garantiert werden kann.

Für Länder, deren politische und wirtschaftliche Situation keinen zeitnahen Beitritt erlaubt, drängt Malta auf einen Ausbau der Nachbarschaftspolitik, um auch dort eine stabilisierende Wirkung zu erreichen. Im Rahmen dieser Kooperationen sollen besonders die Kontrolle von Migrationsbewegungen, die Stärkung von Menschenrechten, die Demokratisierung, die Terrorismusbekämpfung und die Förderung eines positiven Investitionsklimas im Vordergrund stehen.

Malta ist also im Prinzip für Erweiterungen der EU, solange ein Kandidatenland die Beitrittskriterien erfüllt. Allen Kandidatenländern sollte die Chance gegeben werden wie Malta, durch eine Aufnahme zu wachsen und sich zu entwickeln. Die Geschichte habe gezeigt, dass die europäische Integration politische und ökonomische Stabilität stärkt.

4. Besondere Beziehungen und Positionen zu den beitrittswilligen Ländern

Man will die wirtschaftlichen Beziehungen mit der **Türkei** weiter vertiefen und unterstützt die Anstrengungen der Türkei, eine engere Beziehung mit der EU einzugehen. Ein Voranbringen des Erweiterungsprozesses im Westbalkan und mit der Türkei war eine der Prioritäten in der maltesischen EU-Ratspräsidentschaft.

Etwas kritischer sieht Malta die Politik in **Bosnien-Herzegowina**. Die Regierung von Malta befürchtet ein Auseinanderbrechen des Staates und fordert daher insbesondere die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen auf, religiöse Unterschiede zu überwinden und auf die Einheit des Staates zu setzen. Nur so können die Menschen dieser Region auf einen Beitritt in die EU hoffen.

Malta ist dennoch für eine langfristige Erweiterung der EU auf den gesamten Westbalkan. Malta ist ein Brückenland. Es ist europäisch, aber durch seine Lage eine Brücke zwischen Nordafrika und Europa und daher geostrategisch sehr wichtig. Diese Brückenfunktion sehen Sie auch in den Balkanstaaten, insbesondere, um die Lücke in der EU-Landkarte zu schließen.

Die Unabhängigkeit **Kosovos** hat Malta am 21. August 2008 anerkannt.

5. Kopenhagener Kriterien

Das wirtschaftliche Kriterium ist für Sie zu vernachlässigen. Sie sehen in der Mitgliedschaft zur EU eine große Chance für die Länder zu wachsen, indem sie durch den Binnenmarkt profitieren und durch die demokratische und rechtsstaatliche Ordnung Stabilität schaffen. Um eine Aufnahme wahrscheinlicher zu machen, sollte ein Land die Kopenhagener Kriterien erfüllen.

6. Taktik

Als Vertreterin/Vertreter Maltas unterstützen Sie grundsätzlich die Aufnahme weiterer Mitglieder in die EU. Allerdings knüpfen Sie Ihre Zustimmung an die Bedingung, dass Länder erst aufgenommen werden können, wenn sie fähig sind, die Kopenhagener Kriterien voll zu erfüllen und wenn ihre politischen und wirtschaftlichen Systeme stabil sind.

Ihnen ist wichtig, dass die Integration neuer Mitglieder den sozialen, politischen und wirtschaftlichen Zusammenhalt der EU nicht untergräbt, sondern fördert.

Weiterhin wollen Sie verstärkt das Instrument der europäischen Nachbarschaftspolitik einsetzen, um benachbarte Staaten enger an die EU zu binden.

Die Anwendung dieser Politik ist Ihnen, besonders bezogen auf den Mittelmeerraum und Nordafrika, wichtig, denn Sie haben gewisse Sorgen, dass sich das Interesse der EU mit der Erweiterung eher nach Osten verlagert wird und die südlichen Nachbarn dann vernachlässigt werden. Um dies zu verhindern, sollten Sie sich mit den anderen Mittelmeeranrainerstaaten in der EU zusammentun.

Drängen Sie vor der Erweiterung darauf, dass die kleinen Staaten angemessen vertreten bleiben und nicht an Einfluss verlieren.

Um Ihre Interessen durchzusetzen, stehen den Mitgliedern des Rats einige Mittel zur Verfügung:

- Sie nutzen insbesondere informelle Verhandlungen mit anderen Kollegen, weil Sie persönlich besonders gut überzeugen können.
- Sie versuchen, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse zu beeinflussen.
- Um die Unterstützung Ihrer Bevölkerung zu erhalten, starten Sie eine große Pressekampagne.
- Sie drohen, die Vorschläge der anderen Länder zu blockieren.
- Sie suchen so genannte „Paket-Lösungen“ (Sie machen in einem Bereich Zugeständnisse, um an anderer Stelle Ihre Interessen durchzusetzen), weil innerhalb der EU der Konsens wichtig ist!

Bedenken Sie: Nur mit einer gemeinsamen Entscheidung können die Mitglieder des Rats Europa auch in Ihrem eigenen Interesse voranbringen!



Niederlande (Nederland)

Hauptstadt:	Amsterdam (855 896 Einwohner)
Regierungssitz:	Den Haag
Staatsform:	parlamentarische Monarchie
Fläche:	41 526 km ²
Einwohner:	17,133 Millionen
Einwohner/km²:	413
BIP/Einwohner (2017):	46 180 US-\$
Wachstumsrate (2017):	3,2 Prozent
Arbeitslosenquote (2017):	4,9 Prozent
Amtssprachen:	Niederländisch, Friesisch (regional)
Religionen:	24 Prozent Katholiken, 15 Prozent Protestanten, 5 Prozent Muslime, 6 Prozent andere, 50 Prozent konfessionslos
Ethnischen Gruppen:	Niederländer 16 655 799, Ausländeranteil (2017) 5,4 Prozent
Beitritt zur EG/EU:	Gründungsmitglied
Pressefreiheit (2019):	5. Platz weltweit
CPI/Korruptionsindex (2019):	8. Platz weltweit
Human Developm. Index (2019):	10. Platz weltweit
Staatsoberhaupt:	König Willem Alexander
Regierungschef:	Mark Rutte
Weitere Informationen:	http://deutschland.nlbotschaft.org

Quelle u.a.: Der Neue Fischer Weltalmanach 2019

1. Zu Ihrer Rolle

Sie sind Außenminister/in aus den Niederlanden. Die Ministerinnen oder Minister aus den Mitgliedstaaten müssen die Interessen Ihres Landes bedenken, während sie auf der Suche nach einer gemeinsamen Position im Rat sind. Sie müssen eine Strategie finden, um Ihre Positionen umsetzen zu können, ohne die Regeln der Diplomatie zu verletzen. Daher ist es sehr empfehlenswert, Kontakte zu anderen Ministerkolleginnen und Ministerkollegen oder Abgeordneten aus dem Europäischen Parlament zu knüpfen, um deren Position herauszufinden und so die Chancen zu erhöhen, Verbündete für die eigenen Ziele zu gewinnen.

2. Die Niederlande im Überblick

Die Niederlande sind mit ca. 17,2 Mio. Einwohnern und einer Bevölkerungsdichte von 488 Einwohnern pro km² das am dichtesten bevölkerte Land der EU. Es ist ein im nördlichen Westeuropa liegendes Land, das im Süden an Belgien und im Osten an Deutschland grenzt. Die niederländische Landschaft wird vom Wasser dominiert: 26 Prozent des Landes liegen unter dem Meeresspiegel.

Die Niederlande sind Gründungsmitglied der Montanunion von 1951. Zusammen mit Belgien und Luxemburg bilden sie die seit 1960 existierende Zusammenarbeit der Benelux-Staaten. Das Königreich der Niederlande umfasst zudem sechs überseeische Länder und Gebiete in der Karibik, die nicht Teil der EU sind.

a. **Aktuelle außenpolitische Lage**

Historisch sind die Niederlande als kleines Land auf außenpolitische Beziehungen angewiesen. Innerhalb der Europäischen Union legen die Niederlande einen großen Fokus auf die europäische Zusammenarbeit und erweiterte Integration der Mitgliedstaaten. Aber auch über die EU hinweg richten die Niederlande ihren Blick auf Beziehungen zu anderen Staaten. Die Niederlande sind ein Exportland und deswegen vor allem an Handelsbeziehungen interessiert. In den letzten Jahren sind die Exporte aus den Niederlanden in die anderen EU-Staaten gesunken. Daher richtet sich Ihr Land auch Richtung China und Osteuropa. Darin liegt vor allem das Interesse an einer Mitgliedschaft der Balkanstaaten begründet. Die Niederlande möchte auch zu diesen Ländern ihre Handelsbeziehungen ausbauen.

Über den multilateralen Ansatz der Niederlande hinaus, engagieren Sie sich durch personelle und ideelle Förderung, aber auch durch finanzielle Mittel für UN-Fonds und (Entwicklungs-)Programme, wie UNICEF und UNDP. Die Leitziele des Landes sind wie folgt: die Stärkung der internationalen Rechtsordnung, die Einhaltung der Menschenrechte, insbesondere die Stärkung von Sicherheit und Stabilität in Krisengebieten und Entwicklungsländern, die effektive humanitäre Hilfe sowie die verstärkte europäische Zusammenarbeit, um die Zunahme des Wohlstands, ein offenes Handels- und Finanzsystem und damit einhergehend ein Wirtschaftswachstum sowie den Umweltschutz gewährleisten zu können.

b. **Aktuelle innenpolitische Lage**

Die Staatsform der Niederlande ist die konstitutionelle Monarchie ("Königreich der Niederlande"). Staatsoberhaupt ist seit 2013 König Willem-Alexander. Da es keine Prozenzhürde für den Einzug in das Parlament gibt, ist dort eine größere Zahl an Parteien vertreten als beispielsweise im deutschen Bundestag. Daher kommt es in den Niederlanden zu Koalitionen mit oft mehr als zwei Parteien. Dies macht die gebildeten Koalitionen oft instabil. Die letzte Regierungsbildung hat 200 Tage gedauert. Die aktuelle Regierung steht weiter rechts der politischen Mitte. Der Wahlkampf drehte sich vor allem um das Thema Einwanderung.

c. Wirtschaftliche Lage

Die Niederlande verfügen über eine stabile Wirtschaft, die stetig wächst. Zwar geht dieses Wachstum 2020 leicht zurück (z.B. wird weniger exportiert), dennoch ist die Arbeitslosenquote mit 3,4 Prozent (2019) gering, das Lohnniveau gut und das Pro-Kopf Einkommen liegt in den Niederlanden über dem europäischen Durchschnitt. Nur in Luxemburg, Dänemark, Irland und Schweden ist das BIP noch höher.

Die Sektoren Dienstleistung, Handel, Industrie und Landwirtschaft sind die treibenden Säulen der niederländischen Wirtschaft. Mit einem Anteil von ca. 70 Prozent (2018) des BIP bildet der Dienstleistungssektor den wichtigsten Wirtschaftszweig.

3. Europäische Erweiterung: Ja oder nein?

Die Niederlande unterstützen eine erneute Erweiterung der EU um eine begrenzte Anzahl von Staaten unter bestimmten Bedingungen. Prinzipiell wird die Aufnahme neuer Mitglieder befürwortet, weil dadurch ein Stabilitätswachstum in Europa gewonnen wird und gleichzeitig wirtschaftliche Vorteile besonders für die exportorientierten niederländischen Unternehmen entstehen. Allerdings sprechen sich die Niederlande aus mehreren Gründen für ein langsames Tempo der nächsten Erweiterungsschritte aus.

Aktuelle Probleme des Landes mit der Integration von Einwanderern und den daraus resultierenden Ängsten und ausländerkritischen Tendenzen in der niederländischen Gesellschaft müssen von der Regierung ernst genommen werden. Um die Ängste nicht weiter zu schüren, fährt die Regierung den Kurs, neue Beitritte nur nach Festlegung von bestimmten Sicherheitsklauseln und Übergangsfristen, insbesondere im Bereich der Personenfreizügigkeit, zu befürworten. Das bedeutet, dass es für eine Übergangsfrist von mehreren Jahren für die Menschen aus den beitrittswilligen Ländern nicht möglich ist, eine dauerhafte Aufenthalts- oder Arbeitserlaubnis in einem Mitgliedstaat zu bekommen.

Eine weitere Maßnahme zum Schutz einer handlungsfähigen EU besteht in der strikten Anwendung der aufgestellten politischen wie wirtschaftlichen Kriterien auf die einzelnen Beitrittskandidaten. So soll garantiert werden, dass durch die Erweiterung weder der Binnenmarkt noch andere europäische Politikbereiche (wie z.B. der Umweltschutz) verwässert werden. Die neuen Länder müssen diese Politikbereiche unterstützen und mitfordern, nicht untergraben.

Für die Niederlande ist eine Erweiterung wichtig, da es generell Stabilität und einen größeren Binnenmarkt für Europa bedeutet. Dabei ist wichtig, dass kein Land aufgenommen wird, was nicht alle Kriterien und Bedingungen erfüllt. Auch ohne eine Mitgliedschaft halten Sie es für sehr wichtig, Stabilität und Wohlstand in Nachbarregionen zu unterstützen.

4. Besondere Beziehungen und Positionen zu den beitrittswilligen Ländern

Für die Niederlande ist es grundsätzlich langfristig gesehen von strategischem Interesse, eine moderne, demokratische **Türkei** als Mitglied in der EU zu haben. Sie hegen zwar sehr ernsthafte Bedenken bezüglich der Wirkung eines Türkeibeitritts auf die EU, sind jedoch dagegen, auf die Türkei zusätzliche Beitrittskriterien – religiöser oder kultureller Natur – anzuwenden. Wenn die Türkei die politischen Kriterien erfüllt, stehen Sie einer Verhandlungsaufnahme nicht im Wege. Diskussionen über die Einführung der Todesstrafe, die zahlreiche Verhaftungen und damit sogar die Aufhebung der Immunität von Oppositionellen zur Folge hatte, sehen Sie nicht mehr als angemessen an. Im Mai 2017 gab es eine diplomatische Krise, die auch Deutschland betraf, wobei gegenseitig Einreisen verweigert wurden und Erdogan der EU Faschismus vorwarf. Erst Mitte 2018 einigte man sich auf eine Annäherung zur Normalisierung.

Die niederländische Regierung tritt dennoch stark für das Selbstbestimmungsrecht der Völker ein, begrüßt deshalb die Unabhängigkeit **Kosovos**.

Die Länder, die Ihrer Meinung nach in näherer Zukunft am ehesten die Aussicht auf einen Beitritt haben, sind **Montenegro** und **Nord-Mazedonien**, deren Transformationsprozess Sie aktiv unterstützen. Allerdings fordern Sie eine strenge Überwachung der Reformbemühungen beider Länder bis unmittelbar vor der tatsächlichen Aufnahme sowie die vertragliche Möglichkeit, den Beitritt bei unzureichenden Erfolgen verschieben zu können.

Die Zukunft der restlichen Staaten des westlichen Balkans sehen Sie langfristig ebenfalls innerhalb der EU. Bezüglich der aktuellen Beitrittsgesuche – ganz speziell **Serbiens** – sind Sie jedoch ein vehementer Verfechter der aufgestellten politischen Kriterien.

5. Kopenhagener Kriterien

Für Sie ist gerade das politische-Kriterium entscheidend. Rechtsstaatlichkeit und eine starke Justiz sind für Sie die Basis, um die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger in einem demokratischen Staat zu sichern. Diese Freiheitsrechte sind für Sie nicht verhandelbar. Allerdings sind Sie bereit, Beitrittswillige Länder auf einem Reformweg zu unterstützen, durch verstärkte Nachbarschaftspolitik und auch durch geringe Mittel der EU. Das Ziel muss für alle klar sein: Nur eine widerstandsfähige Demokratie kann Mitglied der EU werden.

6. Taktik

Als Vertreterin/Vertreter der Niederlande sind Sie für eine langfristige Erweiterung der EU um den westlichen Balkan und eventuell die Türkei, wollen aber gleichzeitig sicherstellen, dass sowohl der Zusammenhalt als auch die Beständigkeit der Union gewährleistet bleiben. Gemäß der obigen Argumentationslinie drängen Sie deshalb auf eine weitreichende institutionelle Reform, bevor neue Beitritte erfolgen.

Auch bezüglich aufkeimender europaskeptischer Tendenzen bei den Bürgerinnen und Bürgern der EU, insbesondere aber in der eigenen Bevölkerung, unterstreichen Sie die Notwendigkeit einer allmählichen Integration neuer Mitglieder und sprechen sich für die Einführung von Sicherheitsklauseln und Übergangsfristen in sensiblen Bereichen, wie der Personenfreizügigkeit, aus. Argumentieren Sie, dass die öffentliche Unterstützung unverzichtbar für eine erneute Erweiterung ist.

Ein großes Anliegen ist Ihnen außerdem die Einschränkung der Kosten einer neuen Erweiterung. Sie fordern daher eine entschiedene Reform der Ausgabenstruktur der Union, sowie eine allgemeine Begrenzung des EU-Budgets auf ein Prozent der europäischen Wirtschaftskraft. Dies würde eine spürbare Reduzierung der Finanzkraft der EU bedeuten.

Um Ihre Interessen durchzusetzen, stehen den Mitgliedern des Rats einige Mittel zur Verfügung:

- Sie nutzen insbesondere informelle Verhandlungen mit anderen Kollegen, weil Sie persönlich besonders gut überzeugen können.
- Sie versuchen, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse zu beeinflussen.
- Um die Unterstützung Ihrer Bevölkerung zu erhalten, starten Sie eine große Pressekampagne.
- Sie drohen, die Vorschläge der anderen Länder zu blockieren.
- Sie suchen so genannte „Paket-Lösungen“ (Sie machen in einem Bereich Zugeständnisse, um an anderer Stelle Ihre Interessen durchzusetzen), weil innerhalb der EU der Konsens wichtig ist!

Bedenken Sie: Nur mit einer gemeinsamen Entscheidung können die Mitglieder des Rats Europa auch in Ihrem eigenen Interesse voranbringen!

Steckbrief: Österreich



Österreich

Hauptstadt:	Wien (1,888 Mio. Einwohner)
Staatsform:	Bundesrepublik, parlamentarische Demokratie
Fläche:	83 882 km ²
Einwohner:	8,809 Millionen
Einwohner/km²:	105
BIP/Einwohner (2017):	45 440 US-\$
Wachstumsrate (2017):	3,0 Prozent
Arbeitslosenquote (2017):	5,5 Prozent
Amtssprachen:	Deutsch, Slowenisch (regional), Kroatisch (regional), Ungarisch (regional)
Religionen:	58,8 Prozent Katholiken, 3,5 Prozent Protestanten, 7,9 Prozent Muslime, 5,7 Prozent Orthodoxe, 0,2 Prozent Juden, 23,9 Prozent religionslos
Ethnische Gruppen:	Österreicher 8 401 940, Ausländeranteil (2017): 15,2 Prozent
Beitritt zur EG/EU:	1995
Pressefreiheit (2019):	18. Platz weltweit
CPI/Korruptionsindex (2019):	12. Platz weltweit
Human Developm. Index (2019):	20. Platz weltweit
Staatsoberhaupt:	Alexander van der Bellen
Bundeskanzlerin:	Sebastian Kurz
Weitere Informationen:	www.bmeia.gv.at/botschaft/berlin

Quelle u.a.: Der Neue Fischer Weltalmanach 2019

1. Zu Ihrer Rolle

Sie sind Außenminister/in von Österreich. Die Ministerinnen oder Minister aus den Mitgliedstaaten müssen die Interessen Ihres Landes bedenken, während sie auf der Suche nach einer gemeinsamen Position im Rat sind. Sie müssen eine Strategie finden, um Ihre Positionen umsetzen zu können, ohne die Regeln der Diplomatie zu verletzen. Daher ist es sehr empfehlenswert, Kontakte zu anderen Ministerkolleginnen und Ministerkollegen oder Abgeordneten aus dem Europäischen Parlament zu knüpfen, um deren Position herauszufinden und so die Chancen zu erhöhen, Verbündete für die eigenen Ziele zu gewinnen.

2. Österreich im Überblick

Österreich ist der Europäischen Union zum 1. Januar 1995 beigetreten. Mittlerweile hat sich das Land zu einem aktiven Mitglied innerhalb der EU entwickelt und sich immer wieder als Sprecher der kleinen EU-Staaten profiliert. Österreich ist ein mitteleuropäischer Binnenstaat, der im Norden an Deutschland und die Tschechische Republik, im Osten an die Slowakei und Ungarn, im Süden an Slowenien und Italien sowie im Westen an die Schweiz und Lichtenstein grenzt.

a. **Aktuelle außenpolitische Lage**

Die Vertiefung der Europäischen Union ist ein Ziel der österreichischen EU-Politik. Gute Beziehungen zu Deutschland sind wichtig für Österreich, allerdings identifiziert sich das Land eher mit anderen „Mittelstaaten“ der EU (Belgien, Schweden), die um ihren Einfluss in einer erweiterten Union fürchten. Österreich betreibt eine sehr selbstbewusste EU-Politik, was mit dem großen Einfluss national-konservativer Parteien zusammenhängt, die das Land vor „Überfremdung“ schützen wollen.

Aufgrund der Neutralitätspolitik Österreichs und der gewachsenen Aufgaben der EU in der Welt geriet die österreichische Sicherheits- und Außenpolitik ins Spannungsfeld zwischen Neutralität und internationaler militärischer Verantwortung. Es befürchtet dabei stets die Dominanz der großen EU-Staaten Deutschland und Frankreich.

b. **Aktuelle innenpolitische Lage**

Das Jahr 2019 war für Österreich sehr turbulent. Nach der Ibiza-Affäre, einem Video-Skandal um an der Regierung beteiligte Politiker der europakritischen FPÖ, wurde die Mitte-Rechts-Koalition im Mai 2019 aufgekündigt. Der bisherige Bundeskanzler Sebastian Kurz von der ÖVP konnte bei Neuwahlen wieder überzeugen und bildet nun mit den Grünen eine neue Regierungskoalition. Auslöser der Affäre war die Veröffentlichung eines Videos, in dem unter anderem Heinz-Christian Strache, bis dahin Vizekanzler in der Bundesregierung und Bundesparteiobmann der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), zu sehen ist. Die im Juli 2017, wenige Monate vor der Nationalratswahl, heimlich gedrehten Aufnahmen dokumentieren ein Treffen des Politikers mit einer angeblichen Nichte eines russischen Oligarchen in einer Villa auf der spanischen Insel Ibiza. Dabei zeigte er seine Bereitschaft zur Korruption, Umgehung der Gesetze zur Parteienfinanzierung sowie zur verdeckten Übernahme der Kontrolle über parteiunabhängige Medien.

c. **Wirtschaftliche Lage**

Als eines der kleineren Länder in der EU gehört Österreich gleichzeitig zu den wirtschaftsstärkeren Ländern. Österreich war einer der größten Profiteure des politischen Wandels der mittel- und osteuropäischen Staaten des letzten Jahrzehnts. Österreich profitiert auch noch knapp ein Jahrhundert nach dem Zusammenbruch der österreichischen Monarchie von lang andauernden, gewachsenen Kontakten in der Region. Österreichische

Firmen sind in vielen ost- und südosteuropäischen Staaten die größten Investoren, und ein Großteil des Exports wird in diesen Staaten abgesetzt. Viele ausländische Unternehmen legen ihre für Ost- und Zentraleuropa zuständigen Niederlassungen nach Österreich.

3. Europäische Erweiterung: Ja oder nein?

Das Land hat die Erweiterungsrunde von 2004 unterstützt, da diese sich besonders in wirtschaftlicher Hinsicht positiv für Österreich ausgewirkt hat. Österreichs Handel mit den mittel- und osteuropäischen Staaten wächst kontinuierlich. Ebenso wie in Deutschland gab es innerhalb der Bevölkerung Bedenken wegen eines befürchteten Anstiegs der Arbeitsimmigration. Durch längere Übergangsfristen im Bereich der Freizügigkeit wurde auf diese Ängste eingegangen.

Auch dem Beitrittswunsch **Kroatiens** stand Österreich sehr positiv gegenüber, nicht nur weil Kroatien bis 1918 Teil der österreichisch-ungarischen Monarchie war, sondern weil man dort auch wirtschaftlich sehr aktiv ist.

Mit Blick auf eventuelle weitere Beitrittsgesuche fordert Österreich mit Nachdruck eine EU-interne Debatte über die endgültigen Grenzen der Gemeinschaft. Die Regierung besteht darauf, dass diese Grenzen klar definiert werden müssen, um einer unendlich fortlaufenden Erweiterung entgegen zu treten. Andernfalls würde eine immer weiterwachsende EU ihre Identität, ihre Handlungsfähigkeit und insbesondere die Unterstützung ihrer Bürgerinnen und Bürger verlieren und schließlich durch Überdehnung scheitern. So muss die Aufnahmefähigkeit von Seiten der EU und die finanzielle Gleichbehandlung aller Mitgliedstaaten als Voraussetzung für einen Beitritt künftiger Mitgliedstaaten in die Verhandlungen einbezogen werden.

4. Besondere Beziehungen und Positionen zu den beitragswilligen Ländern

In Bezug auf die zukünftigen weiteren Mitglieder der EU nimmt Österreich teilweise eine sehr reservierte Position ein. Der österreichische Regierungschef äußerte mehrmals seine Vorbehalte gegen eine Vollmitgliedschaft der **Türkei**. Mittlerweile lehnt die österreichische Regierung einen Beitritt der Türkei ausdrücklich ab. Bei der Argumentation gegen die Aufnahme der Türkei werden kulturelle Unterschiede hervorgehoben und auf die mögliche Handlungsunfähigkeit der EU hingewiesen. Österreich befürchtet auch ein Sicherheitsdefizit, da die EU mit einem Beitritt der Türkei direkt an den Nahen Osten und die instabile Kaukasusregion grenzen würde. Die „Türkenangst“ der Österreicher mag auch historisch begründet sein, da Österreich über Jahrhunderte hinweg mit dem Osmanischen Reich über die Vorherrschaft auf dem Balkan gestritten hat.

Des Weiteren wird der ungenügende Schutz von Menschenrechten, insbesondere in Folge von „Säuberungsaktionen“ nach einem Putschversuch von 2016, angeführt. Man sieht das erste Kopenhagener Kriterium der Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte nicht mehr erfüllt. Wenn überhaupt, wäre eine Türkeiimitgliedschaft Ihrer Ansicht nach nur auf sehr lange Sicht möglich und nur unter der Voraussetzung, dass die EU bis dahin so weit vertieft ist, dass ein Beitritt der Türkei nicht zu einer Lähmung der europäischen Institutionen führen würde. Aktuell jedoch sieht Österreich es als Gebot der Glaubwürdigkeit, weitere Gespräche für eine Vollmitgliedschaft mit der Türkei abzubrechen und stattdessen einen ehrlichen Dialog über die wichtige fortbestehende Zusammenarbeit zu führen.

Von der Türkei einmal abgesehen, gehört Österreich zu den vehementen Befürwortern ambitionierter Integrationsstrategien für die Länder des Westbalkans und Südosteuropas, wie **Albanien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Nord-Mazedonien und Serbien**. Österreich hat außerdem den **Kosovo** offiziell anerkannt. Es setzt sich aktiv für eine einvernehmliche Lösung des Kosovo-Konflikts und für dessen Unabhängigkeit unter internationaler Beobachtung ein. Ohne den Beitritt der südosteuropäischen Länder sehen Sie die europäische Integration als unvollendet.

5. Kopenhagener Kriterien

Österreich erhofft sich durch die Erweiterungen vor allem wirtschaftliche Chancen. Die wirtschaftliche Lage der beitragswilligen Länder wird deswegen besonders unter die Lupe genommen. Trotz eines Fokus auf das wirtschaftliche Kriterium, sträubt sich Österreich dagegen, negative Entwicklungen bei der Rechtsstaatlichkeit oder den Menschenrechten in einem Land hinzunehmen.

6. Taktik

Sie sind Vertreterin/Vertreter eines selbstbewussten, kleineren EU-Landes. Versuchen Sie, den großen EU-Staaten Ihre Anliegen so plausibel wie möglich deutlich zu machen, da diese bei einer Entscheidung auch auf Ihre Interessen eingehen müssen. Präsentieren Sie sich als Anwalt der kleinen EU-Staaten, die ein Interesse an einer handlungsfähigen Union haben.

In diesem Zusammenhang sprechen Sie sich momentan gegen eine Vollmitgliedschaft der Türkei aus. Die Türkei würde die EU nicht nur überlasten, sie ist derzeit auch noch nicht bereit, alle europäischen Kriterien glaubhaft zu erfüllen. Eine bessere Alternative zu einem Türkeibeitritt wäre für Sie ein abschließender Vertrag, durch den der Türkei eine privilegierte Partnerschaft gewährt würde.

Anders ist Ihre Position in Bezug auf die weiteren beitragswilligen Staaten. Besonders die Staaten des Balkans müssen auf ihrem Weg in die EU unterstützt werden. Diese Region gehört aus kulturellen und historischen Gründen in die EU. Außerdem würde ein Beitritt aller Staaten auf dem Balkan die instabilen Verhältnisse der letzten Jahrzehnte beenden und endlich Frieden und Sicherheit in diese Region bringen.

Das bedeutet aber nicht, dass Sie einen Beitritt ohne Bedingungen befürworten. Mit Blick auf Ihren nationalen Arbeitsmarkt fordern Sie längere Übergangsfristen für die Freizügigkeit von Personen. Sie wollen einen zu großen Wettbewerb auf dem prekären heimischen Arbeitsmarkt verhindern. Außerdem kann sich die EU in Zukunft die großzügigen Subventionen für eine wachsende Zahl von Ländern nicht mehr leisten, sodass die Strukturhilfen, insbesondere die Unterstützung für die Landwirtschaft und für benachteiligte Regionen, für die Neumitglieder wesentlich geringer ausfallen werden und müssen.

Setzen Sie sich massiv dafür ein, dass unabhängig von der Entscheidung über die einzelnen Beitrittsgesuche, auch eine allgemeine Debatte über die Aufnahmefähigkeit und die Grenzen der EU geführt wird. Ihr stärkstes Argument ist hier die Stimmung in der europäischen Bevölkerung, die erneuten Erweiterungsrunden äußerst skeptisch gegenübersteht, und sich mehr Orientierung und klare geographische wie inhaltliche Zielvorgaben durch die EU wünscht.

Über den Balkan und die Türkei hinaus sehen Sie derzeit für kein weiteres Land eine konkrete Beitrittsperspektive. Stattdessen ist für Sie eine aktive und faire Nachbarschaftspolitik ein gutes Alternativinstrument zur unbegrenzten Erweiterung, um Stabilität und Demokratie über die Grenzen der EU hinaus zu verbreiten.

Um Ihre Interessen durchzusetzen, stehen den Mitgliedern des Rats einige Mittel zur Verfügung:

- Sie nutzen insbesondere informelle Verhandlungen mit anderen Kollegen, weil Sie persönlich besonders gut überzeugen können.
- Sie versuchen, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse zu beeinflussen.
- Um die Unterstützung Ihrer Bevölkerung zu erhalten, starten Sie eine große Pressekampagne.
- Sie drohen, die Vorschläge der anderen Länder zu blockieren.
- Sie suchen so genannte „Paket-Lösungen“ (Sie machen in einem Bereich Zugeständnisse, um an anderer Stelle Ihre Interessen durchzusetzen), weil innerhalb der EU der Konsens wichtig ist!

Bedenken Sie: Nur mit einer gemeinsamen Entscheidung können die Mitglieder des Rats Europa auch in Ihrem eigenen Interesse voranbringen!



Polen (Polska)

Hauptstadt:	Warschau (1,764 Mio. Einwohner)
Staatsform:	parlamentarische Demokratie mit Zweikammerparlament
Fläche:	312 680 km ²
Einwohner:	37,976 Mio.
Einwohner/km²:	121
BIP/Einwohner (2017):	12 710 US-\$
Wachstumsrate (2017):	4,6 Prozent
Arbeitslosenquote (2017):	4,9 Prozent
Amtssprache:	Polnisch
Religionen:	86 Prozent Katholiken, Minderheiten von Orthodoxen, Protestanten, Alt-katholiken, Muslimen und Juden
Ethnische Gruppen:	Polen 38 511 824, 2,1 Prozent Schlesier, 0,6 Prozent Kaschuben, 0,3 Prozent Deutsche, u.a.: Ukrainer, Weißrussen, Roma, Litauer, Slowaken, Armenier, Tataren, Tschechen, Ausländeranteil (2017): 0,6 Prozent.
Beitritt zur EU/EG:	2004
Pressefreiheit (2019):	62. Platz weltweit
CPI/Korruptionsindex (2019):	41. Platz weltweit
Human Developm. Index (2019):	32. Platz weltweit
Staatsoberhaupt:	Andrzej Sebastian Duda
Regierungschef:	Mateusz Morawiecki
Weitere Informationen:	http://berlin.msz.gov.pl

Quelle u.a.: Der Neue Fischer Weltalmanach 2019

1. Zu Ihrer Rolle

Sie sind Außenminister/in von Polen. Die Ministerinnen oder Minister aus den Mitgliedstaaten müssen die Interessen Ihres Landes bedenken, während sie auf der Suche nach einer gemeinsamen Position im Rat sind. Sie müssen eine Strategie finden, um Ihre Positionen umsetzen zu können, ohne die Regeln der Diplomatie zu verletzen. Daher ist es sehr empfehlenswert, Kontakte zu anderen Ministerkolleginnen und Ministerkollegen oder Abgeordneten aus dem Europäischen Parlament zu knüpfen, um deren Position herauszufinden und so die Chancen zu erhöhen, Verbündete für die eigenen Ziele zu gewinnen.

2. Polen im Überblick

Ihr Land ist gemeinsam mit neun anderen Staaten am 1. Mai 2004 der Europäischen Union beigetreten. Polen grenzt im Westen an Deutschland und die Tschechische Republik, im Süden an die Slowakei, im Osten an die Ukraine und Weißrussland und im Norden an Litauen, an eine Exklave Russlands und an die Ostsee.

a. **Aktuelle außenpolitische Lage**

Während die polnische Bevölkerung dem EU-Beitritt ihres Landes im Mai 2004 noch mehrheitlich eher skeptisch und abwartend begegnete, hat sich inzwischen die Erkenntnis durchgesetzt, dass Polen von der EU-Mitgliedschaft im Großen und Ganzen profitiert. Dies gilt insbesondere für die Exportwirtschaft.

Polen präsentiert sich als selbstbewusster Mitgliedstaat, der sich für den Erhalt seines Einflusses innerhalb der EU-Institutionen einsetzt. In der alltäglichen inhaltlichen Arbeit der EU engagiert sich Polen besonders für einen Ausbau der Nachbarschaftspolitik und in der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Letztere soll allerdings als Ergänzung und nicht als Konkurrenz zur NATO konzipiert sein.

Gute Beziehungen zu seinem Nachbarn im Westen, Deutschland, sind dem Land innerhalb der EU sehr wichtig. Auch zu Frankreich, Ungarn und Tschechien bestehen enge Beziehungen. Die historische Beziehung zwischen Polen und Russland ist durch die Ukraine-Krise schwer belastet. In weiten Teilen Polens wird Russland als Bedrohung wahrgenommen.

Von Dezember 2014 bis zum November 2019 war Donald Tusk der Präsident des Europäischen Rates. Dieser war davor sieben Jahre lang Ministerpräsident Polens.

b. **Aktuelle innenpolitische Lage**

Die innenpolitischen Veränderungen, die durch die derzeitige nationalkonservative Regierung angestrebt werden, sieht die Europäische Union ausgesprochen kritisch. Fundamentale Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union werden, so die Ansicht der Europäischen Kommission, durch die Maßnahmen der nationalkonservativen polnischen Regierung verletzt. Bereits im April 2019 hat die Kommission aufgrund von neuen Regelungen für polnische Richter, die die Unabhängigkeit der Justiz gefährden, ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet. Im Rahmen der Justizreform gibt es eine Reihe an weiteren Maßnahmen, die als erhebliche Gefahr für den Rechtsstaat gesehen werden.

c. **Wirtschaftliche Lage**

Polens Wirtschaft profitiert massiv von Zahlungen der EU. Mit dem Beitritt zum Schengen-Raum Ende 2007 entfielen die Grenzkontrollen nach Deutschland, der Tschechischen Republik und der Slowakei.

Polen ist noch kein Mitglied der Eurozone, hat sich aber im Beitrittsvertrag zur Einführung der gemeinsamen Währung verpflichtet. Die konkrete Entscheidung über eine Einführung des Euro soll jedoch noch nicht getroffen werden, zunächst werden weitere Reformen verfolgt.

3. Europäische Erweiterung: Ja oder nein?

Obwohl Polen ein sehr junger Mitgliedstaat ist, will das Land durch seine spezifische geographische Lage zwischen Ost und West sowie durch seine kulturellen und historischen Verbindungen mit den östlichen Nachbarn einen Einfluss auf die künftige Erweiterungspolitik nehmen. Polen steht einer Fortsetzung der Erweiterung insgesamt äußerst positiv gegenüber und unterstützt die beitriftswilligen Staaten aktiv in ihren Bemühungen um Aufnahme. Polen ist ein aktives Mitglied der informellen Gruppe „Freunde der Erweiterung“, dessen Mitglieder den Erweiterungsprozess unterstützen und versuchen ihn voranzutreiben.

Eine Fortsetzung des Erweiterungsprozesses liegt im polnischen Interesse, da das Land intensive Wirtschaftsbeziehungen nach Ost- und Südosteuropa pflegt und sich daher wirtschaftliche Vorteile von einer Aufnahme dieser Länder in die EU erhofft. Außerdem verspricht man sich eine Verbesserung der Sicherheit und Stabilität. Ein wachsender Einfluss Russlands auf dem Balkan wird von Polen als Bedrohung wahrgenommen.

Für den Fall erneuter Erweiterungen ist Polen daran gelegen, die eigenen Interessen zu wahren. Polen hatte im Rahmen seines eigenen Beitritts auf Subventionszahlungen verzichtet, die rechnerisch dem Land zugestanden hätten, damit der Beitritt des Landes nicht noch durch ein Veto eines Mitgliedslandes der EU hätte blockiert werden können. Deshalb liegt es nicht in Polens Interesse, neue Erweiterungsrounden durch Kürzungen der eigenen EU-Subventionen zu finanzieren. Diese notwendigen Mittel sollten, wenn möglich größtenteils von den finanziell besser gestellten Mitgliedern übernommen werden.

Als mittelgroßes Land will Polen seinen Einfluss auf die Politik der EU nicht verlieren. Es fühlt sich als ein wichtiger Partner innerhalb der EU, nicht nur wegen seiner hohen Einwohnerzahl, sondern vor allem aufgrund seines historischen Beitrags zur Einigung des Kontinents. Zudem ist das Land derzeit als natürlicher Mittler zwischen Ost und West für die EU von großer Bedeutung. Künftige Erweiterungen dürfen nicht zu einer Verringerung des politischen Gewichts Polens in den Institutionen der EU führen.

4. Besondere Beziehungen und Positionen zu den beitriftswilligen Ländern

Polen unterstützt die Beitrittsbestrebungen des gesamten Westbalkan. Die Erweiterungsperspektive ist in Ihren Augen das beste Instrument, um Fortschritt voranzutreiben und damit die Stabilität des Westbalkans zu stärken. Die polnische Unterstützung knüpft sich an Reformfortschritte der einzelnen Länder. Sie setzen sich besonders für einen Beitritt **Nord-Mazedoniens** ein. Der Beitritt von **Albanien, Montenegro** und **Nord-Mazedonien** zur NATO war für Polen bereits von wichtiger geostrategischer Bedeutung.

Auch die **Türkei** sehen Sie langfristig in der EU. Die polnisch-türkischen Beziehungen zeichnen sich historisch dadurch aus, dass zwischen Ihnen das erste Friedensabkommen in der Geschichte, zwischen einem christlichen und einem muslimischen Staat, geschlossen wurde. 2014 feierten Sie den 600. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Eine Einbindung der Türkei in europäische Strukturen ist ein elementarer Stabilitätsfaktor für die gesamte Region. Die Türkei hatte damals den Beitritt Polens zur NATO unterstützt. Jetzt unterstützen Sie den Beitritt der Türkei zur EU.

Eine Beitrittsperspektive wird den internen Reformprozess der Türkei Ihrer Ansicht nach weiter beschleunigen, obwohl Sie auch wissen, dass es hier noch viel für das Land zu tun gibt, insbesondere im Bereich der Frauenrechte und des Schutzes von Minderheiten. Fordern Sie von der Türkei verstärkte Reformanstrengungen und bieten Sie im Gegenzug eine aktive Unterstützung des Beitrittsgesuchs im Rat der EU an.

Die völkerrechtliche Anerkennung der Republik **Kosovo** wurde auch von Polen vollzogen, obwohl in der polnischen Innenpolitik eine große inhaltliche Auseinandersetzung darüber stattfand, ob es erlaubt sein kann, dass die EU sich in eine innere Angelegenheit Serbiens einmischt und seine territoriale Integrität in Frage stellt. Die Angst, dass der polnische Staat ebenso zerfallen könnte, teilt jedoch nur eine kleine Minderheit der polnischen Bevölkerung.

5. Kopenhagener Kriterien

Generell kommt für Sie eine Aufnahme nur in Frage, wenn alle Kriterien erfüllt sind. Bei Ländern, deren Beitritt Ihnen wirtschaftliche Vorteile oder eine anderweitige Stärkung Ihrer Interessen ermöglicht, haben Sie allerdings mehr Verständnis für aufzuholende Defizite.

6. Taktik

Sie sind Vertreterin/Vertreter Polens. Betonen Sie besonders die Bedeutung Ihres Landes als natürlicher Mittler zwischen Ost und West. Bezüglich des künftigen Vorgehens bei der Erweiterung verfolgen Sie das Motto: „gestern Kroatien, heute Nord-Mazedonien und die Türkei, morgen die Ukraine“. Sie wollen die Erweiterung also sehr konsequent vorantreiben.

Eine Aufnahme weiterer Kandidatenländer in die EU kommt für Sie nur dann in Frage, wenn am Ende der Verhandlungen alle Kriterien erfüllt sind.

Als Nettoempfänger sind Sie nicht daran interessiert, dass durch weitere Beitritte in die EU-Strukturfonds und Agrarsubventionen für Ihr Land gekürzt werden. Sie hoffen, dass Sie durch genau diese Gelder Ihren Modernisierungs- und Aufholprozess beschleunigen können und sind deshalb nicht bereit, darauf zu verzichten. Die durch die Erweiterung entstehenden Kosten sollen von den wohlhabenden Staaten der EU finanziert werden und nicht durch Leistungskürzungen von den ärmeren Ländern.

Für diese Strategie können Sie mit großer Sicherheit alle neuen Mitglieder aus Mittel- und Osteuropa gewinnen und als größter Staat unter ihnen die Interessen bündeln. Potenziell Verbündete dürften aber auch andere Nettoempfänger in der Agrarwirtschaft sein. Hierzu zählen Frankreich, Spanien, Portugal, Griechenland und andere.

Künftige Erweiterungen sollen außerdem nicht dazu führen, dass Sie Ihr Gewicht in den Gremien der EU einbüßen. Sie verstehen sich gemeinsam mit Spanien, welches ebenso viele Einwohner hat wie Polen, als mittelgroße, aber einflussreiche Staaten innerhalb der EU. Sie wollen alle Versuche des Umbaus der EU, die Ihre Rolle schmälern könnten, vereiteln.

Um Ihre Interessen durchzusetzen, stehen den Mitgliedern des Rats einige Mittel zur Verfügung:

- Sie nutzen insbesondere informelle Verhandlungen mit anderen Kollegen, weil Sie persönlich besonders gut überzeugen können.
- Sie versuchen, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse zu beeinflussen.
- Um die Unterstützung Ihrer Bevölkerung zu erhalten, starten Sie eine große Pressekampagne.
- Sie drohen, die Vorschläge der anderen Länder zu blockieren.
- Sie suchen so genannte „Paket-Lösungen“ (Sie machen in einem Bereich Zugeständnisse, um an anderer Stelle Ihre Interessen durchzusetzen), weil innerhalb der EU der Konsens wichtig ist!

Bedenken Sie: Nur mit einer gemeinsamen Entscheidung können die Mitglieder des Rats Europa auch in Ihrem eigenen Interesse voranbringen!

Steckbrief: Portugal



Portugal (República Portuguesa)

Hauptstadt:	Lissabon (552 700 Millionen Einwohner)
Staatsform:	Republik
Fläche:	92 226 km ²
Einwohner:	10,294 Millionen
Einwohner/km²:	112
BIP/Einwohner (2017):	19 820
Wachstumsrate (2017):	2,7 Prozent
Arbeitslosenquote (2017):	9,0 Prozent
Amtssprache:	Portugiesisch
Religion:	81 Prozent Katholiken, 15 Prozent religionslos oder k. A.; Minderheiten von Protestanten, Muslimen und Juden
Ethnischen Gruppen:	Portugiesen 10 562 178, Ausländeranteil (2017): 3,9 Prozent
Beitritt zur EG/EU:	1986
Pressefreiheit (2019):	10. Platz weltweit
CPI/Korruptionsindex (2019):	30. Platz weltweit
Human Developm. Index (2019):	40. Platz weltweit
Staatsoberhaupt:	Marcelo Nuno Duarte Rebelo de Sousa
Regierungschef:	António Luís Santos da Costa
Weitere Informationen:	www.botschaftportugal.de

Quelle u.a.: Der Neue Fischer Weltalmanach 2019



1. Zu Ihrer Rolle

Sie sind Außenminister/in von Portugal. Die Ministerinnen oder Minister aus den Mitgliedstaaten müssen die Interessen Ihres Landes bedenken, während sie auf der Suche nach einer gemeinsamen Position im Rat sind. Sie müssen eine Strategie finden, um Ihre Positionen umsetzen zu können, ohne die Regeln der Diplomatie zu verletzen. Daher ist es sehr empfehlenswert, Kontakte zu anderen Ministerkolleginnen und Ministerkollegen oder Abgeordneten aus dem Europäischen Parlament zu knüpfen, um deren Position herauszufinden und so die Chancen zu erhöhen, Verbündete für die eigenen Ziele zu gewinnen.

2. Portugal im Überblick

Portugal ist einer der ältesten europäischen Nationalstaaten und seit 1986 Mitglied der EU. Auf der Iberischen Halbinsel gelegen, grenzt das südeuropäische Land an Spanien und den Atlantischen Ozean. Mit ca. 10 Mio. Einwohnern ist Portugal eines der mittelgroßen Länder der EU.

a. **Aktuelle außenpolitische Lage**

Schon 1977 stellte Portugal seinen Antrag auf Mitgliedschaft in der EU. Dass das Land tatsächlich erst 1986 beitreten konnte, lag daran, dass die Aufnahme Portugals mit dem Beitritt Spaniens verknüpft war und die Verhandlungen zwischen der EU und Spanien länger dauerten als vorgesehen. Portugal unterhält gute Beziehungen zu Spanien, das unter anderem wirtschaftlich eine wichtige Rolle für das Land spielt, ebenso wie Deutschland. Enge Beziehungen bestehen auch zu Großbritannien und Frankreich, dem Land, in dem der größte Teil der Auslandsportugiesen lebt. Traditionell pflegt Portugal aufgrund seiner geographischen Lage auch gute Beziehungen zu afrikanischen Staaten, wie Marokko.

b. **Aktuelle innenpolitische Lage**

Die EU-Mitgliedschaft verhalf Portugal zu einem raschen Ausbau demokratischer Strukturen im Land, das unter der Diktatur Salazars und den nachfolgenden Unruhen gelitten hatte.

Im Jahr 2019 wurde die linke Regierung unter Premierminister António Costa wiedergewählt. Portugal stabilisiert sich stetig nach einem beinahe Staatsbankrott 2011, ist allerdings noch immer hoch verschuldet. Die verschiedenen Parteien polarisieren und sind teilweise zerstritten. Die Wahlbeteiligung ist mit 48,5 Prozent (2019) sehr niedrig und der Anteil an ungültigen Stimmen lag bei ca. 4,8 Prozent (2019), womit die Wahlmüdigkeit in Portugal besonders stark ausgeprägt ist.

Nichtsdestotrotz praktiziert Portugal eine großzügige Migrations- und offene Integrationspolitik, womit sie sich während der Flüchtlingskrise für die Aufnahme von Geflüchteten eingesetzt haben. Während mehrere osteuropäische Staaten sich 2015 weigerten, Flüchtlinge aus Griechenland und Italien aufzunehmen, unterstützte sie Portugal mit der Aufnahme von 2951 Menschen. Außerdem trat der portugiesische Staat dem Umsiedlungsprogramm des Uno-Flüchtlingshilfswerks UNHCR bei, welches Menschen aus Flüchtlingslagern in Nordafrika und dem Nahen Osten in Drittländer umsiedelt.

Die Hauptgründe der portugiesischen Willkommenskultur ist neben dem Bevölkerungsrückgang auch die, in Folge der Wirtschaftskrise, emigrierte Landesbevölkerung. Um die Bevölkerungszahlen stabil zu halten, engagiert sich Portugal für mehr kulturelle Vielfalt und länderübergreifende Offenheit.

c. **Wirtschaftliche Lage**

Durch zahlreiche politische und wirtschaftliche Reformen und dank erheblicher EU-Strukturhilfen hat Portugal die Konsolidierung seiner Wirtschaft seit dem EU-Beitritt geschafft, auch wenn noch immer ein gewisser Nachholbedarf vorhanden ist und einige Differenzen zwischen ländlichen und städtischen Gebieten bestehen.

Zudem musste die portugiesische Regierung in jüngster Zeit drastische Sparmaßnahmen und Steuererhöhungen beschließen, um das große Staatsdefizit zu senken und Schulden abzubauen. Deshalb hat Portugal, was die Finanzen betrifft, gar keinen politischen Spielraum für Verhandlungen. Portugal erhielt 2011 Finanzhilfen von der EU und dem IWF. Insgesamt wurden Portugal, über einen Zeitraum von drei Jahren, Kredite in Höhe von 78 Milliarden Euro zugesagt. Im Gegenzug dazu musste Portugal die Neuverschuldung des Haushalts begrenzen. Mitte 2014 wurde das Troika-Programm erfolgreich beendet und Portugal finanziert sich wieder vollständig am Kapitalmarkt.

Es ist ein Erfolg, dass die Arbeitslosenzahl von 16,18 Prozent (2013) auf 6,4 Prozent (2020) gesenkt werden konnte, dabei sind allerdings viele Stellen im Niedriglohnbereich entstanden.

3. **Europäische Erweiterung: Ja oder nein?**

Portugal sieht den Erweiterungsprozess als eine Voraussetzung für europaweite Stabilität und Fortschritt an, versteht sich jedoch nicht als Motor der Erweiterung. Die Frage nach einer Zusammenarbeit mit allen Mittelmeerstaaten – insbesondere auch denen in Nordafrika – ist für Portugal von ebenso großer Bedeutung.

Da die EU jedoch auch für Portugal einmal der Schlüssel zu wirtschaftlicher und politischer Stabilität war, spricht das Land jetzt den neuen Demokratien auf dem Balkan grundsätzlich die gleichen Rechte zu. Aus der Erfahrung heraus, dass der eigene Beitritt in die EU an den Beitritt Spaniens gebunden war und dies zu unangenehmen Verzögerungen führte, spricht sich Portugal für einen flexiblen Beitritt der aktuellen Kandidaten aus, abhängig von ihren jeweiligen Fortschritten, so dass niemand auf eventuelle „Nachzügler“ warten muss.

Aus der Sicht Portugals, darf eine Erweiterung die angestrebte Vertiefung der Europäischen Union zu einer politischen Union nicht erschweren. Der gegenwärtige gemeinschaftliche Besitzstand (*Acquis communautaire*) muss vollständig erhalten bleiben und eine Auflösung in eine bloße Freihandelszone muss verhindert werden. Der portugiesischen Regierung scheint es wichtiger zu sein, auf Beitritte zu verzichten, als die Errungenschaften der Union der 27 Mitgliedstaaten zu gefährden. Portugal fürchtet, dass mit einer künftigen Erweiterung nach Osten das Interesse der EU für den Mittelmeerraum schwindet und dass die Unterstützungszahlungen eher in Richtung Osten fließen werden. Dies möchte das Land auf jeden Fall verhindern, denn selbstverständlich ist Portugal auch weiterhin daran interessiert, von den EU-Strukturfonds zu profitieren und durch die Erweiterung nicht übermäßig an Gewicht in den europäischen Institutionen zu verlieren.

4. **Besondere Beziehungen und Positionen zu den beitragswilligen Ländern**

Auch wenn die Erweiterung der EU kein besonderer Fokus der portugiesischen Agenda ist, steht Ihr Land generell offen dazu, anderen Staaten die Chance zu geben von der EU zu profitieren. Man ist bereit, gemeinschaftliche Entscheidungen mitzutragen. Wenn die Kriterien erfüllt werden, sehen Sie bei den Ländern des Westbalkans keine Argumente gegen einen Beitritt.

Außerdem sollte sich Europa Ihrer Meinung nach nicht als „christlicher Verein“ verstehen. Kulturelle oder religiöse Argumente gegen einen Türkei-Beitritt können Sie nicht nachvollziehen, denn Sie verstehen kulturelle Vielfalt eher als eine Bereicherung. Die **Türkei** ist bereits ein strategisch wichtiger Partner der NATO und der EU. Portugal beobachtet jedoch das nicht mit den politischen Partnern abgestimmte Vorgehen der Türkei in Syrien mit großer Sorge.

Portugal hat sich erst spät dazu entschlossen, die Unabhängigkeit **Kosovos** anzuerkennen. Dass die Entscheidung aber schließlich doch fiel, wird als ein Beitrag zur Stabilität auf dem Balkan gesehen. Hier ist Portugal aus dem Schatten seines Nachbarlandes Spanien herausgetreten, das die Anerkennung Kosovos immer noch verweigert.

5. Kopenhagener Kriterien

Für Portugal ist der Beitritt zur EU vollständig an die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien geknüpft. Um die eigenen Vorteile durch Unterstützungszahlungen der EU nicht zu verlieren, achten Sie im eigenen Interesse auf die wirtschaftliche Stabilität beitragswilliger Länder.

6. Taktik

Sie sind Vertreterin/Vertreter Portugals. In dieser Funktion waren Sie Befürworter der letzten Osterweiterung und sind auch bei den anstehenden Erweiterungen grundsätzlich für eine langfristige Aufnahme der Beitrittskandidaten. Sie möchten die hierfür notwendigen Entscheidungen nicht blockieren, weisen aber dennoch darauf hin, dass die EU sich nicht um jeden Preis erweitern darf. Machen Sie daher deutlich, dass Sie von Werten wie Solidarität, Gleichheit und Freiheit überzeugt sind, die auch für die Erweiterungspolitik gelten sollten. Im Falle der Türkei versuchen Sie kulturelle oder religiöse Gegenargumente zu entkräften, da jedes Land Ihrer Meinung nach an seinen Fortschritten gemessen werden sollte.

Vergessen Sie aber auch nicht Ihre eigenen Interessen: Sie wollen weiterhin Unterstützungszahlungen von der EU erhalten, was konkret bedeutet, dass die Erweiterung durch eine Erhöhung des europäischen Haushalts finanziert werden muss. Versuchen Sie, sich mit anderen südlichen Mitgliedstaaten, die ähnliche Interessen haben, zu verbünden und damit sicherzustellen, dass weitere Subventionen aus den Strukturfonds nach Portugal fließen. Auch bei Ihrem Einsatz für die europäische Mittelmeerpolitik werden Sie bei Ihren südlichen Nachbarn sicher Unterstützung finden.

Außerdem kämpfen Sie für eine kontinuierliche Vertiefung der politischen Integration der Union. Diese kann in Verbindung mit der Erweiterung allerdings nur gelingen, wenn die europäischen Institutionen reformiert und handlungsfähiger gemacht werden. Weisen Sie deshalb darauf hin, dass nur ein stabiles Europa der 27 auch ein stabiles Europa für weitere Mitgliedstaaten sein kann.

Sind diese elementaren Interessen Ihres Landes gesichert, können Sie der Erweiterung als klarer und aktiver Befürworter zustimmen. Suchen Sie auch bilaterale Kontakte zu den beitragswilligen Ländern, und zeigen Sie Ihre Kooperationsbereitschaft.

Um Ihre Interessen durchzusetzen, stehen den Mitgliedern des Rats einige Mittel zur Verfügung:

- Sie nutzen insbesondere informelle Verhandlungen mit anderen Kollegen, weil Sie persönlich besonders gut überzeugen können.
- Sie versuchen, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse zu beeinflussen.
- Um die Unterstützung Ihrer Bevölkerung zu erhalten, starten Sie eine große Pressekampagne.
- Sie drohen, die Vorschläge der anderen Länder zu blockieren.
- Sie suchen so genannte „Paket-Lösungen“ (Sie machen in einem Bereich Zugeständnisse, um an anderer Stelle Ihre Interessen durchzusetzen), weil innerhalb der EU der Konsens wichtig ist!

Bedenken Sie: Nur mit einer gemeinsamen Entscheidung können die Mitglieder des Rats Europa auch in Ihrem eigenen Interesse voranbringen!

Steckbrief: Rumänien



Rumänien (România)

Hauptstadt:	Bukarest (1,883 Mio. Einwohner)
Staatsform:	Republik
Fläche:	238 391 km ²
Einwohner:	19,587 Millionen
Einwohner/km²:	82
BIP/Einwohner (2017):	9 970 US-\$
Wachstumsrate (2017):	6,9 Prozent
Arbeitslosenquote (2017):	4,9 Prozent
Amtssprache:	Rumänisch
Religionen:	87 Prozent Orthodoxe, 5 Prozent Katholiken, 3 Prozent Reformierte, 2 Prozent Pfingstler, Minderheiten von Griechisch-Katholischen und Baptisten, Juden und Muslime
Ethnischen Gruppen:	88,9 Prozent Rumänen, 6,5 Prozent Ungarn, 3,3 Prozent Roma, 0,3 Prozent Ukrainer, 0,2 Prozent Deutsche, 0,1 Prozent Russen, 0,1 Prozent Türken, 0,1 Prozent Tataren; insgesamt 20 anerkannte nationale Minderheiten, Ausländeranteil (2017): 0,5 Prozent
Beitritt zur EG/EU:	2007
Pressefreiheit (2019):	48. Platz weltweit
CPI/Korruptionsindex (2019):	70. Platz weltweit
Human Developm. Index (2019):	52. Platz weltweit
Staatsoberhaupt:	Klaus Werner Iohannis
Regierungschef:	Ludovic Orban
Weitere Informationen:	http://berlin.mae.ro/de

Quelle u.a.: Der Neue Fischer Weltalmanach 2019



1. Zu Ihrer Rolle

Sie sind Außenminister/in von Rumänien. Die Ministerinnen oder Minister aus den Mitgliedstaaten müssen die Interessen Ihres Landes bedenken, während sie auf der Suche nach einer gemeinsamen Position im Rat sind. Sie müssen eine Strategie finden, um Ihre Positionen umsetzen zu können, ohne die Regeln der Diplomatie zu verletzen. Daher ist es sehr empfehlenswert, Kontakte zu anderen Ministerkolleginnen und Ministerkollegen oder Abgeordneten aus dem Europäischen Parlament zu knüpfen, um deren Position herauszufinden und so die Chancen zu erhöhen, Verbündete für die eigenen Ziele zu gewinnen.

2. Rumänien im Überblick

Rumänien ist ein südosteuropäisches Land mit östlicher Küste am Schwarzen Meer, das im Süden an Bulgarien, im Westen an Serbien und Ungarn, sowie im Norden an die Ukraine und die Republik Moldau grenzt. Rumänien ist seit 2007 Mitglied der EU und ist mit seinen ca. 19,9 Millionen Einwohnern das Land mit der siebtgrößten Bevölkerung.

Rumänien wurde bis November 1989 vom kommunistischen Diktator Nicolae Ceaușescu regiert. Durch einen Volksaufstand wurde dieser gestürzt. Die ersten freien Wahlen zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung fanden im Mai 1990 statt, im Dezember des Jahres 1991 wurde mit einer demokratischen Verfassung der Übergang vom sozialistischen Einparteiensystem hin zu einem relativ stabilen Mehrparteiensystem geschafft.

a. **Aktuelle außenpolitische Lage**

Rumänien hat sich mit seinem Reformprozess seit 1989 den westeuropäischen Staaten angenähert, sodass es 2004 der NATO und anschließend auch der EU beigetreten ist. Der rumänische Präsident besitzt, ähnlich wie der französische Präsident, erheblichen Einfluss auf wesentliche Politikbereiche, insbesondere auf die Außenpolitik des Landes.

Rumänien hat eine stabilisierende Wirkung auf dem Balkan und stand der NATO im Kosovo-Konflikt zur Seite. Rumänien unterhält gute Beziehungen zu seinen Nachbarstaaten, was sich in vielen Kooperationsabkommen äußert, die von Rumänien aktiv unterstützt werden, wie beispielsweise dem „Stabilitätspakt für Südosteuropa“. Außerdem bemüht es sich intensiv um den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wiederaufbau der Region, die durch die Balkankriege der Neunzigerjahre stark in Mitleidenschaft gezogen wurde.

Wegen der geostrategischen Position Rumäniens an der östlichen Grenze der EU mit Zugang zum Schwarzen Meer, spielt Ihr Land eine wichtige Rolle für die NATO als Pufferzone zu Russland, aber auch als schneller Zugang zum Mittleren Osten. Rumänien sieht sich Manipulationsversuchen seitens Russlands ausgesetzt, welches die Region destabilisiert. Ihr Land will sich deshalb in Zukunft stärker in eine europäische Verteidigungspolitik einbringen.

Rumänien ist wie Kroatien und Bulgarien noch kein Staat des Schengen-Raums, es gibt also Grenzkontrollen zwischen Ungarn und Rumänien.

b. **Aktuelle innenpolitische Lage**

Die nach westlichen Vorbildern gestaltete Verfassung sowie das Verfassungsgericht sorgen für politische Stabilität. Obwohl sich der politische Reformprozess seit dem EU-Beitritt am 1. Januar 2007 fortsetzt, hat Rumänien mit großen innenpolitischen Problemen zu kämpfen. Zwar werden die Menschenrechte im

Allgemeinen respektiert, jedoch zeigen sich Probleme bei der Gewährung von Minderheitenrechten für die im Land lebenden Ungarn und Roma. Im Bereich der Menschenrechte fordert die EU von Rumänien außerdem ein stärkeres Vorgehen gegen Kinder- und Frauenhandel und gegen die Praxis von Kinder-Ehen, die in der Roma-Bevölkerung verbreitet ist.

Außerdem bestehen in Rumänien noch immer große Defizite beim Abschluss der Justizreform, bei der Bekämpfung der Korruption und in der Landwirtschaft. In ihrem letzten Bericht bescheinigt die EU-Kommission Rumänien zwar, weitere Reformfortschritte im Bereich Inneres und Justiz erzielt zu haben, dennoch müsse Rumänien insbesondere in den Bereichen Korruptionsbekämpfung und Justizsystem weitere Reformen durchführen, um die rumänische Gesetzeslage an den Standard der EU anzupassen.

Die Bevölkerung hat wegen der Korruption nur noch wenig Vertrauen in Ihre Politik, sodass viele junge, gebildete Leute das Land verlassen oder verlassen wollen. Die Rumänen hoffen auf die EU, dem Vertrauensverlust etwas Konkretes entgegenzusetzen. Dass man die EU-Ratspräsidentschaft Rumäniens in der ersten Jahreshälfte 2019 trotz der Defizite einfach zugelassen hat, war für Teile Ihrer Bevölkerung wie eine heuchlerische Belohnung der eigentlich antieuropäischen Politik Ihrer Regierung.

c. Wirtschaftliche Lage

Durch die fehlende Unabhängigkeit der Justiz und die verbreitete Korruption leidet auch die wirtschaftliche Entwicklung, da sich Investoren aus dem Ausland aufgrund fehlender Rechtssicherheit zurückhalten. Die größten ausländischen Investitionen kommen aus den Niederlanden, Deutschland und Frankreich.

Trotz eines geringen Lebensstandards hat sich Rumänien inzwischen gesamtwirtschaftlich stabilisiert. Während 2008 noch 44,2 Prozent der Bevölkerung von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht waren, sind es 2018 noch hohe 32,5 Prozent. Die Kindersterblichkeitsrate ist mit 7,3 Prozent bei 1.000 Geburten weiterhin die höchste in Europa.

Die bedeutendsten Wirtschaftszweige sind die Agrarwirtschaft mit 37,7 Prozent der Arbeitsplätze und der Textilsektor. Rumänien gerät aufgrund seiner attraktiven Standortfaktoren, insbesondere wegen der billigen Löhne, auch immer mehr ins Blickfeld von Kfz-Zulieferfirmen. Durch eine forcierte Atomenergiepolitik will Rumänien zukünftig auch Energie exportieren können. Hinzu kommt, dass Rumänien als Anrainerstaat des Schwarzen Meeres bestrebt ist, den Transportweg von Erdöl und Erdgas aus dem Kaukasus über den Donau-Schwarzmeer-Kanal nach Westeuropa zu sichern.

Der Beitritt zur Währungsunion ist ein wichtiges Ziel der rumänischen Politik, das aufgrund finanzpolitischer Schwierigkeiten und wirtschaftlichen Aufholbedarfs in den nächsten Jahren aber nicht realisierbar sein wird.

3. Europäische Erweiterung

Rumänien steht bei Erweiterungen der EU für eine Politik der offenen Tür für Staaten mit ausreichendem Engagement und der Fähigkeit, die Kriterien zu erfüllen. Mit der Erfüllung der Kriterien zeigen die Länder, dass Sie die Rolle eines Mitgliedstaats der EU übernehmen können. Neben dem Erreichen der europäischen Standards, ist es wichtig, die Unterstützung der eigenen Bevölkerung für einen Beitritt zu haben. Erst wenn alle aktiv zugestimmt haben: die europäischen Institutionen, die Regierungen der Mitgliedstaaten und die Regierung des Beitrittskandidaten, kann ein neuer Mitgliedstaat aufgenommen werden. Der Erweiterungsprozess ist so organisiert, dass er für beide Parteien, die EU und den beitrittswilligen Ländern von Vorteil ist. Die Erweiterungsperspektive wirkt als ein Anreiz für Reformen, sichert aber auch ab, dass alle notwendigen Angleichungen vollzogen werden. Rumänien weiß selbst noch sehr genau wie der Beitrittsprozess verläuft und hat noch immer mit Reformen zu kämpfen. Sie schauen besonders darauf, dass kein Land zu früh beitrifft, da man Ihnen und Bulgarien den Vorwurf macht, Sie wären nicht beitriftsreif gewesen.

4. Besondere Beziehungen und Positionen zu den beitrittswilligen Ländern

Langfristig sieht Ihr Land die Integration des Westbalkan als selbstverständlich an. Wie schnell die Integration voranschreitet ist aber abhängig von den jeweiligen Fortschritten der Länder. Sie unterstützen insbesondere den Beitritt **Serbiens**, da in dem Nachbarland viele Rumänen leben. Sie fordern von Serbien, dass es das politische und wirtschaftliche Kriterium einhält und vor allem die Rechte (auch Ihrer eigenen) Minderheiten weiter schützt.

Anmerkungen von außen, dass **Montenegro** und **Nord-Mazedonien** die europäischen Regelungen schon jetzt besser umgesetzt haben und Korruption weitaus effektiver bekämpfen als Rumänien nach fünf Jahren Mitgliedschaft in der EU, überhören Sie selbstverständlich.

Rumänien verweigert die Anerkennung **Kosovos** und verhindert damit zurzeit noch einen Beitritt dieses Landes in die EU. Rumänien ist daran interessiert, über eine gute Verbindung zu Serbien seinen Einfluss auf dem Balkan zu stärken. Die rumänische Öffentlichkeit zeigt zudem einen gewissen Stolz darauf, dass sich ihre Regierung erstmals bei einer Entscheidung von beträchtlicher Tragweite gegen die europäischen Großmächte stellt und selbstbewusst eine eigene Position vertritt. Entscheidend ist jedoch vor allem, dass im Norden Rumäniens eine große Minderheit von Ungarn lebt. In der Bevölkerung besteht die Angst, dass die Ungarn – wie die Kosovaren – eine Unabhängigkeit anstreben oder einen Anschluss an Ungarn befürworten könnten.

In Bezug auf die **Türkei** betonen Sie Ihre guten Beziehungen, die Sie auch als ein Beispiel für ein gutes Zusammenleben mit der Türkei anführen können. Wie Polen wurde auch Rumänien bei dem Beitritt zur NATO von der Türkei unterstützt. Rumänien erwiderte dies mit der Unterstützung einer türkischen EU-Mitgliedschaft bereits bevor es selbst Mitglied wurde. Die Türkei gehört für Rumänien zu den wenigen Ländern, mit denen es eine strategische Partnerschaft und besondere Beziehung unterhält. Trotzdem beharren Sie sehr deutlich gegenüber der türkischen Delegation auf einer gründlichen und nachhaltigen Durchsetzung der Reformen.

5. Kopenhagener Kriterien

An die neuen beitrittswilligen Staaten sollen die gleichen Kriterien angelegt werden, die man auch Ihnen auferlegt hat. Aus der Erfahrung Ihres eigenen Reformprozesses haben Sie Verständnis, das nicht immer alles so abläuft wie gewünscht. Gleichzeitig wissen Sie auch, was es bedeutet, beizutreten und sich ständig damit auseinanderzusetzen noch immer hinter Reformansprüchen der EU zurückzubleiben.

6. Taktik

Betonen Sie als Delegierte/Delegierter Rumäniens, dass sich Ihr Land – trotz immer noch erheblicher Mängel bei der Umsetzung europäischer Regelungen – der europäischen Wertegemeinschaft (Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Pluralismus, freie Marktwirtschaft und Menschenrechte) stark verbunden fühlt. Verweisen Sie auf die große Unterstützung der Bevölkerung für eine weitere Integration von Balkanstaaten, insbesondere von Serbien, in die EU. Unterstreichen Sie die langjährigen tiefen Beziehungen Ihres Landes zum Balkan und betonen Sie, dass die südosteuropäischen Staaten aus der politischen Union nicht ausgeschlossen bleiben dürfen.

Aus sicherheitspolitischer Sicht verweisen Sie auf die positive Strahlkraft, die ein florierendes und stabiles Rumänien für die kriegsgebeutelte Region des Balkans hat. Verweisen Sie auch darauf, dass Ihr Land bemüht ist, alle notwendigen Reformen durchzuführen, Sie aber möglicherweise dafür doch mehr Zeit benötigen als geplant.

In der Kosovo-Frage geben Sie sich unnachgiebig. Sollte jedoch eine Einigung zwischen Serbien und Kosovo erreicht werden, geben auch Sie Ihre Bedenken gegen eine Annäherung Kosovos an die Europäische Union auf.

Ihr Land ist aus wirtschaftlichen Gründen an einer raschen und nachhaltigen Entspannung auf dem Balkan interessiert. Betonen Sie die Bereitschaft Rumäniens, im Rahmen des Stabilitätspaktes für den Wiederaufbau des

Balkans auch künftig eine stabilisierende Rolle für Südosteuropa zu übernehmen. Machen Sie aber auch klar, dass die ultimative Stabilisierungsmaßnahme ein Beitritt der Balkan-Länder in die EU ist.

Denken Sie daran, Ihr erstes Ziel – nach der erfolgreichen Aufnahme von Kroatien in die EU - ist die Aufnahme Serbiens in die EU! Die Erweiterung der Europäischen Union darf Südosteuropa nicht weiter ausklammern!

Um Ihre Interessen durchzusetzen, stehen den Mitgliedern des Rats einige Mittel zur Verfügung:

- Sie nutzen insbesondere informelle Verhandlungen mit anderen Kollegen, weil Sie persönlich besonders gut überzeugen können.
- Sie versuchen, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse zu beeinflussen.
- Um die Unterstützung Ihrer Bevölkerung zu erhalten, starten Sie eine große Pressekampagne.
- Sie drohen, die Vorschläge der anderen Länder zu blockieren.
- Sie suchen so genannte „Paket-Lösungen“ (Sie machen in einem Bereich Zugeständnisse, um an anderer Stelle Ihre Interessen durchzusetzen), weil innerhalb der EU der Konsens wichtig ist!

Bedenken Sie: Nur mit einer gemeinsamen Entscheidung können die Mitglieder des Rats Europa auch in Ihrem eigenen Interesse voranbringen!

Steckbrief: Schweden



Schweden (Sverige)

Hauptstadt:	Stockholm (2,3 Mio. Einwohner Großraum)
Staatsform:	konstitutionelle Monarchie
Fläche:	450 295 km ²
Einwohner:	10,068 Millionen
Einwohner/km²:	22
BIP/Einwohner (2017):	52 590 US-\$
Wachstumsrate (2017):	2,3 Prozent
Arbeitslosenquote (2017):	6,7 Prozent
Amtssprache:	Schwedisch
Religion:	66 Prozent Evangelisch-Lutherische Schwedische Kirche, 6 Prozent Muslime, 2 Prozent Katholiken; Minderheiten von protestantischen Freikirchen, Juden u.a.
Ethnischen Gruppen:	Schweden 9 482 855, ca. 500. 000 Schwedenfinnen und 20.000 Sami (Samen), Ausländeranteil (2017): 8,4 Prozent
Beitritt zur EG/EU:	1995
Pressefreiheit (2019):	4. Platz weltweit
CPI/Korruptionsindex (2019):	4. Platz weltweit
Human Developm. Index (2019):	8. Platz weltweit
Staatsoberhaupt:	König Carl XVI. Gustav
Regierungschef:	Kjell Stefan Löfven
Weitere Informationen:	www.schweden.org

Quelle u.a.: Der Neue Fischer Weltalmanach 2019



1. Zu Ihrer Rolle

Sie sind Außenminister/in aus Schweden. Die Ministerinnen oder Minister aus den Mitgliedstaaten müssen die Interessen Ihres Landes bedenken, während sie auf der Suche nach einer gemeinsamen Position im Rat sind. Sie müssen eine Strategie finden, um Ihre Positionen umsetzen zu können, ohne die Regeln der Diplomatie zu verletzen. Daher ist es sehr empfehlenswert, Kontakte zu anderen Ministerkolleginnen und Ministerkollegen oder Abgeordneten aus dem Europäischen Parlament zu knüpfen, um deren Position herauszufinden und so die Chancen zu erhöhen, Verbündete für die eigenen Ziele zu gewinnen.

2. Schweden im Überblick

Schweden gehört mit ca. 10,2 Mio. Einwohnern zu den am dünnsten besiedelten Ländern Europas, dennoch hat es die drittgrößte Fläche der EU. Die parlamentarische Demokratie war lange Zeit ein ethnisch homogenes Land; heute haben ca. 20 Prozent der Einwohner eine Verbindung zum Ausland.

Der zunehmende Tourismus gründet sich größtenteils auf die intakte Natur und der guten Möglichkeit für Aktivität und Entspannung. Immer mehr Menschen lassen sich für die skandinavische Lebensweise begeistern.

a. **Aktuelle außenpolitische Lage**

Schweden ist historisch betrachtet seit mehr als 200 Jahren ein Land, das sich im Wesentlichen von politischen Entwicklungen auf dem europäischen Festland fernhielt. Durch diese „Neutralitätspolitik“ erfuhr das Land eine ausgedehnte Friedenszeit, die mit zu dem Verständnis beitrug, dass die Einbindung Schwedens in die Europäische Union eigentlich nicht notwendig sei. „Europa“ sollte in den Augen der schwedischen Bevölkerung lediglich ein Kontinent des freien Handels unter souveränen Staaten sein. Eine intensive gemeinsame Politik mit den direkten Nachbarstaaten wurde bereits seit 1952 im „Nordischen Rat“ praktiziert, deren praktische Vorteile für die Bürgerinnen und Bürger direkt ersichtlich waren, zum Beispiel beim gemeinsamen Arbeitsmarkt.

Das Inkrafttreten des Vertrags von Maastricht (1993), der große Umbruch in Mittel- und Osteuropa sowie die immer enger werdenden Handelsbeziehungen zwischen Schweden und der EU führten jedoch zu einer Neuausrichtung der schwedischen Europapolitik. Am 1. Januar 1995 trat Schweden der Europäischen Union bei. Zwei Referenden zur Einführung des Euro im September 2003 und 2006 fielen jedoch negativ aus, so dass das Land die gemeinsame europäische Währung nicht einführen konnte. Hier zeigt sich, dass die schwedische Bevölkerung, die grundsätzlich der EU sehr aufgeschlossen ist, nicht jedes Projekt der EU unkritisch unterstützt.

Schweden setzte sich außerdem in der EU dafür ein, dass die Staaten mehr Verantwortung für die Aufnahme von Flüchtlingen übernehmen. Schweden nahm insgesamt pro Kopf einen der höchsten Anteile an Flüchtlingen innerhalb der EU auf. 1992 waren es beispielsweise 84.000 Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien. Das Land beteiligt sich aktiv an ‚Partnership For Peace‘ – eine 1994 ins Leben gerufene Verbindung zur militärischen Zusammenarbeit zwischen der NATO und 20 europäischen sowie asiatischen Staaten – und an den friedensbewahrenden Operationen im früheren Jugoslawien.

b. **Aktuelle innenpolitische Lage**

Das schwedische Interesse an der EU-Mitgliedschaft ist in erster Linie von dem Wunsch bestimmt, einen freien Zugang zu internationalen Märkten nutzen und so die Basis für Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Wohlstand in Schweden schaffen zu können. Zudem sind die Schwedinnen und Schweden sehr stolz auf die Errungenschaften ihres Sozialmodells, das hohe Maß an Pressefreiheit und Toleranz, die Standards im Umweltschutz und den ausgesprochen transparenten Regierungsstil des Landes. All dies soll durch europäische

Politik nicht gefährdet werden. Schwerpunkte der schwedischen Europapolitik sind daher die Beschäftigungs- und Wachstumspolitik, die Gleichstellung von Mann und Frau, der Umwelt- und Verbraucherschutz sowie Transparenz, demokratische Legitimation und Bürgernähe der europäischen Institutionen.

c. Wirtschaftliche Lage

Bis zur Hälfte des 19. Jahrhunderts war Schweden ein Agrarland. 90 Prozent der Bevölkerung lebten von der Landwirtschaft. Eine umfassende Industrialisierung setzte erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein. Die Basis bildeten Eisenerzhütten und Sägewerke. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Schweden zu einer der führenden Industrienationen der Welt und diese Entwicklung erreichte Mitte der 1960er Jahre den Höhepunkt. Ab den 1980er Jahren erfuhr Schweden wieder ein hohes Wirtschaftswachstum und eine gute Außenhandelsbilanz. Schweden ist heute noch ein exportabhängiges Land.

Der Schwerpunkt der sozialdemokratischen Regierungskoalition liegt auf der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. So schaffte es Schweden mit mindestens 80 Prozent zwischenzeitlich auf die höchste Beschäftigungsquote aller Industrieländer.

Die Produktion der metallverarbeitenden Industrie hat sich in den letzten 20 Jahren annähernd verfünffacht. Zu diesem Industriezweig zählen unter anderem die metallerzeugenden Betriebe und mechanischen Betriebe inkl. Transportmittel, Autos, Schiffe und Flugzeuge. Weitere Bereiche sind der Maschinen- und Anlagenbau sowie elektrotechnische Betriebe. Die metallverarbeitende Industrie ist ein sehr wichtiger Arbeitgeber in Schwedens Wirtschaft.

3. Europäische Erweiterung: Ja oder nein?

Das wichtigste Ziel, das Schweden mit den letzten Erweiterungen verband, war die Aufnahme der baltischen Nachbarn und Handelspartner in die EU. Diese historische Chance ist am 1. Mai 2004 ergriffen worden. Trotz gewisser Bedenken hat Schweden den gesamten letzten Erweiterungsprozess deutlich unterstützt und steht auch jetzt einer Fortsetzung dieser aktiven Erweiterungspolitik aufgeschlossen gegenüber. Das Hauptargument ist dabei, dass die Anziehungskraft der EU einen beeindruckenden demokratischen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt in den Kandidatenländern bewirkt. Dies wiederum wirkt sich positiv auf die Sicherheitssituation Schwedens und ganz Europas aus.

Als großer Beitragszahler der Union fürchtet Schweden allerdings, einen überproportionalen Teil der Erweiterungskosten tragen zu müssen und pocht daher auf eine klare Begrenzung des Finanzierungsrahmens, bevor neue Beitritte erfolgen können.

4. Besondere Beziehungen und Positionen zu den beitrittswilligen Ländern

Schweden engagierte sich in den letzten Jahren verstärkt in der Region des westlichen Balkans und sieht sich deutlich als Anwalt der Staaten des ehemaligen Jugoslawiens. Für die schwedische Regierung war es selbstverständlich, Kosovo als souveränen Staat bereits wenige Tage nach der Erklärung seiner Unabhängigkeit anzuerkennen. Schweden ist sehr daran interessiert, dass sich das Verhältnis zwischen Kosovo und Serbien schnell normalisiert.

Schweden hat für alle Staaten des westlichen Balkans und für die Türkei eine nationale Strategie entwickelt, um ihnen beim Aufbau der Wirtschaft, des Rechtssystems und der Justiz zu helfen.

Gemeinsam mit Frankreich hatte Schweden sich für einen visafreien Reiseverkehr dieser Staaten in die Schengener Staaten eingesetzt. Für Albanien, Bosnien-Herzegowina, Nord-Mazedonien, Montenegro und Serbien wurde im Jahre 2010 die Visumpflicht für die Staaten des Schengener Abkommens abgeschafft.

Sie begrüßen ausgesprochen die Einigung zwischen Griechenland und Nord-Mazedonien im Hinblick auf die Einigung um den Staatsnamen der Balkanrepublik. Aus Ihrer Sicht hat Nord-Mazedonien ganz besonders eine für den Erweiterungsprozess notwendige Reformbereitschaft gezeigt.

In Bezug auf den Balkan sehen Sie einen deutlichen Zusammenhang zwischen einer europäischen Perspektive und einer Beschleunigung des Stabilisierungs- und Reformprozesses. Sie plädieren dafür, die Integration dieser Staaten in westliche Strukturen parallel zu den Maßnahmen zur Stabilisierung der Region vorzubereiten. Dies muss nicht zwingend durch einen Beitritt zur EU geschehen, sondern kann auch die Form von speziellen Partnerschaften annehmen. Unabdingbare Voraussetzung ist jedoch die absolute Bereitschaft dieser Länder, die Kriterien der EU zu erfüllen.

Die Türkei messen Sie selbstverständlich mit dem gleichen Maßstab wie die anderen Kandidaten: Wenn das Land die Kriterien erfüllt und den Reformprozess konsequent vorantreibt, sind Sie für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen. Von dieser Zusage versprechen Sie sich insbesondere ein positives Zeichen und einen Anreiz zur Umsetzung der beschlossenen Reformen. Allerdings machen Sie der Türkei gegenüber auch deutlich, dass vor einem tatsächlichen Beitritt noch viele Probleme zu bewältigen sind, vor allem die der Menschenrechtsfrage, der Rechte der Frauen, der Abschaffung der Folter und der Situation bezüglich der Kurden.

5. Kopenhagener Kriterien

Die schwedische Regierung ist bei aller Befürwortung des Erweiterungsprozesses um die Staaten des westlichen Balkans und der Türkei, ein Verfechter der sehr strengen Anwendung der Kopenhagener Kriterien als Bedingung für einen Beitritt. Sie sollen der Maßstab dafür sein, ob ein Land beitriffähig ist oder nicht.

Besonders bedacht ist Schweden in diesem Zusammenhang auf die Wahrung von Sozial- und Umweltstandards in den Beitrittsstaaten, um einer Gefährdung des schwedischen Sozialmodells durch die Erweiterung entgegenzuwirken. Das Verhältnis zur Türkei hat sich in der letzten Zeit allerdings erneut verschärft. Auf Kritik Schwedens – insbesondere bezogen auf den Umgang der türkischen Regierung mit Minderheiten im Land – reagierte die Türkei sehr scharf. Geplante Staatsbesuche wurden in diesem Zusammenhang abgesagt.

6. Taktik

Als Vertreterin/Vertreter Schwedens unterstützen Sie im Allgemeinen die Aufnahme weiterer Mitglieder in die EU. In Bezug auf die Sorgen Ihrer EU-kritischen Bevölkerung knüpfen Sie Ihre Zustimmung jedoch an bestimmte Bedingungen. Oberstes Gebot ist für Sie, dass die Beitrittskandidaten die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien und die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards garantieren und diese Bemühungen auch deutlich machen. Argumentieren Sie, dass die Erweiterung, die sie befürworten und vorantreiben, nicht auf eine Weise realisiert werden darf, die das europäische und besonders das schwedische Sozialsystem untergräbt.

Ebenso muss für Sie garantiert sein, dass Transparenz und demokratische Legitimation des europäischen Entscheidungsgefüges nach der Erweiterung erhalten bleiben und weiter gestärkt werden. Schließlich verlangen Sie im Kreis der gegenwärtigen Mitgliedstaaten, die Kosten für die Erweiterung vertraglich zu begrenzen und die kostenintensive europäische Agrarpolitik vor der Aufnahme neuer, stark landwirtschaftlich geprägter Länder zu reformieren.

Insgesamt müssen Sie bei der Festlegung Ihrer Verhandlungsstrategie daran denken, dass Sie auf die Unterstützung und Kooperation mit anderen Staaten angewiesen sind. Daher sollten Sie dazu bereit sein, Kompromisse einzugehen. Loten Sie zuerst aus, welche Staaten ähnliche Interessen haben und versuchen Sie, gemeinsam vorzugehen.

Um Ihre Interessen durchzusetzen, stehen den Mitgliedern des Rats einige Mittel zur Verfügung:

- Sie nutzen insbesondere informelle Verhandlungen mit anderen Kollegen, weil Sie persönlich besonders gut überzeugen können.
- Sie versuchen, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse zu beeinflussen.
- Um die Unterstützung Ihrer Bevölkerung zu erhalten, starten Sie eine große Pressekampagne.
- Sie drohen, die Vorschläge der anderen Länder zu blockieren.
- Sie suchen so genannte „Paket-Lösungen“ (Sie machen in einem Bereich Zugeständnisse, um an anderer Stelle Ihre Interessen durchzusetzen), weil innerhalb der EU der Konsens wichtig ist!

Bedenken Sie: Nur mit einer gemeinsamen Entscheidung können die Mitglieder des Rats Europa auch in Ihrem eigenen Interesse voranbringen!



Slowakei (Slovenská Republika)

Hauptstadt:	Bratislava (429 564 Einwohner)
Staatsform:	parlamentarische Demokratie
Fläche:	49 035 km ²
Einwohner:	5,440 Millionen
Einwohner/km²:	111
BIP/Einwohner (2017):	16 610 US-\$
Wachstumsrate (2017):	3,4 Prozent
Arbeitslosenquote (2017):	8,1 Prozent
Amtssprache:	Slowakisch
Religion:	62 Prozent Katholiken, 6 Prozent Evangelisch Augsburgischer Kirche, 2 Prozent Reformierte Christliche Kirche, 1 Prozent Orthodoxe, 4 Prozent griechisch-katholisch; 13 Prozent religionslos
Ethnische Gruppen:	80,7 Prozent Slowaken, 8,5 Prozent Ungarn, 2,0 Prozent Roma, 0,6 Prozent Tschechen, 0,6 Prozent Ruthenen; Minderheiten von Ukrainern, Deutschen, Polen u.a.
Beitritt zur EG/EU:	2004 Ausländeranteil (2017): 1,3 Prozent
Pressefreiheit (2019):	33. Platz weltweit
CPI/Korruptionsindex (2019):	59. Platz weltweit
Human Developm. Index (2019):	36. Platz weltweit
Staatsoberhaupt:	Zuzana Čaputová
Regierungschef:	Igor Matovič
Weitere Informationen:	www.botschaft-slowakei.de

Quelle u.a.: Der Neue Fischer Weltalmanach 2019

Außenminister/in aus der Slowakei



1. Zu Ihrer Rolle

Sie sind Außenminister/in aus der Slowakei. Die Ministerinnen oder Minister aus den Mitgliedstaaten müssen die Interessen Ihres Landes bedenken, während sie auf der Suche nach einer gemeinsamen Position im Rat sind. Sie müssen eine Strategie finden, um Ihre Positionen umsetzen zu können, ohne die Regeln der Diplomatie zu verletzen. Daher ist es sehr empfehlenswert, Kontakte zu anderen Ministerkolleginnen und Ministerkollegen oder Abgeordneten aus dem Europäischen Parlament zu knüpfen, um deren Position herauszufinden und so die Chancen zu erhöhen, Verbündete für die eigenen Ziele zu gewinnen.

2. Slowakei im Überblick

Zusammen mit dem nordwestlichen Nachbarn Tschechien war die Slowakei seit dem 11. Jahrhundert ein Teil des österreichisch-ungarischen Reiches. Erst nach dem Ersten Weltkrieg erhielt die Tschechoslowakei die Unabhängigkeit von Österreich-Ungarn. Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges geriet sie in den Einflussbereich der Sowjetunion und wurde Teil des Ostblocks. Nach deren Zusammenbruch verstärkten sich die bestehenden Spannungen zwischen Tschechen und Slowaken. Aus der friedlichen Trennung gingen 1993 die beiden unabhängigen Republiken Tschechien und Slowakei hervor.

Nachdem der Beitritt zur Europäischen Union in einem Referendum von 92,46 Prozent der teilnehmenden Slowaken befürwortet wurde, trat die Slowakei schließlich am 01. Mai 2004 der EU bei. Darüber hinaus ist die Slowakei am 29. März 2004 der NATO beigetreten und verfügt seit 2005 über eine Berufsarmee.

a. **Aktuelle außenpolitische Lage**

Die Slowakei bemüht sich erfolgreich um gute Beziehungen zu ihren Visegrád-Nachbarn (Tschechien, Polen, Ungarn). Die Regierung nutzt den Visegrád-Kontext, um sich mit diesen Staaten in EU- und NATO-Fragen abzustimmen.

Die Beziehungen zur Tschechischen Republik sind aufgrund der langen gemeinsamen Staatlichkeit und nach wie vor wirksamer persönlicher, wirtschaftlicher und politischer Verflechtungen besonders eng. Die Beziehungen zu Ungarn werden seit langem durch Spannungen zwischen der slowakischen Regierung und der ungarischen Minderheit belastet. Alle Beteiligten sind an einer Verbesserung der Beziehungen interessiert.

b. **Aktuelle innenpolitische Lage**

Die Innenpolitik wurde in den letzten Jahren insbesondere von der Ermordung des slowakischen Journalisten Ján Kuciak geprägt. Der Mörder muss nun für 23 Jahre ins Gefängnis. Zu diesem Urteil kam im Frühjahr 2020 der Spezialstrafgerichtshof Pezinok nahe der Hauptstadt Bratislava. "Kaltblütigkeit und Heimtücke" hätten das Handeln des 37 Jahre alten Täters bestimmt, begründete Richterin Ružena Šabová den Spruch des Gerichts. "Die Opfer hatten keine Chance, sich zu wehren." Im Februar 2018 waren der 27-jährige Investigativjournalist Ján Kuciak und seine gleichaltrige Verlobte in ihrem Haus erschossen worden. Kuciak hatte über illegale Geschäfte des Unternehmers Marian Kočner geschrieben, sowie über dessen Verbindungen zur damaligen Regierungspartei Smer SD. Deren Vorsitzender, der damalige Premier Robert Fico, soll zudem Verbindungen zur italienischen Mafia haben. Auch darüber schrieb Kuciak. Kočner hatte Kuciak bedroht und ist angeklagt, den Mord in Auftrag gegeben zu haben. Die Verhandlung gegen ihn und zwei weitere mutmaßliche Mittäter dauert an und soll Mitte April fortgesetzt werden.

c. Wirtschaftliche Lage

Belastet durch das externe Umfeld und schleppende Exporte, hat das Tempo der Wirtschaftsentwicklung in der Slowakei 2019 erheblich stärker nachgelassen als zunächst erwartet. Als "Ende der goldenen Zeiten" überschrieb das slowakische Finanzministerium eine Analyse. Gleichwohl wächst die slowakische Wirtschaft weiterhin schneller als der Euroraum insgesamt. Vieles hängt für das hochgradig offene und exportorientierte Land von der Entwicklung bei den Haupthandelspartnern in der EU ab, ganz besonders Deutschland, dem größten Handelspartner. Auch werden sich in den kommenden Jahren Umbrüche in der für die nationale Wirtschaft so wichtigen Automobilindustrie niederschlagen.

3. Europäische Erweiterung: Ja oder nein?

Als Land am östlichen Rand der jetzigen EU mit engen Beziehungen zum restlichen Osteuropa steht die Slowakei einer neuen Erweiterung der EU positiv gegenüber. Der Umsturzprozess im Ostblock und die anschließende Integration der Staaten in die EU, die mit der letzten Erweiterungsrunde begonnen wurde, sind von elementarer Bedeutung für den gesamten Kontinent. Aus eigener Erfahrung wissen die Slowakinnen und Slowaken, wie wichtig die Anziehungskraft der EU für die konsequente Durchsetzung des Reformprozesses und das Selbstverständnis der Bevölkerung als Europäerinnen und Europäer ist. Daher unterstützt das Land die Fortsetzung des Erweiterungskurses in Richtung (Süd-)Osten und sieht es als eine Aufgabe der EU an, Demokratisierungsprozesse in der Region aktiv zu unterstützen.

Ein elementares Anliegen der Slowakei ist es, zu verdeutlichen, dass die Anstrengungen zur Realisierung eines Beitritts von den Beitrittskandidaten selbst vollbracht werden müssen. Das bedeutet, dass diese oft schmerzhaft soziale und wirtschaftliche Transformationen durchlaufen müssen, um ihren ernsthaften Willen zu einer Mitgliedschaft in der EU zu belegen. Die EU muss wiederum ihrerseits streng auf die Einhaltung der hohen demokratischen, rechtsstaatlichen und wirtschaftlichen Standards achten. In den Augen der Slowakei ist dieser Weg der ernsthaften internen Reformen der einzige, der die Beitrittsländer nach Europa führen kann.

Ähnliche Forderungen knüpft die slowakische Regierung auch an die Nachbarschaftspolitik der EU, deren aktiven Ausbau in Richtung südlichem Kaukasus und Schwarzem Meer sie vorantreiben möchte. Auch hier soll das Ziel die Anregung von Reformen und verstärkter regionaler Kooperation sein. Die Slowakei will gegenüber den Nachbarn der EU deutlich machen, dass nur Demokratien von den Vorteilen einer europäischen Nachbarschaftspolitik profitieren können, dass auf dem Weg dorthin jedoch Unterstützung angeboten wird.

4. Besondere Beziehungen und Positionen zu den beitragswilligen Ländern

Zusammen mit den anderen Visegrád-Staaten unterstützt die Slowakei die **Türkei** bei dem Beitrittsprozess und der Erfüllung notwendiger Kriterien. Man sieht den Beitrittsprozess als ein Mittel, um die Transformation zu einer Angleichung an die Werte und Standards der EU voranzutreiben. Auch nach dem verurteilten Putschversuch möchte man den Reformen, die Integration und damit auch den Beitritt der Türkei weiter unterstützen, da die Türkei die Slowakei auch bei ihrem NATO-Beitritt unterstützt hat. Innerhalb einer globalen Perspektive spielt die Türkei für Sie eine Schlüsselrolle für Frieden, Freiheit und Wohlstand im weiteren Mittleren Osten. Mit dem Beginn von Beitrittsverhandlungen würde die EU diese Rolle weiter stärken und außerdem anerkennen, dass sich die Türkei zu Menschenrechten und historischer Versöhnung bekannt hat.

Die Frage nach der Unabhängigkeit **Kosovos** und damit nach seinem Beitritt in die EU wird von der Slowakei mit einem klaren ‚Nein‘ beantwortet. Damit findet sie insbesondere bei Rumänien Unterstützung. Dabei ist es nicht grundsätzlich die Unabhängigkeit Kosovos, die Slowaken und Rumänen so reagieren lässt, sondern eher die Angst vor einem Dominoeffekt. In beiden Ländern, die bis zum Jahr 1918 Teil der ungarischen Krone waren, lebt eine starke und politisch aktive ungarische Minderheit, die sich noch mehr Gehör verschafft, seitdem Budapest 2002 ein „Gesetz über die in den Nachbarländern lebenden Bürger ungarischer Nationalität“ verabschiedete. Dieses

Gesetz, das zum Beispiel finanzielle Prämien für Familien vorsieht, die ihre Kinder auf ungarische Schulen schicken, hat die latente Angst vor Großungarn neu entfacht. Die Parallele zur Frage der Anerkennung eines unabhängigen Kosovos ist unübersehbar.

Montenegro und **Nord-Mazedonien** sehen Sie klar auf dem Weg in die EU, allerdings bestehen Sie weiterhin auf einer Fortsetzung des Reformprozesses und unterstreichen, dass bis zur endgültigen Erfüllung der Kriterien von beiden Ländern noch einiges zu leisten ist. Sie können hierzu ihre Unterstützung und Erfahrung anbieten. Sollte Nord-Mazedonien den vorgezeichneten Kurs konsequent verfolgen, unterstützen Sie insbesondere dessen Beitritt mit Nachdruck.

5. Kopenhagener Kriterien

Die Kopenhagener Kriterien sind für die Slowakei essenziell. Eine Beitrittsoption soll nur denjenigen Ländern eröffnet werden, die unmissverständlich die Kopenhagener Kriterien erfüllen.

6. Taktik

Als Vertreterin/Vertreter der Slowakei befürworten Sie die Aufnahme neuer Mitglieder aus Ihrer eigenen Nachbarschaft in die EU. Weisen Sie auf die historische Bedeutung der ersten Erweiterung und auf die Chance einer kompletten Wiedervereinigung des europäischen Kontinents hin. Ein vereintes Europa wird es ohne diese Staaten in Ihren Augen nicht geben. Außerdem sollten Sie betonen, dass die EU durch ihre große Anziehungskraft eine gewisse Verantwortung für die demokratische Entwicklung in den Beitrittsländern trägt. Ihrer Meinung nach sollte keine europäische Demokratie außerhalb der Union bleiben.

Hier setzen allerdings auch Ihre strengen Bedingungen für neue Beitritte an. Sie bestehen darauf, dass die demokratischen, rechtsstaatlichen und wirtschaftlichen Kriterien von den Kandidatenländern strikt eingehalten werden, bevor eine Aufnahme erfolgen kann. Unterstreichen Sie, dass Sie aus eigener Erfahrung wissen, wie schmerzlich und schwer die notwendigen Veränderungen für die Staaten und ihre Bevölkerung sind, dass jedoch kein Weg in die EU an diesen Reformen vorbeiführen kann. Machen Sie deutlich, dass die Reformen letztendlich nur zum Wohl der Beitrittsstaaten selbst sind.

In den anstehenden Verhandlungen innerhalb des Rates und mit den Beitrittskandidaten sollten Sie versuchen, Partner für Ihren Erweiterungskurs zu finden und Koalitionen zu schmieden. Da die Visegrád-Gruppe (Polen, Tschechien, Ungarn, Slowakei) eine besonders enge Kooperation innerhalb der EU pflegen und ähnliche Interessen bezüglich der östlichen Nachbarn der EU haben, könnten Sie hier mit Ihrer Suche nach Verbündeten beginnen.

Um Ihre Interessen durchzusetzen, stehen den Mitgliedern des Rats einige Mittel zur Verfügung:

- Sie nutzen insbesondere informelle Verhandlungen mit anderen Kollegen, weil Sie persönlich besonders gut überzeugen können.
- Sie versuchen, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse zu beeinflussen.
- Um die Unterstützung Ihrer Bevölkerung zu erhalten, starten Sie eine große Pressekampagne.
- Sie drohen, die Vorschläge der anderen Länder zu blockieren.
- Sie suchen so genannte „Paket-Lösungen“ (Sie machen in einem Bereich Zugeständnisse, um an anderer Stelle Ihre Interessen durchzusetzen), weil innerhalb der EU der Konsens wichtig ist!

Bedenken Sie: Nur mit einer gemeinsamen Entscheidung können die Mitglieder des Rats Europa auch in Ihrem eigenen Interesse voranbringen!



Slowenien (Slovenija)

Hauptstadt:	Ljubljana (280 310 Einwohner)
Staatsform:	Republik, parlamentarische Demokratie
Fläche:	20 273 km ²
Einwohner:	2,067 Millionen
Einwohner/km²:	102
BIP/Einwohner (2017):	22 000
Wachstumsrate (2017):	5,0 Prozent
Arbeitslosenquote (2017):	6,6 Prozent
Amtssprache:	Slowenisch
Religionen:	58 Prozent Katholiken, 2 Prozent Muslime, 2 Prozent Orthodoxe u.a., 10 Prozent religionslos, 16 Prozent k. A.
Ethnische Gruppen:	83,1 Prozent Slowenen, 2 Prozent Serben, 1,8 Prozent Kroaten, 1,1 Prozent Bosniaken, 0,3 Prozent Ungarn, 0,3 Prozent Albaner u.a., Ausländeranteil (2017): 5,5 Prozent
Beitritt zur EU:	2004
Pressefreiheit (2019):	32. Platz weltweit
CPI/Korruptionsindex (2019):	35. Platz weltweit
Human Developm. Index (2019):	24. Platz weltweit
Staatsoberhaupt:	Borut Pahor
Regierungschef:	Ivan Janez Janša
Weitere Informationen:	http://berlin.veleposlanistvo.si

Quelle u.a.: Der Neue Fischer Weltalmanach 2019



1. Zu Ihrer Rolle

Sie sind Außenminister/in aus Slowenien. Die Ministerinnen oder Minister aus den Mitgliedstaaten müssen die Interessen Ihres Landes bedenken, während sie auf der Suche nach einer gemeinsamen Position im Rat sind. Sie müssen eine Strategie finden, um Ihre Positionen umsetzen zu können, ohne die Regeln der Diplomatie zu verletzen. Daher ist es sehr empfehlenswert, Kontakte zu anderen Ministerkolleginnen und Ministerkollegen oder Abgeordneten aus dem Europäischen Parlament zu knüpfen, um deren Position herauszufinden und so die Chancen zu erhöhen, Verbündete für die eigenen Ziele zu gewinnen.

2. Slowenien im Überblick

Die Ausrichtung Sloweniens nach Westeuropa wurde seit der Unabhängigkeit im Jahr 1991 von allen maßgeblichen gesellschaftlichen Gruppierungen im Land unterstützt. Slowenien war bereits früh Mitglied verschiedener internationaler Organisationen, beispielsweise der UNO, dem Europarat, der Weltbank, der Alpen-Adria-Arbeitsgemeinschaft und der Zentraleuropäischen Initiative (einem Zusammenschluss verschiedener mitteleuropäischer Staaten). Ebenso ist Slowenien Mitglied der NATO.

a. **Aktuelle außenpolitische Lage**

Die Zugehörigkeit zu Europa und das Streben nach Einbindung in die euroatlantischen Strukturen gehören seit der Unabhängigkeit zu den Grundpfeilern der slowenischen Außenpolitik. Daher hat das Land gleichzeitig 1998 Verhandlungen über den Beitritt zur Europäischen Union aufgenommen. Diese Verhandlungen wurden auf dem Kopenhagener Gipfel im Dezember 2002 zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht. Die slowenische Bevölkerung stimmte bei einem Referendum am 23. März 2003 mit einer überwältigenden Mehrheit von fast 90 Prozent für den Beitritt. Mit der Mitgliedschaft hat Slowenien auch die vormals belasteten Beziehungen mit dem Nachbarstaat Italien erheblich verbessern können. Seit dem 1. Januar 2007 ist Slowenien Mitglied der Euro-Gruppe und Vollmitglied des Schengen-Raums und hat damit den Euro als Währung eingeführt.

Einen großen Stellenwert der slowenischen Außenpolitik stellt die gute Beziehung zu den USA dar. Die Schwerpunkte liegen dabei auf der Sicherheitspolitik und der militärischen Zusammenarbeit. Das Verhältnis zu Russland ist distanziert, aber ebenfalls gut. Man unterhält gute wirtschaftliche und politische Beziehungen.

Insgesamt verfolgt die slowenische Regierung vier Schwerpunkt-Themen bei ihrer Außenpolitik: die Zukunft der EU, Erweiterung und Nachbarschaftspolitik (Vorrang: Status des Kosovo und Aufnahme der Staaten des westlichen Balkans), Klimaschutz und Energie sowie interkultureller Dialog.

b. **Aktuelle innenpolitische Lage**

Am 27. Januar 2020 verkündete Ministerpräsident Marjan Šarec seinen Rücktritt und machte den Weg für die Bildung einer neuen Koalitionsregierung frei. Diese Regierung steht unter der Führung des bisherigen Oppositionsführers und ehemaligen Ministerpräsidenten Janez Janša (von der konservativen SDS). Damit hat Slowenien eine konservativ geführte Regierung, deren alter und zugleich neuer Ministerpräsident eine kollegiale Freundschaft zum rechtspopulistischen Ministerpräsidenten Ungarns pflegt. Wichtige innenpolitische Punkte, die unter den neuen Koalitionsvertrag fallen, sind die Einführung einer allgemeinen Wehrpflicht mit der Dauer von sechs Monaten, die Erhöhung der Mittel für Kommunen, die Einführung des universellen Kindergeldes und die Einrichtung eines speziellen Büros für Demografie.

Innen- wie außenpolitisch ist die Frage um die Grenzziehung auf offener See zu Kroatien ein wichtiges Thema. Die Entscheidung des Internationalen Schiedsgerichtshof vom Juni 2017 erkennt Kroatien bis zum heutigen Tag nicht an. Slowenien hat mittlerweile Klage in dieser Sache gegen Kroatien vor dem EuGH eingelegt.

c. Wirtschaftliche Lage

Slowenien hat eine kleine, aber schnell wachsende und exportorientierte Wirtschaft. Es galt als der wirtschaftlich am weitesten entwickelten Teil des ehemaligen Jugoslawiens, und nach seiner Unabhängigkeit begann mit der Privatisierung und Internationalisierung eine lange Periode stabilen Wachstums.

Das Wirtschaftswachstum wird heute vor allem vom privaten Konsum, von Investitionen und Exporten getrieben. Slowenien ist eines der wenigen europäischen Länder, das ständig einen Überschuss an Exporten gegenüber Importen aufweist. Die Exporte werden insbesondere durch das Wachstum der Auslandsnachfrage und die zunehmende Wettbewerbsfähigkeit inländischer Unternehmen gestärkt. Dies führt zu einem Umsatzwachstum in einigen Segmenten von Marketingdienstleistungen, insbesondere in den Bereichen Verkehr, Computerdienstleistungen und Tourismus. Die spürbare Zunahme der Ankünfte und Übernachtungen ausländischer Touristen führt auch zu einer Umsatzsteigerung in Hotels und Restaurants. Slowenien pflegt eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland.

3. Europäische Erweiterung: Ja oder nein?

Als Schwerpunkt seiner Europapolitik betrachtet Slowenien die Beziehungen der Gemeinschaft zu den **Staaten des westlichen Balkans**. Unter diesem Gesichtspunkt misst das Land den anstehenden Verhandlungen mit neuen Beitrittskandidaten eine besondere Bedeutung bei. Slowenien sieht den Erweiterungsprozess der Europäischen Union nach der Aufnahme der zehn neuen Mitgliedstaaten am 01. Mai 2004 und der Erweiterung um Bulgarien, Rumänien und Kroatien noch nicht als beendet an, sondern fordert eine Fortsetzung der Beitrittsoptionen für weitere Beitrittswillige Länder. Man sieht den Beitrittsprozess als ein starkes geopolitisches Instrument und effektiven Hebel, um politische und ökonomische Stabilität und Sicherheit in einem Land voranzubringen. Die Weiterführung der Erweiterung wird als Garant für Wohlstand und dauerhafte Stabilisierung des gesamten Kontinents angesehen.

Slowenien und die **Türkei** haben gute Beziehungen und nutzen das Potenzial einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Noch im September letzten Jahres lobte man die Bemühungen bei der Lösung der Migrations- und Flüchtlingskrise. Slowenien befürwortet den Dialog und die Fortsetzung von Beitrittsverhandlungen. Man strebt danach im Dialog, mit besonderem Fokus auf europäische Werte, Rechtsstaatlichkeit und der Wahrung der Menschenrechte, Lösungen für die Probleme der Türkei zu finden. Gleichzeitig verurteilte man auch in Slowenien das destabilisierende militärische Vorgehen der Türkei in Syrien.

4. Besondere Beziehungen und Positionen zu den beitrittswilligen Ländern

Das eindeutige Hauptinteresse Sloweniens in den kommenden Erweiterungsrounden liegt jedoch auf dem **westlichen Balkan**.

Die Tatsache, dass das Land als erster Staat des ehemaligen Jugoslawien die Aufnahme in die EU geschafft hat, bringt für Slowenien eine gewisse Verantwortung für die weitere Entwicklung der Balkanländer und ihre Annäherung an die EU mit sich. Dieser Verantwortung wird Slowenien schon jetzt durch die aktive Teilnahme am Stabilitätspakt für den Balkan, durch die Unterstützung politischer Kooperationen im bilateralen Bereich und nicht zuletzt durch den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen gerecht. Slowenien trat im Allgemeinen immer für eine zügige Aufnahme Kroatiens in die EU ein.

Wichtigstes Thema für Slowenien ist allerdings eine geordnete Unabhängigkeit **Kosovos**, sowie die Heranführung **Serbiens** und der übrigen Balkanstaaten an die EU. „Wir in Slowenien glauben, dass es höchste Zeit ist, dass die jugoslawische Krise endet“, ist die Devise des Landes. Diese Krise begann 1991 mit dem Angriffsbefehl des damaligen Präsidenten der serbischen Teilrepublik Jugoslawiens, Slobodan Milošević, auf Slowenien. Nun kann die Lösung nur eine Einbettung des westlichen Balkans in die Europäische Union und eine Erweiterung der EU sein, wie sie 2003 bei einem Treffen in Thessaloniki in Griechenland beschlossen wurde. Hier hatte die EU allen Balkanstaaten die Aufnahme in die Gemeinschaft zugesagt.

Die slowenische Regierung ist zuversichtlich, dass eine Spaltung der EU in Bezug auf die Frage der Anerkennung der Unabhängigkeit **Kosovos** zu verhindern sein wird. Ihrer Ansicht nach gilt es, die Realität zu akzeptieren, die auf dem westlichen Balkan herrscht, weshalb Kosovo durch alle 27 Mitgliedstaaten der EU völkerrechtlich als Staat anerkannt werden sollte. Slowenien kennt die Befürchtung Zyperns, dies könnte in der EU als Präzedenzfall für das Schicksal des türkisch besetzten Nordens der Inselrepublik angesehen werden und macht immer wieder seine Überzeugung deutlich, dass Kosovo „ein ganz eigener Fall“ ist.

Mit der Republik **Nord-Mazedonien** verbindet Sie eine enge Freundschaft. Sie erfüllt Ihrer Ansicht nach – ebenso wie seine Nachbarländer – schon längst alle Voraussetzungen dafür. Neben Ihrem Engagement auf europäischer Ebene suchen Sie gemäß Ihrem Verständnis als Mittler auch den Kontakt zu den Beitrittskandidaten. Bieten Sie an, Ihre eigenen Erfahrungen auf dem Weg in die europäische Integration zu teilen und mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Dieses Angebot gilt nicht nur für **Nord-Mazedonien** oder **Serbien**, sondern auch für die **Türkei**, deren Beitritt Sie ebenfalls befürworten, auch wenn Ihr Hauptaugenmerk auf Ihre direkte Nachbarschaft gerichtet ist.

5. Kopenhagener Kriterien

Slowenien, als eines der Balkanländer, befürwortet den Erweiterungsprozess um die Staaten des westlichen Balkans und der Türkei, betont gleichzeitig aber auch die Notwendigkeit der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien. Nicht nur eine funktionsfähige Marktwirtschaft und institutionelle Stabilität sind dabei wichtig, sondern – insbesondere im Hinblick auf die Erfahrungen der blutigen Auseinandersetzungen – auch die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und der Schutz von Minderheiten.

6. Taktik

Als Vertreterin/Vertreter des kleinen Mitgliedslandes Slowenien sind Sie Verfechter einer Fortsetzung der europäischen Erweiterungspraxis, die Ihrer Meinung nach nicht nur den neuen Kandidaten, sondern auch der jetzigen EU ein Plus an Frieden, Stabilität und Freiheit bringen würde.

Geographisch gesehen hat die Stabilisierung des gesamten Balkans für Sie absolute Priorität. Argumentieren Sie, dass die fortdauernde Existenz eines Konflikt- und Krisenherdes unmittelbar vor den Toren der EU deren Mitgliedstaaten nicht nur in ihrer eigenen Sicherheit und Freiheit, sondern auch in ihrer Glaubwürdigkeit als internationaler Akteur bedrohen würde. Da die Erfahrung gezeigt hat, dass die Eröffnung einer europäischen Perspektive enorme Motivation in Bezug auf die Reform- und Friedensbemühungen der Beitrittskandidaten ausübt, plädieren Sie dafür, eine Annäherung des Balkans an die EU aktiv zu unterstützen. Appellieren Sie in diesem Zusammenhang an die Verantwortung der EU gegenüber ihrer unmittelbaren Nachbarschaft, und erinnern Sie an das europäische Ziel der friedlichen Verbreitung demokratischer und freiheitlicher Werte und Normen.

Auf lange Sicht treten Sie für eine Ausdehnung der EU auf alle beitragswilligen Staaten des Westbalkans ein und fordern schon jetzt die Verabschiedung eines Kriterienkatalogs für die Aufnahme dieser Staaten.

Zudem sollten Sie als Vertreterin/Vertreter eines eher kleinen Landes versuchen, die Unterstützung anderer Mitgliedstaaten für Ihre Position zu gewinnen. Andere kleine Staaten könnten ähnliche Interessen haben wie Sie.

Slowenien war das erste Land auf dem Balkan, das die Unabhängigkeit Kosovos anerkannt hat. Sie treten für eine zügige Anerkennung Kosovos durch alle Staaten der EU ein und fordern außerdem Gespräche über einen Beitritt des Landes zur EU. Obwohl Slowenien im Jahre 1991 stark unter den Angriffen Serbiens gelitten hat, das eine Unabhängigkeit Sloweniens verhindern wollte, treten Sie auch für einen Beitritt eines modernen und reformierten Serbiens ein. Das muss dafür allerdings ebenfalls die Existenz eines unabhängigen Kosovos akzeptieren.

Um Ihre Interessen durchzusetzen, stehen den Mitgliedern des Rats einige Mittel zur Verfügung:

- Sie nutzen insbesondere informelle Verhandlungen mit anderen Kollegen, weil Sie persönlich besonders gut überzeugen können.
- Sie versuchen, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse zu beeinflussen.
- Um die Unterstützung Ihrer Bevölkerung zu erhalten, starten Sie eine große Pressekampagne.
- Sie drohen, die Vorschläge der anderen Länder zu blockieren.
- Sie suchen so genannte „Paket-Lösungen“ (Sie machen in einem Bereich Zugeständnisse, um an anderer Stelle Ihre Interessen durchzusetzen), weil innerhalb der EU der Konsens wichtig ist!

Bedenken Sie: Nur mit einer gemeinsamen Entscheidung können die Mitglieder des Rats Europa auch in Ihrem eigenen Interesse voranbringen!

Steckbrief: Spanien



Spanien (España)

Hauptstadt:	Madrid (3,183 Mio. Einwohner)
Staatsform:	parlamentarische Monarchie, Einheitsstaat
Fläche:	505 944 km ²
Einwohner:	46,572 Millionen
Einwohner/km²:	92
BIP/Einwohner (2017):	27 180 US-\$
Wachstumsrate (2017):	3,1 Prozent
Arbeitslosenquote (2017):	17,2 Prozent
Amtssprachen:	Spanisch (Castellano), Katalanisch/Valencianisch (regional), Galicisch (regional), Baskisch (regional)
Religionen:	über 68 Prozent Katholiken, 27 Prozent religionslos, Minderheiten von Protestanten, Muslimen, Juden u.a. Ausländeranteil (2017): 9,5 Prozent
Beitritt zur EG/EU:	1986
Pressefreiheit (2019):	29. Platz weltweit
CPI/Korruptionsindex (2019):	30. Platz weltweit
Human Developm. Index (2019):	25. Platz weltweit
Staatsoberhaupt:	König Felipe VI de Borbón y Grecia
Regierungschef:	Pedro Sánchez Pérez-Castejón
Weitere Informationen:	www.spanischebotschaft.de

Quelle u.a.: Der Neue Fischer Weltalmanach 2019



1. Zu Ihrer Rolle

Sie sind Außenminister/in aus Spanien. Die Ministerinnen oder Minister aus den Mitgliedstaaten müssen die Interessen Ihres Landes bedenken, während sie auf der Suche nach einer gemeinsamen Position im Rat sind. Sie müssen eine Strategie finden, um Ihre Positionen umsetzen zu können, ohne die Regeln der Diplomatie zu verletzen. Daher ist es sehr empfehlenswert, Kontakte zu anderen Ministerkolleginnen und Ministerkollegen oder Abgeordneten aus dem Europäischen Parlament zu knüpfen, um deren Position herauszufinden und so die Chancen zu erhöhen, Verbündete für die eigenen Ziele zu gewinnen.

2. Spanien im Überblick

Die parlamentarische Monarchie Spanien ist ein Staat auf der Iberischen Halbinsel und befindet sich im Südwesten von Europa mit zwei Exklaven in Nordafrika. Im Jahr 1986 erlangte Spanien gemeinsam mit Portugal die Vollmitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft. Mit ca. 46,9 Millionen Einwohnern zählt Spanien zu den größeren Mitgliedstaaten der EU. Im Norden grenzt es an Frankreich und Andorra, im Süden an Gibraltar – einem Kalksteinfelsen, das als Britisches Überseegebiet zum Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland gehört – sowie Marokko und im Westen an Portugal.

a. **Aktuelle außenpolitische Lage**

Durch die Norderweiterung 1995, die Osterweiterung 2004 und Südosterweiterungen 2007 und 2013 hat sich der Einfluss der südlichen Staaten innerhalb der Europäischen Union bereits reduziert. Die spanische Regierung und die Bevölkerung befürchten, ebenso wie andere „alte“ europäische Mittelmeerstaaten, nicht nur geographisch, sondern auch politisch an den Rand der Europäischen Union gedrängt zu werden.

Als Anrainer der Mittelmeerregion sieht Spanien deshalb eine besondere Aufgabe in der Stärkung der europäischen Mittelmeerpolitik, die die Zusammenarbeit mit den südlichen Nachbarstaaten der EU regelt. So soll beispielsweise die finanzielle Förderung der Region und die wirtschaftliche Zusammenarbeit verstärkt sowie der politische und wirtschaftliche Dialog mit Staaten des Nahen Ostens intensiviert werden. Spanien bewertet die zunehmenden Probleme an der „Südflanke“ der EU (z.B. Immigrationsdruck aus Nordafrika, islamischer Fundamentalismus) als wesentlich gravierender für die eigenen nationalen Interessen, als die Frage einer erneuten Erweiterung der Europäischen Union.

b. **Aktuelle innenpolitische Lage**

Die Wirtschaftskrise (siehe unten) hat das Land verändert. Zynismus, Pessimismus und Resignation bestimmen das nationale Klima. Jeden Tag werden weitere Korruptionsskandale oder neue Tatsachen zu bereits bekannten Fällen publik. Dies betrifft allen voran die in der Schweiz deponierten 38 Millionen Euro des ehemaligen Schatzmeisters der Regierungspartei Partido Popular (PP), Luis Bárcenas. Er soll zudem zahlreichen Parteimitgliedern einschließlich des vorigen und des amtierenden Regierungschefs und einigen Ministern Extra-Gehälter zugewiesen haben, die offenkundig nicht versteuert wurden. Auch die undurchsichtigen Geschäfte von Iñaki Undargarin – dem Schwiegersohn des Königs – beschädigen das Image der Elite, die nicht mehr über die notwendige Glaubwürdigkeit und moralische Integrität verfügt, um das Land aus der Krise zu führen. Das Vertrauen in die als politisiert geltende Justiz ist ebenfalls gering. Die Krise verändert auch die Parteienlandschaft. Laut Umfragen (Metroscopia) verfügen die sozialdemokratische PSOE und die konservative PP zusammengenommen heute nur noch über den Rückhalt von 50 Prozent der Wählerinnen und Wähler.

c. Wirtschaftliche Lage

Die wichtigsten Wirtschaftszweige Spaniens sind der Tourismus, die Kommunikations- und Informationstechnik, die metallverarbeitende Industrie, der Maschinenbau, die Landwirtschaft und die Petrochemie. Mehr als die Hälfte der Landesfläche Spaniens wird für die Landwirtschaft eingesetzt. Spanien nimmt jährlich einen der Top-Plätze in der Statistik der weltweiten Tourismusindustrie ein. Bis zum Ausbruch der Finanzkrise war Spanien Teil der europäischen Erfolgsgeschichte. Das Land boomte und stieg 2007 zur achtbedeutendsten Wirtschaft der Welt auf. Die Banken vergaben auch an nicht wohlhabende Bürgerinnen und Bürger großzügig Kredite und der Staatshaushalt erzielte Überschüsse. Darüber hinaus galt das internationale Gewicht des Landes als Beleg dafür, dass Spanien in die erste Liga der EU-Staaten aufgestiegen war. Seitdem der Bauboom 2007 ein Ende gefunden hat, ist das Land wieder Teil des „Südens“ geworden. Der Anteil der Arbeitslosen erreichte einen europäischen Rekordwert von 27,2 Prozent, die Staatsschulden haben sich seit Beginn der Krise verdoppelt und das Haushaltsdefizit lag trotz der unpopulären Sparpolitik nach Schätzungen von Eurostat Ende 2013 bei 6,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

Die Politik unternimmt wenig, um die wachsende Kluft zwischen den Generationen zu überwinden. Programme gegen die Jugendarbeitslosigkeit, Arbeitszeitverkürzungen oder Minijobs nach deutschem Vorbild stehen in Spanien nicht auf der Agenda. Diejenigen, die noch einen Job haben, müssen meist für weniger Lohn mehr Stunden arbeiten. Auch dies trägt zur Zerteilung einer ohnehin schon polarisierten Gesellschaft bei. Zwar weiten sich die Proteste gegen die Kürzungen staatlicher Leistungen für Bildung, Gesundheit und Forschung aus, eine neue Partei oder einheitliche Bewegung ist deswegen aber noch nicht entstanden.

3. Europäische Erweiterung: Ja oder nein?

In Anbetracht der beschriebenen Prioritätensetzung der spanischen Regierung kann eine Erweiterung ihrer Ansicht nach erst dann erfolgen, wenn die tatsächliche Vertiefung erreicht worden ist und die mit der Erweiterung verbundenen Probleme gelöst werden können.

Mit der erst abgeschlossenen Aufnahme zwölf mittel- und osteuropäischer Staaten sowie Kroatiens und den damit einhergehenden Kürzungen einiger Zuwendungen an Spanien, sieht sich das Land vor einer neuen Herausforderung: dem Kampf um die Verteilung der EU-Fördergelder. Spanien sieht vor allem die Gefahr, dass durch eine erneute Erweiterung der EU nicht mehr so viele finanzielle Transferleistungen nach Spanien fließen werden wie bisher, weil eine größere Anzahl „ärmerer“ Länder um die Gelder konkurrieren würden. Außerdem befürchtet Spanien, bei einem Beitritt weiterer Länder den bisherigen Kostenvorteil in der Produktion zu verlieren, weil in den potenziell neuen Mitgliedstaaten noch billiger produziert werden kann.

Die Anschläge in Madrid vom 11. März 2004 hat die Bevölkerung noch immer gut in Erinnerung. Daher hat die Terrorismusbekämpfung in Spanien besondere Priorität. Eine Aufnahme von Staaten mit fragwürdigem Sicherheitsempfinden und löchrigen Außengrenzen könnte zum „Einfallstor“ für terroristische Gruppen werden. Die geographische Annäherung an Krisenherde in Nahost, gerade durch die direkte Angrenzung der Türkei an den Irak, birgt ebenfalls eine solche Gefahr. Spanien fürchtet, dass sich die Sicherheitsprobleme der „Neumitglieder“ auf die EU übertragen werden.

4. Besondere Beziehungen und Positionen zu den beitragswilligen Ländern

Trotz der oben genannten Bedenken ist die Aufnahme der **Türkei** in die EU auch im Interesse Spaniens, weil dadurch die Stellung der südlichen Mitgliedstaaten innerhalb der EU gestärkt werden würde. Spanien äußert zwar Bedenken, unterstützt aber letztendlich die Kandidaten, wenn diese sich bereit erklären, den angesprochenen Problemen in den nächsten Jahren besondere Beachtung zukommen zu lassen.

Die Entwicklungen um die Frage der Unabhängigkeit **Kosovos** sieht Spanien mit ausgesprochen großer Sorge. Anders als Deutschland oder Frankreich hat Spanien die Loslösung Kosovos aus dem serbischen Staatsverband zu keiner Zeit unterstützt. Deshalb hat es auch ebenso wie Griechenland, Zypern, Rumänien und die Slowakei dessen Unabhängigkeit nicht anerkannt. Trotzdem unterstützen auch diese Länder im Rahmen der EU die Mission EULEX, die den Aufbau der Rechtsstaatlichkeit im Kosovo fördern soll. Spaniens Position besteht darin, dass es eine Unabhängigkeit Kosovo nur dann akzeptieren kann, wenn diese auch von **Serbien** mitgetragen wird. Eine einseitige Erklärung erkennt die spanische Regierung nicht an. Sie hat die Befürchtung, mit einer Anerkennung Kosovos separatistischen Forderungen der Region Katalonien im eigenen Land Vorschub zu leisten. Deshalb fordert Spanien ausdrücklich eine Stärkung Serbiens, um so die Möglichkeit für gegenseitige Zugeständnisse zu schaffen.

5. Kopenhagener Kriterien

Die spanische Regierung ist gerade wegen ihrer Bedenken, im Hinblick auf den Erweiterungsprozess um die Staaten des westlichen Balkans und der Türkei, ein Verfechter der sehr strengen Anwendung der Kopenhagener Kriterien als Bedingung für einen Beitritt. Sie sollen der Maßstab dafür sein, ob ein Land beitriffähig ist oder nicht.

6. Taktik

Als Vertreterin/Vertreter Spaniens sind Sie offiziell der Meinung, dass mit allen Staaten Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden können, auch wenn Sie realistisch gesehen nicht wirklich an der Aufnahme weiterer Staaten in naher Zukunft interessiert sind. Verbinden Sie Ihre Zustimmung daher in jedem Fall mit der Forderung, dass eine Erweiterung den jetzigen Mitgliedern der Union keine Nachteile bringen darf. Diese Forderung ist für Spanien besonders wichtig, da die wirtschaftliche Entwicklung in den letzten Jahren bedingt durch die Wirtschafts- und Finanzkrise stark rückläufig war.

Als einer der (noch) größten Empfänger von Subventionszahlungen der EU sind Sie sich dessen bewusst, dass die Gründe für die Zuwendung finanzieller Mittel an Ihr Land schon teilweise entfallen sind und diese sich weiter verringern werden, da Spanien dank der EU-Mittel ein massives Aufholwachstum entfalten konnte. Sie plädieren deswegen für äußerst lange Übergangsfristen, bevor neue Mitglieder voll von der gemeinsamen Agrarpolitik und den Strukturfondszahlungen profitieren können. Der wirtschaftliche und soziale Zusammenhalt innerhalb der „alten“ EU darf nicht gefährdet werden.

Damit aber trotzdem weitere Mitglieder aufgenommen werden können, sind neue zusätzliche Fonds einzurichten, und der EU-Haushalt muss vergrößert werden. Hier mahnen Sie vor allem eine stärkere Beteiligung der größeren, reichen Mitgliedstaaten an.

Schließlich fordern Sie eine erhebliche Aufstockung der finanziellen Mittel für eine Intensivierung der europäischen Mittelmeerpolitik. Es ist Ihnen ein elementares Anliegen, dass diese Dimension der europäischen Politik nicht durch eine Konzentration auf die Ostgrenze in den Hintergrund gerät. Mitstreiter für dieses Anliegen können Sie bei den anderen Mittelmeerranrainern der EU suchen.

Bei all dem dürfen Sie aber nicht Ihre Abhängigkeit von den EU-Fördertöpfen und den reicheren Mitgliedstaaten vergessen, weshalb Sie den Aufnahmeprozess für neue Mitglieder nicht wirklich offen torpedieren sollten.

Es ist Ihnen wichtig, einen Ausgleich zwischen Serbien und Kosovo zu ermöglichen. Versuchen Sie, Serbien zu Zugeständnissen gegenüber Kosovo zu bewegen, um so möglicherweise eine Anerkennung der Unabhängigkeit zu erreichen. Ein Mittel könnte dabei sein, Serbien einen raschen Beitritt in die EU in Aussicht zu stellen. Dafür müsste Serbien aber selbstverständlich dennoch die strengen Aufnahmekriterien erfüllen.

Um Ihre Interessen durchzusetzen, stehen den Mitgliedern des Rats einige Mittel zur Verfügung:

- Sie nutzen insbesondere informelle Verhandlungen mit anderen Kollegen, weil Sie persönlich besonders gut überzeugen können.
- Sie versuchen, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse zu beeinflussen.
- Um die Unterstützung Ihrer Bevölkerung zu erhalten, starten Sie eine große Pressekampagne.
- Sie drohen, die Vorschläge der anderen Länder zu blockieren.
- Sie suchen so genannte „Paket-Lösungen“ (Sie machen in einem Bereich Zugeständnisse, um an anderer Stelle Ihre Interessen durchzusetzen), weil innerhalb der EU der Konsens wichtig ist!

Bedenken Sie: Nur mit einer gemeinsamen Entscheidung können die Mitglieder des Rats Europa auch in Ihrem eigenen Interesse voranbringen!



Tschechische Republik (Česká Republika)

Hauptstadt:	Prag (1,294 Mio. Einwohner)
Staatsform:	parlamentarische Demokratie
Fläche:	78 867 km ²
Einwohner:	10,591 Millionen
Einwohner/km²:	134
BIP/Einwohner (2017):	18 160 US-\$
Wachstumsrate (2017):	4,3 Prozent
Arbeitslosenquote (2017):	2,9 Prozent
Amtssprache:	Tschechisch
Religionen:	10 Prozent Katholiken, 35 Prozent konfessionslos, Minderheiten von Protestanten, 45 Prozent k.A.
Ethnische Gruppen:	90,3 Prozent Tschechen, 3,7 Prozent Mährer, 1,9 Prozent Slowaken, 1,2 Prozent Sonstige (Polen, Deutsche, Ukrainer, Roma) u.a., Ausländeranteil (2017): 4,8 Prozent
Beitritt zur EG/EU:	2004
Pressefreiheit (2019):	40. Platz weltweit
CPI/Korruptionsindex (2019):	44. Platz weltweit
Human Developm. Index (2019):	26. Platz weltweit
Staatsoberhaupt:	Miloš Zeman
Regierungschef:	Andrej Babiš
Weitere Informationen:	www.mzv.cz/berlin

Quelle u.a.: Der Neue Fischer Weltalmanach 2019



1. Zu Ihrer Rolle

Sie sind Außenminister/in aus Tschechien. Die Ministerinnen oder Minister aus den Mitgliedstaaten müssen die Interessen Ihres Landes bedenken, während sie auf der Suche nach einer gemeinsamen Position im Rat sind. Sie müssen eine Strategie finden, um Ihre Positionen umsetzen zu können, ohne die Regeln der Diplomatie zu verletzen. Daher ist es sehr empfehlenswert, Kontakte zu anderen Ministerkolleginnen und Ministerkollegen oder Abgeordneten aus dem Europäischen Parlament zu knüpfen, um deren Position herauszufinden und so die Chancen zu erhöhen, Verbündete für die eigenen Ziele zu gewinnen.

2. Tschechien im Überblick

Die parlamentarische Republik Tschechien ist ein Binnenstaat in Mitteleuropa und hat ca. 10,7 Mio. Einwohner. Nachbarländer sind die Slowakei, Deutschland, Polen und Österreich. Die Tschechische Republik ist seit 2004 EU-Mitglied sowie seit 1999 Mitglied der NATO. Sie verfolgen eine enge sicherheitspolitische Partnerschaft mit den USA.

a. **Aktuelle außenpolitische Lage**

Auch wenn die Tschechische Republik im völkerrechtlichen Sinne ein sehr junges europäisches Land darstellt, fühlen Sie sich dem europäischen Vermächtnis ihrer früheren Staatsgebilde verpflichtet und weisen immer wieder auf die jahrhundertealte Tradition der multikulturell ausgerichteten tschechischen Gesellschaft in der Mitte Europas hin. Aus historischen („Rückkehr nach Europa“) und politischen Gründen hatte die Aufnahme der Tschechischen Republik in die EU einen hohen Stellenwert in der tschechischen Außenpolitik, und der endgültige Beitritt im Mai 2004 wurde als großer Erfolg gewertet. Für die Tschechische Republik hat die europäische Einigung auch die Verbesserung der Beziehungen zu den Nachbarstaaten, vor allem zu Deutschland und Polen, mit sich gebracht, und seit einigen Jahren hat auch die Zusammenarbeit mit der Slowakei wieder höchste Priorität.

In jüngster Vergangenheit wurde die „Europaeuphorie“ allerdings durch das deutliche Erstarken europaskeptischer Kräfte im Land etwas gedämpft. Das „Ja“ der Tschechen im Referendum über den Beitritt zur Europäischen Union fiel dann auch nicht so eindeutig aus wie erhofft.

Auf inhaltlicher Ebene engagiert sich Tschechien besonders im Bereich der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und tritt für eine starke Euro-Atlantische Partnerschaft ein. Auch eine Intensivierung der europäischen Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres – insbesondere in Flüchtlingsfragen und in der Drogenbekämpfung – wird favorisiert. Mittelfristig wird der Eurobeitritt angestrebt.

b. **Aktuelle innenpolitische Lage**

Seit der Wahl 2017 rückt Tschechien weiter nach rechts. Populisten, Europaskeptiker und fremdenfeindliche Politiker haben starken Aufwind bekommen. Der eindeutige Wahlsieg des mehrfachen Milliardärs Andrej Babis, der mit seiner Ano-Partei rund 30 Prozent der Stimmen gewann, ist allein schon alarmierend genug. Babis ist Populist. Seit dem der Unternehmer Mitte des Jahrzehnts die politische Bühne betrat, hat er seine Positionen und die seiner ideologiefreien Partei nach Wind und Wählerstimmen ausgerichtet: von pro-EU zu EU-Skepsis, von Zustimmung zu Einwanderung ins Gegenteil und um Arbeitskräfte ringende Tschechien zu Ablehnung, vom Euro-Befürworter zum Euro-Gegner.

Auch von Ihren Präsidenten Vaclav Klaus und Milos Zeman haben die Tschechinnen und Tschechen seit mehr als einem Jahrzehnt teils üble Anti-EU-Propaganda zu hören bekommen. Nur noch 29 Prozent der Bevölkerung hält die EU für eine gute Sache. Tschechiens immerhin halbherzig proeuropäisch auftretenden Sozialdemokraten sind

in den Umfragen abgestürzt, ebenso die einzige entschieden für Europa auftretende Partei Tschechiens, die konservative Partei TOP 09 des langjährigen Außenministers Karel Schwarzenberg.

Neben Polen, Ungarn und der Slowakei hat sich auch ein Großteil der tschechischen Bevölkerung klar gegen die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen positioniert und spricht sich damit eindeutig gegen Einwanderung, Integration und Vielfalt aus. Auch in den Medien ist die EU-feindliche Haltung nicht untergegangen. Europäische Hilfsgruppen, wie das ‚Czech team‘, die ‚Bahnhofsinitiative‘ oder das Zentrum Klinika stellen sich den flüchtlingsfeindlichen Haltungen jedoch entgegen und setzen sich bewusst für die Solidarität mit Menschen auf der Flucht ein.

c. Wirtschaftliche Lage

Die Tschechoslowakische Republik gehörte vor dem Zweiten Weltkrieg als einziges mitteleuropäisches Land zu den zehn an den stärksten entwickelten Industriestaaten der Welt. Der heutige Kaufkraftstandard Tschechiens nähert sich dem EU-Durchschnitt an. Die Arbeitslosenquote ist mit 2,0 Prozent die niedrigste der Europäischen Union.

Gründe für das ‚Wirtschaftswunderland‘ Tschechien mit seiner beinahe Vollbeschäftigung sind zum einen das ausgezeichnete Bildungssystem und zum anderen der Historie bedingt. Da der Großteil der Schülerinnen und Schüler die Schule mit einem mittleren Bildungsabschluss beenden, studieren oder eine Berufsausbildung machen, ist dadurch auch die Jugendarbeitslosigkeit niedrig. Schon in der österreichisch-ungarischen Monarchie ist Tschechien einer der wirtschaftlich erfolgreichsten Landesteile gewesen, auch im Kommunismus galt es innerhalb des Ostblocks als industrieller Ballungsraum.

3. Europäische Erweiterung: Ja oder nein?

Trotz der angesprochenen aufkeimenden Skepsis ist man sich in Tschechien der äußerst positiven Reformentwicklung im Rahmen des EU-Beitritts bewusst. Der Regierung ist es deshalb ein besonderes Anliegen, diese Erfahrungen an noch außenstehende Beitrittskandidaten weiterzugeben. In der Erweiterungspolitik sieht man generell das beste Instrument, um Stabilität und Wohlstand zu verbessern. Die Beitrittsperspektive würde die Transformation und Angleichung an europäische Werte und Standards vorantreiben.

Grundsätzlich ist Tschechien auch auf bilateraler Ebene darauf bedacht, seine Beziehungen zu den mittel- und osteuropäischen Nachbarstaaten zu intensivieren. Neben der konkreten Unterstützung bestimmter Beitrittskandidaten, setzt sich Tschechien auch für eine aktive europäische Nachbarschaftspolitik der Länder ein, die in absehbarer Zeit keine Beitrittsperspektive haben.

Seine Beziehungen zum Balkan hat Tschechien in letzter Zeit intensiviert. Nach Ende des Balkankrieges hat die Tschechische Republik die gute Ausgangsposition zur Wiederaufnahme der intensiven Handelsbeziehungen in diese Region genutzt. Auch auf politischer und sicherheitspolitischer Ebene ist das Land an multilateralen Initiativen, wie dem Stabilitätspakt für Südosteuropa und der SFOR-Truppe (bis 2001), beteiligt. Die Unterstützung der Region ist ein prioritäres Anliegen der tschechischen Außenpolitik, von konkreten Beitrittsperspektiven dieser Region, ist jedoch noch nicht die Rede.

4. Besondere Beziehungen und Positionen zu den beitriftswilligen Ländern

Im Hinblick auf die Anerkennung **Kosovos** war die tschechische Regierung eher zurückhaltend. Tschechien sah es als dringend notwendig an, dass die Staaten der Europäischen Union gemeinsam entscheiden, wie in dieser Frage vorzugehen ist. Die Position Serbiens in Bezug auf diese Resolution ist für Tschechien nachvollziehbar, auch wenn die Europäische Union in ihrer Gesamtheit ein unabhängiges Kosovo unterstützen wird. Für Tschechien ist es trotzdem wichtig, dass **Serbien** nicht auf diese Entwicklung reduziert wird. Vielmehr sollte es umso mehr in

die Überlegungen zu weiteren Beitritten einbezogen und, sofern dies von der serbischen Regierung gewollt ist, in diese Richtung gefördert zu werden.

Im Falle von **Montenegro** und **Nord-Mazedonien**, die in Ihren Augen am weitesten fortgeschritten sind, unterstützen Sie die Integration in europäische Strukturen. Dies kann je nach Entwicklung auf beiden Seiten mit oder jenseits einer Vollmitgliedschaft erfolgen.

Ähnlich ist Ihre Position gegenüber dem Beitrittsersuchen der **Türkei**. Sind alle Kriterien erfüllt, stehen Sie der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen nicht im Wege. Bereits innerhalb der NATO ist ein enges Bündnis mit der Türkei von wichtiger Bedeutung für die Sicherheit. Wegen des mangelnden Fortschritts können Sie sich einen tatsächlichen Beitritt des Landes zur EU momentan nur in ferner Zukunft am Ende eines langen Anpassungsprozesses vorstellen.

5. Kopenhagener Kriterien

Die Kopenhagener Kriterien sind für Tschechien essenziell. Eine Beitrittsoption soll nur denjenigen Ländern eröffnet werden, die unmissverständlich die Kopenhagener Kriterien erfüllen.

Dazu zählen nicht nur die politischen und wirtschaftlichen Kriterien, also die institutionelle Stabilität und eine funktionsfähige Marktwirtschaft, die Ihnen bei der Erfüllung besonders wichtig sind. Auch das sogenannte Acquis-Kriterium, also die Fähigkeit, sich die Verpflichtungen und Ziele, die sich aus der EU-Mitgliedschaft ergeben, zu eigen zu machen, darf nicht vernachlässigt werden.

6. Taktik

Als Vertreterin/Vertreter der tschechischen Regierung sprechen Sie sich generell für die Fortsetzung der europäischen Erweiterung zur Sicherung von Wohlstand und Stabilität aus, betonen aber die Bedeutung der Kopenhagener Kriterien.

Ihr Engagement für eine Stabilisierung der Verhältnisse des westlichen Balkans setzen Sie unvermindert fort. Allerdings vermeiden Sie es, eine konkrete Beitrittsperspektive auszusprechen, verweisen Sie deswegen immer wieder auf die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien. Nach der Unabhängigkeitserklärung Kosovos, wollen Sie unbedingt einen guten Kontakt zu Serbien pflegen und versuchen, dem serbischen Staat einen Beitritt in die Europäische Union zu ermöglichen. Setzen Sie sich daher besonders für den Beitritt Serbiens ein.

Um Ihre Interessen durchzusetzen, stehen den Mitgliedern des Rats einige Mittel zur Verfügung:

- Sie nutzen insbesondere informelle Verhandlungen mit anderen Kollegen, weil Sie persönlich besonders gut überzeugen können.
- Sie versuchen, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse zu beeinflussen.
- Um die Unterstützung Ihrer Bevölkerung zu erhalten, starten Sie eine große Pressekampagne.
- Sie drohen, die Vorschläge der anderen Länder zu blockieren.
- Sie suchen so genannte „Paket-Lösungen“ (Sie machen in einem Bereich Zugeständnisse, um an anderer Stelle Ihre Interessen durchzusetzen), weil innerhalb der EU der Konsens wichtig ist!

Bedenken Sie: Nur mit einer gemeinsamen Entscheidung können die Mitglieder des Rats Europa auch in Ihrem eigenen Interesse voranbringen!



Ungarn (Magyarország)

Hauptstadt:	Budapest (1,752 Mio. Einwohner)
Staatsform:	parlamentarische Demokratie
Fläche:	93 024 km ²
Einwohner:	9,781 Millionen
Einwohner/km²:	105
BIP/Einwohner (2017):	12 870 US-\$
Wachstumsrate (2017):	4,0 Prozent
Arbeitslosenquote (2017):	4,2 Prozent
Amtssprache:	Ungarisch
Religionen:	37 Prozent Katholiken, 12 Prozent Calvinisten, 2 Prozent Lutheraner, 0,1 Prozent Juden u.a., 17 Prozent konfessionslos, 27 Prozent k. A.
Ethnische Gruppen:	94 Prozent Ungarn, „Nationalitäten“: Armenier, Bulgaren, Deutsche, Griechen, Kroaten, Polen, Roma, Rumänen, Ruthenen, Serben, Slowaken, Slowenen und Ukrainer, Ausländeranteil (2017): 1,5 Prozent
Beitritt zur EG/EU:	2004
Pressefreiheit (2019):	89. Platz weltweit
CPI/Korruptionsindex (2019):	70. Platz weltweit
Human Developm. Index (2019):	43. Platz weltweit
Staatsoberhaupt:	János Áder
Regierungschef:	Viktor Mihály Orbán
Weitere Informationen:	http://www.mfa.gov.hu/kulkepvisolet/de/de

Quelle u.a.: Der Neue Fischer Weltalmanach 2019



1. Zu Ihrer Rolle

Sie sind Außenminister/in aus Ungarn. Die Ministerinnen oder Minister aus den Mitgliedstaaten müssen die Interessen Ihres Landes bedenken, während sie auf der Suche nach einer gemeinsamen Position im Rat sind. Sie müssen eine Strategie finden, um Ihre Positionen umsetzen zu können, ohne die Regeln der Diplomatie zu verletzen. Daher ist es sehr empfehlenswert, Kontakte zu anderen Ministerkolleginnen und Ministerkollegen oder Abgeordneten aus dem Europäischen Parlament zu knüpfen, um deren Position herauszufinden und so die Chancen zu erhöhen, Verbündete für die eigenen Ziele zu gewinnen.

2. Ungarn im Überblick

Ungarn hat ca. 9,7 Mio. Einwohner und befindet sich in Mitteleuropa. Es grenzt an insgesamt sieben Nachbarstaaten (im Norden an die Slowakei, im Osten an die Ukraine und Rumänien, im Süden an Serbien und Kroatien sowie im Westen an Slowenien und Österreich), wovon zwei zu den beitragswilligen Ländern zählen. Das Land ist seit 2004 Mitglied der Europäischen Union, der Euro ist als Währung jedoch noch nicht eingeführt worden.

Ungarn hat sich schon in den Siebziger- und Achtzigerjahren vom autoritären, sozialistischen System gelöst. Seit Mitte der Achtzigerjahre hat sich eine politische Demokratie entwickelt, und das Land hat den friedlichen Übergang vom sozialistischen Einparteiensystem hin zu einem pluralistischen Mehrparteiensystem geschafft.

a. **Aktuelle außenpolitische Lage**

Seit 1999 ist Ungarn Mitglied der NATO. Sie legen großen Wert auf ein gutes Verhältnis zu Ihren Nachbarstaaten (Rumänien, Slowakei, Ukraine) und auf die Unterstützung der dort lebenden ungarischen Minderheiten (insgesamt ca. 2,5 Mio. Ungarn). Seit 2011 ist es für diese Menschen möglich, die ungarische Staatsangehörigkeit zu beantragen, unabhängig von einem Wohnsitz in Ungarn. Seit 2014 dürfen sie ebenfalls an den Wahlen zur ungarischen Nationalversammlung teilnehmen. Darüber hinaus baut Ungarn seine wirtschaftlichen Beziehungen zu den Nachbarstaaten, besonders zu den beitragswilligen Staaten, intensiv aus. Zahlreiche ungarische Großunternehmen engagieren sich mit beträchtlichen Investitionen aktiv in den Ländern der Balkanregion. Auch die Infrastrukturverbindungen, besonders die Autobahnverbindungen, zu den Nachbarn baut Ungarn aus. Es betrachtet sich dabei als führende regionale Logistikkreuzung in Mittel-Ost-Europa.

b. **Aktuelle innenpolitische Lage**

2010 gewann Viktor Orbáns Partei die Wahl in Ungarn. Seitdem steht er immer wieder in der Kritik die Demokratie seines Landes stückweise zu demontieren, unter anderem wegen der 2011 durchgeführten Verfassungsänderung. Die Möglichkeiten der Verfassungsklage wurden stark eingeschränkt. Künftig wird diese Klagemöglichkeit nicht mehr den einzelnen Bürgerinnen und Bürgern zustehen, sondern nur noch der Regierung, dem Staatspräsidenten oder einer Mehrheit im Parlament.

Mit seiner Ablehnung eines im Jahr 2015 im Ministerrat getroffenen Beschlusses zur Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der Europäischen Union, der in seiner Wirksamkeit vom Europäischen Gerichtshof in Luxemburg bestätigt wurde, verstößt Ungarn offen gegen das Recht der Europäischen Union. Die Migration ist für Ungarn ein sehr wichtiges Thema.

Ungarn wird in Bezug auf Einschränkungen der Freiheit der Pressearbeit ausdrücklich gerügt. Ein umstrittenes Mediengesetz, welches zur staatlich kontrollierten „ausgewogenen Berichterstattung“ verpflichtet, wurde zumindest insoweit wieder gelockert, dass Blogs, Internetmedien sowie ausländische Medienanbieter von der

Pflicht und der damit verbundenen Strafandrohung ausgenommen worden sind. Rechtsstaat und bürgerliche Freiheiten stehen in Ungarn aktuell auf verlorenen Posten.

Die innenpolitischen Veränderungen, die durch die derzeitige ungarische Regierung angestrebt werden, sieht die Europäische Union ausgesprochen kritisch. Durch die Maßnahmen der ungarischen Regierung werden, so die Ansicht der Europäischen Kommission, fundamentale Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union verletzt.

c. Wirtschaftliche Lage

Ungarn gehört mit seinem geringen BIP zu den ärmeren Ländern der EU. Allerdings boomt die Bauwirtschaft seit Jahren und somit erzielte Ungarn 2019 das zweitstärkste Wirtschaftswachstum hinter Malta. Auch für die nächsten Jahre wird eine stetig wachsende Wirtschaft prognostiziert. In Folge von Steuererleichterungen, Betriebskostensenkungen, einer niedrigen Arbeitslosigkeit (ca. 3,4 Prozent, 2019) und steigenden Löhnen ist der private Konsum stark angestiegen und somit einer der wichtigsten Wachstumstreiber. Durch EU-Fördermittel und Investitionen konnte die ungarische Wirtschaft stark angekurbelt werden.

3. Europäische Erweiterung: Ja oder nein?

Ungarn hat durch seine geographische Lage – das Land hat Außengrenzen zu zwei der möglichen neuen Beitrittskandidaten (Serbien und Montenegro) – ein besonderes Interesse an der neuen Erweiterungsrunde. Ungarn hatte sich auch stets mit Nachdruck für den EU-Beitritt von Rumänien und Bulgarien eingesetzt. Grundsätzlich verspricht sich Ungarn von der möglichst raschen und engen Anbindung seiner Nachbarn an die EU eine anhaltende Stabilisierung der gesamten Region und damit Sicherheit an den eigenen Grenzen. Diese Stabilitäts- und Sicherheitsinteressen des Landes und das Bedürfnis, die teilweise historisch belasteten Beziehungen zu den Nachbarstaaten zu verbessern, sind ein elementarer Beweggrund der ungarischen Erweiterungspolitik.

Sie können aus Ihrer Sicht von der Integration Ihrer Nachbarländer auf dem Balkan in die EU nur profitieren. In der jetzigen Situation ist ein großer Teil Ihrer Landesgrenze auch EU-Außengrenze, was große Herausforderungen im Bereich der Grenzsicherung, der Bekämpfung der illegalen Migration und des organisierten Verbrechens mit sich bringt. Außerdem werden durch die strenge Sicherung der EU-Grenzen einige Ihrer traditionell gewachsenen, bilateralen Beziehungen zu den Nachbarländern erschwert. Allgemein argumentieren Sie deshalb, dass eine Ausgrenzung bestimmter Nachbarstaaten destabilisierende Wirkung auf die ganze Region habe und damit auch zur Gefahr für die EU selbst werden kann. Werben Sie dafür, dass eine Einbindung oder ein Beitritt dieser Länder Vorteile in vielen Bereichen, wie der Verbrechensbekämpfung und der Einwanderungspolitik hat, und damit ein Plus an Stabilität und Sicherheit für Europa bringt.

4. Besondere Beziehungen und Positionen zu den beitragswilligen Ländern

Das besondere Verhältnis Ungarns zu seinem Nachbarn **Serbien** spielt eine große Rolle. Die Beziehungen zwischen den beiden Ländern waren in der Vergangenheit nicht immer unproblematisch. Ein großer Streitpunkt sind dabei auch heute noch die Rechte der in Serbien lebenden ungarischen Minderheit. In diesem Zusammenhang erhofft sich Ungarn durch einen EU-Beitritt des Nachbarlandes auch eine europäische Lösung für diesen historisch bedingten Konflikt. Die Durchsetzung europäischer Werte und Normen sowie eine Verstärkung der wirtschaftlichen Verflechtungen, sollen die Spannungen entschärfen und eine gemeinsame praktische Lösung möglich machen. Sie setzen sich sehr deutlich dafür ein, dass die ungarische Minderheit in Serbien weiterhin ausreichende Garantien für Minderheitsrechte und politische Partizipation erhält. Außerdem pochen Sie auf die vertragliche Verpflichtung der Beitrittskandidaten zur Einhaltung bestimmter Umweltstandards.

Mit Blick auf die weiteren Balkanstaaten plädieren Sie für eine baldige Annäherung an die EU, um demokratische Reformen und regionale Stabilität voranzutreiben. Im Falle der am weitesten fortgeschrittenen Länder **Montenegro** und **Nord-Mazedonien**, bedeutet das für Sie, sobald wie möglich mit den Beitrittsverhandlungen zu beginnen und keine neuen Hürden durch zusätzliche Kriterien aufzubauen.

Die **Türkei** ist für Ungarn ein Verbündeter und Freund und man schätzt insbesondere deren Wert für die europäische Sicherheit. Die freundschaftlichen Beziehungen fokussieren sich vor allem auf die Wirtschaft, aber auch auf den Kampf gegen Terrorismus. Ungarn kann von der Türkei Unterstützung bei dem Bau einer Gasleitung erwarten, wenn es die Türkei weiterhin bei einem möglichen EU-Beitritt unterstützt. Ungarn verteidigt die Türkei sogar vor, aus deren Sicht, respektlosen Maßregelungen aus Brüssel über den Zustand der Demokratie. Statt die Türkei zu kritisieren sollte man sich auf die Lösung der wichtigen Probleme, wie der Migrationskrise, konzentrieren. Orban forderte mehr Ehrlichkeit mit der Türkei. Es könne nicht sein, dass man als EU den Willen zu Beitrittsverhandlungen einerseits zeigt und andererseits einige große Mitgliedstaaten deutlich sagen, dass man die Türkei als Mitglied nie akzeptieren wird. Wenn die EU in der Zukunft global mehr Einfluss haben wolle, müsse man eine Form von strategischer Zusammenarbeit mit der Türkei finden.

Aus dem Interesse heraus insbesondere den Westbalkan zu stärken, um damit den Migrationsdruck zu lindern, kritisiert Ungarn die vorherige Kommission für die mangelnden Fortschritte bei der Erweiterung. Man ist der Meinung, dass Europa mit jedem weiteren Mitglied stärker wird, insbesondere wenn dadurch Grenzregionen integriert werden. In der derzeitigen Flüchtlingssituation ruft Ungarn Brüssel dazu auf, einen neuen realitätsnahen Deal mit der Türkei zu Stande zu bringen, um Flüchtlinge und Migranten an der Einreise in die EU zu hindern.

5. Kopenhagener Kriterien

Für Sie steht die Sicherheit der europäischen Außengrenzen im Fokus. Natürlich müssen die Kopenhagener Kriterien eingehalten werden. Es geht aber auch darum, den Reformwillen der beitragswilligen Staaten zu unterstützen und sie im laufenden Prozess an die Einhaltung der Kriterien heranzuführen.

6. Taktik

Setzen Sie vor allem auf eine Allianz mit anderen Staaten Mittel- und Osteuropas im Ministerrat. Diese haben vielleicht ein ähnliches Interesse am Schutz der Außengrenzen der EU und ähnliche Herausforderungen mit einer Bevölkerung, die der Zuwanderung kritisch gegenübersteht. Versuchen Sie Paketlösungen zu erzielen (Sie machen in einem Bereich Zugeständnisse, um an anderer Stelle Ihre Interessen durchzusetzen), denn an vielen Stellen – gerade beim Thema Zuwanderung - sind Sie nicht zu Kompromissen bereit.

Um Ihre Interessen durchzusetzen, stehen den Mitgliedern des Rats einige Mittel zur Verfügung:

- Sie nutzen insbesondere informelle Verhandlungen mit anderen Kollegen, weil Sie persönlich besonders gut überzeugen können.
- Sie versuchen, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse zu beeinflussen.
- Um die Unterstützung Ihrer Bevölkerung zu erhalten, starten Sie eine große Pressekampagne.
- Sie drohen, die Vorschläge der anderen Länder zu blockieren.
- Sie suchen so genannte „Paket-Lösungen“ (Sie machen in einem Bereich Zugeständnisse, um an anderer Stelle Ihre Interessen durchzusetzen), weil innerhalb der EU der Konsens wichtig ist!

Bedenken Sie: Nur mit einer gemeinsamen Entscheidung können die Mitglieder des Rats Europa auch in Ihrem eigenen Interesse voranbringen!



Zypern (Kypros – Kibris)

Hauptstadt:	Nikosia (244 200 Einwohner)
Staatsform:	Republik, PräsidiRenew Europemokratie
Fläche:	5 365 km ²
Einwohner:	853 000
Einwohner/km²:	159
BIP/Einwohner (2017):	23 719 US-\$
Wachstumsrate (2017):	3,9 Prozent
Arbeitslosenquote (2017):	11,1 Prozent
Amtssprachen:	Griechisch, Türkisch
Religionen (ohne TRNC):	89 Prozent orthodoxe Christen, 3 Prozent Katholiken, 2 Prozent Protestanten 2 Prozent Muslime, 1 Prozent Buddhisten, Ausländeranteil (2017): 16,4 Prozent
Beitritt zur EG/EU:	2004
Pressefreiheit (2019):	27. Platz weltweit
CPI/Korruptionsindex (2019):	41. Platz weltweit
Human Developm. Index (2019):	31. Platz weltweit
Staats- und Regierungschef:	Nikos Anastasiadis
Weitere Informationen:	www.mfa.gov.cy/mfa/embassies/berlinembassy.nsf

Quelle u.a.: Der Neue Fischer Weltalmanach 2019



1. Zu Ihrer Rolle

Sie sind Außenminister/in aus Zypern. Die Ministerinnen oder Minister aus den Mitgliedstaaten müssen die Interessen Ihres Landes bedenken, während sie auf der Suche nach einer gemeinsamen Position im Rat sind. Sie müssen eine Strategie finden, um Ihre Positionen umsetzen zu können, ohne die Regeln der Diplomatie zu verletzen. Daher ist es sehr empfehlenswert, Kontakte zu anderen Ministerkolleginnen und Ministerkollegen oder Abgeordneten aus dem Europäischen Parlament zu knüpfen, um deren Position herauszufinden und so die Chancen zu erhöhen, Verbündete für die eigenen Ziele zu gewinnen.

2. Zypern im Überblick

Der im östlichen Mittelmeer gelegene Inselstaat Zypern stellt einen Knotenpunkt zwischen Europa, Asien und Afrika dar, der für die EU von Bedeutung ist. Das Land hat eine sehr alte Kultur und spielte seit dem 10. Jahrhundert immer wieder die kulturelle und wirtschaftliche Mittlerrolle zwischen den Kontinenten. Auf Zypern wechselten sich islamische und christliche Herrscher ab. Im Zuge des russisch-türkischen Kriegs übernahm Großbritannien 1878 die Verwaltung Zyperns. Von 1925 bis 1960 war Zypern eine britische Kronkolonie.

Der Norden Zyperns wurde 1974 in Folge von Streitigkeiten über Besitzansprüche zwischen Griechenland und der Türkei von türkischen Streitkräften besetzt. Die Insel ist seitdem geteilt. Die Republik Zypern und damit faktisch nur der südliche Teil der Insel, ist seit 2004 Mitglied der EU. Um dem Land die Möglichkeit zu geben, wiedervereinigt der Europäischen Union beizutreten, wurde beschlossen, im Vorfeld des Beitritts in beiden Teilen der Insel diesbezüglich eine Volksbefragung durchzuführen. Der Plan scheiterte 2004 nach den zwei getrennten Volksabstimmungen, aufgrund der Ablehnung durch die Griechen im Süden der Insel.

a. **Aktuelle außenpolitische Lage**

Zypern besitzt eine besondere Beziehung zu Russland. Russische Staatsangehörige sind als Investoren, Einwanderer und Touristen sehr wichtig.

Seit 1987 gilt ein US-Waffenembargo gegen Zypern. Es wurde seinerzeit gegen die gesamte Insel verhängt mit dem Ziel, eine friedliche Lösung im Zypern-Konflikt zu fördern. Die Auflösung dieses Embargos gilt als sicher und stellt für die Türkei eine enorme Provokation dar. Die Türkei warnte die USA vor einer Aufhebung des Waffenembargos gegen Zypern. Das würde eine „gefährliche Eskalation“ darstellen, erklärte das türkische Außenministerium. Die Entscheidung der USA werde zudem die Bemühungen um eine Einigung auf der Insel behindern.

Auch wirtschaftliche Interessen sorgen für böses Blut. Seit der Entdeckung milliardenschwerer Gasvorkommen vor der Küste Zyperns gibt es Streit um ihre Ausbeutung. Sowohl die Republik Zypern als auch die Türkei erheben Anspruch auf das Seegebiet. Bei den Anrainern Griechenland und Ägypten – ebenfalls beides US-Verbündete – stößt das auf Protest, da sie ihre eigenen Ansprüche verletzt sehen. Die EU, die in dem Streit ihre Mitgliedstaaten Zypern und Griechenland unterstützt, verurteilte die Einmischung der Türkei und verhängte Sanktionen gegen das Land. Der Streit mit der Türkei birgt auch ein Risiko für eine ganzheitlich schlechte Beziehung der EU zur Türkei.

b. **Aktuelle innenpolitische Lage**

Zyperns Regierung hat die Mitgliedstaaten der Europäischen Union um die Übernahme von 5.000 Schutzsuchenden gebeten. Die Insel benötigt dringend Soforthilfe, da es so viele Ankünfte gibt wie nie zuvor. Zypern hat seit 2016 die höchste Pro-Kopf-Zahl von Erstanträgen auf Asyl in der EU. Gemessen an der

Einwohnerzahl haben in Zypern 2018 im europäischen Vergleich die meisten Menschen Asyl beantragt. Der Statistikbehörde Eurostat zufolge waren es 7.615 Menschen und damit 70 Prozent mehr als im Vorjahr. Gut ein Viertel von ihnen waren Syrer. Insgesamt beantragten 2018 580.800 Menschen erstmals Asyl in der EU. Knapp 7.000 Personen haben in der ersten Hälfte von 2019 Asyl beantragt. Die Möglichkeiten und Ressourcen, die Menschen zu versorgen, sind mehr als erschöpft und es steigt das Risiko, denjenigen, die wirklich Schutz brauchen, nicht helfen zu können. Die EU plant die finanzielle und andere Unterstützung für Zypern zu verstärken.

Zuletzt 2020 hatten die südeuropäischen Länder bei einem Treffen in Valletta zu einer gerechteren Verteilung von Geflüchteten innerhalb der EU aufgerufen. Es müsse „eine effektive Umsetzung des Prinzips der Solidarität und der fairen Lastenverteilung unter den Mitgliedstaaten“ sichergestellt werden, forderten die Staats- und Regierungschefs aus Italien, Frankreich, Spanien, Portugal, Griechenland, Zypern und Malta. Die Flüchtlingssituation ist für Zypern eine sehr große Herausforderung.

c. Wirtschaftliche Lage

Unter den neuen Mitgliedstaaten der EU nimmt die Republik Zypern hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eine Spitzenstellung ein. Zyperns Wirtschaftswachstum liegt bei 82 Prozent des EU-Durchschnitts und überflügelt damit sogar die EU-Mitgliedstaaten Griechenland, Portugal und Spanien. Außerdem ist das Wachstum fünfmal so hoch wie in Nordzypern, das wirtschaftlich in hohem Maße von der Türkei abhängig ist.

Wichtige Wachstumsmotoren sind der Privatkonsum mit einem prognostizierten Anstieg um 2,7 Prozent (2020) und der Investitionsschub in der Bau- und Tourismusbranche, der für mehr Beschäftigungsangebote sorgt und die Beschäftigungsquote auf ca. 70,5 Prozent (2019) steigert.

3. Europäische Erweiterung: Ja oder nein?

Die aktuelle Erweiterungsrunde ist für Zypern von vitalem Interesse, da mit der Türkei eine „Besatzungsmacht“ der Insel auf der Kandidatenliste steht. Erwartungsgemäß steht die zypriotische Regierung einem Beitritt der Türkei eher skeptisch gegenüber oder stellt zumindest strenge Bedingungen. In Anbetracht der Tatsache, dass Entscheidungen über den Beitritt neuer Mitglieder zur EU einstimmig gefällt werden müssen, kommt dem Zypernproblem in möglichen zukünftigen Beitrittsverhandlungen auch auf europäischer Ebene hohe Bedeutung zu. Zypern wird in seiner Position oft von Griechenland unterstützt, das ebenfalls mit der Türkei über Hoheitsrechte in der Ägäis im Streit liegt.

4. Besondere Beziehungen und Positionen zu den beitrittswilligen Ländern

Zypern unterstützt die Beitrittsbestrebungen der **Türkei**, solange diese als Beitrittskandidat die Souveränität Zyperns anerkennt und alle Bedingungen erfüllt. Man hatte gehofft, dass die Beitrittsperspektive die Beziehungen positiv beeinflussen könnte. In dieser Hinsicht wurden bisher keine Fortschritte gemacht. Es gibt weiterhin illegale Aktivitäten im Mittelmeer und Zypern wird kein freier Warentransport über die Türkei gewährt. Zypern erfährt überwiegend Solidarität in Europa. Wenn die Türkei den Forderungen nachkommen würde, könnte das den Beitrittsprozess erheblich vorantreiben, denn gleichzeitig bietet die mögliche Aufnahme der Türkei in die EU die Chance, das Erarbeiten einer Lösung und die Wiedervereinigung der Insel unter europäischem Druck zu beschleunigen oder überhaupt erst zu ermöglichen. Letzteres sollte auch in Ihrem Interesse liegen. Außerdem sollten Sie im Hinterkopf behalten, dass der letzte Wiedervereinigungsplan an der Ablehnung der griechischen Zyprioten gescheitert ist und deshalb nicht mit einer kompletten Blockadehaltung gegenüber der Türkei in die Verhandlungen gehen. Gleichwohl verlangen Sie von den Vertreterinnen und Vertretern der Türkei ein deutliches Entgegenkommen und Verständnis für die zypriotische Position.

Allerdings ist für Sie klar, dass ein Beitritt der Türkei, wenn überhaupt, nur unter der vorherigen Erfüllung einiger elementarer Bedingungen erfolgen kann.

Hinsichtlich der Staaten auf dem westlichen Balkan zeigt sich Zypern sehr moderat. Ein Beitritt dieser Staaten erscheint wahrscheinlich. Den Beitritt **Kosovos** hält die zypriotische Regierung allerdings nicht für möglich. Auch die Unabhängigkeit Kosovos erkennt Zypern nicht an. Gründe für diese Haltung sind sicherlich auch in der Angst zu sehen, dass der mehrheitlich von Türken bewohnte Nordteil der Insel im Falle einer Vereinigung weitere Rechte beanspruchen, oder sogar dauerhaft eine Anerkennung der Eigenstaatlichkeit verlangen könnte.

5. Kopenhagener Kriterien

Die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien allein ist für Sie nicht ausreichend. Für Sie steht vor allem die Lösung der Konfliktherde mit der Türkei im Vordergrund. Außerdem ist die Bewältigung der Flüchtlingsfrage für Sie ein großes Thema. Unterstützung in diesen Bereichen auch durch die beitrittswilligen Länder, käme Ihnen gelegen.

6. Taktik

An erster Stelle und als Voraussetzung schon für den Beginn von Beitrittsverhandlungen, fordern Sie die Anerkennung der Republik Zypern durch die Türkei. Ihre Argumentation ist hier klar: Es ist undenkbar, Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufzunehmen, solange Ankara einen der 27 EU-Mitgliedstaaten nicht anerkennt. Mit dieser Ausgangsposition gehen Sie in die Verhandlungen. Im Stillen ist Ihnen bewusst, dass eine solche offizielle Anerkennung für die Türkei einen enormen Schritt bedeutet. Als allerletzte Rückfallposition sollten Sie deshalb zumindest vorerst auch eine De-facto-Anerkennung akzeptieren. Eine solche faktische Anerkennung könnte z.B. durch die Ausdehnung der bisherigen Zollunion zwischen der Türkei und der EU auf die 2004 beigetretenen Mitgliedstaaten und damit auch auf Zypern erfolgen. Das käme faktisch einer staatlichen Anerkennung Zyperns gleich, erspart der Türkei jedoch die öffentliche Demütigung.

Um Ihre Interessen durchzusetzen, stehen den Mitgliedern des Rats einige Mittel zur Verfügung:

- Sie nutzen insbesondere informelle Verhandlungen mit anderen Kollegen, weil Sie persönlich besonders gut überzeugen können.
- Sie versuchen, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse zu beeinflussen.
- Um die Unterstützung Ihrer Bevölkerung zu erhalten, starten Sie eine große Pressekampagne.
- Sie drohen, die Vorschläge der anderen Länder zu blockieren.
- Sie suchen so genannte „Paket-Lösungen“ (Sie machen in einem Bereich Zugeständnisse, um an anderer Stelle Ihre Interessen durchzusetzen), weil innerhalb der EU der Konsens wichtig ist!

Bedenken Sie: Nur mit einer gemeinsamen Entscheidung können die Mitglieder des Rats Europa auch in Ihrem eigenen Interesse voranbringen!

Steckbrief: Beitrittswilliges Land Albanien



Albanien (Republika e Shqipërisë) (Kurzform: Shqipëria)

Hauptstadt:	Tirana (418 495 Einwohner)
Staatsform:	Parlamentarische Republik
Fläche:	28 748 km ²
Einwohner:	2,873 Millionen
Einwohner/km²:	100
BIP/Einwohner (2017):	4 320 US-\$
Wachstumsrate (2017):	3,8 Prozent
Arbeitslosenquote (2017):	13,9 Prozent
Währung:	Albanischer Lek
Amtssprache:	Albanisch
Religion:	57 Prozent Muslime, 10 Prozent Katholiken, 7 Prozent Orthodoxe, 2 Prozent Anhänger des Bektaschi-Ordens
Ethnischen Gruppen:	über 95 Prozent Albaner (Tosken und Gegen), Minderheiten von Griechen, Aromunen, Mazedoniern, Montenegrinern und Roma
Pressefreiheit (2019):	84. Platz weltweit
CPI/Korruptionsindex (2019):	106. Platz weltweit
Human Developm. Index (2019):	69. Platz weltweit
Staatsoberhaupt:	Ilir Meta
Regierungschef:	Edi Rama
Weitere Informationen:	http://ambasadat.gov.al/germany/

Quelle u.a.: Der Neue Fischer Weltalmanach 2019

Beitrittswilliges Land Albanien



1. Zu Ihrer Rolle

Sie sind Delegierte/Delegierter Albanien bei den Verhandlungen mit der EU. Sie streben den schnellstmöglichen EU-Beitritt Ihres Landes an. Auf nachfolgende Daten aus Geschichte, Politik und Wirtschaft Ihres Landes können Sie bei den Verhandlungen zurückgreifen. Dieses Rollenpapier wird Ihnen einen Überblick über die Lage im Land geben, Ihnen Probleme und Herausforderungen aufzeigen. Ebenso finden Sie einen Text zu Lösungsansätzen. Mit den abschließenden Fragen sollten Sie Ihre Gedanken sortieren und sich gezielt auf die Verhandlungen vorbereiten.

2. Albanien im Überblick

Albanien ist ein Staat in Südosteuropa. Er grenzt im Norden an Montenegro und Kosovo, im Osten an Mazedonien sowie im Süden an Griechenland. Die natürliche Westgrenze wird durch die Küsten der Adria und des Ionischen Meeres gebildet, wodurch das Land zu den Anrainerstaaten des Mittelmeers zählt. Mit einer Fläche von 28.748 Quadratkilometern ist Albanien etwas kleiner als Belgien und hat mit ca. 2,8 Millionen Einwohnern deutlich weniger Bevölkerung als der Ballungsraum von Berlin.

Während des Zweiten Weltkriegs stand Albanien bis zur Befreiung 1944 unter faschistischer Fremdherrschaft der Italiener. Danach wurde unter Enver Hoxha eine kommunistische Diktatur errichtet, während der man sich zunächst mit der Sowjetunion und später mit der Volksrepublik China verbündete. Nach einer zunehmenden Selbstisolation wurde das kommunistische Regime 1990 gestürzt.

Nach dem Sturz des kommunistischen Regimes verlief der Prozess der Annäherung an Westeuropa zunächst nur schleppend und ohne große Erfolge. Das Land wurde in die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) aufgenommen. Die Demokraten unter Sali Berisha übernahmen die Regierung 1992 und leiteten Reformen ein.

a. **Aktuelle innenpolitische Lage**

1991 wurden die ersten freien Wahlen abgehalten und ein Mehrparteiensystem eingeführt. Mit dem so genannten Lotteriaeufstand 1997 jedoch, ging der Zusammenbruch der staatlichen Strukturen einher. Die Verbindungen zwischen organisierter Kriminalität, Politik und sogenannten Pyramidenfirmen (Schneeballsysteme) sind bis heute nicht geklärt. 1998 wurde eine neue Verfassung durch Volksabstimmung angenommen. Albanien unterzeichnete 2006 als wichtigen Schritt hin in Richtung EU das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) mit der Europäischen Union. In Kraft getreten ist dieses Abkommen am 1. April 2009.

Die Kommunisten hatten von 1968 bis 1990 in Albanien jegliche Religionsausübung verboten. Auch während des Verbots hielten viele Familien an ihrem Glauben und ihren Traditionen fest. Viele wählten aber auch das Christentum als Religion, weil es kulturell mit dem Westen verbunden ist. Wie schon vor dem Religionsverbot ist

die gegenseitige Akzeptanz und Toleranz unter den Anhängern der alteingesessenen Religionen sehr hoch. Zum Teil werden religiöse Feste gemeinsam gefeiert und auch religiöse Stätten anderer Gemeinschaften aufgesucht.

Nach der Wende von 1990 kam es durch Auswanderung auf der einen und Binnenwanderung auf der anderen Seite zu umfassenden demografischen Verschiebungen. Hunderttausende Albaner wanderten nach Italien, Griechenland, in andere Staaten der EU und nach Nordamerika aus, während die Hauptstadt Tirana einen enormen Anstieg der Bevölkerung erlebten. Das Land und viele Kleinstädte verödeten dagegen regelrecht.

Mit etwa 3,2 Prozent bilden Griechen die zahlenmäßig größte Minderheit in Albanien, welche bereits zu kommunistischen Zeiten anerkannt war. Die Gruppe hat keinerlei Nachteile im Alltag, vor allem im Süden können Behördengänge auf Griechisch angegangen werden. Die Minderheit der Roma dagegen, dessen Anteil auf 3 Prozent geschätzt werden kann, leben größtenteils in Armut. Die häufig im Norden lebenden kleineren Gruppen von Serben, Montenegrinern oder Goranern wurden lange nicht als Minderheiten anerkannt, sondern waren Opfer von Assimilationspolitik. Erst seit 2004 erkennt Albanien die Existenz dieser Gruppen an. Außerdem leben etwa 20.000 Mazedonier im Osten des Landes und in der Grenzregion zu Nord-Mazedonien.

b. Aktuelle außenpolitische Lage

Der Beitritt zur NATO im Jahr 2009 gilt als der größte außenpolitische Erfolg. Albanien unterstützt regelmäßig die Position der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Das Land ist Mitglied in den Vereinten Nationen und im Europarat.

Die Innenminister der EU-Mitgliedstaaten beschlossen am 08.11.2010, für Bürgerinnen und Bürger Albanien die Visumpflicht für Kurzaufenthalte in der EU abzuschaffen. Die Voraussetzung ist ein biometrischer Pass.

c. Wirtschaftliche Lage

Noch immer ist rund ein Drittel der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig. Der Tourismus entwickelt sich nur sehr langsam. Das Wirtschaftswachstum entwickelt sich nur schleppend.

Auch wenn nach Anfang der 2010er die offizielle Zahl der Arbeitslosen im Verhältnis auf 14 Prozent stark gesunken ist, geben diese offiziellen Zahlen nicht annähernd den hohen Grad der Unterbeschäftigung auf dem albanischen Arbeitsmarkt wieder.

Wichtigste Außenhandelspartner sowohl bei Importen als auch bei Exporten sind – in dieser Reihenfolge – Italien, Griechenland und Deutschland. Danach folgen vor allem weitere Balkanländer.

3. Herausforderungen

Zwar machen die Privatisierung und der Ausbau des rechtlichen Rahmens weitere Fortschritte, gleichwohl bestehen weiterhin gravierende strukturelle Probleme: Das Wirtschaftswachstum beruht zum großen Teil auf Überweisungen der internationalen Geber und der im Ausland lebenden Albaner sowie auf Bautätigkeit zwecks Geldwäsche aus illegalen Einkommen.

Eines der größten Probleme des Landes ist die sich langsam entwickelnde Infrastruktur. Transportwege sind meist schlecht, die Wasserversorgung war auf dem Lande oft auf wenige Stunden pro Tag beschränkt, und Stromausfälle gehören bis heute insbesondere in den Wintermonaten zum Alltag. Diese Umstände halten nicht nur ausländische Investoren fern, sondern machen es auch inländischen Unternehmen unmöglich, produktiv und kostengünstig tätig zu sein.

Das Wirtschaftswachstum gründet sich insbesondere auf eine anhaltende Aktivität der Bauindustrie, da Gelder aus Mangel an Alternativen hauptsächlich in Immobilien angelegt werden. Darüber hinaus spielen Kleingewerbe

und Dienstleistungen eine wichtige Rolle. Die Landwirtschaft hat nach wie vor einen bedeutenden Anteil am Bruttoinlandsprodukt. Die Produktivität in der Landwirtschaft ist nach wie vor gering. Hauptprobleme sind der Mangel an Kapital für Investitionen in Maschinen, Anlagen und die Erhaltung bzw. die Einführung von Qualitätsstandards.

Das zentrale Problem ist jedoch der illegale Handel von Drogen in die EU hinein, von dem viele Menschen in Albanien wirtschaftlich profitieren. Zum einen werden Drogen aus Südamerika nach Europa über Albanien geschmuggelt, zum anderen werden in Albanien großen Mengen Drogen angebaut und für den Markt in der EU aufbereitet.

Neben Vorwürfen des Stimmenkaufs bei Wahlen, bedarf es auch im Gerichtswesen dringender Reformen. Eine Art Justizblockade herrscht seit einigen Jahren und führt zu tiefer Zerrüttung zwischen Regierung und Opposition. Mit dem sogenannten Vetting Prozess – einer Prüfung der beruflichen Eignung einer Person – sollen vielen Richtern und Staatsanwälten der Zugang zum bereits kaputten System untersagt werden. Dies führt aber leider zu einer Verlangsamung bei der Bearbeitung von Fällen.

Die Regierung hat mit einem neueingeführten Onlinemediengesetz zur Kontrolle von Inhalten im Netz die Presse- und Meinungsfreiheit deutlich eingeschränkt. Dies spiegelt sich auch in den letzten Jahren immer wieder im Pressefreiheitsindex wider.

4. Ihre Argumente und Lösungsansätze (entlang der Kopenhagener Kriterien)

Die hier aufgeführten Informationen helfen Ihnen auf die wichtigsten Punkte der Kopenhagener Kriterien einzugehen und Argumente für den Kandidatenstatus zu formulieren.

a. Politik

Im politischen Bereich besteht weiterhin eine starke Polarisierung. Große Teile der Opposition haben ihre Mandate im Parlament aufgegeben, da sie Wahlbetrug befürchteten. Es wird aber angestrebt, dass sich diese Parteien wieder konstruktiv an den demokratischen Positionen beteiligen.

b. Verwaltung

Die Bemühungen wurden in mehreren verwandten Bereichen fortgesetzt, was zu einigen Fortschritten bei der Effizienz und Transparenz der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen führte. Die Konsolidierung dieser Errungenschaften sollte weiter voranschreiten, um eine effizientere, entpolitisierte und professionellere öffentliche Verwaltung zu gewährleisten.

c. Justizsystem

Die Umsetzung der umfassenden und gründlichen Justizreform wurde konsequent fortgesetzt, was insgesamt zu guten Fortschritten geführt hat. Die neuen Institutionen für die Selbstverwaltung der Justiz, der Hohe Justizrat, der Hohe Staatsanwaltschaftsrat und der Rat für die Ernennung von Richtern und Staatsanwälten wurden eingerichtet, was einen entscheidenden Schritt zur Stärkung der Unabhängigkeit und Rechenschaftspflicht der Justiz darstellt. Diese konkreten und glaubwürdigen Ergebnisse haben den Sektor erheblich gestärkt und die Unabhängigkeit, Unparteilichkeit, Professionalität und Rechenschaftspflicht der Justiz konsolidiert.

d. Antikorruption

Albanien verfügt über einen gewissen Grad an Vorbereitung im Kampf gegen die Korruption. Gute Fortschritte wurden insbesondere mit der Verabschiedung des neuen Aktionsplans 2018-2020 zur Umsetzung der sektorübergreifenden Strategie zur Korruptionsbekämpfung, den Änderungen des Gesetzes über die

Vermögenserklärung und -prüfung, des Gesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen sowie mit der Annahme des Verhaltenskodex für Parlamentsmitglieder erzielt. Die Einrichtung einer Task Force zur Korruptionsbekämpfung hat die Proaktivität der Verwaltungsuntersuchungen erhöht.

e. Kampf gegen organisiertes Verbrechen

Die Polizeioperationen zur Zerschlagung krimineller Organisationen wurden intensiviert. Mehrere Polizeieinsätze führten zu Mehrfachverhaftungen, und es kam zu einer Reihe wichtiger Anklagen und Verurteilungen. Die internationale polizeiliche Zusammenarbeit, insbesondere mit den EU-Mitgliedstaaten, wurde ebenfalls intensiviert, was zu einer Reihe erfolgreicher, groß angelegter Strafverfolgungsoperationen geführt hat. Albanien hat in den vergangenen Jahren stets ein starkes Engagement zur Bekämpfung der Produktion und des Handels mit Cannabis an den Tag gelegt.

f. Grundrechte

Was die Grundrechte anbelangt, so erfüllt Albanien insgesamt die internationalen Menschenrechtsinstrumente und hat seinen Rechtsrahmen im Einklang mit den europäischen Standards entwickelt. Menschenrechte, Minderheitenrechte und Eigentumsrechte, werden immer weiter ausgebaut.

g. Wirtschaft

Albanien hat bei der Schaffung einer funktionierenden Marktwirtschaft Fortschritte gemacht. Nun sind weitere beträchtliche Reformanstrengungen erforderlich, damit es langfristig dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standhalten kann. Die registrierte Arbeitslosigkeit ist zwar noch hoch, geht aber weiter zurück. Die sehr kritische Energieversorgung verhindert allerdings wirkliche Fortschritte auf diesem Gebiet.

Die Privatisierung der Wirtschaft geht immer weiter voran und steigert damit die Ökonomie. Mittlerweile ist Albanien wirtschaftlich sogar in die Reihe der Länder mit mittleren Einkommen aufgerückt. Um der Korruption entgegenzuwirken, gab es 2015 umfassende Steuer- und Justizreformen im Land.

Seit Inkrafttreten der Handelsbestimmungen des SAA (01.04.2006), nimmt außerdem die Investitionstätigkeit aus dem Ausland deutlich spürbar zu.

5. Taktik

In der Frage der Unabhängigkeit des Kosovo haben Sie diesen zu jeder Zeit unterstützt und wünschen sich ebenso einen raschen Beitritt des Kosovo zur Europäischen Union. Werben Sie bei Spanien, Griechenland, Zypern, Rumänien und der Slowakei für eine Anerkennung der staatlichen Unabhängigkeit des Kosovo als ersten Schritt in Richtung EU.

Werben Sie insbesondere bei Italien für Ihren Beitrittswunsch und erinnern Sie an eine historische Verantwortung des Landes.

Betonen Sie, dass die EU der wichtigste Handelspartner Albaniens ist: etwa 75 Prozent der Exporte des Landes gehen in die EU und umgekehrt importiert Albanien etwa zwei Drittel seiner Güter aus der EU. Das Land hat zudem eine positive Rolle bei der Aufrechterhaltung der Stabilität in der Region gespielt.

Gegner des Beitrittsprozesses sind zuweilen Frankreich, die Niederlande und Griechenland. Aus Paris und Den Haag wurden Stimmen lauter, dass Albaniens Arbeit im Bereich Demokratie und Antikorruptionsmaßnahmen noch nicht genügen würden. Bemühen Sie sich, die möglichen bilateralen Spannungen mit Griechenland zu adressieren.

6. Fragen

(Diese Fragen können aus dem Text beantwortet werden. Sie dienen zur Strukturierung Ihres Beitrittsgesuchs und sind Ihre Hilfe für die Verhandlungen!)

- Welche Fortschritte hat Albanien in Richtung EU-Beitritt gemacht?
- In Bezug auf welche Aspekte könnten kritische Rückfragen erfolgen und mit welchen Argumenten können Sie dem Begegnen?
- Auf welche positiven Entwicklungen kann Albanien vor dem Hintergrund seiner kommunistischen Vergangenheit zurückblicken?
- In welchen Bereichen gibt es bereits jetzt eine gute Zusammenarbeit mit der EU?
- In welchen Bereichen müssen Anstrengungen intensiviert werden?

Steckbrief: Beitrittswilliges Land Bosnien und Herzegowina



Bosnien und Herzegowina (Bosna i Hercegovina)

Hauptstadt:	Sarajevo (348 363 Einwohner)
Staatsform:	Republik
Fläche:	51 129 km ²
Einwohner:	3,507 Millionen
Einwohner/km²:	69
BIP/Einwohner (2017):	4 940 US-\$
Wachstumsrate (2017):	3,0 Prozent
Arbeitslosenquote (2017):	25,6 Prozent.
Währung:	Marka (allerdings ist auch der Euro als Zahlungsmittel gemeinhin akzeptiert)
Amtssprachen:	Bosnisch, Kroatisch, Serbisch
Religionen:	51 Prozent Muslime, 31 Prozent Orthodoxe, 15 Prozent Katholiken u.a.
Ethnischen Gruppen:	ca. 50,1 Prozent Bosniaken, 30,8 Prozent Serben, 15,4 Prozent Kroaten
Pressefreiheit (2019):	58. Platz weltweit
CPI/Korruptionsindex (2019):	101. Platz weltweit
Human Developm. Index (2019):	75. Platz weltweit
Staatspräsidium:	Šefik Džaferović, Milorad Dodik, Željko Komšić (jeweils ein Vertreter der kroatischen Bosnier, der Bosniaken sowie der serbischen Bosnier; der Vorsitz rotiert alle acht Monate)
Regierungschef:	Dr. Zoran Tegeltija
Weitere Informationen:	www.botschaftbh.de

Quelle u.a.: Der Neue Fischer Weltalmanach 2019

Beitrittswilliges Land Bosnien und Herzegowina



1. Zu Ihrer Rolle

Sie sind Delegierte/Delegierter Bosnien-Herzegowinas bei den Verhandlungen mit der EU. Sie streben den schnellstmöglichen EU-Beitritt Ihres Landes an. Auf nachfolgende Daten aus Geschichte, Politik und Wirtschaft Ihres Landes können Sie bei den Verhandlungen zurückgreifen. Dieses Rollenpapier wird Ihnen einen Überblick über die Lage im Land geben, Ihnen Probleme und Herausforderungen aufzeigen. Ebenso finden Sie einen Text zu Lösungsansätzen. Mit den abschließenden Fragen sollten Sie Ihre Gedanken sortieren und sich gezielt auf die Verhandlungen vorbereiten.

2. Bosnien-Herzegowina im Überblick

Bosnien-Herzegowina ist ein südosteuropäischer Bundesstaat und besteht geographisch aus dem nördlichen Landesteil Bosnien (umfasst 80 Prozent des Landes) und den kleineren südlichen Landesteil Herzegowina (ca. 20 Prozent). Das Land grenzt im Norden und Westen an Kroatien, im Osten an Serbien und im Süden an Montenegro. Hauptstadt des Landes ist Sarajevo. Bosnien-Herzegowina ist seit 1992 international anerkannt.

a. Aktuelle innenpolitische Lage

Die politische Gliederung des Staates ist komplex. Seit dem Dayton-Vertrag besteht Bosnien und Herzegowina aus zwei Staatsteilen: der Föderation Bosnien und Herzegowina (*Federacija Bosne i Hercegovine*, auch bekannt als *Bosniakisch-Kroatische Föderation*) und der Republika Srpska (*Serbische Republik*). Beide Teile verfügen jeweils über eine eigene Exekutive und Legislative. Die Föderation Bosnien und Herzegowina setzt sich darüber hinaus aus zehn Kantonen zusammen, die über weitere, eigene Zuständigkeiten verfügen.

Der gesamtstaatlichen Ebene waren zunächst nur die Außenpolitik, die Geldpolitik sowie die Außenwirtschaftsbeziehungen zugeordnet. In den vergangenen Jahren wurden die Kompetenzen des Zentralstaats um weitere Aufgaben ergänzt (Verteidigung, Zoll und indirekte Besteuerung, Verfolgung und Aburteilung von Kriegsverbrechern und Bekämpfung der Schwermriminalität). Reformen sowohl auf der Ebene der beiden Staatsteile als auch auf den anderen Regierungsebenen, wurden durch die mangelnde Einigkeit über die wirtschaftspolitischen Grundsätze gebremst.

Faktisch übt einen Teil der Staatsgewalt jedoch der Hohe Repräsentant als Vertreter der Vereinten Nationen aus, was damit begründet wird, dass infolge des im Krieg entstandenen gegenseitigen Misstrauens unter den Verantwortlichen der Volksgruppen, nach wie vor eine Blockadehaltung vorherrsche. Die Macht des Amtes des Hohen Repräsentanten, sämtliche demokratischen Einrichtungen zu überstimmen, wurde auch nach den allgemein als „frei und fair“ beurteilten Wahlen nicht beschränkt.

Ihr Land besteht aus drei großen Volksgruppen: Bosniaken, Serben und Kroaten. Das Miteinander der Gruppen gestaltet sich sehr schwierig. Diese drei offiziellen Staatsvölker des Landes sprechen die eng miteinander verwandten Sprachen Bosnisch, Serbisch und Kroatisch. Je nach Sichtweise werden diese Sprachen auch

zusammenfassend als *Serbokroatisch* bezeichnet. Für die Staatsbürger allgemein wird die Bezeichnung *Bosnier* verwendet. In Bosnien und Herzegowina gibt es seit Jahrhunderten ein Nebeneinander verschiedener Religionen und Glaubensrichtungen. Etwa 48 Prozent sind Muslime, 34 Prozent serbisch-orthodox und 13 Prozent römisch-katholisch. Außerdem leben ca. 1 000 Juden im Land.

b. Aktuelle außenpolitische Lage

Der Zerfallsprozess des ehemaligen Jugoslawiens führte in den letzten 20 Jahren zu viel Leid und Blutvergießen. Mit der Unabhängigkeitserklärung von Bosnien und Herzegowina im Jahre 1992 hoffte die Staatengemeinschaft, endlich die Vergangenheit hinter sich lassen und den Blick auf eine friedliche Zukunft richten zu können. Für den gesamten Balkan wünscht sich die Europäische Union eine Zukunft mit Frieden, Stabilität und wirtschaftlicher Prosperität. Dieses Ziel verfolgen auch Sie.

Wichtigstes Bestreben der Politik von Bosnien und Herzegowina ist eine rasche Annäherung an bzw. eine Eingliederung in die euroatlantischen Strukturen mit dem Ziel einer Mitgliedschaft in EU und NATO. Dies ist auch Konsens aller politischen Parteien in Ihrem Land. Die Aufnahme des Landes in das NATO-Programm „Partnerschaft für den Frieden“ auf dem NATO-Gipfel in Riga im Dezember 2006 war eine Ermutigung auf diesem Weg. Der NATO-Gipfel in Bukarest beschloss Anfang April 2008 die Aufnahme eines „intensivierten Dialogs“ als weiteren Schritt in Richtung einer Integration in die NATO.

Das Land beteiligt sich aktiv an der regionalen Zusammenarbeit und ist dem regionalen Freihandelsabkommen (CEFTA – Central European Free Trade Agreement) beigetreten.

c. Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA)

Durch das SAA werden die rechtlichen und wirtschaftlichen Grundlagen eines EU-Beitrittskandidaten den EU-Standards angeglichen. Besonders im Bereich des Handels verbessert sich durch zunehmend wegfallende Zölle und durch Handels- und Transportverträge die Situation des Beitrittskandidaten. In der Summe kann das zu höheren ausländischen Investitionen führen. Ferner haben Beitrittskandidaten Zugang zu einer Vielzahl von EU-Fonds, aus denen erhebliche Mittel für die Entwicklung von Landwirtschaft, Bildungs- und Gesundheitswesen, Wissenschaft oder auch Kultur und Kunst beantragt werden können.

Die Anpassung bosnisch-herzegowinischen Rechts an die Normen der EU – es geht dabei um immerhin etwa 1.200 Gesetze – ist einer der wichtigsten Teile des Abkommens.

Die Verhandlungen über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) mit der EU konnten im Dezember 2006 abgeschlossen und 2008 unterzeichnet werden. Bis zum Inkrafttreten dauerte es aber bis 2015, da die Verfassung wegen des Passus „Diskriminierung aufgrund von Nationalität“ abgeändert werden musste. Dennoch war die Unterzeichnung des Abkommens eher ein Geschenk an Bosnien-Herzegowina – ebenso wie das kürzlich auch bei Serbien der Fall war. Während das Abkommen gegenüber Serbien aber auch als Ausgleich für den Verlust des Kosovo im Jahr 2008 gedacht war, hatte die EU bei Bosnien-Herzegowina eher moralische Gründe für die Unterzeichnung: Es wäre unfair gewesen, Bosnien-Herzegowina bei der EU-Integration hinter Serbien zurückfallen zu lassen.

Ebenfalls 2008 wurde ein Abkommen über Handel und handelsbezogene Fragen unterzeichnet. Die EU hatte die Unterzeichnung von einer seit langem geforderten Reform des Polizeiwesens abhängig gemacht. Die Polizeikräfte der beiden Landesteile, der Republika Srpska und der bosniakisch-kroatischen Föderation, hatten bis dato nicht zusammengearbeitet, was zum Beispiel eine gemeinsame Fahndung nach mutmaßlichen Kriegsverbrechern verhindert hatte (siehe oben). Nach fast vierjährigen Verhandlungen beschloss das bosnische Parlament im April 2008 eine Polizeireform. Diese hat die Polizeikräfte der beiden Landesteile zwar nicht zu einer gemeinsamen Polizei vereint, beide Seiten garantieren jedoch eine enge Zusammenarbeit.

d. Wirtschaftliche Lage

In den letzten Jahren ist die Wirtschaft stetig gewachsen. Die weltweite Nachfrage nach Rohstoffen (besonders im Metallbereich) kommt Ihrem Land, welches über erhebliche Rohstoffvorkommen verfügt, zugute. Die Wirtschaftsrechtsreform ist bereits fortgeschritten, doch häufig fehlende oder widersprüchliche Durchführungsbestimmungen machen noch Probleme. Das Verständnis der „Verwaltung als Dienstleister“ für Wirtschaft und Bevölkerung ist nur schwach ausgeprägt und die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraumes in den zwei Staatsteilen schreitet nur zögerlich voran.

In mehreren Sektoren besteht weiteres Wachstumspotenzial: Als einziger Nettostromexporteur der Region in der Stromindustrie, durch Nischen- und Bioproducte in der Agrarwirtschaft, aber auch in der Holzverarbeitenden Industrie, der Bauindustrie, der Metallverarbeitung und dem Tourismus.

Auch wenn sich die Arbeitslosenquote 2019 auf 15,7 Prozent belief, und damit ein Rückgang zum Vorjahr zu verzeichnen ist, bleibt die Arbeitslosigkeit hoch. Starre Strukturen auf dem Arbeitsmarkt behindern die Schaffung von Arbeitsplätzen. Das Land verfügt immer noch über einen großen öffentlichen Sektor.

3. Herausforderungen

Hinsichtlich der Erfüllung der politischen Kriterien hat sich das Tempo Ihres Landes verlangsamt. Es gelang der politischen Führung des Landes nicht, die Polizei umfassend zu reformieren. Der Stillstand in diesem und in anderen wichtigen Bereichen verzögerte erheblich den Abschluss des SAA und bremst weiterhin die Reformen.

Die Zusammenarbeit der zwei Staatsteile, der Bosnisch-Kroatischen Föderation und der Serbischen Republik muss noch verbessert werden, um Reformen effizienter und effektiver in beiden Staatsteilen umzusetzen.

Eine Ihrer größten Herausforderungen im Land ist die organisierte Kriminalität, einschließlich Geldwäsche und Terrorismus. Sie müssen dafür sorgen, dass sich die Sicherheit in Ihrem Land verbessert. Gleichzeitig ist auch die Korruption ein Thema, was Sie nicht außer Acht lassen dürfen und wo seitens der EU auch erwartet wird, dass Sie etwas unternehmen. Ebenfalls muss der Schutz der Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger verbessert werden. Die Menschenrechtsorganisation Freedom House stuft Bosnien-Herzegowina 2019 nur als ‚teilweise frei‘ ein und der Pressefreiheit werden in Bosnien und Herzegowina erkennbare Probleme attestiert.

Bosnien und Herzegowina ist bei der Schaffung einer funktionierenden Marktwirtschaft kaum vorangekommen. Die weiterhin sehr hohe Arbeitslosigkeit gibt Anlass zu großer Besorgnis. Umfangreiche Reformen sind erforderlich, damit das Land langfristig dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standhalten kann.

Ein besonderes Augenmerk müssen Sie auf die öffentliche Verwaltung Ihres Landes legen, da diese dringend reformiert werden muss, um effektiver zu werden und EU-Ansprüchen zu genügen. Gleichzeitig müssen Ihr Wahlsystem und die Arbeitsweise der Justiz verbessert werden. Das Wahlsystem muss nach den Empfehlungen der OSZE und der Venedig-Kommission insbesondere bei der Parteifinanzierung transparenter gemacht werden. Die Unabhängigkeit der Justiz ist noch nicht gewährleistet. Außerdem muss die Qualität der Bildung gesteigert werden, um qualifizierte Fachkräfte ausbilden zu können.

Bosnien und Herzegowina hat bei der Angleichung seiner Rechtsvorschriften und seiner Politik an die europäischen Standards bislang nur begrenzte Fortschritte erzielt. In den Bereichen Wettbewerb, Verkehr, Energie, Bildung, Visapolitik und Asyl sind Fortschritte zu verzeichnen, in anderen Bereichen, wie Freizügigkeit, Sozialpolitik und Beschäftigung, wurde dagegen nur wenig erreicht.

Die Nachwirkungen des Krieges sind weiterhin als Spannungen mit Ihren Nachbarländern, aber auch zwischen den verschiedenen Volksgruppen innerhalb Ihres Landes, zu spüren.

4. Ihre Argumente und Lösungsansätze (entlang der Kopenhagener Kriterien)

Die hier aufgeführten Informationen helfen Ihnen auf die wichtigsten Punkte der Kopenhagener Kriterien einzugehen und Argumente für den Kandidatenstatus zu formulieren.

a. Kampf gegen Kriminalität, Korruption und Terrorismus

Kündigen Sie mehr Zusammenarbeit mit anderen Mitgliedstaaten an, um effektiver im Kampf gegen organisierte Kriminalität, Korruption und Terrorismus zu werden. Die Bündelung sämtlicher Gesetzgebungs- und Haushaltskompetenzen für Polizeiangelegenheiten auf gesamtstaatlicher Ebene und das Abschaffen politischer Einmischung in die praktische Polizeiarbeit haben bereits stattgefunden.

b. Verwaltungsreform

Sie sollten der EU zusichern, zeitnah die Verwaltung zu reformieren, damit effizienteres Arbeiten möglich ist und weniger Bürokratie anfällt. Mit einer Reform wollen Sie einen professionellen und entpolitisierten öffentlichen Dienst gewährleisten und ein koordiniertes landesweites Konzept für die Politikgestaltung entwickeln. Hierbei können Sie sich an Staaten der Europäischen Union orientieren, die bereits eine ausgereifte Verwaltung haben. Sie könnten einzelne Länder um Unterstützung beim Aufbau einer funktionierenden öffentlichen Verwaltung bitten. Wenn Sie ein solches Land gefunden haben, könnte sich dies positiv für Ihr Land auswirken, denn dieser Mitgliedstaat wird daran interessiert sein, dass seine Hilfeleistung nicht umsonst war, sondern bleibende Wirkung hinterlässt. Die Verbesserung der öffentlichen Verwaltung wird Ihr Land bei der Angleichung an europäische Standards voranbringen.

c. Weitere Verbesserungen

Zur Verbesserung der Grundrechte wollen Sie insbesondere die Zivilgesellschaft stärken und mehr unternehmen, um Minderheiten zu schützen. Außerdem wollen Sie Mängel Ihres Wahlsystems beheben. Zur Gewährleistung der Unabhängigkeit der Justiz, könnten Sie eine zeitnahe Reform des Verfassungsgerichts vorschlagen. Bitten Sie die EU dabei um Unterstützung, damit diese im Einklang mit europäischen Standards steht.

Weisen Sie deutlich darauf hin, dass nach wie vor das Wirtschaftswachstum anzieht und die Inflation zurückgeht. Die Föderation Bosnien und Herzegowina vereinfachte das Steuersystem und senkte die Steuerlast. Die ausländischen Direktinvestitionen erhöhten sich in den letzten Jahren dadurch deutlich. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit wurde weitgehend aufrechterhalten.

d. Beziehung zu Nachbarländern

Betonen Sie, dass Sie an einer Aussöhnung interessiert sind, um die Nachwirkungen des Krieges zu überwinden. Sie wollen die Beziehungen zu Ihren Nachbarländern in wirtschaftlicher als auch politischer Hinsicht intensivieren. Argumentieren Sie, dass gerade ein gemeinsamer EU-Beitritt den Balkan weiter versöhnen könnte.

5. Taktik

Sie sind Vertreterin/Vertreter Ihres Landes. Denken Sie immer daran: Ihr Ziel ist der Beitritt zur Europäischen Union. Sie müssen Ihre Verhandlungspartner auf allen Seiten der Europäischen Union von der Beitrittsreife Ihres Landes überzeugen. Verweisen Sie auf erste Erfolge der Regierungsarbeit und erläutern Sie, welche Reformen weiterhin nötig sind. Machen Sie dabei deutlich, dass Sie keine Anstrengung scheuen, um Veränderungen in Ihrem Land zu erreichen.

Heben Sie die Schlüsselrolle von Reform und Ausbau der Verwaltung hervor, um viele Ihrer Probleme zu beheben. Machen Sie deutlich, dass Sie darauf hoffen insbesondere im Bereich der Verwaltung aber auch generell noch mehr Unterstützung der EU zu erhalten.

Werben Sie nachdrücklich für Ihre Interessen und machen Sie deutlich, dass Sie erste Schritte in Richtung Europäische Union erfolgreich unternommen haben und jetzt die weitere Unterstützung der EU notwendig ist. Die Verleihung des Status eines Beitrittskandidaten könnte ein wichtiges Zeichen sein, weitere Anstrengungen Ihres Landes zu befördern und ein weiterhin hohes Tempo bei der Annäherung an die EU zu halten. Ein solches Zeichen würde dabei nicht nur Ihnen, sondern der Stabilität der gesamten Region helfen.

6. Fragen

(Diese Fragen können aus dem Text beantwortet werden. Sie dienen zur Strukturierung Ihres Beitrittsgesuchs und sind Ihre Hilfe für die Verhandlungen)

- Welche Argumente für den Beitritt Bosnien-Herzegowinas können Sie in den Verhandlungen anführen?
- In welchen innen- oder außenpolitischen Bereichen hat Bosnien-Herzegowina bereits Fortschritte gemacht?
- Wie wollen Sie die bestehenden Probleme in Ihrem Land lösen, um der EU in naher Zukunft beitreten zu können?
- Welche kritischen Rückfragen können seitens der EU-Institutionen kommen?
- Mit welchen Argumenten können Sie die EU von Ihrem Beitritt überzeugen?

Steckbrief: Beitrittswilliges Land Kosovo



Kosovo (Kosovës)

Hauptstadt:	Prishtina (Priština) (145 149 Einwohner)
Staatsform:	Republik
Fläche:	10 877 km ²
Einwohner:	1,831 Millionen
Einwohner/km²:	168
BIP/Einwohner (2017):	3 890
Wachstumsrate (2017):	4,5 Prozent
Arbeitslosenquote (2017):	30,2 Prozent
Währung:	Euro (aber nicht Mitglied der Eurozone, siehe unten)
Amtssprachen:	Albanisch, Serbisch
Religion:	96% Muslime; 2% Katholiken; 1% Orthodoxe
Ethnischen Gruppen:	91 Prozent Albaner, 4 Prozent Serben, 5 Prozent Türken, Bosniaken, Goraner, Roma, Ashkali u.a.
Pressefreiheit (2019):	70. Platz weltweit
CPI/Korruptionsindex (2019):	101. Platz weltweit
Human Developm. Index (2019):	k.A.
Staatsoberhaupt:	Hashim Thaçi
Regierungschef:	Albin Kurti
Weitere Informationen:	http://www.ambasada-ks.net/de/

Quelle u.a.: Der Neue Fischer Weltalmanach 2019

Beitrittswilliges Land Kosovo



1. Zu Ihrer Rolle

Sie sind Delegierte/Delegierter des Kosovo bei den Verhandlungen mit der EU. Sie streben den schnellstmöglichen EU-Beitritt Ihres Landes an. Auf nachfolgende Daten aus Geschichte, Politik und Wirtschaft Ihres Landes können Sie bei den Verhandlungen zurückgreifen. Dieses Rollenpapier wird Ihnen einen Überblick über die Lage im Land geben, Ihnen Probleme und Herausforderungen aufzeigen. Ebenso finden Sie einen Text zu Lösungsansätzen. Mit den abschließenden Fragen sollten Sie Ihre Gedanken sortieren und sich gezielt auf die Verhandlungen vorbereiten.

2. Kosovo im Überblick

Im Kosovo leben vor allem Menschen mit muslimischem Glauben in friedlicher Nähe zu katholischen und orthodoxen Christen. Religion spielt im Alltag des Kosovo keine hervorgehobene Rolle.

a. **Historische und politische Entwicklung**

Der Zerfallsprozess des ehemaligen Jugoslawiens führte in den letzten 30 Jahren zu viel Leid und Blutvergießen. Mit der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo von Serbien im Jahr 2008 hoffte die Staatengemeinschaft, endlich die Vergangenheit hinter sich lassen und den Blick auf eine friedliche Zukunft richten zu können. Für den gesamten Balkan wünscht sich die Europäische Union eine Zukunft mit Frieden, Stabilität und wirtschaftlicher Prosperität. Dieses Ziel verfolgen auch Sie.

Nach den kriegerischen Ereignissen zwischen Serbien und Kosovo im Jahr 1999, das zu diesem Zeitpunkt noch ein Teil Serbiens war, stand Ihr Land unter der Verwaltungshoheit der Vereinten Nationen. Grundlage dafür war die Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates vom 10. Juni 1999. Eine Übergangsverwaltung sollte die Wiederherstellung normaler Lebensverhältnisse schaffen. Der völkerrechtliche Status des Kosovo konnte nicht geklärt werden.

Im Jahr 2005 stimmte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen dem Beginn von Gesprächen über den künftigen Status des Kosovo zu. Dabei gab es im Vorfeld den Konsens, dass jede Lösung zur Stärkung der regionalen Sicherheit und Stabilität beitragen muss und daher eine Rückkehr des Kosovo zur Situation vor 1999 (*Kosovo als Teil Serbiens*), seine Teilung (*in einen nördlichen Teil, in dem mehrheitlich Serben und einen südlichen Teil, in dem mehrheitlich Kosovaren leben*) oder sein Anschluss an einen Drittstaat (*gemeint war Albanien*) ausgeschlossen sind. Einigkeit bestand auch darin, dass dem Schutz der Rechte aller Teile der Bevölkerung und Minderheiten im Kosovo eine zentrale Rolle zukommen muss.

Nach den jahrelangen, aber letztlich erfolglosen Verhandlungen zwischen Serben und Vertretern des Kosovo über den endgültigen Status, erklärte Kosovo am 17. Februar 2008 seine Unabhängigkeit von Serbien. 22 Staaten

der EU, darunter Deutschland, Frankreich und Italien, haben Kosovo mittlerweile anerkannt.¹ Mitgliedstaaten der EU, die selbst separatistische Tendenzen in ihren Grenzen befürchten, d.h. dass sich Teile der Bevölkerung eine größere Unabhängigkeit für ihre Region wünschen, sehen die Unabhängigkeit des Kosovo kritisch und haben die Unabhängigkeit des Kosovo nicht anerkannt. Zu diesen Staaten gehören Spanien, die Slowakei, Rumänien, Griechenland und Zypern.

b. Aktuelle innenpolitische Lage

Bereits in der Unabhängigkeitserklärung vom Februar 2008 verpflichteten das Parlament und die politische Führung des Kosovo ihr Land auf rechtsstaatliche und demokratische Standards. Sie erklärt Kosovo zur Heimat für alle seine Bürgerinnen und Bürger und formuliert ein klares Bekenntnis zu Rechtsstaat, Demokratie und Multi-Ethnizität. Insbesondere dem Minderheitenschutz wird auch in der Internationalen Gemeinschaft stets große Bedeutung beigemessen. Ein weiteres Ziel für Kosovo besteht zudem darin, dass die Menschen dort eine konkrete Verbesserung ihrer Lebensumstände erfahren. Die EU will den jungen Staat auf seinem Weg dorthin unterstützen. Nach Angaben des US-amerikanischen Außenministeriums ist der Kosovo mit den angrenzenden Regionen eine der wichtigsten europäischen Drogentransitrouten für Heroin aus Afghanistan nach Westeuropa. Im Kosovo liegt dabei ein regionales Zentrum für den Drogenschmuggel auf der Balkanhalbinsel. Durch die Schwäche der Justizbehörden ist die ausgreifende organisierte Kriminalität nicht einzudämmen.

c. Aktuelle außenpolitische Lage

Seit 2011 finden regelmäßige Gespräche zwischen Kosovo und Serbien unter Vermittlung der EU statt. Die Frage der Unabhängigkeit bleibt dabei ausgeklammert. Im Vordergrund stehen praktische Fragen wie Verkehr, Telekommunikation, Energieversorgung, Zollabfertigung und Anerkennung von Personaldokumenten und KFZ-Kennzeichen. In diesem Rahmen treffen sich die Premierminister der beiden Länder regelmäßig. Mit Ausnahme Serbiens haben die unmittelbaren Nachbarländer Albanien, Montenegro und Nord-Mazedonien diplomatische Beziehungen zur Republik Kosovo aufgenommen. Eine Überprüfung der Vereinten Nationen kam im Juli 2010 jedoch zu dem Ergebnis, dass die Unabhängigkeit des Kosovo in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht steht. Ein wichtiger Verbündeter des Landes sind die Vereinigten Staaten, die eine größere Militärbasis im Kosovo unterhalten. Russland (*als ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates*) und China haben sich dagegen auf die Seite Serbiens gestellt.

3. Herausforderungen

Die Europäische Kommission attestiert dem Kosovo in den letzten Jahren nur begrenzte Fortschritte bei der Rechtsstaatlichkeit und dem Aufbau eines unabhängigen Justizsystems. Wenige Fortschritte sind beim Kampf gegen Korruption zu verzeichnen. Die Meinungs- und Pressefreiheit wird im Alltag nicht vollständig gewährleistet. Vor allem gibt es eine politische Einflussnahme auf die Medien. Die Behörden haben nur schwache Kapazitäten beim Kampf gegen die organisierte Kriminalität, die womöglich mit den politischen Entscheidungsträgern eng verbunden ist (*z.B. Geldwäsche aus dem Drogenhandel*). Die Arbeitslosenrate im Kosovo sei weiterhin hoch.

Innerhalb des ehemaligen Jugoslawiens war das Kosovo die ärmste Region. Ursache dafür war eine verfehlte Wirtschafts- und Strukturpolitik in den vergangenen Jahrzehnten.

¹ Der Internationale Gerichtshof (IGH) in Den Haag fällte im Juli 2010 seine Entscheidung bezüglich der Klage Serbiens gegen die Unabhängigkeit Kosovos. Es stellte fest, dass sich weder in der UN-Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrats Argumente gegen die Unabhängigkeit finden ließen noch dass das Völkerrecht einseitige Unabhängigkeiten verbiete. Serbien betonte hierzu, dass es keinesfalls die Unabhängigkeit des Kosovo anerkennen werde.

Noch heute stützt sich die Wirtschaft des Kosovo zum einen auf kleinbäuerliche Familienbetriebe - angebaut werden Getreide (*Weizen, Mais*), Sonnenblumen, Raps, Zuckerrüben und Trauben - sowie auf Privatunternehmen im Handel- und Bausektor. Der industrielle Sektor ist von den Bereichen Bergbau, Chemie, Elektronik, Textil, Baustoffe und Holz geprägt. Im Bergbau werden Erz, Kohle, Blei und Zink gefördert. Insgesamt ist der industrielle Sektor aber eher schwach entwickelt. Die Wirtschaft hängt in außerordentlich hohem Maß von Finanzaufströmen von außen ab (*Hilfsgelder, Kapitaltransfers von im Ausland lebenden Kosovaren*). Nach Angaben des Finanzministeriums der Republik Kosovo sind die Überweisungen durch Auswanderer aus dem Ausland höher als die im Kosovo selbst erwirtschafteten Werte.

Nach Angaben der Weltbank leben etwa ein Drittel der Bevölkerung des Kosovo unterhalb der Armutsgrenze, ein Drittel von denen sogar unterhalb der Grenze extremer Armut. Betroffen sind vor allem Alte, Behinderte, Bewohner kleiner oder abgelegener Städte und Gemeinden sowie die Angehörigen der nicht-serbischen Minderheiten wie Roma oder slawische Muslime (*Bosniaken*). Die Armut wirkt sich auch auf andere Bereiche aus: der Sektor Erziehung ist unterfinanziert, an den Schulen wird in drei bis vier Schichten unterrichtet. Die Gesundheitsdaten der Bewohner gehören zu den schlechtesten in Südosteuropa.

Der Konflikt mit dem Nachbarland Serbien wirkt bremsend. Die November 2018 durch die kosovarische Regierung eingeführten Strafzölle auf serbische Waren wirken sich negativ auf eine gute Zusammenarbeit mit Serbien aus. Ebenso sind die Einfuhrverbote Serbiens für kosovarische Produkte hinderlich für ein gemeinsames Miteinander und schädlich für die kosovarische Wirtschaft.

Unabhängig von allen genannten Herausforderungen bleibt festzuhalten, dass Entscheidungen in der Europäischen Union im Hinblick auf einen Beitritt eines neuen Staats einstimmig getroffen werden müssen. Solange Mitgliedstaaten der EU die Unabhängigkeit des Kosovo nicht anerkennen, ist eine Mitgliedschaft ausgeschlossen.

4. Ihre Argumente und Lösungsansätze (entlang der Kopenhagener Kriterien)

Die hier aufgeführten Informationen helfen Ihnen auf die wichtigsten Punkte der Kopenhagener Kriterien einzugehen und Argumente für den Kandidatenstatus zu formulieren.

a. Wirtschaft

Durch eine Verbesserung der Lebensumstände steigt in der Bevölkerung auch die Akzeptanz von Demokratie und Marktwirtschaft. Kosovo kann dieses jedoch nicht aus eigener Anstrengung heraus erreichen. Es gibt jedoch erfolgsversprechende Ausgangsvoraussetzungen.

Der Ressourcenreichtum des Kosovo sowie die Reformbereitschaft der Bevölkerung lassen auf positive Entwicklungen in potenziell starken Branchen hoffen. Insbesondere im IT-Dienstleistungsbereich und im Bereich der Rohstoffgewinnung und -exporte sind positive Entwicklungen auch kurzfristig möglich. Hier gibt es viele Möglichkeiten in das Knowhow der Menschen zu investieren, um ihnen gerade in diesen Bereichen eine Existenz zu sichern und einen Aufbau der privaten Wirtschaft und unternehmerische Eigeninitiative zu stärken. Dafür bedarf es jedoch einer Verbesserung der Rahmenbedingungen insbesondere durch ausländische Investitionen.

Etwa die Hälfte der Kosovaren sind jünger als 25 Jahre. Ebenso ungefähr die Hälfte von ihnen sind arbeitslos. Es besteht also eine große Ressource von Menschen, die dazu beitragen wollen, ihr Land aufzubauen und in gesicherten wirtschaftlichen Verhältnissen leben zu wollen. Hier gibt es den Bedarf an einer verbesserten schulischen und beruflichen (Aus-)Bildung.

Die erfolgreiche Zusammenarbeit mit Deutschland ist ein gutes Beispiel. Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit unterstützt die deutsche Bundesregierung die technische und finanzielle

Kooperation. Insbesondere sollen kosovarische Staatsbürger, die in den Kosovo zurückkehren wollen, unterstützt werden, eine gesicherte und erfolgreiche Existenz aufzubauen, die sich positiv auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung des Landes auswirken soll.

b. Rechtsstaat

Im Auftrag der Vereinten Nationen unterstützt die Rechtsstaatsmission der Europäischen Union (*EULEX*) bereits seit Ende 2008 erfolgreich die kosovarischen Behörden bei dem Aufbau eines multiethnischen Justiz-, Polizei- und Zollwesens und bei der Einführung rechtsstaatlicher Standards. Die Phase der „überwachten Unabhängigkeit“ endete zwar offiziell im Jahr 2012. Für etliche Kernaufgaben im Bereich Justiz, Polizei und Zoll existiert jedoch weiterhin (*zunächst bis Juni 2020*) eine umfassende Unterstützung von EULEX.

Umfangreiche Maßnahmen im Bereich der Korruptionsprävention könnten dazu beitragen, das Vertrauen und die Integrität in die bestehenden Institutionen zu stärken und die Ausgangspositionen für aus- sowie inländische Unternehmen zu verbessern. Dafür muss sowohl mehr Transparenz als auch Möglichkeiten zu Kontrolle staatlichen und privaten Handelns geschaffen werden.

5. Taktik

Als Delegierte/Delegierter des Kosovo ist es Ihr Ziel, bei den Verhandlungen mit der EU die erreichten Fortschritte darzustellen und für einen Beitritt Ihres Landes zu werben. Sie wissen, dass der Weg bis zur Mitgliedschaft noch lang sein wird, aber erste Schritte sollten gemeinsam mit den Mitgliedstaaten in Richtung Kandidatenstatus schon heute möglich sein. Versuchen Sie insbesondere mit den Staaten zu sprechen, die ihre Unabhängigkeit noch nicht anerkennen. Oft hängt die Verweigerung der Anerkennung ihrer Unabhängigkeit mit innenpolitischen Fragestellungen der Staaten zusammen. Das Völkerrecht steht auf Ihrer Seite.

Gehen Sie insbesondere auf Serbien ein und versuchen Sie, die Gräben der traurigen Geschichte zu überwinden. Deutschland, als einer Ihrer wichtigsten Unterstützer, hat in der jüngsten Vergangenheit sehr deutlich gemacht, dass der Weg in die Europäische Union für Serbien und Kosovo nur gemeinsam als zwei souveräne Staaten vorstellbar ist. Serbischen Bestrebungen, dass das Kosovo nur als Teil Serbiens Mitglied der Europäischen Union werden kann, erteilen Sie eine klare Absage.

Ein außenpolitischer Erfolg konnte mit Ihrem Nachbarn, der Republik Nord-Mazedonien, erzielt werden. Ein Abkommen über den gemeinsamen Grenzverlauf führte zur Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Staaten.

Verweisen Sie auf erste Erfolge Ihrer politischen Arbeit und erläutern sie ganz offen, welche Reformen noch notwendig sein werden und welche Hilfen Sie dafür benötigen. Insbesondere beim weiteren Aufbau von demokratischen und rechtsstaatlichen Strukturen möchten Sie Hilfe aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Union beanspruchen.

Der Kampf gegen die Korruption gelingt Ihnen nicht im ausreichenden Maße. Insbesondere die mächtigen Profiteure kriminellen Handelns möchten nicht bei Ihren Machenschaften gestört werden. Auch hier benötigen Sie Hilfe von außen.

6. Fragen

(Diese Fragen können aus dem Text beantwortet werden. Sie dienen zur Strukturierung Ihres Beitrittsgesuchs und sind Ihre Hilfe für die Verhandlungen!)

- Welche Argumente für den Beitritt des Kosovo können Sie in den Verhandlungen anführen?
- Wie könnten Spanien, die Slowakei, Rumänien, Griechenland und Zypern überzeugt werden, die Unabhängigkeit Ihres Landes anzuerkennen?
- Welche kritischen Rückfragen können seitens der EU-Institutionen kommen?
- Wie könnte man erfolgreich Korruption bekämpfen?
- Mit welchen Argumenten können Sie die EU von Ihrem Beitritt überzeugen?

Steckbrief: Beitrittswilliges Land Montenegro



Montenegro (Crna Gora)

Hauptstadt:	Podgorica (150 977 Einwohner)
Staatsform:	Republik
Fläche:	13 812 km ²
Einwohner:	622 000
Einwohner/km²:	45
BNE/Einwohner (2017):	7 350 US-\$
Wachstumsrate (2017):	4,3 Prozent
Arbeitslosenquote (2017):	16,1 Prozent
Währung:	Euro (aber nicht Mitglied der Eurozone)
Amtssprache:	Montenegrinisch
Religion:	72 Prozent Orthodoxe, 19 Prozent Muslime, 3 Prozent Katholiken Minderheiten von Juden
Ethnischen Gruppen:	45 Prozent Montenegriner, 29 Prozent Serben, 9 Prozent Bosniaken, 5 Prozent Albaner
Pressefreiheit (2019):	105. Platz weltweit
CPI/Korruptionsindex (2019):	66. Platz weltweit
Human Developm. Index (2019):	52. Platz weltweit
Staatsoberhaupt:	Milo Đukanović
Regierungschef:	Duško Marković
Weitere Informationen:	http://www.botschaft-montenegro.de/

Quelle u.a.: Der Neue Fischer Weltalmanach 2019

Beitrittswilliges Land Montenegro



1. Zu Ihrer Rolle

Sie sind Delegierte/Delegierter Montenegros bei den Verhandlungen mit der EU. Sie streben den schnellstmöglichen EU-Beitritt Ihres Landes an. Auf nachfolgende Daten aus Geschichte, Politik und Wirtschaft Ihres Landes können Sie bei den Verhandlungen zurückgreifen. Dieses Rollenpapier wird Ihnen einen Überblick über die Lage im Land geben, Ihnen Probleme und Herausforderungen aufzeigen. Ebenso finden Sie einen Text zu Lösungsansätzen. Mit den abschließenden Fragen sollten Sie Ihre Gedanken sortieren und sich gezielt auf die Verhandlungen vorbereiten.

2. Montenegro im Überblick

Montenegro liegt in Südosteuropa und ist seit dem 03. Juni 2006 unabhängig. Seine Nachbarn sind Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Serbien, Kosovo und Albanien. Im Südwesten des Landes bildet das Adriatische Meer die natürliche Grenze. Montenegro ist Mitglied der Vereinten Nationen, der NATO, der OSZE und des Europarates. Zudem wird der Beitritt zur Europäischen Union angestrebt. Seit 2007 ist Montenegro zudem Mitglied in der Mitteleuropäischen Freihandelszone CEFTA (Central European Free Trade Agreement). Der Balkanstaat ist mit etwa 620.000 Einwohnern und einer Fläche von 13.812 km² einer der kleineren Staaten Europas. Die Hauptstadt ist Podgorica. Montenegro ist ein im europäischen Vergleich dünn besiedeltes Gebirgsland. In Westmontenegro bieten nur wenige Landstriche etwas landwirtschaftlich nutzbaren Boden (Grahovo, Cetinje). Im nördlichen Landesteil finden sich die höchsten Erhebungen Montenegros und des gesamten Dinarischen Gebirges. Hier liegen die zentralen Hochgebirgsmassive, der Prokletije mit dem höchsten Berg des Landes, dem Zla Kolata (2.534 m) sowie das Durmitor-Massiv.

a. **Aktuelle innenpolitische Lage**

Seit 1996 regiert in Montenegro die Partei der Demokratischen Sozialisten Montenegros (DPS), die vollständig auf ihre Führungsfigur Milo Djukanovic zugeschnitten ist. Djukanovic führt Montenegro seither mal als Präsident, mal als Premierminister, mal einfach als graue Eminenz. Montenegros Regierung wird in ausländischer Presse zum Teil als Familienunternehmen beschrieben. Kinder des Regierungschefs sind in hohen und wirtschaftlich relevanten Positionen vertreten. Tatsache ist, dass auffällig viele Personen seiner nächsten Umgebung in den letzten Jahren auffällig reich geworden sind. Auch die Rechtsstaatlichkeit steht auf wackeligen Beinen. Oppositionelle Parlamentarier können trotz ihrer eigentlichen Immunität wegen angeblicher Pläne zum Umsturz der Regierung verhaftet werden. Nach dem CPI liegt Montenegro auf Platz 66 von 180 und damit auf einer Stufe mit Weißrussland, welches auch als letzte Diktatur Europas bezeichnet wird. Die Korruption ist daher im Land noch ein großes Problem. Auch geht es um Wahlbeeinflussung durch die Regierungspartei DPS. Aber auch Russland übt Einfluss auf die Innenpolitik aus durch Unterstützung oppositioneller Gruppen, wie die prorussische Demokratische Front (DF), die gegen den EU- und Nato-Beitritt ist, und aktuell etwa ein Fünftel der Stimmen innehat.

b. Aktuelle außenpolitische Lage

Seit 2003 ist Montenegro unabhängig. Mit dem Ende der Bundesrepublik Jugoslawien blieben Montenegro und Serbien dennoch bis 2006 als Staatenbund zusammen. Beide Staaten bilden das sogenannte Restjugoslawien. Vielfach verschoben wurde am 21. Mai 2006 ein Referendum über die endgültige Eigenständigkeit Montenegros abgehalten, welchem mit knapper Mehrheit zugestimmt wurde. Ausschlaggebend für diese Mehrheit war die Bevölkerung in den Regionen, in der hauptsächlich eine muslimische Mehrheit lebt. Dennoch verbinden Montenegro und Serbien stets eine sehr enge Beziehung. Der Beitritt zur NATO im Jahr 2017 gilt als der größte außenpolitische Erfolg seit der Unabhängigkeit. Die politische Perspektive des eigenständigen Staats konzentriert sich nun auf die EU. Daher unterstützt Montenegro regelmäßig die Position der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Weitere außenpolitische Themen sind die Lösung des Flüchtlingsproblems gemeinsam mit den betroffenen Nachbarstaaten sowie die Fortsetzung des Aussöhnungsprozesses mit den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens. Am 19.12.2009 wurde die Visumpflicht für Reisen in die EU nach mehr als über 10 Jahren abgeschafft. Dadurch ist für die Bürgerinnen und Bürger Montenegros wieder ein freies Reisen möglich.

c. Wirtschaftliche Lage

Der Bürgerkrieg auf dem Balkan ließ Montenegro unversehrt, aber die starke Verbindung zum vom Krieg sehr betroffenen Serbien brachte auch Montenegro unter den Bann des UN-Handelsembargos. Von diesen neun Jahren in wirtschaftlicher Isolation hat sich das kleine Land noch nicht erholt und die Folgen sind noch deutlich spürbar.

Zu den wichtigsten Bodenschätzen Montenegros zählen Bauxit, Eisenerz und Braunkohle, in der Industrie gehören die Tabak-, Aluminium- und Salzverarbeitung zu den bedeutenden Produktionszweigen. In der Agrarwirtschaft werden vor allem Gemüse, Getreide, Kartoffeln, Tabak, Wein, Zitrusfrüchte, Oliven und Feigen angebaut. Außerdem spielt in Montenegro der Tourismus eine entscheidende Rolle. Der Tourismus in Montenegro hat Fortschritte zu verzeichnen und jährlich besuchen mehr Touristen das Land. Hierbei arbeitet Montenegro auch mit Deutschland zusammen an einem „Masterplan-Tourismus“. 15 Prozent des Bruttoinlandsprodukts werden durch ihn erwirtschaftet. Montenegro gehört laut World Travel & Tourism Council (WTTC) seit Jahren zu den wachstumsstärksten drei Reiseländern weltweit. Die Kaufkraft der Bevölkerung ist weiterhin insgesamt schwach und die Verschuldung von privaten Unternehmen und Haushalten ist hoch. Im Jahr 1999 wurde als Währung die Deutsche Mark eingeführt. Aufgrund der Umstellung der Deutschen Mark auf den Euro ist dieser seit 2002 auch Landeswährung Montenegros. Da das Land nicht an der Europäischen Währungsunion teilnimmt, hat es nicht das Recht, eigene Euromünzen zu prägen.

3. Herausforderungen

Die Einwohner Montenegros bezeichnen sich zu 45 Prozent als Montenegriner, zu 29 Prozent als Serben, zu 9 Prozent als Bosniaken, zu 5 Prozent als Albaner und zu 3 Prozent als slawische Muslime. Die Frage, ob die Montenegriner ein eigenes Volk oder ein Teil des serbischen Volkes sind, ist in der Bevölkerung selbst umstritten; insbesondere konservative Serben halten einen großen Teil der Montenegriner für einen Bestandteil des serbischen Volkes. Auch bei der größten Minderheit, den vor allem im Norden des Landes lebenden Bosniaken und slawischen Muslimen, gibt es unterschiedliche Präferenzen hinsichtlich der Bezeichnung ihrer Nationalität. Eine weitere Minderheit bilden die Albaner, die vor allem in den Gebieten längs der Grenzen zu Albanien und dem Kosovo leben. In der Gemeinde Ulcinj (alb. Ulqin) bezeichnen sich 71 Prozent als Albaner, 12 Prozent als Montenegriner, 6 Prozent als Serben. Daneben leben in der Gemeinde noch weitere kleinere Bevölkerungsgruppen, zudem gab ein Teil der Befragten keine Antwort bezüglich der Ethnie. Die Amtssprachen Montenegros sind laut der Verfassung vom 19. Oktober 2007 Montenegrinisch, Serbisch, Bosnisch, Albanisch und Kroatisch. Artikel 11 des am 11. Mai 2006 verabschiedeten Minderheitengesetzes erlaubt dagegen die Verwendung von Minderheitensprachen als Amtssprachen nur in Gemeinden, in denen die betreffende Minderheit die Bevölkerungsmehrheit oder einen bedeutenden Teil der Bevölkerung stellt.

Die Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit ist längst zur Schicksalsfrage geworden für das Land, denn Montenegro will in die EU. Besonders zwei örtliche Mafiaclans haben die Sonderermittler im Visier. Diese stehen im Verdacht, engste Beziehungen zu kolumbianischen Drogenkartellen zu unterhalten und somit ein Drehkreuz des Drogenschmuggels zu sein. Rücksichtslosigkeit wie Brutalität der Verbrecher erschrecken selbst im malerischen Kotor, einem der touristisch attraktivsten Hotspots an der montenegrinischen Küste. Urlauber waren bislang nicht betroffen. Angeblich im Streit um Kokain waren sie vor fünf Jahren aneinandergeraten. Seitdem gab es allein hier im Urlaubsort Kotor 30 Tote. Die Anwohner sind aufs höchste beunruhigt, auch mit Blick auf den Tourismus. Montenegro gilt seit den 1990-er Jahren u.a. als Zentrum des internationalen Zigarettenschmuggels. Die Reform der Justiz läuft gerade erst an und die öffentliche Verwaltung ist noch schwach aufgestellt.

4. Ihre Argumente und Lösungsansätze (entlang der Kopenhagener Kriterien)

Die hier aufgeführten Informationen helfen Ihnen auf die wichtigsten Punkte der Kopenhagener Kriterien einzugehen und Argumente für den Kandidatenstatus zu formulieren.

a. Stabilisierung des Balkans

Die ethnische Vielfalt in Montenegro kann als Herausforderung, aber auch als Chance betrachtet werden. Wenn Montenegro Teil der EU wird und andere Länder des Balkans nachziehen, führt das zu einer deutlichen Stabilisierung der Region. Das Zusammenleben der unterschiedlichen Ethnien verläuft in Montenegro sehr friedlich. Sie könnten ein Vorbild sein für den ganzen Balkan!

b. Ausländische Einflüsse

Trotz innenpolitischer Probleme wird Montenegro durch ausländische Einflüsse bestimmt. Die EU wünscht sich eine Stabilisierung des Balkans und drängt daher auf politische Zusammenarbeit, China investiert Millionen in die Infrastruktur des Landes und Russland baut die Urlaubsregionen mit Villen und Yachthäfen zu einem „Moskau-Mallorca“ aus. Der Einfluss Russlands ist auch an anderer Stelle zu spüren. So wird ein russischer Versuch der Verhinderung des Nato-Beitritts von Montenegro nachgesagt. Diesen Einfluss möchte die EU möglichst verhindern. Montenegro kann auch ein strategischer Partner in der Flüchtlingspolitik der EU sein.

c. Rechtsstaatlichkeit und Justiz

Montenegro hat nach der Erlangung der Unabhängigkeit gute Fortschritte bei der Schaffung der erforderlichen rechtlichen Rahmenbedingungen und Institutionen gemacht. Unlängst nahm das Parlament eine Verfassung an, die im Wesentlichen mit den europäischen Standards übereinstimmt. Das Land ist bei der Verwaltungs- und Rechtsreform weiter vorangekommen. Das Land ist Mitglied im Europarat und der NATO. Es gab Fortschritte bei der Schaffung des erforderlichen Rahmens für die Achtung der Menschenrechte und den Schutz von Minderheiten. Montenegro engagiert sich außerdem für die regionale Zusammenarbeit in Südosteuropa. Es wurde eine Sonderstaatsanwaltschaft eingerichtet, um das organisierte Verbrechen zu bekämpfen. Diese hat schon zahlreiche Verhaftungen durchgeführt und verzeichnet gute Erfolge.

d. Wirtschaft

Montenegro hat weitere Fortschritte bei der Einführung einer funktionierenden Marktwirtschaft erzielt, auch wenn sich das Tempo verlangsamt hat. Das rasche Wirtschaftswachstum hat zur Schaffung von Arbeitsplätzen beigetragen, während die Inflation gedämpft blieb. Umfangreiche ausländische Direktinvestitionen haben die Wirtschaftstätigkeit zusätzlich angekurbelt. Durch eine umsichtige Finanzpolitik kam es erneut zu einem Haushaltsüberschuss. Die Öffnung des Handels und die Angleichung an die WTO-Regeln brachten die wirtschaftliche Integration in die EU weiter voran. Das Land hat bei der Anpassung an die europäischen Standards und beim

Ausbau seiner Verwaltungskapazitäten deutliche Fortschritte erzielt, so dass am 15. Oktober 2007 das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) mit der EU unterzeichnet werden konnte.

5. Taktik

Auf den vorherigen Seiten sind auch Herausforderungen und Probleme Ihres Landes beschrieben. Vielleicht schaffen Sie es, diese als Chancen oder Vorteile darzustellen? Werden Sie kreativ und überlegen Sie sich, welche Reformen und Verbesserungen Montenegro anstreben kann, sobald die Unterstützung seitens der EU steht und Montenegro den Beitrittskandidatenstatus innehat. Es geht auch um die Frage, welchen Vorteil der Beitritt Montenegros für die EU und den europäischen Kontinent hat. Sie müssen also Ihre Verhandlungspartner von der Beitrittsreife Montenegros überzeugen. Verweisen Sie auf die großen Erfolge der Regierungsarbeit und erläutern Sie die weiteren Reformpläne.

6. Fragen

(Diese Fragen können aus dem Text beantwortet werden. Sie dienen zur Strukturierung Ihres Beitrittsgesuchs und sind Ihre Hilfe für die Verhandlungen!)

- Welche Argumente für den Beitritt Montenegros können Sie in den Verhandlungen anführen?
- In welchen innen- oder außenpolitischen Bereichen hat Montenegro bereits Fortschritte gemacht?
- Welche Reformen sind vielleicht bereits erfolgreich umgesetzt worden?
- Welche kritischen Rückfragen können seitens der EU-Institutionen kommen?

Steckbrief: Beitrittswilliges Land Nord-Mazedonien



Nord-Mazedonien (Republika Severna Makedonija)

Hauptstadt:	Skopje (505 400 Einwohner)
Staatsform:	Republik
Fläche:	25 713 km ²
Einwohner:	2,083 Millionen
Einwohner/km²:	81
BIP/Einwohner (2017):	4 880 US-\$
Wachstumsrate (2017):	0,0 Prozent
Arbeitslosenquote (2017):	22,4 Prozent
Währung:	Denar der Republik Nord-Mazedonien (MKD)
Amtssprache:	Mazedonisch
Religion:	70 Prozent Christen, 25 Prozent Muslime (v.a. Albaner)
Ethnischen Gruppen:	64,2 Prozent Mazedonier, 25,2 Prozent Albaner, 3,9 Prozent Türken, 2,7 Prozent Roma, 1,8 Prozent Serben, 0,8 Prozent Bosniaken, 0,5 Prozent Aromunen und Sonstige
Pressefreiheit (2019):	92. Platz weltweit
CPI/Korruptionsindex (2019):	106. Platz weltweit
Human Developm. Index (2019):	82. Platz weltweit
Staatsoberhaupt:	Prof. Dr. Stevo Pendarovski
Regierungschef:	Zoran Zaev
Weitere Informationen:	www.honorarkonsulat-Nord-Mazedonien.de

Quelle u.a.: Der Neue Fischer Weltalmanach 2019

Beitrittswilliges Land Nord-Mazedonien



1. Zu Ihrer Rolle

Sie sind Delegierte/Delegierter Nord-Mazedoniens bei den Verhandlungen mit der EU. Sie streben den schnellstmöglichen EU-Beitritt Ihres Landes an. Auf nachfolgende Daten aus Geschichte, Politik und Wirtschaft Ihres Landes können Sie bei den Verhandlungen zurückgreifen. Dieses Rollenpapier wird Ihnen einen Überblick über die Lage im Land geben, Ihnen Probleme und Herausforderungen aufzeigen. Ebenso finden Sie einen Text zu Lösungsansätzen. Mit den abschließenden Fragen sollten Sie Ihre Gedanken sortieren und sich gezielt auf die Verhandlungen vorbereiten.

2. Nord-Mazedonien im Überblick

Nord-Mazedonien ist ein Binnenstaat und grenzt im Norden an Serbien und Kosovo, im Osten an Bulgarien, im Süden an Griechenland und im Westen an Albanien. Nord-Mazedonien war die südlichste Teilrepublik Jugoslawiens und rief 1991 die Unabhängigkeit unter dem damaligen Namen „Republik Mazedonien“ aus, die mit friedlichen Mitteln erreicht werden konnte. Das Land blieb von den kriegerischen Auseinandersetzungen im Zuge des Zusammenbruchs der jugoslawischen Föderation vollkommen verschont, konnte aber aufgrund des sog. „Namensstreits“ mit Griechenland erst im Jahr 1993 unter der provisorischen Bezeichnung „die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien“ Mitglied der Vereinten Nationen werden. Nach jahrzehntelangen Verhandlungen im Rahmen der Vereinten Nationen konnte der Namensstreit mit einem Kompromiss beigelegt werden, das Land nennt sich seit 2019 offiziell „Republik Nord-Mazedonien“.

a. Aktuelle außenpolitische Lage

Am 19.12.2009 wurde die Visumspflicht für Reisen in die EU nach mehr als 10 Jahren abgeschafft, was den Bürgerinnen und Bürgern Nord-Mazedoniens wieder ein freies Reisen ermöglicht.

Nach einer langen Regierungszeit der konservativen VMRO-DPMNE, die wenig Fortschritte im Bereich der EU- und der NATO-Integration erreichen konnte, kam es im Jahr 2017 zu einem Regierungswechsel. Die Sozialdemokratische Partei Mazedoniens (SDSM) konnte ein Regierungsbündnis zusammen mit einigen Parteien der albanischen Gemeinschaft bilden (die größten Parteien sind hier die DUI und die BESA). Nach dem Regierungsantritt kündigte die Regierung an, die außenpolitischen Probleme mit den Nachbarstaaten Griechenland und Bulgarien zu lösen, um damit den Weg in die EU und in die NATO zu ermöglichen.

Nach langen Verhandlungen konnte im Jahr 2018 der seit der Unabhängigkeit bestehende sog. Namensstreit mit Griechenland gelöst werden. Im Rahmen einer feierlichen Zeremonie und unter Anwesenheit von hohen Vertreterinnen und Vertretern der internationalen Gemeinschaft unterzeichneten die Außenminister beider Länder am Prespa-See den sog. Vertrag von Prespa, der die Namensfrage sowie weitere Details in den Beziehungen beider Länder regelt, wie z.B. die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen. Ein

Freundschaftsvertrag zwischen beiden Ländern rundet dieses Abkommen ab. Nachdem Griechenland sein Veto zum NATO-Beitritt Nord-Mazedoniens aufhob, wurde im Februar 2019 ein Protokoll über die Aufnahme Nord-Mazedoniens unterschrieben, das in der Folge von allen NATO-Mitgliedstaaten ratifiziert wurde. Am 27. März 2020 trat Nord-Mazedonien offiziell der NATO bei.

Ebenso konnten die offenen Fragen mit dem Nachbarland Bulgarien zunächst geklärt werden. Im Jahr 2017 wurde zwischen beiden Staaten ein Freundschaftsvertrag geschlossen, der von den Ministerpräsidenten beider Länder unterzeichnet wurde. Neben der Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Infrastruktur und Kultur sollen insbesondere historische Fragen geklärt sowie die Lehrbücher im Fach Geschichte zwischen beiden Staaten geprüft und eventuelle negative Darstellungen über das jeweils andere Land ausgeräumt werden.

Die Verträge mit Griechenland und Bulgarien lösten bei der konservativen Opposition massive Proteste aus. Vielfach wurden die Vertreter*innen der Regierung als „Landesverräter“ diffamiert, Verfassungsexperten mahnten die Rechtmäßigkeit der Namensänderung in der Verfassung an.

b. Aktuelle innenpolitische Lage

Zu weiteren innenpolitischen Spannungen kam es, als im Jahr 2018 das sog. Sprachengesetz verabschiedet wurde. Das Sprachengesetz definiert die albanische Sprache als zweite Amtssprache im gesamten Staatsgebiet, womit auf Forderungen der albanischen Gemeinschaft eingegangen wurde. Fraglich blieb, inwieweit das Sprachengesetz insbesondere im Justizwesen zu Verzögerungen in der Verfahrensabwicklung führen würde. Auch hier kam es zu Protesten in der konservativen Opposition, während die Regierung von einem weiteren Fortschritt auf dem Weg in die multikulturelle und europäische Gesellschaft sprach.

Die albanische Gemeinschaft stellt mit ca. 25 Prozent der Gesamtbevölkerung die zweitgrößte ethnische Gruppe im Land dar. Daneben gibt es noch weitere kleinere Gemeinschaften, wie z.B. die türkische, die Gemeinschaft der Roma, der Serben, Aromunen usw. Die Sprachen dieser Gemeinschaften sind vereinzelt nur auf kommunaler Ebene offizielle Amtssprachen, so dass auch immer wieder die Frage aufgeworfen wird, inwiefern das Sprachengesetz eine faire Lösung für alle Gemeinschaften im Land darstellt. Darüber hinaus zweifeln Kreise der Opposition auch die Verfassungsmäßigkeit dieses Gesetzes an, da aus ihrer Sicht nach der Verfassung nur die mazedonische Sprache als Amtssprache für das gesamte Staatsgebiet definiert wird.

Aufgrund von internationalem Druck wurde eine Sonderstaatsanwaltschaft zu möglichen Korruptionsstraftaten der Vorgängerregierung unter Führung der konservativen VMRO-DPMNE gebildet. Es fanden Ermittlungen gegen ehemalige Minister*innen der Vorgängerregierung statt, wobei der ehemalige Premierminister unter mysteriösen Bedingungen über Albanien aus dem Land fliehen konnte und sich somit einer möglichen strafrechtlichen Verfolgung entziehen konnte. Im weiteren Verlauf kam auch die Sonderstaatsanwältin selbst in Untersuchungshaft, da gegen sie Korruptionsvorwürfe erhoben wurden. Die Sonderstaatsanwaltschaft wurde mittlerweile aufgelöst und in die bestehende Staatsanwaltschaft eingegliedert.

c. Wirtschaftliche Lage

Nord-Mazedonien war in Jugoslawien eine der ärmeren Republiken, während die nördlichen Teilstaaten zu den wohlhabenden Republiken gehört haben. Die mazedonische Wirtschaft zur Zeit des jugoslawischen Sozialismus war als Zulieferindustrie für die größeren jugoslawischen Unternehmen ausgerichtet. Eigene Wirtschaftszweige gab es v.a. in der Textilindustrie, chemischen Industrie, Nahrungsmittelindustrie, Automobilzulieferindustrie usw. Dominant war in der Vergangenheit und ist auch heute noch die Landwirtschaft. Das Land leidet heute unter den typischen Problemen eines postsozialistischen Staates. Es gibt weiterhin eine spürbare Korruption, einen zu großen Beamtenapparat sowie eine anhaltende Auswanderung von besonders qualifizierten jungen Menschen nach Westeuropa und Übersee. Wichtige Exportländer sind Deutschland, Serbien und Bulgarien. Die Hauptexportprodukte sind Nahrungsmittel, Wein, Tabak sowie Eisen und Stahl. Den größten Anteil am Import

von Gütern nach Nord-Mazedonien haben Deutschland, Großbritannien, Serbien, Griechenland, China, Italien und die Türkei. Hierbei geht es v.a. um Metalle, Nahrungsmittel, Textilien und Bekleidung sowie Elektrotechnik.

3. Herausforderungen

Nord-Mazedonien ist ein multikulturelles Land, in dem es mehrere ethnische Gruppen gibt. Neben dem zahlenmäßig größten Ethnikum der Mazedonier*innen gibt es weitere ethnische Gemeinschaften, wie z.B. die albanische, türkische, serbische Gemeinschaft etc. Diese verfügen über weitreichende Rechte, wie z.B. die Vertretung im Parlament, in der Regierung, besondere Rechte, die in der Verfassung verankert sind. Das Rahmenabkommen von Ohrid aus dem Jahr 2001 garantiert hier die Rechte der ethnischen Gemeinschaften, wodurch es zu weitreichenden Verfassungsänderungen kam. Die Regierung setzt die Bestimmungen dieses Abkommens im Rahmen von strategischen Planungen um und achtet hier insbesondere auf die angemessene Repräsentation aller ethnischen Gemeinschaften in der staatlichen Verwaltung. Hier kommt es immer wieder zu Schwierigkeiten in der Umsetzung, sowie auch in der Interpretation der Vorgaben des Rahmenabkommens.

Es bleiben weitere Herausforderungen bei der Anwendung der neuen Regelungen und Gesetze. Konflikte im Rahmen der multikulturellen Gesellschaft können nicht ausgeschlossen werden. Insbesondere kleinere Gemeinschaften befürchten, dass die beiden größten Gemeinschaften im Land (die mazedonische und albanische) die Rechte der kleineren Gemeinschaften an den Rand drängen könnten.

Ein weiterhin großes Problem stellt die Korruption in der öffentlichen Verwaltung sowie die organisierte Kriminalität dar. Die staatliche Antikorruptionsbehörde verfügt über einzelne Überprüfungsmöglichkeiten für Verdachtsfälle, die strafrechtliche Verfolgung muss aber über die Staatsanwaltschaft erfolgen. Leider werden immer noch nicht genug Fälle durch die Staatsanwaltschaft verfolgt, bei noch weniger Verdachtsfällen werden dann auch tatsächlich Ermittlungen eingeleitet und es erfolgt eine Verurteilung. Hier muss das Land weitere Anstrengungen unternehmen, um erkennbare Fortschritte erzielen zu können. Die Menschenrechtsorganisation Freedom House stuft die Lage in Nord-Mazedonien nur als ‚teilweise frei‘ ein. Auch bezüglich der Pressefreiheit gibt es noch Reformbedarf.

Es bleiben zudem wirtschaftliche Probleme. Der Lebensstandard ist weiterhin niedrig, die Arbeitslosenquote hoch, ebenso leidet das Land unter einer massiven Verschmutzung der Luft. Hier gibt es weiterhin keine effektiven Maßnahmen dagegen und es ist unklar, warum die staatlichen Behörden hier nicht energischer eingreifen.

4. Ihre Argumente und Lösungsansätze (entlang der Kopenhagener Kriterien)

Die hier aufgeführten Informationen helfen Ihnen auf die wichtigsten Punkte der Kopenhagener Kriterien einzugehen und Argumente für den Kandidatenstatus zu formulieren.

a. Namensstreit

Die Republik Nord-Mazedonien konnte unter Führung der neuen sozialdemokratischen Regierung innerhalb relativ kurzer Zeit die größten außenpolitischen Probleme mit den Nachbarländern Griechenland und Bulgarien lösen und ebnete so den Weg für die EU- und NATO-Integration. Das Land wurde in der Folge in die NATO aufgenommen. Neben vielen negativen Nachrichten, die die EU in letzter Zeit überschatteten, stellt die Lösung des Namenskonflikts einen großen Erfolg der EU dar, die mit dem Erweiterungsversprechen die mazedonische Regierung dazu bewegen konnte, mit Griechenland zu einer weitreichenden Lösung zu kommen. Damit zeigt die neue Regierung Handlungsfähigkeit und die Fähigkeit, Kompromisse zu schließen.

b. Ethnische Vielfalt

Die Lösung der innenpolitischen Probleme innerhalb einer multikulturellen Gesellschaft wurde ebenso mit Hochdruck betrieben. Die überfällige Frage, ob die albanische Sprache zweite Amtssprache werden sollte oder nicht, wurde trotz verfassungsmäßiger Vorbehalte geklärt.

Es ist bloß verständlich, dass es in einer konfliktbehafteten multikulturellen Gesellschaft auch mal zu Schwierigkeiten und Auseinandersetzungen kommen kann. Man sieht es an der EU, dass eine Einigung der unterschiedlichsten Akteure nicht einfach, sondern sehr komplex ist. Gleichzeitig kann die kulturelle Vielfalt der EU und ebenso in Nord-Mazedonien als eine Bereicherung gesehen werden.

5. Taktik

Führen Sie Ihre konstruktive Haltung zur Lösung des Namensstreit mit Griechenland an, um zu zeigen, wie groß Ihr Engagement für einen EU-Beitritt ist.

Zeigen Sie am Beispiel der Durchsetzung des Sprachengesetzes, dass Ihnen eine Gleichstellung der Minderheiten wichtig ist.

Versuchen Sie Unterstützer für den EU-Beitritt Ihres Landes zu finden und nutzen Sie informelle Gespräche, um unsichere Mitgliedstaaten oder Abgeordnete zu überzeugen. Insbesondere die slawischgeprägten Mitgliedstaaten, insbesondere andere ehemalige jugoslawische Republiken, haben großes Verständnis für Ihre Positionen. Mit Slowenien und Kroatien hat Nord-Mazedonien in der Vergangenheit in einem Föderalstaat die gemeinsamen Geschichte des Landes mitgelenkt und zusammengearbeitet. Diese beiden Länder verstehen nur zu gut was es bedeutet, den Schritt in die Unabhängigkeit zu gehen und Mitglied in der NATO und in der EU zu werden. Bei diesen beiden Ländern können Sie besonders für Unterstützung werben.

Achten Sie darauf, dass Sie noch nicht alle Fragen im Rahmen des Freundschaftsvertrags mit Bulgarien geklärt haben. Insbesondere geht es hier um historische Fragen, die kritisch sein könnten. Versuchen Sie hier mit Bulgarien zu einem Kompromiss zu kommen und die Wogen zu glätten. Bulgarien ist ihr direktes Nachbarland und sollte zu ihrem strategischen Partner werden.

Heben Sie Fortschritte hervor und wecken Sie Verständnis dafür, dass noch nicht alles den Erwartungen der EU entspricht. Bitten Sie möglicherweise in herausfordernden Bereichen um mehr Unterstützung von der EU.

6. Fragen

(Diese Fragen können aus dem Text beantwortet werden. Sie dienen zur Strukturierung Ihres Beitrittsgesuchs und sind Ihre Hilfe für die Verhandlungen!)

- Welche Fortschritte hat Nord-Mazedonien in Richtung EU-Beitritt gemacht?
- Welche Herausforderungen muss Nord-Mazedonien besonders in den Fokus nehmen?
- Mit welchen Argumenten können Sie die EU von Ihrem Beitritt überzeugen?
- Welche Bedeutung hat die Lösung des Namensstreit mit Griechenland?
- Welche Rolle spielt die multikulturelle Gesellschaft Nord-Mazedoniens?
- Wie könnten die noch offenen Fragen mit Bulgarien geklärt werden?

Steckbrief: Beitrittswilliges Land Serbien



Serbien (Srbija)

Hauptstadt:	Belgrad (1,166 Mio. Einwohner)
Staatsform:	Republik
Fläche:	77 474 km ²
Einwohner:	7,022 Millionen
Einwohner/km²:	91
BNE/Einwohner (2017):	5 180 US-\$
Wachstumsrate (2017):	1,9 Prozent
Arbeitslosenquote (2017):	14,1 Prozent.
Währung:	Dinar
Amtssprache:	Serbisch
Religionen:	85 Prozent Orthodoxe, 5 Prozent Katholiken, 3 Prozent Muslime, 1 Prozent Protestanten u.a.
Ethnischen Gruppen:	83,3 Prozent Serben, 3,5 Prozent Ungarn, 2,1 Prozent Roma, 2,0 Prozent Bosniaken; insg. 21 Minderheiten
Pressefreiheit (2019):	93. Platz weltweit
CPI/Korruptionsindex (2019):	91. Platz weltweit
Human Developm. Index (2019):	63. Platz weltweit
Staatsoberhaupt:	Aleksandar Vučić
Regierungschefin:	Ana Brnabić
Weitere Informationen:	www.konzulati-rs.de

Quelle u.a.: Der Neue Fischer Weltalmanach 2019

Beitrittswilliges Land Serbien



1. Zu Ihrer Rolle

Sie sind Delegierte/Delegierter Serbiens bei den Verhandlungen mit der EU. Sie streben den schnellstmöglichen EU-Beitritt Ihres Landes an. Auf nachfolgende Daten aus Geschichte, Politik und Wirtschaft Ihres Landes können Sie bei den Verhandlungen zurückgreifen. Dieses Rollenpapier wird Ihnen einen Überblick über die Lage im Land geben, Ihnen Probleme und Herausforderungen aufzeigen. Ebenso finden Sie einen Text zu Lösungsansätzen. Mit den abschließenden Fragen sollten Sie Ihre Gedanken sortieren und sich gezielt auf die Verhandlungen vorbereiten.

2. Serbien im Überblick

a. **Aktuelle innenpolitische Lage**

Für einen möglichen Beitritt zur EU ist es für Serbien grundlegend einen gemeinsamen pro- europäischen Konsens in der Bevölkerung zu schaffen. Wöchentliche Proteste gegen die Regierung begannen im Dezember 2018 in Belgrad als Reaktion auf einen Angriff auf einen Oppositionsparteiführer. Die insgesamt friedlichen Proteste fordern die Freiheit der Medien sowie freie und faire Wahlen. Sie wehren sich gegen Arbeitslöhne, die nicht zum Leben reichen, eine fehlende rechtliche Absicherung von Beschäftigten und die Machtlosigkeit von Gewerkschaften. Solange die Opposition keinen Zugang zu den Medien habe, fände ein Wahlkampf unter höchst ungleichen Bedingungen statt. Mehrere Oppositionsparteien haben angekündigt, die Parlamentswahlen zu boykottieren, es sei denn, die Forderung nach freien und fairen Wahlen wird erfüllt.

b. **Aktuelle außenpolitische Lage**

Serbien muss einige Probleme lösen, wenn es der Europäischen Union beitreten möchte. Insbesondere verlangt die Europäische Union eine Lösung im Konflikt mit dem Kosovo, das sich gegen die Willen Serbiens im Jahr 2008 vom serbischen Staat gelöst hat. Neben den Annäherungsprozess an die EU schaut Serbien auch nach Russland. Gleichzeitig wächst der Einfluss Moskaus in dem Balkanland. Serbien unterhält in der EU vor allem starke Beziehungen zu Ungarn. Die Regierung dort unterstützt ebenso einen wachsenden pro-russischen Kurs der serbischen Politik. Große Zustimmung und Verbundenheit von Teilen der serbischen Bevölkerung gelten Russlands Präsident Putin. Russland wird als starker Verbündeter und Helfer gesehen. Die Mehrheit der Serben ist prorussisch eingestellt. Der serbische Außenminister äußert sich sehr oft mit den gleichen Worten wie der Krenl zu außenpolitischen Vorgängen.

Unabhängige Medien haben herausgefunden, dass in Serbien 109 prorussische Organisationen tätig sind. Von diesen prorussischen Organisationen sind die meisten an den Universitäten in Serbien aktiv. Sie veranstalten viele Konferenzen, vor allem an der politikwissenschaftlichen und juristischen Fakultät in Belgrad. Den größten Einfluss nimmt Russland über die serbischen Medien. Fast keine Woche vergeht ohne Schlagzeilen wie: „Der Westen bereitet einen Anschlag auf Serbien vor, einen Regierungsumsturz oder die Ermordung unseres Präsidenten.“ Jede Woche sind die Titelblätter voll damit und parallel dazu die Botschaft: „Putin wird uns retten“,

und „Putin warnt: Niemand sollte sich an Serbien vergreifen.“ Für Russland ist die Unabhängigkeit des Kosovo, einer aus seiner Sicht traditionellen Region Serbiens, eine Niederlage. Die Abtrennung des Gebietes von Serbien und die nicht vollständige, aber doch breite internationale Anerkennung als unabhängiger Staat ist das Exempel, das es für Moskau nie hätte geben dürfen. Viele Serben sind Wladimir Putin dankbar für diese Solidarität, er ist der beliebteste ausländische Politiker in Serbien, auch wegen dessen Kritik an der NATO.

c. Wirtschaftliche Lage

Die serbische Wirtschaft ist eine der am schnellsten wachsenden in der Region. Das Wirtschaftswachstum lag in den vergangenen Jahren oft über 5 Prozent und die ausländischen Direktinvestitionen sind, besonders im Vergleich zu anderen Balkanländern, sehr hoch. Die Textil- und Bekleidungsindustrie ist heute überwiegend in der Hand von ausländischen Investoren. 2016 sorgten Berichte über die Zustände beim italienischen Schuhfabrikanten Geox für große Empörung. Arbeiterinnen sollten Windeln benutzen, um nicht die Toilette aufsuchen zu müssen. Es gibt keine offiziellen Statistiken, aber Schätzungen zufolge verlassen jedes Jahr bis zu 1.000 ausgebildete Krankenschwestern, Pfleger und Ärzte das Land. Trotz eines offiziellen Grundeinkommens von 500 € bekommen viele Angestellte nur 200€ bis 250€.

Gerade Frauen sind von den prekären Arbeitsverhältnissen betroffen. Am schwierigsten ist die Situation in Südserbien. Die Region ist so arm, die Arbeitslosigkeit so hoch, dass die Frauen alles bereitwillig hinnehmen, um ihren Arbeitsplatz zu behalten. Die Weltbank geht davon aus, dass es in 30 Jahren statt jetzt 7 Millionen nur noch 5.8 Millionen Serben geben wird. Die Geburtenrate ist extrem niedrig, und Einwanderung gibt es nicht. Für die Jungen gibt es nichts zu tun, es bleibt ihnen nichts übrig, außer weg zu gehen.

Etwa 40 Prozent der gesamten Fläche Serbiens sind agrarisch nutzbar. Die Landwirtschaft macht ca. 16,6 Prozent des serbischen Bruttoinlandsprodukts aus. Gemäß der Statistik aus dem Jahr 2002 arbeiteten zu diesem Zeitpunkt rund 30 Prozent der Gesamtbevölkerung in der Landwirtschaft. Der industrielle Sektor des Landes befindet sich seit einigen Jahren in stetigem Wachstum. Die meisten Firmen in Serbien waren staatliche Unternehmen, die seit 2002 nach und nach privatisiert werden, um so den Standort Serbien für Investitionen attraktiver zu machen. Energie wird in Serbien hauptsächlich durch Kohle- und Wasserkraftwerke erzeugt. Dominiert wird die Wirtschaft Serbiens seit 2001 durch den Dienstleistungssektor, der weit über die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts ausmacht (57,9 Prozent der serbischen Wirtschaftsleistung im Jahr 2007). Dies ist der Teil der serbischen Wirtschaft, der sich am schnellsten entwickelt.

3. Herausforderungen

Für die weitere Annäherung an die EU werden Fortschritte im innenpolitischen Reformprozess erwartet. Hierbei geht es vor allem um eine weitergehende Justiz- und Verwaltungsreform, die Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität sowie dem Minderheitenschutz.

Die serbische Gesellschaft ist gespalten. Pro-europäische Kräfte werben für den wirtschaftlichen Aufschwung Serbiens durch einen EU-Beitritt. Sie fordern ein Ende der für sie empfundenen Autokratie und des Stillstands im Land. Gerade junge Serben hoffen auf eine Zukunft in ihrem Land und wollen nicht gezwungen sein, auszuwandern, um ein gutes Leben aufbauen zu können. Dem entgegen steht eine Frustration in innenpolitischen Fragen, denn die Demonstranten fühlen sich im Kampf gegen Autokratie und Korruption der serbischen Regierung von der EU allein gelassen. Auch pro-russische Strömungen stehen einer offenen Stimmung der EU gegenüber. Und ein möglicher Beitritt zur NATO als erster Schritt auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft steht den Erinnerungen an die Bombardierung Serbiens durch NATO-Truppen im Jahr 1999 entgegen.

Sollten die EU-Beitrittsverhandlungen keinen neuen Schub bekommen, könnte die Bereitschaft der serbischen Bevölkerung und der Politik zum Einigungsprozess mit der EU noch weiter abnehmen.

Derzeit gibt der Spielraum für politischen Einfluss weiterhin Anlass zur Sorge. Serbien ist dem Kampf gegen die Korruption kaum gewachsen. Es gibt keine messbaren Auswirkungen von Reformen zur Korruptionsprävention. Die Anzahl der Verurteilungen wegen organisierter Kriminalität - insbesondere im Kampf gegen den Menschenhandel - bleibt niedrig. Der Staat behält einen starken Fußabdruck auch in der Besetzung strategischer Positionen im Land. Medien und Justiz werden von regierungstreuen Anhängern geleitet. Die aktuelle serbische Regierung agiert autokratisch und verwehrt Andersdenkenden den Zugang zu den Medien.

Als Voraussetzung für einen späteren EU-Beitritt müssen Serbien und der Kosovo ihre Beziehungen in Ordnung bringen. Gespräche darüber – der Normalisierungsdialog – begannen 2011 und brachen Ende 2018 abrupt ab. Auch von Seiten des Kosovo wird der Ton in den Verhandlungen härter. Serbien muss jedoch erhebliche Anstrengungen unternehmen, die Beziehungen zum Kosovo zu stabilisieren. Für beide Länder ist dies eine der wichtigsten Herausforderungen auf dem Weg zu Beitrittsverhandlungen mit der EU. Während die DSS (Demokratische Partei Serbiens) zusammen mit den Oppositionsparteien SRS und SPS (Sozialistische Partei Serbiens) einen Parlamentsbeschluss fasste, der faktisch den Abbruch der Beziehungen zur EU und denjenigen EU-Staaten, die den Kosovo anerkannt hatten, forderte, bestanden die übrigen Regierungsparteien auf weiteren Verhandlungen über den Abschluss des bereits in wesentlichen Punkten vereinbarten Stabilisierungs- und Assoziationsabkommens (SAA) mit der EU.

Der Internationale Gerichtshof erklärte im Juli 2010 den Prozess der Unabhängigkeit des Kosovo für rechtmäßig. Serbien betrachtet dieses Urteil, für sich als nicht bindend. Für die weitere Annäherung Serbiens an die EU wird erwartet, dass das Land den Weg der fortschreitenden Normalisierung seiner Beziehungen zum Kosovo geht. Serbien bekräftigt weiterhin in seiner Verfassung, dass das Gebiet der Republik Kosovo integraler Bestandteil seines Staatsgebiets ist; dies ist jedoch kein Hindernis, um die Beziehungen zu diesem Land in weiten Bereichen zu normalisieren.

4. Ihre Argumente und Lösungsansätze (entlang der Kopenhagener Kriterien)

Die hier aufgeführten Informationen helfen Ihnen auf die wichtigsten Punkte der Kopenhagener Kriterien einzugehen und Argumente für den Kandidatenstatus zu formulieren.

Serbien grenzt an acht weitere Staaten und hat dadurch so viele Nachbarn wie kein anderer Staat in dieser Region, was das Land in eine geostrategisch wichtige Position bringt. Dieser Standortvorteil führt dazu, dass besonders ausländische Firmen ihre Präsenz immer stärker ausbauen, wie zuletzt der russische Energiegigant Gazprom oder der Automobilhersteller Fiat.

Serbien ist Mitglied der Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation und der CEFTA². Am 19.12.2009 wurde die Visumpflicht für Reisen in die EU nach mehr als über zehn Jahren abgeschafft, wodurch für die Bürgerinnen und Bürger Serbiens wieder ein freies Reisen möglich ist. Serbien hat gewisse Fortschritte bei der Erfüllung der politischen Kriterien gemacht. Im Januar 2007 fanden erstmals Parlamentswahlen statt, die den internationalen Standards entsprachen. Allerdings traten in der Zeit bis zur Bildung einer neuen Regierung im Mai 2007 scharfe politische Gegensätze zutage. Dadurch verlangsamte sich das Reformtempo. Die neue Regierung hat sich aber bemüht, den Reformprozess wieder anzukurbeln. Die wesentlichen Elemente der Wirtschaftspolitik wurden beibehalten. Die Wirtschaft expandiert weiterhin stark. Die Inflation geht zurück, der Haushaltsüberschuss bleibt erhalten, und auf der Ausgabenseite werden die Mittel für Investitionen genutzt. Renten und Gehälter wurden gekürzt, zehntausende Beschäftigte in Staatsbetrieben entlassen, hunderte von Unternehmen privatisiert oder

² Abkürzung CEFTA für englisch Central European Free Trade Association, 1992 von Polen, Slowenien, der Slowakischen Republik, Rumänien, der Tschechischen Republik und Ungarn gegründete Wirtschaftsorganisation für mehr wirtschaftliche Zusammenarbeit, den Abbau von Zöllen sowie die Schaffung eines gemeinsamen Marktes. Nach dem Austritt der Gründungsstaaten sowie von Kroatien (sie wurden Mitglied der Europäischen Union) besteht die CEFTA mit Makedonien (2006), Albanien, Bosnien und Herzegowina, Moldawien, Montenegro, Kosovo und Serbien (2007) fort. (BpB)

in die Insolvenz geschickt. Die Arbeitslosigkeit ist seitdem stetig gesunken, der Haushalt weist inzwischen sogar einen Überschuss auf. Dadurch konnte Serbien angehäufte Schulden weiter erfolgreich abbauen.

Im Kampf gegen das organisierte Verbrechen, Terrorismus und Korruption wurde eine Strategie entwickelt, die vermehrte Festnahmen und eine verbesserte Rechtsstaatlichkeit vorsieht. Seit 2011 finden Gespräche zwischen dem Kosovo und Serbien unter Vermittlung der EU statt.

Die Frage der Unabhängigkeit bleibt dabei allerdings ausgeklammert. Aufgrund eines von der EU moderierten, hochrangigen politischen Dialogs zwischen Serbien und Kosovo konnte im Jahr 2013 eine Normalisierungsvereinbarung zwischen beiden Ländern geschlossen werden. Serbien hat bisher Fortschritte im Bereich der Rechtsstaatlichkeit gezeigt und durch das Normalisierungsabkommen mit der Republik Kosovo bewiesen, dass es kompromissbereit ist.

5. Taktik

Sie sind Vertreterin/Vertreter Ihres Landes. Denken Sie immer daran: Ihr Ziel ist der Beitritt Serbiens zur Europäischen Union! Sie müssen also Ihre Verhandlungspartner von der Beitrittsreife Serbiens überzeugen. Verweisen Sie auf die großen Erfolge der Regierungsarbeit und erläutern Sie die weiteren Reformpläne. Werden Sie kreativ und überlegen Sie sich welche Reformen und Verbesserungen Serbien anstreben kann, sobald die Unterstützung seitens der EU steht. Es geht auch um die Frage, welchen Vorteil der Beitritt Serbiens für die EU und den europäischen Kontinent hat. Sie müssen also Ihre Verhandlungspartner von der Beitrittsreife Serbiens überzeugen.

6. Fragen

(Diese Fragen können aus dem Text beantwortet werden. Sie dienen zur Strukturierung Ihres Beitrittsgesuchs und sind Ihre Hilfe für die Verhandlungen)

- Welche Argumente für den Beitritt Serbiens können Sie in den Verhandlungen anführen?
- In welchen innen- oder außenpolitischen Bereichen hat Serbien bereits Fortschritte gemacht?
- Welche Reformen sind vielleicht bereits erfolgreich umgesetzt worden?
- Welche kritischen Rückfragen können seitens der EU-Institutionen kommen?
- Welche Bedeutung hat die Beziehung zum Kosovo für den EU-Beitritt Serbiens?

Steckbrief: Beitrittswilliges Land Türkei



Türkei (Türkiye)

Hauptstadt:	Ankara (4,870 Mio. Einwohner)
Staatsform:	Republik, parlamentarische Demokratie
Fläche:	793 562 km ²
Einwohner:	80,745 Millionen
Einwohner/km²:	103
BIP/Einwohner (2017):	10 930 US-\$
Wachstumsrate (2017):	7,4 Prozent
Arbeitslosenquote (2017):	11,3 Prozent
Währung:	Türkische Lira
Amtssprache:	Türkisch
Religionen:	99 Prozent Muslime; Minderheiten von Christen und Juden
Ethnische Gruppen:	70-80 Prozent Türken, 15-20 Prozent Kurden (davon 24 Prozent Zaza), 2 Prozent Araber; außerdem Tscherkessen, Bosniaken, Georgier, Lasen, Pomaken u.a.,
Pressefreiheit (2019):	154. Platz weltweit
CPI/Korruptionsindex (2019):	91. Platz weltweit
Human Developm. Index (2019):	59. Platz weltweit
Staats- und Regierungschef:	Recep Tayyip Erdoğan
Weitere Informationen:	www.berlin.be.mfa.gov.tr

Quelle u.a.: Der Neue Fischer Weltalmanach 2019

Beitrittswilliges Land Türkei



1. Zu Ihrer Rolle

Sie sind Delegierte/Delegierter der Türkei bei den Verhandlungen mit der EU. Sie streben den schnellstmöglichen EU-Beitritt Ihres Landes an. Auf nachfolgende Daten aus Geschichte, Politik und Wirtschaft Ihres Landes können Sie bei den Verhandlungen zurückgreifen. Dieses Rollenpapier wird Ihnen einen Überblick über die Lage im Land geben, Ihnen Probleme und Herausforderungen aufzeigen. Ebenso finden Sie einen Text zu Lösungsansätzen. Mit den abschließenden Fragen sollten Sie Ihre Gedanken sortieren und sich gezielt auf die Verhandlungen vorbereiten.

2. Türkei im Überblick

Auf folgende Daten aus Wirtschaft, Innen- und Außenpolitik Ihres Landes können Sie bei den Verhandlungen zurückgreifen.

a. **Aktuelle innenpolitische Lage**

Seit 2003 ist die Mitte-rechts Partei AKP („Partei der Gerechtigkeit und Entwicklung“) mit Recep Tayyip Erdoğan als Ministerpräsident in der türkischen Regierung. Die AKP setzte es sich zum Ziel, die politischen Kriterien von Kopenhagen zu erfüllen, um den Weg für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU zu ebnen. Die erfahrene Unterstützung durch die EU zu Beginn brachte die Reformen und Gesetzänderungen in der Türkei erheblich voran. Neben einem Neuen Zivilgesetzbuch wurden in den Jahren 2002/2003 unter anderem sieben „Harmonisierungspakete“ beschlossen, welche türkisches Recht an EU-Standards anglich. Zum Beispiel wurde die Todesstrafe abgeschafft und die Rechte von Frauen und Kurden gestärkt. Es wird sogar von einer stillen Revolution geredet, da diese Entwicklungen den Übergang von einem autoritär-repressiven Sicherheitsstaat zu einem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat in der Türkei einläuteten.

Ab 2005 ließ das Reformtempo jedoch nach, was mit einer nachlassenden europäischen Unterstützung und säkular-religiösen Spannungen zusammenhängt. Nach weiteren Wahlsiegen, trotz eines Korruptionsskandals im Dezember 2013, wechselte Erdoğan 2014 in das Amt des Staatspräsidenten. Seitdem zielt Erdoğan darauf ab, die Kompetenzen des Präsidentenamtes auszuweiten.

Am 15. Juli 2016 haben Teile des türkischen Militärs einen Putschversuch unternommen, der allerdings wegen fehlendem Rückhalt scheiterte. Die Regierung sieht in der Gülen-Bewegung den Drahtzieher des Putschversuchs. Als Reaktion wurde der Notstand erlassen, was Maßnahmen erlaubte, Grundrechte und die Rechtsstaatlichkeit erheblich einzuschränken. Kurz danach, aber auch noch in den Folgejahren, kam es zu massenhaften Entlassungen und Inhaftierungen von öffentlichen Angestellten, Oppositionellen, kritischen Journalisten und Bürgerrechtlern, teilweise auch aus anderen Mitgliedstaaten. Die Unabhängigkeit der Justiz steht in Frage und durch ein bedrückendes, von staatsnahen Medien erzeugtes öffentliches Klima wurde die Meinungs- und Informationsfrei-

heit sowie die Pressefreiheit eingeschränkt. Gerade die tausenden Festnahmen und Äußerungen zu einer möglichen Wiedereinführung der Todesstrafe wurden von Politikern der Europäischen Union stark kritisiert. Obwohl der Notstand 2018 offiziell beendet wurde, bestehen Einschränkungen teilweise weiter.

Im Jahr 2017 stimmt nur eine knappe Mehrheit von 51,4 Prozent für die den Präsidenten stärkende Verfassungsänderung. Die Opposition äußerte den Vorwurf der Wahlmanipulation und auch internationale Wahlbeobachter fühlten sich in ihrer Arbeit behindert. Außerdem seien staatliche Ressourcen und der Einfluss auf die Medien für den Wahlkampf missbraucht worden. Die Ausgrenzung der Opposition im Wahlkampf, insbesondere der People Democratic Party (HDP), führte zu Inhaftierungen. Solche Vorfälle, wie auch die als ungültig erklärte Bürgermeisterwahl in Istanbul im März 2019, die einen Sieg der Opposition verzeichnete, lässt Zweifel an der Legitimität des Wahlprozesses und der Unabhängigkeit der Wahlaufsicht aufkommen. Die angenommene Verfassungsänderung gilt ab 2019 und deren Auswirkungen auf das Rechts- und Demokratiesystem werden als Rückschritt gesehen. Der Staatspräsident kann nun gleichzeitig Vorsitzender der Regierungspartei sein. Abgeordnete im Parlament haben ihre Immunität verloren, infolgedessen mehrere Abgeordnete aus der Opposition bereits verhaftet wurden. Neben einer Schwächung des Parlaments hat der Präsident auch mehr Einfluss auf die Justiz.

Es gab immer wieder Terroranschläge in der Türkei. Die Regierung geht im Südosten des Landes weiterhin hart gegen Mitglieder der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) vor. Die PKK wird auch auf einer EU-Liste als Gruppe geführt, die an Terrorhandlungen beteiligt ist. Auch wenn sich die Situation der Kurden zunächst verbessert hatte, sodass zum Beispiel kurdische Abgeordnete im Parlament vertreten waren, besteht der Konflikt weiterhin. Durch einen pauschalen Terrorvorwurf werden Kurden diskriminiert.

Es gibt noch immer keine ausreichende allgemeine rechtliche Gleichstellung von Minderheiten. Anstrengungen der AKP zu einer rechtlichen Besserstellung zeigen im Alltag wenig Wirkung. Seit 2014 ist die Türkei das Land, welches weltweit mit allein mehr als 3,5 Millionen Syrern die meisten Flüchtlinge aufgenommen hat. Eine erfolgreiche Langzeit-integration stellt die Türkei vor eine zusätzliche innenpolitische Belastung, die sie bis jetzt gut bewältigt hat. Es ist offen, ob es der Türkei gelingt, nach dem Putschversuch zu der anfänglichen Bereitschaft für Reformen zurückzukehren.

b. Aktuelle außenpolitische Lage

Die Türkei ist ein Gründungsmitglied der Vereinten Nationen (UN) und ist durch die Mitgründung der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa (OECE), den frühen Beitritt zum Europarat und der NATO, in das westliche Bündnis eingegliedert. Durch ihre geopolitische Lage und als zweitgrößte Militärmacht im Bündnis, ist die Türkei ein wichtiger Partner in der NATO. Eine gute Zusammenarbeit ist wichtig für die Sicherheit und Stabilität in Europa und der Region. Die Türkei ist geografisch, kulturell und symbolisch eine Brücke zum Nahen Osten und zur islamischen Welt. Eine Annäherung an die EU bzw. zu verhindern, dass sich die Türkei anderen Großmächten wie Russland zuwendet, ist von strategischem Interesse.

Ebenfalls von Bedeutung ist das Verhältnis der Türkei zu Griechenland und Zypern. Der Norden Zyperns wurde 1974 in Folge von Streitigkeiten zwischen Griechenland und der Türkei von türkischen Streitkräften besetzt und dadurch geteilt. Der griechische Süden wurde 2004 als Republik Zypern in die EU aufgenommen. Die von der EU als Bedingung für den Beginn von Beitrittsverhandlungen geforderte türkische Anerkennung des griechischen Teils Zyperns als Staat ist bis jetzt noch nicht erfolgt und es gibt fortbestehende Grenzstreitigkeiten im Seegebiet. Allerdings muss auch beachtet werden, dass die von der UN anvisierte Wiedervereinigung der Insel nicht an den türkischen Zyprioten, sondern am negativen Votum der Zyperngriechen gescheitert ist.

Nach den zugenommenen Konflikten im Nahen Osten, zunächst im Nachbarland Irak und jetzt in Syrien, sieht die Türkei sich selbst in ihrer geostrategisch wichtigen Rolle gestärkt. Das Land versteht sich als wichtiger Partner des Westens im Kampf gegen den fundamentalistischen Terrorismus. Allerdings entwickelte sich die Intervention

der Türkei in Syrien zunehmend in entgegengesetzter Richtung zu der EU und den USA. Die türkische Militäroffensive in Nordsyrien im Oktober 2019 richtet sich gegen die kurdische YPG-Miliz, die in Syrien von Deutschland und den USA im Kampf gegen den Islamischen Staat unterstützt wurde. Die Türkei sieht in ihr einen Ableger der PKK, gegen die man im Inland gegen Terror vorgeht. Entlang der Grenze will die Türkei eine sogenannte Sicherheitszone einrichten und dort möglicherweise syrische Flüchtlinge anzusiedeln, die derzeit in der Türkei leben. Während man seine Interessen als berechtigt sieht und von der NATO Solidarität einfordert, wird die Offensive international verurteilt.

c. Wirtschaftliche Lage

Ein Meilenstein für den wirtschaftlichen Aufstieg war der Beitritt zur Zollunion im Jahr 1995. Dadurch wurden alle Zölle zwischen der Türkei und der EU abgebaut und ein gemeinsamer Außenzoll bestimmt. Nach einer schweren Rezession erreichte die wirtschaftsliberale AKP vorübergehend einen Anstieg des Wirtschaftswachstums auf ca. 10 Prozent und ermöglichte dadurch eine deutliche Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung. Da die Türkei lange ein Agrarstaat war, liegt der Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft mit 19 Prozent (2019) noch relativ hoch im Vergleich zu den EU-Staaten. Die wichtigsten Wirtschaftszweige sind vor allem die Textil- und Bekleidungsindustrie, eine junge expandierende Automobilbranche und der Tourismus. Die Entwicklung der Wirtschaftsregionen hat ein starkes Ost-West-Gefälle. Dabei erwirtschaftet die Region Istanbul im Westen (*mit ca. 20 Prozent der Bevölkerung*) 40 Prozent der gesamten Wertschöpfung. Der Südosten und Osten des Landes sind überwiegend Agrargebiet und oft durch bittere Armut und wirtschaftliche Rückständigkeit gekennzeichnet. Deutschland ist wichtigster Handelspartner und Exportziel für die Türkei, gefolgt von Großbritannien, Italien und dem Irak.

Nachdem man die Finanzkrise von 2009 gut überstanden hatte, kam es 2018 zu einer Währungskrise, bei der die eigene Währung (Lira) einen Werteverfall von rund 30 Prozent erlitt. Durch erhöhte öffentliche Ausgaben hat man die Lage etwas stabilisiert. Man ist weiterhin auf ausländische Investitionen angewiesen, die nach dem Putschversuch und als Folge der Währungskrise erheblich zurückgingen. Aktuell sind Investoren insbesondere durch den erhöhten Einfluss Erdogans auf die Notenbank und damit die Währungspolitik verunsichert. Die instabile türkische Wirtschaft ist ein Schwachpunkt der Regierung unter Erdogan, sowohl innenpolitisch als auch außenpolitisch.

Die Arbeitslosigkeit steigt 2019 auf 13,7 Prozent und liegt bei den Jugendlichen sogar bei 25 Prozent. Die Arbeitsbedingungen sind häufig schlecht, die Verhältnisse ungesichert und Frauen machen nur einen geringen Anteil bei der Erwerbsarbeit aus. Für die Gleichberechtigung der Geschlechter und eine verbesserte Situation von Arbeitern muss noch viel getan werden.

3. Herausforderungen

Die anhaltenden Rückschritte bei der Rechtsstaatlichkeit und den Grund- und Menschenrechten insbesondere durch den Putschversuch, sind für die EU besonders besorgniserregend. Auf der Rangliste der Pressefreiheit 2020 von Reporter ohne Grenzen (RSF) stuft man die Pressefreiheit in der Türkei als „schwierige Lage“ ein, während die Lage in den meisten EU-Mitgliedstaaten gut bis zufriedenstellend ist. Die Unabhängigkeit, Qualität und Effizienz der Justiz leiden unter dem politischen Druck, der auf das Justizwesen ausgeübt wird. Die Aufrechterhaltung der Rechtsstaatlichkeit steht in Frage. Die Türkei wird von der Menschenrechtsorganisation Freedom House als unfrei eingestuft und liegt im Ranking des Global Peace Index nur auf Platz 152 von 163 Ländern. Von den Inhaftierten sind 20 Prozent ohne Anklage oder Prozess. Durch die große Zahl an Inhaftierungen sind Gefängnisse überbesetzt und es herrschen schlechte Bedingungen.

Der Vorwurf von Wahlmanipulation und Behinderung der Arbeit von Wahlbeobachtern steht im Raum. Die Opposition wird durch persönliche Verfolgung und Einflussnahme der Regierung auf die Medien ausgegrenzt. Korruption bleibt weit verbreitet und es kam zur Einmischung in Korruptionsfällen durch die Exekutive. Es fehlt ein ausreichender Schutz und eine allgemeine Gleichstellung von Minderheiten.

Die territorialen Konflikte mit Griechenland und Zypern bestehen weiter, das Finden einer für alle zufriedenstellenden Lösung steht noch aus. Die militärische Intervention der Türkei in Syrien wird international verurteilt. Voraussichtlich wird es zu einer Verschlechterung der humanitären Notlage kommen. Die Flüchtlinge, die bereits im Land sind, müssen ohne Friedensperspektive oder alternative Schutzzone auf längere Sicht als gedacht, integriert werden. Die Akzeptanz der türkischen Bevölkerung war zu Beginn sehr hoch, doch die Stimmung droht zu kippen.

Die Wirtschaft muss nach der Währungskrise weiter stabilisiert werden. Bisherige Eingriffe der Regierung in die Geldpolitik tragen nur zur Verunsicherung bei. Durch die mit einem Beitritt zum Binnenmarkt einhergehende Personenfreizügigkeit, sorgen sich Mitgliedstaaten um eine erhöhte Migration aus der Türkei in Länder mit besserer Bezahlung. Außerdem fürchtet man, dass eine Ausweitung der europäischen Agrarsubventionen auf die Türkei den finanziellen Rahmen der Gemeinschaft sprengen würde und ärmere Mitgliedstaaten finanzielle Privilegien verlieren könnten.

In der Verwaltung mangelt es noch an einer effektiven Durchsetzung von neuem Recht in der Praxis. Die Sicherstellung der Unabhängigkeit von Behörden und ein Ausbau der Verwaltungskapazitäten ist notwendig. Zahlreiche Bereiche sind noch nicht ausreichend an EU-Recht angeglichen werden. Neben dem Beheben von Rückschritten in Bereichen wie der Wirtschafts- und Geldpolitik, der Informationsgesellschaft und den Außenbeziehungen, müssen in vielen Bereichen, wie der Landwirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik, tiefgreifende Gesetzesreformen erst noch eingeführt werden.

Neben der Erfüllung der Kriterien, gibt es in Bezug auf den Beitritt der Türkei einen weniger rationalen Diskurs über die Grenzen der EU: Die Integration eines muslimisch geprägten Staates wäre wenig aussichtsreich, da die kulturellen Unterschiede zu Europa zu unterschiedlich seien. Außerdem lägen die Interessen der Türkei durch die geografische Lage eher in Asien als in Europa. Besser begründbare Bedenken betreffen die generelle Aufnahmefähigkeit der EU: Mehr Akteure machen den Entscheidungsfindungsprozess, insbesondere bei Einstimmigkeit, schwerfälliger. Mit der Integration der Türkei würden außerdem ca. 80 Millionen europäische Bürger aufgenommen, sodass die Türkei bei der jetzigen Repräsentation im Parlament und der qualifizierten Mehrheit im Rat ein relativ großes Gewicht haben würde. Hinsichtlich einer Reform der EU-Institutionen zur Anpassung an eine größere Anzahl von Mitgliedstaaten gibt es unterschiedliche Positionen.

4. Argumente und Lösungsvorschläge (entlang der Kopenhagener Kriterien)

Die hier aufgeführten Informationen helfen Ihnen auf die wichtigsten Punkte der Kopenhagener Kriterien einzugehen und Argumente für den Kandidatenstatus zu formulieren.

Ihrer Meinung nach rechtfertigt der Putschversuch die Eingriffe in die Grundrechte der Bevölkerung. Ihr Ziel ist es die Bevölkerung vor Terror zu schützen und den Volkswillen durchzusetzen. Die Inhaftierungen gehen auf ernste Vorwürfe der Zusammenarbeit mit terroristischen Vereinigungen, wie der Gülen-Bewegung und der PKK, zurück. Sie fordern zur Ablenkung mehr Unterstützung der EU im Kampf gegen Terror. Da die Opposition oder Kritiker durchaus in den Medien vorkommen, sehen Sie die Medienberichterstattung als frei an. Die Regierung stehe lediglich gut in den Medien da, weil man gute Arbeit mache. Vorwürfe, dass die Justiz nicht unabhängig sei, streiten sie erregt ab. Wenn man die Rechtsstaatlichkeit wirklich achtet, sollte man richterliche Entscheidungen nicht anzweifeln.

a. Freie Wahlen

Versichern Sie, dass alle Wahlen weiterhin demokratisch und frei sind. Sie können versprechen, Vorwürfe der Wahlmanipulation aufzuarbeiten und den internationalen Wahlbeobachtern bei den nächsten Wahlen jeden Zugang zu ermöglichen. Stellen Sie die Aufstellung einer wirksamen Anti-Korruptionsstrategie mit dazugehörigen unabhängigen Institutionen in Aussicht.

Unter der AKP hat man den Dialog mit Minderheiten auch durch eine Umstrukturierung des Minderheitenausschusses ausgebaut. Die AKP ist selbst religiös geprägt und versteht Religion im Zusammenhang mit Grundrechten und Freiheiten.

b. Zypern-Konflikt

Die bestehenden Spannungen mit Zypern und Griechenland bedauern Sie sehr. Die Türkei habe schon lange versucht eine konstruktive Haltung einzunehmen. Weisen Sie darauf hin, dass auch die andere Seite Zugeständnisse machen muss, da eine nahe Lösung am negativen Votum der Zyperngriechen gescheitert war. Es besteht die Gefahr, dass wegen der Offensive in Nordsyrien Sanktionen gegen die Türkei verhängt werden. Zeigen Sie Bereitschaft für Gespräche, die über einen Waffenstillstand hinausgehen und verweisen Sie auf das Ziel mit einer Schutzzone Flüchtlingen eine Perspektive zu geben. Fordern Sie weiterhin finanzielle Unterstützung der EU zur Integration der Flüchtlinge, wie im Rahmen des Flüchtlingsabkommen von 2016 vereinbart (für weitere Informationen siehe Factsheet). Es ist im Interesse der EU, dass die Flüchtlinge nicht unkontrolliert in die EU kommen. Betonen Sie, dass die Türkei trotz großer Herausforderungen bereits Verantwortung übernommen hat und dies weiter tut.

c. Wirtschaft

Die Stabilisierung der Wirtschaft ist der Regierung besonders wichtig. Die Anfangsjahre der AKP in der Regierung und der gute Umgang mit der Wirtschaftskrise von 2009 zeigen, dass man weiß, wie die Wirtschaft anzukurbeln ist. Um eine erneute Währungs Krise abzuwenden, fordern Sie mehr Unterstützung, z. B. durch ausländische Investitionen. Sie gehen nicht davon aus, dass bei einem Beitritt viele Türken ihre Heimat verlassen wollen. Man hätte das bereits tun können, da in vielen Mitgliedstaaten eine türkische Gemeinschaft vertreten ist. Zeigen Sie möglicherweise die Bereitschaft, die Personenfreizügigkeit für einen Übergangszeitraum auszusetzen.

d. Demokratie und Verwaltung

Sie wollen die Verwaltungskapazitäten ausbauen und könnten um mehr Expertenunterstützung aus der EU bitten, um die Verlangsamung des Angleichungsprozesses, welches Ihrer Meinung durch den Notstand ausgelöst wurde, auszugleichen. Die gestärkte Stellung des Präsidenten kann die Durchsetzung von Reformen beschleunigen. Machen Sie, falls notwendig, die ausbleibende europäische Zusage zu Beitrittsverhandlungen für stockende Reformprozesse verantwortlich. Eine ernsthafte Beitrittsperspektive lässt positive Effekte auf Reformen erwarten. Reformen und Demokratisierung nach dem europäischen Vorbild in der Türkei könnten ein positives Zeichen der Offenheit für die muslimische Welt darstellen. Die kulturellen Unterschiede sollten als bereichernde Vielfalt verstanden werden. Außerdem ist die EU eine Wertegemeinschaft, in der Kultur und Identität nicht übereinstimmen müssen, sondern der Fokus auf geteilten Werten liegt.

5. Taktik

Als Vertreterin/Vertreter der Türkei verweisen Sie bei Ihrer Argumentation darauf, dass das Land für die EU eine Brücke zum Islam, den Republiken der ehemaligen Sowjetunion und nach Zentralasien darstellt. Versuchen Sie den Einfluss der Regierung auf die Medien und die Justiz als nachvollziehbare Maßnahme zu erklären. Schieben Sie die Schuld für Rückschritte auf den Putschversuch und eine erhöhte Bedrohung durch Terror.

Betonen Sie die politische und wirtschaftliche Bedeutung der Türkei als Mittelmeeranrainer. Versuchen Sie, die anderen Mittelmeerländer (Spanien und Italien) als Befürworter Ihres Beitrittsgesuches zu gewinnen. Neben Griechenland ist das junge Mitglied Bulgarien darüber hinaus sogar Ihr direkter Nachbar und möglicherweise Ihr Befürworter, wenn Sie es schaffen, das Thema über die türkische Minderheit in Bulgarien nicht als Belastungsprobe zwischen den beiden Ländern werden zu lassen. Suchen Sie nach Verbündeten und nutzen Sie die Möglichkeit zu informellen Gesprächen, um Mitgliedstaaten oder Abgeordnete umzustimmen.

Betonen Sie auch die sicherheitspolitischen Vorteile für die EU, die sich durch eine Mitgliedschaft der Türkei ergeben würden. Machen Sie deutlich, dass im Falle einer Ablehnung ein Wiedererstarken der nationalistischen und fundamentalistischen Kräfte in der Türkei droht, was nicht im Interesse der EU sein kann.

Da Sie die Einwände gegen eine baldige Mitgliedschaft kennen (Rückschritte bei der Rechtsstaatlichkeit und den Menschenrechten, Korruption, Vorgehen in Syrien etc.), sollten Sie Kompromisse anbieten, um die Vollmitgliedschaft zu ermöglichen. Denken Sie immer daran, Ihr Ziel ist der EU-Beitritt Ihres Landes.

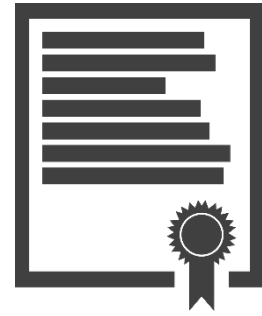
6. Fragen

(Diese Fragen können aus dem Text beantwortet werden. Sie dienen zur Strukturierung Ihres Beitrittsgesuchs und sind Ihre Hilfe für die Verhandlungen!)

- Mit welchen Argumenten können Sie die EU von Ihrem Beitritt überzeugen? Welche Vorteile würden sich durch Ihren Beitritt für die EU ergeben?
- Welche kritischen Rückfragen können seitens der EU-Institutionen kommen?
- Mit welchen Argumenten können Sie Rückschritte erklären?
- Welche Mitgliedstaaten sind möglicherweise für oder gegen Ihren Beitritt und wie können Sie auf diese eingehen?

Beitrittsgesuch

für die Mitgliedschaft in der Europäischen Union.



Das Land.....

bewirbt sich hiermit für die Mitgliedschaft in der Europäischen Union.

Nachfolgend erklären wir feierlich die Beweggründe für unseren Antrag, Mitglied der Europäischen Union zu werden.

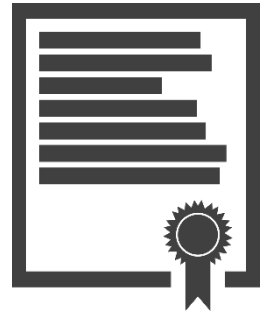
Gründe:



(Unterschrift)(Datum) Beitrittswilliges Land

Aufnahmevertrag

Brüssel,



Die Vertreterinnen und Vertreter von..... und der Präsident/ die Präsidentin des Europäischen Rates haben beschlossen, dass.....zum.....in die Europäischen Union aufgenommen wird.

Folgende Bedingungen des Beitritts wurden vereinbart:



(Unterschrift)(Datum)

Unterschrift der/des Repräsentanten der Beitrittskandidaten | Unterschrift des Präsidenten des Europäischen Rates

In der Reihe PLANSPIELE sind bisher erschienen:

Wahlungen (Kommunalpolitik)

Du hast die Wahl in Wahlungen. Ein Planspiel zur Kommunalwahl
LpB, Stuttgart 2019, 98 Seiten, Download (kostenlos)

Neckardorf (Kommunalpolitik)

Ein Skaterpark in Neckardorf? Ein Planspiel zur Arbeit eines
Gemeinderates.
LpB, Stuttgart 2019, 52 Seiten, Download (kostenlos)

WTO – Welthandel im Wandel?

Ein wirtschaftspolitisches Planspiel zur Welthandelsorganisation
(World Trade Organization, kurz WTO). Für Schülerinnen und Schüler
der Sek. II und die außerschulische politische Bildungsarbeit.
LpB, Stuttgart 2019, 79 Seiten, 2,- EURO

Stuttgarten (Kommunalpolitik)

Ein kommunalpolitisches Planspiel für Haupt- und Werkrealschulen
LpB, Stuttgart 2018, 40 Seiten, 2,- EURO

(UN-)Frieden in Nahost

Mit diesem Planspiel lässt sich eine Sondersitzung des UN-Sicherheits-
rates zum israelisch-palästinensischen Konflikt simulieren.
LpB, Stuttgart 2016, 67 Seiten, Download (kostenlos)

Festung Europa?

Planspiel zur Asyl- und Flüchtlingspolitik in der EU
Stuttgart 2016, 65 Seiten, 3., überarbeitete und erweiterte Auflage,
Download (kostenlos)

Flüchtlinge willkommen?

Flüchtlingspolitik und Willkommenskultur vor Ort gestalten
LpB, Stuttgart 2016, 60 Seiten, 2,- EURO

Der Weg in den Landtag

Planspiel zur Landtagswahl: Die Nominierung im Wahlkreis
LpB, Stuttgart 2016, 130 Seiten, kostenlos, Download (kostenlos)

Streik! Arbeitskampf in der ABC AG

Ein Planspiel zu Interessenkonflikt und Sozialpartnerschaft
LpB, Stuttgart 2015, 30 Seiten, 2,- EURO

Soundcheck

Soundcheck. Ein Projekttag zum Thema Rechtsextremismusprävention
LpB, Stuttgart 2015, 92 Seiten, kostenlos, Download (kostenlos)

Lobbyismus

Lobbyismus am Beispiel der Reform der Krankenversicherung
LpB, Stuttgart 2014, 84 Seiten, Download (kostenlos)

Sozialpolitik im Kaiserreich

Planspiel zur Entstehung des ersten Krankenversicherungsgesetzes in
Deutschland
LpB, Stuttgart 2012, 75 Seiten, Download (kostenlos)

LpB-Shops/ Publikationsausgaben

Stuttgart

Lautenschlagerstraße 20
70173 Stuttgart
Telefon: 07 11/16 40 99-0
Öffnungszeiten:
Mo–Do 9.00–12.00 Uhr
13.00–15.30 Uhr
Fr 9.00–12.00 Uhr

Tagungszentrum

Haus auf der Alb

Hanner Steige 1
72574 Bad Urach
Telefon: 071 25/1 52-0
Öffnungszeiten:
Mo–Fr 8.00–12.00 Uhr
13.00–16.30 Uhr

Außenstelle Freiburg

Bertoldstraße 55
79098 Freiburg
Telefon: 07 61/2 07 73-0
Öffnungszeiten:
Di/Do 9.00–17.00 Uhr

Außenstelle Heidelberg

Plöck 22
69117 Heidelberg
Telefon: 0 62 21/60 78-0
Öffnungszeiten:
Di/Do 10.00–17.00 Uhr
Mi 13.00–17.00 Uhr

lpb

Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

www.lpb-bw.de
www.civic-institute.eu



Die Ausgaben der Planspiele
finden Sie im Internet zum Teil auch als
kostenlosen Download auf der Seite:
www.lpb-bw.de/planspiele_lpb.html